



---

## **Dokumentation**

### Die Bundesversammlungen 1949 bis 2009

---

Eine Dokumentation aus Anlass der Wahl des Bundespräsidenten am 30. Juni 2010

Die Bundesversammlungen 1949 bis 2009

Eine Dokumentation aus Anlass der Wahl des Bundespräsidenten am 30. Juni 2010

Hrsg.: Deutscher Bundestag, Referat WD 1 - Geschichte, Zeitgeschichte, Politik – Berlin

Dt. Bundestag, Referat WD 1, 2009

ISBN 978-3-930341-82-5

EAN: 9783930341825

NE: Deutschland/Bundestag

Herausgeber: Deutscher Bundestag

Manuskript: Abteilung Wissenschaft und Außenbeziehungen Fachbereich WD 1 - Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Gesamtherstellung:

Fotos:

Bundestagsadler:

## Geleitwort

Am 30. Juni 2010 treten die 1244 Wahlfrauen und Wahlmänner der 14. Bundesversammlung zur Wahl des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik Deutschland zusammen. Dieser erneute Zusammentritt der Bundesversammlung gut ein Jahr nach der letzten Tagung dieses Verfassungsorgans ist notwendig, weil der am 23. Mai 2009 gewählte Bundespräsident, Prof. Dr. Horst Köhler, am 31. Mai 2010 mit sofortiger Wirkung von seinem Amt zurückgetreten ist und das Grundgesetz für diesen Fall den Zusammentritt der Bundesversammlung und die Neuwahl eines Bundespräsidenten innerhalb von 30 Tagen vorschreibt.

Gemäß Artikel 54 des Grundgesetzes treten daher die Mitglieder des Bundestages und eine gleiche Anzahl von Mitgliedern, die von den Parlamenten der Länder gewählt werden, als Wahlfrauen und Wahlmänner am 30. Juni 2010 zur 14. Bundesversammlung zusammen.

Angesichts der umfassenden Verbreitung und zunehmenden Nutzung des Internets als zentrale Informationsquelle wird die vorliegende Dokumentation erstmals nicht in gedruckter Form vorgelegt, sondern kann auf der Homepage des Deutschen Bundestages eingesehen und abgerufen werden. Die Dokumentation umfasst die Protokolle der bisherigen dreizehn Bundesversammlungen. Eine fachkundige Einleitung sowie die Porträts der bisherigen Bundespräsidenten dienen als Wegweiser durch Geschichte und Rechtsgrundlagen der Bundesversammlung. Sie geben Auskunft über das Amt des Bundespräsidenten und die bisherigen Amtsinhaber, die dieses Amt durch ihre Persönlichkeit und ihr Wirken geprägt haben. Damit bietet die Dokumentation den Wahlfrauen und Wahlmännern der 14. Bundesversammlung und darüber hinaus allen Interessierten eine zusammenfassende Darstellung der Geschichte und Bedeutung des besonderen Verfassungsorgans „Bundesversammlung“ und erinnert an die bisherigen Bundespräsidenten.

Allen Leserinnen und Lesern der Dokumentation, insbesondere den Wahlfrauen und Wahlmännern der 13. Bundesversammlung, wünsche ich eine interessante und aufschlussreiche Lektüre

Prof. Dr. Norbert Lammert  
Präsident des Deutschen Bundestages

## Inhalt

1.	Zur Einführung.....	7
2.	Gesetzliche Grundlagen .....	20
3.	Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten .....	23
	Die Bundesversammlung.....	23
	Wahl des Bundespräsidenten.....	24
	Schlussvorschriften.....	25
4.	Die Bundespräsidenten im Portrait.....	26
	Theodor Heuss Bundespräsident 1949-1959 .....	26
	Heinrich Lübke Bundespräsident 1959-1969 .....	30
	Gustav Heinemann Bundespräsident 1969-1974.....	33
	Walter Scheel Bundespräsident 1974-1979 .....	37
	Karl Carstens Bundespräsident 1979-1984 .....	41
	Richard von Weizsäcker Bundespräsident 1984-1994 .....	45
	Roman Herzog Bundespräsident 1994-1999.....	49
	Johannes Rau Bundespräsident 1999-2004 .....	54
	Horst Köhler Bundespräsident 2004-2010 .....	58
5.	1. Bundesversammlung .....	62
	Übersicht .....	62
	Verzeichnis der Mitglieder .....	63
	Zusammensetzung nach Parteien .....	69
	Zusammensetzung nach Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten.....	70
	Stenographischer Bericht .....	73
	Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Prof. Dr. Heuss.....	78
6.	2. Bundesversammlung .....	83
	Übersicht .....	83
	Verzeichnis der Mitglieder .....	85
	Zusammensetzung nach Parteien .....	93
	Zusammensetzung nach Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von .....	94
	Landesparlamenten.....	94
	Stenographischer Bericht .....	96
7.	3. Bundesversammlung .....	110

---

Übersicht .....	111
Verzeichnis der Mitglieder .....	112
Zusammensetzung nach Parteien .....	120
Zusammensetzung nach Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von .....	121
Landesparlamenten.....	121
Stenographischer Bericht .....	123
8. 4. Bundesversammlung .....	137
Übersicht .....	137
Verzeichnis der Mitglieder .....	138
Zusammensetzung nach Parteien .....	146
Zusammensetzung nach Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von .....	147
Landesparlamenten.....	147
Stenographischer Bericht .....	149
9. 5. Bundesversammlung .....	159
Übersicht .....	160
Verzeichnis der Mitglieder .....	161
Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und .....	169
Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten .....	169
Stenographischer Bericht .....	170
10. 6. Bundesversammlung .....	188
Übersicht .....	188
Verzeichnis der Mitglieder .....	189
Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und .....	197
Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten .....	197
Stenographischer Bericht .....	198
Eidesleistung und Ansprache .....	206
11. 7. Bundesversammlung .....	213
Übersicht .....	213
Verzeichnis der Mitglieder .....	215
Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und .....	223
Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten .....	223
Stenographischer Bericht .....	224

---

Eidesleistung und Ansprache .....	232
12. 8. Bundesversammlung.....	240
Übersicht .....	240
Verzeichnis der Mitglieder .....	241
Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und .....	249
Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten .....	249
Stenographischer Bericht .....	251
Eidesleistung und Ansprache .....	260
13. 9. Bundesversammlung.....	275
Übersicht .....	275
Verzeichnis der Mitglieder .....	277
Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und .....	285
Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten .....	285
Stenographischer Bericht .....	287
14. 10. Bundesversammlung.....	294
Übersicht .....	295
Verzeichnis der Mitglieder .....	297
Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und .....	308
Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten .....	308
Stenographischer Bericht .....	310
Eidesleistung und Ansprache .....	325
15. 11. Bundesversammlung.....	338
Übersicht .....	339
Verzeichnis der Mitglieder .....	340
Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und .....	351
Nicht-Mitgliedern der Landesparlamente.....	351
Stenographischer Bericht .....	353
Eidesleistung und Ansprache .....	363
16. 12. Bundesversammlung.....	374
Übersicht .....	375
Verzeichnis der Mitglieder .....	377
Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und .....	387

---

Nicht-Mitgliedern der Landesparlamente.....	387
Stenographischer Bericht .....	389
Eidesleistung und Ansprache .....	398
17. 13. Bundesversammlung.....	411
Übersicht .....	411
Verzeichnis der Mitglieder .....	412
Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und .....	422
Nicht-Mitgliedern der Landesparlamente.....	422
Stenographischer Bericht .....	424
18. Tabellarische Übersichten, .....	433
Zusammensetzung nach Parteien .....	434
Ergebnisse der Bundespräsidentenwahlen 1.-13. Bundesversammlung (1949-2009) .....	436
Literaturverzeichnis.....	440
Abkürzungsverzeichnis der Parteien bzw. Wählergemeinschaften .....	442

## 1. Zur Einführung

### Rechtsgrundlagen, Entstehung und Geschichte der Bundesversammlung

Von Wolfgang Kessel

#### I

Die Bundesversammlung ist das verfassungsmäßige Organ, das in der Bundesrepublik Deutschland den Bundespräsidenten wählt. Sie setzt sich zusammen

„aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden“.<sup>1</sup>

Die Bundesversammlung wird vom Präsidenten des Bundestages einberufen, der Ort und Zeit ihres Zusammentritts bestimmt und der auch die Sitzungen leitet. Auf ihren Geschäftsgang findet die Geschäftsordnung des Bundestages sinngemäße Anwendung, sofern sich nicht die Bundesversammlung eine eigene Geschäftsordnung gibt, was jedoch bei den bisherigen Bundesversammlungen nicht der Fall war.<sup>2</sup>

Der Bundespräsident wird ohne Aussprache gewählt.<sup>3</sup> Gewählt ist, wer im ersten bzw. zweiten Wahlgang die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung, d. h. der Mehrheit ihrer gesetzlichen Mitgliederzahl erhält. Wenn diese Mehrheit in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht wird, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt.<sup>4</sup> Bisher war zweimal – bei der Wahl von Dr. Gustav Heinemann in der 5. Bundesversammlung am 5. März 1969 und bei der Wahl von Professor Dr. Roman Herzog in der 10. Bundesversammlung am 23. Mai 1994 – ein dritter Wahlgang erforderlich.

Auf die Mitglieder der Bundesversammlung finden die Artikel 46 GG über die Indemnität und Immunität der Bundestagsabgeordneten, Artikel 47 GG über ihr Zeugnisverweigerungsrecht und Artikel 48 Abs. 2 GG über das Recht auf ungehinderte Übernahme und Ausübung des Amtes entsprechende Anwendung. Die Mitglieder der Bundesversammlung sind, wie die Mitglieder des Deutschen Bundestages, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.<sup>5</sup>

Die Bundesversammlung besteht zu gleichen Teilen aus den Mitgliedern des Bundestages und Mitgliedern, die von den Landesparlamenten gewählt werden. Die Gesamtzahl der Mitglieder der Bundesversammlung und ihre Verteilung auf die einzelnen Länder wer-

---

<sup>1</sup> Art. 54 Abs. 3 GG.

<sup>2</sup> § 8 des Wahlgesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten für die Bundesversammlung vom 25. April 1959 (BGBl. I S. 230) mit der Änderung des § 2 v. 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593) und den Änderungen der §§ 7 und 13 v. 12. Juli 2007 (BGBl. I S. 1326) – im Folgenden abgekürzt: BPräsWahlG. Siehe Kapitel Bundesgesetzze..

<sup>3</sup> Art. 54 Abs. 1 GG

<sup>4</sup> Art. 54 Abs. 6; Art. 121 GG. 5; § 7 BPräsWahlG. 6; § 2 BPräsWahlG.

<sup>5</sup> § 7 BPräsWahlG.

den von der Bundesregierung jeweils durch einen Beschluss festgestellt und im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben.<sup>6</sup> Diese Feststellung richtet sich nach der Mitgliederzahl des Bundestages und der letzten amtlichen Bevölkerungszahl.

Das Wahlgesetz von 1959 sieht vor, dass der Beschluss der Bundesregierung „rechtzeitig“ zu fassen ist, und dass nach seiner Bekanntgabe die Landesparlamente die Wahl „unverzüglich“ vorzunehmen haben. Die Zeitspanne zwischen Bekanntmachung durch die Bundesregierung und Zusammentritt der Bundesversammlung war bisher unterschiedlich groß. Wiederholt lagen noch Landtagswahlen zwischen diesen beiden Terminen.

So erfolgte 1964 die Bekanntmachung durch die Bundesregierung am 22. April. Die Bundesversammlung fand am 1. Juli 1964 statt. Am 26. April wählte Baden-Württemberg seinen neuen Landtag, der am 10. Juni die Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung vornahm.

Ähnlich war es bei der 6. Bundesversammlung 1974. Die Bekanntmachung durch die Bundesregierung erfolgte am 11. Februar, der Zusammentritt der Bundesversammlung am 15. Mai. Am 3. März fanden in Hamburg Bürgerschaftswahlen statt. Die neue Bürgerschaft wählte ihre Mitglieder zur Bundesversammlung am 17. April 1974.

Genauere Fristen für die Bekanntmachung durch die Bundesregierung und für die Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung durch die Landesparlamente hat der Gesetzgeber nicht festgelegt. Das Grundgesetz sieht jedoch für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Amtszeit des Bundespräsidenten vor, dass die Bundesversammlung spätestens 30 Tage nach diesem Zeitpunkt zusammentreten muss.<sup>7</sup> Daraus ergibt sich, dass der Gesetzgeber für die Vorbereitung der Wahl des Bundespräsidenten eine Frist von 30 Tagen für ausreichend hält.

Für die Wahl in den Landesparlamenten werden von deren Fraktionen Vorschlagslisten aufgestellt. Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, die Verteilung der Sitze gemäß Stimmenanteil nach dem Höchstzahlverfahren (d'Hondt). Wählbar ist jeder, der zum Bundestag wählbar ist, also nicht nur, wer einem Landesparlament angehört. Aus Aufstellungen über die Zusammensetzung der 1. bis 12. Bundesversammlung ergibt sich, dass der Anteil der Bundesversammlungsmitglieder, die von einem Landtag entsandt wurden, aber diesem nicht als Abgeordnete angehörten, zwischen einem Fünftel und einem Drittel betrug. Unter den von den Landtagen entsandten Mitgliedern waren Landtagsabgeordnete zumeist in der Mehrheit.<sup>8</sup>

Die Berliner Abgeordneten haben an allen Bundesversammlungen teilgenommen, waren aber in der 1. Bundesversammlung nicht stimmberechtigt. Erst in der 2. Bundesversammlung 1954 waren sie an der Wahlhandlung mit vollem Stimmrecht beteiligt. Davon wurde auch in den folgenden Bundesversammlungen nicht abgewichen. Seit der Vereinigung Deutschlands versteht sich die volle Stimmberechtigung aller Mitglieder der Bundesversammlung von selbst.<sup>9</sup>

---

<sup>6</sup> § 2 BPräsWahlG.

<sup>7</sup> Art. 54 Abs. 4 Satz 1 GG.

<sup>8</sup> Vgl. die Tabellen zur Dokumentation der einzelnen Bundesversammlungen sowie am Schluss des Dokumentationsbandes.

<sup>9</sup> Vgl. die Eröffnungsansprache in der 1., 2. und 3. Bundesversammlung; s. unten S. 89, 112 und 138.



## II

Zur Frage, wie der Bundespräsident gewählt werden soll, gab es bei den Beratungen des Grundgesetzes unterschiedliche Vorstellungen. Zunächst aber war die Vorfrage zu beantworten, ob denn wieder – wie in der Weimarer Republik – ein Präsident an der Spitze des Staates stehen sollte. Der aus den Beratungen des Herrenchiemseer Verfassungskonvents hervorgegangene Entwurf enthielt dazu zwei verschiedene Vorschläge. Während sich die Mehrheit für die Institution eines Bundespräsidenten ausgesprochen hatte, trat eine Minderheit für ein Triumvirat, ein Dreierkollegium („Bundespräsidium“) ein, das aus dem Präsidenten des Bundestages, dem Präsidenten des Bundesrates (bzw. eines Senats) sowie dem Bundeskanzler bestehen und unter regelmäßig wechselndem Vorsitz die Aufgaben des Staatsoberhauptes wahrnehmen sollte. Zur Begründung dieses zunächst auch im Parlamentarischen Rat von der SPD-Fraktion vertretenen Vorschlags wurde im darstellenden Teil des Herrenchiemseer Berichts der „provisorische Charakter der zu schaffenden staatlichen Ordnung“ genannt. Darüber hinaus wurden auch staatsrechtliche Überlegungen angeführt: Grundsätzlich sei der Gedanke eines „pouvoir neutre“ überholt, da sich gezeigt habe, dass „in Grenzsituationen der Politik kein Präsident neutral über den kämpfenden Parteien stehen“ könne, und es „konstruktiv besser“ sei, „die Dynamik des Staatslebens auch an der obersten Spitze klar zum Ausdruck zu bringen“.<sup>10</sup>

Im Parlamentarischen Rat wurde von Vertretern der SPD später auch noch der Gedanke zur Diskussion gestellt, auf eine solche Institution ganz zu verzichten und stattdessen „für das Provisorium des Grundgesetzes“ dem Präsidenten des Deutschen Bundestages die Aufgaben und Funktionen eines Staatsoberhauptes zu übertragen.<sup>11</sup>

Die Mehrheit im Parlamentarischen Rat entschied sich jedoch für einen eigens gewählten Bundespräsidenten an der Spitze des Staates. In seinen grundsätzlichen Ausführungen in der zweiten Sitzung des Parlamentarischen Rates bekräftigte der Abgeordnete Dr. Süsterhenn (CDU) die Auffassung seiner Fraktion, dass „ein gut funktionierender Bundesstaat grundsätzlich auch eines Bundespräsidenten“ bedarf. Auch in den alten Demokratien erachte man „eine solche Repräsentation des Staates als unersetzlich“. Ein Bundespräsident könne als Exponent des „pouvoir neutre“ wirken und „überhaupt der moralische Repräsentant der Volkseinheit“ sein.<sup>12</sup>

Ebenso setzte sich auch der Abgeordnete Prof. Dr. Theodor Heuss (FDP) namens seiner Fraktion sehr entschieden für die Schaffung eines solchen Amtes ein:

---

<sup>10</sup> Bericht über den Verfassungskonvent von Herrenchiemsee. Darstellender Teil. München, 1948. S. 42 f. Wiederabdruck in: Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Akten und Protokolle, Bd. 2: Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, bearb. von Peter Bucher, Boppard am Rhein 1981, S. 549.

<sup>11</sup> Vgl. Kurzprotokoll der 9. Sitzung des „Kombinierten Ausschusses“ des Parlamentarischen Rates v. 1. Okt. 1948 sowie Drucksache Nr. 203 mit dem Antrag, dass die Funktion des Bundespräsidenten „bis auf weiteres“ von dem Präsidenten des Bundestages ausgeübt werden sollte. Das stenografische Wortprotokoll jetzt in: Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Akten und Protokolle, Bd. 13: Ausschuss für Organisation des Bundes/Ausschuss für Verfassungsgerichtshof und Rechtspflege, bearb. von Edgar Büttner und Michael Wettengel (2 Teilbände), München 2002, S. 301-345. Vgl. dazu auch Michael F. Feldkamp, Der Parlamentarische Rat 1948-1949, Göttingen 1998, bes. S. 72 f.

<sup>12</sup> Parlamentarischer Rat, Stenographische Berichte über die Plenarsitzungen, Bonn 1948/49, hier S. 24 f. (2. Sitzung vom 8. Sept. 1948). Vgl. zum Folgenden auch Henning Landgraf, Reichspräsident – Bundespräsident. Aus den Debatten 1919 und 1948/49 über den Wahlmodus, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 10 (1959), S. 422-431.

„Wir halten dafür, dass die Person, die Amtsfunktion des Bundespräsidenten nicht in die ungewisse Geschichte abgeschoben werden soll, weil die Zeit noch nichts Rechtes für ihn zu tun gibt. Verkennen Sie nicht die Symbolkraft, die davon ausgeht, und vermeiden Sie das Provisorium eines Direktoriums, was dann in der Bevölkerung gleich wieder so ausgedeutet wird: man will also die verschiedenen Leute und Parteien mit daran beteiligt haben. Man muss den Mut haben, in das Strukturelle das Feste einzubauen“.<sup>13</sup>

Die Frage, auf welche Weise der Bundespräsident gewählt werden sollte, spielte bei den Beratungen im Plenum und in den Ausschüssen des Parlamentarischen Rates eine erhebliche Rolle, da sie eng zusammenhing mit der Frage, welche Stellung der Bundespräsident im Verfassungsgefüge erhalten und mit welchen Machtbefugnissen er ausgestattet werden sollte. Das zunächst Naheliegendste – eine direkte Wahl durch das Volk – wurde zwar von einzelnen Vertretern der FDP wie Thomas Dehler und Max Becker zur Debatte gestellt, schließlich aber von allen Fraktionen – wenn auch mit unterschiedlichem Nachdruck – abgelehnt, um den verhängnisvollen Dualismus von parlamentarischer Regierung und Präsidialsystem der Weimarer Verfassung auszuschließen. Hinzu kam das tiefe Misstrauen des Parlamentarischen Rates gegen alle „plebiszitären Regelungen“, die man als eine Gefahrenquelle für die Demokratie ansah, weil sie gerade in besonders schwierigen innen- und außenpolitischen Situationen demagogisch ausgenutzt und auf eine den Staat und die demokratische Ordnung gefährdende Weise missbraucht werden könnten. In diesem Sinne begründete Dr. Süsterhenn bereits in der ersten allgemeinen Plenardebatte die Ablehnung einer direkten Wahl, indem er auf die damit erlebten Erfahrungen aus den letzten Jahren der Weimarer Republik hinwies:

„Hinsichtlich der Wahl des Bundespräsidenten ist das System der direkten Volkswahl, das in der Weimarer Republik herrschte, abzulehnen. Die Präsidentenwahlen von 1925 und 1932 haben bewiesen, dass diese Form der Wahl für das deutsche Volk jedenfalls nicht die geeignete Form ist. Im Jahre 1925 wurde der Kandidat der Reaktion gewählt, und im Jahre 1932 haben auch die demokratischen Kräfte durch ihren damaligen Wahlakt geradezu aus Angst vor dem Tode Selbstmord begangen. Infolgedessen dürfte es sich für die Zukunft empfehlen, nach dem Beispiel Frankreichs den Bundespräsidenten von den beiden gesetzgebenden Körperschaften wählen zu lassen. Durch diesen Wahlmodus würde die Gefahr vermindert, dass ein Agitator unter Ausnutzung der Not und Missbrauch der emotionalen Kräfte des Volkes auf dem Wege des Plebiszits noch einmal nach der Macht zu greifen versucht.“<sup>14</sup>

Da also die direkte Wahl ausschied, musste ein anderer Weg gefunden werden, um für die Wahl des Staatsoberhauptes eine angemessen breite Legitimationsbasis zu schaffen. Sie fand sich in dem Gedanken, die Wahl des Bundespräsidenten von den beiden an der Gesetzgebung beteiligten Organen vornehmen zu lassen, die zu einer Wahlkörperschaft verbunden werden sollten. Der Herrenchiemseer Entwurf hatte für die Wahl des Bundespräsidenten noch getrennte Abstimmungen im Bundestag und in der Länderkammer (Bundesrat oder Senat) vorgesehen, mit der Maßgabe, dass ein besonderes Wahlgremium aus den Mitgliedern der Länderkammer und einer gleichgroßen Zahl von Mitgliedern des Bundestages gebildet wird, wenn bei den getrennten Abstimmungen keine Übereinstim-

<sup>13</sup> Parlamentarischer Rat, Stenographische Berichte, S. 42.

<sup>14</sup> Parlamentarischer Rat, Stenographische Berichte, S. 25 (2. Sitzung vom 8. Sept. 1948).

mung zu erzielen ist. Dieser Vorschlag sollte dem föderativen Prinzip genügend Rechnung tragen und wurde auch im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates von den Vertretern von CDU und CSU befürwortet, die auch noch bei der späteren Beratung von Alternativvorschlägen daran festhielten, den Bundesrat in irgendeiner Form an der Wahl des Bundespräsidenten zu beteiligen.

Gegen eine Beteiligung der Ländervertretung sprachen sich die Vertreter von FDP und SPD aus, wobei der Abgeordnete Dr. Katz (SPD) als Hauptgrund für die Ablehnung des Bundesrates die Weisungsgebundenheit seiner Mitglieder anführte:

„Es geht nicht an, dass Wähler, die über die Besetzung des höchsten Amtes des neuen Staatsgebildes entscheiden sollen, nach Instruktionen ihrer Landesregierungen handeln. Das ist eines freien Staates unwürdig. Aber es ist auch irgendwie systemwidrig. Man kann von Wählern, die an Weisungen gebunden sind, nicht erwarten, dass sie die Stimme des Volkes wiedergeben. Eine echte Wahl setzt voraus, dass die Wähler ihre Stimmen nach bestem Wissen und Gewissen abgeben. Ein instruierter Wahlmann, ein instruierter Elektor ist eine *Contradictio in sich selbst*“.<sup>15</sup>

Aus diesem Grunde wurde der Gedanke eines Zusammenwirkens von Bundestag und Bundesrat bei der Wahl des Bundespräsidenten fallen gelassen zugunsten einer aus gewählten Vertretern des Bundes und der Länder zu bildenden Wahlkörperschaft. Dieser Vorschlag kam aus der Fraktion der FDP und nimmt Gedanken des späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss auf, wie dieser in seiner Abschiedsansprache als Bundespräsident am Ende seiner Amtszeit ausgeführt hat:

„[...] die so genannte Bundesversammlung, als Wahlgremium, in dem das Gesamt des Bundestages mit den von den Einzellandtagen benannten ‚Wahlmännern‘ sich fänden, also ein unitarisches und ein föderatives Element sich einten, ist meine persönliche Erfindung, wenn ich das so sagen darf, lange bevor von einem Parlamentarischen Rat die Rede gewesen ist, und ohne dass ich damals je daran gedacht hätte, dass die politische Kombination, die sich später ergab, mir diese nie gesuchte, aber auch nicht gescheute Aufgabe, das Staatsoberhaupt zu sein, zuweisen würde“.<sup>16</sup>

Im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates wurde dieser Vorschlag der Bildung eines „Nationalkonvents“ – wie man die spätere Bundesversammlung zunächst bezeichnete – von Dr. Dehler (FDP) wie folgt begründet:

„Ein Bundespräsident soll ein breites Fundament haben. Wenn schon kein plebiszitärer Bundespräsident erwünscht ist, so soll er doch – darin sind wir uns wohl alle einig – vom Vertrauen einer größeren Zahl von Vertretern des Volkes getragen werden. Daher schlagen wir vor, dass ein Nationalkonvent, eine Bundesversammlung zusammentritt, dass also ein besonderes Wahlgremium den Bundespräsidenten wählt“, zusammengesetzt „aus den Mitgliedern des Bundestages und einer

---

<sup>15</sup> Parlamentarischer Rat, Verhandlungen des Hauptausschusses Bonn 1949, Bonn 1950, S. 114 (10. Sitzung vom 30. Nov. 1948).

<sup>16</sup> Bulletin der Bundesregierung, Nr. 169 vom 15. September 1959, S. 1693.

gleichgroßen Zahl von Wahlmännern, die von den Landtagen der einzelnen Länder gewählt werden.“<sup>17</sup>

Anschließend erklärte Dr. Katz, dass sich auch die Fraktion der SPD diesen Vorschlag der FDP zu Eigen gemacht habe.

Daraufhin brachte die Deutsche Partei (DP) noch einen Vermittlungsvorschlag ein, der vorsah, dass der gewählte Bundespräsident zu seiner Amtsübernahme einer Vertrauenserklärung des Bundesrates bedürfe, der selbst jedoch nicht dem Wahlkörper angehören sollte. Der Vorschlag wurde jedoch mit der Begründung abgelehnt, dass dadurch der Bundesrat praktisch zum Zensor der Bundesversammlung, der höchsten Gesamtvertretung des deutschen Volkes überhaupt gemacht werde und dass im Übrigen ein auf solche Weise gewählter Präsident nicht die erforderliche Autorität erhalten könne.<sup>18</sup>

So wurde als Ergebnis der Beratungen die Bundesversammlung in der von der FDP vorgeschlagenen Zusammensetzung als Verfassungsorgan und Wahlgremium für die Wahl des Bundespräsidenten vorgesehen und der Bundesrat schließlich dadurch berücksichtigt, dass ihm – zusammen mit dem Deutschen Bundestag – die Funktion eines Zeugen bei der Eidesleistung des Bundespräsidenten übertragen wurde. Artikel 56 GG bestimmt, dass der Bundespräsident bei seinem Amtsantritt „vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates“ einen Amtseid leistet.

Die Bestimmungen des Grundgesetzes von 1949 über die Wahl des Bundespräsidenten gelten bis heute unverändert fort. Zwar hat sich die 1971 eingesetzte Enquete-Kommission für Fragen der Verfassungsreform im Zusammenhang mit Überlegungen zur Funktion des Bundespräsidenten und der Organisation der Regierungsgewalt auch mit der Frage beschäftigt, ob die unmittelbare Volkswahl des Bundespräsidenten der jetzigen Regelung vorzuziehen sei. Sie ist dabei jedoch zu dem Ergebnis gekommen, dass das Präsidentenamt durch die Volkswahl mit einer gewissen Zwangsläufigkeit in jene betont politische Position hineingedrängt würde, die das Grundgesetz ihm vorenthalten hat, und dass damit auch die Tendenz zur „doppelten Spitze“ der Regierungsgewalt, wie sie für die Weimarer Reichsverfassung charakteristisch war, aufleben würde. In ihrem Schlussbericht vom 9. Dezember 1976 ( Bundestagsdrucksache 7/5924) stellt die Enquete-Kommission abschließend dazu fest:

„Die Kommission hat jedoch keinen Anlass gesehen, die vom Parlamentarischen Rat bewusst getroffenen Entscheidungen über die Ausgestaltung des Präsidentenamtes und die Organisation der Regierungsgewalt in Frage zu stellen oder gar zu revidieren. Sie spricht sich daher gegen die Einführung der unmittelbaren Volkswahl des Bundespräsidenten aus.“

Die nach der Vereinigung Deutschlands von Bundestag und Bundesrat eingesetzte Gemeinsame Verfassungskommission hat in ihrem Abschlussbericht vom 28. Oktober 1993 (Bundestagsdrucksache 12/6000) nicht erneut zur Frage der Wahl des Bundespräsidenten Stellung genommen. Sie hat lediglich den wiederholt in der Öffentlichkeit aufgeworfenen Gedanken einer Verlängerung der Amtszeit des Bundespräsidenten auf sieben Jahre (un-

<sup>17</sup> Parlamentarischer Rat, Verhandlungen des Hauptausschusses, S. 103 (8. Sitzung vom 24. Nov. 1948).

<sup>18</sup> Parlamentarischer Rat, Verhandlungen des Hauptausschusses, S. 116/117.

ter Wegfall der Möglichkeit einer Wiederwahl) kursorisch am Rande erörtert, ohne jedoch eine Änderung der bisherigen Regelung vorzuschlagen.

### III

Ort und Zeit des Zusammentritts der Bundesversammlung bestimmt der Präsident des Bundestages.<sup>19</sup>

Um so bald wie möglich nach der Konstituierung der Legislative die Wahl eines Bundespräsidenten vornehmen zu können, wurde die Einberufung der ersten Bundesversammlung zur Wahl des ersten Bundespräsidenten den Ministerpräsidenten der Länder übertragen. Die von ihnen einberufene Bundesversammlung trat am 12. September 1949, fünf Tage nach der Konstituierung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, unter dem Vorsitz des ersten Bundestagspräsidenten Dr. Erich Köhler (CDU) in dem dafür hergerichteten Plenarsaal des Deutschen Bundestages im Bundeshaus zusammen.

Die zweite Bundesversammlung wurde von Bundestagspräsident Dr. Hermann Ehlers (CDU) nach Berlin einberufen. Sie trat am 17. Juli 1954 in der Ostpreußenhalle des Messegeländes am Funkturm zusammen. Bedenken oder Einwände gegen Berlin als Tagungsort wurden damals von keiner der vier Mächte erhoben.

Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU) folgte dem Beispiel seines Amtsvorgängers und berief ebenfalls trotz aufkommender Bedenken und Proteste von östlicher Seite die Bundesversammlung 1959 nach Berlin ein. Er verfuhr ebenso bei Einberufung der vierten Bundesversammlung von 1964. Schon vor der Einberufung 1959 erhob die sowjetische Regierung in einer Note an die drei Westmächte und an die Bundesregierung Protest und bezeichnete die Absicht, die Bundesversammlung in Berlin abzuhalten, als eine „Provokation“. Auch 1964 wiederholte die sowjetische Regierung diese Proteste. Sie verband sie mit der Androhung von Folgen, falls die Bundesversammlung in Berlin tatsächlich abgehalten würde.

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier ging in seiner Eröffnungsansprache zur vierten Bundesversammlung am 1. Juli 1964 auch auf die entstandene Diskussion ein und wies darauf hin, dass man bei dem Beschluss, die Bundesversammlung wieder nach Berlin einzuberufen, den Standpunkt der drei westlichen Schutzmächte berücksichtigt habe. Er unterstrich die Pflicht der Bundesrepublik Deutschland zu einer loyalen Partnerschaft mit den drei die Freiheit verbürgenden Westmächten und erklärte:

„Diese Loyalität – und nichts anderes – verlangt von mir zwar nicht die Einholung einer formellen Zustimmung der drei Mächte, wohl aber eine angemessene Berücksichtigung ihres jeweiligen politisch begründeten Standpunktes auch in dieser Frage [...] Die drei Mächte, die die Sicherheit West-Berlins garantieren, haben auch den Schutz dieser Bundesversammlung übernommen, und sie haben die Proteste der Regierung der Sowjetunion sogleich und einhellig abgewiesen“.<sup>20</sup>

Auch die fünfte Bundesversammlung wurde nach längerem Hin und Her zur Frage des Tagungsortes und nach längerem diplomatischem Tauziehen wieder nach Berlin einberu-

<sup>19</sup> Art. 54 Abs. 4 Satz 2 GG; § 1 BPräsWahlG.

<sup>20</sup> Vgl. Kapitel 4. Bundesversammlung 1 Juli 1964.

fen. Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel (CDU) folgte damit einer Vorentscheidung seines Vorgängers Dr. Eugen Gerstenmaier, der am 18. Dezember 1968 schriftlich angekündigt hatte, dass die 1969 fällige Bundesversammlung wieder nach Berlin einberufen wird. Daraufhin hatte die Sowjetunion, beginnend mit einer Protesterklärung an die drei Westmächte vom 23. Dezember 1968, eingehende diplomatische Bemühungen entfaltet, um eine Änderung der Entscheidung zu erreichen.<sup>21</sup> Auch in der deutschen Presse entspann sich eine heftige Diskussion um das Für und Wider der Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin.

Im Verlauf ihrer diplomatischen Bemühungen machte die Sowjetunion der Bundesregierung das Angebot verbesserter Beziehungen, falls die Tagung der Bundesversammlung nicht in Berlin stattfindet. Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger gab gegenüber dem sowjetischen Botschafter Semjon K. Zarapkin zu verstehen, dass die Bundesregierung zu einem Verzicht auf die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin bereit wäre, wenn sich die Sowjetunion als Gegenleistung für eine Regelung einsetzen würde, die Besuche von Bewohnern aus den drei Westsektoren Berlins in Ost-Berlin ermöglichte. Im Anschluss an die deutsch-sowjetischen Kontakte kam es tatsächlich zu Passierscheingesprächen zwischen dem Berliner Senat und der DDR, die jedoch an den Bedingungen Ost-Berlins scheiterten.

Von östlicher Seite wurden außerdem auf diplomatischem Wege Zugeständnisse in Aussicht gestellt. So deutete die sowjetische Regierung an, dass sie bereit sein könnte, die Unterhaltung „normaler Verbindungen“ zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik zuzusichern. Gleichzeitig operierte sie jedoch mit Drohungen und Zwangsmaßnahmen. Am 8. Februar 1969 verkündete die DDR ein Durchreiseverbot für Mitglieder der Bundesversammlung. Anfang März wurden Manöver des Warschauer Pakts im Raum von Berlin angekündigt. Am 28. Februar verlangte Moskau in einer Note an die DDR Maßnahmen gegen angebliche militärische Tätigkeiten der West-Berliner Industrie. Ost-Berlin verfügte darauf scharfe Transportkontrollen. Schließlich kam es vom 1. bis 7. März zu erheblichen Verkehrsbehinderungen auf den Autobahnen; fast täglich wurde der Zugang für mehrere Stunden ganz gesperrt.

Trotzdem fand am 5. März 1969 auch die fünfte Bundesversammlung wie vorgesehen wieder in Berlin und wieder in der Ostpreußenhalle statt.<sup>22</sup>

Für die folgende Bundesversammlung ergab sich jedoch eine neue Situation. Im März 1970 hatten Verhandlungen zwischen den vier Mächten über Berlin begonnen, die zum Abschluss des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971 führten. Dieses Abkommen legt unter anderem fest, dass „die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden“, und dass die Westsektoren Berlins „wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden“.<sup>23</sup>

---

<sup>21</sup> Vgl. dazu und zum Folgenden: Die Berlin-Regelung, Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1971, S. 252 f.

<sup>22</sup> Die Berlin-Regelung, a.a.O., S. 253.

<sup>23</sup> Die Berlin-Regelung, a.a.O., S. 163-164.

Dazu wurden in einem Brief der drei Botschafter an den Bundeskanzler „Klarstellungen und Interpretationen“ gegeben, in denen auch die Bundesversammlung genannt wird. Es heißt in diesem Brief unter Punkt b):

„In den Westsektoren Berlins werden keine Sitzungen der Bundesversammlung und weiterhin keine Plenarsitzungen des Bundesrates und des Bundestags stattfinden“.<sup>24</sup>

Mit diesem Satz war klargestellt, dass die Bundesversammlung nicht mehr nach Berlin einberufen werden darf. Nachdem in der Öffentlichkeit über eine Reihe von möglichen Tagungsorten spekuliert worden war, entschied Bundestagspräsidentin Frau Renger (SPD), die Bundesversammlung nach Bonn einzuberufen. So versammelte sich die 6. Bundesversammlung am 15. Mai 1974 in der Beethovenhalle in Bonn.

In ihrer Eröffnungsansprache ging die Bundestagspräsidentin auch auf ihre Entscheidung für Bonn als Tagungsort ein und begründete diese damit, dass Bonn dafür als Sitz des Bundespräsidenten, des Bundestages, des Bundesrates und der Bundesregierung besonders geeignet sei. Sie betonte zugleich aber auch die fortbestehende Verbundenheit mit Berlin und die Verpflichtung, alles zu tun, um entsprechend dem Viermächte-Abkommen die Bindungen aufrechtzuerhalten und zu entwickeln:

„[...] die Berliner und ihre Stadt, unser Berlin, werden uns an unsere Aufgabe erinnern, 'in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden'“.<sup>25</sup>

Auch die folgenden Bundesversammlungen wurden nach Bonn in die Beethovenhalle einberufen, wo sie jeweils am 23. Mai, dem Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes, stattfanden. Mit der Vereinigung Deutschlands war das Viermächte-Abkommen vom 3. September 1990 gegenstandslos geworden, so dass die Bundesversammlungen wieder nach Berlin einberufen werden konnten. Mit dem Einigungsvertrag von 1990 und dem Beschluss des Bundestages vom 20. Juni 1991 ist nunmehr Berlin Hauptstadt und Sitz von Parlament und Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Schon aus diesem Grunde lag es nahe, die 10. Bundesversammlung zum 23. Mai 1994 wieder nach Berlin einzuberufen. Tagungsstätte war der Berliner Sitz des Bundestages, das Gebäude des ehemaligen Reichstags. Nach dessen Herrichtung zum ständigen Haus des Bundestages wurde dort am 23. Mai 1999, dem 50. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes, die 11. Bundesversammlung abgehalten. Auch die 12. Bundesversammlung am 23. Mai 2004 sowie die 13. Bundesversammlung am 23. Mai 2009 wurden dorthin einberufen..

#### IV

Der Ablauf der Bundesversammlung ergibt sich aus ihrer Funktion als Wahlorgan und folgt stets demselben Grundmuster.

Der Präsident des Deutschen Bundestages oder einer seiner Stellvertreter eröffnet die Sitzung und hält eine kurze Begrüßungsansprache. Anschließend erfolgt die formelle Konstituierung mit der Bestätigung der Zahl der Mitglieder und der verfassungsgemäßen Wahl

<sup>24</sup> Die Berlin-Regelung, a.a.O., S. 173-174.

<sup>25</sup> Vgl. Kapitel 6. Bundesversammlung 15. Mai 1974

durch die Landesparlamente, die Übernahme der Geschäftsordnung des Bundestages, die Feststellung der Beschlussfähigkeit, die Wahl der Schriftführer und deren Einsetzung. Anschließend werden die Wahlvorschläge und die nach § 9 Abs. 1 Satz 3 BPräsWahlG vorgeschriebenen Zustimmungserklärungen der Vorgeschlagenen bekannt gegeben. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das 40. Lebensjahr vollendet hat. Diese Bedingung eines im Vergleich zum Wahlrecht zum Bundestage wesentlich höheren Mindestalters erklärt sich aus der von dem Amt und der Person des Bundespräsidenten erwarteten besonderen „auctoritas“. Die Wahlvorschläge sind schriftlich einzureichen. Dazu müssen schriftliche Zustimmungserklärungen der Vorgeschlagenen beigelegt werden.

Vor dem Eintritt in die Wahl erläutert der Präsident der Bundesversammlung das geschäftsordnungsgemäße Verfahren der Stimmabgabe. Er leitet die Wahl und stellt nach Auszählung der Stimmen das Ergebnis fest. Gewählt wird mit „verdeckten amtlichen Stimmzetteln“, d. h. also in geheimer Wahl in den dazu bestimmten Wahlkabinen. Wenn keiner der Kandidaten die erforderliche Stimmenmehrheit erreicht hat, findet ein zweiter, nötigenfalls auch ein dritter Wahlgang statt. Vor jedem Wahlgang können neue Wahlvorschläge eingereicht werden. Hierfür müssen jedoch ebenfalls die vorgeschriebenen Zustimmungserklärungen der Vorgeschlagenen vorgelegt werden.

Die Bundesversammlung endet mit der Annahmeerklärung, die der Gewählte „binnen zwei Tagen“ abgeben muss, wenn er die Wahl annimmt. Bisher haben alle Gewählten die Annahme ihrer Wahl unmittelbar nach der Verkündung des Wahlergebnisses abgegeben und daraufhin noch Gelegenheit erhalten, Worte an die Versammlung zu richten. Im Übrigen erfolgt jedoch die Wahl gemäß Art. 54 Abs. 1 GG ohne Aussprache.

Mit Ausnahme der 9. Bundesversammlung von 1989 sind in den Bundesversammlungen stets mehrere Wahlvorschläge eingereicht worden. In der 1. Bundesversammlung am 12. September 1949 wurde Professor Dr. Theodor Heuss von der FDP vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde aufgrund einer Koalitionsabsprache von der CDU/CSU und den anderen Koalitionspartnern unterstützt. Die SPD schlug ihren Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher und das Zentrum den nordrhein-westfälischen Sozialminister Dr. Rudolf Amelunxen vor. Der zweite Wahlgang brachte die erforderliche Stimmenzahl für Theodor Heuss.

In der 2. Bundesversammlung am 17. Juli 1954 wurde Theodor Heuss zur Wiederwahl vorgeschlagen. Diesmal wurde der Vorschlag von der Fraktion der CDU/CSU eingebracht. Zu Beginn der Versammlung benannte die KPD unerwartet den Heidelberger Professor Dr. Alfred Weber als ihren Kandidaten. Weber, der von dem Vorschlag offenbar überrascht wurde, teilte telefonisch mit, dass er die kommunistische Fraktion weder aufgefordert noch ermächtigt habe, ihn als ihren Kandidaten zu benennen, und dass er sich gegen seine Aufstellung verwahre. Gewählt wurde mit großer Stimmenmehrheit wiederum Professor Dr. Theodor Heuss im ersten Wahlgang.

In der 3. Bundesversammlung am 1. Juli 1959 schlug die CDU/CSU den bisherigen Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. h. c. Heinrich Lübke, vor. Ursprünglich hatte der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer für das Amt kandidieren wollen. Er erklärte jedoch am 5. Juni 1959 vor der Fraktion der CDU/CSU, dass er dazu nicht mehr bereit sei und stattdessen weiterhin im Amt des Bundeskanzlers bleiben wolle. Für die SPD bewarb sich Professor Dr. Carlo Schmid, der langjährige Vizepräsident des Deutschen Bundestages, um das Amt, und für die FDP kandidierte Dr. Max Becker, ebenfalls



Vizepräsident des Bundestages. Heinrich Lübke erhielt die erforderliche Stimmenzahl im zweiten Wahlgang.

In der 4. Bundesversammlung am 1. Juli 1964 schlug die CDU/CSU den bisherigen Bundespräsidenten zur Wiederwahl vor. Die SPD-Fraktion brachte keinen eigenen Vorschlag ein und befürwortete mehrheitlich die Wiederwahl Lübkes. Dies wurde vielfach als Vorleistung für eine große Koalition gewertet. Die FDP nominierte ihren ehemaligen Bundesminister der Justiz, Dr. Ewald Bucher. Heinrich Lübke wurde im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit wiedergewählt.

In der 5. Bundesversammlung am 5. März 1969 nominierte die CDU/CSU Dr. Gerhard Schröder, Bundesminister der Verteidigung, und die SPD Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, Bundesminister der Justiz. Beide Kandidaten waren zum Zeitpunkt ihrer Nominierung Mitglieder im Kabinett Kiesinger der Regierung der „Großen Koalition“. Da im ersten und im zweiten Wahlgang keiner der beiden Bewerber die erforderliche Mehrheit der Stimmen der gesetzlichen Mitgliederzahl erhielt, musste ein dritter Wahlgang stattfinden, in dem nach Artikel 54 Abs. 6 GG gewählt ist, wer „die meisten Stimmen auf sich vereinigt“. Die meisten Stimmen erhielt auch im dritten Wahlgang Gustav Heinemann, der damit zum Bundespräsidenten gewählt war.

In der 6. Bundesversammlung am 15. Mai 1974 wurden von den Fraktionen der SPD und der FDP gemeinsam Walter Scheel, der bisherige Bundesminister des Äußeren, Vizekanzler im Kabinett Brandt und Vorsitzender der FDP, und von der CDU/CSU deren stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Richard von Weizsäcker benannt. Walter Scheel erhielt bereits im ersten Wahlgang die erforderliche Stimmenzahl und war damit zum Bundespräsidenten gewählt.

In der 7. Bundesversammlung am 23. Mai 1979 nominierte die Fraktion der CDU/CSU den bisherigen Präsidenten des Deutschen Bundestages, Karl Carstens. Die SPD benannte Frau Annemarie Renger, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Auch Carstens erhielt wie sein Vorgänger bereits im ersten Wahlgang die erforderliche Stimmenzahl.

In der 8. Bundesversammlung am 23. Mai 1984 wurden von der CDU/CSU der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, und von der Fraktion DIE GRÜNEN die Schriftstellerin Luise Rinser nominiert. Richard von Weizsäcker erhielt im ersten Wahlgang die erforderliche Stimmenzahl und war damit gewählt.

In der 9. Bundesversammlung am 23. Mai 1989 wurde Richard von Weizsäcker erneut und ohne einen Gegenkandidaten vorgeschlagen und mit großer Stimmenmehrheit für eine zweite Amtsperiode wiedergewählt.

In der 10. Bundesversammlung am 23. Mai 1994 wurden von der CDU/CSU Professor Dr. Roman Herzog, von der FDP Dr. Hildegard Hamm-Brücher, von der SPD der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Dr. h. c. Johannes Rau und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Professor Dr. Jens Reich nominiert. Am Vorabend der Wahl nominieren auch noch die Republikaner mit dem Publizisten Hans Hirzel einen eigenen Kandidaten. Roman Herzog wurde im dritten Wahlgang mit der erforderlichen Stimmenzahl gewählt.

In der 11. Bundesversammlung am 23. Mai 1999 wurden insgesamt drei Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten nominiert: Professor Dr. Uta Ranke-Heinemann von der

PDS, Ministerpräsident a. D. Dr. h. c. Johannes Rau von der SPD und Professor Dr. Dagmar Schipanski von der CDU/CSU. Johannes Rau wurde im 2. Wahlgang mit der erforderlichen Mehrheit der Zahl der Mitglieder zum Bundespräsidenten gewählt.

In der 12. Bundesversammlung am 23. Mai 2004 nominierten die SPD Professor Dr. Gesine Schwan, CDU/CSU und FDP Professor Dr. Horst Köhler als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten. Horst Köhler erhielt im 1. Wahlgang die erforderliche Stimmenmehrheit und war damit zum Bundespräsidenten gewählt.

In der 13. Bundesversammlung am 23. Mai 2009 wurde Professor Dr. Horst Köhler von CDU/CSU und FDP zur Wiederwahl vorgeschlagen. Als Gegenkandidaten wurden von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Professor Dr. Gesine Schwan, von DIE LINKE. Peter Sodann und von den Republikanern Frank Rennicke vorgeschlagen. Horst Köhler wurde im 1. Wahlgang mit 613 Stimmen wiedergewählt.

## V

Für die Eidesleistung beim Amtsantritt eines neu gewählten Bundespräsidenten ist vom Grundgesetz ein besonderer Staatsakt vorgesehen. Nach Art. 56 GG leistet der Bundespräsident den Amtseid „vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates“. Bundestagspräsident von Hassel hat dazu bei der Eröffnung der gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat nach Art. 56 GG am 1. Juli 1969 ausgeführt:

„Es gibt in unserer Demokratie keinen repräsentativeren Staatsakt als diesen. Die Anwesenheit des Bundestages, des Bundesrates und der Bundesregierung, der Vertreter der höchsten Gerichte und der Verwaltung verleiht dieser Versammlung den Charakter einer Gesamtrepräsentation der Bundesrepublik Deutschland. Sie bedeutet nicht nur Zeugenschaft an der Vereidigung des Staatsoberhauptes, sie ist darüber hinaus ein Zeugnis für unseren Staat und seine Verfassung, wie wir es eindrucksvoller nicht ablegen können“.<sup>26</sup>

In dieser gemeinsamen Sitzung der beiden legislativen Organe kommt, wie Bundespräsident Carstens anlässlich seiner Eidesleistung ausführte, „die große Bedeutung zum Ausdruck, die unser Grundgesetz dem föderativen Aufbau unseres Staates beimisst“.<sup>27</sup>

Nach § 11 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung wird die Eidesleistung vom Präsidenten des Bundestages veranlasst, der die gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat eröffnet und leitet. Die Eidesleistung in diesem Staatsakt wird umrahmt von Ansprachen des scheidenden und des neuen Bundespräsidenten sowie von Ansprachen der Präsidenten des Bundestages und des Bundesrates. Dieser Staatsakt fand bis zur Vereinigung Deutschlands und letztmalig 1999 im Plenarsaal des Bundestages in Bonn, 1994 und 2004 im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes in Berlin statt. Direktübertragungen erlauben es, den Verlauf der Bundesversammlung ebenso wie den Ablauf des Staatsaktes der Vereidigung eines neuen Bundespräsidenten über Rundfunk oder Fernsehen zu verfolgen.

<sup>26</sup> Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 245. Sitzung (zugleich 341. Sitzung des Bundesrates), S. 13661 B.

<sup>27</sup> Ebd.



## 2. Gesetzliche Grundlagen

### Die Bestimmungen des Grundgesetzes

#### Artikel 54

- (1) Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat.
- (2) Das Amt des Bundespräsidenten dauert fünf Jahre. Anschließende Wiederwahl ist nur einmal zulässig.
- (3) Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.
- (4) Die Bundesversammlung tritt spätestens dreißig Tage vor Ablauf der Amtszeit des Bundespräsidenten, bei vorzeitiger Beendigung spätestens dreißig Tage nach diesem Zeitpunkt zusammen. Sie wird von dem Präsidenten des Bundestages einberufen.
- (5) Nach Ablauf der Wahlperiode beginnt die Frist des Absatzes 4 Satz 1 mit dem ersten Zusammentritt des Bundestages.
- (6) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält. Wird diese Mehrheit in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt.
- (7) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

#### Artikel 56

Der Bundespräsident leistet bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates folgenden Eid:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

#### Artikel 121

Mehrheit der Mitglieder des Bundestages und der Bundesversammlung im Sinne dieses Grundgesetzes ist die Mehrheit ihrer gesetzlichen Mitgliederzahl.

#### Artikel 46<sup>28</sup>

---

<sup>28</sup> Nach § 7 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 (BGBl. 1 S. 230) finden Artikel 46, 47 und 48 Abs. 2 des Grundgesetzes auf die Mitglieder der Bundesversammlung entsprechende Anwendung.

(1) Ein Abgeordneter darf zu keiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen einer Äußerung, die er im Bundestage oder in einem seiner Ausschüsse getan hat, gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb des Bundestages zur Verantwortung gezogen werden. Dies gilt nicht für verleumderische Beleidigungen.

(2) Wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung darf ein Abgeordneter nur mit Genehmigung des Bundestages zur Verantwortung gezogen oder verhaftet werden, es sei denn, daß er bei Begehung der Tat oder im Laufe des folgenden Tages festgenommen wird.

(3) Die Genehmigung des Bundestages ist ferner bei jeder anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Abgeordneten oder zur Einleitung eines Verfahrens gegen einen Abgeordneten gemäß Artikel 18 erforderlich.

(4) Jedes Strafverfahren und jedes Verfahren gemäß Artikel 18 gegen einen Abgeordneten, jede Haft und jede sonstige Beschränkung seiner persönlichen Freiheit sind auf Verlangen des Bundestages auszusetzen.

### **3. Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959<sup>29</sup>**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### Erster Abschnitt

#### **Die Bundesversammlung**

##### **§ 1**

Der Präsident des Bundestages bestimmt Ort und Zeit des Zusammentritts der Bundesversammlung.

##### **§ 2**

(1) Die Bundesregierung stellt rechtzeitig fest, wie viel Mitglieder die einzelnen Landtage zur Bundesversammlung zu wählen haben. Dabei sind die gesetzliche Mitgliederzahl des Bundestages im Zeitpunkt der Beschlussfassung der Bundesregierung und das Verhältnis der letzten amtlichen Bevölkerungszahlen der Länder zugrunde zu legen. Bei Ermittlung der Bevölkerungszahlen bleiben Ausländer (§ 2 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes) unberücksichtigt. Die Bundesregierung macht die Zahl der von den einzelnen Landtagen zu wählenden Mitglieder im Bundesgesetzblatt bekannt.

(2) Die Landtage haben die Wahl unverzüglich vorzunehmen. Besteht am Tage der Bekanntmachung nach Absatz 1 Satz 3 kein Landtag oder hat ein Landtag vor Ablauf seiner Wahlperiode die Wahl nicht mehr vorgenommen, so wählt der neue Landtag die Mitglieder. Kann der neue Landtag die Wahl nicht mehr rechtzeitig vornehmen, so tritt an seine Stelle der Ausschuss, der verfassungsgemäß die Rechte des Landtages gegenüber der Regierung bis zum Zusammentritt des neuen Landtages wahrnimmt, oder ein vom Landtag für die Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung gebildeter Ausschuss. Kommt eine rechtzeitige Wahl nicht zustande, so bleiben die auf das Land entfallenden Sitze unbesetzt.

##### **§ 3**

Zur Bundesversammlung ist wählbar, wer zum Bundestag wählbar ist.

##### **§ 4**

(1) Der Landtag wählt die auf das Land entfallenden Mitglieder nach Vorschlagslisten. Bei der Wahl sind die Bestimmungen der Geschäftsordnung des Landtages entsprechend anzuwenden.

(2) Jeder Abgeordnete hat eine Stimme.

(3) Die Sitze werden, wenn mehrere Vorschlagslisten vorliegen, den Listen nach der Zahl der ihnen zugefallenen Stimmen im Höchstzahlverfahren d'Hondt zugeteilt. Über die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei gleichen Höchstzahlen das vom Präsidenten des Landtages zu ziehende Los. Die Sitze werden den Bewerbern in der Reihenfolge ihrer

---

<sup>29</sup> Bundesgesetzblatt I S. 230 mit der Änderung des § 2 v. 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593) und den Änderungen der §§ 7 und 13 v. 12. Juli 2007 (BGBl. I S. 1326).

Namen auf den Vorschlagslisten zugewiesen. Entfallen auf eine Liste mehr Sitze, als Bewerber benannt sind, so gehen die Sitze in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen auf die anderen Listen über.

(4) Der Präsident des Landtages fordert die Gewählten auf binnen zwei Tagen schriftlich zu erklären, ob sie die Wahl annehmen. Die Gewählten erwerben die Mitgliedschaft in der Bundesversammlung mit dem Eingang der schriftlichen Annahmeerklärung bei dem Präsidenten des Landtages. Gibt der Gewählte bis zum Ablauf der gesetzten Frist keine Erklärung ab, so gilt die Wahl als zu diesem Zeitpunkt angenommen.

(5) Nimmt ein Gewählter die Wahl nicht an oder scheidet ein Mitglied aus, so tritt der nächste nicht gewählte Bewerber der gleichen Vorschlagsliste ein. Ist die Vorschlagsliste erschöpft, so geht der Sitz auf die Liste über, auf die die nächste Höchstzahl entfällt. Die Feststellung, wer als Listennachfolger eintritt, trifft der Präsident des Landtages. Absatz 4 gilt entsprechend.

(6) Der Präsident des Landtages übermittelt das Ergebnis der Wahl dem Präsidenten des Bundestages.

## § 5

Jedes Mitglied des Landtages und jeder in eine Vorschlagsliste aufgenommene Bewerber kann binnen zwei Tagen nach Verkündung des Wahlergebnisses beim Präsidenten des Landtages Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl erheben. Über den Einspruch entscheidet der Landtag unverzüglich, spätestens jedoch eine Woche vor dem Zusammentritt der Bundesversammlung. Ergeht bis dahin keine Entscheidung, so entscheidet die Bundesversammlung. Der Präsident des Bundestages bereitet die Entscheidung der Bundesversammlung vor.

## § 6

Wird die Wahl nach § 2 Abs. 2 Satz 3 von einem Landtagsausschuss vorgenommen, so gelten §§ 4 und 5 entsprechend.

## § 7

Artikel 46, 47, 48 Abs. 2 des Grundgesetzes finden auf die Mitglieder der Bundesversammlung entsprechende Anwendung. Für Immunitätsangelegenheiten ist der Bundestag zuständig; die vom Bundestag oder seinem zuständigen Ausschuss erlassenen Regelungen in Immunitätsangelegenheiten gelten entsprechend. Die Mitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

## Zweiter Abschnitt

### Wahl des Bundespräsidenten

## § 8

Der Präsident des Bundestages leitet die Sitzungen und Geschäfte der Bundesversammlung. Auf ihren Geschäftsgang findet die Geschäftsordnung des Bundestages sinnngemäße Anwendung, sofern sich nicht die Bundesversammlung eine eigene Geschäftsordnung gibt.



## § 9

(1) Wahlvorschläge für die Wahl des Bundespräsidenten kann jedes Mitglied der Bundesversammlung beim Präsidenten des Bundestages schriftlich einreichen. Für den zweiten und dritten Wahlgang können neue Wahlvorschläge eingebracht werden. Die Wahlvorschläge dürfen nur die zur Bezeichnung des Vorgeschlagenen erforderlichen Angaben enthalten; die schriftliche Zustimmungserklärung des Vorgeschlagenen ist beizufügen.

(2) Der Sitzungsvorstand prüft, ob die Wahlvorschläge den gesetzlichen Voraussetzungen entsprechen. Über die Zurückweisung eines Wahlvorschlages entscheidet die Bundesversammlung.

(3) Gewählt wird mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln. Stimmzettel, die auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten, sind ungültig.

(4) Der Präsident des Bundestages teilt dem Gewählten die Wahl mit und fordert ihn auf, ihm binnen zwei Tagen zu erklären, ob er die Wahl annimmt. Gibt der Gewählte innerhalb dieser Frist keine Erklärung ab, so gilt die Wahl als abgelehnt.

(5) Der Präsident des Bundestages erklärt die Bundesversammlung für beendet, nachdem der Gewählte die Wahl angenommen hat.

## § 10

Das Amt des Bundespräsidenten beginnt mit dem Ablauf der Amtszeit seines Vorgängers, jedoch nicht vor Eingang der Annahmeerklärung beim Präsidenten des Bundestages.

## § 11

Der Präsident des Bundestages veranlasst die Eidesleistung des Bundespräsidenten.

### Dritter Abschnitt

### Schlussvorschriften

## § 12

Die Mitglieder der Bundesversammlung erhalten eine Entschädigung, deren Höhe der Präsident des Bundestages in sinngemäßer Anwendung der für die Mitglieder des Bundestages geltenden Bestimmungen festsetzt.

## § 13

(weggefallen)

## § 14

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

#### 4. Die Bundespräsidenten im Portrait

##### **Theodor Heuss** **Bundespräsident 1949-1959**

Theodor Heuss wurde am 31. Januar 1884 im württembergischen Brackenheim als jüngster Sohn des Straßenbauingenieurs und späteren Stadtbaurats Louis Heuss geboren. Er besuchte das humanistische Gymnasium in Heilbronn und studierte nach dem Abitur



Nationalökonomie und Kunstgeschichte in München und Berlin. 1905 wurde er von dem Volkswirt Lujo Brentano mit einer Arbeit über Weinbau promoviert.

Schon als Schüler und Student war Heuss Mitglied der nationalsozialen Bewegung Friedrich Naumanns, für dessen Zeitschrift „Die Hilfe“ er von 1905 bis 1912 als Redakteur in Berlin tätig war. 1908 heiratete er Elly Knapp, die Tochter des Straßburger Nationalökonom Friedrich Knapp. 1912 wurde Heuss mit 28 Jahren zum Chefredakteur der „Neckarzeitung“ in Heilbronn berufen. Gleichzeitig redigierte er die Kunst- und Kulturzeitschrift „März“, an der auch schon Hermann Hesse und Ludwig Thoma mitgearbeitet hatten. Ende des Ersten Weltkrieges zog Heuss nach Berlin, wo er Mitglied der Geschäftsführung des „Deutschen Werkbundes“ und Chefredakteur der Wochenzeit-

schrift „Deutsche Politik“, später der Zeitschrift „Deutsche Nation“ wurde. Auch in der „Vossischen Zeitung“, der „Frankfurter Zeitung“ und in ausländischen Blättern erschienen Artikel von ihm. Darüber hinaus verfasste er bis 1933 regelmäßig die innen- und außenpolitischen Glossen in Gustav Stolpers „Deutscher Volkswirt“. Bis 1931 nahm er zudem Lehraufträge an der Berliner Hochschule für Politik wahr.

Von 1903 bis 1910 war Heuss Mitglied der Freisinnigen Vereinigung, danach der Fort-

schriftlichen Volkspartei. 1918 gehörte er zu den Mitgründern der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Diese vertrat er zunächst in der Schöneberger Bezirksversammlung, später auch in der Stadtverordnetenversammlung von Berlin. Von 1924 bis 1928 war er für die DDP und von 1930 bis 1933 für die Deutsche Staatspartei Mitglied des Deutschen Reichstages. Er publizierte zahlreiche politische Bücher, darunter 1932 die Schrift „Hitlers Weg“, in der er die Ursachen des aufkeimenden Nationalsozialismus analysierte. 1933 wurde sein Buch von den Nationalsozialisten öffentlich verbrannt.

Von 1933 bis 1935 gab Heuss mit vielen Schwierigkeiten die Zeitschrift „Die Hilfe“ heraus, sah sich dann aber genötigt, das Blatt einzustellen. Er zog sich aus dem öffentlichen Leben zurück und widmete sich ganz seinen schriftstellerischen Arbeiten. Unter anderem schrieb er Biographien über eine Reihe namhafter deutscher Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker. Die Lebensbeschreibung seines politischen Mentors Friedrich Naumann erschien 1937 unter dem Titel „Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit“. 1941 wurde Heuss fester Mitarbeiter bei der „Frankfurter Zeitung“, wo er vor allem historische und kulturpolitische Aufsätze veröffentlichte. Nach einem Publikationsverbot erschienen seine Artikel teilweise unter einem Pseudonym. 1943 zog die Familie nach Heidelberg. Dort arbeitete Heuss an einer Biografie über Robert Bosch, die erst nach Kriegsende erschien.

Anfang September 1945 war Heuss Mitgründer und Herausgeber der in Heidelberg erscheinenden „Rhein-Neckar-Zeitung“. Noch im selben Monat wurde er von der amerikanischen Militäradministration als Kultusminister in die von seinem Parteifreund Reinhold Maier geführte Landesregierung von Württemberg-Baden berufen, der er bis Dezember 1946 angehörte. Im Juni 1946 wurde Heuss für die im Januar 1946 gegründete Demokratische Volkspartei (DVP) in die Verfassunggebende Landesversammlung und im November 1946 in den Landtag von Württemberg-Baden gewählt. Bereits im September hatte die DVP in der amerikanischen Besatzungszone Heuss zu ihrem Vorsitzenden gewählt, 1947 rückte er auch in den neu gegründeten Vorstand der Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) ein. Zudem übernahm Heuss im März dieses Jahres eine Honorarprofessur für Politische Wissenschaft an der Technischen Hochschule in Stuttgart.

Im September 1948 ging Heuss als liberaler Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender in den Parlamentarischen Rat nach Bonn, wo er auf die Arbeit am Grundgesetz entscheidenden Einfluss nehmen konnte. Im Dezember desselben Jahres wurde er zum ersten Bundesvorsitzenden der neu gegründeten Freien Demokratischen Partei (FDP) gewählt. Im August des folgenden Jahres wurde er als FDP-Abgeordneter in den ersten Deutschen Bundestag gewählt. Kurz darauf erklärten Liberale und Christdemokraten, den FDP-Vorsitzenden als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten unterstützen zu wollen. Am 12. September 1949 wurde er mit 416 Ja-Stimmen von der Bundesversammlung zum ersten Bundespräsidenten gewählt. Auf seinen Gegenkandidaten Kurt Schumacher entfielen 312 Stimmen. Am 17. Juli 1954 wurde Heuss für weitere fünf Jahre im Amt des Bundespräsidenten bestätigt.

Kraft seiner Persönlichkeit und Integrität gelang es Heuss, das Amt des Bundespräsidenten in spezifischer Weise auszugestalten. Durch die Art seiner Amtsausübung verlieh er dem Bundespräsidentenamte in der öffentlichen Wahrnehmung ein derart hohes moralisches Gewicht, dass er über die verfassungsrechtlichen Bestimmungen hinaus weitreichenden Einfluss auf die Entwicklung von Gesellschaft und Politik zu nehmen vermochte.

te. Auch hat er als Präsident dazu beigetragen, das Bild der Deutschen in der Weltöffentlichkeit zu korrigieren. Vor allem dem Wirken des ersten Bundespräsidenten ist es zu verdanken, dass die Bonner Villa Hammerschmidt, Amtssitz des Bundespräsidenten bis zur deutschen Vereinigung und seitdem sein zweiter Amtssitz, zum Symbol eines Amtes wurde, das sich in besonderer Weise durch Augenmaß und Versöhnungswillen auszeichnet. Hermann Rudolph zählt Heuss zu den „großen Demokratielehrern“ der Bundesrepublik. Der erste Bundespräsident habe wesentlich zur Ausbildung des Staatsverständnisses in der jungen Bundesrepublik beigetragen. „Dass sich die Deutschen in ihrer Nachkriegswelt zurechtfinden, sich mit ihr befreundeten und schließlich in ihr heimisch wurden, ist nicht zuletzt sein Verdienst“, so der Herausgeber des Berliner „Tagesspiegels“. Auch die von allen Bundespräsidenten gepflegte Tradition, die Bürgerinnen und Bürger zum Engagement für die Demokratie und öffentliche Angelegenheiten aufzurufen, wurde von Heuss begründet. Nicht zuletzt seine Bemühungen um eine Wiederbelebung des Gemeinsinns und der staatsbürgerlichen Verantwortung bewogen Heuss im Jahr 1951, das Bundesverdienstkreuz in mehreren Klassen einzuführen. Auch hierin sah er eine Möglichkeit für die Deutschen, sich positiv mit der gemeinsamen Ordnung zu identifizieren.

Ein besonderer Höhepunkt seiner ersten Amtszeit war seine Rede im ehemaligen KZ Bergen-Belsen im Jahre 1952. Diese Rede wurde als eines der ersten substanziellen Bekenntnisse zur Verpflichtung der Deutschen, sich der eigenen Verantwortung für die Verbrechen des „Dritten Reichs“ zu stellen, angesehen. Heuss lehnte den Begriff der Kollektivschuld ab und stellte ihm den Begriff der Kollektivscham entgegen. Dieser Mut zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit machte Heuss zu einem eminent politischen Bundespräsidenten.

Die zweite Amtszeit war durch zahlreiche Staatsbesuche gekennzeichnet, durch die Heuss dazu beitragen konnte, Vorbehalte gegen Deutschland abzubauen. Im Mai 1956 reiste er nach Athen, im Mai 1957 in die Türkei und im November nach Rom, wo er auch im Vatikan empfangen wurde. Im Juni 1958 folgte er Einladungen nach Kanada und in die USA. Schließlich wurde er im Oktober 1958 in London von Königin Elisabeth II. empfangen. Im Gegensatz zu der betonten Herzlichkeit der Königin und der Regierung des Vereinigten Königreichs bereiteten ihm die britischen Bürger allerdings einen sehr kühlen Empfang.

Heuss wurde als Präsident so sehr als Idealfall empfunden, dass im Hinblick auf die Präsidentenwahl am 1. Juli 1959 in Berlin sogar eine Änderung des Grundgesetzes für eine dritte Amtszeit erwogen wurde. Heuss lehnte jedoch ab, weil er keinen Präzedenzfall schaffen wollte. Nach der Wahl des Landwirtschaftsministers Heinrich Lübke (CDU) zum Bundespräsidenten wurde Heuss in einer feierlichen Sitzung des Bundestages verabschiedet.

Im Herbst 1959 verließ Heuss Bonn und zog sich in sein Haus in Stuttgart zurück, wo er sich von nun an vor allem mit literarischen Arbeiten befasste. Neben der Arbeit an seinen Lebenserinnerungen schrieb er eine Reihe von Aufsätzen und arbeitete an der Edition bereits früher fertig gestellter Texte. Heuss war als Schriftsteller ungemein produktiv und beschäftigte sich mit zahlreichen Themen und Wissensgebieten. Aus der Vielzahl der von ihm verfassten Texte über Politik, Geschichte, Kunst, Literatur sowie zur eigenen Lebensgeschichte seien hier nur folgende Werke genannt: „Schattenbeschwörung, Randfiguren der Geschichte“ (1947), „1848 – Werk und Erbe“ (1949), „Verfassungsrecht und Politik“

(1950), „Kräfte und Grenzen einer Kulturpolitik“ (1951), „Formkräfte eines politischen Stilbildes“ (1952), „Vorspiele des Lebens, Jugenderinnerungen“ (1954), „Zur Ästhetik der Karikatur“ (1954), „Hugo von Hofmannsthal“ (1954), „Schiller“ (1955), „Zur Kunst dieser Gegenwart“ (1956), „Die großen Deutschen“ (5 Bde, 1956/1957, herausgegeben zusammen mit Hermann Heimpel und Benno Reifenberg), „Von Ort zu Ort – Wanderungen mit Stift und Feder“ (1959), „Vor der Bücherwand, Skizzen zu Dichtern und Dichtung“ (1961) und „Bei Gelegenheit“ (1962).

Das Interesse an seinen Veröffentlichungen war groß: Bereits drei Wochen nach Erscheinen des unter dem Titel „Theodor Heuss, Erinnerungen, 1905-1933“ (1963) erschienenen ersten Teils seiner Autobiographie musste eine zweite Auflage gedruckt werden. Heuss' Memoiren schildern seinen Lebensweg bis zum Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, die Entwicklung vom freisinnigen Literaten und Publizisten zum Staatsmann. Sie leisten einen bedeutenden Beitrag zur vielschichtigen Zeitgeschichte des ersten Drittels des zwanzigsten Jahrhunderts.

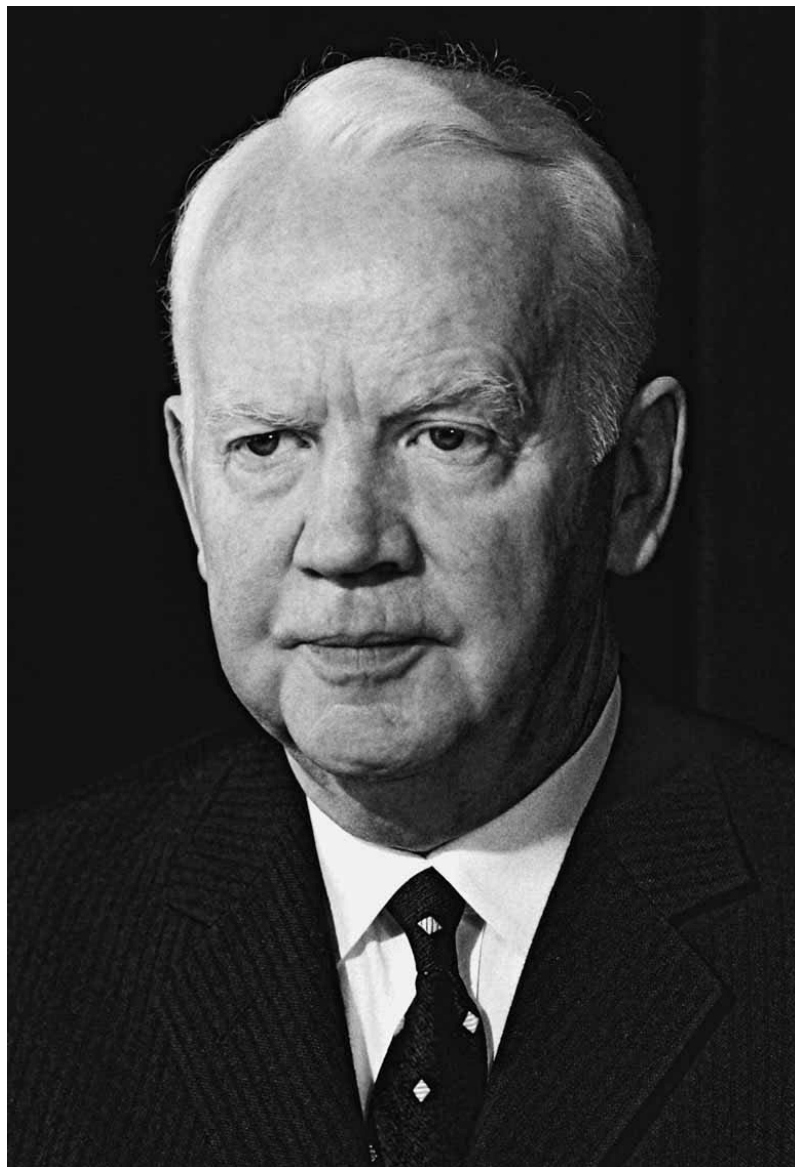
Nach seinem Rückzug ins Privatleben wurden ihm eine Reihe von Ehrenämtern angetragen und Auszeichnungen verliehen. So erhielt er beispielsweise 1959 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels für seine Lebensleistung. Heuss war Ehrendoktor zahlreicher Universitäten des In- und Auslandes, Träger vieler in- und ausländischer Orden, Ehrenbürger einer ganzen Anzahl deutscher und ausländischer Städte und Ehrenmitglied vieler Gremien der Kunst und Wissenschaft. Wiederholt nahm er auch zu Zeitfragen Stellung. Unter anderem protestierte er im April 1961 gegen Angriffe auf Emigranten der Jahre 1933 bis 1945.

Am 12. Dezember 1963, nur wenige Wochen vor seinem 80. Geburtstag, verstarb Theodor Heuss nach langer schwerer Krankheit. Er wurde in einem Staatsbegräbnis auf dem Stuttgarter Waldfriedhof beigesetzt.

Im April 1964 nahm das „Theodor Heuss-Archiv“ in Stuttgart seine Arbeit auf. Es gab in der Folgezeit mehrere Publikationen aus den Nachlassbeständen heraus. 1972 wurde das Archiv aufgelöst, der literarische Nachlass ging an das Deutsche Literaturarchiv in Marbach und der politische Nachlass an das Bundesarchiv in Koblenz über. Seit 1997 widmet sich die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus dem Andenken des ersten Bundespräsidenten ([www.stiftung-heuss-haus.de](http://www.stiftung-heuss-haus.de)). In seinem früheren Wohnhaus in Stuttgart wurde eine Gedenkstätte eingerichtet. Eine Dauerausstellung dokumentiert das Leben und geistige Vermächtnis des ersten Bundespräsidenten. Seit 1964 wird der „Theodor-Heuss-Preis“ für „beispielhafte demokratische Gesinnung“ verliehen (Stiftung Theodor-Heuss-Preis e.V.).

## Heinrich Lübke Bundespräsident 1959-1969

Heinrich Lübke wurde am 14. Oktober 1894 in Enkhausen im Sauerland als Sohn eines katholischen Schuhmachers und Landwirts geboren. Er und seine vier Geschwister wuchsen, insbesondere nach dem frühen Tod des Vaters,



in bescheidenen Lebensverhältnissen auf. Nach dem Progymnasium in Werl besuchte Lübke das Gymnasium Petrinum in Brilon im Hochsauerland, wo er 1913 das Abitur ablegte. Nach einem praktischen Jahr ging Lübke zum Studium nach Bonn, wo er an der Landwirtschaftlichen Akademie Landwirtschaft, Geodäsie und Kulturbautechnik studierte. Als wenig später der Erste Weltkrieg ausbrach, unterbrach Lübke sein Studium, um als Kriegsfreiwilliger (zuletzt Leutnant der Reserve) an den Kämpfen an der Ost- und Westfront teilzunehmen. Mehrfach verwundet und ausgezeichnet mit dem EK I und II, nahm er nach seiner Rückkehr sein Studium an den Universitäten Berlin und Münster wieder auf, wo er zusätzlich Volkswirtschaft, Verwaltungsrecht, Boden- und Siedlungsrecht studierte. Nach Ablegung des geodätischen und des großen kulturbautechnischen Exams 1921 war er zunächst als Vermessungs- und Kultur-

turingenieur beim Westfälischen Pächter- und Siedlerbund in Münster tätig. Seit 1923 arbeitete Lübke als Geschäftsführer des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe in Berlin. Seiner Initiative war es maßgeblich zu verdanken, dass sich 1926 Klein- und Mittelbauernverbände sowie die Kleinpächterverbände zur „Deutschen Bauernschaft“ zusammenschlossen. Als Geschäftsführer dieses Verbandes und der Siedlungsgesellschaft Bauernland AG lernte er in Berlin die ebenfalls aus dem Sauerland stammende, neun Jahre ältere Studienrätin Wilhelmine Keuthen kennen, die er 1929 heiratete. 1932 wurde Lübke als Abgeordneter des Zentrums in den Preußischen Landtag gewählt, dem er bis zur Auflösung im Oktober 1933 angehörte.

Die nationalsozialistische Machtübernahme beendete vorläufig die berufliche Karriere Lübkes. Als Vertreter der verhassten Weimarer Republik wurde er Opfer der nationalsozialistischen Propagandamaschine, die gegen ihn wegen „Korruption in der Systemzeit“ ein Ermittlungsverfahren einleitete. Er wurde aus allen Ämtern entlassen und wegen angeblicher Zweckentfremdung öffentlicher Gelder angeklagt. Ohne gerichtliches Verfahren wurde er ab Februar 1934 zwanzig Monate lang in der Strafanstalt Plötzensee inhaftiert, die von den Nationalsozialisten als Untersuchungsgefängnis für die zunehmende Zahl an politischen Strafverfahren genutzt wurde. Erst am 10. Oktober 1935 wurde Lübke wegen mangelnder Beweise aus der Haft entlassen.

Nach seiner Rückkehr war Lübke zunächst arbeitslos. Er und seine Frau lebten bis 1937 auf dem Hof seines Bruders Friedrich-Wilhelm Lübke in Augaard bei Flensburg. Erst im Sommer 1937 fand Lübke bei der Niedersächsischen Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft in Berlin wieder eine Anstellung als leitender Mitarbeiter. 1939 ging er als Vermessungs- und Bauleiter zum Architektur- und Ingenieurbüro Schlempp, das der Verfügung des „Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt“ und späteren Rüstungsministers Speer unterstand, Bauvorhaben in der Flugzeugindustrie plante und ausführte und später vor allem Objekte der Heeresversuchsanstalt Peenemünde baute. Als Schlempp im Mai 1944 zur Organisation Todt (OT) verpflichtet wurde, sorgte Lübke als dessen Stellvertreter für die Fertigstellung einer Reihe bereits begonnener ziviler und militärischer Anlagen. Diese Tätigkeit wurde Lübke später in seiner Amtszeit als Bundespräsident zum Vorwurf gemacht.

1945 trat Lübke der CDU bei und wurde 1946 Mitglied des von der britischen Militäradministration ernannten Landtags von Nordrhein-Westfalen. Nach der Landtagswahl vom 20. April 1947 übernahm er im Juni 1947 in der neu gebildeten Landesregierung unter Ministerpräsident Karl Arnold das Landesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Wegen der schwierigen Versorgungslage der Bevölkerung an Rhein und Ruhr geriet er wiederholt in Konflikt mit der britischen Militärverwaltung. Im Sommer 1949 errang Lübke, dessen 1954 verstorbener Bruder Friedrich-Wilhelm von 1951 bis 1954 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein war, bei den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag für die CDU das Direktmandat im Wahlkreis Arnsberg-Soest und wurde Vorsitzender des Agrarpolitischen Ausschusses. Schon im Oktober 1950 legte er aber sein Bundestagsmandat wieder nieder. Am 18. Dezember 1952 trat Lübke auf eigenen Wunsch als Ernährungsminister von Nordrhein-Westfalen zurück. 1953 war er mehrere Monate als Generalanwalt des Raiffeisenverbandes in Bonn tätig.

Bei der zweiten Bundestagswahl im September 1953 wurde er im Wahlkreis Rees-Dinslaken direkt gewählt. Einen Monat später berief Bundeskanzler Konrad Adenauer den erfahrenen Landwirtschaftsexperten als Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in sein zweites Kabinett. Mit seinem im Juli 1955 verabschiedeten „Grünen Plan“ zur Förderung der deutschen Landwirtschaft, der auch als „landwirtschaftliches Grundgesetz“ bezeichnet wurde und die naturgegebenen und wirtschaftlichen Nachteile der Landwirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen ausgleichen sollte, gelang es Lübke, die Agrarpolitik der frühen Bundesrepublik nachhaltig zu prägen. Als Bundeslandwirtschaftsminister engagierte er sich zudem sehr für die noch ganz am Anfang stehende Entwicklung eines gemeinsamen Agrarmarkts innerhalb der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

Im Sommer 1959 schlug die CDU Heinrich Lübke als Kandidaten für das Amt des Bun-

despräsidenten vor. Bundeskanzler Adenauer hatte zunächst selbst für das Amt kandidieren wollen, später aber seine Meinung geändert. Lübke, der lieber Ernährungsminister geblieben wäre und sich selbst als „wenig geeignet“ für das neue Amt bezeichnete, nahm schließlich die Kandidatur an und trat in der dritten Bundesversammlung vom 12. September 1959 gegen Carlo Schmid, der von der SPD nominiert worden war, und den FDP-Kandidaten Max Becker an. Lübke erhielt schließlich im zweiten Wahlgang die erforderliche Mehrheit und war damit als Nachfolger von Theodor Heuss zum Bundespräsidenten gewählt. Trotz heftiger öffentlicher Kontroversen über die Person Lübkes und seine fachliche Eignung für das höchste Staatsamt wurde seine Wiederwahl am 1. Juli 1964 neben der CDU/CSU auch von der SPD unterstützt.

Im Zentrum der beiden Amtsperioden Lübkes standen sein Eintreten für die Entwicklungshilfe und sein Engagement für die Einigung Europas. Zwischen 1962 und 1969 absolvierte Lübke 33 Staatsbesuche, von denen ihn 29 in die Dritte Welt führten. Mit seinem bescheidenen, einfühlsamen Auftreten, seinem Einsatz für den Kampf gegen den Hunger sowie seiner Unterstützung des Konzepts der „Hilfe zur Selbsthilfe“ hat er sich bei seinen Gastgebern in der Dritten Welt große Sympathien erworben. Die Einheit Deutschlands lag ihm ebenso am Herzen wie die Aussöhnung mit den Nachbarstaaten, ohne die ihm die Entstehung eines modernen Europas undenkbar erschien. Ganz besonders verdient machte er sich um die Überwindung der tief verwurzelten Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich.

Seine Frau, die zahlreiche Fremdsprachen beherrschte, war ihm in diesem Anliegen eine wichtige Stütze. Sie führte im Übrigen die ehrenamtliche Arbeit ihrer Vorgängerin Elly Heuss-Knapp fort und setzte mit der Gründung der „Aktion Gemeinsinn“ und der „Deutschen Altershilfe“ auch eigene gesellschaftspolitische Akzente.

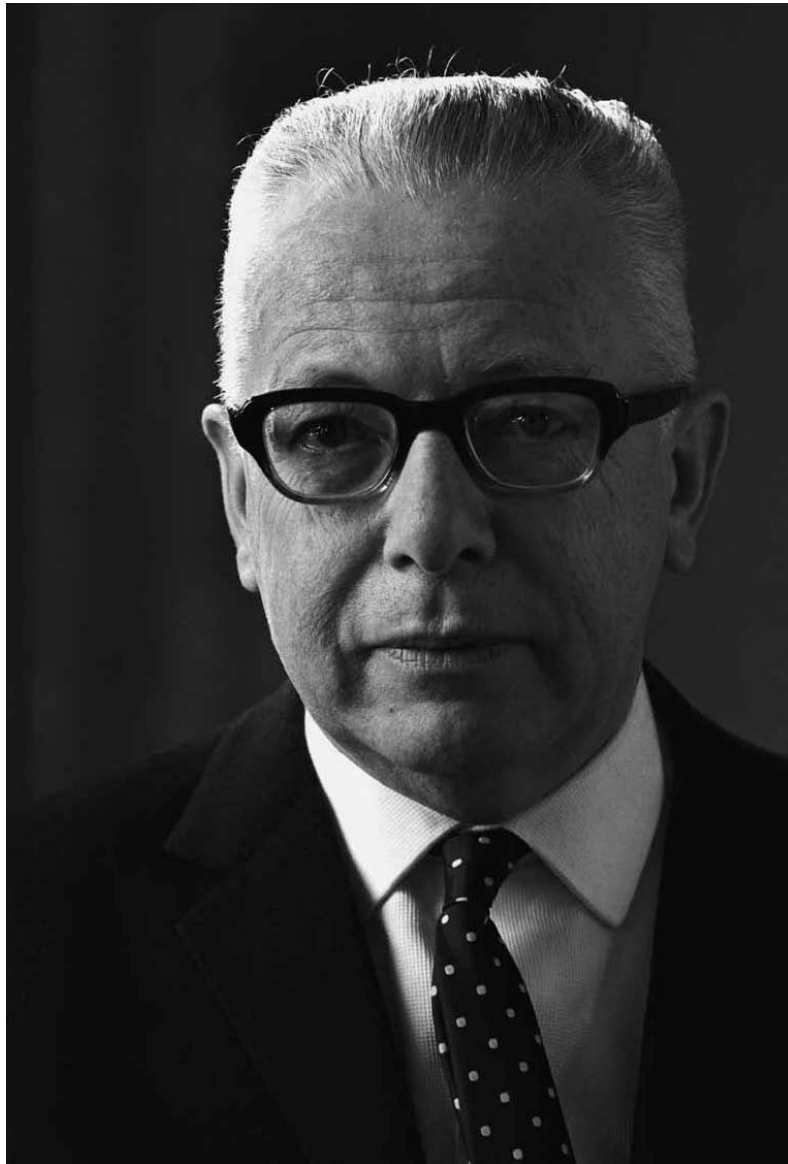
Gegen den gesundheitlich angeschlagenen und zuweilen müde wirkenden Bundespräsidenten wurden seit Mitte der sechziger Jahre zunehmend Vorwürfe wegen seiner Tätigkeit während des Krieges erhoben. Die ursprünglich von der DDR-Staatssicherheit lancierten Anschuldigungen wurden von westlichen Medien aufgegriffen und richteten sich vor allem gegen seine Arbeit als leitender Mitarbeiter des Architektur- und Ingenieurbüros Schlempp. Als „KZ-Baumeister“ verleumdet, geriet Lübke in der öffentlichen Debatte immer stärker in die Defensive. Lübke zögerte lange, sich öffentlich gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zur Wehr zu setzen, und konnte mit seiner schließlich im März 1968 gehaltenen Rundfunkansprache sein in der Öffentlichkeit beschädigtes Ansehen nicht mehr retten. Tief getroffen von den Anschuldigungen, trat er am 30. Juni 1969, drei Monate vor Ablauf seiner regulären Amtszeit, zurück. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt verschlechterte sich Lübkes Gesundheitszustand kontinuierlich. Er starb am 6. April 1972 in Bonn. Nach einem Staatsakt im Plenarsaal des Deutschen Bundestages und einem Requiem im Kölner Dom wurde der Alt-Bundespräsident am 13. April 1972 in seinem Geburtsort Sundern-Enkhausen beigesetzt.

Lübke erhielt 1953 die Ehrendoktorwürde der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Bonn, 1957 das Großkreuz des Bundesverdienstordens, 1959 die Sonderstufe des Großkreuzes des Bundesverdienstordens sowie 1965 das Großkreuz mit Großer Ordenskette des Verdienstordens der Italienischen Republik. Die Städte Berlin, Karlsruhe und Bonn verliehen ihm die Ehrenbürgerwürde.



## **Gustav Heinemann** **Bundespräsident 1969-1974**

Gustav Walter Heinemann wurde am 23. Juli 1899 in Schwelm an der Ruhr als Sohn eines leitenden Angestellten der Krupp-Werke geboren. Nachdem er in Essen am Realgymnasium das Notabitur abgelegt hatte, wurde er 1917 zu einem Artillerieregiment eingezogen.



Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges nahm Heinemann das Studium der Rechtswissenschaften, Nationalökonomie und Geschichte auf, das er an den Universitäten in Münster, Marburg, München, Göttingen und Berlin absolvierte. Bereits 1922 wurde er in Marburg zum Dr. rer. pol. promoviert. Nach juristischem Vorbereitungsdienst und Assessorexamen trat er 1926 in das renommierte Anwaltsbüro Niemeyer in Essen ein. Im selben Jahr heiratete er Hilda Orde-  
mann. 1928 wurde er Justitiar und Prokurist der Rheinischen Stahlwerke in Essen, deren Vorstand er seit 1936 als stellvertretendes Mitglied angehörte. 1929 legte er eine zweite Dissertation vor, mit der er zum Dr. jur. promoviert wurde. Zwischen 1933 und 1939 war er außerdem Dozent für Berg- und Wirtschaftsrecht an der Universität Köln.

Politisch engagierte sich Heinemann schon als Student in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Während des Kapp-Putsches 1920 schloss er sich mit seinem Freund Ernst Lemmer einer demokratischen Initiative an und wurde kurzzeitig verhaftet. In den zwanziger Jahren erwachte auch Heinemanns tiefes Interesse am christlichen Glauben und der Kirche. 1930 wurde er Mitglied des Christlich Sozialen Volksdienstes (CSVD), einer protestantisch konservativ geprägten Partei. 1934 gehörte er mit zu den Teilnehmern der Barmer Synode und damit mit zu den Vertretern der Bekennenden Kirche, die nach der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten für den Erhalt der Unabhängigkeit von Glaube und Kirche eintraten. Heinemann wurde in den Bruderrat der Bekennenden Kirche des Rheinlandes gewählt. Auch wenn er sein

Amt später wegen Meinungsunterschieden über die Form des Widerstandes gegen Hitler niederlegte, blieb er den Zielen der Bekennenden Kirche weiterhin eng verbunden. Nicht zuletzt über die Schwester seiner Frau, Gertrud Staewen geb. Ordemann, hatte Heinemann Kenntnis über die Verfolgung bestimmter Personenkreise während des „Dritten Reiches“. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wählte die Kirchenversammlung in Treysa Heinemann als Vertreter der Laien in den Rat der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland). In diesem Amt wurde er mehrfach (bis 1967) bestätigt. Von 1949 bis 1955 wirkte er außerdem als Präses der Gesamtdeutschen Synode.

Unterdessen war er 1946 von der britischen Besatzungsmacht als Oberbürgermeister von Essen eingesetzt worden. Kurz darauf wurde er durch Wahlen in dem Amt bestätigt. In Essen gehörte er zu den Mitbegründern der CDU. Damit war sein Weg in die Politik vorgezeichnet. Bereits ein Jahr später wurde er zum Justizminister von Nordrhein-Westfalen berufen. Im September 1949 holte ihn Bundeskanzler Adenauer als Innenminister in sein erstes Kabinett. Am 9. Oktober 1950 trat er als überzeugter Pazifist demonstrativ zurück, weil Adenauer den Westmächten ohne Wissen des Kabinetts einen Wehrbeitrag angeboten hatte. Heinemann befürchtete, dass die Wiederbewaffnung der jungen Bundesrepublik die Deutschland-Politik blockieren würde. Im Herbst 1951 gründete Heinemann die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“ als Sammlungsbewegung der Remilitarisierungsgegner. Am 14. Oktober 1952 trat er aus der CDU aus und gründete mit Helene Wessel die „Gesamtdeutsche Volkspartei“ (GVP). Die GVP plädierte für eine Politik des „bedingten Neutralismus“, in der Heinemann die einzige Chance zur Wiedervereinigung sah. Bei der Bundestagswahl am 6. September 1953 erreichte die GVP jedoch nur 1,2 Prozent der Zweitstimmen. Die Kontakte zur SPD wurden enger, bis sich die GVP schließlich im Mai 1957 auflöste und ihren Mitgliedern den Beitritt zur SPD empfahl. Zu den neugewonnenen SPD-Mitgliedern gehörten neben Heinemann und Helene Wessel auch Erhard Eppler und Johannes Rau.

Seit Herbst 1957 war Heinemann Mitglied des Bundestages und gehörte dem Vorstand der SPD-Fraktion an. In einer Bundestagsdebatte am 23. Januar 1958 erhob er schwere Vorwürfe gegen Bundeskanzler Adenauer, dessen Außenpolitik in seinen Augen verfehlt war und der die Chancen zur Wiedervereinigung Deutschlands seiner Meinung nach nicht genutzt hatte. Einen Monat später bezeichnete Heinemann den Plan einer begrenzten Demilitarisierung in Mitteleuropa, den der polnische Außenminister Adam Rapacki (Rapacki-Plan) propagierte, als eine Einstiegsmöglichkeit ins Ost-West-Gespräch. Kurz nach dem 13. August 1961 erklärte Heinemann, mit der Errichtung der Berliner Mauer habe Adenauer die Antwort auf seine Deutschlandpolitik bekommen. Seine Reden und Aufsätze zu diesen Fragen erschienen 1966 unter dem Titel „Verfehlt Deutschlandpolitik – Irreführung und Selbsttäuschung“. In den folgenden Jahren tat sich Heinemann als Rechtsexperte und Deutschlandpolitiker hervor. Nebenher behielt er seine Anwaltspraxis in Essen. 1962 vertrat er die Zeitschrift „DER SPIEGEL“ gegen den damaligen Bundesminister der Verteidigung, Franz Josef Strauß, sowie Carlo Schmid gegen den Schriftsteller Kurt Ziesel.

Nach der Bonner Regierungskrise im Herbst 1966, die in die Bildung der Großen Koalition unter Kiesinger mündete, wurde Heinemann Anfang Dezember 1966 neuer Bundesjustizminister. Geprägt von einer fortschrittlich-liberalen Grundhaltung, bemühte er sich mit Erfolg um die Große Strafrechtsform, die Reform des Unehelichenrechts und des politischen Strafrechts. Er setzte sich auch mit besonderem Nachdruck für die Beseitigung der Verjährung bei Mord ein, was insbesondere im Hinblick auf die NS-Verbrechen von Be-

deutung war. Die Entwürfe zur Einführung einer Vorbeugehaft lehnte er ab.

Als sich Bundespräsident Lübke bereit erklärte, vorzeitig am 30. Juni 1969 zurückzutreten, wählte die SPD Anfang November 1968 Heinemann zu ihrem Kandidaten. Doch die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung waren unklar. So kam es 1969 zu einem dramatischen Kopf-an-Kopf-Rennen mit dem CDU-Kandidaten, Bundesverteidigungsminister Gerhard Schröder. Die bemerkenswert geschlossene Haltung der FDP gab schließlich den Ausschlag. Heinemann wurde im dritten Wahlgang mit 512 Stimmen gegen 506 Stimmen für Schröder gewählt. Vor allem im Ausland wurde die Wahl Heinemanns positiv beurteilt. Der „Daily Telegraph“ bezeichnete ihn als „das Aushängeschild eines anständigen Deutschen“. Heinemann genoss in der Bevölkerung durch sein bescheidenes Wesen, seine Integrität und sein soziales Engagement hohes Ansehen. Er wirkte nach innen als Integrationsfigur und war auch im Ausland ein gern gesehener Gast. Sein Besuch in den Niederlanden, deren Bevölkerung die Verbrechen der Deutschen Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges noch gut in Erinnerung hatte, im November 1969 war ein hochpolitisches Ereignis. Im Mai 1970 reiste er zur Weltausstellung in Osaka sowie nach Tokio und Hiroshima, im Sommer 1970 nach Dänemark und Schweden, im Herbst 1970 nach Norwegen. Im März 1971 besuchte er die südamerikanischen Länder Venezuela, Kolumbien und Ecuador. Im Mai 1971 folgte er einer Einladung nach Rumänien. Aufgrund einer Erkrankung musste sich Heinemann während des Staatsbesuchs des japanischen Kaisers in Bonn im Oktober 1971 vertreten lassen. Auch die anlässlich der 2500-Jahr-Feier des Persischen Reiches vorgesehene Reise nach Persepolis, die in die Kritik geraten war, konnte Heinemann krankheitsbedingt nicht antreten. Weitere Auslandsbesuche führten ihn 1972 in die Schweiz und nach Großbritannien, wo er sehr freundlich empfangen wurde. 1973 reiste er nach Luxemburg und Italien und wurde im Vatikan empfangen. 1974 folgte ein Besuch in Belgien.

Heinemanns Ansprachen zu Weihnachten, Neujahr oder bei besonderen Anlässen bewiesen seinen Ruf als friedliebenden, mutigen und bescheidenen Mann. Aus dieser Haltung heraus trat Heinemann mit der gebotenen Zurückhaltung konsequent für die Ostpolitik Brandts ein. Willy Brandt zeichnete sein Charakterbild so: „G. Heinemann ist ein erfahrener, ein überzeugungstreuer und gerechter Mann, ein Mann des Rechts und der Gerechtigkeit. Man hat über ihn gesagt, er leuchte vor Integrität. Die Unbestechlichkeit des Urteils ist bei ihm im besonderen Maße vereint mit liberaler Gesinnung und der Fähigkeit zur Toleranz.“ Heinemann, der seine Funktion als Staatschef mit einer nüchternen Würde ausübte, blieb wie keiner seiner Vorgänger von Kritik verschont. Auch seine Frau war in der Bevölkerung beliebt. Über ihr gemeinsames Leben sagte sie: „Bei uns hat sich alles zusammengefügt, die Interessen und die Anschauungen.“ Hilda Heinemann übernahm von ihren Vorgängerinnen den Stiftungsratsvorsitz des Müttergenesungswerkes. Sie war außerdem Schirmherrin von Amnesty International und engagierte sich für den Deutschen Frauenring. Ihr besonderes Interesse galt den Behinderten. Dank ihres Engagements wurden zahlreiche Heimstätten zur Wiedereingliederung erwachsener Behinderter in das Berufsleben eröffnet. Hohes Ansehen genoss das Ehepaar Heinemann auch unter Intellektuellen, die sich durch die geistige Unabhängigkeit und das bescheidene Auftreten der Beiden angezogen fühlten. Zu ihrem Freundeskreis zählten Carl Zuckmayer, Karl Barth, Günter Grass sowie Brigitte und Helmut Gollwitzer.

Gegen Ende 1973 begannen Spekulationen über die Nachfolge Heinemanns, der aufgrund seiner gesundheitlichen Situation signalisiert hatte, 1974 nicht mehr antreten zu wollen. Er könne, so sagte er im November 1973, „die Anforderungen dieses Amtes nicht bis zum

80. Lebensjahr erfüllen“.

Am 15. Mai 1974 wurde Walter Scheel von der Bundesversammlung in der Bonner Beethovenhalle zum neuen Bundespräsidenten gewählt. Heinemann schied offiziell am 1. Juli 1974 aus seinem Amt. Nach seinem Auszug aus der Villa Hammerschmid kehrte er in seine Essener Heimat zurück, meldete sich in der Folge aber noch verschiedentlich zu politischen Tagesereignissen und Problemen zu Wort. Im Dezember 1974 appellierte er in einem Brief an Ulrike Meinhof für einen Abbruch des Hungerstreiks der Baader-Meinhof-Gruppe, lehnte es aber ab, zwischen den Häftlingen und der Vollzugsanstalt zu vermitteln. Im baden-württembergischen Landtagswahlkampf 1976 setzte er sich für den SPD-Spitzenkandidaten Erhard Eppler ein.

Heinemann hinterließ zahlreiche Veröffentlichungen, die ihn als unbequemen Mahner zeigen. Zu seinen Werken gehören vor allem Aufsatzsammlungen und gesammelte Reden (darunter: „Plädoyer für den Rechtsstaat“, 1969; „Es gibt schwierige Väterländer“, 1988; „Unser Grundgesetz ist ein großes Angebot“, 1989; „Allen Bürgern verpflichtet“, 1990; „Glaubensfreiheit – Bürgerfreiheit – Gesellschaft“, 1990). Zahlreiche Biografien geben Einblick in sein Leben, darunter „Ein Christ lebt für morgen. Heinemann im Dritten Reich“ (von Werner Koch, 1972) sowie „Ein Leben für die Demokratie“ (von Helmut Lindemann, 1978). Das ZDF brachte aus Anlaß des Endes seiner Amtszeit eine Dokumentation von H. Henning „Der Bürger-Präsident“.

Ende 1967 erhielt Heinemann die theologische Ehrendoktorwürde der Universität Tübingen, 1974 die der New York School of Social Research, 1968 den Theodor-Heuss-Preis, 1970 den Fritz-Bauer-Preis, 1975 den Lessing-Preis. Er war Träger zahlreicher weiterer Auszeichnungen. Unter anderem war Heinemann Ehrenbürger von Berlin und Bonn.

Heinemann verstarb am 7. Juli 1976 in Essen. Die Beerdigung fand unter großer Anteilnahme der Bevölkerung statt. In zahlreichen Nachrufen wurde Heinemann als eine Persönlichkeit von hohem moralischem Anspruch, als unbequemer Mahner und als ein im Christentum fest verwurzelter Politiker gewürdigt. Er hinterließ seine Frau und vier erwachsene Kinder.

## Walter Scheel Bundespräsident 1974-1979

Walter Scheel wurde am 8. Juli 1919 in Höhscheid bei Solingen als Sohn eines Stellmachers geboren. 1938 bestand er am Reformgymnasium Solingen das Abitur und absolvierte anschließend eine Banklehre. Nach Abschluss seiner Lehre wurde er im Oktober 1939



zum Kriegsdienst einberufen. Von 1939 bis 1945 diente er in der Luftwaffe, zuletzt als Oberstleutnant. Er wurde mit dem EK I und dem EK II ausgezeichnet. Zu Kriegsende geriet er kurzzeitig in britische Kriegsgefangenschaft. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges kehrte er nach Solingen zurück. Scheel trat 1946 in die FDP ein und wurde 1948 in Solingen Stadtverordneter. Seine kommunalpolitischen Lehrjahre bezeichnete er „als besten Zugang zur Demokratie“. In der Tat blieb auch später sein politischer Stil von alltagsnahem Pragmatismus und Konzilianz geprägt.

Noch während des Krieges heiratete er 1942 die Fabrikantentochter Eva Kronenberg. Nach seiner Rückkehr nach Solingen trat Scheel als Prokurist und Geschäftsführer in die Stahlwarenfabrik seines Schwiegervaters ein. Zugleich wurde er in der Personalberatung aktiv und war Gesellschafter der

„Intermarket GmbH“ in Düsseldorf. Von 1958 bis 1961 war er außerdem Geschäftsführer der von ihm mit gegründeten Finanzfirma „Interfinanz GmbH“ in Düsseldorf.

Mit Beginn der 1950er Jahre engagierte sich Scheel zunehmend mehr in der Politik. Von 1950 bis 1953 gehörte er dem Landtag von Nordrhein-Westfalen an, bis ihm 1953 auf der nordrhein-westfälischen Landesliste der Sprung in den Bundestag gelang. Mit erst 48

Jahren wurde er 1967 Vizepräsident des Bundestages. Während seiner Bonner Abgeordnetenjahre war er zugleich von 1955 bis 1957 Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Versammlung für Kohle und Stahl sowie von 1958 bis 1961 Mitglied des Europaparlaments. Im Europaparlament war er stellvertretender Vorsitzender der Liberalen Fraktion, außerdem Präsident des Ausschusses für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Im Oktober 1961 benannte ihn Bundeskanzler Adenauer zum ersten Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Unter Bundeskanzler Erhard führte er weiterhin dieses Ressort. Als im Oktober 1966 die FDP-Minister geschlossen im Streit um den Bundeshaushalt zurücktraten, zerfiel die CDU/CSU-FDP-Koalition. Die anschließende Bildung der Großen Koalition erschütterte nachhaltig die Position des langjährigen FDP-Vorsitzenden Erich Mende. Die Reformer um Scheel drängten auf einen Politikwechsel. Auf dem FDP-Parteitag am 30. Januar 1968 in Freiburg wurde Scheel mit großer Mehrheit (216 von 251 Stimmen) zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Bereits 1956 hatte er beim Sturz der nordrhein-westfälischen Regierung unter Ministerpräsident Karl Arnold zu einer neuen Koalition von FDP und SPD beigetragen. Als neuer Parteivorsitzender arbeitete Scheel zielstrebig an einem sozialliberalen Profil, das sich besonders in den „Freiburger Thesen“ vom Oktober 1971 manifestierte. Ungeachtet der Proteste aus dem konservativen Flügel um Mende und der zahlreichen Parteiübertritte von FDP-Mitgliedern zur CDU wurde die Partei auf eine Zusammenarbeit mit der SPD vorbereitet.

Besonders greifbar wurde Scheels Strategie in der Bundesversammlung am 5. März 1969, als seine Partei anlässlich der Wahl zum Bundespräsidenten geschlossen für den SPD-Politiker Gustav Heinemann votierte. Diese Unterstützung zahlte sich später entscheidend für Scheel anlässlich seiner eigenen Wahl zum Bundespräsidenten aus, als sich die SPD ihrerseits geschlossen für den FDP-Kandidaten aussprach. Im Juli 1969 führte Scheel, zusammen mit Wolfgang Mischnick und Hans-Dietrich Genscher, Gespräche in Moskau, unter anderem mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin. Wenige Wochen später erklärte Scheel in einem SPIEGEL-Interview, dass sich die FDP in der Außen- und Deutschlandpolitik mit der SPD eher einigen könne als mit der CDU/CSU. Diese Äußerung führte zu heftigen Reaktionen. Bei den Bundestagswahlen im September 1969 verlor die FDP fast die Hälfte ihrer Stimmen und sank von 9,5 Prozent (1965) auf 5,8 Prozent ab. Zwar blieben CDU/CSU mit 242 von 496 Mandaten stärkste Fraktion, doch die FDP-Parteispitze zeigte kein Interesse an einer Koalition. Stattdessen einigten sich Willy Brandt und Walter Scheel noch in der Wahlnacht auf die Bildung einer sozialliberalen Koalition. Am 21. Oktober 1969 wurde Willy Brandt mit den Stimmen von SPD und FDP zum Bundeskanzler gewählt. Walter Scheel übernahm in der neuen Regierung das Außenressort und die Stellvertretung des Bundeskanzlers. Mit der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages (28.11.1969) und neuen Initiativen gegenüber der UdSSR, Polen und der CSSR gelang der Regierung Brandt-Scheel eine neue außenpolitische Weichenstellung. 1970 kam es zur Unterzeichnung der Ostverträge, mit denen die Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion, zu Polen und zur Tschechoslowakei auf eine neue Grundlage gestellt wurden. Zwar waren die Verträge vorwiegend von Egon Bahr vorverhandelt worden, doch gelang es Scheel, in den abschließenden Verhandlungen in Moskau entscheidende Verbesserungen durchzusetzen. Er gehört mit Willy Brandt und Egon Bahr zu den wesentlichen Architekten der Ostverträge.

Seine politischen Grundsatzentscheidungen waren in der Partei nicht unumstritten, so dass es zu heftigen Flügelkämpfen zwischen den stark nach links tendierenden Jungdemokraten und der konservativen Gruppe um Mende und Zoglmann kam.

Erst der Parteiwechsel des rechten Flügels um Mende zur CDU im Oktober 1970 brachte wieder Ruhe in das Parteileben. Die Wähler honorierten die geklärte Situation. Im November 1970 gewann die FDP in Hessen zehn Prozent der Wählerstimmen. Bedeutsam bleibt Scheels parlamentarisches Eintreten für die Ostpolitik Brandts. Dass der Warschauer und der Moskauer Vertrag am 17. Mai 1972 schließlich vom Deutschen Bundestag bei Stimmenthaltung der CDU ratifiziert wurden, ist auch Scheels Verdienst. Der anschließende Wahlerfolg der FDP bei den Bundestagswahlen vom November 1972 stärkte seine innerparteiliche Stellung. Die FDP konnte ihren Stimmenanteil wieder auf 8,5 Prozent erhöhen. In seine weitere Amtszeit als Außenminister fiel im Dezember 1972 die Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO im September 1973.

Unter Scheels zahlreichen Reisen in dieser Zeit war besonders diejenige nach Israel im Juli 1971 von Bedeutung, da erstmalig ein deutscher Außenminister den israelischen Staat besuchte. Anlässlich seines Besuchs in Peking im Oktober 1972 wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und der Bundesrepublik vereinbart. Auch um die weitere Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen bemühte sich Scheel intensiv.

Als deutlich wurde, dass der amtierende Bundespräsident Gustav Heinemann aus Altersgründen keine zweite Amtszeit anstreben würde, signalisierte Scheel sein Interesse. Die SPD verzichtete auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten. Am 15. Mai 1974 wurde er von der Bundesversammlung im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewählt. Scheel erhielt 530 Stimmen. Sein Gegenkandidat von der CDU/CSU, Richard von Weizsäcker, gewann 498 Stimmen. Scheel trat sein neues Amt am 1. Juli 1974 an, in seinen bisherigen Ämtern als Parteivorsitzender, Vizekanzler und Außenminister folgte ihm Hans-Dietrich Genscher.

Zu Beginn seiner Präsidentschaft konzentrierte sich Scheel auf die repräsentative Ausgestaltung des Amtes. Außerdem verstand er es, dem Präsidentenamts rhetorischen Glanz zu verleihen. Viele seiner Reden gelten heute noch als lesenswert. Seine Gabe, mit heiterer Besonnenheit „über den Dingen zu stehen“, trug ihm die Sympathie der Bevölkerung ein. Dolf Sternberger bescheinigte ihm ein „großes Talent verbindlicher Gelassenheit“. Seine Reden zeichneten sich ebenso durch mahnende wie durch aufmunternde Worte aus. Immer wieder forderte Scheel die Bevölkerung dazu auf, selbst Verantwortung für die Gestaltung des Gemeinwesens zu übernehmen. Scheels zweite Frau Mildred geb. Wirtz war ebenfalls sehr angesehen. Sie initiierte die „Deutsche Krebshilfe“, für die sie sich intensiv engagierte. 1975 wurde der „Mildred-Scheel-Förderkreis“ zur Unterstützung von langfristigen Forschungsprojekten gegründet.

Während Scheels Amtszeit standen zahlreiche Staatsbesuche auf dem Programm. Sie führten ihn 1975 nach Frankreich, in die USA und die Sowjetunion sowie zur Inthronisierung des spanischen Königs Juan Carlos in Madrid. Im Mai 1976 besuchte Scheel Finnland. 1977 folgten Staatsbesuche in Costa Rica und Mexiko sowie in der Schweiz. 1978 reiste Scheel nach Japan, in den Iran sowie nach Neuseeland und Australien. Sein Besuch in Österreich im Februar 1979 war seine letzte Auslandsreise als deutsches Staatsoberhaupt.

Als sich seine Amtszeit dem Ende näherte, kam es zu einem monatelangen Parteienstreit um die Neubesetzung des Amtes. Scheel hielt sich bedeckt. Erst als am 6. März 1979 die

Nominierung von Karl Carstens durch CDU und CSU bekanntgegeben wurde, der mit einer deutlichen Mehrheit in der Bundesversammlung rechnen konnte, verzichtete er definitiv auf eine erneute Kandidatur. Seine Amtszeit als Bundespräsident endete am 30. Juni 1979.

Scheel zog sich nach seinem Auszug aus der Villa Hammerschmidt nicht aus dem öffentlichen Leben zurück. Nachdem er seine Parteimitgliedschaft in der FDP während seiner Amtszeit als Bundespräsident hatte ruhen lassen, engagierte er sich nun wieder parteipolitisch. Im Herbst 1982 unterstützte Scheel den Koalitionswechsel der FDP, nachdem er bereits im Frühjahr 1981 „schwindende Gemeinsamkeiten“ zwischen seiner Partei und den Sozialdemokraten festgestellt hatte. Seine rege Vortrags- und Interviewtätigkeit sowie eine Vielzahl von Ehrenämtern bezeugen sein Ansehen als „elder statesman“. 1979 wurde er Ehrenvorsitzender der FDP und übernahm den Kuratoriumsvorsitz der Friedrich-Naumann-Stiftung. Im April 1980 wurde er Vorsitzender der angesehenen Bilderberg-Konferenz, die manchen als „vornehmster Debattierclub der Welt“ gilt. Außerdem wurde Scheel in den Aufsichtsrat der Thyssen AG, später auch der Thyssen Stahl AG berufen. Von 1980 bis 1998 war Scheel außerdem Aufsichtsratsvorsitzender der bundeseigenen, aber privatwirtschaftlich geführten Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG), die Beteiligungen in Entwicklungsländern finanziert. Von 1992 bis 1994 gehörte Scheel dem Medienrat Berlin/Brandenburg an, bis 1993 war er Verwaltungsratsvorsitzender des Germanischen Nationalmuseums Nürnberg. Neun Jahre lang (1980-1989) war er Präsident der Europa-Union Deutschland, der er heute noch als Ehrenpräsident verbunden ist. Von 1982 bis 1992 war er Präsident des Direktoriums für Vollblutzucht und Rennen in Köln (seither Ehrenpräsident). Seit September 1995 ist er Vorsitzender des Kuratoriums der Willy-Brandt-Stiftung.

Für Aufsehen sorgte 1986 seine umstrittene Festrede im Deutschen Bundestag zum 17. Juni, die er zu einem Plädoyer für die Fortsetzung der Entspannungs- und Abrüstungspolitik gestaltete. Er warnte den Bundestag und die Bundesregierung davor, das Reaktorunglück in Tschernobyl zu nutzen, um die eigene Überlegenheit gegenüber der angeschlagenen Sowjetunion auszuspielen. Das Gespräch solle die „Grundfigur der Politik“ im nuklearen Zeitalter bleiben. Im Frühjahr 1987 übernahm Scheel, zusammen mit Amelie Fried und Trutz Beckert, die Moderation der ZDF-Talkshow „Live“, zog sich aber nach Kritik an seiner Person wieder zurück. Im Mai 1995 äußerte er erste Zweifel am Fortbestehen des Bonner Regierungsbündnisses der FDP mit den Unionsparteien und meinte, seine Partei dürfe zur Not „auch den harten Weg in die Opposition nicht scheuen“. Scharfe Kritik äußerte er an der seiner Meinung nach zu großen Loyalität des damaligen FDP-Parteivorsitzenden Klaus Kinkel gegenüber Helmut Kohl, die zwar dem Kanzler nütze, aber dem Profil der FDP schade. Später beklagte er in einem Interview mit einem Nachrichtenmagazin den „totalen Stillstand“ in der Politik der Regierung Kohl. Auch seine eigene Partei wurde von der Kritik nicht ausgenommen.

Nach dem Tod seiner zweiten Frau Mildred (1985) heiratete Walter Scheel 1988 in dritter Ehe die Krankengymnastin Barbara Wiese. Aus seinen beiden ersten Ehen stammen vier Kinder: Sohn Ulrich aus der ersten Ehe, aus der zweiten Ehe seine Stieftochter Cornelia sowie Andrea Gwendolyn und der Adoptivsohn Simon Martin. Zahlreiche Veröffentlichungen belegen das rege Schaffen Walter Scheels (darunter: „Konturen einer neuen Welt – Schwierigkeiten, Ernüchterungen und Chancen der Industrieländer“, 1965; „Formeln deutscher Politik“, 1968; „Die Zukunft der Freiheit – Vom Denken und Handeln in unserer Demokratie“, 1979 sowie die von Hans-Dietrich Genscher zum 65. Geburtstag Scheels



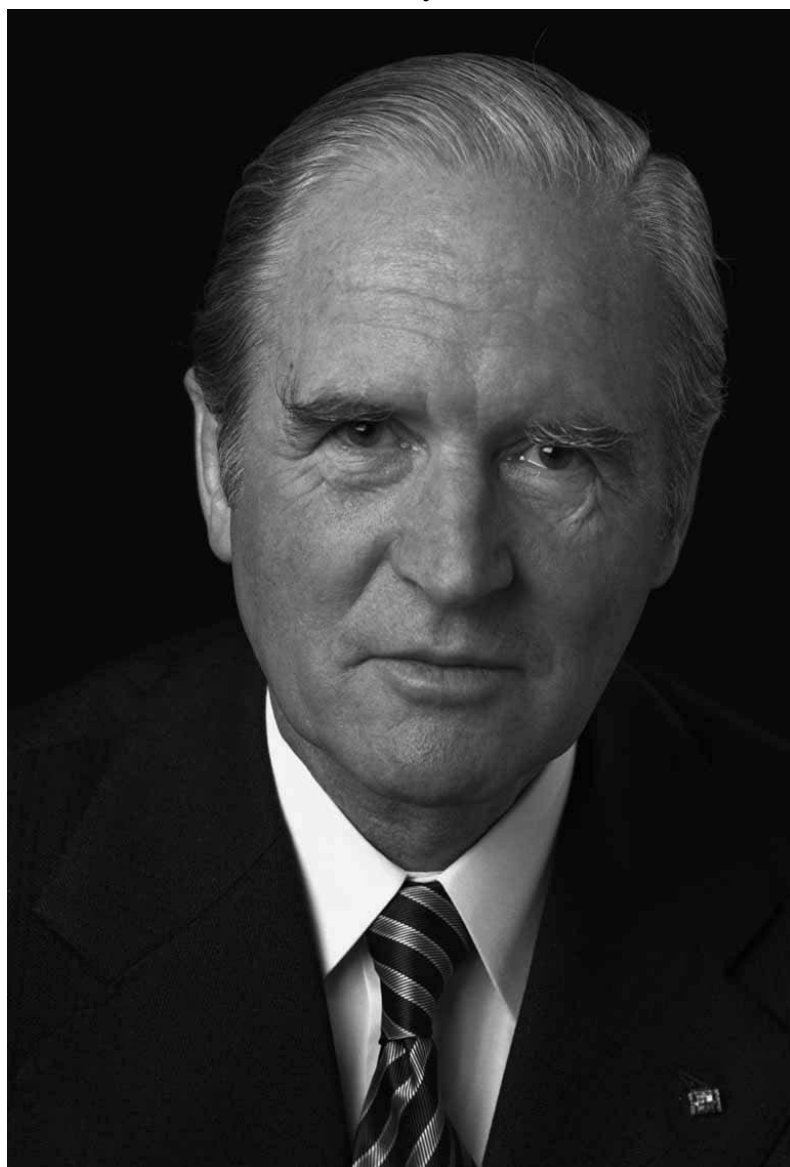
herausgegebene Festschrift „Heiterkeit und Härte. Walter Scheel in seinen Reden und im Urteil von Zeitgenossen“). Vielen ist Scheel auch als Hobbysänger bekannt. Seine Einspielung des Volksliedes „Hoch auf dem gelben Wagen“ wurde in den 1970er Jahren zu einem großen Erfolg. 1991 nahm er die Schallplatte „Wohlauf in Gottes schöne Welt“ mit dem Düsseldorfer Männergesangsverein auf.

Sein politisches und ehrenamtliches Wirken trug ihm zahlreiche Auszeichnungen ein (darunter: Wolfgang-Döring-Medaille, 1969; Theodor-Heuss-Preis, 1971; Friedenspreis Kajima-Institut, Tokio 1973; Karlspreis der Stadt Aachen, 1977; Goldmedaille der Fondation du Mérite Européen, 1984). Er erhielt die Ehrendoktorwürde der Georgetown University, Washington/USA sowie der Maryland-University/ USA, der Universität Auckland, Neuseeland, der Universität Bristol und des Asian Technology Institute in Bangkok. Er ist Ehrenbürger der Städte New York, Chicago, San José, Mexiko-Stadt, Solingen, Bonn, Berlin und Düsseldorf.

### **Karl Carstens**

#### **Bundespräsident 1979-1984**

Karl Carstens wurde am 14. Dezember 1914 in Bremen als Sohn eines Lehrerehepaares geboren. Sein Vater war noch vor der Geburt seines Sohnes zu Kriegsbeginn gefallen. Carstens besuchte das Alte Gymnasium Bremen. Nach dem Abitur 1933 studierte er



Rechtswissenschaften und politische Wissenschaften an den Universitäten Frankfurt, Dijon, München, Königsberg und Hamburg. Ein Jahr nach der „Machtübernahme“ durch die Nationalsozialisten trat er als Student in die SA ein. Nach einem zügigen Studium legte er 1936 das 1. Staatsexamen in Hamburg ab. Im Folgejahr wurde Carstens zum Dr. jur. promoviert. 1939 folgte das 2. Staatsexamen. Im gleichen Jahr trat Carstens in die NSDAP ein. Es folgte die Einberufung. Zwischen 1939-45 diente er zunächst bei einer Batterie im Westwall, dann ab 1940 als Ordonnanzoffizier bei einem Flak-Abteilungsstab in der Nähe von Bremen. Von 1943 bis Kriegsende war er Ausbilder bei der Flakartilleriegruppe 111 in Berlin. In dieser Zeit heiratete er die Medizinstudentin Veronica

Prior. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges setzte Carstens seine Ausbildung fort und studierte mit einem Jahresstipendium 1948-49 an der amerikanischen Elite-Universität Yale. Dort erwarb er den Grad eines Master of Law sowie ausgezeichnete englische Sprachkenntnisse.

Bereits im Mai 1945 hatte Carstens in Bremen eine Anwaltspraxis eröffnet. Ein Jahr später trat er in eine renommierte Bremer Anwalts-Sozietät ein. Nach seiner Rückkehr aus Amerika wurde er 1949 Rechtsberater des Bremer Senats, der ihn von 1949 bis 1952 als Bevollmächtigten beim Bund nach Bonn sandte. Neben seiner Bonner Tätigkeit habilitierte sich Carstens 1952 als Privatdozent an der Universität Köln, wo er über Staatsrecht und Völkerrecht las. 1958 wurde er außerplanmäßiger Professor, 1960 Ordinarius und Leiter des Instituts für das Recht der Europäischen Gemeinschaften.

In der Zwischenzeit war Carstens 1954 ins Auswärtige Amt gewechselt, das ihn bis 1955 als ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat entsandte. In demselben Jahr wurde der erst 41jährige aufgrund seiner Kenntnisse in Europafragen zum Ministerialdirigenten ernannt. Außerdem trat Carstens in die CDU ein. 1956 wurde er Leiter der politischen Abteilung West I Europa. In dieser Eigenschaft war er entscheidend an den EG-Verhandlungen beteiligt, die 1957 in die „Römischen Verträge“ mündeten. 1960 berief ihn der damalige Außenminister Gerhard Schröder zum Staatssekretär. 1961 ernannte er ihn zu seinem Stellvertreter. Zu seinen Aufgaben gehörten wichtige Konsultationen in Washington, wo es ihm 1963 gelang, das Misstrauen der USA gegen den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag zu zerstreuen. Indessen versuchte er auf dem Höhepunkt der Nahostkrise im Jahr 1965 vergeblich, die Arabischen Staaten davon abzubringen, in Reaktion auf die Aufnahme vollständiger diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Staat Israel ihrerseits die Beziehungen zur Bundesrepublik abubrechen.

Nach Bildung der ersten Großen Koalition am 1. Dezember 1966 wechselte Carstens als Staatssekretär in das Verteidigungsministerium, das nun von Gerhard Schröder geleitet wurde. Ab 1. Januar 1968 leitete er als Staatssekretär die Geschäfte im Bundeskanzleramt. Nach der Bildung der Koalition aus SPD und FDP im Herbst 1969 schied Carstens aus dem Staatsdienst aus und übernahm Anfang 1970 die Leitung des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Bei der Bundestagswahl am 19. November 1972 wurde Carstens über die schleswig-holsteinische Landesliste der CDU in das Parlament gewählt.

Als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses hinterließ er bereits mit seiner Antrittsrede im Februar 1973 aus Anlass der Debatte um den Grundvertrag einen bleibenden Eindruck. Nach dem Rücktritt Rainer Barzels im Mai 1973 konnte er sich bei den Wahlen zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion ebenso überraschend wie deutlich gegen Gerhard Schröder und Richard von Weizsäcker durchsetzen. In seiner neuen Position setzte Carstens mit Erfolg Sachkenntnis und natürliche Autorität ein. Der konfrontative Debatteinstil des neuen Oppositionsführers führte zu einer Verschärfung des Klimas im Bundestag. Für Aufsehen sorgte 1975 die Behauptung, Carstens habe von illegalen Waffengeschäften des Bundesnachrichtendienstes (1969) Kenntnis gehabt und hierzu falsche Angaben gemacht. Carstens verklagte daraufhin den SPD-Abgeordneten Metzger, woraus sich ein lang dauernder Rechtsstreit entwickelte. Schwierigkeiten in der Fraktion gab es bei der Abstimmung über die Polenverträge. Carstens trat für Ablehnung ein und forderte neue Verhandlungen.

Als im Januar 1979 die Wahl des neuen Bundespräsidenten anstand, schlug die CDU/CSU gegen den starken Widerstand von SPD und FDP Carstens für das höchste Staatsamt vor. Im Vorfeld seiner Nominierung zum Kandidaten der Union war er heftigen Angriffen ausgesetzt. Dabei ging es weniger um seine konservativen Ansichten oder seinen wenig um Konsens bemühten Politikstil. Vielmehr holte ihn die Vergangenheit ein. Besonders an seiner Mitgliedschaft in der NSDAP entzündete sich in Politik, Presse und Öffentlichkeit der Widerspruch gegen seine Nominierung für das höchste Staatsamt.

Auch der langjährige Rechtsstreit mit dem ehemaligen SPD-Abgeordneten Metzger kam wieder in die Schlagzeilen. Dieser Konflikt wurde allerdings Anfang März mit einem Vergleich beendet. Metzger gab zu Protokoll, seine Erklärung, Carstens habe vor einem Untersuchungsausschuss des Bundestages nicht die Wahrheit gesagt, enthalte „nicht den Vorwurf der schuldhaften Falschaussage“. Daraufhin zog Carstens seine Klage zurück. Die Kosten des Verfahrens gingen allerdings zu seinen Lasten.

Die CDU/CSU hielt ungeachtet der Vorwürfe an ihrem Kandidaten fest. Am 23. Mai 1979, dem 30. Geburtstag des Grundgesetzes, wurde Carstens von der Bundesversammlung im ersten Wahlgang zum neuen Bundespräsidenten gewählt. 528 von 530 Wahlmännern der CDU/CSU gaben ihm ihr Votum. Die einzige Gegenkandidatin, die ehemalige Bundestagspräsidentin Annemarie Renger (SPD), erhielt 431 von 435 Stimmen der Wahlmänner ihrer Partei. Von den insgesamt 72 Enthaltungen fielen 66 auf die FDP, die beschlossen hatte, keinen der beiden Abgeordneten zu wählen.

Die Befürchtungen, Carstens rechtskonservative Ansichten würden in der Amtsführung zu einem Mangel an Neutralität führen, trafen nicht ein. Zwar blieb er in seinen Reden ein unbeirrbarer Fürsprecher von Tugenden und Normen wie Leistungswillen, Einsatzwillen und Pflichtbewusstsein, zeigte aber dennoch die gebotene Zurückhaltung bei tagesspolitischen Ereignissen und bewies bei vielen Gelegenheiten Würde, Stil sowie politische Sensibilität. Mit Einladungen zu Jugendtreffen in der Villa Hammerschmidt suchte er den Dialog mit der jungen Generation. Sympathien bei der Bevölkerung und großes Interesse der Medien trugen ihm seine Wanderungen durch die Bundesrepublik ein.

Sein erster Staatsbesuch als Bundespräsident führte Carstens im Mai 1980 nach Irland. Es folgten Besuche in Portugal (Juli 1980), Indien (März 1981) und Spanien (Oktober 1981). Im Oktober 1981 besuchte er in Brüssel die EG und die NATO und sprach sich bei dieser Gelegenheit gegen eine einseitige Abrüstung aus. Im gleichen Monat war er zu Gast in Rumänien. Weitere Staatsbesuche führten ihn nach Jamaika (April 1982), in die Schweiz (August 1982), in die VR China (Oktober 1982) sowie nach Italien (Oktober 1982; mit Besuch beim Papst). Im November 1982 nahm er an den Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen sowjetischen Staats- und Parteichef Breschnew teil und traf bei dieser Gelegenheit auch mit dem neuen sowjetischen Parteichef Andropow und dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker zusammen. Als erstes deutsches Staatsoberhaupt besuchte er im Januar 1983 den Europarat in Straßburg.

Nachdem ein konstruktives Misstrauensvotum im Oktober 1982 die Regierung Schmidt zu Fall gebracht hatte und von einer Regierung aus CDU/CSU und FDP unter Helmut Kohl abgelöst worden war, löste Carstens nach einer von der neuen Regierung herbeigeführten Niederlage bei einem Vertrauensvotum im Januar 1983 den Deutschen Bundestag auf und setzte Neuwahlen zum 6. März des Jahres an. Carstens nicht unumstrittene Entscheidung wurde im Februar 1983 vom Bundesverfassungsgericht bestätigt.

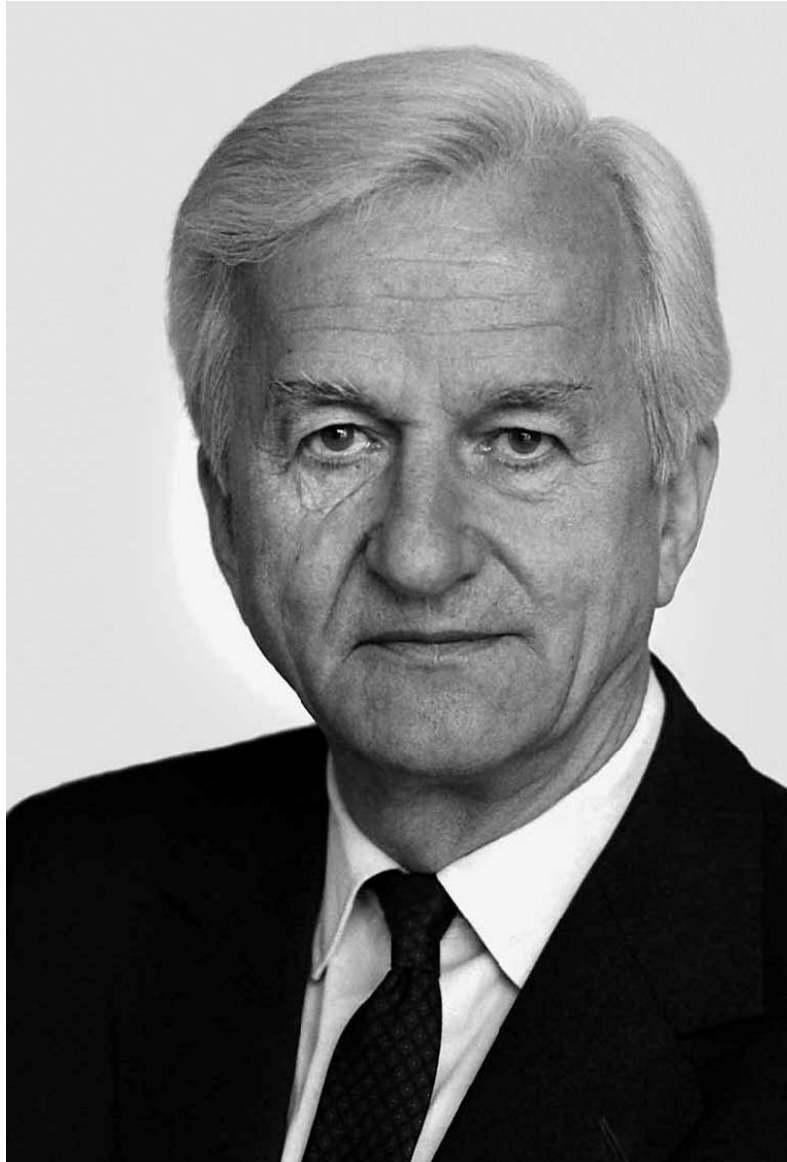
Für sein politisches Wirken erhielt Carstens zahlreiche Auszeichnungen, darunter den Karlspreis der Stadt Aachen (1984), den Schuman-Preis (1985), die Stresemann-Medaille in Gold (1985), den Hanns-Martin-Schleyer-Preis (1987) sowie zahlreiche Ehrendoktorwürden und Ehrenbürgerschaften. Sein ehrenamtliches Engagement galt besonders der wissenschaftlichen Erforschung der Naturheilkunde. Gemeinsam mit seiner Frau gründete er 1981 die „Karl und Veronica Carstens-Stiftung“. Veronica Carstens setzte sich darüber hinaus für die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft, für UNICEF und das Müttergenesungswerk ein.

Carstens hatte frühzeitig klar gemacht, dass er aufgrund seines Alters keine zweite Amtszeit anstrebte. So nominierte die CDU/CSU den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, für das Amt. Er wurde im Mai 1984 gewählt. Am 1. Juli 1984 erfolgte der Amtswechsel. Carstens zog sich aus der Politik zurück. Er starb am 30. Mai 1992 in seinem Haus in Meckenheim bei Bonn.

Carstens hinterließ zahlreiche Schriften, darunter „Grundgedanken der amerikanischen Verfassung und ihre Verwirklichung“ (1954); „Das Recht des Europarates“ (1956); „Die kleine Revision des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (1961); „Politische Führung – Erfahrungen im Dienst der Bundesregierung“ (1971) sowie „Zusammenleben in Freiheit. Reden und Schriften. Der politische Weg des 5. Bundespräsidenten“ (1979).

**Richard von Weizsäcker**  
**Bundespräsident 1984-1994**

Richard Freiherr von Weizsäcker wurde am 20. April 1920 in Stuttgart als Sohn einer württembergischen Theologen- und Juristenfamilie geboren. Sein Großvater Karl war von 1906 bis 1918 Ministerpräsident des Königreichs Württemberg. Sein Vater Ernst Heinrich



war Diplomat und von 1938 bis 1943 Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Wegen der dienstlichen Auslandsverwendungen seines Vaters besuchte von Weizsäcker Schulen in Kopenhagen und Bern, das Abitur legte er in Berlin ab. Von 1937 bis 1938 studierte er in Oxford und Grenoble Rechtswissenschaften und Geschichte. 1938 folgte die Einziehung zum Reichsarbeitsdienst, 1939 trat er in den Militärdienst ein, wo er dem Infanterieregiment 9 in Potsdam angehörte. Im sogenannten „IR 9“ knüpfte von Weizsäcker Kontakte zu Männern, die sich dem Widerstand gegen Hitler anschlossen. Als Truppenführer, Ordonnanzoffizier und Adjutant in Stabsstellen bekam er Kenntnis von der Verschwörung, gehörte jedoch nicht zum aktiven Kreis. Von Weizsäcker diente an der Ostfront, zuletzt als Hauptmann d. R. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges studierte er von 1945 bis 1950 Rechtswissenschaften

und Geschichte in Göttingen. Erfahrungen als Anwalt hatte von Weizsäcker bereits 1948 bei der Verteidigung seines Vaters sammeln können, der im sogenannten Wilhelmstraßen-Prozess im Rahmen der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse angeklagt worden war.

Nach dem Examen ging von Weizsäcker 1950 zu der Firma Mannesmann AG, wo er nach einiger Zeit Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung wurde. 1953 heiratete er Marianne von Kretschmann. 1954 wurde er in Göttingen zum Dr. jur. mit einer Dissertation zum Vereinsrecht promoviert. 1958 wechselte er in die Bankbranche und ging als Geschäftsführer zum Düsseldorfer Bankhaus Waldthausen & Co. 1963 gelang ihm der Sprung zum

geschäftsführenden Gesellschafter der Firma Boehringer & Co in Ingelheim am Rhein, wo er bis 1966 blieb.

Neben seinem Beruf engagierte sich von Weizsäcker zunächst vor allem für kirchenpolitische Belange. Seit 1962 gehörte er dem evangelischen Kirchentagspräsidium an. Von 1964 bis 1970 war er Präsident des Evangelischen Kirchentages. Dieses Amt nahm ihn zunächst mehr in Anspruch als seine Karriere in der CDU, der er bereits 1954 beigetreten war. Als ihn Helmut Kohl, damals Fraktionsführer der rheinlandpfälzischen CDU, als Kandidat für den Bundestag gewinnen wollte, lehnte er wegen Unvereinbarkeit mit seinem kirchlichen Ehrenamt ab. Er engagierte sich darüber hinaus von 1968 bis 1975 im Zentralausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen sowie von 1968 bis 1984 als Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands.

1966 wurde von Weizsäcker Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Schließlich kandidierte er 1969 auf der Landesliste Rheinland-Pfalz für den Deutschen Bundestag und blieb bis zur Niederlegung seines Mandats am 15. Juni 1981 Mitglied des Deutschen Bundestages. In der Debatte um die Ratifizierung der Ostverträge hielt er zwei vielbeachtete Reden, die dazu beitrugen, dass die CDU/CSU-Opposition durch Stimmenthaltung die Ratifizierung ermöglichte. Er nahm nach eigener Aussage zur Ostpolitik der Bundesregierung stets eine „kritisch-konstruktive Haltung“ ein, wobei er sich besonders für den Warschauer Vertrag einsetzte. Bei dieser Gelegenheit wurde erstmals seine Begabung zum Brückenbauen zwischen unversöhnlich scheinenden politischen Positionen deutlich.

Von 1972 bis 1974 leitete er die Grundsatzkommission der CDU. 1972 übernahm er auch das Amt des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, das er bis 1979 behielt. Er legte das Amt nieder, als er 1979 Vizepräsident des Deutschen Bundestages wurde, was er bis 1981 blieb. Unterdessen war er im März desselben Jahres CDU-Landesvorsitzender der Berliner CDU geworden und wurde am 11. Juni 1981 zum Regierenden Bürgermeister Berlins gewählt. Er übte dieses Amt bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten im Jahre 1984 aus. Im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler reiste von Weizsäcker als erster Regierender Bürgermeister von Berlin in die DDR und wurde von Erich Honecker empfangen. Während dieser Reise konnte er in seiner Eigenschaft als Ratsmitglied der Evangelischen Kirche in Deutschland in der Stadtkirche Wittenberg sprechen.

Im Dezember 1983 trat er als CDU-Landesvorsitzender zurück. Für seine Kandidatur zum Amt des Bundespräsidenten gab es bereits im Vorfeld eine breite Mehrheit über Fraktionsgrenzen hinweg. So wurde er am 23. Mai 1984 als Nachfolger von Karl Carstens zum Bundespräsidenten gewählt. Als Kandidat der CDU erhielt er auch aus den Reihen von SPD und FDP Zustimmung und gewann im ersten Wahlgang mit 832 Stimmen gegen die Kandidatin der GRÜNEN, die Schriftstellerin Luise Rinser, welche 68 Stimmen erhielt. Von Weizsäcker konnte sich im Amt des Bundespräsidenten auf eine breite Vertrauensbasis stützen, die auch in die SPD und FDP hineinreichte.

Von Weizsäcker wollte sich von Anfang an nicht auf repräsentative Aufgaben beschränken, sondern verstand es, seinem Amt ein größeres politisches Gewicht zu geben. Er suchte den Weg zu allen Schichten der Bevölkerung, besonders zur Jugend. Sein Interesse erstreckte sich auch auf die Entwicklungsländer (u. a. als Schirmherr der Welthungerhilfe), die weltweite Arbeitslosigkeit und den Umweltschutz. Außerdem plädierte er für eine behutsame Abwendung von der Kernenergie. Innenpolitisch hielt er an der Westbindung Deutschlands bis zum Ende des Kalten Krieges fest, betonte aber zugleich die

deutsche Mittellage und die daraus erwachsenden besonderen Verpflichtungen Deutschlands. Er forderte zur Aussöhnung mit dem Osten auf und regte das Gespräch mit der damaligen DDR an. Auch für die Reformpolitik Gorbatschows setzte er sich ein. Mit seinem rhetorischen Talent und politischen Fingerspitzengefühl erwarb er sich in der Bevölkerung, aber auch im Ausland hohes Ansehen und Respekt. In besonderer Erinnerung bleibt seine Rede vom 8. Mai 1985, in der er sich aus Anlass des 40. Jahrestages des Kriegsendes mit der besonderen deutschen Verantwortung auseinandersetzte.

Von CDU/CSU, SPD und FDP für eine zweite Amtszeit gemeinsam vorgeschlagen, wurde von Weizsäcker 1989 mit großer Mehrheit wiedergewählt. Der Beginn seiner zweiten Amtszeit stand unter dem Zeichen des sich abzeichnenden Zusammenbruchs des Kommunismus und des Endes des Kalten Krieges. Von Weizsäcker begleitete diese Ereignisse mit Reden und öffentlichen Äußerungen und mahnte Behutsamkeit beim Zusammenwachsen von DDR und Bundesrepublik Deutschland an, auch Behutsamkeit im Umgang mit den Bürgern der damaligen DDR. Er erinnerte zugleich daran, dass diese die größere Last der deutschen Teilung getragen hätten.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 war von Weizsäcker Präsident aller Deutschen geworden. In seiner Rede beim Staatsakt in Berlin wies er Deutschland eine Schlüsselrolle für die gemeinsame Ostpolitik des Westens zu. Seine Devise „sich zu vereinen, heißt teilen lernen“, prägte den politischen Umgang. Indessen wurde sein wegweisendes Eintreten für Berlin als Hauptstadt und Regierungssitz nicht von allen gebilligt. Auch sein Entschluss, ab 1994 einen wesentlichen Teil seiner Amtsgeschäfte von Berlin aus zu führen, sorgte für Unmut. In der Folgezeit äußerte sich das Staatsoberhaupt kritisch über die politische Kultur in Deutschland. Seine unverhohlene Kritik an den bestehenden Verhältnissen führte zu mancher kontroversen Debatte in Politik und Presse. Von Weizsäcker ging insbesondere während seiner zweiten Amtszeit kontroversen politischen Positionen nicht aus dem Weg. Er gilt auch deshalb als der wohl „politischste Präsident“ in der bisherigen bundesrepublikanischen Geschichte.

Von Weizsäcker unternahm 49 offizielle Auslandsbesuche. Die letzte Station war sein Besuch im Vatikan bei Papst Johannes Paul II. Bei seinen Abschiedsvisiten in London und Polen wurde noch einmal deutlich, wie viel Ansehen er sich im Ausland erworben hatte. Auch seine Ehefrau Marianne hat durch ihr soziales Engagement dazu beigetragen. Ganz besonders setzte sie sich für drogenabhängige Jugendliche ein. 1989 gründete sie die „Stiftung Integrationshilfe ehemals Drogenabhängiger e.V.“, die Suchtkranken den Weg in ein normales Leben öffnen sollte.

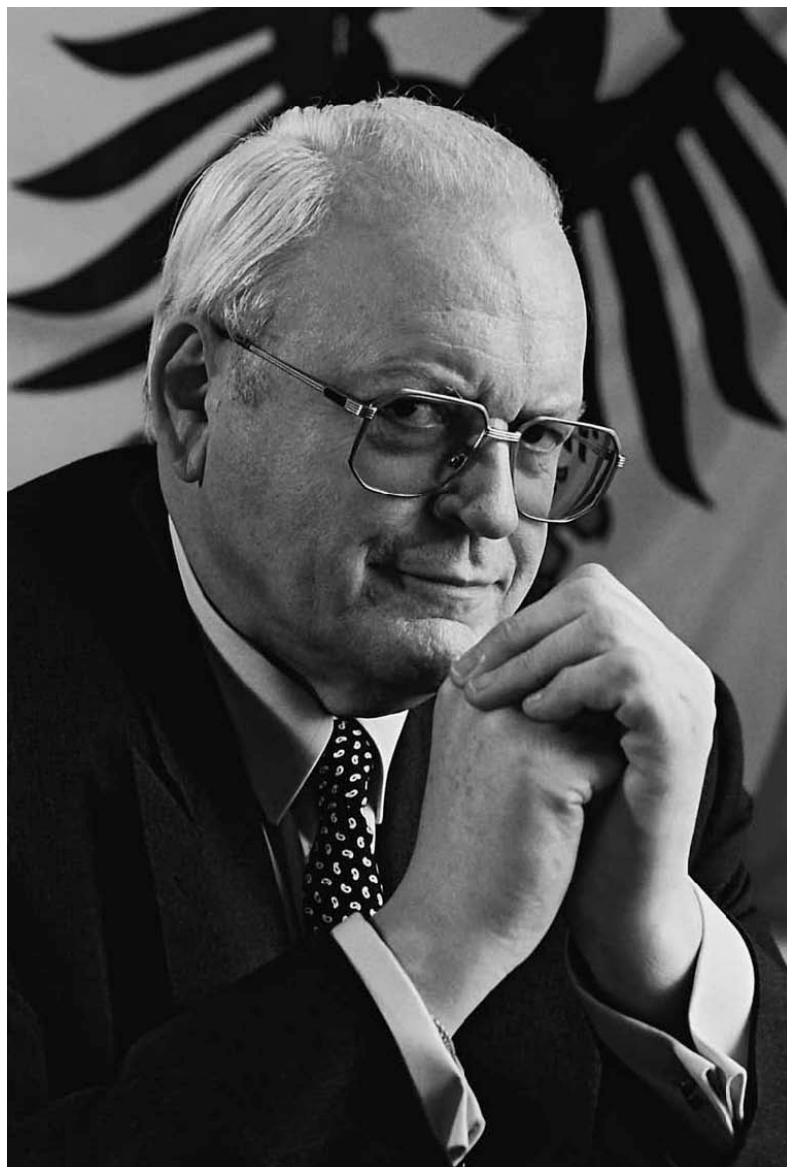
Nach dem Ausscheiden aus dem höchsten Staatsamt übernahm von Weizsäcker zahlreiche ehrenamtliche Funktionen, darunter 1994 den Vorsitz im Bergedorfer Gesprächskreis der Hamburger Körber-Stiftung sowie den Kuratoriumsvorsitz der Theodor-Heuss-Stiftung. Er zog nach Berlin-Dahlem und blieb auch örtlich der Politik eng verbunden, obwohl er weiterhin seine CDU-Mitgliedschaft ruhen ließ. Er übernahm den Ko-Vorsitz einer internationalen Arbeitsgruppe zur Reform der UNO sowie 1999 die Leitung der „Kommission gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“. Im selben Jahr folgte er der Bitte des designierten EU-Präsidenten Prodi, an Vorschlägen zu einer Reform des EU-Vertrages mitzuwirken. Außerdem übernahm er im Jahre 2002 den Vorsitz des Kuratoriums „Fluthilfe“, das sich um die Entschädigungsansprüche der Opfer des verheerenden Elbhochwassers kümmern sollte. Seine Lebenserinnerungen, die 1997 unter dem Titel „Vier Zeiten“ erschienen, legen Zeugnis von seinem politischen Ethos ab. Au-

ßerdem erschienen zahlreiche Sammelbände mit seinen Reden und Aufsätzen.



**Roman Herzog**  
**Bundespräsident 1994-1999**

Roman Herzog wurde am 5. April 1934 in Landshut als ältester Sohn eines aus dem bayerischen Schwabenland stammenden Archivars geboren. In einem überwiegend katholischen Umfeld erzogen die evangelischen Eltern ihre beiden Söhne im protestantischen Glauben. Nach dem Abitur studierte Herzog in München Rechtswissenschaften. 1956 bestand er die Erste Staatsprüfung, 1958 promovierte er mit dem Thema „Grundrechtsbeschränkung nach dem Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention“ zum Dr. jur. und war anschließend Assistent des Staatsrechtlers Theodor Maunz. 1961 legte Herzog die zweite Staatsprüfung ab. Drei Jahre später habilitierte er sich mit der Schrift „Die Wesensmerkmale der Staatsorganisation in rechtlicher und entwicklungsgeschichtlicher Sicht“ an der Juristischen Fakultät der Universität München und lehrte dort bis 1965. In dieser Zeit war er unter anderem Mitherausgeber des Grundgesetzkommentars „Maunz-Dürig-Herzog“.



Bereits 1958 hatte Herzog die Hauswirtschaftslehrerin und Pastorentochter Christiane Krauß geheiratet. Aus der Ehe gingen zwei Söhne hervor. Nach dem Tod seiner Ehefrau Christiane heiratete Herzog im Jahr 2000 die verwitwete Leiterin der Burgfestspiele von Jagsthausen Alexandra Freifrau von Berlichingen (geb. von Vultejus).

1966 übernahm Herzog den Lehrstuhl für Staatslehre und Politik an der Freien Universität Berlin. In dieser Funktion war er von 1967 bis 1968 auch Mitglied des Senats und Dekan, von 1968 bis 1969 Prodekan der Juristischen Fakultät der Freien Universität. Seit 1966 war er auch Mitherausgeber des „Evangelischen Staatslexikons“. 1969 ging Herzog als ordentlicher Professor für Staatslehre und Politik an die Hochschule für Verwal-

tungswissenschaften nach Speyer, wo er von 1971 bis 1972 auch als Rektor amtierte.

Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit engagierte sich Herzog auch in Politik und Kirche. 1970 trat er der CDU bei, deren Bundesvorstand er von 1979 bis 1983 angehörte. Von 1978 bis 1983 leitete er als Bundesvorsitzender den Evangelischen Arbeitskreis der Union. In der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) war er zwischen 1971 und 1980 als Vorsitzender der Kammer für öffentliche Verantwortung und zwischen 1973 und 1991 als Ordentliches Mitglied der EKD-Synode aktiv.

Mit seiner Berufung zum Staatssekretär und Bevollmächtigten des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund in die von Helmut Kohl geführte rheinland-pfälzische Landesregierung verließ Herzog 1973 den Bereich der Wissenschaft und wechselte hauptberuflich in die Politik. Im Mai 1978 ging er nach Baden-Württemberg, wo er im Kabinett des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger Minister für Kultus und Sport wurde. Nach der Landtagswahl vom März 1980, bei der Herzog im Wahlkreis Göppingen auch ein Landtagsmandat erringen konnte, ernannte ihn Ministerpräsident Späth zum Innenminister.

Einige der Maßnahmen, die Roman Herzog als Innenminister in Umsetzung seiner Rechts- und Sicherheitspolitik in die Wege leitete – so etwa sein Vorhaben, den Teilnehmern nicht genehmigter Demonstrationen die Kosten des Polizeieinsatzes aufzubürden oder die Ausrüstung der Polizei mit Gummiwuchtgeschossen – führten zu heftigen öffentlichen Kontroversen und trugen dazu bei, dass von ihm allgemein das Bild eines rechts- und sicherheitspolitischen „Hardliners“ vorherrschte.

Im Oktober 1983 schied Herzog aus der Landesregierung aus und ging als Vizepräsident und Vorsitzender des Ersten Senats zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe. Im November 1987 wurde Herzog als Nachfolger von Wolfgang Zeidler zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes ernannt. Neben seiner Tätigkeit als Verfassungsrichter nahm er als Honorarprofessor von 1984 bis 1994 Lehraufträge an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und von 1986 bis 1994 an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen wahr.

Während seiner Amtszeit als Bundesverfassungsrichter hat Herzog mit einer Reihe von Urteilen und Stellungnahmen die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen. So hat der Verfassungsjurist mit seiner Entscheidung, das Verbot einer Demonstration gegen das Kernkraftwerk Brokdorf aufzuheben, nicht nur seine Kritiker überrascht. In der Begründung hierzu hieß es, „der von der Verfassung jedem Staatsbürger garantierte Schutz der Versammlungsfreiheit“ sei auch dann zu erhalten, „wenn mit Ausschreitungen durch einzelne oder eine Minderheit zu rechnen ist“. Immer wieder hat er – unter Wahrung der Grenzen, die einem Verfassungsrichter auferlegt sind – auch zu politischen Fragen Stellung genommen. So beklagte er 1989 die wachsende „Pulverisierung“ des Verfassungsrechts und warnte vor der „realistischen Gefahr der Auflösung des bisherigen Parteiensystems“. In der Auseinandersetzung um die Anerkennung der polnischen Westgrenze bestätigte Herzog im Januar 1990 die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach sich die Wiedervereinigung Deutschlands nicht zwingend auf die Grenzen vom 31. Dezember 1937 beziehen müsse. Seine öffentlich bekundete Auffassung, dass nur ein Friedensvertrag für ganz Deutschland die deutschen Grenzen endgültig festlegen könne, rief insbesondere im linksliberalen Lager heftigen Widerspruch hervor. Nach der deutschen Vereinigung schloss Herzog eine „Totalrevision des Grundgesetzes“ aus, er-

klärte aber 1990 eine „Generalüberholung“ für denkbar. Er forderte mehr Kompetenzen für die Länder sowie den Umbau der Finanzverfassung und die Aufnahme von Volksabstimmungen in das Grundgesetz. In die Debatte um die umstrittenen Änderungen des Asyl- und Einwanderungsrechts schaltete er sich 1992 mit der Bemerkung ein, das Staatsangehörigkeitsrecht aus dem Jahre 1913 sei „total veraltet“. Darüber hinaus hat Herzog wiederholt die zunehmende Verlagerung politischer Streitthemen nach Karlsruhe kritisiert und auf die Gefahr hingewiesen, „dass Politik immer mehr in Karlsruhe statt in Bonn gemacht“ werde.

In der Diskussion über die Nachfolge von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der nach zwei Amtszeiten nicht mehr zur Wiederwahl antreten konnte, wurde von der CSU im Sommer 1993 auch der Name Herzogs ins Spiel gebracht. Doch erst als der vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl favorisierte Kandidat, der sächsische Justizminister Steffen Heitmann, seine in der Öffentlichkeit heftig umstrittene Kandidatur zurückgezogen hatte, wurde Herzog vom CDU-Bundesvorstand im Januar 1994 nominiert. Die erste gesamtdeutsche Bundesversammlung in Berlin wählte Roman Herzog am 23. Mai 1994 im entscheidenden dritten Wahlgang, in dem die relative Mehrheit ausreichte, mit 696 Stimmen zum neuen Bundespräsidenten. Der von der SPD als Kandidat vorgeschlagene Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, kam auf 605 Stimmen, der Kandidat der Republikaner, Hans Hirzel, erhielt elf Stimmen. Hinzu kamen sieben Enthaltungen und eine ungültige Stimme. Die auf Vorschlag der FDP kandidierende Hildegard Hamm-Brücher war in diesem Wahlgang nicht mehr angetreten, Jens Reich, der parteilose Kandidat von Bündnis 90/Die Grünen, hatte bereits nach dem ersten Wahlgang verzichtet.

Am 1. Juli 1994 wurde Herzog im Berliner Reichstagsgebäude als neuer Bundespräsident vereidigt. Seine erste Amtsreise führte nach Dresden, die erste Auslandsreise nach Paris. Für ein großes Medienecho sorgte sein Staatsbesuch in Polen anlässlich des 50. Jahrestags des Warschauer Aufstandes am 1. August 1994. Seine Rede am Mahnmahl des Warschauer Aufstandes wurde allgemein als historisch bedeutsamer Schritt auf dem Weg zur Aussöhnung zwischen Deutschland und Polen gewertet. Herzogs „Bitte um Vergebung“ trug ihm auf beiden Seiten Sympathien ein. Während der Vorbereitungen zur umstrittenen deutsch-tschechischen Versöhnungserklärung erteilte er zwei Jahre später allen Ansprüchen auf ehemalige deutsche Ostgebiete eine unmissverständliche Absage und forderte auch die Vertriebenen dazu auf, das vereinigte Deutschland als ihre Heimat zu betrachten. Große Beachtung fand auch seine Rede vor bei den Häusern des tschechischen Parlamentes in Prag am 29. April 1997. Außerdem reiste Herzog im selben Jahr als erstes deutsches Staatsoberhaupt seit der deutschen Vereinigung nach Moskau. Weitere Reisen führten ihn in die USA, die Niederlande und die Ukraine sowie nach China, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Israel, Albanien, Pakistan, Kasachstan, Usbekistan, Rumänien, Finnland, Brasilien, Uganda, Äthiopien, Eritrea, Bulgarien, Nicaragua, Venezuela, Georgien, Mazedonien, Slowenien, Ungarn, Irland, Malaysia, Japan, Kirgisistan, Namibia, Dänemark, Südkorea, Großbritannien und Argentinien. Seine letzten Staatsbesuche stattete er Litauen und Lettland ab.

In seiner ersten programmatischen Rede zur Außenpolitik plädierte er für eine Neuformulierung der weltpolitischen Rolle Deutschlands und erklärte das „Ende des Trittbrettfahrens“ für erreicht. Vor dem Europäischen Parlament in Straßburg setzte er sich engagiert für die Europäische Währungsunion ein. Im Januar 1996 proklamierte Herzog den 27. Januar zum alljährlichen „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“.

Der Bundespräsident begründete dies mit der Verpflichtung, die Erinnerung an die Gräueltaten der Nationalsozialisten wach zu halten: „Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“ Auch mit der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit hat sich Herzog während seiner Amtszeit wiederholt befasst. So sprach er sich in seiner mit Spannung erwarteten Rede vor der Enquetekommission des Bundestages zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im März 1996 unter anderem gegen eine „generelle, undifferenzierte Amnestie von Tätern der SED-Diktatur“ aus.

Große Beachtung fanden schließlich auch seine Reden zur Bildungspolitik, in denen er eine größere öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Bildung einforderte und einer Stärkung des Leistungsgedankens an deutschen Schulen das Wort redete. Mit seinem unabhängigen Urteilen und seiner unpräzisen Art gewann er Umfragen zufolge in der Bevölkerung breite Zustimmung. In Erinnerung bleibt vor allem seine Rede anlässlich der Neueröffnung des traditionsreichen Hotels Adlon in Berlin am 26. April 1997, in der er angesichts des allenthalben beklagten Reformstaus einen notwendigen „Ruck“, der durch Deutschland gehen müsse, anmahnte. Auch in der letzten Grundsatzrede seiner Amtszeit, die er anlässlich des Festakts zum 50-jährigen Bestehen des Grundgesetzes am 23. Mai 1999 hielt, rief Herzog Bürger und Politiker in Deutschland noch einmal zu mehr Veränderungsbereitschaft auf.

Nachdem Herzog bereits frühzeitig zu erkennen gegeben hatte, dass er keine Wiederwahl anstrebe, endete seine Amtszeit am 1. Juli 1999. Nachfolger wurde der von der 11. Bundesversammlung am 23. Mai 1999 gewählte ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau. Der Alt-Bundespräsident siedelte mit seiner Gattin nach Landshut über, wo er sich mit wissenschaftlichen und publizistischen Arbeiten befasste. 1999/2000 übernahm er die Heinrich Hertz-Gastprofessur an der TH Karlsruhe. Auch nach Ende seiner aktiven Laufbahn hat sich Roman Herzog in vielfältiger Weise öffentlich engagiert. Im Jahre 2000 leitete er in Brüssel den Konvent zur Erarbeitung der EU-Grundrechte-Charta. Seine Partei beauftragte ihn mehrfach mit der Leitung von partei-internen Kommissionen, so im Jahre 2000 mit der Kommission zur Bewältigung der CDU-Spendenaffäre. Die sogenannte Herzog-Kommission, in der auch der ehemalige Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer und der ehemalige Verfassungsrichter Paul Kirchhof mitwirkten, erarbeitete Empfehlungen zur künftigen Parteienfinanzierung. Mitte Februar 2000 wurde Herzog zum Vorsitzenden des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung berufen. Außerdem übernahm er im Auftrag der Union die Leitung einer „Kommission soziale Sicherheit“, die im Herbst 2003 eine Reihe von Reformvorschlägen vorlegte. Im Februar 2003 wurde das Roman-Herzog-Institut gegründet, das langfristige Trends und Perspektiven für Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitswelt erforschen soll. Im Oktober 2003 übernahm Herzog den Vorsitz des Konventkreises des im selben Jahr von Hans-Olaf Henkel und Manfred Pohl gegründeten „Konvents für Deutschland“, der sich mit der Reform des Föderalismus und der Finanzverfassung beschäftigt. Des Weiteren ist Herzog Vorstandsvorsitzender der Stiftung Bündnis für Kinder – gegen Gewalt und war bis 2008 Mitglied der Jury zur Verleihung des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises.

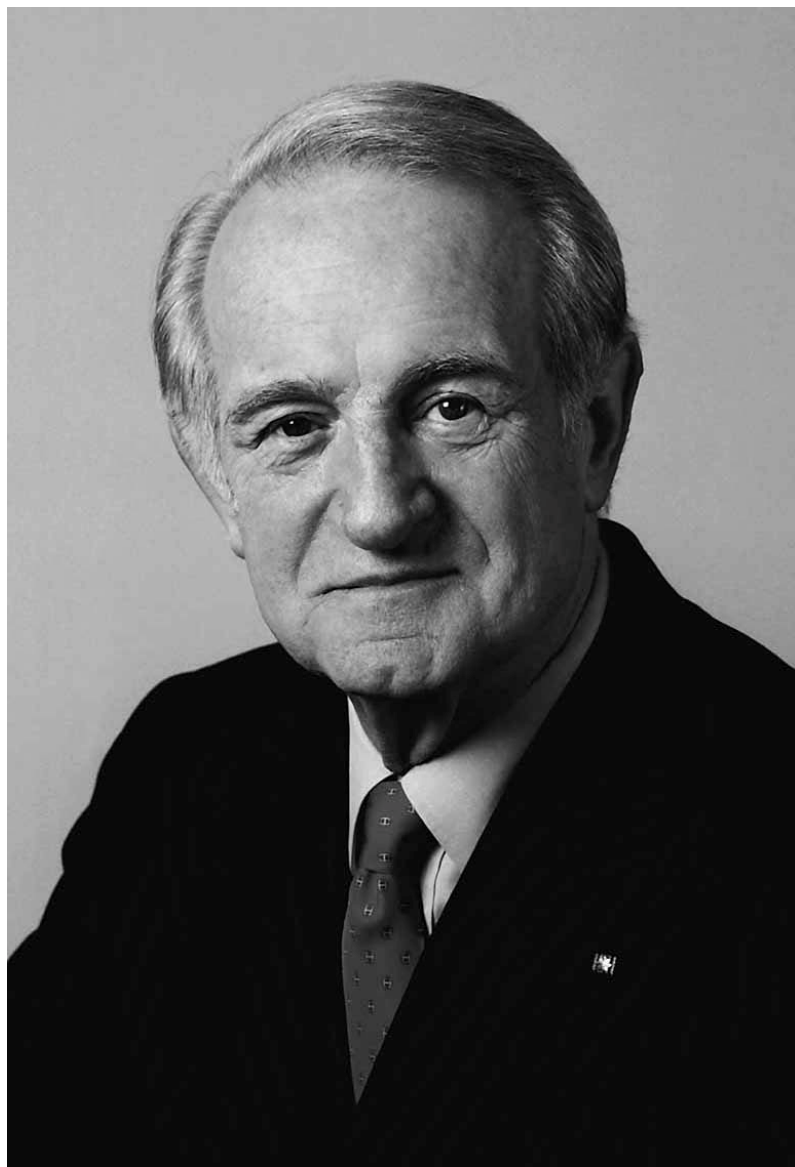
Herzog ist mit zahlreichen Publikationen hervorgetreten, darunter als Mitverfasser des bekannten Kommentars zum Grundgesetz von Maunz/Dürig/Herzog/Scholz sowie des „Evangelischen Staatslexikons“ (3. Auflage 1987). Von ihm erschienen ferner „Staaten

der Frühzeit: Ursprünge und Herrschaftsformen“ (1988), „Staat und Recht im Wandel“ (1994), „Vision für Europa“ (1996), „Zukunft bauen. Erziehung und Bildung für das 21. Jahrhundert“ (1998), „Freiheit des Geistes. Reden zur Kultur“ (1999), „Die Zukunft der Erinnerung. Wegmarken deutscher Geschichte“ (1999), „Mut zum Aufbruch. Bilanz einer Amtszeit“ (1999), „Was bleibt von der Vergangenheit? Die junge Generation im Dialog über den Holocaust“ (1999), „Strukturmängel der Verfassung? Erfahrungen mit dem Grundgesetz“ (2000), „Wider den Kampf der Kulturen. Eine Friedensstrategie für das 21. Jahrhundert“ (2000).

Für sein Wirken erhielt Roman Herzog zahlreiche Ehrendoktorwürden, darunter die der Universität Oxford (1996), der Universität Notre Dame in South Bend/USA (1997), der Ben-Gurion-Universität in Beersheba/Israel (1998) sowie der Universität Wrocław (1998). Außerdem wurden ihm der Karlspreis der Stadt Aachen (1997), das Großkreuz mit Großer Ordenskette des Verdienstordens der Italienischen Republik (1997), der European Statesman Award (1997; zusammen mit Václav Havel), der Leo-Baeck-Preis (1998), der Europäische St.-Ulrichs-Preis (1999), der Humanismus-Preis (2000), der Deutsche Staatsbürgerpreis (2001), der Leibniz-Ring des Presse Clubs Hannover (2005) sowie der Landshuter Friedenspreis (2006) verliehen. Herzog ist Ehrenbürger von Berlin, Bonn und Landshut sowie Ehrensensator der Universität Bonn.

## Johannes Rau Bundespräsident 1999-2004

Johannes Rau wurde am 16. Januar 1931 in Wuppertal als Sohn eines Wanderpredigers geboren. Die Zugehörigkeit zur evangelisch-reformierten Kirche und die pietistische Glaubenspraxis der Eltern prägten Rau, der schon früh in Schülerbibelgruppen engagiert



war. In kirchlichen Kreisen begegnete er unter anderem dem Pfarrer Karl Immer, der zu den Mitbegründern der Bekennenden Kirche gehörte und den Rau später als die für ihn prägende Gestalt und Vaterfigur bezeichnete. Von der Bekennenden Kirche übernahm er auch sein Lebensmotto, „Teneo quia teneor“ („Ich halte stand, weil ich gehalten werde“). Rau besuchte zunächst das Gymnasium, verließ es aber kurz vor dem Abitur. Er begann eine Lehre als Verlagsbuchhändler und wurde an der Buchhändlerschule in Köln ausgebildet. Dort legte er 1952 die Gehilfenprüfung ab.

Rau blieb zunächst in Wuppertal und wurde 1954 Geschäftsführer des Jugenddienst-Verlags, bevor er 1962 in dessen Vorstand eintrat und 1965 Direktor wurde. Ende 1952 trat Rau nicht zuletzt aus Protest gegen die geplante Wiederbewaffnung der Bundesrepublik in die Gesamt-

deutsche Volkspartei (GVP) von Gustav Heinemann ein. Er war Orts- und Kreisvorsitzender und arbeitete seit 1954 auch in der Redaktion der „Gesamtdeutschen Rundschau“ mit. Nach Auflösung der GVP folgte er 1957 Heinemann in die SPD. Von 1964 bis 1978 war er Stadtverordneter, später auch Vorsitzender der SPD-Fraktion im Wuppertaler Stadtrat. Von 1969 bis 1970 amtierte Rau als Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal. Seit 1968 gehörte Rau auch dem Bundesvorstand der SPD an, in dessen Präsidium er 1978 einrückte.

Bereits 1958 war Rau in den Landtag von Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Von

1962 an gehörte er dem Vorstand der SPD-Landtagsfraktion an, bis er Anfang 1967 Heinz Kühn als Fraktionsvorsitzendem nachfolgte. Nach der Landtagswahl im Juni 1970 ernannte ihn Ministerpräsident Kühn zum ersten Minister für Wissenschaft und Forschung. Während seiner Amtszeit setzte sich Rau für die Gründung von Gesamthochschulen ein. Im Juni 1977 übernahm er den SPD-Landesvorsitz, bevor er am 20. September 1978 Heinz Kühn auch als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen nachfolgte.

Rau engagierte sich ehrenamtlich für die evangelische Kirche. Seit 1965 war er berufenes Mitglied der Synode und stellvertretendes Mitglied der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland. Seit 1985 gehörte er dem Herausgeberkreis der Zeitschrift „Evangelische Kommentare“ an. Zeitlebens wichtig war ihm auch sein Einsatz für das deutsch-jüdische und deutsch-israelische Verhältnis. Es trug ihm insbesondere in Israel, aber auch in der deutschen Bevölkerung hohen Respekt ein.

Die Landtagswahl vom 11. Mai 1980 brachte der SPD die absolute Mehrheit ein. Rau galt in seiner Partei fortan als „Mann für höchste Ämter“. Diese Einschätzung bestätigte sich auf dem SPD-Bundesparteitag im April 1982, als Rau nach dem Ausscheiden von Helmut Schmidt einer der Stellvertreter des SPD-Parteivorsitzenden Willy Brandt wurde. Nach der Landtagswahl vom Mai 1985, bei der die SPD ihre absolute Mehrheit verteidigte, wurde Rau von der SPD zum Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl von 1987 gekürt. Er ging die Aufgabe mit großem Engagement an und warb um eine „Mehrheit aus eigener Kraft“. Bei den Bundestagswahlen setzte sich die Koalition aus CDU/CSU und FDP durch. Rau verzichtete auf das Amt des Parteivorsitzenden, blieb aber stellvertretender Parteivorsitzender.

In den folgenden Jahren kümmerte sich Rau vor allem um den anstehenden Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen. Als Erfolg galt unter anderem das Ergebnis der Montan-Konferenz mit Bundeskanzler Helmut Kohl im Februar 1988, bei der ein umfassendes Hilfsprogramm für einen schnellen Strukturwandel im Ruhrgebiet beschlossen wurde. Nachdem die SPD bei der Landtagswahl vom Mai 1990 erneut ihre absolute Mehrheit behauptet hatte, wurde Rau zum vierten Mal vom Landtag von Nordrhein-Westfalen zum Ministerpräsidenten gewählt.

Sowohl als Ministerpräsident wie auch in seinen parteipolitischen Funktionen bewies Rau immer wieder seine Fähigkeit, zwischen verhärteten Fronten zu vermitteln. Als Krisenmoderator der SPD bewährte sich Rau nach dem Rücktritt des SPD-Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden Engholm im Mai 1993, als er auf Wunsch des Parteivorstands den Vorsitz der SPD für eine Übergangszeit übernahm. Im August 1993 erklärte sich Rau bereit, als Kandidat der SPD für das Amt des Bundespräsidenten anzutreten. Am 23. Mai 1994 unterlag er jedoch im entscheidenden dritten Wahlgang gegen den Kandidaten der Union, Roman Herzog, der mit 696 Stimmen Nachfolger von Richard von Weizsäcker wurde.

Im Mai 1995 verfehlte die SPD ihr Ziel, ihre absolute Mehrheit in Nordrhein-Westfalen zu verteidigen und musste mit Bündnis 90/Die Grünen eine Koalition eingehen. Zwar wurde Rau am 6. Juli 1995 zum fünften Mal in Folge zum Ministerpräsidenten von NRW gewählt, in den folgenden Jahren aber nahmen die Spekulationen über seinen baldigen Rücktritt zu. Schließlich kündigte Rau im März 1998 an, sowohl das Amt des Ministerpräsidenten als auch den Landesvorsitz der SPD abzugeben. Am 27. Mai 1998 legte Rau das Amt als Regierungschef nieder.

Im November 1998 nominierte der SPD-Parteivorstand Rau erneut für das Amt des Bundespräsidenten. Am 23. Mai 1999 wählte die Bundesversammlung im zweiten Wahlgang Johannes Rau zum Bundespräsidenten. Im ersten Wahlgang waren auf Rau 657 Stimmen entfallen, auf die parteilose Kandidatin der CDU und ostdeutsche Wissenschaftlerin, Dagmar Schipanski, 588 Stimmen und auf die ebenfalls parteilose Kandidatin der PDS, Uta Ranke-Heinemann, 69 Stimmen. Im zweiten Wahlgang entfielen auf Rau 690, auf Frau Schipanski 572 und auf Frau Ranke-Heinemann 62 Stimmen.

Rau trat das Amt mit dem Anspruch an, als „Bürgerpräsident“ zu integrieren, statt zu spalten oder zu polarisieren. Als Präsident strebte er an, „Menschen zusammenzuführen“, Minderheiten vom Rand der Gesellschaft in deren Mitte zu holen und im Verhältnis nach außen die Beziehungen zu anderen Kulturen und Völkern zu verbessern. Öffentliches Ansehen verschaffte er sich mit einer Reihe klarer Stellungnahmen zu aktuellen Streitfragen. So forderte Rau in seiner Berliner Rede vom 12. Mai 2000 eine geregelte Einwanderungspolitik und die Integration von Ausländern. Anlässlich einer Kundgebung vor dem Brandenburger Tor in Berlin am 9. November 2000 erinnerte Rau an die rund 100 Toten, die seit 1990 in Deutschland Opfer rechter Gewalt geworden waren, und versprach unter anderem: „Wir arbeiten für ein Deutschland, in dem niemand Angst haben muss, ganz gleich, wie er aussieht, ganz gleich, wo er herkommt, ganz gleich, was er glaubt, ganz gleich, wie stark oder wie schwach er ist“. Mit einer Rede zur Gentechnik schaltete er sich nach Wochen der Debatten um die Gründung und Besetzung des Nationalen Ethikrates in die Diskussionen um die Präimplantationsdiagnostik ein. „Was ethisch unvertretbar ist, wird nicht dadurch zulässig, dass es wirtschaftlichen Nutzen bringt“, mahnte Rau.

Nicht zuletzt auch wegen seines beharrlichen Eintretens für ein gutes und enges deutsch-israelisches Verhältnis wurde er von der Knesset, dem israelischen Parlament, eingeladen. Er kam im Februar 2000 dieser Einladung nach, und ihm wurde auf seinen Wunsch hin als erstem deutschen Staatsoberhaupt die Möglichkeit gegeben, in deutscher Sprache vor dem israelischen Parlament zu sprechen. Er bat das jüdische Volk sowie Israel um Vergebung für die Verbrechen des Holocaust. Das Thema der deutschen Schuld und Verantwortung hat Rau immer wieder beschäftigt. Als erstes deutsches Staatsoberhaupt besuchte er während eines Staatsbesuchs in Italien den Ort Marzabotto bei Bologna, wo 1944 Einheiten der Waffen-SS über 700 Zivilisten ermordet hatten. In Anwesenheit des italienischen Staatspräsidenten bekundete Rau öffentlich seine Trauer und seine Scham angesichts der Gräueltaten. Besonders setzte er sich dafür ein, dass sich auch die junge Generation mit diesem dunklen Kapitel der deutschen Geschichte beschäftigt. Zu diesem Zweck hat er unter anderem im Jahr 2002 den Band: „Hilfe für Verfolgte während der NS-Zeit. Jugendliche forschen vor Ort. Ein Lesebuch“ herausgegeben.

Mit seinen zahlreichen Staatsbesuchen versuchte Rau, Zeichen zu setzen und Stellung zu aktuellen internationalen Problemen zu beziehen. Dabei scheute er auch vor klaren Worten gegenüber seinen Gastgebern nicht zurück. So forderte er auf einer Reise nach Südafrika im Januar 2002 internationale Sanktionen gegen die Regierung von Simbabwe unter Präsident Mugabe. Im Herbst 2003 führte ihn ein weiterer Staatsbesuch nach China, wo er so deutlich wie kein deutsches Staatsoberhaupt vor ihm die Einhaltung der Menschenrechte anmahnte. Wenige Tage nach den islamistischen Terroranschlägen vom 11. September 2001 sicherte Rau in einer Ansprache vor dem Brandenburger Tor der amerikanischen Nation die deutsche Unterstützung zu, warnte aber davor, ganze Religionen, Völker oder Kulturen als schuldig zu verdammen. In einer Rede vor dem EU-Parlament in Straß-



burg plädierte er nachdrücklich für die Bildung einer europäischen Föderation und rief das EU-Parlament dazu auf, umgehend mit der Diskussion über eine europäische Verfassung zu beginnen. Im Oktober 2003 sorgte eine von ihm und dem polnischen Ministerpräsidenten, Aleksander Kwasniewski, verfasste Erklärung für Aufsehen, in der sie die Europäer aufforderten, alle im 20. Jahrhundert geschehenen Fälle von Flucht, Vertreibung und Deportation zu dokumentieren und neu zu bewerten.

Im Herbst 2003 gab Rau nach monatelangen Spekulationen bekannt, dass er nicht für eine zweite Amtszeit kandidieren werde. Nach dem Ausscheiden aus dem Amt am 1. Juli 2004 nahm Johannes Rau nur noch zwei öffentliche Termine wahr. Am 29. Mai 2005 wurde ihm der deutsch-türkische Friedenspreis in Solingen verliehen. Am 30. Oktober 2005 reiste er zur Einweihung der wieder errichteten Frauenkirche in Dresden. Er starb am 27. Januar 2006.

Johannes Rau erhielt zahlreiche Auszeichnungen, unter anderem das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband, das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, den Orden „Heiliger Daniil“ der Russisch-Orthodoxen Kirche, den Kulturpreis Europa, die Buber-Rosenzweig-Medaille, die Leo-Baeck-Medaille. Die Universitäten Düsseldorf und Haifa, die britische Open University, die Theologische Akademie Budapest, die Reformierte Kirche Ungarns, die Fernuniversität-Gesamthochschule Hagen und die Ruhr-Universität Bochum verliehen ihm die Ehrendoktorwürde. Er war Ehrenbürger von Wuppertal und Bonn sowie Ehrensensator der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste.

Seit dem 9. August 1982 war Rau mit Christina Delius, einer Enkelin des früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann, verheiratet.

## Horst Köhler Bundespräsident 2004-2010

Als siebtes von acht Kindern deutschstämmiger Bauern wurde Horst Köhler am 22. Februar 1943 im polnischen Skierbieszów geboren. Die Eltern, Eduard und Elisabetha geb. Bernhardt, waren als „Volksdeutsche“ zwangsweise aus dem rumänischen Bessarabien in



das von der Wehrmacht besetzte Polen umgesiedelt worden. Bereits ein Jahr nach der Geburt von Horst Köhler floh die Familie vor den heranrückenden sowjetischen Truppen in Richtung Westen und baute sich auf einem kleinen Bauernhof in Markkleeberg-Zöbiger bei Leipzig eine neue Existenz auf. Noch vor dem 17. Juni 1953 gelang der Familie die Flucht über West-Berlin in den Westen. Nach vierjährigem Aufenthalt in verschiedenen Flüchtlingslagern siedelte sich die Familie schließlich 1957 in Ludwigsburg an. Am dortigen Mörike-Gymnasium legte Köhler 1963 das Abitur ab. Er leistete seinen Wehrdienst, verpflichtete sich für zwei Jahre bei den Panzergrenadieren und wurde Leutnant d. R. 1965 nahm Horst Köhler das Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen auf.

1969 schloss Köhler seine Studien als Diplom-Volkswirt ab und wurde wissenschaftlicher Referent am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen. Dort wurde er 1977 mit einer Dissertation über die „Freisetzung von Arbeit durch technischen Fortschritt“ promoviert. 1976 trat Köhler in die Grundsatzabteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft in Bonn ein, das zu dieser Zeit von Otto Graf Lambsdorff geleitet wurde.

1981 wechselte Köhler aus der Bundes- in die Landespolitik und arbeitete als Referent von Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg in der Schleswig-Holsteinischen Staatskanzlei in Kiel. Im selben Jahr trat Köhler der CDU bei. Als Stoltenberg 1982 im Zuge des Regie-

rungswechsels Bundesfinanzminister wurde, kehrte auch Köhler aus Kiel zurück nach Bonn, wo er zunächst im Leitungsstab arbeitete und dann die Leitung des Ministerbüros übernahm. Seit 1987 war er Leiter der Grundsatzabteilung, seit 1989 Leiter der Abteilung Geld und Kredit, die für die internationale Finanz- und Währungspolitik zuständig war.

1990 ernannte Bundesfinanzminister Theo Waigel Horst Köhler zum beamteten Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen. Zu seinen Aufgaben gehörten die Verhandlungen mit der DDR-Regierung über die deutsch-deutsche Währungsunion. In Moskau handelte Köhler mit der Regierung der UdSSR das Abkommen über den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR aus. Die Verhandlungen zum Maastricht-Vertrag über die Europäische Währungsunion begleitete Köhler als Chefunterhändler. Zugleich war er persönlicher Beauftragter von Bundeskanzler Helmut Kohl für die Weltwirtschaftsgipfel der sieben führenden Industrienationen (G7). Die Organisation des Weltwirtschaftsgipfels von München, bei dem Deutschland 1992 als Gastgeber der G-7-Nationen auftrat, fiel in Köhlers Zuständigkeit.

1993 schied Köhler aus der Bundesregierung aus und übernahm die Präsidentschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Hier setzte er sich insbesondere für die Modernisierung des Sparkassenwesens ein und betonte die besondere Verantwortung der Sparkassen für den Mittelstand und das soziale Klima in den Kommunen. 1998 bat Bundeskanzler Kohl Horst Köhler, Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London zu werden, deren Aufgabe es ist, Marktwirtschaft und Demokratie in den ehemaligen Ostblockstaaten aufzubauen. Auch in dieser Funktion legte Köhler Wert auf die Stärkung mittelständischer Unternehmen, die er für den Aufbau eines funktionierenden marktwirtschaftlichen Systems „von unten“ als unerlässlich betrachtete.

Auf Vorschlag von Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde Köhler im Jahr 2000 zum Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds IWF in Washington D.C. ernannt. Köhler setzte es sich zum Ziel, die Geschäftspolitik des IWF transparenter zu gestalten und stärker auf Krisenprävention auszurichten. Daher intensivierte er die Zusammenarbeit des IWF mit der von James D. Wolfensohn geleiteten Weltbank. Nicht zuletzt zur Verstärkung des Kampfes gegen Armut, ohne den Frieden und Stabilität dauerhaft nicht zu sichern sind, leitete Köhler umfangreiche Reformen des IWF ein.

Am 4. Mai 2004 benannten CDU/CSU und FDP Horst Köhler zum gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten. Im Zusammenhang mit dieser Nominierung legte Köhler sein Amt als Geschäftsführender Direktor des IWF nieder. Er trat gegen die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan an, zu diesem Zeitpunkt Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Schwan war als Kandidatin von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nominiert worden. Am 23. Mai 2004 wurde Köhler von der Bundesversammlung im ersten Wahlgang mit der absoluten Mehrheit von 604 Stimmen zum neunten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Auf Gesine Schwan entfielen 589 der 1202 gültigen Stimmen. Am 1. Juli 2004 legte Köhler vor den Mitgliedern von Bundestag und Bundesrat im Plenum des Deutschen Bundestages seinen Amtseid ab.

Nach seinem Amtsantritt absolvierte Köhler allein während der ersten beiden Jahre seiner Bundespräsidentschaft 45 Besuche im Ausland, darunter acht Staatsbesuche. Seine erste Auslandsreise führte Köhler im Juli 2004 zunächst nach Polen, dann nach Frankreich. Weitere Besuche folgten in Großbritannien, Italien, Österreich, der Tschechischen

Republik, den Niederlanden, Litauen, Lettland und Estland. Im Februar 2005 reiste Köhler nach Israel, wo er als zweiter deutscher Bundespräsident vor der Knesset sprach. Weitere Staatsbesuche führten Köhler in verschiedene afrikanische Staaten.

Am 21. Juli 2005 löste Horst Köhler nach der von Bundeskanzler Schröder verlorenen Vertrauensfrage den Deutschen Bundestag auf und setzte für den 18. September 2005 Neuwahlen an. Die Klage zweier Bundestagsabgeordneter gegen diese Entscheidung wies das Bundesverfassungsgericht zurück.

Dass Köhler kein bequemer Präsident für die Bundesregierung war, bewies er mehrfach und unabhängig von der jeweils regierenden Koalition. So nahm er etwa im November 2004 öffentlich zu Plänen der Bundesregierung unter Gerhard Schröder Stellung, zur Steigerung des Wirtschaftswachstums den Tag der Deutschen Einheit als Feiertag nicht mehr jährlich am 3. Oktober, sondern stattdessen am ersten Sonntag im Oktober zu begehen. Im Januar 2005 unterzeichnete er zwar das „Gesetz zur Neuregelung von Luftsicherheitsaufgaben“, bekundete aber gleichzeitig sein Unbehagen, indem er gleichlautende Briefe an den Bundeskanzler, den Präsidenten des Deutschen Bundestages und an den Präsidenten des Bundesrates sandte und ihnen seine Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit einzelner Vorschriften des Gesetzes mitteilte. Im Oktober und im Dezember 2006 verweigerte Bundespräsident Köhler sowohl dem Gesetz zur Privatisierung der Deutschen Flugsicherung als auch dem Verbraucherinformationsgesetz seine Zustimmung.

Seine erste vielbeachtete Rede hielt Horst Köhler am 15. März 2005 auf dem Arbeitgeberforum „Wirtschaft und Gesellschaft“, in der er von der Wirtschaft die Schaffung von Arbeitsplätzen einforderte. Anknüpfend an die von Bundespräsident Roman Herzog begründete Tradition der „Berliner Rede“, hielt Köhler seine erste Rede in Berlin zum Thema „Bildung für alle“ an der Kepler-Oberschule in Berlin-Neukölln. Am 8. Mai 2005 äußerte sich Köhler in einer weiteren vielbeachteten Rede zum sechzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges.

Am 23. Mai 2009 wurde Horst Köhler von der 13. Bundesversammlung für eine zweite Amtszeit als Bundespräsident gewählt. Dabei musste er sich als erster amtierender Bundespräsident gegen eine Gegenkandidatin durchsetzen. Er erhielt jedoch bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit von 613 Stimmen. Auf Gesine Schwan, die SPD und Bündnis 90 / Die Grünen erneut für das Amt des Bundespräsidenten nominiert hatten, entfielen diesmal lediglich 503 Stimmen.

Die letzten Monate der ersten und auch der Beginn der zweiten Amtszeit Köhlers standen ganz unter dem Eindruck der weltweiten Finanzkrise, die spürbare Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation in Deutschland hatte. Als ausgewiesener Kenner des Finanzsektors äußerte sich Horst Köhler im März 2009 in der Berliner Elisabethkirche über die Ursachen und Folgen der Krise. Zugleich forderte Köhler in einer solchen Situation das Eingreifen des Staates. „Es braucht einen starken Staat, der dem Markt Regeln setzt und für ihre Durchsetzung sorgt.“ In den nachfolgenden Monaten wurde Köhler in seinen öffentlichen Reden zunehmend nachdenklicher. Der ehemalige geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds begann sich kritisch mit dem „Washington-Konsens“ auseinanderzusetzen, jenem Maßnahmenkatalog zur Förderung von Stabilität und Wachstum durch die Regierungen, der vom Internationalen Währungsfonds unterstützt wird.

Auch während seiner zweiten Amtszeit engagierte sich Bundespräsident Horst Köhler immer wieder für Afrika. So rief er in Zusammenarbeit mit der Zeit-Stiftung eine Initiative „Partnerschaft mit Afrika“ ins Leben und besuchte insgesamt zwölf afrikanische Länder.

Am 31. Mai 2010 erklärte Horst Köhler seinen sofortigen Rücktritt vom Amt des Bundespräsidenten. Köhler war kurz zuvor von einem Auslandsaufenthalt in China, wo er an der Eröffnung der Expo 2010 in Shanghai teilgenommen hatte, und einem Besuch bei den deutschen Truppen in Afghanistan zurückgekehrt. Auf dem Rückflug von Afghanistan hatte er eine Formulierung seiner Äußerung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr in einer missverständlichen Weise gewählt. Dies nahmen zunächst einige Politiker zum Anlass für sehr harsche Kritik am Bundespräsidenten. Zugleich wurde in den deutschen Medien und in der Öffentlichkeit eine kurze heftige Debatte geführt. Schon in den Wochen und Monaten zuvor war immer wieder Kritik an der Art und Weise, wie der Bundespräsident sein Amt ausübte, laut geworden. Köhler begründete seinen Rücktritt mit Verweis auf Inhalt und Form der gegen ihn gerichteten Kritik: „Meine Äußerungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr am 22. Mai dieses Jahres sind auf heftige Kritik gestoßen. [...] Die Kritik geht aber so weit, mir zu unterstellen, ich befürwortete Einsätze der Bundeswehr, die vom Grundgesetz nicht gedeckt wären. Diese Kritik entbehrt jeder Rechtfertigung. Sie lässt den notwendigen Respekt für mein Amt vermissen“.

Im Jahr 2003 wurde Köhler von der Universität Tübingen zum Honorarprofessor ernannt. Horst Köhler ist evangelisch. Seit 1969 ist er mit Eva Luise geb. Bohnet verheiratet. Das Paar hat zwei Kinder.

**5. 1. Bundesversammlung**

<b>Übersicht</b>		
<b>Zusammensetzung nach Parteien<sup>1)</sup></b>		
CDU/CSU	280	(+ 4 Berliner)
SPD	279	(+ 9 Berliner)
FDP	87	(+ 3 Berliner)
Sonstige	158	
insgesamt	804	(+ 16 Berliner)
<sup>1)</sup> Die Berliner Mitglieder waren in der 1. Bundesversammlung nicht stimmberechtigt.		
<b>Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder</b>		
Baden	12	
Bayern	78	
Berlin	8	
Bremen	5	
Hamburg	13	
Hessen	36	
Niedersachsen	58	
Nordrhein-Westfalen	109	
Rheinland-Pfalz	25	
Schleswig-Holstein	23	
Württemberg	33	
Württemberg-Hohenzollern	10	
<b>Tagungsort und Tagesstätte:</b> Bonn, Bundeshaus		
<b>Präsident der Bundesversammlung:</b> Bundestagspräsident Dr. Erich Köhler		
<b>Wahlergebnis</b>		
	1. Wahlgang	2. Wahlgang
Theodor Heuss (FDP)	377	416
Kurt Schumacher (SPD)	311	312
Rudolf Amelunxen (Z)	28	30
Sonstige	9	2
Enthaltungen	76	37
ungültig	2	3
abgegebene Stimmen insgesamt	803	800
<b>Gewählt:</b> Theodor Heuss im 2. Wahlgang mit 416 Stimmen <sup>2)</sup>		
<sup>2)</sup> erforderliche Mehrheit: 403 Stimmen		
<b>Amtszeit:</b> 13. September 1949 bis 12. September 1954		
12. September 1949		

**Verzeichnis der Mitglieder****A**

Dr. Adenauer \*<sup>30)</sup>  
 Agatz \*  
 Ahrens, Adolf \*  
 Ahrens, Bernhard  
 Albers, Johann  
 Albers, Johannes \*  
 Albertini, Hans  
 Frau Albertz \*  
 Frau Albrecht \*  
 von Almsiek  
 Altenhain  
 Altmaier, Jakob \*  
 Altmeier, Peter  
 Dr. Amelunxen \*  
 Andresen  
 Dr. Annabring  
 Frau Ansorge  
 von Aretin \*  
 Arndgen \*  
 Dr. Arndt \*  
 Arnholz \*  
 Arnold, Karl  
 Frau Arnold \*  
 Dr. Atzenroth \*  
 Aumer \*

**B**

Dr. Baade \*  
 Bach, Ernst  
 Bach, Otto  
 Dr. Bärsch \*  
 Bäßler  
 Bahlburg \*  
 Bahnsen  
 Barche  
 Bauereisen \*  
 Bauknecht \*  
 Dr. Baumgartner \*  
 Dr. Baur, Georg \*  
 Baur, Valentin \*  
 Bausch \*  
 Bazille \*

---

<sup>1)</sup> \* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

Dr. Beck  
 Beckenbach  
 Becker, Joseph \*  
 Becker, Ludwig  
 Dr. Becker, Max \*  
 Frau Beckmann  
 Behrisch \*  
 Benz  
 Bergmann \*  
 Dr. Bergsträßer \*  
 Berlin \*  
 Berliner  
 Dr. Besold \*  
 Bettgenhäuser \*  
 Betz  
 Bezold  
 Frau Bieganowski  
 Bielig \*  
 Biester  
 Birkelbach \*  
 Birnstiel  
 Bisseis  
 Bitom  
 Blachstein \*  
 Dr. Blank, Martin \*  
 Blank, Theodor \*  
 Bleek  
 Dr. Bleiss \*  
 Frau Dr. Bleyler  
 Bliesner  
 Block  
 Blomeyer  
 Blücher \*  
 Blume  
 Dr. Boden  
 Bodenbender  
 Bodensteiner \*  
 Bögler  
 Böhm \*  
 Dr. Boettcher  
 Boljahn  
 Brandt \*  
 Bratschke  
 Frau Brauksiepe \*  
 Dr. von Brentano \*  
 Brese \*  
 Dr. Brill \*  
 Brockmann

Frau Dr. Brökelschen \*  
 Dr. Brönner \*  
 Bromme \*  
 Brookmann \*  
 Brück  
 Brünen \*  
 Brunner, Karl \*  
 Brunner, Michael  
 Dr. Bucerius \*  
 Buddeberg  
 Budke  
**C**  
 Catta  
 Centmeyer  
 Dr. de Chapeaurouge  
 Cierocki  
 Cillien  
 Clausen \*  
 Cramer \*  
 Dr. Czech  
**D**  
 Dali  
 Frau Damkowski  
 Dannebom \*  
 Dannemann \*  
 Daum  
 Dr. Decker \*  
 Degener \*  
 Dr. Dehler \*  
 Deininger  
 Deppermann  
 Determann \*  
 Deutz  
 Dichtel  
 Diekmann  
 Diel, Anton \*  
 Diel, Jakob  
 Dietl, Hans  
 Frau Dietz \*  
 Dirscherl \*  
 Dittmann  
 Dobbert  
 Frau Döhring \*  
 Frau Döll  
 Döllken  
 Frau Doerne  
 Dr. Dohr  
 Donhauser \*

---

Dr. Doris *	Freitag *	Gräßler
Drechsel	Freundenberg *	Graf *
Dreier	Dr. Frey *	Greib
Dr. Dresbach *	Dr. Friedrich *	Dr. Greve *
Drescher	Fries	Frau Gröber
Drobe	Frings	Frau Dr. Gröwel *
Dufhues	Fröhlich *	Gronowski
<b>E</b>	Frommhold *	Groß
Eberhard	Frühwald *	Dr. Großkopf
Ebert	Fuchs, Gustav *	Grube
Eckstein *	Frau Fuchs	Grün
Eckstrand *	von Fürstenberg *	Grundmann *
Dr. Edert *	Füsser	Dr. Gülich *
Dr. Ehlers *	Fürst Fugger von Glött	Günther, Bernhard *
Ehren *	Funk *	Frau Günther
Eichler *	Funke	Gundelach *
Eichner *	Fuß	<b>H</b>
Eickhoff *	<b>G</b>	Haag
Frau Eisfeld	Gärtner	Haake
Elsen	Graf von Gahlen	Dr. Haas, Albrecht
Dr. Emcke	Graf von Galen, Emanuel	Haas, Franz
Endemann	Frau Gassmann	Frau Härdle
Engelbrecht	Gaßner	Hagedorn
Eplée	Gaul *	Hagen, Georg
Dr. Erhard *	Gebler	Hagen, Lorenz
Erler *	Gehring	Hagge *
Ersing	Gehrmann	Dr. Haindl
Etzel, Franz *	Gengler *	Dr. Hamacher *
Dr. Etzel, Hermann *	Gerber	Hamm
Euler *	Dr. Dr. Gereke	Dr. Hammer *
Even *	Geritzmann *	Happe *
Ewers *	Gerns *	Harig *
Ezenbach *	Gerrich	Frau Hartmann
<b>F</b>	Dr. Gerstenmaier *	Hartmeyer
Faßbender *	Gibbert *	Dr. Häusler
Dr. Falkner *	Giencke *	Dr. Hasemann *
Farke *	Frau Giesemann	Frau Hauke
Feldmann, Alois *	Dr. Glasmeyer *	Dr. Haussmann
Feldmann, Emil	Gleissner *	Dr. Haux
Feller	Gluesing *	Hebborn
Dr. Fink *	Gockeln *	Hedler *
Fisch *	Göbel	Heide
Dr. Fischbacher	Görlinger *	Heidelberg
Fischer, Heinrich	Götschenberg	Heiland *
Fischer, Willy *	Dr. Götz *	Heile
Fitzner	Götzendorff *	Frau Heiler *
Flamme	Gog	Heinecke
Dr. Flecken	Goldammer	Dr. Dr. Heinemann
Fleckenstein	Goldschmidt	Heinen
Föge	Goldstein	Heißwolf
Freidhoff *	Dr. von Golitschek *	Heix *



Helfrich	Dr. Jaeger *	Kraft
Hellenbrock	Jahn *	Frau Krahnstöver *
Hellwege *	Jaksch	Kral
Helmstädter	Janssen	Dr. Krapp
Henkel	Jennes	Frau Krappe
Dr. Henle *	Josten	Krause *
Hennig *	Jürgens	Dr. Krekeler
Henssler *	Juncker *	Kriedemann *
Herbig *	Junglas *	Kriegseis
Hergenröder	<b>K</b>	Dr. Krombach
Hermann, Friedrich	Dr. Kahn *	Dr. Krone *
Herrmann, Matthäus *	Kaiser, Ewald	Krüger
Hertel	Kaiser, Jakob *	Kübler
Herzner	Kalbfell *	Kühling *
Heurich	Kalbitzer *	Kühn, Adolf
Dr. Heuss *	Frau Kalinke *	Kühn, Heinz
Dr. Heydorn	Frau Dr. Kamlah	Kühn, Walter *
Hilbert *	Karpf *	Kuhlemann *
Hilgers	Dr. Kather *	Kuhn
Hillenkötter	Frau Katz	Kukielczynski
Dr. Hilpert *	Keil	Kuntscher *
Höcker *	Frau Keilhack *	Kunze *
Höfler *	Dr. Keller	Kuraner
Höft	Kemmer *	Kurlbaum *
Dr. Hoegner	Kemper *	Kwiencinski
Höhenberger	Kerber	<b>L</b>
Höhne *	Kern *	Dr. Laforet *
Dr. Höhnle	Dr. Kessler	Lampl
Dr. Dr. Höpker-Aschoff *	Keuning *	Landgrebe
Hoffmann, Johannes	Kiener	Landsberg
Dr. Hoffmann *	Kiesinger *	Lange *
Hofmann, Leopold	Kinat *	Langer *
Dr. Hofmeister	Frau Kipp-Kaule *	Frau Langner
Holla	Klabunde *	Lauenstein
Holweg	Frau Kleinbeckes	Lausen *
Dr. Holzapfel *	Dr. Kleindinst *	Layritz
Hoogen *	Kliewer	Leddin *
Hoppe *	Klinge *	Ledwohn
Dr. Horlacher *	Dr. Kneipp *	Lehmann
Dr. Horster	von Knoeringen *	Dr. Dr. Lehr *
Frau Dr. Hubert *	Knothe *	Leibfried *
Husch	Dr. Koch, Harald *	Leibbrand, Robert *
Huth *	Dr. Koch	Dr. Leibbrandt, Friedrich
<b>I</b>	Koch, Willi	Lensing
Frau Dr. Ilk	Dr. Köhler *	Lenz *
Imig *	Frau Kötting	Leonhard *
<b>J</b>	Kohl *	Dr. Leuchtgens *
Jacob	Kohlhoff	Frau Dr. Linden
Jacobi *	Dr. Kopf *	Dr. Linnert *
Jacobs *	Frau Korpeter *	Frau Lockmann
Jäckle	Krämer	Löbe *

Löfflad *	Meyer, Heinz *	Ollenhauer *
Loher	Meyer, Richard	Olson
Lohmann	Frau Meyer-Laule *	Onnen *
Lohmüller *	Dr. Middelhaue *	Dr. Orth *
Loibl *	Dr. Mießner *	Ortmann
Frau Loreck	Dr. Miller	Dr. Oswald
Loritz *	Missmahl *	Dr. Ott *
Lubke	Mittermeier	<b>P</b>
Dr. Luchtenberg	Moll	Pannebecker *
Ludwig, Adolf *	Dr. Mommer *	Parzinger *
Ludwig, Georg	Moosdorf	Paschek *
Lübke *	Morgenthaler *	Frau Pascher
Lücke *	Muckermann *	Passarge
Dr. Lueken	Dr. Mücke *	Paul, Ernst *
Dr. Lützens *	Mühlenberg *	Paul, Hugo *
Lutz, Hermann	Dr. Mühlenfeld *	Pehle, Fritz
Lutz, Josef	Müller, Emil	Pelster *
Lux, Anton	Müller, Hans	Dr. Person
<b>M</b>	Müller, Heinrich *	Pesch
Maag	Dr. Müller, Karl *	Peters, Georg *
Dr. Maas	Müller, Kurt *	Dr. Peters, Johannes
Maderer	Müller, Oskar *	Dr. Pfad
Maerkl	Müller, Theodor	Dr. Pfeiffer
Maier, Anton	Müller, Willy * DP	Pfender *
Maier, Fritz *	Müler, Willy SPD	Dr. Pfleiderer *
Majonica	<b>N</b>	Pflüger
Margulies *	Frau Nadig *	Philipp
Markscheffel	Nägel *	Pickl
Markwardt	Nagel	Pichler
Marx *	Neber *	Pittroff
Massoth *	Nellen *	Frau Pitz
Matthes *	Frau Nettebeck	Platte
Mattick	Dr. Neuburger *	Pösl
Matzner *	Neuenkirch	Pohle *
Mayer, Ernst *	Neumann *	Dr. Povel *
Mayer, Hugo *	Neumayer *	Precht
Mayerhofer *	Nickl *	Dr. Preiß *
Mayr	Niebergall *	Dr. Preusker *
Dr. Meerfeld	Dr. Nies	Priebe *
Mehs *	Nießwandt	Frau Dr. Probst *
Meitinger	Frau Niggemeyer *	Dr. Pünder *
Meitmann *	Dr. Dr. Noell von der	Putz
Mellies *	Nahmer *	Pytlik
Mende *	Dr. Nölting *	<b>R</b>
Frau Menne	Dr. Nowack, Wilhelm *	Dr. Raabe
Mensing *	Nowak, Friedrich *	Rademacher, Heinrich
Dr. Menzel *	Nuding *	Rademacher, Willi Max
Dr. von Merkatz *	<b>O</b>	*
Mertins *	Dr. Oellers *	Raestrup *
Meuser	Dr. Oesterle *	Frau Rahn
Meyer, Erich *	Ohlig *	Rahn, Wilhelm

---

Rath *	Dr. Schatz *	Dr. Schwering
Frau Rautenbach	Frau Schaub	Schwieger
Dr. von Rechenberg *	Scheler	Dr. Seebohm *
von Reden-Hastenbeck	Schick	Seeger
Frau Dr. Rehling *	Schiffer	Dr. Seelos *
Dr. Reif *	Schill *	Frau Sehlmeier
Reimann *	Schinle	Seifried
Reindl *	Schirpenbach	Frau Seitz
Dr. Reismann *	Dr. Schlange-	Frau Dr. Seibert
Reitzner *	Schoeningen *	Frau Seppi
Dr. Remele	Schleicher	Dr. Serres *
Renger	Schlick	Seuffert *
Renner *	Schloß	Dr. Severing
Revenstorff *	Schmehl	Sewald *
Ribbeheger *	Dr. Schmid, Carlo *	Siebel *
Dr. Richter, Franz *	Dr. Schmidt, Martin *	Dr. Siemer
Richter, Georg	Schmidt, Otto	Simmel
Richter, Willi *	Schmidt, Walter	Simpfendorfer
Riedmiller	Schmidt, Wilhelm *	Simstedt
Rieser	Schmitt, Joseph *	Dr. Solleder *
Rimmelspacher	Schmitt, Nikolaus	Sommerfeld
Ringel	Dr. Schmitt, Otto	Frau Spangenberg
Rippel	Schmitz, Hans *	Spies, August
Risch	Schmitz, Heinrich	Spies, Joseph *
Rische *	Schmücker *	Graf von Spreiti *
Risler	Schneider, Eugen	Stahl *
Ritzel *	Schneider, Heinrich	Stauch *
Röger	Schneider, Hermann	Stech *
Frau Rösch *	Dr. Schneider, Ludwig *	Steger, Alfred
Roesing	Schönauer *	Stegner, Arthur *
Dr. Ronge	Dr. Schöne *	Frau Stehle
Dr. Roser	Schönfelder	Frau Dr. Steinbiss *
Rost	Schoettler *	Steinfeldt
Roth *	Dr. Schreiber	Steinhörster *
Rothen	Schröder, Ewald	Stieler
Rüdiger *	Dr. Schröder, Gerhard *	Stierle *
Rümmele *	Frau Schroeder, Louise *	Stobbe
Ruhnke *	Schröter, Carl *	Stock
Runge *	Dr. Schüler	Stöcklein
Ruppert	Schüttler *	Stoffer
<b>S</b>	Schütz *	Stolte
Sabel *	Schuler *	Stopperich *
Sailer	Schulz, Kurt	Storch *
Salkowski	Schulze, Friedrich	Dr. Storm
Sander *	Schulze-Pellengahr *	Strauß *
Sassnick *	Dr. Schumacher *	Dr. Strickrodt
Dr. Schäfer, Hermann *	Schuster *	Striebeck *
Schäffer, Fritz *	Schwabrod	Striefler
Schaeven	Schwarzmann	Frau Strobel *
Frau Schanzenbach *	Schwebke	Struve *
Scharnberg *	Schwennicke	Stübinger

Stücklen \*  
Stump  
Dr. Suhr \*  
Susemihl  
Swolinsky  
**T**  
Tackmann  
Temmen \*  
Tenhagen \*  
Frau Teusch  
von Thadden \*  
Frau Thiele \*  
Thielke  
Thole  
Tichi \*  
Dr. Tillmanns \*  
Tobaben \*  
Töpfer  
Dr. Trischler \*  
Troppenz \*  
Trumpfheller  
**U**  
Dr. Uhrmacher  
**V**  
Dr. Veit \*  
Vesper \*  
Völker  
Dr. Vogel \*  
Vogelbein  
Volkholz \*  
Vomfelde  
Frau Voos  
Frau de Vries  
**W**  
Wacker \*  
Wackerzapp \*  
Dr. Waeldin  
Wagner, Albert  
Wagner, Friedrich-  
Wilhelm \*  
Frau Wagner  
Dr. Wahl \*  
Wallner \*  
Walter \*  
Wartner \*  
Wascher  
Frau Dr. Weber \*  
Dr. Weber, Karl \*  
Wehner \*  
Weickert \*  
Weinhold \*

Dr. Weiß \*  
Dr. Weißenseel  
Dr. Weitz  
Welke \*  
Dr. Wellhausen \*  
Weltner \*  
Dr. Wenzel \*  
Werner, Hugo  
Werner, Theodor  
Frau Wessel \*  
Wiedemeier  
Wieland  
Wild  
Wildermuth \*  
Wilke  
Winkelheide \*  
Dr. Winkler  
Winter  
Wirsching  
Wirthle  
Wirths \*  
Witte  
Wittenburg \*  
Wittighoff  
Wittmann \*  
Wittrock  
Wönner \*  
Wörz  
Wolf, Hans Coburg  
Wolf, Hans Lahr  
Wolters, August  
Dr. Würmeling \*  
Dr. Wutzlhofer  
**Z**  
Zängerle  
Dr. Zawadil \*  
Frau Zehner  
Dr. Ziegler, Franz \*  
Ziegler, Jakob  
Zietsch  
Dr. Zimmer, Alois  
Zimmer, Rudolf  
Zinn \*  
Zormaier  
Frau Zorwald  
Zühlke \*

**Zusammensetzung nach Parteien**

Parteien	Mitgl. d. Bundesvers. die Mitgl. des Bundestages sind	Mitgl. d. Bundesvers., die von den Volksver-tretungen der Länder gewählt wurden <sup>1)</sup>	Insgesamt
CDU/CSU	140 + (2) <sup>2)</sup>	140 + (2)	280 + (4)
(SPD)	131 + (5)	148 + (4)	279 + (9)
FDP	52 + (1)	35 + (2)	87 + (3)
DP	17	11	28
BP	17	17	34
Z	10	11	21
KPD	15	25	40
WAV	12	12	24
DRP	6	-	6
SSW	1	2	3
BDV	-	1	1
Unabhängige oder Fraktionslose	1	-	1
Insgesamt	402 <sup>3)</sup> + (8) = 410	402 <sup>3)</sup> + (8) = 410	804 <sup>3)</sup> + (16) = 820

<sup>1)</sup> Vgl. Artikel 54 Abs. 3 GG

<sup>2)</sup> Zahlen in Klammern: Mitglieder der Bundesversammlung aus Berlin

<sup>3)</sup> Die 8 Berliner Mitglieder des Bundestages u. die 8 Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses - insges. 16 - haben bei der 1. Bundesversammlung nicht mitgestimmt

Zusammengestellt nach Unterlagen des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages

**Zusammensetzung nach Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten**

Länder	Md L	SPD Nicht - MdL	insg .	Md L	CDU/GS U Nicht- MdL	insg .	Md L	FDP Nicht - MdL	insg .	Md L	BP Nicht - MdL	insg .	Md L	DP Nicht - MdL	insg .	Md L	KPD Nicht - MdL	insg .
Baden	3	-	3	3	4	7	1	1	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bayern	18	-	18	9	15	24	2	5	7	-	17	17	-	-	-	-	-	-
Berlin	4	-	4	2	-	2	2	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bremen	3	-	3	1	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hamburg	7	4	11	1	-	1	1	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hessen	15	1	16	11	-	11	5	-	5	-	-	-	-	-	-	1	3	4
Niedersach- sen	2	27	29	8	2	10	4	-	4	-	-	-	7	4	11	-	2	2
Nordrhein- Westfalen	12	20	32	12	36	48	2	4	6	-	-	-	-	-	-	7	7	14
Rheinland- Pfalz	5	4	9	12	-	12	1	1	2	-	-	-	-	-	-	2	-	2
Schleswig- Holstein	7	7	14	7	-	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Württ.- Baden	5	6	11	8	5	13	4	2	6	-	-	-	-	-	-	-	3	3
Württ.- Hohenzol- lern	2	-	2	5	1	6	2	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt:	83	69	152	79	63	142	24	13	37	-	17	17	7	4	11	10	15	25

Fortsetzung  
nächste Seite



-Fortsetzung-

Länder	Mdl	WAV Nicht- MdL	insg.	MdL	Zentrum Nicht- MdL	insg.	MdL	SSW Nicht- MdL	insg.	MdL	BDV Nicht- MdL	insg.	MdL	Insgesamt Nicht- MdL	insg.
Baden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7	5	12
Bayern	-	12	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	29	49	78
Berlin	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8*)	-	8*)
Bremen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1	5	-	5
Hamburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9	4	13
Hessen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	32	4	36
Niedersachsen	-	-	-	2	-	2	-	-	-	-	-	-	23	35	58
Nordrhein- Westfalen	-	-	-	2	7	9	-	-	-	-	-	-	35	74	109
Rheinland- Pfalz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20	5	25
Schleswig- Holstein	-	-	-	-	-	-	2	-	2	-	-	-	16	7	23
Württ.-Baden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	16	33
Württ.- Hohenzollern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9	1	10
Insgesamt:	-	12	12	4	7	11	2	-	2	1	-	1	210*)	200	410*)

\*) Die 8 Berliner Mitglieder u. die 8 Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses – insg. 16 – haben bei der 1. Bundesversammlung nicht mitgestimmt

Zusammengestellt nach Unterlagen des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages



## Stenographischer Bericht

1. Sitzung, Bonn, Montag, den 12. September 1949<sup>31)</sup>

Die Sitzung wird um 16 Uhr durch den Präsidenten Dr. Köhler eröffnet.

**Präsident Dr. Köhler:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die erste Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland zum Zwecke der Wahl des Bundespräsidenten.

Ich stelle fest, daß die Bundesversammlung gemäß § 25 Absatz 1 des Wahlgesetzes von den Herren Ministerpräsidenten ordnungsgemäß einberufen worden ist. Die Bundesversammlung wird gemäß § 25 Absatz 2 des Wahlgesetzes vom Präsidenten des Deutschen Bundestages geleitet. Zu Schriftführern habe ich die in der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages benannten — zunächst in alphabetischer Reihenfolge zwei — zu mir berufen.

Ich beginne nunmehr mit der **Konstituierung** durch den

### **Namensaufruf der Mitglieder der Bundesversammlung.**

Ich bitte die Herren Schriftführer, die Namen vorzulesen. Ich darf die Mitglieder des Hauses bitten, an Hand der vor ihnen liegenden Mitgliederliste die Verlesung zu verfolgen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren! Ich frage: Ist eins der anwesenden Mitglieder der Bundesversammlung nicht aufgerufen worden?

(Zuruf.)

— Ich bitte um Ihren Namen!

(Abg. Gog: Gog, G-o-g!)

— Das ist dann also ein Druckfehler in der Liste. Meldet sich sonst niemand? — Dann stelle ich fest, daß hiermit die erste Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland konstituiert ist.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 2 der Ihnen vorliegenden Tagesordnung:

### **Wahlvorschläge.**

Bevor ich um Wahlvorschläge bitte, darf ich mir erlauben, noch einmal auf die einschlägigen Bestimmungen des Grundgesetzes hinzuweisen. Ich verlese Artikel 54 Absatz 1:

Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat.

---

<sup>31)</sup> 1.-3. Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland. Stenographischer Bericht. Bonn 1959

Ich verlese weiter Absatz 6 des Artikels 54:

Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält. Wird diese Mehrheit in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

Ich bitte nunmehr um Wahlvorschläge. — Herr Abgeordneter Blücher!

**Blücher** (FDP): Ich schlage für die Wahl des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland den Abgeordneten Theodor Heuss vor.

**Präsident Dr. Köhler**: Werden weitere Vorschläge gemacht? — Herr Abgeordneter Ollenhauer, bitte!

**Ollenhauer** (SPD): Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion schlage ich als ersten Bundespräsidenten den Abgeordneten Dr. Kurt Schumacher vor.

**Präsident Dr. Köhler**: Werden weitere Vorschläge gemacht? — Bitte, Frau Wessel.

**Wessel** (Z): Namens der Zentrumsfraktion schlage ich für das Amt des Bundespräsidenten den Sozialminister von Nordrhein-Westfalen Dr. Amelunxen vor.

(Unruhe.)

**Präsident Dr. Köhler**: Werden noch weitere Vorschläge gemacht? — Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist, und erkläre damit die Abgabe der Wahlvorschläge für beendet.

Meine Damen und Herren, dann kommen wir zu Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Wahl des ersten Bundespräsidenten.**

Ich bitte die Mitglieder der Bundesversammlung, ihr Wahlrecht durch Abgabe der Stimmzettel auszuüben. Es sind drei Vorschläge gemacht worden: Dr. Heuss, Dr. Schumacher, Dr. Amelunxen. Ich bitte, die Stimmzettel gefaltet in die Umschläge zu stecken und darauf zu achten — auch diese Bemerkung gestatte ich mir zu machen —, daß sich nicht versehentlich ein zweiter, leerer Stimmzettel in dem Umschlag befindet. Es sind drei Urnen aufgestellt, eine Urne in der Mitte, eine Urne rechts und eine Urne links.

Während Sie die Stimmzettel ausfüllen, bestelle ich zur Entgegennahme der Stimmzettel für die drei Urnen die Abgeordnete Frau Albertz — ich bitte, der Einfachheit halber gleich die Urne zu meiner Linken zu übernehmen —, den Abgeordneten Dr. Zawadil für die Urne in der Mitte und den Abgeordneten Karpf für die Urne zu meiner Rechten. Ich bitte die genannten Abgeordneten, sich zur Entgegennahme der Stimmzettel an die Wahlurnen zu begeben. —

Die Mitglieder der Bundesversammlung haben die alphabetische Namensliste in den Händen. Ich bitte, bei der Aufrufung der Namen die Liste zu verfolgen und sich so rechtzeitig zu der Ihnen nächstgelegenen Urne zu begeben, daß die Stimmabgabe mit einem Minimum an Verzögerung vonstatten gehen kann. — Befinden sich an den drei Urnen die

Abgeordneten, die die Stimmzettel entgegennehmen müssen? Ich bitte, mir das zu bestätigen.

(Geschieht.)

Dann bitte ich, die Urnen zu öffnen, um festzustellen, daß sich nichts in ihnen befindet. — Haben Sie sich überzeugt? — Danke schön!

Die Wahlhandlung beginnt. Ich lasse aufrufen.

(Namensaufruf.)

Ich bitte doch die Damen und Herren, wenn sie aufgerufen werden, zur Bestätigung dessen, dass sie ihr Wahlrecht ausüben, noch einmal „Hier“ zu rufen.

(Der Namensaufruf wird fortgesetzt.)

Darf ich einen Moment unterbrechen und eine Bemerkung zur Geschäftsordnung machen. — So schmerzlich es für uns ist, dies festzustellen, der Ordnung halber muß ich es aber aussprechen, daß die Mitglieder der Bundesversammlung, soweit sie aus Berlin sind, bekanntlich nicht in der Lage sind, sich an der Abstimmung zu beteiligen.

Ich bitte fortzufahren.

(Der Namensaufruf wird fortgesetzt.)

Meine Damen und Herren, der Aufruf zur Abgabe der Stimmen ist beendet. Ich frage pflichtgemäß, ob jedes Mitglied der Bundesversammlung bei Abgabe seiner Stimme aufgerufen worden ist.

— Es meldet sich niemand. Dann erkläre ich die Wahlhandlung für geschlossen.

Wir kommen zur Auszählung. Ich bitte die Schriftführer, die die Urnen betreut haben, diese auf den Regierungstisch zu bringen und derart zu leeren, daß der Inhalt der drei Urnen einen gemeinsamen Haufen bildet. Zur weiteren Unterstützung der Auszählung berufe ich noch als Schriftführer den Abgeordneten Matthes. — Die Auszählung beginnt.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Meine Damen und Herren! Die Auszählung der abgegebenen Stimmen ist beendet. Ich kann Ihnen nunmehr das Ergebnis des Wahlganges verkünden. Abgegeben worden sind 803 Stimmen; davon waren zwei ungültig. Auf die einzelnen Kandidaten sind entfallen an Stimmen: auf Dr. Heuss 377, Dr. Schumacher 311, Dr. Amelunxen 28, Dr. Schlange-Schönigen 6, Arnold 1, Dr. Müller — ausdrücklich mit „CSU“ bezeichnet — 1, Loritz 1 Stimme.

(Heiterkeit.)

— Ich bitte, Kundgebungen zu unterlassen. Ferner wurden 76 Stimmenthaltungen gezählt.

Damit, meine Damen und Herren, ist eine Mehrheit für einen Kandidaten im ersten Wahlgang im Sinne des Artikels 54 Absatz 6 nicht erzielt. Nach der gleichen Bestimmung schreiten wir nunmehr zum *zweiten Wahlgang*. Wie beim ersten Wahlgang bitte ich um **Wahlvorschläge**.

Herr Abgeordneter Blücher, bitte.

**Blücher** (FDP): Ich schlage zur Wahl als ersten Bundespräsidenten den Abgeordneten Theodor Heuss vor.

**Präsident Dr. Köhler**: Werden weitere Vorschläge gemacht? — Herr Abgeordneter Ollenhauer!

**Ollenhauer** (SPD): Ich schlage für die Wahl des ersten Bundespräsidenten Herrn Abgeordneten Dr. Kurt Schumacher vor.

**Präsident Dr. Köhler**: Werden weitere Vorschläge gemacht? — Bitte, Frau Wessel.

**Wessel** (Z): Namens der Zentrumsfraktion schlage ich für das Amt des Bundespräsidenten den Sozialminister von Nordrhein-Westfalen Dr. Amelunxen vor.

(Unruhe.)

**Präsident Dr. Köhler**: Nachdem keine Wortmeldungen mehr erfolgen, darf ich wohl annehmen, daß weitere Vorschläge nicht gemacht werden, und erkläre daher die Abgabe von Wahlvorschlägen für beendet.

Wir schreiten nunmehr zum zweiten Wahlgang nach denselben Grundsätzen, die wir vorhin im ersten Wahlgang angewendet haben. Ich bitte, wiederum darauf zu achten, daß die Wahlzettel in die Wahlumschläge gelegt werden. Die Herren Schriftführer, die sich vorhin bereits zur Entgegennahme der Stimmzettel an den Wahlurnen befunden haben, bitte ich, liebenswürdigerweise Ihre Plätze wieder einzunehmen, und gleichzeitig bitte ich, in aller Form festzustellen, daß die Wahlurnen leer sind. — Ist das geschehen? — Danke.

Wir beginnen nunmehr mit dem Namensaufruf.

(Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren! Der Aufruf ist geschlossen. Ich frage: Ist jedes Mitglied der Bundesversammlung zur Stimmabgabe aufgerufen worden?

(Abg. Stücklen: Nein!)

— Bitte, geben Sie Ihre Stimme ab! —

Ich stelle fest, daß die Mitglieder der Bundesversammlung, soweit sie hier im Saal anwesend sind, keinen Widerspruch gegen meine Feststellung erheben, daß jedes Mitglied der Bundesversammlung zur Stimmabgabe aufgerufen worden ist. Ich erkläre damit die Wahlhandlung für geschlossen.

Ich bitte nunmehr die Damen und Herren, die die Wahlurnen betreut haben, wieder wie im ersten Wahlgang die Wahlurnen hier auf dem Tisch auszuschütten und das weitere Verfahren durchzuführen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Darf ich die Herren Abgeordneten Dr. Mießner und Pannebecker bitten, zur Ablösung der beiden Herren Schriftführer hier heraufkommen zu wollen.—

Meine Damen und Herren, ich bitte Platz zu nehmen. Das *Ergebnis des zweiten Wahlganges* für die Wahl des Bundespräsidenten ist das folgende. Es sind insgesamt 800 Stimmen abgegeben worden. Ich mache, ehe ich die einzelnen Ziffern bekanntgebe, darauf aufmerksam, daß irgendwelche Kundgebungen seitens der Besucher der Tribüne unzulässig sind. Auf die einzelnen Kandidaten sind an Stimmen entfallen: auf Dr. Heuss 416, Dr. Schumacher 312, Dr. Amelunxen 30, Dr. Schlange-Schöningen 2. Enthaltungen: 37, ungültig: 3 Stimmen.

Nach Artikel 54 Absatz 6 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 121 des Grundgesetzes beträgt die Mehrheit bei einer Gesamtzahl von 804 Mitgliedern der Bundesversammlung 403. Demnach ist die Mehrheit der Stimmen im Sinne der Vorschriften des Grundgesetzes auf Herrn Abgeordneten Dr. Theodor Heuss entfallen.

Herr Dr. Heuss, ich habe die Frage an Sie zu richten, ob Sie bereit sind, die danach auf Sie entfallene Wahl als Bundespräsident anzunehmen.

**Dr. Heuss:** Ja, ich nehme die Wahl an.

**Präsident Dr. Köhler:** Ich danke Ihnen. Ich stelle fest, meine Damen und Herren, daß Herr Dr. Theodor *Heuss* damit zum ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland *gewählt* worden ist und seine Wahl angenommen hat.

Herr Bundespräsident, ich beglückwünsche Sie im Namen der Bundesversammlung zu dieser Wahl.

Ich schließe nunmehr die erste Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland.

(Schluß der Sitzung: 19 Uhr 17 Minuten)

## **Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Prof. Dr. Heuss**

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 12. September 1949  
Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Prof. Dr. Heuss  
Deutscher Bundestag, 2. Sitzung, Bonn, Montag, den 12. September 1949<sup>32)</sup>)

Die Sitzung wird um 19 Uhr 18 Minuten durch den Präsidenten Dr. Köhler eröffnet.

**Präsident Dr. Köhler:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 2. Sitzung des Bundestags.

Nach unserer Tagesordnung haben wir nunmehr zur

### **Eidesleistung des Herrn Bundespräsidenten**

zu schreiten. Nach Artikel 56 des Grundgesetzes leistet der Herr Bundespräsident bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestags und des Bundesrats seinen Eid.

Ich stelle fest, daß auf Grund des Namensaufrufs die Mitglieder des Bundestags versammelt sind. Ich darf Sie, Herr Präsident des Bundesrats, fragen, ob im Sinne des Artikels 56 der Bundesrat versammelt ist.

**Arnold,** Präsident des Bundesrats: Der Bundesrat ist versammelt, Herr Präsident.

**Präsident Dr. Köhler:** Ich danke für diese Erklärung. Ich stelle damit fest, daß die Mitglieder des Bundestags und des Bundesrats versammelt sind.

Ich darf Sie nunmehr bitten, Herr Bundespräsident, sich zu mir heraufzubegeben.—

Ich lege das Original des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland auf diesen Tisch.

Herr Bundespräsident, ich darf Sie bitten, mir nun den Eid nachzusprechen, den ich mir erlauben werde Ihnen vorzusprechen:

Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

(Der Bundespräsident leistet diesen Eid.)

Meine Damen und Herren, der Herr Bundespräsident hat den Eid geleistet.

Ich darf Sie fragen, Herr Bundespräsident, ob Sie den Wunsch haben, an die Versammlung eine Ansprache zu richten.

---

<sup>32)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlper., Stenogr. Berichte. Bd. 1, S. 9-11

**Bundespräsident Dr. Heuss:** Ja, ich habe den Wunsch.

**Präsident Dr. Köhler:** Ich erteile dem Herrn Bundespräsidenten das Wort.

**Bundespräsident Dr. Heuss:** Verehrte Mitglieder des Bundestags, des Bundesrats und der Bundesversammlung! Niemand wird — so hoffe ich — mißdeuten, und mancher wird, denke ich, verstehen, wenn ich in dieser mich sehr bewegenden Stunde, die mein Leben verwandelt, zunächst sehr persönliche Dinge ausspreche und zweier Männer gedenke: meines früh verstorbenen **Vaters**, der in die Seelen seiner jungen Söhne die Legenden des Jahres 48 gegossen hat, die mit der Familiengeschichte verbunden sind, und der uns einen Begriff davon gab, daß die Worte Demokratie und Freiheit nicht bloße Worte, sondern lebengestaltende Werte sind; und **Friedrich Naumanns**, des Mannes, der das wachsende Leben gestaltet hat, ohne den ich nicht das wäre, was ich bin, dem ich das Wissen zumal verdanke, das als Erbe in mir geblieben ist, daß die Nation nur leben kann, wenn sie von der Liebe der Massen des Volkes getragen wird, von dem ich gelernt habe, daß die soziale Sicherung mit die Voraussetzung der politischen Sicherung ist. Er hat uns das Wort in die Seele geschrieben: „Das Bekenntnis zur Nationalität und zur Menschwerdung der Masse sind für uns nur die zwei Seiten einer und derselben Sache.“

Ich darf an dieser Stelle mit aller Gelassenheit aussprechen: dieses Amt wurde von mir nicht in einem unruhigen Ehrgeiz erstrebt. Es ist für mich mit persönlicher Resignation verbunden; denn manche Pläne wissenschaftlicher und literarischer Natur entfliehen mit ihm. Aber ich darf sagen, daß ich noch nie einer Aufgabe ausgewichen bin, wenn die Pflicht es verlangte. Ich möchte in der **Berufung in dieses Amt** die Deutung so sehen dürfen, daß sie eine Anerkennung darstellt für die **Mittleraufgabe**, die mir im Verlaufe des letzten Winters und Frühjahrs in Bonn zugewachsen war, als wir das Grundgesetz zu bilden hatten.

Noch ein persönliches Wort! In den Zeitungen habe ich in diesen letzten Tagen allerhand seltsame Dinge von mir lesen können — nette Sachen —, aber daß mir die „Ellbogenkraft“ fehle, die zum Politiker gehöre. Ich selber habe das Gefühl: von der Ellbogenpolitik haben wir reichlich genug gehabt. Ich betrachte es persönlich als einen Gewinn meines Lebens im öffentlichen Sein, daß ich, um die Worte von ehemals zu gebrauchen, auf der Rechten wie auf der Linken persönliche Freundschaften und Vertrauensverhältnisse besaß und heute besitze; das wird so bleiben. Es mag einer auch darin einen Mangel sehen; aber mir scheint, daß dieses Amt, in das ich gestellt bin, keine Ellbogenveranstaltung ist, sondern dass es den Sinn hat, über den Kämpfen, die kommen, die nötig sind, die ein Stück des politischen Lebens darstellen, nun als ausgleichende Kraft vorhanden zu sein.

Was ist denn das Amt des Präsidenten der Deutschen Bundesrepublik? Es ist bis jetzt ein Paragraphengespinnt gewesen. Es ist von dieser Stunde an ein Amt, das mit einem Menschentum gefüllt ist. Und die Frage ist nun, wie wir, wir alle zusammen, aus diesem Amt etwas wie eine Tradition, etwas wie eine Kraft schaffen, die Maß und Gewicht besitzen und im politischen Kräftespiel sich selber darstellen will.

Es ist nicht meine Aufgabe und kann nicht meine Vermessenheit sein, in dieser Stunde so etwas wie ein Regierungsprogramm Ihnen vorzutragen. Das ist nicht meines Amtes. Aber Sie haben einen Anspruch darauf, Auffassungen von mir kennenzulernen.

Wir sind eine **Bundesrepublik**. Und nun die Frage: Sind wir **zusammengefügt** aus Staaten oder sind wir **auseinandergliedert** in Staaten? Wenn man sich das plastisch vorstellt,

so spürt man gleich, daß hier zwei Geschichtsauffassungen, die gleichzeitig politisch aktuellen Charakter haben, nebeneinandertreten. Wir stehen in der dauernden Auseinandersetzung mit unserer Geschichte. In dem Bundestag kommt dies zum Ausdruck, daß das deutsche Volk in diesen letzten acht Jahrzehnten eine historische Rechtspersönlichkeit eigenen Ranges geworden ist und nicht bloß eine Addition von Landsmannschaften darstellt.

(Sehr richtig!)

Aber indem wir das sagen, bejahen wir doch die **Landsmannschaft**. Die Schwierigkeiten, die in dieser Frage stecken, sind jedem, der im öffentlichen Leben gewirkt hat, offenkundig genug. Nach dem ungeheuren Vorgang, in dem wir heute drinstehen, dieser furchtbaren Binnenwanderung von Millionen Heimatloser, die eine neue Heimat finden sollen, finden müssen, ist der Begriff der Landsmannschaft in mancher Wandlung mitbegriffen.

Aber die **Länder** als Staatsfiguren sind Elemente unseres staatlichen Lebens und hier die große Schwierigkeit: sie stehen in den Paragraphen gleichen Rechts und gleicher Art nebeneinander, aber sie haben eine verschiedene Geschichtsträchtigkeit, und an dieser Frage werden sich sehr große Schwierigkeiten entwickeln. Wir sind uns dieser Reibungen bewußt. Wir wissen dies: in Deutschland wird in den einzelnen Ländern nicht nur sprachlich, sondern auch politisch ein verschiedener Dialekt gesprochen. Das schadet nichts. Es ist nur zu wünschen, daß die, die diese verschiedenen Dialekte sprechen, der gemeinsamen Grundsprache sich je und je bewußt bleiben.

Wir hatten in den Verhandlungen über das Grundgesetz — und wir werden das hier wieder bekommen — die Problematik des Verhältnisses der einzelnen Länder zu dem Bund. Dazu ein persönliches Wort: wir wollen keinen **Zentralismus** in Deutschland haben. Wir haben die Lehre der Nationalsozialisten hinter uns, die uns gezeigt haben, wohin es führt, wenn der deutsche Mensch genormt werden soll. Wir wollen nicht den genormten Deutschen! Wir wollen dies so aussprechen: die Länder sollen ihr Eigenleben führen, aber nicht ihr Sonderleben, sondern im Verband des Gemeinen. Man möge das nicht falsch verstehen, wenn ich sie begreifen will als die hohen Entfaltungen — gleichviel wie die psychologisch-historischen Voraussetzungen sind — der **Selbstverwaltung**.

Man hat von den Deutschen oft geredet, daß sie ein „**unpolitisches Volk**“ seien. Das will ich jetzt nicht vertiefen, es geht ja durch unsere eigene Kritik hindurch. Aber dies möchte ich sagen dürfen: die Legende von dem unpolitischen Volk der Deutschen ist falsch, wenn wir etwas davon wissen, was die Selbstverwaltung in Deutschland, seitdem sie der Freiherr vom Stein geschaffen hat, aus diesem deutschen Volk in den konkreten Aufgaben gemacht hat. Und so begreife ich — wenn wir das Zentralistische, Befehlsmäßige ablehnen — die Gliederung, in der wir leben, als die großen Schulungsmöglichkeiten und als die Voraussetzungen zu dem, was ich eine **lebendige Demokratie** nennen möchte. Eine lebendige Demokratie!

Es, ist — davon ist neuerlich nicht viel zu sagen — das geschichtliche Leid der Deutschen, daß die Demokratie von ihnen nicht erkämpft wurde, sondern als letzte, als einzige Möglichkeit der Legitimierung eines Gesamtlebens kam, wenn der Staat in Katastrophen und Kriegen zusammengebrochen war. Dies ist die Last, in der der Beginn nach 1918, in der der Beginn heute mit uns steht, das Fertigwerden mit den Vergangenheiten. Diese Aufgabe war 1918 da. Damals dynastische Empfindungen, die weitergingen, von denen nicht gering zu sprechen ist; heute das Problem, vom Ausland stärker gesehen und



groß gemacht, wieweit die nahe Vergangenheit, die hinter uns liegt, noch seelisch zwischen uns vorhanden.

Es ist eine Gnade des Schicksals beim Einzelmenschen, daß er vergessen kann. Wie könnten wir als einzelne leben, wenn all das, was uns an Leid, Enttäuschungen und Trauer im Leben begegnet ist, uns immer gegenwärtig sein würde. Und auch für die Völker ist es eine Gnade, vergessen zu können. Aber meine Sorge ist, daß manche Leute in Deutschland mit dieser Gnade Mißbrauch treiben und zu rasch vergessen wollen. Wir müssen das im Spürgefühl behalten, was uns dorthin geführt hat, wo wir heute sind. Das soll kein Wort der Rachegefühle, des Hasses sein. Ich hoffe, daß wir dazu kommen werden, nun aus dieser Verwirrung der Seelen im Volk eine Einheit zu schaffen. Aber wir dürfen es uns nicht so leicht machen, nun das vergessen zu haben, was die Hitlerzeit uns gebracht hat.

Die Bundesrepublik Deutschland umfaßt nur einen Teil unseres Volkes. Ich darf von den Deutschen im Osten sprechen. Ich muss von **Berlin** sprechen. Mehr als die Hälfte meines Lebens — verzeihen Sie das persönliche Wort — habe ich in dieser Stadt gelebt. Ich habe jahrelang als Bezirks- und Stadtverordneter mit in ihr gewaltet. Es ist mir eine Herzenssache und nicht bloß rationale Überlegung, dies auszusprechen: Berlin ist heute an das Schicksal Westdeutschlands gebunden; aber das Schicksal von Gesamtdeutschland bleibt an Berlin gebunden. Dessen müssen wir uns bewußt bleiben.

Und dann das andere. Ich habe selber, als wir das Grundgesetz berieten, den Antrag gestellt, daß wir uns als „stellvertretend“ empfinden für die deutschen Brüder, die an dieser Aufgabe nicht mitwirken konnten. Wir wissen gut genug, daß das Herausarbeiten aus unserer Quasi-Souveränität, in der wir stecken, nicht bloß von uns geleistet wird, daß hier eine Weltproblematik vorliegt, daß wir in dem Mächteschicksal der anderen mit gebunden sind. Aber wir sprechen dies aus: Es ist mir in den politischen Erörterungen der vergangenen Jahre manchmal begegnet, daß man von dem Ackerboden, von den Kartoffelfeldern, von dem Kalorienvorrat sprach. Es ist ganz gut, wenn wir den anderen etwas davon erzählen, was es für die Ernährung Deutschlands bedeutet, daß diese Basis ent-rückt ist. Aber der **deutsche Osten** ist nicht bloß Getreideacker und Kartoffelfeld; er ist die **Heimat deutscher Menschen**. Dessen sollen wir uns in diesen Auseinandersetzungen im Innern wie nach außen hin immer bewußt bleiben. Seit die großen Wanderungen des späten Mittelalters zu Ende kamen und sich festigten, ist dort deutsches Land, das wir nicht vergessen können, weil es in unserem Geschichtsgefühl und in dem Wissen um das Schicksal von Millionen deutscher Menschen bleibt. Dessen sollen auch die anderen innewerden und innebleiben.

Der Bundesrat und der Bundestag werden vor schier unzählige **Aufgaben** gestellt sein: die Vereinheitlichung des Rechts, das in den Ländern und in den Zonen auseinanderge-laufen ist, die Fragen des Lastenausgleichs, Finanzprobleme, die Fragen des Wohnungsbaus, der Kriegsbeschädigten, der Kriegshinterbliebenen, die Sorge für die Vertriebenen, die Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft, ohne die wir nicht leben können. Die Frage aber ist die erste im Sinne des Rangs, nicht im Sinne des Morgen-damit-fertig-Werdens. Wann wird es möglich sein, die vornehmste Aufgabe hier mit zu lösen, daß wir die **staatliche Selbständigkeit** für unser Volk und unseren werdenden Staat zurückge-winnen?

Wir wissen, daß eine Gesamtwende der Fragestellungen gegenüber den historischen Vor-stellungen und Gegebenheiten von nationalstaatlicher Bindung im Werden ist und daß

die europäische Gesamtstaatlichkeit nun nicht mehr bloß Traum- oder Wunschbild von Idealisten oder Geschichtskonstrukteuren ist, sondern daß sie als realistische Aufgabe vor uns steht.

Deutschland braucht Europa, aber Europa braucht auch Deutschland. Wir wissen es im Geistigen: wir sind in der Hitlerzeit ärmer geworden, als uns die Macht des Staates von dem Leben der Völker absperrte. Aber wir wissen auch dies: die anderen würden ärmer werden ohne das, was Deutschland bedeutet. Wir stehen vor der großen Aufgabe, ein **neues Nationalgefühl** zu bilden. Eine sehr schwere erzieherische und erlebnismäßige Aufgabe, daß wir nicht versinken und steckenbleiben in dem Ressentiment, in das das Unglück des Staates viele gestürzt hat, und daß wir nicht ausweichen in hochfahrende Hybris, wie es ja nun bei den Deutschen oft genug der Fall war. Seltsames deutsches Volk, voll der größten Spannungen, wo das Subalterne neben dem genial spekulativ Schweifenden, das Spießerhafte neben der großen Romantik steht. Wir haben die Aufgabe im politischen Raum, uns zum Maß, zum Gemäßen zurückzufinden und in ihm unsere Würde neu zu bilden, die wir im Innern der Seele nie verloren.

Darf ich den Zufall der Zeit und des Ortes als Symbol nehmen, daß wir in diesem Jahre 1949 den 200. Geburtstag von **Goethe** begangen haben und daß wir hier in der Geburtsstadt von **Beethoven** weilen. Es steht uns nicht an, aus diesen beiden Namen, aus diesen beiden großen Erscheinungen etwas zu machen wie Reklameartikel und Propagandageschäfte. Es steht uns auch nicht an, wohlwollend auf ihre Schultern zu klopfen. Aber wir spüren dies: daß in diesen beiden Männern aus dem deutschen Mutterboden Weltwerte geworden sind, vor denen wir selber stolz und bescheiden stehen. Sie mögen uns in der Zerschlagenheit der Zeit Festigung und Trost bedeuten.

Verehrte Mitglieder des Bundestags, des Bundesrats und der Bundesversammlung! Im Bewußtsein meiner Verantwortung vor Gott trete ich dieses Amt an. Indem ich es übernehme, stelle ich dieses Amt und unsere gemeinsame Arbeit unter das Wort des Psalmisten: „**Gerechtigkeit erhöht ein Volk.**“

(Langanhaltender lebhafter Beifall.)

**Präsident Dr. Köhler** (dem Bundespräsidenten die Hand reichend): Möge Ihre Wahl dem deutschen Volke zum Segen und zum Wohle gereichen!

Wir werden nunmehr den Herrn Bundespräsidenten hinausleiten.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 19 Uhr 43 Minuten.)

<b>Übersicht</b>			
<b>Zusammensetzung nach Parteien</b>			
CDU/CSU	431	KPD	10

**6. 2. Bundesversammlung**  
17. Juli 1954

SPD	347	Hamburg-Block	9
FDP	112	SSW	1
GB/BHE	61	DRP	1
DP	15	fraktionslos	4
BP	15		
Z	12	insgesamt	1 018
<b>Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder<sup>1)</sup></b>			
Baden-Württemberg	68	Hessen	44
Bayern	91	Niedersachsen	65
Berlin	22	Nordrhein-Westfalen	141
Bremen	6	Rheinland-Pfalz	32
Hamburg	17	Schleswig-Holstein	23
<sup>1)</sup> Bekanntmachung der Bundesregierung vom 17. Mai 1954 (BGBl. I S. 125, Nr. 13 vom 18. Mai 1954)			
<b>Tagungsort und Tagesstätte:</b> Berlin, Ostpreußenhalle			
<b>Präsident der Bundesversammlung:</b> Bundestagspräsident Dr. Hermann Ehlers			
<b>Wahlergebnis</b>			
		1. Wahlgang	
Theodor Heuss (Vorschlag CDU/CSU)		871	
Alfred Weber <sup>2)</sup> (Vorschlag KPD)		12	
Sonstige		6	
Enthaltungen		95	
ungültig		3	
abgegebene Stimmen insgesamt		987	
<sup>2)</sup> Wahlvorschlag der KPD. Prof. Alfred Weber teilte mit, daß er die Kommunistische Fraktion in der Bundesversammlung weder aufgefordert noch ermächtigt habe, ihn als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten vorzuschlagen, und daß er sich entschieden gegen diesen Missbrauch seines Namens verwahre.			
<b>Gewählt:</b> Theodor Heuss im 1. Wahlgang mit 871 Stimmen <sup>3)</sup> – <b>Wiederwahl</b> –			
<sup>3)</sup> erforderliche Mehrheit: 510 Stimmen			
<b>Amtszeit:</b> 13. September 1954 bis 12. September 1959			

**Verzeichnis der Mitglieder****A**

Frau Ackermann \*<sup>33)</sup>  
 Dr. Adenauer \*  
 Albers (Jever)  
 Albers (Köln) \*  
 Frau Albertz \*  
 Albrecht (Leimen)  
 Frau Albrecht (Mittengewald) \*  
 Altenhain  
 Altmaier \*  
 Amberger  
 Angstmann  
 Frau Ansorge  
 Archimowitz  
 Arfsten  
 Arndgen \*  
 Dr. Arndt \*  
 Arnholz \*  
 Arnold  
 Dr. Atzenroth \*

**B**

Dr. Baade \*  
 Bach  
 Bachinger  
 Dr. Bachteler  
 Bär  
 Dr. Bärsch \*  
 Frau Baiert  
 Balogh  
 Bals \*  
 Balzer  
 Banse \*  
 Barche  
 Barlage \*  
 Frau Dr. Barowsky  
 Dr. Bartram \*  
 Dr. Bartunek  
 Bauer (Bendorf)  
 Bauer (Wasserburg) \*  
 Bauer (Wiesbaden)  
 Bauer (Würzburg) \*  
 Bauereisen \*  
 Bauerochse  
 Bauknecht \*

Baumann  
 Frau Baumbach  
 Baur (Augsburg) \*  
 Bausch \*  
 Bazille \*  
 Becker (Altena)  
 Becker (Bochum)  
 Becker (Hamburg) \*  
 Dr. Becker (Hersfeld) \*  
 Becker (Oberneisen)  
 Becker (Pirmasens) \*  
 Dr. Behn  
 Behrisch \*  
 Bender (Idar-Oberstein)  
 Bender (München) \*  
 Benecke  
 Frau Bennemann \*  
 Berberich (Gottersdorf)  
 Berberich (Würzburg)  
 Berendsen \*  
 Berger  
 Bergmann \*  
 Dr. Bergmeyer \*  
 Berlin \*  
 Frau Berthold  
 Besser  
 Beth  
 Bettgenhäuser \*  
 Bex  
 Frau Beyer (Frankfurt) \*  
 Bielmeier  
 Birkelbach \*  
 Fürst von Bismarck \*  
 Dr. Bitzer  
 Blachstein \*  
 Frau Blaeser  
 Blank (Dortmund) \*  
 Dr. Blank (Oberhausen) \*  
 Dr. Bleiß \*  
 Frau Dr. Bleyler (Freiburg) \*  
 Dr. h. c. Blücher \*  
 Bock \*  
 von Bodelschwingh \*  
 Dr. Boden  
 Böglar  
 Böhm (Düsseldorf) \*  
 Dr. Böhm (Frankfurt) \*

Dr. Böhm (Stuttgart)  
 Böllersen  
 Dr. Bogner  
 Bohnekamp  
 Bolbrinker  
 Bollwein  
 Dr. Borttscheller  
 Frau Boschulte  
 Brand (Remscheid) \*  
 Dr. Brandenburg (Pforzheim)  
 Brandenburg (Warburg)  
 Brandt (Berlin) \*  
 Frau Brauksiepe \*  
 Dr. von Brentano \*  
 Brese \*  
 Brockhagen  
 Brockmann (Rinkerode) \*  
 Frau Brodersen  
 Frau Dr. Brökelschen \*  
 Dr. Brönner \*  
 Brookmann (Kiel) \*  
 Brück \*  
 Brühl  
 Dr. Brühler \*  
 Bruschi  
 Bruse \*  
 Dr. Bucerius \*  
 Dr. Bucher \*  
 Dr. von Buchka \*  
 Budde  
 Frau Budow  
 Bührmann  
 Dr. Bürkel \*  
 Büttner  
 Burgemeister \*  
 Frau Buscham  
 Busen  
**C**  
 Caspers \*  
 Catta  
 Cillien \*  
 Claus  
 Clausen  
 Dr. Conring \*  
 Corterier \*  
 Dr. Czaja \*  
 Dr. Czermak \*

<sup>33)</sup> \*= Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages

**D**

Dannebom \*  
Dannemann \*  
Daum \*  
Dr. Dehler \*  
Deininger  
Dr. Deist \*  
Demmelmeier \*  
Dennhardt  
Deutz  
Dewald \*  
Dey  
Diederichs (Mühlheim)  
Diedrichsen (Altjelling-  
sdorf) \*  
Diekmann \*  
Diel (Burg Leyen)  
Diel (Horressen) \*  
Frau Dr. Diemer  
Diesbach  
Frau Dietz \*  
Distler  
Dr. Dittrich \*  
Frau Döhring \*  
Döllken  
Dr. Dohr (Lippstadt)  
Dr. Dohr (Trier)  
Dr. Dollinger \*  
Donderer  
Donhauser \*  
Drachsler  
Dr.-Ing. Drechsel \*  
Dreher  
Dr. Dresbach \*  
Dröscher  
Droll  
Drott  
Dür  
Dullenkopf

**E**  
Eberhard \*  
Ebert  
Frau Ebner  
Dr. Eckhardt \*  
Eckstein \*  
Egbring  
D. Dr. Ehlers \*  
Frau Ehlert  
Ehren \*  
Eickhoff \*  
Eilers

Dr. Elbrächter \*  
Eisner \*  
Frau Elze  
Engel (Straubing)  
Engelbrecht-Greve \*  
Engell (Hildesheim) \*  
Frau Engländer  
Eplée  
Erfen  
Dr. Dr. h. c. Erhard \*  
Erler \*  
Erny  
Erpenbeck  
Eschenbach  
Eschmann \*  
Etz  
Etzenbach \*  
Euler \*  
Dr. Even (Düsseldorf)  
Even (Köln) \*  
Ey

**F**  
Fähnrich  
Faller \*  
Fassbender \*  
Feldmann (Geseke) \*  
Feldmann (Schötmar)  
Feller \*  
Fiedler  
Gräfin Finckenstein \*  
Finckh (Süßen) \*  
Frau Finger  
Fink (Freyung)  
Frau Finselberger \*  
Fisch  
Fischer (Ansbach)  
Fischer (Augsburg)  
Fischer (Stuttgart)  
Fister  
Flattich  
Fleckenstein  
Flöl  
Frau Foshagen  
Franke (Hannover) \*  
Franke (Mainzlar)  
Dr. Franz \*  
Franzen \*  
Freese (Oldenburg)  
Frehsee (Hann. Münden)  
\*  
Freidhof \*

Frenken  
Frenzel \*  
Frey  
Friede  
Dr. Friedensburg \*  
Friese \*  
Frau Friese-Korn \*  
Frühwald \*  
Fuchs \*  
Funcke (Hagen)  
Funk (Neuses) \*  
Dr. Furier \*  
Furtwängler

**G**  
Gärtner (Aibling)  
Frau Gärtner (Frankfurt)  
Gailer  
Gailing  
Gallitz  
Frau Dr. Gantenberg  
Garvens  
Gaßmann  
Gaßner  
Gaul \*  
Gebhardt  
Gedat \*  
Gefeller \*  
Gegenwarth  
Gehring  
Gehrmann  
Geiger (Aalen) \*  
Geiger (München) \*  
Frau Geisendörfer \*  
Dr. Geislhöringer  
Geißler  
Gemein \*  
Gengler \*  
Gerhard  
Geritzmann \*  
Gerns \*  
D. Dr. Gerstenmaier \*  
Gewandt  
Gibbert \*  
Giencke \*  
Giesen  
Giesker  
Dr. Gille \*  
Gillmann  
Frau von Glasenapp  
Dr. Glasmeyer \*  
Gleichauf

Gleisner (Unna) *	Hasenfuß	Höhne (Eltmannshausen)
Dr. Gleissner (München)	von Hassel *	Höhne (Regensburg) *
*	Hauffe *	Dr. Höhnle
Glüsing *	Hauke	Höllerer
Gnaß	Dr. Haußmann	Hörauf *
Gockeln *	Hedergott	Dr. Hoffmann *
Göbel (Frankfurt)	Hegemann	Hohlwegler
Göbel (Hersfeld)	Heidbüchel	Holla *
Dr. Dr. Gönnenwein	Heide *	Holle
Görgner	Heiland *	Holsten
Dr. Götz *	Heinen	Holthus
Goldhagen *	Heinrich *	Homann
Gontrum *	Frau Heise *	Hoogen *
Gorski	Heißwolf	Hopmann
Dr. Graf (München) *	Heitkamp	Hoppe
Graff (Köln)	Heix *	Dr. Horlacher *
Grantze	Helf	Frau Horn (Darmstadt)
Dr. Greve *	Helle-Haeusler	Horn (Frankfurt) *
Griem *	Hellenbrock *	Huber
Griese	Frau Hellermann	Frau Dr. Hubert *
Gross	Hellmann	Hübner *
Dr. Großkopf	Hellwege *	Hufnagel *
Grosspeter	Dr. Hellwig *	Huth *
Grünekle	Helmers	<b>I</b>
Grünes	Dr. Graf Henckel *	Frau Dr. Ilk *
Dr. Gülich *	Hendker	Illerhaus *
Frau Günther (Hamburg)	Dr. Henn *	Imbiel
Günther (Hückeswagen)	Dr. Henningsen	<b>J</b>
Günther (Köln) *	Hepp *	Jacobi (Köln) *
Gumrum *	Herbert	Frau Jacobi (Marl)
<b>H</b>	Frau Herchenröder	Jacobs *
Dr. Haas (Schwandorf)	Herder	Dr. Jaeger *
Dr. Haas (Villingen)	Hergenröder	Jahn (Frankfurt) *
Haasler *	Frau Herklotz	Jahn (Stuttgart) *
Dr. Habighorst	Dr. Hermann	Jahn (Würzburg)
Häussler *	Hermsdorf *	Jaksch *
Hagedorn	Herold *	Jansen
Hagen	Hertel	Dr. Jentzsch *
Hahn *	Dr. Hertz	Frau Dr. Jochmus *
Dr. Hahne	von Herwarth-Bittenfeld	Josten *
Dr. Haindl	Dr. Hesberg *	<b>K</b>
Hamacher	Heuer	Kahn *
Dr. Hammer *	Heye *	Kahn-Ackermann *
Hansen (Kiel)	Hilbert (Untereggingen)	Kaifer
Hansen (Köln) *	*	Kaiser (Königswinter) *
Hansing (Bremen) *	Dr. Hildenbrand	Kalbfell
Harbrecht	Dr. Hilpert (Säckingen)	Kalbitzer *
Harnischfeger *	Höcherl *	Kalinowski
Hartmann (Daun)	Dr. Hock *	Dr. Kaltenpoth
Frau Hartmann (Köln)	Höcker *	Kaltenthaler
Hartmann (München)	Höfler *	

---

Dr. Kanka	Koops *	Lehmann (Marl)
Karpf *	Dr. Kopf *	Leibfried *
Frau Karpinski	Korbach	Dr. Leiske *
Dr. Kather *	Frau Korpeter *	Lekve
Dr. Kaufhold	Korte	Dr. Lemaitre
Kaum	Kortmann *	Lemmer *
Frau Kayser (Cuxhaven)	Kotschenreuther	Lenz (Brühl) *
Keil	Kowalski	Dr. Lenz (Godesberg) *
Frau Keilhack *	Kraft *	Lenz (Trossingen) *
Dr. Keller *	Kramel *	Lenze (Attendorn) *
Kemmer (Bamberg) *	Krammig *	Leonhard *
Kemper (Gelsenkirchen)	Kranz	Lerch
Kemper (Trier) *	Frau Krappe	Lermer *
Dr. Kessler	Kreiterling	Leser
Frau Kettig *	Kressmann	Leukert *
Keuning *	Dr. Kreyssig *	Dr. Leverkuehn *
Kiesinger *	Kriedemann *	Lichtenberg
Dr. Kihn (Würzburg) *	Kroll *	Dr. Lichtenberger
Kinat *	Dr. Krone *	Lied
Frau Kipp-Kaule *	Frau Kruchen	Dr. Lindenberg *
Kirchhoff *	Krüger	Dr. Lindrath *
Klammt	Krug	Lingk
Klausner *	Frau Dr. Kuchtner *	Linneweh
Dr. Kleindinst *	Kühlthau *	Lipp
Kleinknecht	Kühn (Bonn) *	Lipschitz
Frau Kletke	Kühn (Karlsruhe)	Frau Lockmann *
Dr. Kliesing *	Frau Kühn (Köln)	Löbe
Klingelhöfer *	Kühn (Köln) *	Löffler
Dr. Klings	Kuhn (Lörrach)	Dr. Löhr *
Klingspor	Kuhn (Mannheim)	Dr. Loeprecht
Klinkner	Frau Kuhnert	Dr. Dr. h. c. Prinz zu
Dr. Klötzer *	Kuhngamberger	Löwenstein *
Klotz	Kuntscher *	Lorenz
Knäpper	Kunz (Schwalbach) *	Lotter
Knapp *	Kunze (Bethel) *	Dr. Luchtenberg
Knobloch *	Kurlbaum *	Luda
Köcher	Kutschera *	Ludwig *
Köhler (Donauwörth)	<b>L</b>	Dr. h. c. Lübke *
Dr. Köhler (Wiesbaden)	Dr. Lacherbauer	Lücke *
*	Ladebeck *	Lücker (München) *
Könen (Düsseldorf) *	Lahr *	Frau Dr. Dr. h. c. Lüders
Koenen (Lippstadt)	Landsberg	*
König (Kempfeld)	Lang (München) *	Frau Lüthje
Dr. König (Pforzheim)	Lange (Essen) *	Dr. Lütkens *
Dr. Königswarter *	Langeheine	Lulay *
Körner *	Lausen	<b>M</b>
Dr. Kohler	Dr. Leber	Dr. Maas
Kohlmeier	Lechner	Maier (Freiburg) *
Dr. Kohz	Ledwohn	Maier (Herzogenaurach)
Dr. h. c. Kolb	Lehmann (Aschaffenburg)	Maier (Mannheim) *
Konrad		Dr. Maier (Stuttgart) *



Majonica *	Miller *	Oetzel *
Mann	Dr. Mocker *	Ohlig *
von Manteuffel (Neuß) *	Dr. Moerchel *	Ollenhauer *
Dr. Baron Manteuffel-	Dr.-Ing. E. h. Möller	Onnen *
Szoege *	(Karlsruhe)	Op den Orth *
Margulies *	Möller (Meerdorf)	Dr. Orth *
Markscheffel	Mohr	Otto
Marx *	Moll *	<b>P</b>
Massoth *	Molter	Paul (Obereßlingen) *
Matthes (Mainz)	Dr. Mommer *	Paul (Tente)
Matthes (Walsrode) *	Morgenthaler *	Pehle
Mattick *	Muckermann *	Pelster *
Matzner *	Mühlenberg *	Pens
Mauch (Stuttgart)	Dr. Dr. h. c. Müller	Peter (Godesberg)
Maucher *	(Bonn)	Peter (Paderborn)
Mauk (Lauffen) *	Müller (Erbendorf) *	Peters (Norden) *
Maul	Müller (Nauheim)	Petersen *
Mauschewsky	Müller (Nordenham)	Frau Pfeifer
Frau Dr. Maxsein *	Müller (Osterode)	Dr. h. c. Pferdenges *
Mayer (Birkenfeld) *	Müller (Ravensburg)	Dr. Pfleiderer *
Mayr (Göppingen)	Müller (Soest)	Pickel
Frau van Megern	Müller (Wehdel) *	Frau Pitz *
Meinicke (Oberhausen)	Müller (Worms) *	Platner *
Dr. Meinicke-Pusch	Müller-Hermann *	Plös
Meitmann *	Müser *	Pöhler *
Meiwes	<b>N</b>	Dr. Pohle (Düsseldorf) *
Mellies *	Frau Nadig *	Pohle (Eckernförde) *
Dr. Mende *	Naegel *	Post
Mengelkamp	Naumann	Dr. Pracher
Menke *	Dr. Neddenriep	Frau Praetorius *
Mensing *	Dr. Neinhaus	Prechtl
Dr. Menzel *	Nellen *	Dr. Preiß *
Dr. von Merkatz *	Nemitz	Dr. Preller *
Merten *	Nerlinger	Dr. Preusker *
Metter	Neubauer *	Priebe *
Metzger *	Neuburger *	Frau Dr. Probst *
Meyer (Berlin)	Neumann *	Dr. Dr. h. c. Pünder *
Frau Meyer (Dortmund)	Dr. Neumann-Wedekindt	Puls
*	Neumayer *	Pusch *
Meyer (Goslar)	Niederalt *	Putzig *
Meyer (Oldenburg)	Nieter	<b>R</b>
Meyer (Oppertshofen) *	Frau Niggemeyer *	Dr. Raabe
Meyer (Schwelm)	Nitsche	Rack
Meyer (Wanne-Eikel) *	Dr. Nittner	Rademacher *
Frau Meyer-Laule *	Noll	Radke
Meyer-Ronnenberg *	Noß	Raestrup *
Frau Dr. Meyer-	<b>O</b>	Frau Raiser
Spreckels	Dr. Dr. Oberländer *	Rasch *
Dr. Middelhaue *	Obersteller	Raskop
Miebach	Odenthal *	Rasner *
Dr. Miessner *	Dr. Oesterle *	Regling *

Frau Dr. Rehling *	Dr. Schäfer (Hamburg) *	Dr. Dr. Schreiber (Berlin)
Rehs *	Schäfer (Nürnberg)	Schreiber (Dornap)
Reichl	Schäffer (München) *	Dr. Schreiber (Köln)
Reichling	Frau Schanzenbach *	Frau Schroeder (Berlin)
Dr. Reichstein *	Scharnberg *	*
Dr. Reif *	Scheel *	Dr. Schröder (Düsseldorf) *
Reimann	Dr. Schellenberg *	Dr. h. c. Schröder (Wiesbaden)
Reinköster	Schellin	Schroer
Reitz *	Scheppmann *	Schröter (Wilmersdorf) *
Reitzner *	Scheuren *	Dr.-Ing. E. h. Schubert
Frau Renger *	Schieler	*
Renner	Dr. Schiffers	Schüler
Frau Reventlow	Dr. Schild (Düsseldorf) *	Schütte
Richarts *	Schill (Freiburg) *	Schüttler *
Richter *	Schlensker	Schütz *
Riedel	Schlick *	Schuhmann
Freiherr Riederer von	Schlingmann	Schuler *
Paar *	Schloß *	Schulz (Überlingen)
Rieper	Schlotfeld	Dr. Schulz (Zwischen- nahn)
Dr. Rinke *	Schlüter	Schulze-Pellengahr *
Rische	Schmeck	Frau Schumacher (Glad- beck)
Ritzel *	Schmid (Calw)	Schumacher (Kiel)
Rockrohr	Dr. Schmid (Tübingen) *	Schuster
Röhl	Schmidt (Burbach)	Schwann *
Frau Rösch *	Dr. Schmidt (Gellersen)	Schwarz *
Rösing *	*	Frau Dr. Schwarzhaupt *
Frau Röskau	Schmidt (Giesenhausen)	Schwenicke
Dr. Rohloff	Schmidt (Hamburg) *	Dr.-Ing. Seebohm *
von Rohr	Schmidt (Norden)	Seeger
Dr. Ronge	Schmidt-Wittmack *	Dr. Seffrin *
Roth	Schmitt (Vockenhausen)	Seiboth *
Frau Rothemund	*	Seidel (Bremerhaven)
Frau Rotter	Schmitz (Köln)	Seidel (Fürth) *
Frau Rudoll *	Schmude	Seidl (Dorfen) *
Rümmele *	Schmücker *	Seither *
Rueß	Schneider (Bremerha- ven) *	Senhold
Ruf *	Frau Schneider (Essen)	Frau Seppi
Ruhnke *	Schneider (Hamburg) *	Dr. Serres *
Runge *	Dr. Schneider (Lollar) *	Frau Servaes
Rupprecht	Schneider (Rinteln)	Seuffert *
<b>S</b>	Schneider (Weilburg)	Siebel *
Saam	Schneider (Wiesbaden)	Sieber
Sabaß *	Dr. Schöne *	Dr. Siemer *
Sabel *	Schönfelder (Hamburg)	Simmel
Sack	Schönfelder (Wolters- dorf)	Dr. Simon
Sackmann	Schoettle *	Simpfendorfer
Saffran	Schrader *	Solke *
Samwer *	Schramm	
Sassnick *	Dr. Schranz *	
Scarabis		
Schabrod		

Dr. Sornik *	Sudheimer	Frau Dr. h. c. Weber (Aachen) *
Sperber	Dr. Suhr	Weber (Berlin)
Spies (Brücken) *	Sußmann	Weber (Hannover)
Spies (Emmenhausen) *	Swolinsky	Dr. Weber (Koblenz) *
Spörl *	<b>T</b>	Weber (Würzburg)
Graf von Spreti *	Temmen	Weberpals
Srock *	Tenhagen *	Wehking *
Stahl *	Teriete *	Wehner *
Dr. Stammberger *	Theis	Wehr *
Dr. Starke *	Thelen	Wehren
Stauch *	Frau Thiele	Weigl
Frau Staudinger (Hamburg)	Thieme *	Frau Weiler
Dr. Staudinger (Weißenburg)	Thomas	Weinhuber
Steeger	Thome	Weiß (Hofheim)
Steffan	Dr. Tillmanns *	Dr. Weiß (Kissingen)
Stegner *	Timmer	Welke *
Frau Stehle	Tollmann	Dr. Wellhausen *
Stein	Traub *	Dr. Welskop *
Steinberg	Tretter	Frau Welter (Aachen) *
Frau Dr. Steinbiß *	Trittelvitz *	Weltner (Rinteln) *
Steinfeldt	<b>U</b>	Wendt (Hamburg)
Steinhart	Ulrich	Wendt (Heiligenkirchen)
Steinhausen	Unertl *	Wenke
Steinhoff	<b>V</b>	von der Wense
Dr. Steinmetz	Varelmann *	Dr. Dr. Wenzel *
Stendel	Dr. E. h. Veit *	Dr. Werber *
Stierle *	Frau Vietje *	Weyer senior
Stiller *	Dr. Vietzen	Weyer junior *
Stingl *	Vitt	Frau Widmann
Stobbe	Vittinghoff	Wiedeck *
Stöhr	Dr. Vogel *	Frau Wieland (Heessen)
Frau Stommel	Vogt (Aschaffenburg)	Wienand (Schladern) *
Stooß	Vogt (Pfullendorf)	Wieninger *
Storch *	Volkemer	Wiesmann
Dr. Storm *	Volmert	Dr. Will *
Sträter *	Dr. h. c. Vomfelde	Dr. Willeke *
Straßer	Vortisch	Wilms
Strauß *	Voß *	Winkelheide *
Strobel (Memmingen)	Voßhenrich	Winter *
Frau Strobel (Nürnberg)	<b>w</b>	Winterstein
*	Wacher (Hof) *	Wintzen
Strodt	Wacker (Buchen) *	Wirths *
Strömer	Wagner (Deggenau) *	Witte
Strohmayer	Wagner (Ludwigshafen)	Wittenburg *
Dr. Strosche *	*	Wittmann (Schirnbrunn)
Struve *	Dr. Wahl *	*
Dr. Stuckel	Walter (Hamburg) *	Wittmann (Sulzbach)
Stücklen *	Dr. Walters (München)	Wittrock (Kassel)
Stümer *	Walz *	Wittrock (Wiesbaden) *
	Frau Dr. Wasmuht	Dr. Wlaschek

Wöll

Wohlleben

Dr. Wolf (Maikammer)

Wolf (Stuttgart) \*

Frau Ida Wolff

Frau Jeanette Wolff \*

Wolgast

Wolters

Dr. Wuermeling \*

Wulfert

Wullenhaupt \*

**Z**

Baron von Zanthier

Ziegler \*

Dr. Zimmermann \*

Zinnkann

Zühlke \*

**Zusammensetzung nach Parteien**

Parteien	Mitgl. d. Bundesvers., die Mitgl. des Bundestages sind	Mitgl. d. Bundesvers., die von den Volksvertretungen der Länder gewählt wurden*)	Insgesamt
CDU/CSU	250	181	431
SPD	162	185	347
FDP	52	60	112
DP	15	-	15
GB/BHE	28	33	61
BP	-	15	15
Z	-	12	12
KPD	-	10	10
DRP	-	1	1
SSW	-	1	1
Hamburg-Block	-	9	9
Unabhängige oder Fraktions- lose	2	2	4
insgesamt:	509	509	1 018

\*) Vgl. Artikel 54 Abs. 3 GG

**Zusammensetzung nach Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten**

Länder	SPD			CDU/CSU			FDP			GB/BHE			BP			KPD		
	Md L	Nicht -MdL	insg .	Md L	Nicht -MdL	insg .	Md L	Nicht -MdL	insg .	Md L	Nicht -MdL	insg .	Md L	Nicht -MdL	insg .	Md L	Nicht -MdL	insg .
Baden- Württemberg	10	12	22	14	14	28	10	3	13	3	-	3	-	-	-	1	1	2
Bayern	1	24	25	2	34	36	-	4	4	4	7	11	14	1	15	-	-	-
Berlin	9	2	11	4	2	6	5	-	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bremen	3	-	3	1	-	1	1	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hamburg	5	3	8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hessen	14	13	27	6	-	6	3	4	7	2	2	4	-	-	-	-	-	-
Niedersach- sen	-	26	26	-	-	-	6	-	6	5	5	10	-	-	-	-	-	-
Nordrhein- Westfalen	16	28	44	15	47	62	1	16	17	-	-	-	-	-	-	-	8	8
Rheinland- Pfalz	9	3	12	14	-	14	4	2	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schleswig- Holstein	2	5	7	4	5	9	1	-	1	-	5	5	-	-	-	-	-	-
Insgesamt:	69	116	185	60	102	162	31	29	60	14	19	33	14	1	15	1	9	10

Fortsetzung  
nächste Seite

– Fortsetzung –

Länder	DP			Niedersächs. Union			Hamburg-Block			Sonstige <sup>1)</sup>			Insgesamt		
	MdL	Nicht-MdL	insg.	MdL	Nicht-MdL	insg.	MdL	Nicht-MdL	insg.	MdL	Nicht-MdL	insg.	MdL	Nicht-MdL	insg.
Baden-Württemberg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	38	30	68
Bayern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	21	70	91
Berlin	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18	4	22
Bremen	-	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	1	6
Hamburg	-	-	-	-	-	-	9	-	9	-	-	-	14	3	17
Hessen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25	19	44
Niedersachsen	-	-	-	8	10	18	-	-	-	5	-	5	24	41	65
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	9	10	33	108	141
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27	5	32
Schleswig-Holstein	-	-	-	-	-	-	2	-	2	-	1	1	7	16	23
Insgesamt:	-	1	1	8	10	18	11	-	11	6	10	16	212	297	509

1) Zentrum, SSW, DPR, parteilos

Zusammengestellt nach Unterlagen des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages

**Stenographischer Bericht**

Berlin, Sonnabend, den 17. Juli 1954<sup>34)</sup>

Die Sitzung wird um 15 Uhr 5 Minuten durch den Präsidenten D. Dr. Ehlers eröffnet.

**Präsident D. Dr. Ehlers:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 2. Deutsche Bundesversammlung. Ich heiße alle Mitglieder, die Mitglieder des Bundestages und die von den Landtagen der deutschen Länder gewählten Wahlmänner, herzlich willkommen. Ich begrüße alle Gäste aus dem In- und Ausland, die zu unserer Freude an dieser Bundesversammlung teilnehmen.

Ich glaube Ihrer gemeinsamen Überzeugung Ausdruck zu geben, wenn ich sage, daß wir uns freuen, die 2. Deutsche Bundesversammlung in *Berlin* abhalten zu können.

(Allgemeiner Beifall.)

Wir haben von der Berliner Bevölkerung viele Zeichen der Freundlichkeit und des Dankes dafür empfangen, daß wir hierher nach Berlin gekommen sind. Das bewegt uns tief, und ich darf in Ihrer aller Namen unseren Dank dafür aussprechen.

(Erneuter Beifall.)

Aufgabe der 2. Deutschen Bundesversammlung ist die Wahl des Bundespräsidenten.

Bevor wir zur Wahl schreiten, haben wir einige geschäftsordnungsmäßige Notwendigkeiten zu erfüllen.

Meine Damen und Herren! Die Bundesversammlung hat keine eigene **Geschäftsordnung**. Ich bitte Sie, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zugleich als Geschäftsordnung der Deutschen Bundesversammlung gilt und sinngemäß Anwendung findet. — Ich höre keinen Widerspruch und darf feststellen, dass dieser mein Vorschlag von der Bundesversammlung gebilligt wird. Wir bedienen uns also der Geschäftsordnung des Bundestages als unserer Geschäftsordnung.

Nach dieser Geschäftsordnung hat die Bundesversammlung die **Schriftführer** der Bundesversammlung zu wählen. Ich mache Ihnen den Vorschlag, daß in dieser Sitzung der Bundesversammlung folgende Mitglieder als Schriftführer ihr Amt ausüben: Frau Albertz, Frau Albrecht, Berlin, Burgemeister, Dr. Czermak, Frau Geisendorfer, Giencke, Huth, Josten, Karpf, Lange (Essen), Massoth, Matthes, Matzner, Frau Meyer (Dortmund), Frau Rösch, Scheel, Siebel Tenhagen, Wullenhaupt.

Ich frage die Bundesversammlung, ob sie damit einverstanden ist, daß die Abgeordneten und Wahlmänner, deren Namen ich soeben verlesen habe, heute als Schriftführer fungieren. — Ich höre keinen Widerspruch; die Bundesversammlung ist damit einverstanden.

Ich darf bitten, daß folgende Schriftführer zu meiner Rechten Platz nehmen: die Abgeordneten Huth, Siebel und Matthes; zu meiner Linken: die Abgeordneten Matzner, Dr. Czermak und Scheel. —

---

<sup>34)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlper., Stenogr. Berichte. Bd. 21, S. 1 - 9



Meine Damen und Herren! Die Bundesversammlung zählt 1018 Mitglieder. Aus triftigen Gründen haben sich **entschuldigt**, nehmen also nicht an der Bundesversammlung teil folgende Wahlmänner, zum Teil Mitglieder des Deutschen Bundestages, zum Teil von den Landtagen gewählte Wahlmänner: Dr. Becker (Hersfeld), Dr. Bürkel, Diederichs (Mühheim), Geritzmann, Gibbert, Hahn, Jansen, Jahn (Frankfurt), Dr. Keller, Kemper (Trier), Dr. Kleindinst, Dr. Köhler (Wiesbaden), Kunze (Bethel), Ladebeck, Leser, Dr. Leverkuehn, Dr. Maier (Stuttgart), Dr. von Merkatz, Muckermann, Dr. Dr. h. c. Müller (Bonn), Dr. h. c. Pferdenges, Frau Pitz, Rehs, Dr. Rinke, Schäffer (München), Frau Dr. Schwarzhaupt, Dr. Vogel, von der Wense, Winkelheide. — Ich höre soeben, daß der Wahlmann Winkelheide anwesend ist, der Wahlmann von der Wense ebenfalls. Daß die Unvollkommenheit solcher Mitteilungen auch hier einmal deutlich wird, empfinden wir nur als Hinweis darauf, daß hier nichts gestellt ist.

(Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.)

Außerdem fehlen noch die Mitglieder Dr. Greve und Lenz (Brühl).

Ferner hat der Abgeordnete Dr. Miessner mitgeteilt, daß er wegen Maschinenschadens einer nach Berlin fliegenden Maschine, in der sich mehrere Mitglieder der Bundesversammlung und auch des Bundesrates befinden, erst verspätet in Berlin eintreffen kann.

Meine Damen und Herren! Angesichts der Zahl der anwesenden Mitglieder der Bundesversammlung besteht kein Zweifel daran, dass die **Bundesversammlung beschlußfähig** ist. Ich stelle das ausdrücklich fest.

Jeder von Ihnen hat ein **Verzeichnis der Mitglieder der Bundesversammlung** zur Hand. Ich darf Sie bitten, sich der Mühe zu unterziehen und festzustellen, ob Ihr Name in diesem Verzeichnis, das wir nachher dem Namensaufruf bei der Abstimmung zugrunde legen, enthalten ist. Ich frage: Sind Wahlmänner anwesend, deren Namen in diesem Verzeichnis nicht enthalten sind? — Das ist offenbar nicht der Fall. Ich stelle also fest, daß das Ihnen vorliegende Verzeichnis die Gesamtheit der Mitglieder der Bundesversammlung umfaßt.

Meine Damen und Herren! Gegenstand der heutigen 2. Bundesversammlung ist die

### **Wahl des Bundespräsidenten.**

Ich fordere Sie auf, Vorschläge zur Wahl des Bundespräsidenten zu machen. — Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. von Brentano.

**Dr. von Brentano** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir schlagen der Bundesversammlung vor, den amtierenden Präsidenten der Bundesrepublik Professor **Dr. Theodor Heuss** auf weitere fünf Jahre zum Bundespräsidenten zu wählen.

(Allgemeiner Beifall. — Abg. Reimann: Herr Präsident!)

**Präsident D. Dr. Ehlers:** Das Wort hat das Mitglied der Bundesversammlung Herr Reimann.

(Lachen und Unruhe.)

**Reimann** (KPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus höchster Verantwortung für den Frieden in Europa, für die Herbeiführung der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit

(lebhafter Widerspruch — wachsende Unruhe)

und der Sicherung des Friedens in Europa erkläre ich namens der kommunistischen Abgeordneten der 2. Bundesversammlung:

(Erneuter starker Widerspruch.)

Wir betrachten die Wiederwahl von Professor Heuss als ein Unglück für das deutsche Volk.

(Glocke des Präsidenten.— Abg. Reimann versucht weiterzusprechen.)

**Präsident D. Dr. Ehlers:** Im Augenblick spreche ich, Herr Abgeordneter Reimann.

(Lebhafte Zustimmung. — Abg. Reimann versucht weiterzusprechen; seine Worte gehen in der großen Unruhe unter.)

— Herr Abgeordneter Reimann, ich rufe Sie zur Ordnung.

(Abg. Reimann spricht weiter.)

— Herr Abgeordneter Reimann, ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung! Ich entziehe Ihnen das Wort. Verlassen Sie das Rednerpult!

(Erneute lebhafte Zustimmung. — Abg. Reimann übergibt dem Präsidenten das Manuskript seiner Rede.)

Meine Damen und Herren! Denen, die mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vertraut sind, ist bekannt, daß der Bundespräsident ohne Aussprache gewählt wird. Das beinhaltet, daß weder vor noch nach den Wahlvorschlägen Ausführungen und Aussprachen stattzufinden haben.

Ich entnehme dem schriftlichen Wahlvorschlag, den Herr Reimann mir übergeben hat, daß die kommunistischen Mitglieder der Bundesversammlung vorschlagen, zum Bundespräsidenten zu wählen Professor **Dr. Alfred Weber** (Heidelberg).

(Lachen und lebhafte Zurufe.)

Meine Damen und Herren! Sie haben die Vorschläge gehört. Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Wir haben jedem Mitglied der Bundesversammlung einen **amtlichen Stimmzettel** mit dem Aufdruck „Bundesversammlung“ zugeleitet. Ich frage: Sind Abgeordnete vorhanden, die nicht im Besitz eines solchen Stimmzettels sind? — Das ist nicht der Fall. Ich stelle also fest, dass alle Abgeordneten den amtlichen Stimmzettel zur Hand haben. Ich bitte Sie, freundlichst davon Kenntnis zu nehmen, daß wir um der Ordnung willen und um

eine Gleichmäßigkeit der Abstimmung und der Auszählung sicherzustellen, nur diesen Stimmzettel benutzen.

Wir werden bei der **Abstimmung** folgendermaßen verfahren. Die Herren Schriftführer werden die Namen der Mitglieder der Bundesversammlung aufrufen. Ich bitte die Mitglieder, beim Aufruf ihres Namens aufzustehen und ihre Anwesenheit durch das Wort „Hier“ zu bekunden, sich dann zu einer der aufgestellten Urnen — drei zur Rechten und drei zur Linken — zu begeben und dort unter Nennung ihres Namens, damit die Protokollierung erfolgen kann, ihren Stimmzettel einzuwerfen.

Ich bitte die Wahlmänner, die von *Berlin* gestellt werden, ihren Stimmzettel in die in der Mitte befindliche Urne 4 einzuwerfen. Dieses Sonderverfahren ist um der Protokollierung willen erforderlich.

Ich bitte folgende Schriftführer, an den Urnen Platz zu nehmen: an der Urne 1 die Abgeordneten Josten und Wullenhaupt, an der Urne 2 die Abgeordneten Frau Meyer (Dortmund) und Karpf, an der Urne 3 die Abgeordneten Massoth und Tenhagen, an der Urne 4 die Abgeordneten Frau Albrecht und Frau Rösch, an der Urne 5 die Abgeordneten Frau Albertz und Giencke, an der Urne 6 die Abgeordneten Lange (Essen) und Frau Geisendörfer, an der Urne 7 die Abgeordneten Berlin und Burgemeister. — Ich bitte die an den einzelnen Urnen sitzenden Schriftführer, sich zunächst davon zu überzeugen, daß die Urnen leer sind. — Das ist an allen Urnen der Fall; ich stelle das fest.

Meine Damen und Herren! Da mehrere Vorschläge gemacht sind und im übrigen natürlich die Möglichkeit besteht, Kandidaten zu wählen, die nicht ausdrücklich vorgeschlagen sind, bitte ich Sie, gemäß der Übung der 1. Bundesversammlung auf Ihre Stimmzettel nicht Ja oder Nein zu schreiben, sondern den **Namen des Kandidaten**, den Sie zu wählen wünschen. Ein Stimmzettel mit Ja oder Nein müßte als ungültig behandelt werden. Selbstverständlich ist auch die Möglichkeit gegeben, sich der Stimme zu enthalten. Ich möchte auf diese verschiedenen Möglichkeiten ausdrücklich hingewiesen haben, damit keinerlei Zweifel entstehen können.

Darf ich fragen, meine Damen und Herren, ob hinsichtlich des Abstimmungsvorgangs noch irgendwelche Zweifel vorhanden sind? — Das ist nicht der Fall. Wir können also mit dem

### **Namensaufruf**

beginnen. Wir wollen ihn nicht überstürzen, damit auch unsere Gäste die Möglichkeit haben, von den einzelnen Wahlmännern hinreichend Kenntnis zu nehmen.

(Heiterkeit.)

Ich bitte Sie also, beim Aufruf Ihres Namens freundlichst aufzustehen, „Hier“ zu rufen und sich dann zu einer der Urnen zu begeben. Ich wiederhole: die Berliner Wahlmänner zu der Urne in der Mitte. Das hat eine symbolische Bedeutung.

(Folgt Namensaufruf — Bundeskanzler Dr. Adenauer wird bei der Abgabe seiner Stimme mit lautem Beifall begrüßt.)

**Präsident D. Dr. Ehlers:** Meine Damen und Herren! Die Zuhörer und Gäste, die nicht ständig Gelegenheit haben, an den Sitzungen des Bundestages teilzunehmen — ich weiß

nicht, welche Übung das Abgeordnetenhaus von Berlin hat —, weise ich darauf hin, daß Beifallskundgebungen auf den Tribünen nicht zulässig sind, ebenso wenig natürlich Mißfallskundgebungen.

(Heiterkeit.)

Ich bitte, den Namensaufruf fortzusetzen. — Ich wiederhole meine Bitte an die Wahlmänner, beim Aufruf ihres Namens aufzustehen und „Hier“ zu rufen. Das hat seinen guten Grund.

(Der Namensaufruf wird fortgesetzt. — Die Abg. Ollenhauer, Dr. Dr. Schreiber (Berlin), Frau Schroeder (Berlin) und Dr. Wuermeling werden bei der Stimmabgabe mit Beifall begrüßt.)

Meine Damen und Herren! Ich frage: Sind noch Mitglieder der Bundesversammlung vorhanden, die nicht aufgerufen sind? — Wünschen Mitglieder der Bundesversammlung, die aufgerufen sind, aber versehentlich nicht abgestimmt haben, ihre Stimme noch abzugeben? — Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich fest, daß alle anwesenden Mitglieder der Bundesversammlung von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben. Ich schließe die Abstimmung über die Wahl des Bundespräsidenten. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung an dem Tisch zu meiner Rechten zu beginnen, die Stimmen der Berliner Wahlmänner gesondert.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Ich unterbreche die Sitzung bis zur Feststellung des Ergebnisses.

(Unterbrechung der Sitzung von 16 Uhr 8 Minuten bis 16 Uhr 41 Minuten.)

**Präsident D. Dr. Ehlers:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder.

Inzwischen ist der Herr Bundespräsident eingetroffen und wird den Saal betreten.

(Der Bundespräsident betritt, während die Mitglieder der Bundesversammlung sich erheben, den Saal.)

Meine Damen und Herren! Ich gebe das **Ergebnis der Abstimmung** über die Wahl des Bundespräsidenten bekannt. Es sind abgegeben 987 Stimmkarten. Von diesen 987 Stimmen sind entfallen auf den Vorschlag Professor Dr. Heuss 871 Stimmen,

(allgemeiner lebhafter Beifall)

auf den Vorschlag Professor Dr. Weber (Heidelberg) 12 Stimmen. Weitere Stimmzettel sind mit folgenden Namen gekennzeichnet: einer mit dem Namen Adenauer, einer mit dem Namen Dönitz,

(Rufe: Pfui!)

einer mit dem Namen Prinz Louis Ferdinand von Hohenzollern,

(Heiterkeit)

einer mit dem Namen Lüders, einer mit dem Namen Herzog Ernst August von Braunschweig,

(Heiterkeit)

einer mit dem Namen Wuermeling.

(Große Heiterkeit. — Glocke des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren, ich würde empfehlen, der Stimmabgabe durch die Aufnahme nicht eine übertriebene Bedeutung beizulegen.

Ungültige Stimmkarten sind drei abgegeben worden. Leere Stimmkarten, also Enthaltungen, liegen 95 vor. Das sind insgesamt 987.

Gemäß Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält. Die Mehrheit der Bundesversammlung beträgt 510 Stimmen. Die Mehrheit der Stimmen ist auf den Kandidaten **Professor Dr. Heuss** entfallen.

Herr Bundespräsident, ich habe an Sie die Frage zu stellen, ob Sie die auf Sie entfallene gültige Wahl zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland für eine weitere Amtsperiode annehmen.

**Bundespräsident Dr. Heuss:** Ja, ich bin bereit, die Wahl anzunehmen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall.)

**Präsident D. Dr. Ehlers:** Ich stelle fest, daß Herr Bundespräsident Professor Dr. Heuss nach dem Grundgesetz rechtmäßig für eine weitere Amtsperiode zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt ist.

Ich darf annehmen, Herr Bundespräsident, daß Sie beabsichtigen, einige Worte an die Bundesversammlung zu richten. Darf ich Sie bitten, das Wort zu nehmen.

**Bundespräsident Dr. Heuss:** Verehrte Mitglieder der Bundesversammlung! Es ist für mich eine schöne Pflicht, den warmen **Dank** auszusprechen für die **Wiederwahl zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland**. Weil es kein „Auswählen“ war, möchte ich den Vorgang als eine Bestätigung des sachlichen und menschlichen Vertrauens begreifen dürfen, das — ich konnte es mit Freude manchmal spüren — meine Amtsführung in diesem Jahrfünft begleitet hat und das in den Vorentscheidungen der zuständigen politischen Gremien seinen Ausdruck fand. Es wurde mir zugleich eine Kräftigung, daß sich, zumal auch zu Regierungen der Länder, gleichviel, wie sie politisch gestaltet waren, Beziehungen entwickelten, die ich als persönliche Freundschaft empfinden konnte. Das wurde mir selber zum wahren Gewinn dieser Jahre, und es hat dem ungeschriebenen Sinn des Amtes, aus der gemeinsamen vaterländischen Verantwortung beratend dem Ausgleich zu dienen, die Stütze gegeben. Ich finde es aber auch nicht erstaunlich, daß sich manche Stimmen dieses Hauses mir versagt haben. Ich konnte und wollte *diese* gar nicht erwar-

ten; bei anderen durfte ich es nicht. Denn es mußte ganz notwendig in diesen Jahren zu mancher Entscheidung, zu mancher politischen oder geistigen Äußerung kommen, die diesem und jenem mißfiel, so sehr mißfiel, daß er mir in seiner Stimmabgabe dies mitteilen wollte, vielleicht mußte.

Die **Stellung des Bundespräsidenten** hat durch das Grundgesetz eine eigentümliche rechtliche Strukturierung erfahren, und dies gewiß nicht ohne Erinnerung an die vorangegangene Periode: Distanz zu den laufenden Regierungsgeschäften, zu den parteipolitischen, zu den interessenpolitischen Kontroversen bei den Erörterungen der Legislative, gegenüber dem Hin und Her im Geström der öffentlichen Stimmungen und Verstimmungen. Man hat sich dafür gemeinhin des Begriffs des „Neutralen“ bedient, des „Überparteilichen“. Das soll mir recht sein, wenn dem nicht der Anspruch der „Meinungslosigkeit“ beige packt wird. Diese kann man nicht recht von einem Manne meiner Art und Vergangenheit erwarten, der seit bald 50 Jahren in der politischen Publizistik, später auch der parlamentarischen Arbeit stand und der glaubt, auch in der geistesgeschichtlichen, in der künstlerischen und literarischen Auseinandersetzung dieser Jahrzehnte sich einigermaßen profiliert zu haben.

Ein Mann einer immerhin farbigen Vergangenheit ist durch einen Wahlakt für fünf Jahre nicht zu einer Staatsapparatur geworden, für Unterschriften, Ordensverleihungen, Empfänge, und was man so „Repräsentation“ nennt, sondern er bleibt, was er war, weil er mit sich selber im Reinen bleiben will.

(Beifall.)

Er ist also *nicht* „neutral“, wenn er zu ökonomischen oder sozialpolitischen Fragen seine wissenschaftliche Meinung, zu den Dingen der akademischen Lebensform, der künstlerischen und literarischen Bewertungen seine Auffassungen ausspricht.

Sie mögen erstaunt sein, daß ich derlei der Bundesversammlung vortrage. Es ist der Reflex von vielerlei Erfahrung, da, in naiver Verkennung der Rechtslage, hier höchst vertrauensvoll mein „Eingreifen“ gefordert, dort aber das Aussprechen einer Anschauung, auch das aus freiem eigenem Urteil verantwortete staatliche Entscheiden getadelt wird.

Die **politische Figur eines deutschen Bundespräsidenten** konnte nach dem Geschehen der nahen Vergangenheit, nach der Lage, wie sie der Parlamentarische Rat vorfand, im großen geschichtlichen Raum, der so vieles an Zeitbedingtem und Fragmentarischem erzwang, nichts anderes als eine **Improvisation** werden. Mein Bemühen konnte nur dies sein, dessen Rahmen auch für den Nachfolger abzustecken und zu füllen, und niemand, denke ich, wird es mir verübeln, wenn ich in dieser Stunde in wehmütiger Dankbarkeit **meiner Frau** gedenke, die, diesen Weg als Forderung des vaterländischen Pflichtsinns begreifend, dem Wandernden ihren menschlich und politisch klugen Rat schenkte und der Aufgabe selber ihre hilfswillige Liebeskraft opferte.

Am 12. September 1949, in der Ansprache vor der ersten Bundesversammlung, habe ich gesagt: „**Berlin** ist heute an das Schicksal Westdeutschlands gebunden. Aber das Schicksal von Gesamtdeutschland bleibt an Berlin gebunden.“

(Beifall.)

Es gab — Sie wissen es alle — Vorerörterungen über die technische Möglichkeit und sachliche Zweckmäßigkeit, Sie hierher zu berufen. Wir sind hier, um das, was politischer Wille und geistiges Bedürfnis fordern, im Symbolhaften darzutun: im Symbolhaften, im geschichtlich Begründeten und im seelisch immer Gesicherten, nicht im rational Taktischen.

Wir weilen in dieser Stadt, die nicht bloß im staatsrechtlichen Verstehen seit der Reichsgründung die Mitte der politischen Entscheidungen gewesen und damit ihrer preußischen Sonderbedeutung entwachsen: sie hat seit der großen Bevölkerungsbewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts Menschen aus allen deutschen Landschaften und Stämmen zu sich gerufen, um sie zu ihrer sonderlichen Aufgabe umzuprägen. Sie war als Hauptstadt eines Reiches, sie war als großartiger Gemeindeorganismus eine *Mitte*, nach ihrer Lage wie als Willenskraft, und ist heute geographisch ein *Rand*, in ihren Lebensfunktionen als gewachsenes Stadtgebilde kläglich, ja schändlich zerschnitten.

Von keiner Stadt erhalte ich so viel Briefe, nicht weil sie soviel Menschen hat, sondern weil sie so viele Menschen in Not und Bedrücktheit beherbergt, Briefe der Hoffnung, Briefe der Erwartung: wann, wann? Sie sind nicht mit bloßen Sprüchen zu beantworten.

Viele Berliner sind es müde — ich denke an manche älteren Angestellten, die mir schreiben —, um ihrer Tapferkeit willen gelobt zu werden, mit der sie in den Notjahren 1948/49 halfen, ein echtes Bild des deutschen Menschen vor der Welt wiederherzustellen. Aber es ist ja die Tragik, daß ihr Schicksal wie das unserer Landsleute in der Sowjetzone in die Entwicklung der so verwirrten Weltpolitik eingeschlossen ist.

Das war nie so deutlich zu spüren wie bei der Berliner Konferenz des Jahresbeginns, in der, an so geschichtsträchtig gewordenem Platze, die **Wiedervereinigung Deutschlands** mit der Sicherung einer freien Entscheidung über den staatlichen und geistig-freiheitlichen Charakter seiner Zukunft als Mitte der Weltfragen begriffen war. Die Erfolgslosigkeit staatsmännischer Mühen hat unsere *eigenen* Pflichten nur *vermehrt*. Denn die politischen und wirtschaftlichen Mühen der Bundesrepublik, die zwischen allen Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten dank der Arbeitswilligkeit der breiten Bevölkerung zu einer Stabilisierung der demokratischen Grundhaltung geführt haben — denken Sie an die kalte und nüchterne Ablehnung, die der deutsche Wähler dem verstimmten Radikalismus, wo er seine Ehrgeize oder seine romantischen Phantasien an die Öffentlichkeit brachte, zuteil werden ließ —: jene Mühen haben ihren tieferen geschichtlichen Sinn doch nur, wenn sie als **Starkmachen der Bundesrepublik** begriffen werden für den Tag, da wieder das **unteilbare Deutschland** als Wirklichkeit in seiner Wirksamkeit vor uns steht.

Was haben wir zu tun? Nicht bloß dies: in rednerischen Beteuerungen es zu bekunden. Der Helferwille des einzelnen, von Familie zu Familie, von Gruppe zu Gruppe ist vielfach vorhanden; er muß gestärkt werden. Aber das ist es nicht allein, — unsere Landsleute in Mittel- und Ostdeutschland sollen nicht bloß als Nehmende, als Empfangende sich fühlen. Das wollen sie nicht sein, das dürfen sie nicht sein. Mir ist es so wichtig, daß das **geistige Einheitsbewußtsein der Nation** nicht in der Verschiedenheit des politischen Klimas notleidet. Die Gefahr ist kaum für die älteren Menschen vorhanden; sie zehren noch von der gemeinsamen Substanz, und ein Glück ist es, wo sie deren Kraft ihren Kindern noch mitteilen können, deren Aufwachsen in das orthodoxe Schlagwort eingewängt wird. Ich denke jetzt aber an jene Gruppe die der Außenwelt Resolutionen für die Einheit entwirft und selber weiß, daß deren Verwirklichung, aus dem freien Willen gera-

de auch von Mittel- und Ostdeutschland, sie geschichtlich in das Gewesene verabschieden wird.

Was ist es für ein Widersinn, das Auseinanderleben Deutschlands technisch vollziehen zu wollen, wenn schon der Austausch von Büchern, Zeitschriften, Zeitungen aus dem gemeinsamen Sprachraum als Staatsgefahr betrachtet wird! Wenn man von der albernen, politisch zweckgebundenen Fabrikation von sogenannter Dichtung und Kunst absieht, die wir schon im Nationalsozialismus erlebt haben und die in der Sowjetzone eine pflegliche Weiterentwicklung fand, gibt es keinen nach den so kurzsichtigen Artikeln von Yalta und Potsdam grenzpolitisch geschiedenen „deutschen Geist“, weder eine westdeutsche noch eine mittel- und ostdeutsche Kultur. Die **landsmannschaftlichen Farbigkeiten der Herkünfte** waren **nie Trennung**, sondern **immer Bereicherung**. Es gibt nur — in der fruchtbaren Weltwertung — dies eine: Bach, Leibniz, Kant, Herder, Kleist, Eichendorff; das ist doch Deutschland, Gesamtdeutschland, ein unverlierbares Stück, niemals vom fremden Entscheid, der Hitlers Kriege gegen die deutsche Geschichte wie gegen die deutsche Zukunft in machtpolitischen Interessensphären zu beenden glaubte, in seiner Geschichtswürde, an der auch die anderen teilhaben, auszulöschen!

Ich bin so froh um der volkspolitischen und seelischen Sicherung willen, daß in **dem Bereich des Religiös-Kirchlichen**, „metapolitisch“, wie man sagt, „hinter der Politik“, die **Kraft der Einung und der Einheit** unzerstört blieb. Das weiß ich aus den Erzählungen über den Verlauf der Bonifatius-Feier zu Erfurt bei dem Besuch des päpstlichen Nuntius, des Herrn Erzbischofs Muench, das weiß ich von den Berichten über den Evangelischen Kirchentag in Leipzig. Denn beide Veranstaltungen wurden zu spontanen und rührenden Bezeugungen des Einsseins und entwickeln aus sich selber heraus eine auch politisch tragende Kraft.

Die Bundesversammlung ist in einem Zeitpunkt zusammengetreten, da die **Spannungen im Kräftespiel der Weltpolitik** die sorgende Phantasie von uns allen bewegen. Niemand erwartet, daß ich den Versuch mache, sie in dieser Stunde zu analysieren. Aber dies ist uns allen deutlich: auch unser Schicksal hängt davon ab, was immer in diesem Ringen um Frieden und Friedensformen mit entschieden wird.

Wir sind dankbar dafür, daß, zumal in der Bundesrepublik, die **politische und wirtschaftliche Konsolidierung** vorangeschritten ist, wohl über die Erwartungen hinaus, die ihren Beginn begleiteten. Wir sollen uns dessen nicht zu laut berümen und über den Statistiken, die dem so eindrucksvoll gewachsenen sogenannten „Sozialprodukt“ gelten, nicht die Lebensangst und die bare Lebensnot aus dem Wissen, d. h. auch aus dem Gewissen verdrängen. Denn welche Traurigkeit wandert mit durch das Tagesleben der alten **Rentner**, der ihrer Entfaltungsmöglichkeiten beraubten **Kriegsopfer**, der **Vertriebenen**, die zwischen wirtschaftlichen und seelischen Nöten ihr Leben zu gestalten suchen! Die **soziale Befriedung** bleibt das vornehmste Werkzeug der inneren politischen Festigung.

Diese politische Festigung muß auch ihren Ausdruck finden in der **völkerrechtlichen Stellung** unseres Staates. Wir sprechen hier ganz nüchtern: Die sogenannten Potsdamer Beschlüsse von 1945, die aus der Psychologie harten, opfervollen und längst sinnlos gewordenen kriegesischen Ringens erwachsen, sind durch die geschichtliche Entwicklung konsumiert, aufgezehrt, sinnentleert, wenn sie je einen Sinn hatten.

(Beifall.)



Dieser Zustand fordert seine Folgerungen: ein aus wahrhaft freien Wahlen, die das Wesen der Demokratie nicht als schändliches Machtmanöver behandeln, sondern auch als eine sittliche Lebensform anerkennen, hervorgegangenes, gleichberechtigtes, in seinen Verantwortungen rechtlich wieder auf sich selbst gestelltes Volk wird und will der **Partner einer breiteren, freieren Völkerordnung** sein, die wohl die echten Werte seiner Geschichte — ich sage: die echten — zu wahren und zu pflegen weiß, um sich treu zu bleiben, aber nicht als Gefangener eines bloßen Traditionalismus sich selber einengt, und ein gereinigtes und freies Vaterlandsgefühl, um das wir ringen, in der emotionellen Selbsteigerung der lärmenden Worte nicht verderben und verdumpfen läßt.

Es gehört zu meinen frohen Erfahrungen, daß die gute **deutsche Jugend**, wenn sie nicht in verstaubte Konventionen eingeklemmt wird, die Aufgaben dieser Gegenwart, wie ich sie zu sehen glaube, tiefer begriffen hat als mancher Ältere, dem es schwer wird, neu zu denken. Sie ist der bloßen Phrase müde, sie ist nüchterner geworden, als die Legende über den Stil der Jahresringe das will, aber sie hat im rechten Kern ein Gefühl für die auf sie zukommende Verantwortung. Ich weiß, hier gibt es Grenzfragen.

Das mit soviel gutem Willen begonnene **Gespräch über Europa**, das der junge deutsche Mensch mit soviel Einsicht begonnen, darf nicht von den banalen Vorurteilen der Partner erstickt oder gelähmt werden.

(Beifall.)

Und dies andere: wir haben in der rückliegenden Epoche die Verstaatlichung des Menschen erlebt; wir wollen zur **Vermenschlichung des Staates** zurückfinden.

(Lebhafter Beifall.)

Das spürt auch die Jugend. Ich möchte wünschen, daß Sie dieses Wort nicht als sentimentale Floskel betrachten, sondern als die gemeinsame Aufgabe, die Hybris, den *Übermut* — die Gefahr der Völker, nicht bloß des deutschen — durch das *Maß* zu ersetzen und den Sinn unserer gemeinsamen Arbeit darin zu erkennen, daß das **Recht** zwischen den Bürgern, zwischen den Völkern herrsche, um die **Freiheit der Bürger**, die **Freiheit der Völker** zu sichern und zu krönen.

Das möchte ich, mag der und jener Zyniker es für verschwärmt halten, als den inneren Sinn von unser aller Arbeit betrachten.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

**Präsident D. Dr. Ehlers:** Herr Bundespräsident! Ich darf mich zum Sprecher der 2. Deutschen Bundesversammlung machen, wenn ich Ihnen die herzlichsten **Glückwünsche** zu der eben erfolgten Wahl und für Ihre am 12. September beginnende zweite Amtsperiode ausspreche.

(Lebhafter Beifall.)

Sie haben, Herr Bundespräsident, in Ihrer Ansprache die Erinnerung an die Worte, die Sie anlässlich der Vereidigung im September 1949 an Bundestag und Bundesrat gerichtet haben, heraufbeschworen. Es ist uns allen und unserm ganzen Volk heilsam, wenn wir auf diese Weise immer wieder an das Bedenken des Weges gemahnt werden, den wir in

diesen fünf Jahren zurückgelegt haben. Wir sollten verstehen, daß die **Festigung unserer staatlichen Ordnung**, von der Sie gesprochen haben, keine Selbstverständlichkeit war. Damals, 1949, haben wir mit Zweifeln und Fragen auf den Weg vor uns gesehen. Die zwar gelockerte Gewalt von Besatzungsmächten und die im Besatzungsstatut festgelegte begrenzte Zuständigkeit deutscher gesetzgebender und regierender Organe bedeuteten eine ebenso schwere Belastung wie die Notwendigkeit, den Beginn einer deutschen staatlichen Ordnung nur in einem Teil Deutschlands setzen zu müssen.

Das waren äußere Schwierigkeiten. Aber es mag sein, daß die inneren noch größer waren. Sie, Herr Bundespräsident, haben sicher wie wir alle vor der bangen Frage gestanden, ob das deutsche Volk nach den verwüstenden Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft und angesichts der Folgen des totalen Zusammenbruchs überhaupt die inneren Kräfte und die politischen Fähigkeiten noch besitzen würde, um einen **eigenen freien und demokratischen Staat** aufzubauen. Ohne Frage ist dieser Aufbauweg noch nicht zurückgelegt. Gerade diejenigen, die in einer besonderen politischen Verantwortung in der Staatsspitze, im Parlament und in der Regierung stehen, sind sich klar darüber, daß noch vieles getan und erreicht werden muß, um ein in sich gefestigtes und von der inneren Verantwortungsbereitschaft des ganzen Volkes getragenes Staatswesen zu bauen.

Wir haben in diesen Jahren aber auch verstanden, daß das Gewicht politischen Lebens im Staat nicht im *Institutionellen* liegt, sondern dass es seine entscheidenden Antriebe im *Menschlichen* hat. Es ist mir darum ein Bedürfnis, Ihnen dafür zu danken, daß Sie Ihr hohes Amt mit warmer Menschlichkeit ausgefüllt haben

(Beifall)

und in der Darstellung dieses Amtes den Bürgern unseres Staates so begegnet sind, daß sie die echte Repräsentation des Staates darin empfanden. Unser Volk ist so arm an Symbolik geworden, nicht zuletzt durch den verbrecherischen Missbrauch von Symbolen und Zeichen in der jüngsten Vergangenheit, daß jedes echte Symbol unter uns gehegt und gehütet werden muß.

(Beifall.)

Das gilt für die Fahne, die **schwarz-rot-goldene Fahne** der Bundesrepublik

(stürmischer Beifall)

ebenso wie für die **Nationalhymne**, für deren Inkraftsetzung wir Ihnen auch zu danken haben.

(Erneuter Beifall.)

Wir sind alle aufgerufen, die Symbole vor einer aus Engstirnigkeit und Rückschrittlichkeit kommenden Beeinträchtigung ebenso zu schützen wie vor einer aus einem verflachten Staatsbegriff kommenden lärmenden Übersteigerung.

(Zustimmung)

Ich möchte sagen, daß Sie durch die Ausfüllung Ihres Amtes zu dem Wachsen echter Symbolik mitten zwischen diesen Gefahrenpunkten Entscheidendes beigetragen haben.

(Erneute Zustimmung.)

Herr Bundespräsident, Sie haben in bewegender Weise die Bedeutung der Stadt, in der wir heute versammelt sind, für Ihr Leben und für die deutsche Vergangenheit und Gegenwart geschildert. Sie haben damit die innere Rechtfertigung dafür gegeben, daß die Bundesversammlung in der alten Reichshauptstadt sich versammelt hat. Ich brauche dem nichts hinzufügen.

Das starke Drängen darauf, daß die Bundesversammlung nach **Berlin** einberufen werden sollte, gründete sich zweifellos auf das Wissen, daß hier die Darstellung des Willens, die Einheit aller Deutschen wiederherzustellen, am überzeugungskräftigsten möglich ist.

(Lebhafter Beifall.)

Wir beziehen heute in die Bekundung unseres Willens zur **Wiederherstellung der Einheit Deutschlands** nicht nur Berlin ein, sondern die weiten Gebiete, in denen die Menschen wohnen, die nicht durch ihren oder unseren Willen, sondern durch die Folgen der Politik anderer Mächte noch von uns getrennt sind.

(Lebhafter Beifall.)

Der Deutsche Bundestag und die Regierung der Bundesrepublik haben immer wieder ihren Willen zur Einheit Deutschlands bekundet. Sie haben praktische Vorschläge zu ihrer Wiederherstellung gemacht, insbesondere auch bei den Mächten, die heute eine entscheidene Bedeutung für die Ermöglichung der Wiedervereinigung Deutschlands haben.

Wir stehen mit unseren Brüdern in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands vor der erschütternden Tatsache, daß alle diese Versuche bisher zu keinem Erfolg geführt haben. Unsere Bereitschaft, jeden möglichen Weg zu beschreiten, um die Einheit der Deutschen zu gewinnen und das Recht aller Deutschen, in ihrer Heimat zu wohnen, wiederherzustellen, ist unverändert.

(Lebhafter Beifall.)

Wir sind in diesen bitteren Jahren hüben und drüben Realisten geworden, die die Einheit Deutschlands nicht von Illusionen erwarten. Wir wissen, daß wir niemandem einen Dienst tun, wenn wir den Eindruck aufkommen ließen, als ob wir bereit wären, die Freiheit unseres Lebens für die Einheit zu verkaufen. Das Wort, daß wir Einheit in Freiheit wollen, steht auch über dieser Bundesversammlung in Berlin.

(Erneuter Beifall.)

Das, was wir jedem Volk auf dieser Erde zugestehen, daß es sein politisches Geschick nach eigenem Willen und in eigener Verantwortung frei gestalten kann, fordern wir auch für *unser Volk*, unser *ganzes Volk*.

(Stürmischer Beifall.)

Und diejenigen, die einen großen Teil unseres Volkes daran hindern, diese freie Entscheidung, die sie auch wollen, zu fällen, sind keine Partner auf dem Wege zur Freiheit und Einheit des deutschen Volkes.

(Lebhafter Beifall.)

Wir wissen, daß wir mitten zwischen den großen Machtblöcken der Welt in einer gefährdeten Lage sind. Gerade deswegen und weil wir in dieser Lage den Frieden wollen, wissen wir uns den Mächten verbunden, die wie wir die **Selbstbestimmung und Freiheit der Völker** verteidigen. Ich bin gewiß, daß das ganze deutsche Volk in seinen politischen Entscheidungen immer auf der Seite der Freiheit zu finden sein wird.

(Beifall.)

Wir wissen uns bei dieser Tagung der Bundesversammlung in Berlin gerufen, unsere Verbundenheit mit all denen zu bekunden, die in besonderer Weise dieser Freiheit ermangeln müssen. Mit Genugtuung haben wir gehört, daß eine Reihe von **Menschen aus den Strafanstalten der sowjetisch besetzten Zone** entlassen ist, und es ist uns, der Bundesversammlung, eine Freude, daß eine größere Zahl von ihnen an dieser Bundesversammlung heute teilnehmen kann.

(Anhaltender starker Beifall.)

Wir denken in diesem Augenblick mit Bewegung an alle, die in diesen Zuchthäusern zurückbleiben mußten.

(Abg. Reimann: Und in Westdeutschland!)

Unser Gedenken gilt in gleicher Weise all denen, die noch infolge des Krieges oder seiner Folgen neun Jahre nach Kriegsende in Gefangenschaft oder Haft gehalten werden, insbesondere den vielen tausend **Kriegsgefangenen in Rußland**.

(Beifall.)

Diejenigen, die sie in Haft und Lagern halten, können ihren Willen, die Zustände auf dieser Erde zu bessern und das Zusammenleben der Völker zu ermöglichen, durch nichts mehr bezeugen als durch die endliche und vollständige Beendigung dieser unmenschlichen Gefangenschaften.

(Lebhafter Beifall.)

Worte haben auf dieser Erde ihre Kraft verloren. **Taten der Befriedigung** allein können noch Glaubwürdigkeit herstellen.

(Abg. Reimann: Also keine EVG!)

Wenn wir davon sprechen, geht es uns nicht um Demonstration oder Propaganda, es geht uns lediglich um die schlichte Forderung nach Menschlichkeit für alle bedrückten und verfolgten Menschen auf dieser Erde, insbesondere für die am meisten gequälten Menschen unseres Volkes.

(Beifall.)

Für ein Zeichen menschlicher Gesinnung ist es nie zu spät, daraus allein kann ein neuer Geist unter den Völkern wachsen.

Herr Bundespräsident, Ihre Wiederwahl erfolgt — Sie haben darauf hingewiesen — in einer Zeit **krisehafter politischer Erscheinungen** in der uns so sehr am Herzen liegenden europäischen und in der Weltpolitik. Wir sind gewiß, daß Sie auch in Ihrer zweiten Amtsperiode mit den übrigen Organen unseres Staates Ihre Kraft, Ihr Herz und — ich darf es hier einmal sagen — Ihren so wohltuenden Humor für das Leben, den Aufbau und die Freiheit unseres Volkes einsetzen werden. Sie haben in der Bundesversammlung nicht nur den Deutschen Bundestag, sondern die von den Parlamenten der Länder gewählten Vertreter vor sich, also eine umfassende Darstellung der Einheit und der Vielfalt unseres staatlichen Lebens. Sie dürfen gewiß sein, daß alle, denen unser Volk am Herzen liegt, in Bund und Ländern Ihnen jede mögliche Hilfe in der Erfüllung Ihrer hohen und schweren Aufgabe leisten werden.

Bei Übernahme Ihres hohen Amtes im Jahre 1949 haben Sie auf das Wort der Bibel hingewiesen: „**Gerechtigkeit erhöht ein Volk**“. Wenn es eine Möglichkeit gegeben hätte, die fundierende Bedeutung dieses Wortes für unser Volk und für alle Völker der Erde noch mehr verstehen zu lernen, dann wäre uns diese Möglichkeit in den vergangenen fünf Jahren gegeben worden. Wir wünschen Ihnen von Herzen, daß Sie auch künftig Ihr Amt in diesem Geiste ausfüllen können, damit wir gemeinsam das wahr machen, was im Grundgesetz unseres Staates uns aufgegeben ist, in der Verantwortung vor Gott und den Menschen uns von dem Willen beseelen zu lassen, die **nationale und staatliche Einheit des deutschen Volkes** zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem **vereinten Europa** dem **Frieden der Welt** zu dienen. Gott geleite Sie und uns alle auf diesem Wege auch fernerhin!

(Anhaltender starker Beifall.)

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der Tagesordnung der 2. Deutschen Bundesversammlung. Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit und hoffe, daß Sie diesen Tag in Berlin in Ihrer Erinnerung für Ihre Arbeit bewahren werden.

Die 2. Deutsche Bundesversammlung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 17 Uhr 27 Minuten.)

7. **3. Bundesversammlung**  
1. Juli 1959

<b>Übersicht</b>			
<b>Zusammensetzung nach Parteien</b>			
CDU/CSU	517	GB/BHE	20
SPD	386	BP	6
FDP	82	DPS	3
DP	24	insgesamt	1 038
<b>Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder<sup>1)</sup></b>			
Baden-Württemberg	70	Niedersachsen	62
Bayern	88	Nordrhein-Westfalen	147
Berlin	21	Rheinland-Pfalz	32
Bremen	6	Saarland	10
Hamburg	17	Schleswig-Holstein	22
Hessen	44		
<sup>1)</sup> Bekanntmachung der Bundesregierung vom 19. Mai 1959 (BGBl. I S. 260, Nr. 17 vom 16. Mai 1959)			
<b>Tagungsort und Tagesstätte: Berlin, Ostpreußenhalle</b>			
<b>Präsident der Bundesversammlung:</b> Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier			
<b>Wahlergebnis</b>			
		1. Wahlgang	2. Wahlgang
Heinrich Lübke (Vorschlag CDU/CSU)		517 <sup>2)</sup>	526
Carlo Schmid (Vorschlag SPD)		385	386
Max Becker (Vorschlag FDP)		104	99
Enthaltungen		25	22
abgegebene Stimmen insgesamt		1 031	1 033
<sup>2)</sup> Bei der ersten Zählung wurden für Lübke 516 Stimmen gezählt.			
<b>Gewählt:</b> Heinrich Lübke im 2. Wahlgang mit 526 Stimmen <sup>3)</sup>			
<sup>3)</sup> erforderliche Mehrheit: 520 Stimmen			
<b>Amtszeit:</b> 13. September 1959 bis 12. September 1964			

**Verzeichnis der Mitglieder****A**

Dr. Achenbach \*<sup>35)</sup>  
 Frau Ackermann \*  
 Addicks  
 Graf Adelman \*  
 Dr. Adenauer (Rhöndorf)  
 \*  
 Dr. Adenauer (Köln)  
 Adorno  
 Dr. Aigner \*  
 van Aken  
 Alber (Urach)  
 Albers (Vöhrum)  
 Frau Albertz \*  
 Alles  
 Altenhain  
 Althaus  
 Altmaier (Frankfurt) \*  
 Dr. h. c. Altmeier (Koblenz)  
 Amm  
 Amrehn  
 Archimowitz  
 Arend (Letter)  
 Arndgen  
 Dr. Arndt (Bonn) \*  
 Arndt (Frankfurt)  
 Dr. Atzenroth \*  
 Auge \*  
**B**  
 Dr. Baade \*  
 Bach  
 Bachmeier  
 Bading \*  
 Bähre  
 Dr. Bärsch \*  
 Baeuchle  
 Bämer \*  
 Baier (Mosbach) \*  
 Baldauf \*  
 Dr. Balke \*  
 Balkenhol \*  
 Bals \*  
 Bantele  
 Dr. Bartels (Bochum) \*  
 Dr. Barzel (Paderborn) \*

Bauer (München)  
 Bauer (Wasserburg) \*  
 Bauer (Würzburg) \*  
 Bauereisen \*  
 Bauknecht \*  
 Baumgartner  
 Baur (Augsburg) \*  
 Bausch \*  
 Bazille \*  
 Becher (Mayen)  
 Dr. Bechert (Gau Algesheim) \*  
 Becker (Bochum)  
 Dr. Becker (Hersfeld) \*  
 Dr. Becker (Möchen-Gladbach) \*  
 Becker (Pirmasens) \*  
 Becker (Saarbrücken)  
 Behncke  
 Behrendt (Dortmund) \*  
 Behrens (Rastede)  
 Behrisch \*  
 Benda \*  
 Frau Bennemann \*  
 Berberich \*  
 Berchtenbreiter  
 Edler von Berdeis  
 Berding  
 Berendsen \*  
 Berger \*  
 Frau Berger-Heise \*  
 Bergmann (Essen) \*  
 Dr. Bergmeyer \*  
 Berkhan (Hamburg) \*  
 Berlin \*  
 Bernoth  
 Frau Berns  
 Dr. Besold \*  
 Dr. Best  
 Bettgenhäuser \*  
 Bex  
 Frau Beyer (Frankfurt) \*  
 Dr. Bieringer  
 Billen  
 Birkelbach \*  
 Dr. Birrenbach  
 Fürst von Bismarck \*  
 Bitter  
 Blachstein \*

Blank \*  
 Dr. Bleiß \*  
 Frau Dr. Bleyler \*  
 Blöcker \*  
 Frau Blohm \*  
 Blumenfeld  
 Bock  
 von Bodelschwingh \*  
 Bögler  
 Dr. Böhm \*  
 Börger (Alsfeld)  
 Börner (Berlin)  
 Börner (Kassel) \*  
 Bolbrinker  
 Boljahn  
 Frau Dr. Bonnemann  
 Dr. Borgmann  
 Brand (Remscheid) \*  
 Brandes (Hamburg)  
 Brandes (Holzminden)  
 Brandl (Kleinwiesen)  
 Brandt (Berlin)  
 Brandt (München)  
 Dr. Brauda  
 Frau Brauksiepe \*  
 Dr. Brecht \*  
 Brenner  
 Dr. von Brentano \*  
 Dr. Brentano-Hommeyer  
 Brese \*  
 Frau Dr. Brökelschen \*  
 Brück \*  
 Brünger  
 Dr. Brünner  
 Bruse \*  
 Dr. Bucerius \*  
 Dr. Bucher \*  
 Buchholz  
 Bühler \*  
 Büttner (Hilchenbach)  
 Büttner (Moers) \*  
 Bugert  
 Bulthaup  
 Burauen  
 Dr. Burgbacher \*  
 Burgemeister \*  
 Busen  
**C**  
 Caspers \*

<sup>35)</sup> \*=die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages



Cillien *	Durchholz	Dr. Frank
Claussen	Duschl	Franke (Haldorf)
Clemens	<b>E</b>	Franke (Hannover) *
Conrad *	Ebert	Dr. Franz *
Dr. Conring *	Dr. Eckhardt (Bonn) *	Franzen *
Cortier *	Eckhardt (Gemünden) *	Dr. Frede *
Cramer *	Edler	Frehsee *
Dr. Cremer	Ehren *	Frenzel *
Dr. Czaja *	Ehrhardt (Stuttgart)	Fretschner
<b>D</b>	Eichelbaum *	Freund
Dr. Dahlgrün *	Frau Eilers (Bielefeld) *	Dr. Frey *
Dannecker	Eilers (Bremerhaven)	Dr. Friedensburg *
Danzl	Eilers (Oldenburg) *	Frau Friese-Korn *
Frau Dauber	Eisenmann *	Fricke
Dedenbach	Dr. Elbrächter *	Dr. Fritz (Ludwigshafen)
Degen	Endres	*
Dr. Dehler (Bamberg) *	Engelbrecht-Greve *	Fritz (Welzheim) *
Dr. Dehler (Nürnberg)	Frau Engländer *	Froböse
Dr. Deist *	Enk *	Fuchs (Kraisdorf) *
Demmelmeier *	Eplée *	Fuchs (Mainz)
Demmerle	Dr. Erbe	Fuhrmann
Deppermann	Erhard (Bad Schwal-	Funk *
Deringer (Stuttgart) *	bach)	Dr. Furier *
Dertinger (Burgau)	Dr. Dr. h. c. Erhard	Fynys
Dewald *	(Bonn) *	<b>G</b>
Dewitz	Erhardt (Kulmbach)	Frau Gärtner
Dichtel	Erlenbusch	Frau Dr. Gantenberg *
Diebäcker *	Erler *	Ganter
Diekmann *	Eschmann *	Garvens
Diel (Burg Leyen) *	Etzel *	Gaßmann (Stuttgart) *
Frau Dr. Diemer-	Etzenbach *	Gassner (Vilshofen)
Nicolaus *	Dr. Even (Düsseldorf) *	Gedat *
Diez	Even (Köln) *	Gefeller
Dr. Dittrich *	Ey	Gehring *
Frau Döhring (Stuttgart)	<b>F</b>	Geiecke
*	Faller *	Geiger (Aalen) *
Frau Doell (Kork)	Faltermeier	Geiger (München) *
Döring (Düsseldorf) *	Felder (Bad Reichenhall)	Frau Geisendorfer *
Dr. Dörinkel	*	Geist
Dr. Dollinger *	Feldmann (Geseke)	Gerards (Hauerhof)
Dopatka *	Feldmann (Schötmar)	Gerhard (Münster)
Dowidat *	Feller (Heidelberg)	Geritzmann *
Drachsler *	Fellmann (Rodenkir-	Dr. Gerlich
Draeger *	chen)	Germscheid
Dr. Dresbach *	Dr. Filbinger	Gerns *
Drescher (Brilon)	Finckh *	Dr. Gerrads (Karlsruhe)
Dreyer	Fischer	D. Dr. Gerstenmaier *
Drews	Fleckenstein	Gewandt *
Dröscher (Kirn) *	Dr. Flehinghaus	Gibbert *
Droll (Bochum)	Fley	Giencke *
Dürr *	Folger *	Frau Giesemann

Glahn *	Hansing *	Hölzel
Dr. Glasmeyer	Dr. Harn *	Hörauf *
Dr. Gleissner (München)	Harnischfeger *	Hövelmeyer
*	Frau Hartmann	Hofmann (Regensburg)
Glesius	von Hassel	Hofmann (Rothenburg)
Frau Glinka	Hauffe *	Holderbaum
Glüsing (Dithmarschen)	Dr. Haubmann	Holkenbrink
*	Dr. Heck (Rottweil) *	Holla *
Gnad	Hedergott	Holtzhauer
Dr. Gönnerwein	Hegemann	Holz
Dr. Görgen *	Heide *	Hoogen (Kempen) *
Dr. Götz *	Dr. Heieck	Hopmann
Gog	Heiland *	Horn *
Goldhagen *	Heinemann (Bochum)	Hort
Golüke	Dr. Dr. Heinemann (Essen) *	Dr. Hoven (Kornel- münster) *
Gontrum *	Heinen	Huber (Fürstenfeld- bruck)
Dr. Gossel *	Frau Heinke	Dr. Huber (München)
Gottesleben *	Heinrich (Mering)	Frau Dr. Hubert (Göttingen) *
Dr. Gradl *	Heinrichs (Lendersdorf)	Hübner *
Grässler	Heitkamp	Hülser
Graf	Heise	Hufnagel *
Frau Gregory	Heix *	Huisgen
Dr. Greve *	Hellenbrock *	Huth *
Griese	Heller	Frau Huthmann
Gross	Hellwege	Dr. Huys *
Grosspeter	Dr. Hellwig *	<b>I</b>
Grote	Henn	Illerhaus *
Dr. Grotmann	Henneberg	Iven (Düren) *
Grundmann	Dr. h. c. Hennig	<b>J</b>
Dr. Gülich *	Frau Herklotz *	Jacobi *
Günther *	Hermsdorf *	Jacobs *
Frau Günzl	Herold *	Dr. Jaeger *
Gutermuth	Herzog	Jahn (Frankfurt) *
Freiherr zu Guttenberg *	Dr. Hesberg *	Jahn (Marburg) *
<b>H</b>	Hesemann *	Jahn (Stuttgart) *
Haage *	Heuer	Jaksch *
Haase	Heye *	Janota
Habelitz	Hilbert *	Jansen (Schlüchtern)
Hackenberg	Hildebrandt	Jensen (Ausacker)
Hackethal *	Hilke	Dr. Jordan *
Haehser	Hirrlinger	Josten *
Häussler *	Höcherl *	Jürgens
Haferkamp	Dr. Höck (Salzgitter) *	Jürgensen *
Hahn *	Höcker *	Junghans *
Dr. Haindl	Hoefler (Hannover)	Jungherz
Hamacher *	Höfler (Freiburg) *	Jungmann
Dr. von Haniel-	Högn	<b>K</b>
Niethammer *	Dr. Hoegner	Käber
Hansen (Hürth)	Höhmann *	
Hansen (Kiel)	Höhne *	
Hansen (Stuttgart)		

Kaesehage	Könen (Düsseldorf) *	Dr. Leber (Öffingen)
Frau Kaiser	Koenen (Lippstadt) *	Leeger (Stuttgart)
Kalbers	König (Diersheim)	Leicht *
Kalbitzer *	Königs (Ratingen)	Dr. Leiske *
Frau Kalinke *	Dr. Königswarter *	Dr. Lemke
Dr. Kammhuber	Kohl	Lemmer (Berlin) *
Dr. Kanka *	Dr. Kohut *	Lemmer (Remscheid)
Kappius	Frau Dr. Konrad	Lemmer (Siegburg)
Frau Kassen	Dr. Kopf (Freiburg) *	Lempken (Homburg)
Katzer *	Kopp (Marpingen)	Lensing
Frau Keilhack *	Frau Korpeter *	Lenz (Brühl) *
Keller (Groß Sittensen)	Kraft *	Lenz (Trossingen) *
Keller (Neheim) *	Kramel *	Lenze (Attendorf) *
Kellner (Regensburg)	Krammig *	Leonhard *
Kemmer *	Krampe	Lermer *
Dr. Kempfler *	Frau Krappe *	Leukert *
Kerl	Kraus *	Leuninger
Kersten	Dr. Krause (Hanau)	Dr. Leuze
Frau Kettig *	Krause (Mannheim)	Dr. Leverkusuehn *
Keuning *	Kreibohm	Limbeck
Kiesecker	Kreitmeyer *	Linden
Kiesinger	Kremer	Dr. Lindenberg *
Killat (Unterbach) *	Dr. Kreyssig *	Dr. Lindrath *
Kinat (Spork) *	Kriedemann *	Linke
Frau Kipp-Kaule *	Kroll *	Dr. Löhr *
Kirchhof (Detmold)	Dr. Krone *	Logemann *
Kirchhoff (Werdohl) *	Frau Krüger (Lübeck)	Lohmann (Walsum)
Klausch	Krüger (Neheim) *	Lohmar (Bielefeld) *
Dr. Klein (Berlin)	Krüger (Olpe) *	Lohreng (Felsberg)
Klein (Flensburg)	Krug *	Lorenz (Berlin)
Klein (Niederkostenz)	Frau Dr. Kuchtner *	Frau Lowka
Kleinknecht	Kühlthau *	Ludwig *
Frau Klemmert *	Kühn (Bonn) *	Dr. h. c. Lübke *
Dr. Kliesing (Honnef) *	Kühn (Köln) *	Lücke (Bensberg) *
Klindworth	Dr. Küsswetter	Lücke (Osnabrück) *
Klingen	Kuhngamberger	Lücker (München) *
Klingspor	Kuhr	Frau Dr. Dr. h. c. Lüders
Klinker	Kummernuss	*
Dr. von Klüchtzner	Kunst *	Lünenstrauß *
Knäpper	Kuntscher *	Lulay *
Knapp	Kunze (Bassum)	Luth
Knobloch *	Kunze (Bethel) *	Lutz
von Knoeringen	Kurlbaum *	<b>M</b>
Dr. Knorr *	Kuske	Dr. Maas
Knudsen	<b>L</b>	Maier (Freiburg) *
Koch *	Lang (Kochertürn)	Maier (Mannheim) *
Köcher	Lang (München) *	Dr. Maier (Stuttgart) *
Dr. Köchling	Lange (Essen) *	Majonica *
Köhler *	Lantermann *	Dr. Baron Manteuffel-
Köglspurger	Lautenschlager	Szoega *
Köllen	Leber (Frankfurt) *	Margulies *

Marquardt  
Dr. Martin \*  
Marx (München) \*  
Marx (Rüsselsheim)  
Matthes \*  
Mattick \*  
Matzner \*  
Maucher \*  
Mauk \*  
Frau Maurer (Mann-  
heim)  
Frau Maurer (Stuttgart)  
Frau Dr. Maxsein \*  
Dr. Meder  
Meis \*  
Meitmann \*  
Frau Mellies  
Mommel \*  
Dr. Mende \*  
Mengel  
Mengelkamp \*  
Menges  
Menke \*  
Mensing \*  
Mentzel (Eckernförde)  
Dr. Menzel (Bonn) \*  
Dr. von Merkatz \*  
Merten \*  
Metter \*  
Metzger \*  
Meyer (Berlin) \*  
Dr. Meyer (Frankfurt)  
Meyer (Hagen) \*  
Meyer (Oppertshofen) \*  
Meyer (Wanne-Eickel)  
Frau Meyer-Laule \*  
Dr. Meyers (Mönchen-  
Gladbach) \*  
Michel  
Mick \*  
Dr. Middelhauve  
Dr. Miessner \*  
Mikolaschek  
Miltenberger  
Mischnick \*  
Mittwich  
Möhlmann  
Möhring  
Möller (Hausberge)  
Dr. Möller (Karlsruhe)  
Dr. Mommer \*

Frau Most  
Muckermann \*  
Mühlbauer  
Mühlenberg \*  
Müller (Brakel)  
Müller (Erbendorf) \*  
Müller (Eschweiler)  
Müller (Ludwigshafen)  
Dr. Müller (Mannheim)  
Müller (Ravensburg) \*  
Dr. Müller (Schwäbisch  
Hall)  
Müller (Tettau)  
Müller (Worms) \*  
Müller-Hermann \*  
Müller-Link  
Müser \*  
Muhler  
Munzinger \*  
Murr \*  
**N**  
Frau Nadig \*  
Dr. Nebinger  
Dr. Neinhaus  
Nellen \*  
Nerlinger  
Neubauer \*  
Neuburger \*  
Neumann \*  
Dr. Neuwirth  
Nieberg \*  
Niederalt \*  
Nieswandt  
Frau Niggemeyer \*  
Nischwitz  
van Nes Ziegler  
**O**  
Dr. Dr. Oberländer \*  
Oberle  
Odenthal \*  
Oesterhelt  
Dr. Oesterle \*  
Oetzel \*  
Ohning  
Ollenhauer (Bonn) \*  
Frau Ollenhauer (Ham-  
burg)  
Dr. von Oppen  
Orgass  
Dr. Orth  
Osterndorff

Osterroth  
Ostmeyer  
**P**  
Frau Dr. Pannhoff \*  
Pape  
Paul \*  
Paulmann  
Dr. Paulssen  
Pawlik  
Pelster \*  
Pernoll \*  
Pesch  
Peters \*  
Pfeifer  
Dr. h. c. Pferdmenes \*  
Pfestorf  
Dr. Pfirstinger  
Dr. Pflaumbaum \*  
Dr. Philipp \*  
Picard  
Pieper  
Pietscher \*  
Frau Pitz-Savelsberg \*  
Platte (Treysa)  
Platten (Mörsdorf)  
Pöhler \*  
Poellath  
Pohle \*  
Post  
Dr. Pottebaum  
Prasuhn  
Dr. Preiß \*  
Prennel \*  
Dr. Preusker \*  
Priebe \*  
Probst (Freiburg) \*  
Frau Dr. Probst \*  
Pürsten  
Pütz \*  
Pusch \*  
**R**  
Dr. Raabe  
Rack  
Rademacher \*  
Radke  
Ramms \*  
Rasch \*  
Rasner \*  
Dr. Ratzel \*  
Rau  
Rauch (Kitzingen)

Rauch (Laufen)	Schaefer (Bocholt)	Dr. Schneider (Kassel)
Regitz	Schäfer (Neu °)	Schneider (Konstanz)
Regling *	Schäfer (Saarbrücken)	Dr. Schneider (Lollar) *
Frau Dr. Rehling *	Dr. Schäfer (Tübingen) *	Dr. Schneider (Saarbrücken) *
Rehm	Schäffer *	Schneider (Wuppertal)
Rehs *	Schäperkötter	Schneier (Zeil)
Dr. Reinhard (Unterweissenborn) *	Frau Schanzenbach *	Dr. Schober
Frau Reinhardt (Stade)	Scharnberg *	Schoemer
Reinke	Scharnowski *	Schöner
Reinköster	Frau Schaub	Schönfelder
Dr. Reith *	Scheel *	Schoenfeldt
Reitz *	Dr. Schellenberg *	Schoettle *
Reitzner *	Scheppmann *	Scholz
Frau Renger *	Scherber	Schoof
Reuter	Dr. Scherf	Dr. Schranz *
Frau Restle	Scheuerlein	Dr. Schreiber
Richardon	Scheufelen	Dr. Schröder (Düsseldorf) *
Richarts *	Scheuren *	Schröder (Lentförden)
Richter (Frankfurt)	Schiffer	Schröder (Osterode) *
Richter (Hamburg)	Dr. Schild *	Schröder (Berlin) *
Riedel (Frankfurt) *	Schiller	Schroth
Riegel (Göppingen)	Schirpenbach	Schüttler *
Dr. Riesebrodt	Schlee *	Frau Schütz (Berlin-Lichterfelde)
Dr. Ripken *	Schlichtinger	Schütz (Berlin-Wilmersdorf) *
Ritterbecks	Schlick *	Schütz (München) *
Ritzel *	Schlingmann	Schuhmann
Rock	Schlömer	Schult (Eckernförde)
Rodemer	Frau Schlüter	Schultz (Gaubischsheim) *
Frau Rösch *	Dr. Carlo Schmid (Frankfurt) *	Schulze-Pellengahr *
Rösing *	Schmiedel	Schuster
Rohde *	Schmiedke	Schwarz (Frauenholz) *
Rohlmann	Schmidt (Ewersbach)	Schwarz (Leubsdorf)
Rohner	Dr. Schmidt (Gellersen) *	Dr. Schwarz (Nürtingen)
Ropers (Sittensen)	Schmidt (Hachenburg)	Schwarz (Stuttgart)
Dr. Roters (Münster)	Schmidt (Hamburg) *	Schwarzbach
Rothley	Frau Dr. Schmidt (Pfafehofen)	Schwarze (Paderborn)
Frau Rudoll *	Dr. Schmidt (Wuppertal) *	Frau Dr. Schwarzhaupt *
Rübenstrunk	Rudi Schmitt (Frankfurt)	Dr. Schwinkowski
Dr. Rüdell (Kiel) *	Frau Schmitt (Fulda) *	Dr. Schwörer *
Ruf *	Schmitt (Rimbach)	Dr. Seebohm *
Ruhnau	Schmitt (Vockenhausen) *	Dr. Seffrin *
Ruhnke *	Schmücker *	Seidel (Fürth) *
Dr. Ruhrländer	Frau Schneider (Berlin)	Seidl (Dorfen) *
Ruland *	Schneider (Bremerhaven) *	Seipp
Runge	Schneider (Hamburg) *	Seither *
Dr. Rutschke *		Semprich
<b>S</b>		
Sander (Bonn)		
Sander (Golmbach) *		
Schachtner		

---

Dr. Serres *	Struve *	Wallauer
Seuffert *	Dr. Stuckel	Walpert *
Dr. Seume *	Stübinger	Walter (Hamburg)
Siebel (Freudenberg) *	Stücklen *	Walter (Wanfried) *
Frau Siegel (Rappers- hausen)	Stümer	Walter (Wiesbaden)
Dr. Siemer *	Sühler *	Frau Dr. Walz
Siensen	<b>T</b>	Frau Warnecke
Simonis	Tegeler	Frau Dr. h. c Weber (Es- sen) *
Simpfendörfer *	Teriete *	Weber (Georgenau) *
Smektala	Theis (Berlin)	Dr. Weber (Koblenz) *
Soldmann	Theis (Duisburg) *	Weber (Korbach)
Solke *	Thies	Weber (Oedekoven)
Sommer	Thomas	Wedel (Burgthann)
Spiecker	Thome	Wedel (Groß Umstadt)
Spies (Brücken) *	Thordsen	Wegener *
Spies (Emmenhausen) *	Thürmer	Wehking *
Spitzmüller *	Frau Tillmanns	Dr. Wehmeier
Stahl *	Tobaben *	Wehner *
Dr. Stammberger *	Tölle	Wehr (Bremerhaven) *
Dr. Starke *	Tönges	Wehr (Kempten)
Stauch *	Dr. Toussaint *	Weigl
Dr. Stechmann	Treichel	Weimer *
Dr. Stecker *	<b>U</b>	Weindl
Dr. Steffan (München)	Unertl *	Weinkamm *
Dr. Stein	Dr. Unshelm	Weise
Frau Dr. Steinbiß *	<b>V</b>	Weiß
Steinhoff	Varelmann *	Welke *
Frau Steinke	Verhar *	Wellmann
Dr. Steinmetz *	Verhoff	Welslau *
Stelter	Vetter	Frau Welter (Aachen) *
Stenger *	Vitt	Dr. Weltner (München)
Stephan (Dortmund)	Vittinghoff	Weltner (Rinteln) *
Stiefvater	Voelker (Berlin)	Wendelborn *
Stierle *	Völker (Worms)	Dr. Werber *
Stiller *	Vogel (Hamerz)	Wertz
Stingl *	Dr. Vogel (Aalen) *	Frau Wessel *
Stöckemann	Vogt *	Westenberger
Dr. Stoltenberg *	van Volxem	Weyer
Frau Stommel	Dr. Vomfelde	Frau Wicke
Storch *	Voos	Wiedemeier
Dr. Storm (Duisburg) *	Frau Vorweg	Frau Wieland (Heessen)
Storm (Meischenstorf) *	<b>W</b>	Wienand (Schladern) *
Stracke	Wacher (Hof) *	Wieninger *
Sträter *	Wacker (Bendorf)	Wiesmann
Strauß *	Dr. Wagner (Heppen- heim)	Wilhelm *
Frau Dr. Strecker	Wagner (Günzburg)	Dr. Wilhelmi *
Striebeck *	Wagner (Ludwigshafen)	Dr. Will *
Striek	*	Dr. Willeke *
Frau Strobel *	Dr. Wagner (München)	Wilper
Dr. Strodthoff	Dr. Wahl *	Windelen *

---

Wingendorf  
Winkelheide \*  
Winkels  
Dr. Winkler (Freiburg)  
Winkler (Sulzbach)  
Winter (Erkenschwick)  
Dr. Winter (Fürth) \*  
Winter (Silixen)  
Wirsching  
Wischnewski \*  
Dr. Witten  
Wittmann \*  
Wittmer-Eigenbrodt \*  
Wittrock (Kassel)  
Wittrock (Wiesbaden) \*  
Dr. Wlaschek  
Frau Woldering  
Dr. Wolf (Bad Godes-  
berg)  
Wolf (Neustadt)  
Frau Jeanette Wolff \*  
Frau Ida Wolff  
Wolfskeil  
Wolters  
Worms \*  
Dr. Wuermeling \*  
Wullenhaupt \*  
Wurster  
Wurz  
**Z**  
Zahn  
Zettel  
Dr. Ziersch \*  
Dr. Zimmer \*  
Frau Zimmermann  
(Brackwede)  
Dr. Zimmermann (Mün-  
chen) \*  
Zinnkann  
Zoglmann \*  
Zoller  
Zühlke \*

**Zusammensetzung nach Parteien**

Parteien	Mitgl. d. Bundesvers., die Mitgl. des Bundestages sind	Mitgl. d. Bundesvers., die von den Volksvertretungen der Länder gewählt wurden*)	Insgesamt
CDU/CSU	279	238	517
SPD	181	205	386
FDP	44	38	82
DP	15	9	24
BP	-	6	6
GB/BHE	-	20	20
DPS	-	3	3
insgesamt:	519	519	1 038

---

\*) Vgl. Artikel 54 Abs. 3 GG



**Zusammensetzung nach Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten**

Länder	CDU/CSU			SPD			FDP			GB/BHE		
	MdL	Nicht-MdL	insg.	MdL	Nicht-MdL	insg.	MdL	Nicht-MdL	insg.	MdL	Nicht-MdL	insg.
Baden-Württemberg	18	15	33	10	11	21	9	3	12	3	1	4
Bayern	-	44	44	13	15	28	1	2	3	-	7	7
Berlin	5	4	9	12	-	12	-	-	-	-	-	-
Bremen	1	-	1	4	-	4	-	-	-	-	-	-
Hamburg	3	3	6	8	2	10	1	-	1	-	-	-
Hessen	15	-	15	20	2	22	4	-	4	2	1	3
Niedersachsen	9	11	20	-	26	26	3	-	3	3	2	5
Nordrhein-Westfalen	36	41	77	38	21	59	4	7	11	-	-	-
Rheinland-Pfalz	17	-	17	10	2	12	3	-	3	-	-	-
Saarland	5	-	5	2	-	2	-	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	11	-	11	2	7	9	1	-	1	1	-	1
Insgesamt:	120	118	238	119	86	205	26	12	38	9	11	20

Fortsetzung  
nächste Sei-

te

– Fortsetzung –

Länder	CDU/CSU			SPD			FDP			GB/BHE		
	MdL	Nicht-MdL	insg.	MdL	Nicht-MdL	insg.	MdL	Nicht-MdL	insg.	MdL	Nicht-MdL	insg.
Baden-Württemberg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	40	30	70
Bayern	6	-	6	-	-	-	-	-	-	20	68	88
Berlin	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	4	21
Bremen	-	-	-	-	1	1	-	-	-	5	1	6
Hamburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12	5	17
Hessen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	41	3	44
Niedersachsen	-	-	-	5	3	8	-	-	-	20	42	62
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	78	69	147
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	30	2	32
Saarland	-	-	-	-	-	-	3	-	3	10	-	10
Schleswig-Holstein	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15	7	22
Insgesamt:	6	-	6	5	4	9	3	-	3	288	231	519

Zusammengestellt nach Unterlagen des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages

## Stenographischer Bericht

Berlin, Mittwoch, den 1. Juli 1959<sup>36)</sup>

Die Sitzung wird um 11 Uhr 1 Minute durch den Präsidenten D. Dr. Gerstenmaier eröffnet.

**Präsident D. Dr. Gerstenmaier:** Die Bundesversammlung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie willkommen in Deutschlands Hauptstadt Berlin. Ich begrüße die Mitglieder der Bundesversammlung. Ich begrüße zahlreiche ausländische Gäste, unter ihnen die Botschafter und die Mitglieder der ausländischen Missionen. Ich begrüße die Bundesregierung und die Vertreter des Bundesrates. Ich begrüße alle anderen hier versammelten Vertreter der Länder der Bundesrepublik, unter ihnen die Regierung und das Abgeordnetenhaus von Berlin. Und schließlich grüße ich die vielen anderen, die hierhergekommen sind oder die am Bildschirm und Rundfunk Zeugen der freien Wahl des zweiten deutschen Bundespräsidenten sind.

Der Respekt vor der beschworenen Verfassung ist der einzige Grund, der das verehrte seitherige Haupt der Bundesrepublik Deutschland — gegen den Wunsch vieler — von seinem Amte Abschied nehmen läßt. Derselbe Respekt vor der Verfassung gebietet uns, heute seinen Nachfolger zu wählen.

Nach Art. 54 Abs. 3 des Grundgesetzes besteht die **Bundesversammlung** aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden. Die Bundesversammlung besteht somit aus 519 Mitgliedern des Bundestages und 519 von den Länderparlamenten Gewählten; das sind insgesamt 1038 Mitglieder. Es entsenden die Länder:

Baden Württemberg	70 Mitglieder,
Bayern	88 Mitglieder,
Berlin	21 Mitglieder,
Bremen	6 Mitglieder,
Hamburg	17 Mitglieder,
Hessen	44 Mitglieder,
Niedersachsen	62 Mitglieder,
Nordrhein-Westfalen	147 Mitglieder,
Rheinland-Pfalz	32 Mitglieder,
Saarland	10 Mitglieder,
Schleswig-Holstein	22 Mitglieder.

Ich stelle fest, daß die Parlamente der Bundesländer diese von ihnen in die Bundesversammlung entsandten Mitglieder ordnungsgemäß gewählt und bekanntgemacht haben. Der Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes bestimmt, dass zum Bundespräsidenten gewählt ist, wer in einem der beiden ersten Wahlgänge die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhöht oder wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Ich stelle fest, daß in den beiden ersten Wahlgängen einer der Bewerber mindestens 520 Stimmen auf sich vereinigen muß, um gewählt zu sein. Dabei ist zugrunde gelegt, daß die **Mitglieder des Landes Berlin** in dieser Wahl **volles Stimmrecht** haben.

<sup>36)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlper., Stenogr. Berichte. Bd. 44. S. 1-7.

(Allgemeiner Beifall.)

Ich möchte dazu folgendes sagen, meine Damen und Herren. Das Grundgesetz gilt nach seinem Art. 23 auch im Lande Berlin. Für den Fall, daß die volle Einbeziehung Berlins in die Bundesrepublik Deutschland durch Eingriffe von außen gehindert würde, hat der Verfassungsgesetzgeber die Bestimmung des Art. 144 Abs. 2 in das Grundgesetz aufgenommen. Die Bestimmung lautet:

Soweit die Anwendung dieses Grundgesetzes in einem der in Artikel 23 aufgeführten Länder oder in einem Teile eines dieser Länder Beschränkungen unterliegt, hat das Land oder der Teil des Landes das Recht, gemäß Artikel 38 Vertreter in den Bundestag und gemäß Artikel 50 Vertreter in den Bundesrat zu entsenden.

In einem Beschluß vom 21. Mai 1957 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt:

Berlin ist ein Land der Bundesrepublik. Das Grundgesetz gilt grundsätzlich auch in Berlin. Soweit der Vorbehalt der Drei Mächte reicht und aufrechterhalten wird, unterliegt allerdings die Anwendung des Grundgesetzes in Berlin Einschränkungen. Soweit der Vorbehalt der Drei Mächte nicht entgegensteht, müssen aus der grundsätzlichen Geltung des Grundgesetzes für Berlin alle Folgerungen gezogen werden.

Es blieb mir daher zu prüfen, meine Damen und Herren, ob sich der Vorbehalt der Drei Mächte auch auf die Bundesversammlung erstreckt und ob er aufrechterhalten wird. In dem Vorbehalt des Genehmigungsschreibens der Drei Mächte zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 ist die Bundesversammlung nicht erwähnt. Sie ist ein Verfassungsorgan anderer Art als Bundestag und Bundesrat, mit einer im wesentlichen anderen Aufgabe, als sie den gesetzgebenden Körperschaften im allgemeinen gestellt ist. Die Berliner Mitglieder haben bereits 1954 stimmberechtigt an der Bundesversammlung teilgenommen. Die Drei Mächte haben damals Einwendungen nicht erhoben. Inzwischen hat sich die Rechtslage insofern weiterentwickelt, als jene Vorbehaltsrechte im Deutschland-Vertrag von der Bundesrepublik bestätigt und mit unserem Willen Vertragsrecht geworden sind. In Art. 6 Abs. 2 des Deutschland-Vertrages hat sich die Bundesrepublik überdies verpflichtet, ihrerseits mit den Drei Mächten zusammenzuwirken, „um es ihnen zu erleichtern, ihren Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin zu genügen“. Es steht fest, auch in diesem Augenblick steht fest, daß die Drei Mächte nach wie vor die oberste Gewalt in Berlin ausüben. Ich hätte es demgemäß als meine Pflicht angesehen, Bedenken der Drei Mächte jederzeit zu respektieren. Solche Bedenken sind jedoch bis zur Eröffnung der Bundesversammlung nicht geltend gemacht worden. Ich halte mich deshalb in Übereinstimmung mit der zitierten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes für verpflichtet, das Stimmrecht der Berliner Mitglieder der Bundesversammlung uneingeschränkt anzuerkennen.

(Allgemeiner Beifall.)

Schließlich möchte ich, meine Damen und Herren, noch ein Wort zu der **Einberufung dieser Versammlung nach Berlin** sagen. Als ich diese Absicht am 14. Oktober 1958 ankündigte, gab es dafür keinen anderen Grund als heute. Daß wir hier zusammentreten, soll nichts anderes besagen als dies, daß wir der Einheit unserer Nation auch im Elend der Teilung treu bleiben wollen und daß wir den Teil unseres Volkes nicht allein lassen,

der unter der Last und dem Erbe der dunklen Jahre unserer Geschichte in besonderer Weise leidet. Wir denken dabei vor allem an die 17 Millionen in der sowjetisch besetzten Zone, und wir denken an die tapferen Bürger dieser Stadt. Ich hielt es für unvertretbar, nach dem Bekanntwerden der sowjetrussischen Note vom 27. November 1958 irgend etwas zu tun, was unsere Beständigkeit darin in Zweifel gezogen hätte. In größter Geduld und in der fortdauernden Bereitschaft zu einer tragbaren Verständigung mit Sowjetrußland haben wir auch die Genfer Verhandlungen verfolgt. Ihr bisheriger Verlauf hat indes die meisten von uns davon überzeugt, daß es ganz nutzlos gewesen wäre, die Bundesversammlung in Berlin abzusagen. Selbstverständlich beabsichtigen wir damit niemand auf der ganzen Welt im mindesten zu provozieren. Uns schwer Geschlagenen ist es um nichts mehr zu tun, als in der Gemeinschaft unseres ganzen Volkes frei zu leben und dankbar dem Frieden zu dienen. Dieses Recht wollen wir uns aber auch von niemand streitig machen lassen.

Wir würden vor uns selbst und der Welt unglaublich, wenn wir nicht das Unsere uneingeschränkt täten, um dieses Recht wahrzunehmen. Wir wären der Einsichten nicht wert, die uns in schweren Prüfungen zugewachsen sind, wenn wir im Anblick von Drohungen und von Ungemach zurückwichen und vergäßen, was wir der Treue zu den besonders Bedrückten und Bedrohten in unserem Volke schuldig sind. Ihnen, uns selber und der Welt schulden wir Deutschen, wo wir auch stehen, jene friedfertige, aber völlig entschlossene Beständigkeit, die die geläuterte Frucht eines schweren Schicksals ist. Nicht die Absicht, zu provozieren, nicht einmal der Zorn und der Unmut über die fortgesetzten Provokationen der Ulbricht und Genossen hat uns hierher gebracht, sondern allein die schlichte Treue zu dieser Stadt, zu unserem Volk im ganzen und zu unserer eigenen Geschichte.

(Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! In jener unheilvollen **Note der sowjetrussischen Regierung vom 27. November 1958**, der Note, in der die Freiheit dieser Stadt aufgekündigt und der Friede der Welt gefährdet wird, steht immerhin ein denkwürdiger Satz des Ministerpräsidenten Chruschtschow. Auf die Frage, warum wir hier sind, antworte ich in voller Übereinstimmung mit diesem Satz: Wir sind hier, weil wir uns, wie Herr Chruschtschow sagt, der Bedeutung voll bewußt sind, die Berlin „als historische Hauptstadt für das gesamte deutsche Volk besitzt“. Davon werden wir auch in der Zukunft nicht lassen.

(Erneuter allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wir kommen nunmehr zur **Konstituierung der Bundesversammlung**. Der § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten vom 25. April 1959 bestimmt:

Der Präsident des Bundestages leitet die Sitzungen und Geschäfte der Bundesversammlung. Auf ihren Geschäftsgang findet die Geschäftsordnung des Bundestages sinngemäße Anwendung, sofern sich nicht die Bundesversammlung eine eigene Geschäftsordnung gibt.

Ich schlage vor, es bei dieser sinngemäßen Anwendung der Geschäftsordnung des Bundestages zu belassen. Ich frage, ob das Haus damit einverstanden ist. — Ich höre keinen Widerspruch. Die Geschäftsordnung des Bundestages findet somit sinngemäße Anwendung.

Der § 49 der Geschäftsordnung des Bundestages bestimmt:

Der Bundestag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Abgeordneten im Sitzungssaal anwesend sind.

Meine Damen und Herren, es wird nicht bezweifelt — ein flüchtiger Blick genügt, um dies festzustellen —, daß ganz offensichtlich mehr als die Hälfte der Bundesversammlung hier im Sitzungssaale anwesend ist. Die Bundesversammlung ist somit beschlußfähig.

Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die Schriftführer, abweichend von der Geschäftsordnung des Bundestages, durch Zuruf zu wählen. Ist die Bundesversammlung damit einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch; es ist so beschlossen.

Als Schriftführer schlage ich Ihnen vor, die Herren Abgeordneten Berlin, Bürgermeister, Faller, Giencke, Dr. Götz, Huth, Frau Abgeordnete Geisendörfer, die Herren Abgeordneten Janota, Josten, Junghans, Frau Kettig und Frau Krappe, die Herren Abgeordneten Dr. Küsswetter, Lange (Essen), Lorenz, Matzner, Meyer (Berlin), Möhlmann, Ritzel, Frau Abgeordnete Rösch, die Herren Abgeordneten Rodemer, Dr. Rutschke, Sander, Seither, Dr. Seffrin, Siebel, Spies (Emmenhausen), Sühler und Wullenhaupt. Besteht Einverständnis mit diesem Vorschlag? — Ich höre keinen Widerspruch. Die Schriftführer sind demgemäß gewählt.

Ich bitte nunmehr den Herrn Bundestagsabgeordneten Siebel zu meiner Rechten und die Frau Bundestagsabgeordnete Krappe zu meiner Linken als Schriftführer Platz zu nehmen.

Damit, meine Damen und Herren, ist die Bundesversammlung konstituiert. Der § 9 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten bestimmt:

**Wahlvorschläge** für die Wahl des Bundespräsidenten kann jedes Mitglied der Bundesversammlung beim Präsidenten des Bundestages schriftlich einreichen. Für den zweiten und dritten Wahlgang können neue Wahlvorschläge eingebracht werden. Die Wahlvorschläge dürfen nur die zur Bezeichnung des Vorgeschlagenen erforderlichen Angaben enthalten; die schriftliche Zustimmungserklärung des Vorgeschlagenen ist beizufügen.

Schriftlich vorgeschlagen wurden:

von der Fraktion der CDU/CSU Dr. h. c. Heinrich **Lübke**, Mitglied des Bundestages und Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,

von der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Professor Dr. Carlo **Schmid**, Vizepräsident des Bundestages,

von der Fraktion der Freien Demokratischen Partei Dr. Max **Becker**, Vizepräsident des Bundestages.

Der Sitzungsvorstand hat festgestellt, daß die Wahlvorschläge den gesetzlichen Voraussetzungen entsprechen. Die schriftlichen Zustimmungserklärungen der Vorgeschlagenen liegen vor. Ich frage, ob noch weitere Wahlvorschläge eingereicht werden. — Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich mache darauf aufmerksam,

daß Wahlvorschläge nur schriftlich eingereicht werden können.

Gewählt werden können nur die vorgeschlagenen Kandidaten. Meine Damen und Herren, ich bitte das zu beachten. § 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten bestimmt:

Stimmzettel, die auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten, sind ungültig.

Zum **Abstimmungsverfahren** stelle ich ferner fest: Nach § 9 Abs. 3 des eben genannten Gesetzes wird mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln gewählt. Die Verwendung anderer Stimmzettel macht die Stimme ungültig. Ich wiederhole: die Verwendung anderer Stimmzettel macht die Stimme ungültig. Das gleiche gilt, wenn ein Stimmzettel etwas anderes enthält als den Namen eines der vorgeschlagenen Kandidaten. Etwaige Zusätze oder Kommentare führen unweigerlich zur Ungültigkeit der Stimme.

Zur Erleichterung des Abstimmungs- und Auszählungsverfahrens habe ich Stimmzettel mit den Namen der Vorgeschlagenen drucken lassen. Sie finden daher in den Ihnen über das Tagungsbüro zugestellten Unterlagen Stimmzettel mit den Namen Dr. Becker, Dr. Lübke, Dr. Schmid. Ich bitte, diese Stimmzettel, zu benützen. Die Mappe enthält auch weiße Stimmzettel, da Stimmhaltung natürlich möglich bleibt. Sie ist nur durch Abgabe eines weißen Stimmzettels möglich.

Nach Art. 54 des Grundgesetzes wird der Bundespräsident ohne Aussprache gewählt. Ich kann daher weder vor noch nach der Abstimmung das Wort zur Sache erteilen.

Bei der Abstimmung wird wie folgt verfahren: Die Schriftführer zu meiner Rechten und Linken werden die Namen dem Alphabet nach aufrufen. Ich bitte Sie, den Namensaufruf an Hand der Mitgliederliste, die ihnen vorliegt, zu verfolgen und sich rechtzeitig in die Nähe der Urne zu begeben.

Ich frage nunmehr, ob alle Mitglieder der Bundesversammlung die Stimmkarten in Händen haben. — Ich höre keinen Einwand; es ist der Fall.

Da die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln erfolgen muß, bitte ich, die Stimmkarte in den beigegebenen Umschlag zu stecken. Ich bitte ferner, neben der Stimmkarte Ihre Sitzplatzkarte bereitzuhalten und beim Aufruf Ihres Namens „Hier“ zu rufen. Sodann bitte ich, dem Schriftführer an der Wahlurne, der die Platzkarten einsammelt, Ihre Platzkarte zu übergeben und schließlich ihre Stimmkarte selber in die Wahlurne zu stecken.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Abgabe der Platzkarte an die Stelle der Eintragung in die sonst übliche Anwesenheitsliste tritt. Durch Abgabe der Platzkarte wird daher ihre Anwesenheit nachgewiesen.

Meine Damen und Herren, ich eröffne nunmehr die Wahl. Ich bitte die Schriftführer, die den Dienst an der Wahlurne übernommen haben, ihre Plätze einzunehmen.

Der Wahlgang beginnt.

(Namensaufruf. — Bei der Stimmabgabe werden mit Beifall begrüßt Bundeskanzler Dr. Adenauer,

Regierender Bürgermeister Brandt (Berlin), die Bundesminister Dr. von Brentano und Dr. Dr. h. c. Erhard, Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier, die Bundesminister Lemmer und Dr. h. c. Lübke,  
die Abg. Ollenhauer, Dr. Schmid (Frankfurt) und Steinhoff, die Bundesminister Strauß und Dr. Wuermeling. —

Bei der Stimmabgabe des Bundesministers Dr. Schröder ertönen Pfliffe von links.)

Meine Damen und Herren! Ich frage, ob noch Mitglieder der Bundesversammlung im Saale sind, die ihre Stimmkarte nicht abgegeben haben. — Haben die Schriftführer ihre Stimmkarte abgegeben? — Sind noch Mitglieder der Bundesversammlung zugegen, die zwar aufgerufen sind, aber ihre Stimmkarte noch nicht abgegeben haben? — Die Abstimmung ist geschlossen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Während der Auszählung wird die Sitzung nicht unterbrochen, da die Auszählung wesentlicher Bestandteil der Wahlhandlung ist. Es steht den Mitgliedern selbstverständlich frei, inzwischen den Sitzungssaal zu verlassen. Ich bitte jedoch dafür Sorge zu tragen, daß Vertreter aller Fraktionen hier zugegen sind.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Meine Damen und Herren, ich gebe das **Ergebnis der Abstimmung** bekannt. Für den Kandidaten Dr. h. c. Lübke sind 516 Stimmen abgegeben worden, für den Kandidaten Dr. Carlo Schmid sind 385 Stimmen abgegeben worden, und für den Kandidaten Dr. Becker (Hersfeld) sind 104 Stimmen abgegeben worden. Enthalten haben sich 25 Mitglieder der Bundesversammlung; keine ungültigen Stimmen. Gesamtstimmenzahl: 1030.

Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, d. h. wer, wie ich schon vorhin erklärt habe, mindestens 520 Stimmen auf sich vereinigt.

Ich stelle fest: Keiner der vorgeschlagenen Kandidaten hat diese Mehrheit erreicht. Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes muß nunmehr ein **zweiter Wahlgang** stattfinden. Auch in diesem Wahlgang ist nach Art. 54 nur gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung, d. h. mindestens 520 Stimmen auf sich vereinigt.

Nach § 9 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten können für den zweiten Wahlgang neue Vorschläge eingebracht werden. Meine Damen und Herren, ich lege diesen Satz so aus, daß im zweiten Wahlgang die Wahlvorschläge, die für den ersten Wahlgang gemacht worden sind, aufrechterhalten bleiben, soweit sie nicht zurückgezogen werden, und daß zusätzlich neue Vorschläge gemacht werden können.

Für neue Wahlvorschläge gilt § 9 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten, d. h. Wahlvorschläge können von jedem Mitglied der Bundesversammlung schriftlich eingereicht werden. Auch hier sind somit mündliche Vorschläge nicht zulässig. Es gilt ferner § 9 Abs. 1 Satz 3, wonach die Wahlvorschläge nur die zur Bezeichnung des Vorgesprochenen erforderlichen Angaben enthalten dürfen; die schriftliche Zustimmungserklärung des Vorgesprochenen muß beigefügt werden.

Ich frage, ob neue Wahlvorschläge eingereicht werden. — Unterbrechung der Sitzung wird nicht beantragt. — Wenn keine neuen Wahlvorschläge eingereicht werden, stelle ich



fest, daß für den zweiten Wahlgang die Vorschläge gelten, die für den ersten Wahlgang eingereicht wurden. Es können somit im zweiten Wahlgang gewählt werden: Dr. h. c. Heinrich Lübke, Mitglied des Bundestages und Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Prof. Dr. Carlo Schmid, Vizepräsident des Bundestages, und Dr. Max Becker, Vizepräsident des Bundestages.

Für diesen Wahlgang gilt gleichfalls § 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten: Stimmzettel, die auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten, sind ungültig.

Ferner gilt wie im ersten Wahlgang, dass mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln gewählt werden muß. Die Verwendung anderer Stimmzettel macht die Stimmen ungültig. Ein Stimmzettel ist ferner ungültig, wenn er etwas anderes enthält als die Bezeichnung eines der vorgeschlagenen Kandidaten.

Die Mitglieder der Bundesversammlung erhalten nunmehr für den zweiten Wahlgang in einem Umschlag eine neue — gelbe — Platzkarte und Stimmkarten wie im ersten Wahlgang. Diese werden den Mitgliedern an ihren Plätzen ausgehändigt.

Ich ordne hiermit die Verteilung der Platzkarten und Stimmkarten an. Ich bitte die Herren Schriftführer, sich demgemäß zu bemühen. Meine Damen und Herren, ich frage, ob jedes Mitglied der Bundesversammlung im Besitz seiner Platzkarte und der Stimmkarten ist. — Ich höre keinen Widerspruch. Jedes Mitglied hat seine Platzkarte und die Stimmkarten.

Ehe ich den zweiten Wahlgang eröffne, teile ich mit, daß bei der nochmaligen Durchzählung der im ersten Wahlgang abgegebenen Karten eine weitere Stimme für Herrn Dr. Lübke ermittelt worden ist. Es sind somit 516 plus 1, also 517 Stimmen abgegeben worden. Am Ergebnis des ersten Wahlganges ändert es nichts.

Wir kommen zum zweiten Wahlgang. Ich eröffne den zweiten Wahlgang und bitte den Schriftführer zu meiner Rechten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf.)

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Jaeger.)

**Vizepräsident Dr. Jaeger:** Meine Damen und Herren! Der Namensaufruf ist beendet. Ich frage: Sind noch Mitglieder der Bundesversammlung da, die nicht aufgerufen sind oder ihre Stimmkarte noch nicht abgegeben haben?

Ich frage nochmals, ob jemand seine Stimmkarte abzugeben wünscht.

Ich frage zum letzten Male: Sind noch Mitglieder der Bundesversammlung da, die nicht aufgerufen sind oder ihre Stimme nicht abgegeben haben? In diesem Falle bitte ich sie, sofort zur Wahlurne zu gehen. — Es meldet sich niemand. Ich stelle fest, daß alle anwesenden Mitglieder der Bundesversammlung im zweiten Wahlgang von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Meine Damen und Herren! Während der Auszählung dauert die Wahlhandlung an. Wenn Sie jedoch den Saal verlassen wollen, können Sie das tun. Ich werde läuten lassen, bevor das Ergebnis bekanntgegeben wird.

(Vorsitz: Präsident D. Dr. Gerstenmaier.)

**Präsident D. Dr. Gerstenmaier:** Meine Damen und Herren! Ich gebe das **Ergebnis des zweiten Wahlganges** bekannt. Für den Kandidaten Dr. h. c. Lübke wurden 526 Stimmen abgegeben,

(anhaltender lebhafter Beifall)

für Herrn Professor Dr. Carlo Schmid wurden 386 Stimmen abgegeben, für Herrn Dr. Becker wurden 99 Stimmen abgegeben. Der Stimme enthalten haben sich 22 Mitglieder.

Herr **Dr. Lübke** hat damit im zweiten Wahlgang die nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes erforderliche Mehrheit erreicht. Herr Dr. Heinrich Lübke ist somit zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

(Erneuter lebhafter Beifall.)

Nach § 9 Abs. 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten teile ich dem hier im Saal anwesenden Gewählten die Wahl mit und fordere ihn auf, binnen zwei Tagen zu erklären, ob er die Wahl annimmt. Wenn Herr Dr. Lübke schon heute bereit ist zu erklären, ob er die Wahl annimmt, dann darf ich ihn bitten, sich zu mir zu begeben.

(Bundesminister Dr. h. c. Lübke begibt sich unter lebhaftem Beifall zum Platz des Präsidenten.)

Herr Bundesminister Dr. Lübke, ich frage Sie, ob Sie die Wahl zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland annehmen?

**Bundesminister Dr. h. c. Lübke:** Werte Mitglieder der Bundesversammlung! Auf die Frage des Herrn Bundestagspräsidenten, ob ich die Wahl annehme, antworte ich: Ja, ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall.)

Ich danke für das mir erwiesene Vertrauen und hoffe zuversichtlich, daß auch diejenigen, die glaubten, mir heute ihre Stimme nicht geben zu können, auf die Dauer doch meiner Arbeit die Zustimmung nicht versagen werden.

Unser verehrter Bundespräsident Professor Dr. Heuss hat durch seine vorbildliche Amtsführung und durch seine von allen anerkannte Objektivität sich selbst und seinem Amt im In- und Ausland hohes Ansehen erworben. Auf den von ihm geschaffenen Grundlagen werde ich im Vertrauen auf Gottes Hilfe und auf die Mitarbeit aller lebendigen Kräfte in unserer Volke weiterarbeiten.

(Lebhafter Beifall.)

Sie wissen alle, daß ich am heutigen Tage weitere Erklärungen nicht abgeben kann. Aber ich möchte in dieser Stunde in unserer Hauptstadt Berlin eines aussprechen. Das Hauptanliegen aller Deutschen, das das Ziel unserer ganzen gemeinsamen Arbeit in sich schließt, ist: Ein auf Recht und Freiheit gegründetes, dem Frieden der Welt dienendes, wiedervereinigtes Deutschland.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

**Präsident D. Dr. Gerstenmaier:** Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß Herr Bundesminister Dr. Heinrich Lübke die Wahl der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland angenommen hat.

Ich spreche dem Herrn Bundesminister und künftigen zweiten Bundespräsidenten der Bundesrepublik die herzlichsten Glück- und Segenswünsche dieser Versammlung aus.

(Lebhafter Beifall.)

**Bundesminister Dr. h. c. Lübke:** Ich danke Ihnen, Herr Bundestagspräsident.

**Präsident D. Dr. Gerstenmaier:** Ich wünsche ihm für seine Amtsführung alles Gute und Gottes Segen.

Meine Damen und Herren! Die Eidesleistung des neuen Bundespräsidenten wird nach der Vorschrift des Grundgesetzes vor dem Bundestag und dem Bundesrat erfolgen. Ich berufe dazu den Bundestag ein auf den 15. September 1959, 11 Uhr vormittags.

Damit sind wir am Ende dieser Versammlung angelangt. Ich spreche den Dank der Bundesversammlung an Regierung und Stadt Berlin für die freundliche Aufnahme aus,

(allgemeiner lebhafter Beifall)

und ich spreche meinen herzlichen Dank allen Mitarbeitern aus, die das Ihre dazu beigetragen haben, daß diese Bundesversammlung ihren ungestörten Ablauf nehmen konnte.

(Erneuter allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

Die Bundesversammlung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 16 Uhr 7 Minuten.)

#### **Liste der beurlaubten Wahlmänner**

Dr. Gülh  
Dr. Hesberg  
Jahn (Frankfurt)  
Jaksch  
Köhler

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 15. September 1959  
Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Dr. h. c. Lübke  
Deutscher Bundestag, 80. Sitzung, zugleich 209. Sitzung des Bundesrates, Bonn, 15. September  
1959<sup>37)</sup>  
(Auszug)

**Präsident D. Dr. Gerstenmaier:** [...]

Herr Dr. Heinrich Lübke, ich übergebe Ihnen die Urschrift des Grundgesetzes zur Eidesleistung gemäß Artikel 56.

**Bundespräsident Dr. h. c. Lübke:** Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

**Präsident D. Dr. Gerstenmaier:** Ich stelle fest, daß Herr Dr. Heinrich Lübke den nach Artikel 56 des Grundgesetzes vorgeschriebenen Amtseid geleistet hat.

Herr Bundespräsident, Gottes Segen und unser aller guter Wille geleite Sie in Ihrem Amt!

**Bundespräsident Dr. h. c. Lübke:** Ich danke Ihnen!

**Präsident D. Dr. Gerstenmaier:** Das Wort hat der Herr Bundespräsident.

**Bundespräsident Dr. h. c. Lübke:** Sehr verehrter Herr Professor Heuss! Meine Herren Präsidenten des Bundestages und des Bundesrates! Exzellenzen! Sehr geehrte Mitglieder des Bundestages und Bundesrates! Liebe Mitbürger! Zunächst möchte ich dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, Herrn Dr. Gerstenmaier, der mir in seiner Ansprache ein freundliches Willkommen geboten hat, meinen herzlichen Dank sagen. Seine Worte sind mir heute eine Freude und für die Zukunft eine Ermutigung.

In dieser Stunde übernehme ich das mir übertragene Amt aus den Hürden eines Vorgängers, dessen Scheiden allgemein tief bedauert wird. Nur der Respekt vor der Verfassung war es, der den **Wechsel im Amte des Bundespräsidenten** bedingte.

Nach dem Grundgesetz ist die **Stellung des Bundespräsidenten** die einer neutralen Macht. Sie ist herausgehoben aus dem Bereich der Regierungsgeschäfte und an die Wahrung einer umgrenzten Anzahl von Funktionen gebunden. Die Ereignisse der vergangenen zehn Jahre haben gelehrt, daß die Pflichten des Bundespräsidenten sich nicht ohne weiteres im einzelnen festlegen lassen. Mein Herr Vorgänger hat allen aus der staatlichen Entwicklung anfallenden politischen Erfordernissen mit behutsamer und glücklicher Hand Rechnung getragen und damit bewiesen, daß menschliches Wirken auch im politischen Bereich bedeutsamer ist, als es Institutionen sind.

Im **Parlamentarischen Rat** sind die Grenzen, die das **Grundgesetz** für das Amt des Bundespräsidenten festgelegt hat, sehr eingehend diskutiert worden. Es herrschte volle Übereinstimmung, dass die **Machtbefugnisse des Bundespräsidenten** gegenüber der Zeit der

---

<sup>37)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlper., Stenogr. Berichte. Bd. 44, S. 4371 ff.

Weimarer Republik beschränkt werden müßten. Die Erklärung dafür ist leicht zu finden, wenn wir uns vor Augen halten, daß unser Grundgesetz in seinem materiellen Inhalt die Folgerung aus den sehr schmerzhaften Lehren zieht, die uns der jüngste Abschnitt unserer Geschichte erteilt hat. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates wollten die Wiederholung von zwei Übeln vermeiden: die völlige Aufsplitterung der politischen Kräfte, die in der Weimarer Republik zur Erschöpfung der Staatsautorität führte, und die Zusammenballung von großen Machtbefugnissen in einer Hand.

Weder totale Staatsmacht noch totale Auflösung der Staatsautorität ist die Erwartung, die an das Grundgesetz der Bundesrepublik in seiner praktischen Wirksamkeit geknüpft wird. Dabei sollte man aber nie vergessen, daß alle darauf gesetzten Hoffnungen enttäuscht werden können, wenn die Masse der Bürger kein inneres Verhältnis zu ihrem Staate findet.

Eine **demokratische Verfassung**, eine Verfassung eines sozialen Rechtsstaates, muß deshalb allen, die ein Stück **Staatsautorität verkörpern**, also ein öffentliches Amt innehaben, gleich einem unvergänglichen Siegel das Bewusstsein einprägen, daß sie eine dem Gemeinwohl dienende Funktion ausüben. Ich möchte damit sagen: Ein Amt ist recht geführt, wenn diese Verpflichtung des Dienens dem einzelnen Staatsbürger, der Rat und Hilfe bei der Behörde sucht, klar erkennbar wird. Sein positiver Eindruck wird sich dann auf den Staat und die Staatsform übertragen.

Dieser Weg zur Schaffung eines Vertrauensverhältnisses zwischen **Bürger** und **Staat** wird um so erfolgreicher beschritten werden, je mehr gute Vorbilder vorhanden sind, denen der jugendliche Nachwuchs nacheifern kann.

Zehn Jahre haben wir im Amte des Bundespräsidenten ein Beispiel für ständig wachsende Autorität vor uns gehabt. Heute, am Tage des Ausscheidens unseres verehrten **ersten Bundespräsidenten** aus seinem Amte, möchte auch ich ihm herzlich danken, daß er mir durch seine vorbildliche **Amtsführung**, durch die von ihm geschaffene Tradition und durch die ritterliche Art seines Beistandes in den Tagen der Überleitung die Bewältigung der vor mir liegenden Aufgaben wesentlich erleichtert hat. Uns allen, besonders aber der Jugend, der selbstlose politische Arbeit vorgelebt werden muß, war er im uneigennütigen Dienst an der Gesamtheit ein leuchtendes Beispiel.

Gestatten Sie mir jetzt einige **persönliche Bemerkungen**. Über mein bisheriges **Leben und Wirken** ist in den letzten Wochen viel geschrieben worden — sehr vieles, was mir selbst bis dahin völlig unbekannt war.

(Heiterkeit.)

Aber es ist heute nicht der Tag, an dem man sich mit Ungereimtheiten oder mit Schlimmerem auseinandersetzen könnte.

Aufgewachsen bin ich in einer ländlichen Welt mit ihrem einfachen, vielfach schweren Leben, aber auch ihren Schönheiten. Dieser Welt, mit der mich tiefe Liebe verbindet, habe ich einen großen Teil meiner bisherigen Lebensarbeit gewidmet. **Kindheit und Jugend** verbrachte ich in dem mir bis heute nahegebliebenen Dorf Enkhausen im westfälischen Sauerland in einem Elternhaus, in dem man auf tätiger Arbeit ein sparsames und unabhängiges Leben aufbaute. Die wirtschaftliche Basis eines gutgehenden handwerklichen Betriebes mit Landwirtschaft war gesund und bot mir sorglose Kinderjahre, auch nach

dem frühen Tode meines Vaters. Neben meiner guten Mutter, die überall half, wo Not war, hatte mein ältester Bruder den größten Einfluß auf meine Entwicklung. In seiner für dörfliche Verhältnisse beachtlichen Bibliothek fand ich Anregung aus vielen Wissensgebieten. Er sorgte dafür, daß die **Ausbildung** in geordneter Weise erfolgte. Auch an den Abenden im Familienkreise wurde in Lesestunden mit nachfolgenden Diskussionen oder mit musikalischen Übungen sozusagen „spielend“ weitergelernt. So begann ich mit 18 Jahren nach dem Besuch der Gymnasien Werl und Brilon nach bestandnem Abitur meine eigentliche Berufsausbildung, die dann schon nach kurzem Anlauf durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen wurde. Am 1. August 1914 meldete ich mich als Kriegsfreiwilliger in Köln in der irrigen Annahme, ich würde sonst zu spät an die Front kommen.

Erst nach Abschluß des Krieges konnte ich meine Studien fortsetzen, Examina machen und dann meine **praktische Arbeit** aufnehmen. Seit 1926 war ich Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Bauernschaft, von 1931 bis 1933 Mitglied des Preußischen Landtages.

Am 1. April 1933 wurden alle landwirtschaftlichen Organisationen, natürlich auch unsere, aufgelöst, und ich wurde am gleichen Tage verhaftet und wieder freigelassen. Nach etwa 10 Monaten erfolgte die zweite Verhaftung, die mir mehr als 20 Monate Zeit gab, darüber nachzudenken, was Freiheit und Menschenwürde bedeuten. Im August 1944 sollte ich erneut verhaftet werden, aber man hat mich dann glücklicherweise vergeblich gesucht.

Nach meiner Entlassung aus der Haft im Herbst 1935 war ich bis nach dem Zweiten Weltkrieg im Bauwesen tätig. Im Januar **1947** übernahm ich als **Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** des Landes **Nordrhein-Westfalen** die Aufgabe, die durch Krieg und Kriegsfolgen schwer zurückgeworfene landwirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern und die Ernährung der Bevölkerung des dicht besiedelten Landes zu sichern. **1953** wurde ich — nach kurzer Tätigkeit beim Raiffeisenverband — **Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**.

Besonderen Einfluß auf meine Entwicklung hatten mein Elternhaus, der Erste Weltkrieg — so merkwürdig das auch klingen mag — und meine Tätigkeit als Minister. Im Elternhaus wirkten das Vorbild derer, die für mich sorgten, die Geborgenheit in der Familie und die Verwurzelung in der Heimat. Im Kriege und als Minister für Ernährung und Landwirtschaft lernte ich Verantwortung für Leben und Gesundheit anderer zu tragen und erkannte Sinn und Bedeutung der Verpflichtung des einzelnen für die Gesamtheit. — So viel über meine Entwicklung.

Meine Damen und Herren, in dieser Stunde drängt es mich, über die Lebensfrage unseres Volkes, die **deutsche Wiedervereinigung**, zu sprechen. In dieser Sorge sind wir alle verbunden, ungeachtet der Parteizugehörigkeit, der Konfession und des Berufes, aber auch in der Auffassung, daß wir Deutschen nur ein Deutschland kennen. Einem Teil unseres Vaterlandes, der in erzwungener Unfreiheit lebt, wird aber zur Zeit noch das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung und Heimat vorenthalten. Auf die Dauer wird es aber weder durch widersinnige Grenzen noch durch gewaltsame Unterbrechung der persönlichen Verbindung ausgeschlossen werden können. Denn es wäre ein unlösbarer Widerspruch, wenn diejenigen, die heute den asiatischen und afrikanischen Völkern ihr **Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung** zubilligen, uns Deutschen dieses natürliche Recht versagten.

Deshalb trägt jeder von uns — solange die Zerrissenheit unseres Landes anhält — eine persönliche Verantwortung für die deutsche Einheit. In der tapferen Bevölkerung jenseits des Eisernen Vorhanges muß die Hoffnung lebendig bleiben, daß der Tag des Zusammenschlusses kommen wird. Nach allem, was unsere Landsleute in Mittel- und Ostdeutschland an Leid, Unterdrückung und Enttäuschung in den vergangenen Jahren erlebt haben, sollte jede unserer Erklärungen durch Taten erhärtet werden, Taten, die aus dem Gefühl der natürlichen Zusammengehörigkeit und gegenseitiger Hilfsbereitschaft geboren sein müssen.

Allen Brüdern und Schwestern in Mittel- und Ostdeutschland möchte ich heute unseren Gruß entbieten und ihnen versichern, daß wir, die in Freiheit leben, uns in besonderem Maße verpflichtet fühlen, ein geeintes Deutschland zu schaffen. Die Welt soll erkennen, mit welcher Lebendigkeit und Strahlungskraft heute und in Zukunft die Gedanken um die Einheit und das Heimatrecht in unserer Volke wirksam sind. In dieser entscheidenden Frage wird unsere Standhaftigkeit und unsere Geduld nie erlahmen.

Bei solcher Gemeinsamkeit des Willens zur Einheit kann auch **Berlin** seinen unveräußerlichen Rang als politischer Mittelpunkt Deutschlands erfolgreicher behaupten. Das Gefühl für die Bedeutung unserer **deutschen Hauptstadt** lebt in unserer Volke stärker denn je. Die dunklen Wolken, die vor wenigen Monaten über ihr auftauchten, haben die Gedanken und Energien aller Deutschen auf sie gerichtet. Deshalb war gerade in der Zeit der politischen Bedrängnis Berlins der Zusammenhalt mit der Bundesrepublik ganz besonders eng und herzlich. Daß das wirtschaftliche Leben unserer Hauptstadt damals in der westdeutschen Wirtschaft einen besonders starken Rückhalt fand, hat die Berliner Bevölkerung dankbar anerkannt. Man sieht daraus: Je schwerer die Bedrückung, desto stärker der Wille zur Freiheit und Einheit.

Am heutigen Tage treffen sich der Präsident der Vereinigten Staaten, **Eisenhower**, dessen freundschaftlicher Besuch in Bonn in unserer Erinnerung lebendig bleiben wird, und der Ministerpräsident der Sowjetunion, **Chruschtschow**. Den Besprechungen, in denen auch Deutschland und Berlin eine große Rolle spielen werden, wünschen wir im Interesse des Weltfriedens und der Freiheit aller Völker den besten Erfolg. Auch bei bescheidensten Erwartungen muß man sagen, daß durch persönliche Aussprachen verantwortlicher Männer eine **politische Entspannung** wenigstens erhofft werden kann.

Für die Verwirklichung der deutschen Wiedervereinigung sind wir auf die Unterstützung der freien Welt angewiesen. Wir können aber in unseren eigenen Anliegen nur dann auf Hilfe von außen rechnen, wenn auch wir der ungeheuren **Not** außerhalb unserer Grenzen, besonders **in den Entwicklungsländern**, aus menschlicher und christlicher Verpflichtung nach besten Kräften zu steuern suchen. Wir müssen deshalb unseren Idealismus sowie unseren Wiedergutmachungs- und Hilfswillen den übrigen Völkern durch eindrucksvolle Leistungen glaubhaft machen.

Die **Bekämpfung des Hungers in der Welt** ist dabei aus politischen und menschlichen Gründen das vordringlichste Problem. Sie alle wissen, daß die Entwicklungsländer geradezu eine Bevölkerungsexplosion erleben und daß sich in diesem Punkt für die Entwicklung in der Welt nicht nur wir Deutsche, sondern auch viele andere interessieren. Es war mir sehr interessant, daß gerade auch der Präsident Eisenhower von uns Deutschen sehr nachdrücklich gefordert hat, bei der Lösung dieses Problems zu helfen.

Das unvermeidliche Heranwachsen von Milliarden hungernder Menschen, die leicht eine Beute kommunistischer Ideen werden können, ist die Schicksalsfrage unserer Zeit. Es ist klar, dass das Nebeneinander von satten Völkern, bei denen täglich Tausende von Tonnen Lebensmitteln verderben oder vernichtet werden, und hungernden, von Seuchen und grenzenloser Armut und Unwissenheit geplagten Menschenmassen auf die Dauer völlig unmöglich ist. So wie der Bruder gegenüber dem Bruder Verantwortung trägt, so haben auch die Völker füreinander einzustehen. Beachten wir dieses Gebot nicht, so wird das aufgelöste Problem den Fortbestand unserer Zivilisation in Frage stellen.

Eine Sicherung unseres Lebens ist nur möglich durch allmähliche Eingliederung der Entwicklungsländer in unsere geistige und ökonomische Welt. Dafür Opfer zu bringen ist leicht, wenn man bedenkt, welche Summen allein in der Bundesrepublik jährlich für Tabak und alkoholische Getränke ausgegeben werden — ich nenne das nur als Beispiel —, während aus weiten Teilen der Welt der Jammer der Mütter um ihre hungernden Kinder zu uns dringt. Wollen wir uns diesem Ruf verschließen? Was wird sich ereignen, wenn die hungernden Massen, organisiert durch zerstörerische Ideologien, aufstehen und die wohlhabenden Völker zum Kampf um das Brot zwingen? Es ist eine überparteiliche gesamtdeutsche und darüber hinaus eine Aufgabe aller Industrieländer, auf die Dauer auch der Sowjetunion, hier gemeinsam zu helfen.

Wie Sie aus meinem Lebensbild ersehen konnten, habe ich meine bisherige Arbeit in großem Umfange der Entwicklung der Landwirtschaft und damit der Sicherung der Ernährung und der Bekämpfung des Hungers gewidmet. Ich möchte mich auch im weltweiten Bereich in meinem neuen Amt im Zusammenwirken mit allen Bevölkerungskreisen und allen zuständigen Stellen um die Durchführung wirksamer Förderungsmaßnahmen zur Bekämpfung des Hungers in der Welt im Wege der „Hilfe zur Selbsthilfe“ bemühen. Das bedeutet praktisch, in Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern deren eigene Nahrungsquellen zur vollen Ausnutzung zu bringen, damit sie aus eigener Kraft ihre Nahrungsorgen verringern können. Fassen wir diese Aufgabe richtig und in uneigennützigem Sinne an, dann helfen wir anderen, aber auch uns selbst.

Ich trete mein Amt mit dem Vorsatz an, mit allen meinen Kräften dem Wohle unseres Volkes und Vaterlandes zu dienen. Unser Volk und allen voran die Träger seines Willens bitte ich um Vertrauen und Mitarbeit.



**8. 4. Bundesversammlung**

1. Juli 1964

<b>Übersicht</b>	
<b>Zusammensetzung nach Parteien</b>	
CDU/CSU	485
SPD	445
FDP	104
Sonstige	8
insgesamt	1 042
<b>Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder<sup>1)</sup></b>	
Baden-	73
Württemberg	
Bayern	89
Berlin	20
Bremen	6
Hamburg	17
Hessen	45
Niedersachsen	61
Nordrhein-	147
Westfalen	
Rheinland-Pfalz	32
Saarland	10
Schleswig-	21
Holstein	
<sup>1)</sup> Bekanntmachung der Bundesregierung vom 22. April 1969 (BGBl. I S. 295, Nr. 20 vom 28. April 1964)	
<b>Tagungsort und Tagesstätte:</b> Berlin, Ostpreußenhalle	
<b>Präsident der Bundesversammlung:</b> Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier	
<b>Wahlergebnis</b>	
	1. Wahlgang
Heinrich Lübke (Vorschlag CDU/CSU)	710
Ewald Bucher (Vorschlag FDP)	123
Enthaltungen	187
ungültig	4
abgegebene Stimmen insgesamt	1 024
<b>Gewählt:</b> Heinrich Lübke im 1. Wahlgang mit 710 Stimmen <sup>2)</sup> – <b>Wiederwahl</b> –	
<sup>2)</sup> erforderliche Mehrheit: 522 Stimmen	
<b>Amtszeit:</b> 13. September 1964 bis 30. Juni 1969	

**Verzeichnis der Mitglieder****A**

Dr. Achenbach \*<sup>38)</sup>  
 Adamzyk  
 Dr. Adenauer (Köln)  
 Dr. Adenauer (Rhöndorf)  
 \*  
 Adorno \*  
 Dr. Aigner \*  
 Frau Albertz \*  
 Albrecht  
 Allmendinger  
 Dr. Althammer \*  
 Dr. h. c. Altmeier \*  
 Amrehn  
 Anders  
 Arendt (Wattenscheid) \*  
 Arndgen \*  
 Dr. Arndt (Berlin)  
 Arndt (Frankfurt) \*  
 Dr. Arnold \*  
 Dr. Artzinger \*  
 Dr. Aschoff \*  
 Dr. Atzenroth \*  
 Auge \*

**B**

Dr. Dr. h. c. Baade \*  
 Bach (Berlin)  
 Bach (Siegen)  
 Bachmann  
 Bading \*  
 Bäuerle \*  
 Bäumer (Ennigloh)  
 Bäumer (Velbert) \*  
 Frau Bahn  
 Baier (Mosbach) \*  
 Baldauf \*  
 Dr.-Ing. Balke \*  
 Balkenhol \*  
 Bals \*  
 Barthold  
 Bartsch (Berlin) \*  
 Bartsch (Mannheim)  
 Dr. Barzel \*  
 Bauer (Wasserburg) \*

Bauer (Würzburg) \*  
 Bauknecht \*  
 Baumgartner  
 Bausch \*  
 Frau Bayer (Hildesheim)  
 Bazille \*  
 Dr. Bechert \*  
 Beckenbach  
 Dr. Becker (Mönchengladbach) \*  
 Becker (Pirmasens) \*  
 Beermann  
 Behrendt \*  
 Beier (Kiel)  
 Benda \*  
 Benke  
 Berberich \*  
 Berding  
 Berger  
 Frau Berger-Heise \*  
 Bergmann (Essen) \*  
 Berkhan (Hamburg) \*  
 Frau Berkmann (Stuttgart)  
 Berlin \*  
 Frau Berns  
 Dr. Besold \*  
 Bessel  
 Dr. Best  
 Bettgenhäuser  
 Beuster \*  
 Bewerunge \*  
 Frau Beyer (Frankfurt) \*  
 Biechele \*  
 Biegler \*  
 Dr. Bieringer \*  
 Biermann \*  
 Frau Bierschenk  
 Birkelbach \*  
 Dr. Birkel  
 Dr. Birrenbach \*  
 Fürst von Bismarck \*  
 Blachstein \*  
 Blank \*  
 Bleil  
 Dr. Bleiß \*  
 Frau Dr. Bleyler \*  
 Blöcker \*  
 Frau Blohm \*

Blumenfeld \*  
 von Bodelschwingh \*  
 Dr. Boden  
 Boeck  
 Böhm (Bielefeld)  
 Dr. Böhm (Frankfurt) \*  
 Böhm (Kiel)  
 Böhme (Hildesheim) \*  
 Börger (Alsfeld)  
 Börner (Kassel) \*  
 Bösel  
 Boljahn  
 Borm  
 Borsche  
 Dr. Bosse  
 Bost  
 Braams  
 Brand (Remscheid) \*  
 Brandes  
 Brandt (Berlin)  
 Brandt (München)  
 Dr. h. c. Brauer \*  
 Frau Brauksiepe \*  
 Braun (Berlin) \*  
 Braun (Wermelskirchen)  
 Bremen  
 Dr. Brenck \*  
 Brenner  
 Dr. von Brentano \*  
 Brese \*  
 Bresgen  
 Breuer  
 Brinkmann  
 Brückner (Heidelberg)  
 Frau Dr. Brökelschen  
 Brück (Köln) \*  
 Brünen \*  
 Bruns  
 Bruse \*  
 Dr. Bucher \*  
 Buchholz  
 Buchstaller \*  
 Bühler \*  
 Büsch  
 Büttner \*  
 Burauen  
 Burckardt (Solingen) \*  
 Dr. Burgbacher \*  
 Burgemeister \*

<sup>38)</sup> \* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

Burkamp (Heddinghausen)	Dorow	Fellermaier
Burkhardt (Heilbronn)	Drachsler *	Frau Fera
Burkhart (Vöhringen)	Draeger *	Figgen *
Dr. Dr. Burlein	Drechsel	Fischer (Augsburg), Josef
Busch *	Dr. Dr. h. c. Dresbach *	Fischer (Augsburg), Leo
Buschmann	Drescher (Brilon)	Fischer (Eßlingen)
Busen	Dröscher (Kirn) *	Fischer (Konstanz)
Busse *	Drupp	Fläming
<b>C</b>	Dürr *	Dr. Flehinghaus
Caspar	Dufhues	Fleischmann
Cohrs	Durchholz	Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven) *
Conrad (Homburg)	<b>E</b>	Folger *
Dr. Conring *	Eckström	Frau Forster
Cortier *	Dr. Effertz *	Frank (Furtwangen)
Cramer (Wilhelmshaven) *	Ehnes *	Franke (Haldorf)
Cymara	Ehren (Bottrop)	Franke (Hannover) *
Dr. Czaja *	Ehrke (Berlin)	Franke (Osnabrück)
<b>D</b>	Eichelbaum *	Franken (Düsseldorf)
Dach (Berlin)	Frau Eilers *	Dr. Frankenfeld
Daffinger	Eisenmann *	Dr. Franz *
Dr. Dahlgrün *	Dr. Elbrächter *	Franzen *
Damm	Elfring	Dr. Frede *
Dannecker	Frau Dr. Elsner	Frehsee *
Dr. Danz *	Dr. Emde *	Dr. Frerichs
Dau	Emig	Dr. Frey (Bonn) *
Dr. Dehler *	Emmrich	Frau Freyh (Frankfurt) *
Deininger	Enders	Freytag
van Delden *	Engels	Frick
Deneke *	Frau Engländer *	Dr. Dr. h. c. Friedensburg *
Deringer *	Englberger	Friedrich
Frau Dessecker	Dr. Eppler *	Fritsch *
Dr. Dichgans *	Dr. Erbe (Tübingen)	Dr. Fritz (Ludwigshafen) *
Dichtel	Dr. Dr. h. c. Erhard *	
Diebäcker *	Erlebach	
Diehl	Erler *	Fuchs (Mainz)
Diekmann *	Ermert	Fuchs (Wiesbaden)
Frau Dr. Diemer-Nicolaus *	Erny	Füllenbach
Diermann	Ertl *	Frau Funcke (Hagen) *
Distler	Eschmann *	Fundel
Dr. Dittrich *	Etzel *	Dr. Furler *
Dobmeier	Dr. Even (Düsseldorf) *	<b>G</b>
Frau Döhring *	Even (Köln) *	Gabert
Dönhuber	Dr. Eyrich	Gallonska
Dr. Dörinkel *	<b>F</b>	Galuschka
Dr. Dollinger *	Falk (Hückelhoven)	Gartner
Dopatka *	Falke (Ibbenbüren) *	Gaßmann *
Dorn *	Falke (Schmallenberg)	Gaßner
Dorner	Faller *	Gedat *
	Fedde	Gefeller
	Feindt	Gehring *
	Felder *	

Geiger *	Härzschel (Schopfheim)	Hesemann *
Geisel	*	Frau Dr. Heuser *
Frau Geisendörfer *	Häussler *	von Heydebreck
Geisert	Hagedorn	Hilbert *
Dr. Geißler	Gräfin vom Hagen *	Hilgenberg
Gelder	Hahn (Bielefeld) *	Hirsch *
Gerards	Dr. Hahn (Heidelberg) *	Höcherl *
Gerlach *	Hahn (Leichlingen)	Dr. Höchst *
Dr. Gerlich *	Dr. Haindl	Höhmann (Hessisch
D. Dr. Gerstenmaier *	Hamacher *	Lichtenau) *
Gerstl	Dr. Hamm (Kaiserslau-	Höhne *
Gewandt *	tern) *	Hölzle
Gibbert *	Hammersen *	Hörauf *
Giencke *	Dr. von Haniel-	Hörmann (Freiburg) *
Frau Gies	Niethammer *	Hörnemann (Gescher) *
Gießner	Hannemann	Hösl *
Dr. Gleissner *	Hansen (Neuß)	Hoff
Glombig	Hansing (Bremen) *	Dr. Hoffmann (Saarbrü-
Glüsing (Dithmarschen)	Dr. Harm (Hamburg) *	cken)
*	Harnischfeger *	Dr. Hofmann (Aachen)
Göth	Frau Hartmann	Dr. Hofmann (Heilbronn)
Frau Goettke	von Hassel	Hohmann (Geldern)
Dr. Götz *	Hasselbach	Holkenbrink *
Gontrum *	Hauffe *	Holthoff
Dr. Gossel *	Hauser (Bad Godesberg)	Dr. Holtzmann
Gottesleben *	Hauser (Krefeld)	Hoogen *
Dr. Gradl (Berlin) *	Dr. Hauser (Sasbach) *	Frau Horn (Darmstadt)
Gradl (Wenzenbach)	Dr. Haußmann	Horn (Frankfurt) *
Greve	Haxsen	Horstmann
Grimm	Dr. Heck *	Dr. Hoven *
Gross (Bielefeld)	Heckel	Frau Dr. Hubert *
Gross (Birkenfeld)	Heckmann	Hübner *
Großmann	Heidbüchel	Hufnagel *
Grosspeter	Heide (Arnsberg) *	Hussong *
Grote	Heidenblut	Hutsteiner
Gscheidle *	Heider (Abensberg)	Dr. Huys *
Dr. h. c. Güde *	Heiland *	<b>I</b>
Günther (Hannover)	Dr. Dr. Heinemann *	Illerhaus *
Günther (Köln) *	Heinrichs	Dr. Imhoff
Günther (Lindhorst)	Heix *	Dr. Imle *
Gütlein	Hellenbrock *	Iven (Düren) *
Gutermuth	Dr. Hellige *	<b>J</b>
Freiherr zu Guttenberg *	Helms	Jacobi (Köln) *
<b>H</b>	Hennemann	Dr. Jacobi (Marl)
Haage (München) *	Herberts *	Frau Jacobi (Marl) *
Haas (Erlangen)	Herbst	Jacobs *
Frau Haas (München) *	Frau Herklotz *	Dr. Jaeger *
Haase (Kassel) *	Hermsdorf *	Jahn *
Haase (Kellinghusen) *	Herold *	Dr. h. c. Jaksch *
Haehser	Herzberg	Frau Janßen
Härtl (Donauwörth)	Dr. Hesberg *	Jensen

---

Frau Jeschke	Dr. Dr. h. c. Köchling	Lamprecht
Jochem	Köllen	Lang (München) *
Frau Joggerst	Konen (Düsseldorf) *	Lange (Essen) *
Josten *	Koenen (Lippstadt) *	Langebeck *
Jürgens (Heide)	König	Lanius
Jürgensen (Hamburg) *	Kohl	Lauk
Junghans *	Kohlberger *	Dr. Lauritzen
Dr. Jungmann *	Dr. Kohut *	Dr. Lauscher
Dr. Jungmichel	Kolo	Lautenschlager *
Junker *	Konrad (Eutin)	Lauter
<b>K</b>	Konrad (Osnabrück)	Leber *
Käber (Kiel)	Dr. Kopf *	Lebzelter
Kaeber (Wienhausen)	Koppmann	Leicht *
Dr. Käfer (Siegendorf)	Kors	Dr. Lemke
Kaffka *	Frau Korpeter *	Lemmer (Berlin) *
Kahn-Ackermann *	Kostorz	Lemmer (Düsseldorf)
Kalbitzer *	de Kowa	Lemmrich *
Frau Kalinke *	Kräcker	Lemper *
Kalinowski	Frau Kramer (München)	Lenz (Bremerhaven) *
Dr. Kanka *	Krampe gnt. Brügger	Lenz (Brühl) *
Kapp	Frau Krappe *	Dr. Lenz (Köln)
Kaptain	Kraus *	Lenz (Trossingen) *
Karl (Gräfenhausen)	Kreitmeyer *	Lenze (Attendorn) *
Dr. Kassmann	Dr. Kregel	Leonhard *
Katzer *	Dr. Kreyssig *	Lermer *
Kauermann	Kriedemann *	Leukert *
Frau Kay	Dr. Krone *	Leuninger
Kemmer *	Krüger (Neheim-Hüsten)	Liedtke
Dr. Kempfler *	Krüger (Olpe) *	Liehr *
Kerl (Freystadt)	Dr. Krümmer *	Linsert
Frau Kettig *	Krug *	Loderer
Frau Dr. Kiep-Altenloh *	Krumkamp	Dr. Löbe *
Frau Kilkowski	Kubitza *	Löffler (Berlin)
Killat *	Frau Dr. Kuchtner *	Löffler (Dottingen)
Kinnigkeit	Dr. Kübler *	Löffler (Plochingen)
Frau Kipp-Kaule *	Freiherr von Kühlmann-	Löher (Dortmund)
Klare	Stumm *	Dr. Löhr (Bonn) *
Frau Klee *	Kühn (Hildesheim) *	Frau Lösche *
Frau Klein (Neuß)	Kühn (Köln) *	Dr. Loew
Klein (Saarbrücken) *	Kühnholz	Logemann *
Dr. Kleine (Münster)	Kufner	Dr. Lohmar *
Dr. Klenk	Kuhlmann	Lorang
Dr. Kliesing (Honnef) *	Kuhngamberger	Lorenz (Berlin)
Klinker *	Kulawig *	Lorenz (Ludwigshafen)
Klose	Kuntscher *	Lorenz (Weil)
Knapper	Kupper	Dr. Lucas
Knobloch *	Kurlbaum *	Dr. Luda *
Knor (Scheer)	<b>L</b>	Dr. Ludwig
Dr. Knorr (Coburg) *	Lachenmayr	Lücke (Bensberg) *
Knudsen	Laipold	Lücke (Osnabrück) *
Dr. Koch *	Lampersbach	Lücker (München) *

Lüken-Klaßen	Meyer (Wanne-Eickel) *	Dr. Nissen *
Luiken	Dr. Meyers (Düsseldorf)	Dr. Noltenius
Lulay	Michels *	<b>O</b>
<b>M</b>	Mick *	Dr. Dr. Oberländer *
Maag	Dr. Miessner *	Obermeier
Dr. Mälzig *	Dr. Mikat	Oetzel *
Maibaum *	Milde	Frau Dr. Ohnesorge
Maier (Mannheim) *	Miltenberger	Frau Ollenhauer
Majonica *	Mirkes	Ollesch *
Manhart	Mirlach	Opitz *
Maresch	Mischnick *	Osswald
Margulies *	Missbach *	Osterloh
Marquardt (Hemmingen) *	Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Möller *	<b>P</b>
Marquardt (Kulmbach)	Dr. Mohr	Pankoke
Dr. Martin (Gießen) *	Mohrmann	Frau Dr. Pannhoff *
Martin (Heidenheim)	Molter	Paul (Bemerode)
Marx *	Dr. Mommer *	Paul (Eßlingen) *
Masuch	Moosbauer	Paulig
Matthöfer *	Dr. Morgenstern *	Peiter *
Mattick *	Moser (Neunkirchen)	Dr. Person
Frau Matuschek	Moster (Niefern)	Peters (Norden) *
Matzner *	Freiherr von Mühlen *	Peters (Poppenbüll) *
Maucher *	Müller (Aachen-Land) *	Dr. Pflaumbaum *
Mauk (Lauffen) *	Müller (Berlin) *	Dr.-Ing. Philipp *
Maurer	Dr. Müller (Bruchsal)	Piedmont
Maus (Monschau)	Müller (Erbendorf) *	Pieper
Frau Dr. Maxsein *	Müller (Habkirchen)	Pipke
Meents	Müller (Kulmbach)	Pittinger
Frau Meermann *	Müller (München)	Frau Pitz-Savelsberg *
Mehler	Müller (Nordenham) *	Frau Platiel
Meinzer	Müller (Ravensburg) *	Pleiß
Meis *	Müller (Remscheid) *	Pöhler *
Meister	Müller (Worms) *	Dr. Poepke *
Memmel *	Müllerburg	Dr. Pohlenz
Dr. Mende *	Dr. Müller-Emmert *	Porsch
Mengelkamp *	Dr. Müller-Hermann *	Porten *
Menke *	Müser *	Porzner *
Dr. h. c. Menne (Frankfurt) *	Murr *	Freiherr Poschinger von
Mentz	<b>N</b>	Frauenau
Mentzel *	Neemann	Priebe *
Dr. von Merkatz *	Dr. Nehrling	Frau Dr. Probst *
Merten *	Nellen *	Prübner
Mertes *	Frau Nestle	Pürsten
Merz	Neuburger	Pütz
Metter *	Neumann (Allensbach) *	<b>R</b>
Metzger *	Neumann (Berlin) *	Rademacher *
Meyer (Burgau)	Nickels	Radke
Dr. Meyer (Frankfurt) *	Nieberg *	Dr. Ramminger *
Meyer (Schwelm)	Niederalt *	Ramms *
	Niermann	Rasner *
		Ratmann

Rau	Frau Rudoll *	Dr. Schmidt (Wuppertal)
Rauhaus *	Rückstieß	*
Raute	Ruf *	Schmiedel
Ravens *	Ruland *	Schmitt-Vockenhausen *
Rawe	Runge	Schmitz
Regitz	Rupprecht	Schmude
Regling *	Dr. Rutschke *	Schmücker *
Rehs *	<b>S</b>	Frau Schneider (Berlin)
Reichhardt (Stade)	Sänger *	Schneider (Gelsenkirchen)
Reichmann *	Sander (Bonn)	Schneider (Hamburg) *
Reicholt	Sander (Golmbach) *	Dr. Schneider (Kassel)
Dr. Reinhard (Unterweissenborn) *	Dr. Sauber	Dr. Schneider (Saarbrücken) *
Reinhardt (Siegen)	Saxler	Schneider (Wuppertal)
Dr. Reischl *	Saxowski *	Frau Schnell
Reister	Schaap	Schnipkoweit
Reitz (Offheim)	Schäbler	Schock (Schorndorf)
Reitz (Wetzlar) *	Schäfer (Darmstadt)	Schöbel
Frau Renger *	Schäfer (Nienburg)	Schöck (Ludwigsburg)
Reuter	Dr. Schäfer (Tübingen) *	Schoettle *
Richarts *	Frau Schanzenbach *	Scholtz (Langen)
Riecken (Hamburg)	Frau Schardt	Scholz (Bottrop)
Riedel (Frankfurt) *	Schattanik	Schreiber
Riegel (Göppingen) *	Schauß	Schrepp
Rieger (Düsseldorf)	Scheel *	Frau Schroeder (Detmold) *
Dr. Rieger (Köln) *	Dr. Schellenberg *	Dr. Schröder (Düsseldorf) *
Dr. Riesebrodt	Schelten-Peterssen	Schröder (Osterode) *
Rimmelspacher (Ettlingen)	Scheppmann *	Schröder (Sellstedt)
Dr. Rinderspacher (Lahr) *	Scheuermann	Dr. Schüler
Dr. Ringel	Scheuren (Köln) *	Dr. Schütte
Ritzel *	Scheurer (Braunschweig)	Schulhoff *
Rodenstein	Dr. Schieler	Schultz (Gau-Bischofsheim) *
Frau Roeger	Schiestl	Dr. Schulz (Berlin)
Roesch (Bergisch-Gladbach)	Schirpenbach	Schulze-Pellengahr
Dr. Roesch (Fellbach) *	Schlee *	Schumertl
Rösing	Schlick *	Schuster (Ludwigshafen)
Dr. Rösler	Schlömer	Schwabe (Lindenfels) *
Rohde *	Schlotter	Schwade (Lippstadt)
Dr. Rohloff	Schmalz	Schwarz (Bonn) *
Dr. Rohwedder	Schmandt	Schwarz (Stuttgart)
Roller	Schmeck	Schwarze (Paderborn)
Rollmann *	Schmelter	Frau Dr. Schwarzhaupt *
Rommerskirchen *	Dr. Schmid (Frankfurt) *	Schweiger
Rosenberg	Schmidt (Braunschweig)	Schweizer
Frau Roß	*	Dr. Schwörer *
Rost	Dr. Schmidt (Gellersen)	Dr.-Ing. Seebohm *
Roter	*	Frau Seelbach
Rothley	Schmidt (Hamburg) *	
	Schmidt (Kempten) *	
	Dr. Schmidt (Offenbach)	
	*	
	Schmidt (Würgendorf) *	

---

Dr. Seffrin *	Dr. Storch (Mainz)	Vondano
Seibert *	Storm *	<b>W</b>
Seidel (Fürth) *	Dr. Sträter	Wächter *
Seidl (München) *	Stranka	Dr. Waffenschmidt
Seifriz *	Strathmann	Wagner (Günzburg) *
Seigel (Fischingen)	Strauß *	Frau Wagner (Lindau)
Seiler	Striebeck *	Dr. Wahl *
Seither (Lustadt) *	Frau Strobel *	Wallbrecht
Seitner (Nürnberg)	Dr. Strodthoff	Waller
Frau Seppi *	Strohmayr *	Walter (Hamburg)
Dr. Serres *	Struve *	Walter (Wanfried) *
Seuffert *	Stücklen *	Frau Dr. Walz
Dr. Seume *	Stühler	Warstatis
Sichler	Suck	Weber (Dinslaken)
Sickert	Sühler *	Weber (Georgenau) *
Frau Siegel	Dr. Süsterhenn *	Dr. Weber (Koblenz) *
Dr. Sieling	Dr. Supf *	Weber (Oedekoven)
Dr. Siemer *	<b>T</b>	Wegener *
Dr. Sinn *	Tacke	Wehking *
Smektala	Dr. Tamblé *	Dr. Wehmeier
Soetebier *	Teriete *	Wehner *
Sohns	Thape (Bremen)	Weigl *
Spaethen	Theis (Berlin)	Weinkamm *
Spies *	Theis (Duisburg) *	Weinzierl *
Spillecke	Thiemann (Düsseldorf)	Weis (Leiwen)
Spitzmüller *	Thoma (Ottobrunn)	Weiss (Hofheim)
Stamm	Thomas (Nienburg)	Welke *
Dr. Stammberger *	Tiemann (Neumünster)	Wellmann *
Stania	Tobaben *	Welslau *
Dr. Starke *	Többe-Schwegmann	Frau Welter (Aachen) *
Stauch *	Dr. Dr. h. c. Toussaint *	Weltner (Rinteln) *
Dr. Stecker *	Trees	Wendelborn *
Steen	<b>U</b>	Dr. Weng
Stein *	Übelhör	Wengler
Steinhoff *	Ullrich	Werner *
Steinle (Wangen)	Unertl *	Frau Wessel *
Steinmann	Urban *	Westernacher
Dr. Steinmetz *	<b>V</b>	Frau Wetzell
Steitz	Varelmann *	Weyer
Stenger	Vater	Wichtermann
Stephan (Dortmund) *	Verhoeven *	Wiedemeier
Stephan (Neuß)	Viellieber	Wiefel
Stiefvater	Vit (Aldenhoven)	Frau Wieland (Heessen)
Stiller *	Vittinghoff	Wienand (Schladern) *
Stingl *	Dr. Freiherr von	Frau Wienecke
Stock	Vittinghoff-Schell *	Wieninger *
Stößinger	Dr. Völker	Dr. Wiesenthal
Dr. Stoltenberg *	Vogel	Wilhelm *
Frau Stommel	Vogt (Aschaffenburg) *	Dr. Wilhelmi *
Stoß *	Dr. Vogt (Pforzheim)	Dr. Willeke *
Storch (Bonn) *	van Volxem	Wilper



---

Windelen \*  
Winkelheide \*  
Winkels  
Frau Winkelsträter  
Dr. Winter \*  
Wirtz  
Wischnewschi \*  
Dr. Witten (Hamburg)  
Wittmer-Eigenbrodt \*  
Wittwer  
Wolf (Frankfurt)  
Wolf (Lingen) \*  
Wolfskeil  
Wolter-Peeksen  
Wrede  
Wünsche  
Dr. Wuermeling \*  
Wullenhaupt \*  
Frau Wunsch  
Wynands  
**Z**  
Zahn  
Zeese  
Zeidler (Dortmund)  
Zeitler (Ismaning)  
Ziegler \*  
Zielke (Iserlohn)  
Dr. Zimmer \*  
Frau Zimmermann  
(Brackwede) \*  
Zimmermann (Cham)  
Dr. Zimmermann (München) \*  
Zink (Erlangen)  
Zink (Rüsselsheim)  
Zinnkann (Wiesbaden)  
Zinser  
Zoglmann \*  
Zuber  
Zühlke \*  
von Zworowsky

**Zusammensetzung nach Parteien**

Parteien	Mitgl. d. Bundesvers., die Mitgl. des Bundestages sind	Mitgl. d. Bundesvers., die von den Volksvertretungen der Länder gewählt wurden*)	Insgesamt
CDU/CSU	250	235	485
SPD	204	241	445
FDP/DVP	66	38	104
BP	-	3	3
GB/BHE	-	2	2
SVP	-	1	1
DPS	-	1	1
Unabhängige oder Fraktions- lose	1	-	1
insgesamt:	521	521	1 042

---

\*) Vgl. Artikel 54 Abs. 3 GG

**Zusammensetzung nach Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten**

Länder	CDU/CSU			SPD			FDP			GB/BHE		
	MdL	Nicht-MdL	insg.	MdL	Nicht-MdL	insg.	MdL	Nicht-MdL	insg.	MdL	Nicht-MdL	insg.
Baden-Württemberg	17	19	36	11	18	29	4	4	8	-	-	-
Bayern	-	47	47	14	21	35	-	4	4	1	2	3
Berlin	6	-	6	13	-	13	1	-	1	-	-	-
Bremen	2	-	2	4	-	4	-	-	-	-	-	-
Hamburg	5	-	5	8	3	11	1	-	1	-	-	-
Hessen	13	-	13	20	5	25	5	-	5	-	-	-
Niedersachsen	12	13	25	-	31	31	5	-	5	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	35	36	71	30	36	66	5	5	10	-	-	-
Rheinland-Pfalz	10	5	15	13	1	14	3	-	3	-	-	-
Saarland	4	-	4	4	-	4	-	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	11	-	11	3	6	9	1	-	1	-	-	-
Insgesamt:	115	120	235	120	121	241	25	13	38	1	2	3

Fortsetzung  
nächste Sei-

te

– Fortsetzung –

Länder	CDU/CSU			SPD			FDP			GB/BHE		
	MdL	Nicht-MdL	insg.	MdL	Nicht-MdL	insg.	MdL	Nicht-MdL	insg.	MdL	Nicht-MdL	insg.
Baden-Württemberg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	32	41	73
Bayern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15	74	89
Berlin	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20	-	20
Bremen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6	-	6
Hamburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	3	17
Hessen	1	1	2	-	-	-	-	-	-	39	6	45
Niedersachsen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	44	61
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	70	77	147
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26	6	32
Saarland	-	-	-	1	-	1	1	-	1	10	-	10
Schleswig-Holstein	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15	6	21
Insgesamt:	1	1	2	1	-	1	1	-	1	264	257	521

Zusammengestellt nach Unterlagen des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages

**Stenographischer Bericht**

Berlin, Mittwoch, den 1. Juli 1964<sup>39)</sup>

Die Sitzung wird um 11 Uhr 1 Minute durch den Präsidenten D. Dr. Gerstenmaier eröffnet.

**Präsident D. Dr. Gerstenmaier:** Die Bundesversammlung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie willkommen in Deutschlands Hauptstadt Berlin. Ich

begrüße die Mitglieder der Bundesversammlung; ich begrüße zahlreiche ausländische Gäste, unter ihnen die Botschafter und Mitglieder der ausländischen Missionen; ich begrüße die Bundesregierung und die Vertreter des Bundesrates sowie alle anderen hier versammelten Vertreter der Länder der Bundesrepublik, unter ihnen die Mitglieder der Regierung und des Abgeordnetenhauses von Berlin. Ferner grüße ich alle, die hierhergekommen sind oder die am Bildschirm und Rundfunk Zeugen der Wahl des deutschen Staatsoberhauptes sind.

Nach Art. 54 Abs. 3 des Grundgesetzes besteht die **Bundesversammlung** aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden. Die Bundesversammlung besteht also aus 521 Mitgliedern des Bundestages und 521 von den Länderparlamenten Gewählten, insgesamt 1042 Mitgliedern.

Es entsenden die Länder:

Baden-Württemberg	73 Mitglieder,
Bayern	89 Mitglieder,
Berlin	20 Mitglieder,
Bremen	6 Mitglieder,
Hamburg	17 Mitglieder,
Hessen	45 Mitglieder,
Niedersachsen	61 Mitglieder,
Nordrhein-Westfalen	147 Mitglieder,
Rheinland-Pfalz	32 Mitglieder,
Saarland	10 Mitglieder,
Schleswig-Holstein	21 Mitglieder.

---

<sup>39)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 4. Wahlper., Stenogr. Berichte. Bd. 56, S. 1-8 vor S. 6663.

Ich stelle fest, daß die Parlamente der Bundesländer ihre in die Bundesversammlung entsandten Mitglieder ordnungsmäßig gewählt und bekanntgemacht haben.

Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes bestimmt, daß zum Bundespräsidenten gewählt ist, wer in einem der beiden ersten Wahlgänge die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält oder wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Demnach muß in den beiden ersten Wahlgängen einer der Bewerber mindestens 522 Stimmen auf sich vereinigen, um gewählt zu sein. Bei dieser Wahl — ich hebe dies hervor — haben in sinngemäßer, rechtlich unanfechtbarer Anwendung des Grundgesetzes die **Mitglieder des Landes Berlin** volles Stimmrecht. Ich habe dies in der Bundesversammlung am 1. Juli 1959 im einzelnen begründet. Es gibt weder neue Argumente noch Ereignisse, die diese Begründung in Frage stellen könnten.

(Allgemeiner Beifall.)

Das gleiche, meine Damen und Herren, gilt von unserem Recht, hier in Berlin zu tagen.

(Erneuter allgemeiner Beifall.)

Ich kann dazu heute nur das gleiche sagen wie vor fünf Jahren an dieser Stelle: „Nicht die Absicht, zu provozieren, nicht einmal der Zorn und der Unmut über die fortgesetzten Provokationen der Ulbricht und Genossen hat uns hierher gebracht, sondern allein die Treue zu dieser Stadt, zu unserem Volk im ganzen und zu unserer eigenen Geschichte.“

(Allgemeiner lebhafter Beifall.)

In seiner **Note vom 27. November 1958** sprach der **Ministerpräsident der Sowjetunion** — ich zitiere — von „der Bedeutung, die **Berlin** als historische **Hauptstadt Deutschlands** für das ganze deutsche Volk hat“. Vor zwei Jahren aber hat derselbe Ministerpräsident geduldet, daß das Antlitz dieser Stadt geschändet wurde durch eine Mauer, die Mitteldeutschland zu einem Zwangslager machte. Und vor einigen Tagen hat die sowjetrussische Regierung es für richtig gehalten, bei unseren Verbündeten dagegen zu protestieren, daß wir heute hier zusammentreten. Ich hätte über diese Demonstration kein Wort verloren, wenn sie sich nicht zu der grotesken Behauptung verstiegen hätte, daß wir unsere Präsidentenwahl im Ausland abhielten.

Ich halte wenig von der politischen Polemik und gar nichts davon, auf den Ton einzutreten, der in Moskau so bedauerlich oft üblich ist. Aber diesem Wort muß entgegengetreten werden; denn es steht in einer amtlichen Note der Sowjetunion. Auch deshalb glaube ich für die ganze Bundesversammlung zu sprechen, wenn ich es mit Nachdruck zurückweise. Dieses Wort ist eine Schmähung des ganzen deutschen Volkes, und wir empfinden sie um so tiefer, als wir uns mehr denn je — um mit Chruschtschow zu sprechen — der Bedeutung bewußt sind, die Berlin als historische Hauptstadt Deutschlands für das ganze deutsche Volk besitzt.

(Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Es kann kein Schatten eines Zweifels darüber bestehen, daß „historisch“ in diesem Zusammenhang eben nicht allein die große Vergangenheit meint, sondern vor allem das geschichtlich Verbindliche und Aktuelle, das uns und die heranwachsenden Deutschen, wo sie auch sind, in die Zukunft hinein verpflichtet.

Ich weiß, daß nicht wenige unter dem Zweifel leiden, ob sie die **Wiederherstellung unserer Einheit** denn noch erleben werden. Die Sorge ist begründet. Keiner sollte sich darüber Illusionen machen. Aber das Gegenstück zur Illusion ist nicht die Hoffnungslosigkeit, sondern jene nüchterne, wachsame Entschlossenheit, die die Kraft hat — wenn es sein muß —, auch längere Zeitabschnitte zu meistern, ohne das große Ziel je aus dem Auge zu lassen. Insofern ist die Freiheit und die Einheit der Deutschen tatsächlich auf unseren Willen gestellt und auf die Kraft der künftigen deutschen Generationen. Berlin mit seinem geschichtlichen Rang und den Wahrzeichen unserer gemeinsamen Geschichte, sie sollten und müssen das vornehmste Symbol dieses nationalen Willens bleiben. Aber mit der Huldigung vor Symbolen ist es nicht getan. Noch wichtiger ist die zähe Mühe, mit der wir in unserem Alltag, insbesondere in unserem politischen Alltag, dieser Aufgabe dienen. Ihr müssen die erforderlichen Mittel zugestanden werden, und die Meinungsverschiedenheiten in der Methode sollten ausgefochten werden, ohne die Gesinnung der Andersdenkenden zu verdächtigen.

In diesem Zusammenhang bin ich dieser Stadt, darüber hinaus aber dem ganzen deutschen Volk ein offenes Wort darüber schuldig, warum der **Bundestag** in den letzten Jahren nicht hier **in Berlin** auch zu Plenarsitzungen zusammengetreten ist. In Übereinstimmung mit dem ganzen Bundestag vertrete ich die Überzeugung, daß es das verfassungsmäßige Recht des Bundestages ist, hier in Berlin zu tagen, wann immer er das für richtig hält.

(Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Ich bin sicher, daß ich mich jedoch auch in Übereinstimmung mit allen Fraktionen des Bundestages befinde, wenn ich hinzufüge, daß wir nicht nur den Wunsch haben, formell korrekte Partner unserer Verbündeten zu sein, sondern auch ihre durch und durch loyalen Partner. Damit vor allem bekunden wir unsere Dankbarkeit für den Schutz, den die drei großen Westmächte der Freiheit dieser Stadt verbürgt haben.

(Allgemeiner Beifall.)

Diese Loyalität — und nichts anderes — verlangt von mir zwar nicht die Einholung einer formellen Zustimmung der drei Mächte, wohl aber eine angemessene Berücksichtigung ihres jeweiligen politisch begründeten Standpunktes auch in dieser Frage.

(Abg. Wehner: Hört! Hört!)

Es ist unberechtigt, darin eine Schwäche unseres nationalen Willens oder gar so etwas wie einen stillschweigenden Verzicht auf Deutschlands Einheit zu sehen. Unsere Stärke liegt nicht im demonstrativen Alleingang oder gar in Worten, hinter denen schließlich nichts steht, sondern in der Bewährung einer großen verlässlichen Partnerschaft, in einer Bündnisgemeinschaft, die vom Brandenburger Tor bis in den Pazifischen Ozean reicht.

Die drei Mächte, die die Sicherheit Westberlins garantieren, haben auch den Schutz dieser Bundesversammlung übernommen, und sie haben die Proteste der Regierung der Sowjetunion sogleich und einhellig abgewiesen.

(Beifall.)

Ich spreche für die Bundesversammlung, wenn ich den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika dafür von dieser Stelle aus herzlich danke.

(Erneuter Beifall.)

Meine Damen und Herren, es ist die verfassungsmäßige Aufgabe der Bundesversammlung, den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu wählen. Ihr erster Präsident hat die Bundesrepublik einmal ein Transitorium genannt. Er wollte damit sagen, daß wir uns in einer Übergangsphase der deutschen Geschichte befinden, die uns von einem verhängnisvoll dunklen Abschnitt trennt und uns in eine große Epoche des Zusammenlebens in Freiheit und Friede, in Gerechtigkeit und Würde führen soll.

Der Anbruch dieser Epoche wird bis heute verhindert durch das Veto der Sowjetunion. Es verweigert dem deutschen Volk die Selbstbestimmung und das Zusammenleben, auf das auch wir einen unabweisbaren Anspruch haben. Es ist ein haltloser Vorwurf, mit dem dieses Veto begründet wird. Denn wir Deutsche, jedenfalls wir Deutsche in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind weder Militaristen noch sind wir Revanchisten. Ich glaube, daß es ebenso wahr ist, daß das deutsche Volk diesen Zweiten Weltkrieg nicht gewollt hat, wie es wahr ist, daß es zu schwach gewesen ist, ihn zu verhindern. Auch wenn wir dessen wohlbewußt sind und darunter leiden, ist das jedoch keine Rechtfertigung für die Verewigung der Teilung Deutschlands. Es ist nicht nur unser geschichtliches, sondern es ist unser sittliches Recht, ja unsere Pflicht, für das ganze deutsche Volk auf der Gewährung der Rechte zu bestehen, die die Charta der Vereinten Nationen allen Völkern der Erde feierlich zugestanden hat. Wir haben niemals einen Zweifel daran gelassen, daß wir bereit sind, das **Selbstbestimmungsrecht Deutschlands** in einer Gesinnung des Friedens und des vernünftigen Ausgleichs, ja der Versöhnung auch mit unseren Nachbarvölkern im Osten zu verwirklichen.

Ich bin gewiß, daß ich damit auch für die überwältigende Mehrheit der Deutschen spreche, die hinter der Mauer und dem Eisernen Vorhang in Unfreiheit niedergehalten werden. Sie begehren doch nichts anderes, als mit uns vereint eine neue Epoche in dieser Gesinnung der Freiheit und der Versöhnung zu gestalten. Weil es so ist, deshalb ist es nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht, daß Bundespräsident, Bundestag und Bundesregierung für alle Deutschen das Wort führen und die Einheit der Nation und das Lebensrecht ganz Deutschlands vor der Welt vertreten.

(Allgemeiner Beifall.)

Wir danken den auswärtigen Mächten, die uns das erst vor kurzem wieder ausdrücklich bestätigt haben. Und wir grüßen in dieser Verbundenheit euch, die ihr hinter Mauer und Stacheldraht mit Gewalt daran gehindert werdet, die euch zustehenden Rechte und Pflichten als freie deutsche Staatsbürger mit uns zusammen wahrzunehmen.

**(Allgemeiner starker Beifall.)**

Indem die Bundesversammlung hier in Berlin zusammentritt und in freier Wahl das deutsche Staatsoberhaupt wählt, möchte sie dieser Verbundenheit der Herzen und des Willens aller redlichen Deutschen über die Mauern und Drähte hinweg einen Ausdruck geben. Mit diesem Bekenntnis zu euch, die ihr hinter der Mauer duldet, mit diesem Be-



kenntnis zur Einheit Deutschlands und zu seiner Zukunft in Freiheit ist diese große Versammlung heute zusammengetreten in der Reichshauptstadt Berlin.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur **Konstituierung der Bundesversammlung**. Der § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten vom 25. April 1959 bestimmt:

Der Präsident des Bundestages leitet die Sitzungen und Geschäfte der Bundesversammlung. Auf ihren Geschäftsgang findet die Geschäftsordnung des Bundestages sinngemäße Anwendung, sofern sich nicht die Bundesversammlung eine eigene Geschäftsordnung gibt.

Ich schlage vor, es bei dieser Anwendung der Geschäftsordnung des Bundestages heute zu belassen. Ich frage, ob das Haus damit einverstanden ist. - Ich höre keinen Widerspruch; die Geschäftsordnung des Bundestages findet somit sinngemäße Anwendung.

Der § 49 der Geschäftsordnung des Bundestages bestimmt:

Der Bundestag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Abgeordneten im Sitzungssaal anwesend sind

Meine Damen und Herren, es wird nicht bezweifelt — ein flüchtiger Blick genügt, um dies festzustellen —, daß ganz offensichtlich weit mehr als die Hälfte der Bundesversammlung hier im Sitzungssaal anwesend ist. Die Bundesversammlung ist somit beschlußfähig.

Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die Schriftführer, abweichend von der Geschäftsordnung des Bundestages, durch Zuruf zu wählen. Ist die Bundesversammlung damit einverstanden? — Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Als Schriftführer schlage ich vor die Abgeordneten Berlin, Frehsee, Giencke, Dr. Götz, Josten, Junghans, Frau Kettig, Frau Krappe, Lange, Ruf, Dr. Rutschke, Dr. Seffrin, Spies, Varelmann und Wullenhaupt.

Ich bitte nunmehr den Herrn Bundestagsabgeordneten Dr. Götz, zu meiner Rechten, und die Frau Bundestagsabgeordnete Krappe, zu meiner Linken als Schriftführer Platz zu nehmen.

Damit meine Damen und Herren, ist die Bundesversammlung konstituiert.

Der § 9 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten bestimmt:

**Wahlvorschläge** für die Wahl des Bundespräsidenten kann jedes Mitglied der Bundesversammlung beim Präsidenten des Bundestages schriftlich einreichen. Für den zweiten und dritten Wahlgang können neue Wahlvorschläge eingebracht werden. Die Wahlvorschläge dürfen nur die zur Bezeichnung des Vorgeschlagenen erforderlichen Angaben enthalten; die schriftliche Zustimmungserklärung des Vorgeschlagenen ist beizufügen.

Schriftlich vorgeschlagen wurden:

von der Fraktion der CDU/CSU der seitherige Bundespräsident, Herr Dr. h. c. Heinrich **Lübke**,

von der Fraktion der Freien Demokratischen Partei Dr. Ewald **Bucher**, Mitglied des Bundestages und Bundesjustizminister.

Der Sitzungsvorstand hat festgestellt, dass die Wahlvorschläge den gesetzlichen Voraussetzungen entsprechen. Die schriftlichen Zustimmungserklärungen der Vorgeschlagenen liegen vor.

Ich frage, ob noch weitere Wahlvorschläge eingereicht werden. — Keine Wortmeldungen, also keine weiteren Wahlvorschläge. Ich mache darauf aufmerksam, daß Wahlvorschläge nur schriftlich eingereicht werden können.

Gewählt werden können nur die vorgeschlagenen Kandidaten. Meine Damen und Herren, ich bitte, das zu beachten. § 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten bestimmt:

Stimmzettel, die auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten, sind ungültig.

**Zum Abstimmungsverfahren** stelle ich ferner fest: Nach § 9 Abs. 3 des eben genannten Gesetzes wird mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln gewählt. Die Verwendung anderer Stimmzettel macht die Stimme ungültig. Ich wiederhole: die Verwendung anderer Stimmzettel macht die Stimme ungültig. Das gleiche gilt, wenn ein Stimmzettel etwas anderes enthält als den Namen eines der vorgeschlagenen Kandidaten. Etwaige Zusätze oder Kommentare führen unweigerlich zur Ungültigkeit der Stimme.

Zur Erleichterung des Abstimmungs- und Auszählungsverfahrens habe ich Stimmzettel mit den Namen der Vorgeschlagenen drucken lassen. Sie finden daher in den Ihnen über das Tagungsbüro zugestellten Unterlagen Stimmzettel mit den Namen Dr. Lübke, Dr. Bucher. Ich bitte, diese Stimmzettel zu benutzen. Die Mappe enthält auch weiße Stimmzettel, da Stimmenthaltung natürlich jederzeit möglich bleibt. Sie ist aber nur durch Abgabe eines weißen Stimmzettels möglich.

Nach Art. 54 des Grundgesetzes wird der Bundespräsident ohne Aussprache gewählt. Ich kann daher weder vor noch nach der Abstimmung das Wort zur Sache erteilen.

Bei der Abstimmung wird wie folgt verfahren: Die Schriftführer zu meiner Rechten und Linken werden die Namen dem Alphabet nach aufgerufen. Ich bitte Sie, den Namensaufruf an Hand der Mitgliederliste, die Ihnen ebenfalls vorliegt, zu verfolgen und sich rechtzeitig an die Urne zu begeben.

Ich frage nunmehr, ob alle Mitglieder der Bundesversammlung die Stimmkarten in Händen haben. — Kein Einwand, kein Zuruf. Ich stelle fest, daß jedes Mitglied der Bundesversammlung seine Stimmkarte in Händen hat.

Da die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln erfolgen muß, bitte ich, die Stimmkarte in den beigegebenen Umschlag zu stecken. Ich bitte ferner, neben der Stimmkarte Ihre Sitzplatz-

karte bereitzuhalten und beim Aufruf Ihres Namens „Hier“ zu rufen. Sodann bitte ich, dem Schriftführer an der Wahlurne, der die Platzkarten einsammelt, Ihre Platzkarte zu übergeben und schließlich Ihre Stimmkarte selber in die Wahlurne zu stecken.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Abgabe der Platzkarte an die Stelle der Eintragung in die sonst übliche Anwesenheitsliste tritt. Das ist eine Neuerung in unserer Technik. Ab und zu muß uns ja auch etwas Neues einfallen. Also die Abgabe der Platzkarte ersetzt die Eintragung in die sonst übliche Liste. Sie darf nicht vergessen werden; denn durch die Abgabe der Platzkarte wird Ihre Anwesenheit nachgewiesen.

Meine Damen und Herren, ich eröffne nunmehr die Wahl. Ich bitte die Schriftführer, die den Dienst an der Wahlurne übernommen haben, ihre Plätze einzunehmen. Meine Herren, sind alle Plätze bei den Schriftführern vorschriftsmäßig besetzt? — Meine Damen und Herren, der Wahlgang beginnt. Ich bitte, mit dem Aufruf der Namen zu beginnen.

(Namensaufruf. — Während des Namensaufrufs übernimmt Vizepräsident Dr. Jaeger den Vorsitz.)

**Vizepräsident Dr. Jaeger:** Meine Damen und Herren! Der Namensaufruf ist beendet. Ich frage, ob noch Mitglieder der Bundesversammlung hier im Saale sind, die ihre Stimmkarte nicht abgegeben haben. Wenn dies der Fall ist, bitte ich Sie, sich zur Urne zu begeben. — Haben die Schriftführer ihre Stimmkarten abgegeben? — Ich frage noch einmal, ob Mitglieder der Bundesversammlung im Saale sind, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben. — Das ist offenbar nicht der Fall; die Abstimmung ist geschlossen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Die Sitzung wird während der Auszählung nicht unterbrochen. Es steht den Mitgliedern der Bundesversammlung frei, inzwischen den Sitzungssaal zu verlassen. Ich bitte jedoch, dafür zu sorgen, daß immer Vertreter der verschiedenen Fraktionen im Saale anwesend sind.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

(Vorsitz: Präsident D. Dr. Gerstenmaier.)

**Präsident D. Dr. Gerstenmaier:** Meine Damen und Herren! Ich gebe das **Ergebnis der Abstimmung** bekannt. Für Herrn Dr. h. c. Lübke sind 710 Stimmen abgegeben worden,

(lebhafter Beifall)

für Herrn Dr. Bucher sind 123 Stimmen abgegeben worden.

(Beifall.)

Enthalten haben sich 187 Mitglieder der Bundesversammlung. 4 Stimmen sind ungültig. Die Gesamtstimmenzahl beträgt 1024. Nicht teilgenommen an der Wahl haben 3 Mitglieder der Bundesversammlung.

Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, d. h. wer, wie ich schon vorhin erklärt habe, mindestens 522 Stimmen auf sich vereinigt.

Herr Dr. Lübke hat die nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes erforderliche Mehrheit erreicht.

(Lebhafter Beifall. — Bundespräsident Dr. h. c. Lübke betritt in Begleitung des Vizepräsidenten Dr. Schmid den Saal. Die Abgeordneten erheben sich und begrüßen den Bundespräsidenten mit lebhaftem Beifall.)

Herr Dr. Heinrich Lübke ist somit wiederum zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Nach § 9 Abs. 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten teile ich dem inzwischen hier im Saal erschienenen Gewählten die Wahl mit und fordere ihn auf, binnen zwei Tagen zu erklären, ob er die Wahl annimmt. Wenn Sie, Herr Dr. Lübke, schon heute bereit sind, zu erklären, daß Sie die Wahl annehmen, dann darf ich Sie bitten, das hiermit zu tun.

(Bundespräsident Dr. h. c. Lübke begibt sich zum Platz des Präsidenten.)

Ich frage Sie, ob Sie die erneute Wahl zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland annehmen.

**Bundespräsident Dr. h. c. Lübke:** Ich nehme die Wahl an.

(Anhaltender starker Beifall.)

**Präsident D. Dr. Gerstenmaier:** Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß Herr Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke die Wahl der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland für seine zweite, am 13. September 1964 beginnende Amtsperiode angenommen hat. Ich spreche dem Herrn Bundespräsidenten die herzlichen Glückwünsche dieser Versammlung aus und spreche Ihnen, Herrn Bundespräsident, damit zugleich den Dank des Hauses für das aus, was Sie in Ihren seitherigen Bemühungen für Deutschland getan haben. Ich verbinde damit die herzlichen Wünsche der Bundesversammlung für Ihre weitere Amtsführung.

(Erneuter, starker Beifall.)

Das Wort hat der Herr Bundespräsident.

**Bundespräsident Dr. h. c. Lübke:** Herr Präsident! Verehrte Mitglieder der Bundesversammlung! Für das Vertrauen, das Sie mir mit Ihrer Entscheidung bekundet haben, und Ihre herzlichen Glückwünsche danke ich Ihnen sehr. Ich werde auch künftig meine ganze Kraft einsetzen zum Wohle unseres Volkes. Dabei vertraue ich auf Gottes Hilfe und auf die Unterstützung aller Bürger und aller Gemeinschaften, die willens sind, mitzuwirken an dem weiteren Aufbau und Ausbau unseres freiheitlichen sozialen Rechtsstaates.

Die Autorität, die in einer demokratischen Republik vom **Staatsoberhaupt** ausgehen soll, muß von jedem Träger des Amtes aufs neue erworben werden. Nach den Festlegungen im Grundgesetz kann er sich dabei nicht auf sehr beachtliche Machtbefugnisse stützen. Er ist vielmehr angewiesen auf seine Argumente und auf seine Fähigkeit, Einfluß auszuüben, ohne Macht einzusetzen. Deshalb ist es von großer Bedeutung für ihn, daß er Unterstützung findet bei allen lebendigen Kräften unseres Volkes aus den Bereichen des staatli-

chen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Eine auf gegenseitiges Vertrauen aufgebaute Zusammenarbeit wird es ihm erleichtern, seinem Auftrag gerecht zu werden.

Welches ist seine wesentliche Aufgabe? Der Bundespräsident vertritt Deutschland — und zwar das ganze Deutschland — und alle seine Bürger nach innen und außen.

(Starker Beifall.)

In seinem Amt verkörpert sich der Wille unseres Volkes, über sein Geschick frei zu befinden und durch die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes die Einheit der Nation wieder herzustellen.

(Erneuter Beifall.)

In der Ausübung seines Amtes muß er sichtbar machen, daß über allem Trennenden, über allen Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätzen unser gemeinsames großes Ziel steht. Deshalb nannte ich, als ich vor fünf Jahren hier von der Bundesversammlung gewählt wurde, als Ziel meiner Arbeit und unserer gemeinsamen Anstrengungen ein **„auf Recht und Freiheit gegründetes, dem Frieden der Welt dienendes, wiedervereinigtes Deutschland“**.

(Beifall.)

Wir alle wirken einmütig im Sinne dieser Verpflichtung; trotzdem wollen wir uns in dieser Stunde hier in der alten **Hauptstadt Berlin**, wo nach wie vor das Herz Deutschlands schlägt,

(Beifall)

wiederum feierlich zu diesem Auftrage bekennen.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Immer und überall wird es meine brennende Sorge sein, Opferbereitschaft, Leistungswillen und vor allem die Kraft der tätigen Liebe in unserem Volke zu wecken, damit unser Hoffen und Wirken Erfüllung findet.

Die Welt, in der wir leben, befindet sich in einem ständigen Wandel. Politische Kräfteverhältnisse und Machtzusammenballungen, die uns Deutschen wie den Europäern, ja der ganzen freien Welt heute noch schwere Sorgen bereiten, sind in einer Umschichtung begriffen. Der Drang nach Gerechtigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit erfüllt die Herzen aller Völker. Die aus dieser Entwicklung strömende lebendige Kraft wird auch uns helfen, wenn wir einig sind und nicht durch ungerechtfertigtes und unmäßiges Streben nach materieller Wohlfahrt von unserem Ziel uns abdrängen lassen. Gleichzeitig müssen wir stets bereit sein, jede auftauchende Möglichkeit einer Verbesserung der menschlichen und politischen Situation unserer unterdrückten Landsleute zu nutzen.

(Beifall.)

Die Achtung, die **Deutschland heute in der Welt** genießt — ich habe das auf vielen Reisen feststellen können —, ist in erfreulichem Maße gewachsen, trotz allem, was gesche-

hen ist. Sie hängt aber weitgehend ab von der geistigen und materiellen Leistung unseres Volkes. Der Kampf um den politischen und wirtschaftlichen Einfluß im Leben des Staates muß deshalb mehr und mehr zu einem friedlichen Wettstreit werden, in dem die einander gegenüberstehenden Gruppen versuchen, mit besseren Argumenten und höheren Leistungen unserem Volke in seiner Gesamtheit zu dienen.

Je mühsamer und langwieriger die Durchsetzung unserer Vorhaben ist, um so stärker muß unser Wille sein, die Zukunft unseres Volkes zu sichern und es zu erreichen, daß alle Deutschen zusammenleben können in einem freien Staat, in einem freien Europa. Seien wir uns dieses Auftrags täglich und stündlich bewusst — im Denken, im Wort und in der entschlossenen Tat!

(Anhaltender starker Beifall.)

**Präsident D. Dr. Gerstenmaier:** Ich danke dem Herrn Bundespräsidenten.

(Bundespräsident Dr. h. c. Lübke verläßt in Begleitung des Vizepräsidenten Dr. Schmid den Saal.

Die Abgeordneten erheben sich.)

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der Bundesversammlung angekommen. Ich spreche zum Schluß den Dank der Bundesversammlung Ihnen, Herr Regierenden Bürgermeister, und Ihrer Stadt für die freundliche Aufnahme aus, und ich spreche meinen herzlichen Dank allen Mitarbeitern aus, die das Ihre dazu beigetragen haben, daß diese Bundesversammlung ihren ungestörten Verlauf nehmen konnte.

(Allseitiger Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen allen.

Die Bundesversammlung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 14 Uhr 7 Minuten.)

**9. 5. Bundesversammlung**  
5. März 1969

<b>Übersicht</b>			
<b>Zusammensetzung nach Parteien</b>			
CDU/CSU			482
SPD			449
FDP			83
Sonstige			22
insgesamt			1 036
<b>Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder<sup>1)</sup></b>			
Baden-			75
Württemberg			
Bayern			89
Berlin			18
Bremen			6
Hamburg			16
Hessen			46
Niedersachsen			60
Nordrhein-			145
Westfalen			
Rheinland-Pfalz			31
Saarland			10
Schleswig-			22
Holstein			
<sup>1)</sup> Bekanntmachung der Bundesregierung vom 28. Januar 1969 (BGBl. I S. 98, Nr. 10 vom 31. Januar 1969)			
<b>Tagungsort und Tagesstätte:</b> Berlin, Ostpreußenhalle			
<b>Präsident der Bundesversammlung:</b> Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel			
<b>Wahlergebnis</b>			
	1. Wahlgang	2. Wahlgang	3. Wahlgang
Gustav Heinemann (Vorschlag SPD)	514	511	512
Gerhard Schröder (Vorschlag CDU/CSU)	501	507	506
Enthaltungen	5	5	5
ungültig	3	-	-
abgegebene Stimmen insgesamt	1 023	1 023	1 023
<b>Gewählt:</b> Gustav Heinemann im 3. Wahlgang mit einfacher Mehrheit mit 512 Stimmen <sup>2)</sup>			
<sup>2)</sup> erforderliche Mehrheit: für den 1. und 2. Wahlgang: 519 Stimmen			
<b>Amtszeit:</b> 1. Juli 1969 bis 30. Juni 1974			



**Verzeichnis der Mitglieder****A**

Dr. Abelein <sup>\*40)</sup>  
 Dr. Achenbach \*  
 Adams \*  
 Adelman  
 Adorno \*  
 Ahrens (Salzgitter) \*  
 Dr. Aigner \*  
 Alber  
 Frau Alberts \*  
 Albrecht  
 Dr. Althammer \*  
 Dr. h. c. Altmeier  
 Amrehn  
 Angstmann  
 Dr. Antwerpes  
 Dr. Apel \*  
 Arendt (Wattenscheid) \*  
 Dr. Arndt (Berlin) \*  
 Dr. Arndt (Berlin/Köln)  
 Dr. Arndt (Hamburg) \*  
 Dr. Arnold \*  
 Dr. Artzinger \*  
 Auge \*

**B**

Baader  
 Bachmann  
 Bading \*  
 Bäcker (Niederkirchen)  
 Bäuerle \*  
 Bäumer  
 Baier \*  
 Dr.-Ing. Dr. h. c. Balke \*  
 Balkenhol \*  
 Bals \*  
 Baltes \*  
 Barche \*  
 Dr. Bardens \*  
 Bargmann  
 Barthold  
 Bartsch \*  
 Dr. Barzel \*  
 Bassler  
 Bauer (Nürnberg)  
 Bauer (Wasserburg) \*

Bauer (Würzburg) \*  
 Bauknecht \*  
 Baumann  
 Dr. Bayerl \*  
 Prinz von Bayern \*  
 Bazille \*  
 Dr. Becher (Pullach) \*  
 Dr. Bechert (Gau Algesheim) \*  
 Beck  
 Dr. Becker (Kiel)  
 Becker (Pirmasens) \*  
 Becker (Wildeshausen)  
 Beermann  
 Behrendt \*  
 Benda \*  
 Bender  
 Dr. Bender  
 Frau Benedix  
 Benke  
 Benz  
 Berberich \*  
 Berding  
 Berendsen \*  
 Berger \*  
 Frau Berger-Heise \*  
 Bergmann \*  
 Bergmann (Hamburg)  
 Berkhan \*  
 Berlin \*  
 Bernrath  
 Dr. Besold \*  
 Bessel  
 Dr. Best  
 Betz  
 Beuster \*  
 Bewerunge \*  
 Biechele \*  
 Bielefeld  
 Biermann \*  
 Binder  
 Dr. Birrenbach \*  
 Blank \*  
 Blechschmidt  
 Blodt  
 Blöker \*  
 Frau Blohm \*  
 Blume \*  
 Blumenfeld \*

Böhm \*  
 Böhm (Bielefeld)  
 Böhrnsen  
 Börger  
 Börner \*  
 Freiherr von Boeselager  
 Dr. Böswald  
 Bötger  
 Borm \*  
 Borsche  
 Frau von Bothmer  
 Bräuer  
 Brand (Wuppertal) \*  
 Brandt (Berlin/Bonn) \*  
 Brandt (Hamburg)  
 Frau Brauksiepe \*  
 Braun  
 Bremer \*  
 Dr. Brenck \*  
 Brengelmann  
 Brenner  
 Brese \*  
 Brömmelhaus  
 Bromme  
 Brück (Holz) \*  
 Brück (Köln) \*  
 Brückner (Hattingen)  
 Dr. Brückner (Heidelberg)  
 Brüggemann  
 Brügger (Wittershausen)  
 Brünen \*  
 Bruns  
 Dr. Bucher \*  
 Buchstaller \*  
 Budde \*  
 Bühl  
 Bühler \*  
 Bühling \*  
 Bühmann  
 Büttner \*  
 Bugert  
 Bulthaup  
 Dr. Burgbacher \*  
 Burgemeister \*  
 Burger \*  
 Frau Busch  
 Buschfort \*  
 Buschmann

<sup>40)</sup> \* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

Busse (Herford) \*

**C**

Claussen

Collet \*

Conrad

Dr. Conring \*

Cortier \*

Cramer \*

Dr. Cromme

Curth

Dr. Czaja \*

**D**

Dach

Dr. Dahlgrün \*

Damm \*

Dr. Daniels

Decker

Dehn

Deimel

Deimer

Deiningen

van Delden \*

Deneke

Denzer

Derben

Deringer \*

Frau Dessecker

Dichgans \*

Dichtel

Diebäker \*

Diekmann \*

Frau Dr. Diemer-

Nicolaus \*

Distler

Dr. Dittrich \*

Frau Dörzenbach

Dohmann

Doll

Dr. Dollinger \*

Dorn \*

Draeger \*

Dr. Dregger

Drescher

Drewniak

Dr. Drexelius

Dreyer

Dröscher \*

Drupp

Dufhues

Durchholz

**E**

Dr. Ebert

Echternach

Eck

von Eckardt \*

Eckerland \*

Dr. Eckhardt \*

Ehnes \*

Dr. Eicher

Frau Eilers \*

Dr. Elbrächter \*

Elfring

Frau Dr. Eisner \*

Dr. Emde \*

Dr. Enders \*

Engel

Enk \*

Frau Enseling \*

Entrup

Dr. Eppler \*

Dr. Erhard \*

Erhard (Bad Schwal-  
bach) \*

Frau Erler

Ermert

Ernesti \*

Ernst

Erpenbeck \*

Ertl \*

Eschmann \*

Essl

Esters \*

Dr. Even \*

Exner \*

Ey

**F**

Falke \*

Faller \*

Dr. Fay

Feitenhansl

Felder \*

Feldhaus

Feller

Fellermaier \*

Ferner

Feuring \*

Figgen \*

Dr. Filbinger

Fischer

Flämig \*

Dr. Flehinghaus

Förster

Folger \*

Dr. Folz

Franke (Hannover) \*

Franke (Osnabrück) \*

Dr. Franz \*

Franzen \*

Fratzscher

Frehsee \*

Dr. Freiwald \*

Frenzel

Dr. Frerichs \*

Dr. Frey \*

Frau Freyh \*

Dr. Friderichs \*

Frieler \*

Fritsch (Deggendorf) \*

Fritz (Welzheim) \*

Fritz (Wiesbaden) \*

Fröder

Fuchs (Kempfen)

Fuchs (Mainz)

Fürst

Fuhlrott

Frau Funcke \*

Dr. Furler \*

**G**

Dr. Gaa

Gabert

Dr. Gaiser

Dr. Gatzen

Gefeller

Gehrmann

Geiger \*

Frau Geisendörfer \*

Geisenhofer \*

Geiser

Geldner \*

Freiherr von Gemmingen

\*

Genscher \*

Dr. Gerdemann

Gerken

Gerlach \*

D. Dr. Gerstenmaier \*

Gertzen \*

Gewandt \*

Gierenstein \*

Frau Gies

Giesen

Dr. Giuliani \*

Dr. Gleissner \*

Glombig *	Hauff	Hofmann (Kronach) *
Glüsing (Dithmarschen)	Hauffe *	Dr. Hofmann (Mainz) *
*	Dr. Haus	Hofmann (Zeil)
Gnauck	Hauser (Bad Godesberg)	Hofstetter
Dr. Götz *	*	Holthoff
Gomeringer	Dr. Hauser (Sasbach) *	Frau Holzmeister *
Gottesleben *	Hausl	Homeier
Graaff *	Dr. Haußmann	Dr. Horn
Dr. Gradl *	Dr. Heck *	Frau Horn
Grafberger	Heckmann	Horstmeier *
Frau Griesinger *	Heckscher	Horten *
Dr. Großkopf	Hein	Frau Dr. Hubert *
Grosspeter	Dr. Dr. Heinemann *	Dr. Hudak *
Grundmann	Heinrichs	Hufnagel *
Gscheidle *	Frau Heinz	Hummel
Dr. h. c. Güde *	Heinze	Dr. Huys *
Dr. Gündisch	Hellenbrock *	<b>I</b>
Gütlein	Dr. Hellige *	Ilg
Freiherr von und zu Gut-	Herberts *	Illerhaus *
tenberg *	Hergenröder	Dr. Ils *
<b>H</b>	Hergt	Dr. Imle *
Haage (München) *	Frau Herklotz *	Frau Impertro
Haar (Stuttgart) *	Hermsdorf *	Iven *
Dr. Haas *	Herold *	<b>J</b>
Haas (Lenzfried)	Herrmannsdörfer	Jacobi (Köln) *
Haase (Heimsheim)	Hertel	Frau Jacobi (Marl) *
Haase (Kassel) *	Dr. Hesberg *	Jäckle
Haase (Kellinghusen) *	Frau Dr. Heuser *	Dr. Jaeger *
von Hacht	Hilbert *	Dr. Jahn (Braunschweig)
Dr. Häfele *	Frau Hinsche	*
Haehser *	Hintschik	Jahn (Marburg) *
Härtl	Hirsch *	Jahnke
Härzschel *	Höch	Jannicke
Häussler *	Höcherl *	Jaroschowitz
D. Dr. Hahn	Höchtl	Jaschke *
Hahn (Bielefeld) *	Höhn	Dr. Jobst
Dr. Haindl	Hoegner	Frau Joggerst
Haisch	Höhmann (Hessisch)	Johnen
Hamacher *	Lichtenau) *	Josten *
Hamer	Höhne *	Jürgensen *
Dr. Hammans *	Höhne (Hamburg)	Jung *
Hannemann	Frau Hölters	Jung (Lörrach)
Hansing *	Hölzle *	Junghans *
Hanz (Dahlen) *	Hörauf *	Junghans (Külsheim)
Hardegen	Hörmann (Freiburg) *	Dr. Jungmann *
Graf von Hardenberg	Hörnemann (Gescher) *	Junker *
Harms	Hörter	<b>K</b>
Hartkopf	Hösl *	Kaffka *
von Hassel *	Hoffmann (Münster)	Kahn-Ackermann *
Hauck *	Dr. Dr. E. h. Hofmann	Kaiser
Hauenschild	(Aachen)	Kaiser-Dieckhoff

---

Kalbitzer	Krammig *	Dr. Lemke
Frau Kalinke *	Krampe	Lemmer *
Kalinowski	Frau Krappe *	Lemmer (Remscheid)
Karry	Dr. Kraske *	Lemmrich *
Katzer *	Dr. Kreke	Lemp *
Kauermann	Dr. Kreuzmann *	Lemper *
Dr. Kempfler *	Krey	Lenders *
Kern *	Kriedemann *	Lensing
Kiene	Dr. Krone *	Dr. Lenz (Bergstraße) *
Kiep *	Krüger (Lemgo)	Lenz (Brühl) *
Dr. h. c. Kiesinger	Krüger (Uelzen)	Dr. Lenz (Köln)
Killat *	Krug *	Lenze (Attendorn) *
Dr. Kindler	Kubitza *	Leukert *
Kitzlinger	Frau Dr. Kuchtner *	Leuninger
Frau Klee *	Dr. Kübler *	Leuser
Klein *	Dr. Kübler (Ravensburg)	Liebhaber
Frau Kleinert *	Freiherr von Kühlmann-	Liedtke *
Klenert	Stumm *	Liehr *
Dr. Klepsch *	Kühlthau	Ließ
Dr. Kliemt	Kühn (Hildesheim) *	Dr. Lindenberg *
Dr. Kliesing (Honnaf) *	Kühn (Köln)	Linkner
Dr. Klink	Kühner	Frau Dr. Lipschitz
Klinker *	Kuhbandner	Lober
Klische	Kuhlmann	Löbbert *
Klocksinn	Kuhnt	Löffler
Klose (Hamburg)	Kulawig *	Dr. Löhr *
Dr. Klose (Korschenb- roich)	Kulle	Frau Lösche
Klose (Neuß)	Kumpf	Logemann *
Kluncker	Kunst	Dr. Lohmar *
Knäpper	Kuntscher *	van de Loo
Knobloch *	Kunze *	Looft
Knoll	Kurlbaum *	Lorenz
Knorr	Frau Kurlbaum-Beyer *	Lotze *
Knudsen	Dr. Kurtz	Dr. Luda *
Dr. Koch *	<b>L</b>	Lücke (Bensberg) *
Koch (Kassel)	Lagershausen	Lücker (München) *
Koch (Neustadt)	Laipold	Lukowiak
Könen (Düsseldorf) *	Lampersbach *	Lund
Koenen (Lippstadt) *	Frau Landgraf	<b>M</b>
König	Lange *	Mack
Köppler *	Dr. Lange	Mager
Dr. Kohl	Langebeck *	Dr. Mahler
Kohl	Frau Langner	Maibaum *
Kohlberger *	Lapps	Dr. Maier (Parsberg)
Kohlmeier	Latendorf	Maier (Sulmingen)
Konrad	Frau Laufer	Dr. Maihofer
Dr. Kopf *	Lautenschlager *	Majonica *
Frau Korpeter *	Leber *	Marczy
Dr. Kosiek	Lechner	Marquardt *
Dr. Kotter	Lehlbach	Dr. Martin *
	Leicht *	

Dr. Marx (Kaiserslautern) *	Müller (Ravensburg) *	Petersen *
Marx (München) *	Müller (Remscheid) *	Pettirsch
Masselter	Müller (Scheinfeld) *	Frau Pfeiffer
Matthes *	Müller (Worms) *	Picard *
Matthöfer *	Dr. Müller-Emmert *	Piedboeuf
Mattick *	Dr. Müller-Hermann *	Frau Pieper
Maucher *	Müller-Link	Pieser *
Mauk *	Müser *	Frau Pitz-Savelsberg *
Frau Dr. Maxsein *	Dr. Müthling *	Pöhler *
May	Muhs	Dr. Pöhlmann
Dr. Mayer (Puchheim)	Munzinger	Pönitz
Frau Meermann *	Mußnug	Dr. Pohl (Köln)
Dr. Meinecke *	<b>N</b>	Dr. Pohle *
Meinicke (Oberhausen)	Nagel	Pohle (Minden)
Meis *	Nakaten	Dr. Pohlmeier
Meister *	Dr. Nann *	Dr. Pollwein
Memmel *	Nawroth	Popp *
Dr. Mende *	Neemann *	Porsch *
Mending	Dr. Nehrling	Porten *
Dr. h. c. Menne (Frankfurt) *	Nellen *	Porzner *
Mentzel	van Nes Ziegler	Dr. Posser
Dr. von Merkatz *	Netta	Pranke
Mertes *	Neubauer	Dr. Prassler *
Merz	Neuber	Dr. Preiß *
Metzger *	Dr. Dr. Neuberger	Dr. Preiß (Grafing)
Meyer (Herold)	Neuhaus	Prochazka *
Meyer (Schwelm)	Neumann (Berlin) *	Pröll
Dr. Meyers	Neumann (Stelle) *	Prölb
Michels *	Dr. Nevermann	Prüßner
Michels (Köln)	Nickels	Pürsten
Mick *	Niederalt *	Pütz
Dr. Miessner *	Niermann	<b>R</b>
Milde	Nieswandt	Raffert *
Mischnick *	Dr. von Nordenskjöld *	Rainer *
Missbach *	Notz	Ramms *
Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h.	Nuhn	Rasche
Möller *	Nuth	Rasner *
Möller	<b>O</b>	Dr. Rau *
Frau Mönikes *	Frau Ollenhauer	Rau (Düsseldorf)
Moersch *	Ollesch *	Rauch
Dr. Mommer *	Opitz *	Rauscher
Moser	Orgaß *	Raute
Mühlbach	Ott *	Ravens *
Dr. Mühlhan *	Frau Ott	Rawe *
Frau Müller	Oxford	Regitz
Müller (Aachen-Land) *	<b>P</b>	Regling *
Müller (Berlin) *	Paul *	Rehkop
Müller (Mülheim) *	Peiter *	Rehs *
Dr. Müller (München) *	Dr. Peters (Münster)	Reichardt
	Peters (Norden) *	Reichmann *
	Peters (Poppenbüll) *	Dr. Reinhard *

Reinhardt (Eiserfeld)	Ruttmann	Dr. Schmitt (Koblenz)
Dr. Reischl *	<b>S</b>	Schmitt (Lockweiler) *
Reitz (Nauheim)	Saam *	Schmitt-Vockenhausen *
Reitz (Offheim)	Sänger *	Schmitz (Berlin)
Reitz (Wetzlar) *	Salomon	Schmücker *
Frau Renger *	Sander *	Schneider (Brotdorf)
Richarts *	Saxowski *	Schneider (Burgstall)
Richter *	Prinz zu Sayn-	Dr. Schneider (Nürnberg)
Richter (Nürnberg)	Wittgenstein-Hohenstein	Frau Schnell
Riedel (Frankfurt) *	*	Dr. Schober *
Riedl (Passau)	Schaaf	Schöck
Riegel (Göppingen) *	Schade	Schörner
Dr. Riesebrodt	Schäfer (Darmstadt)	Schoettle *
Dr. Rinderspacher *	Schaefer (Herten)	Scholz
Dr. Rinsche *	Dr. Schaefer (Nordhorn)	Schonhofen *
Dr. Ritgen *	Schaffner	Schoof
Dr. Ritz *	Schaller	Dr. Schröder *
Rock *	Frau Schanzenbach *	Frau Schroeder (Detmold) *
Röhl	Scharnhorst	Schröder (Hamburg)
Frau Röhm	Schedl	Schröder (Sellstedt) *
Röhner *	Scheel *	Schröder (Solingen)
Röhr	Scheffler	Schrot
Röhrig	Dr. Schellenberg *	Schütz (Berlin)
Rösing *	Schetter	Schütz (Hannover)
Rohde *	Scheu	Schulhoff *
Rohlmann (Frankfurt)	Schiess	Schulte *
Dr. Rohloff	Schiestl	Schultz (Gau-Bischofsheim) *
Rollmann *	Schilder	Dr. Schulz (Berlin) *
Rollwage	Dr. Schiller *	Schulz (Eckernförde)
Rommel	Frau Schimschok *	Dr. Schulze-Vorberg *
Rommerskirchen *	Schlager *	Schumpp
Roos	Schlee *	Frau Schuster
Rosenberg	Dr. Schlittmeier	Schwab
Roser	Schmelter	Schwabe *
Roß *	Dr. Schmid *	Schwade (Lippstadt)
Dr. Rothemund	Schmid (Trossingen)	Schwarz
Rothley	Dr. Schmid-Burgk *	Schwarze
Rudigier	Schmidhuber *	Frau Dr. Schwarzhaupt *
Rudloff	Schmidt (Braunschweig)	Dr. Schwarz-Schilling
Frau Rudoll *	*	Schweitzer (Wirges)
Rudolph	Dr. Schmidt (Gellersen)	Schweizer (Stuttgart)
Rühl	*	Dr. Schwörer *
Rühmkorf	Schmidt (Hamburg) *	Frau Seelbach
Rümmele	Schmidt (Kempten) *	Seibert *
Ruf *	Dr. Schmidt (Offenbach)	Dr. Seibold
Ruhnau	*	Seidel *
Rummel	Schmidt (Rohrsen)	Seifert
Rupertus	Schmidt (Teningen)	Seifriz *
Ruschke	Schmidt (Würgendorf) *	
Russe (Bochum) *	Dr. Schmidt (Wuppertal)	
Dr. Rutschke *	*	

Seiler (Ansbach)	Strohmayr *	Dr. Wallmann
Seiler (Worms)	Struve *	Walter *
Seither *	Stücklen *	Frau Dr. Walz
Sellmann	Stürtz	Dr. Warnke
Frau Seppi *	Stuhldreher	Warstatis
Dr. Serres *	Dr. Süsterhenn *	Weber (Heidelberg)
Dr. Seume *	Susset	Weber (Korbach)
Sickert	<b>T</b>	Weber (Saarbrücken)
Siedler	Tallert *	Weber (Würzburg)
Dr. Siemer *	Dr. Tambl • *	Wedemeier
Dr. Sinn *	Tandler	Wegener
Sinnecker	Teriete *	Wehner *
Smektala	von Thadden	Weiberg
Sperner	Theis	Weich
Spillecke *	Thorwirth	Dr. Weichmann
Spitzmüller *	Tietje	Weigl *
Sprenger	Tobaben *	Weiland *
Springorum *	Tönjes *	Dr. Weimann
Stadelmaier	Topmann	Weimer *
Stahlberg *	Dr. Dr. h. c. Toussaint *	Weishäupl
Dr. Stammberger *	Trabalski	Frau Weiß
Dr. Staratzke *	Tuffentsammer	Weiß (Hannover)
Dr. Stark (Nürtingen) *	<b>U</b>	Weiss (Monschau)
Dr. Starke (Franken) *	Ullrich	Welke *
Frau Starlinger	Unertl *	Wellmann *
Dr. Stecker *	Urban *	Welslau *
Frau Steffen	<b>V</b>	Wendelborn *
Steffen	Varelmann *	Wenderoth
Stehle	Vater	Wendt *
Stein (Gießen)	Vetter	Wertz (Düsseldorf)
Stein (Honrath) *	Vietheer	Wertz (Saarburg)
Steinhoff *	Virnich	Frau Wessel *
Steinmann	Vit *	Frau Westphal
Dr. Steinmetz *	Dr. Freiherr von Vitting-	Westphal *
Stender	hoff-Schell *	Frau Wetzell
Stenger	van Vlodrop	Frau Dr. Wex *
Stephan *	Voelker	Weyer
Stiller	Vöth	Weyrosta
Stöckicht	Vogel *	Frau Wicke
Dr. Stolle	Frau Vogt	Wiefel *
Dr. Stoltenberg *	Vogt *	Wienand *
Stomberg	Voitel	Wieninger *
Frau Stommel *	Vortisch	Wilde
Stoß *	<b>W</b>	Wilhelm *
Dr. Storch	Wächter *	Wilhelm (Hülzweiler)
Storm *	Dr. Waffenschmidt	Dr. Wilhelmi *
Dr. Storm	Wagner (Günzburg) *	Will
Strahtmann	Dr. Wagner (Heppen-	Windelen *
Strauß *	heim)	Winkelheide *
Streibl	Wagner (Michelbach)	Winkels
Frau Strobel *	Dr. Wahl *	Frau Winkelsträter

Winterstein  
Wischnewski \*  
Dr. Witten  
Dr. Wörner \*  
Wohlrabe  
Woitha  
Dr. Woitschell  
Frau Dr. Wolf \*  
Wolf \*

Wolf (Neustadt)  
Wolfram  
Baron von Wrangel \*  
Wübbena-Mecima  
Dr. Wuermeling \*  
Dr. Wulff  
Wullenhaupt \*  
Wurbs \*  
Wuwer \*

**Z**  
Zebisch \*  
Zeese  
Ziegler \*  
Dr. Zimmermann \*  
Zink \*  
Zinser  
Zoglmann \*



**Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten**

Länder	CDU/CSU				SPD				FDP				NPD				Insgesamt			
	Md B	MdL	Nic ht-MdL	insg.	Md B	MdL	Nic ht-MdL	insg.	Md B	MdL	Nic ht-MdL	insg.	Md B	MdL	Nic ht-MdL	insg.	Md B	MdL	Nic ht-MdL	insg.
Baden-Württemberg	35	19	16	70	23	10	13	46	10	5	5	20	-	7	-	7	68	41	34	143
Bayern	49	9	39	97	30	19	16	65	7	-	-	7	-	6	-	6	86	34	55	175
Berlin	6	6	-	12	15	10	1	26	1	1	-	2	-	-	-	-	22	17	1	40
Bremen	2	2	-	4	3	2	2	7	-	-	-	-	-	-	-	-	5	4	2	11
Hamburg	7	5	-	12	9	7	3	19	1	1	-	2	-	-	-	-	17	13	3	33
Hessen	18	12	1	31	21	18	7	46	6	5	-	11	-	3	-	3	45	38	8	91
Niedersachsen	30	17	9	56	26 <sup>1)</sup>	13	14	53	6	3	-	9	-	4	-	4	62	37	23	122
Nordrhein-Westfalen	74	33	30	137	66	41	31	138	13	5	5	23	-	-	-	-	153	79	66	298
Rheinland-Pfalz	16	11	5	32	12	10	2	24	3	2	-	5	-	1	-	1	31	24	7	62
Saarland	4	5	-	9	4	4	-	8	-	-	1	1	-	-	-	-	8	9	1	18
Schleswig-Holstein	11	8	3	22	8	7	2	17	2	1	-	3	-	1	-	1	21	17	5	43
Insgesamt:	252	127	103	482	217 <sup>1)</sup>	141	91	449	49	23	11	83	-	22	-	22	518	313	205	103
		230			)	232				34				22				518		6

<sup>1)</sup> 1 Gast (GDP/BHE)

Zusammengestellt nach Unterlagen des Organisationstechnischen Parlamentsdienstes des Deutschen Bundestages

## Stenographischer Bericht

Berlin, Mittwoch, den 5. März 1969<sup>41)</sup>

Die Sitzung wird um 10.04 Uhr durch den Präsidenten von Hassel eröffnet.

**Präsident von Hassel:** Ich eröffne die 5. Bundesversammlung zur Wahl des dritten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und heiße Sie, die Mitglieder der Bundesversammlung, die Botschafter und Vertreter der ausländischen Missionen sowie die zahlreichen Gäste aus dem In- und Ausland, herzlich willkommen. Ich begrüße die Bundesregierung, die Vertreter des Bundesrates und der Länder der Bundesrepublik, unter ihnen die Mitglieder des Senates und des Abgeordnetenhauses von Berlin. Ich grüße alle, die hier im Saal und draußen im Rundfunk und im Fernsehen die Bundesversammlung verfolgen.

Die Bundesversammlung fühlt sich in dieser Stunde den Deutschen im anderen und verriegelten Teil unseres Landes herzlich verbunden.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren! Um ein zeitliches Zusammenfallen der Wahlen zum Bundestag mit der Bundesversammlung zu vermeiden, hat der Herr Bundespräsident am 14. Oktober 1968 erklärt, daß er sein Amt zum 30. Juni dieses Jahres niederlegen wird. Ich habe daher die Bundesversammlung vorzeitig auf den heutigen Tag einberufen.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns zum vierten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hier in der alten deutschen Hauptstadt Berlin zur Wahl des Bundespräsidenten versammelt. Die Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten haben sich in diplomatischen Erklärungen gegen die **Einberufung nach Berlin** ausgesprochen. Die Sowjetunion und die Behörden im anderen Teil Deutschlands haben mit großen propagandistischen Anstrengungen, mit der Ankündigung neuer Verkehrsbeschränkungen, mit Pressionen und einem verschärften Nervenkrieg versucht, unsere Anwesenheit hier in Berlin zu verhindern. Die deutsche und die ausländische Öffentlichkeit hat sich mit dem Für und Wider auseinandergesetzt. Ich selbst habe manchen Brief erhalten, in dem die Sorge um Berlin und um den Frieden in oftmals bewegten Worten ihren Ausdruck fand.

Vor der Einberufung der Bundesversammlung habe ich mich eingehend mit der Bundesregierung, mit den im Bundestag vertretenen Parteien und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin beraten. Ich darf als Ergebnis dieser Gespräche hier feststellen:

Wir sind heute in Berlin nicht aus Gründen des Prestiges oder der Rechthaberei.

Die 5. Bundesversammlung ist nicht zusammengetreten, um irgend jemanden zu provozieren. Wer uns dennoch Provokationen vorwirft, übersieht oder verschweigt, daß wir nichts beanspruchen, was uns nicht zusteht. Jeder, der guten Willens ist, wird mit mir darin übereinstimmen: es kann keine Provokation sein, wenn eine friedliche Versammlung einen Tag lang zusammentritt mit dem alleinigen Zweck, einen Bundespräsidenten zu wählen. Wir beeinträchtigen niemanden in seinen Rechten, wir können deshalb auch niemanden provozieren.

---

<sup>41)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlper., Stenogr. Berichte. Bd. 69, Anhang, S. 1-9.

Ob, wann und in welcher Weise wir hier in Berlin zusammentreten und unsere Rechte wahrnehmen, das entscheiden wir alleine danach: Dient es der Freiheit und dem Lebensrecht Berlins und der Berliner?

Daß wir guten Willens sind, haben Bundesregierung und Berliner Senat hinlänglich bewiesen. Sie waren bereit zu Verhandlungen und zur Verständigung, die — ohne Preisgabe unseres Rechtes — Berlin und den Berlinern • erzeugend und dauernd zugute gekommen wären. Meine Damen und Herren, wir tagen in Berlin aus selbstverständlicher Verbundenheit mit dieser Stadt und den Berlinern. Und wir sind hier schon wie in der Vergangenheit in vollem Einvernehmen mit den drei Westmächten.

Im Namen der Bundesversammlung danke ich den Regierungen von Großbritannien, Frankreich und der Vereinigten Staaten von Amerika daß sie die Sicherheit und die Freiheit Westberlins solidarisch gewährleisten.

(Beifall.)

Daß Berlin nicht alleine steht, ist vor wenigen Tagen sichtbar geworden durch den eindrucksvollen Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika hier in Berlin und kurz zuvor durch die Anwesenheit des britischen Ministerpräsidenten Wilson.

Meine Damen und Herren! Diese 5. Bundesversammlung befindet sich auch nicht auf „fremdem Territorium“. Wenn andere das behaupten, so stellen sie sich damit nicht nur in Gegensatz zu den Vier-Mächte-Vereinbarungen, sondern auch in Gegensatz zum Selbstverständnis aller Deutschen. Berlin, die Hauptstadt Deutschlands, ist für *keinen* Deutschen „fremdes Territorium“.

(Beifall.)

Für die Bundesversammlung stelle ich fest: indem wir uns hier versammeln, wird weder der Status quo angetastet, noch werden neue Rechte in Anspruch genommen. Der **Vier-Mächte-Status Berlins** ist eine der Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des Friedens, solange die Deutschlandfrage ungelöst ist. Wir respektieren diesen Status und wollen ihn nicht in Frage stellen. Verletzt wird er nur im anderen Teil dieser Stadt.

In Berlin befindet sich keine Bundeswehreinheit. Hier gilt kein Wehrdienstgesetz der Bundesrepublik. Kein Berliner unterliegt der Wehrpflicht in der Bundeswehr. Demgegenüber müssen im anderen Teile dieser Stadt auch Berliner Dienst in der „Nationalen Volksarmee“ tun. Viele Einheiten und Verbände dieser Armee befinden sich entgegen dem Vier-Mächte-Status in Berlin und werden offen bei Militärparaden präsentiert. Die Mauer, die Berlin teilt, wird von dieser „Nationalen Volksarmee“ bewacht.

Jedermann weiß auch, daß in Westberlin keine Rüstungsgüter hergestellt werden. Wer etwas anderes behauptet, sucht nach Vorwänden, um die wirtschaftlichen Bindungen Westberlins zur Bundesrepublik Deutschland zu stören. Diese aber sind unerläßlich für die Lebensfähigkeit dieser Stadt, deren innerer Kreislauf unterbrochen ist. Die Bevölkerung Westberlins sieht in der Zugehörigkeit zum Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem der Bundesrepublik Deutschland unter dem Schutze unserer Verbündeten die einzige Garantie für ihre Freiheit und ihre Zukunft.

Meine Damen und Herren, die Bundesversammlung ist ein Gremium frei gewählter Abgeordneter zur Wahl des neuen Bundespräsidenten. Sie bedroht nicht den Frieden. Der Friede in Europa wird vielmehr durch die seit mehr als zwei Jahrzehnten bestehenden Spannungen zwischen Ost und West gefährdet, die in dieser geteilten Stadt besonders sichtbar sind.

Der Weg zum Frieden in ganz Europa ist auch versperrt, weil Deutsche nicht frei sagen und entscheiden dürfen, in welcher Staats- und Gesellschaftsform sie leben wollen. Deshalb ist Berlin ein Prüfstein dafür, ob die Welt unter der furchtbaren Drohung des Atomkrieges beginnt, gründlicher und konsequenter als bisher über den Frieden nachzudenken und — mehr als das — auch für ihn zu handeln.

Die 5. Bundesversammlung will mit ihrer Anwesenheit im geteilten Berlin zum Ausdruck bringen, daß sie sich zum Frieden, zur Freiheit und zum Recht für alle Menschen in der ganzen Welt bekennt.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren! Nach Art. 54 Abs. 3 des Grundgesetzes besteht die Bundesversammlung aus den 518 Mitgliedern des Bundestages und aus einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden. Die Bundesversammlung besteht also insgesamt aus 1036 Mitgliedern. Es entsenden die Länder:

Baden-Württemberg 75 Mitglieder,

Bayern 89 Mitglieder,

Berlin 18 Mitglieder,

Bremen 6 Mitglieder,

Hamburg 16 Mitglieder,

Hessen 46 Mitglieder,

Niedersachsen 60 Mitglieder,

Nordrhein-Westfalen 145 Mitglieder,

Rheinland-Pfalz 31 Mitglieder,

Saarland 10 Mitglieder,

Schleswig-Holstein 22 Mitglieder.

Ich stelle fest, daß die Parlamente der Bundesländer ihre in die Bundesversammlung entsandten Mitglieder ordnungsgemäß gewählt und bekanntgemacht haben.

Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes bestimmt, dass zum Bundespräsidenten gewählt ist, wer in einem der beiden ersten Wahlgänge die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhöht oder wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen

auf sich vereinigt. Demnach muß in einem der beiden Wahlgänge, im ersten und notfalls im zweiten Wahlgang, einer der Bewerber mindestens 519 Stimmen auf sich vereinigen, um gewählt zu sein. Bei dieser Wahl haben die **Mitglieder des Landes Berlin** volles Stimmrecht. Es gibt keinerlei neue Argumente, die die in der Bundesversammlung am 1. Juli 1959 gegebene Begründung in Frage stellen könnten.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur **Konstituierung der Bundesversammlung**. Der § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten vom 25. April 1959 bestimmt:

Der Präsident des Bundestages leitet die Sitzungen und Geschäfte der Bundesversammlung. Auf ihren Geschäftsgang findet die Geschäftsordnung des Bundestages sinngemäße Anwendung, sofern sich nicht die Bundesversammlung eine eigene Geschäftsordnung gibt.

Ich schlage vor, es bei der Anwendung der Geschäftsordnung des Bundestages zu belassen. Ich nehme an, daß das Haus mit dieser Regelung einverstanden ist. — Ich höre keinen Widerspruch; dann ist so beschlossen.

§ 49 der Geschäftsordnung des Bundestages bestimmt:

Der Bundestag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Abgeordneten im Sitzungssaal anwesend sind.

Meine Damen und Herren, es kann nicht bezweifelt werden, daß offensichtlich weit mehr als die Hälfte der Bundesversammlung hier im Sitzungssaal anwesend ist. Die Bundesversammlung ist somit beschlußfähig

Ich schlage nun vor, 15 **Schriftführer** zu wählen, und zwar jene Schriftführer, die auch im Deutschen Bundestag diese Aufgabe wahrnehmen. Dies sind die Abgeordneten Berger, Berlin, Büttner, Folger, Frau Geisendörfer, Frau Griesinger, Josten, Frau Krappe, Kühn (Hildesheim), Lange, Marquardt, Frau Meermann, Ruf, Dr. Rutschke und Varelmann. —

Es erhebt sich kein Widerspruch; dann ist so beschlossen.

Ich bitte nunmehr den Herrn Bundestagsabgeordneten Berlin und die Bundestagsabgeordnete Frau Griesinger hier oben zu beiden Seiten des Präsidenten Platz zu nehmen, Frau Griesinger zu meiner Rechten, Herr Berlin zu meiner Linken.

Damit, meine Damen und Herren, ist die Bundesversammlung konstituiert.

§ 9 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten bestimmt:

**Wahlvorschläge** für die Wahl des Bundespräsidenten kann jedes Mitglied der Bundesversammlung beim Präsidenten des Bundestages schriftlich einreichen. Für den zweiten und dritten Wahlgang können neue Wahlvorschläge eingebracht werden. Die Wahlvorschläge dürfen nur die zur Bezeichnung des Vorgeschlagenen erforderlichen Angaben enthalten; die schriftliche Zustimmungserklärung des Vorgeschlagenen ist beizufügen.

Ich werde die Briefe verlesen und darf darauf aufmerksam machen, daß auf Grund der Geschäftsordnung des Bundestages Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen seitens der Gäste auf den Tribünen nicht gestattet sind.

Meine Damen und Herren, von der Fraktion der CDU/CSU ist der Bundesminister **Dr. Gerhard Schröder** vorgeschlagen, von der Fraktion der SPD der Bundesminister **Dr. Gustav Heinemann**. Weitere schriftliche Vorschläge liegen mir nicht vor. Ich stelle also fest, daß im ersten Wahlgang nur diese beiden Kandidaten gewählt werden können.

Ich muß zunächst die Briefe meinen Schriftführern im Vorstand zeigen, damit sie sich von der ordnungsgemäßen Vorlage der schriftlichen Vorschläge und der Zustimmungserklärungen überzeugen können.

(Geschieht.)

Der Sitzungsvorstand stellt also fest, daß die beiden Genannten, Herr Bundesminister Dr. Schröder für die CDU/CSU und Herr Bundesminister Dr. Heinemann für die SPD, ordnungsgemäß vorgeschlagen wurden.

Ich stelle zum **Abstimmungsverfahren** kurz folgendes fest. Nach § 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten wird mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln gewählt. § 54 a der Geschäftsordnung bestimmt, daß in diesem Fall die Wahl geheim stattfindet. Er bestimmt weiter, daß die Stimmzettel erst vor Betreten der Wahlzelle ausgehändigt werden. Die aufgestellten Wahlzellen sind bei der Stimmabgabe zu benutzen. Die gekennzeichneten Stimmzettel sind in einem Wahlumschlag in die dafür vorgesehenen Wahlurnen zu legen. § 52 Abs. 6 Buchstabe a der Bundeswahlordnung gilt — so steht es in der Geschäftsordnung des Bundestages — entsprechend. Das heißt, ein Wahlmann muß zurückgewiesen werden, wenn er seinen Stimmzettel außerhalb der Wahlzelle gekennzeichnet oder außerhalb der Wahlzelle in den Wahlumschlag gelegt hat.

Meine Damen und Herren, zur Erleichterung des Abstimmungs- und des Auszählverfahrens habe ich Stimmkarten mit den Namen der vorgeschlagenen Kandidaten drucken lassen. Sie erhalten diese Stimmkarten an dem von Ihnen aus gesehen rechts befindlichen Tisch vor den Kabinen. Sie begeben sich mit dieser Stimmkarte gegen Vorlage Ihres Wahlausweises, eines weißen Wahlausweises für den ersten Wahlgang, den Sie in Ihren Unterlagen bekommen haben, bitte in die Wahlzelle, kreuzen den Namen des Kandidaten Ihrer Wahl an und legen den Stimmzettel in den Wahlumschlag. Wer sich der Stimme enthalten will, kann dies dadurch zum Ausdruck bringen, daß er keinen der beiden Namen ankreuzt. Ich mache nochmals darauf aufmerksam, meine Damen und Herren, dass die Kennzeichnung der Stimmkarten oder das Einlegen der Stimmkarten in den Wahlumschlag außerhalb der Wahlzelle zur Zurückweisung des Wahlmannes führt. Er verliert damit allerdings nicht das Recht, seine Stimmabgabe vorschriftsmäßig zu wiederholen. Dagegen macht die Verwendung anderer als der amtlichen Stimmkarten die Stimme unweigerlich ungültig. Das gleiche gilt, wenn eine Stimmkarte den Namen eines nicht vorgeschlagenen Kandidaten oder sonstige Zusätze enthält. Von der Wahlzelle dort drüben begeben Sie sich bitte zur Wahlurne — die gläserne Urne steht hier vor Ihnen für alle sichtbar —, werfen nach Nennung Ihres Namens und Abgabe des Wahlausweises — des weißen Wahlausweises — Ihre Stimmkarte in die Urne. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Abgabe des Wahlausweises an die Stelle der Eintragung in die sonst übliche An-

wesenheitsliste tritt. Die Abgabe des Wahlausweises darf also nicht vergessen werden, weil nur dadurch Ihre Anwesenheit nachgewiesen wird.

Die Schriftführer zu meiner Rechten und zu meiner Linken werden nunmehr die Namen nach dem Alphabet aufrufen. Ich bitte Sie, den Namensaufruf an Hand der Mitgliederliste, die Ihnen vorliegt, zu verfolgen und sich rechtzeitig zur Entgegennahme Ihrer Stimmkarten hierher nach vorn zu begeben. Mit Ausnahme der ersten Reihe sitzen in den einzelnen Fraktionsblocks alle Abgeordneten nach dem Alphabet. Die im Nachtrag zur Mitgliederliste aufgeführten Mitglieder der Bundesversammlung und die diensttuenden Schriftführer werden zum Schluß aufgerufen. Ich selbst werde als letzter die Stimme abgeben.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer, die den Dienst an der Wahlurne übernommen haben, ihren Platz einzunehmen. Darf ich fragen, ob alle Plätze durch die Schriftführer eingenommen worden sind. — Wie ist es bei der Stimmkartenausgabe? — Die Plätze bei der Wahlurne sind besetzt.

Meine verehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen, bevor ich jetzt beginne, noch folgendes bekanntmachen. Es findet keine Mittagspause statt. Sollte ein zweiter Wahlgang erforderlich werden, schließt er sich unmittelbar an den ersten an. Wer seine Stimmkarte im ersten Wahlgang abgegeben hat, möge den gelben Wahlausweis und bei einem eventuellen dritten Wahlgang den grünen Wahlausweis im Tagungsbüro in seinem Fach abholen.

Darf ich fragen, ob im Saal noch ein Wahlmann seine Unterlagen, nämlich den Wahlausweis, nicht hat. — Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann eröffne ich hiermit den Wahlgang und bitte, mit dem Aufruf der Namen zu beginnen.

(Namensaufruf.)

Ich bitte nunmehr den Herrn Vizepräsidenten Schoettle, den Vorsitz so lange zu übernehmen, bis ich als letzter abgestimmt habe.

(Vorsitz: Vizepräsident Schoettle.)

**Vizepräsident Schoettle:** Meine Damen und Herren! Der Namensaufruf ist beendet. Ich frage, ob noch Mitglieder der Bundesversammlung im Saale sind, die ihre Stimmkarte nicht abgegeben haben. — Sind Mitglieder der Bundesversammlung im Saal, die nicht aufgerufen worden sind? — Das ist offenbar nicht der Fall.

Haben alle Damen und Herren Schriftführer ihre Stimmkarten abgegeben?

(Zurufe: Nein!)

Ich frage noch einmal, ob Mitglieder der Bundesversammlung im Saale sind, die ihre Stimmkarte noch nicht abgegeben haben.

(Zurufe: Ja!)

Sind jetzt noch Mitglieder der Bundesversammlung im Saal, die ihre Stimmkarte nicht abgegeben haben? — Das ist offenbar nicht der Fall. Die Wahl ist geschlossen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Die Sitzung wird während der Auszählung nicht unterbrochen. Es steht den Mitgliedern der Bundesversammlung frei, inzwischen den Sitzungssaal zu verlassen. Ich bitte jedoch, dafür zu sorgen, daß immer Vertreter der Fraktionen im Saal anwesend sind.

Noch ein Hinweis: Der Zähl Tisch muß frei bleiben. Ich bitte die Saaldiener, den Zähl Tisch abzusperren.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Wer den Wahlausweis für einen möglichen zweiten oder dritten Wahlgang noch nicht abgeholt hat, muß ihn inzwischen seinem Postfach entnehmen. Die Postfächer befinden sich in den Räumen jenseits des Foyers.

(Vorsitz: Präsident von Hassel.)

**Präsident von Hassel:** Meine Damen und Herren! Ich gebe das vorläufige Ergebnis der ersten Abstimmung bekannt. Insgesamt sind 1021 Stimmen abgegeben worden. Für den Kandidaten Dr. Heinemann sind 514 Stimmen, für den Kandidaten Dr. Schröder 499 Stimmen abgegeben worden. Enthalten haben sich 6 Mitglieder. 2 Stimmen sind ungültig.

Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhöht, d. h. wer mindestens 519 Stimmen auf sich vereinigt.

Ich stelle fest, daß keiner der vorgeschlagenen Kandidaten diese Mehrheit erreicht hat.

Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes muß nunmehr ein **zweiter Wahlgang** stattfinden. Auch in diesem zweiten Wahlgang ist nur gewählt, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der Mitglieder der Bundesversammlung, d. h. mindestens 519 Stimmen, auf sich vereinigt.

Nach § 9 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten können für den zweiten Wahlgang neue Wahlvorschläge eingebracht werden. Meine Damen und Herren, ich lege diesen Satz so aus, daß im zweiten Wahlgang die Wahlvorschläge, die für den ersten Wahlgang gemacht worden sind, aufrechterhalten bleiben, soweit sie nicht zurückgezogen werden, und dass zusätzlich dazu neue Vorschläge gemacht werden könnten.

Darf ich die Frage stellen, ob neue Wahlvorschläge eingereicht werden. — Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß keine neuen Vorschläge eingereicht sind. Für den zweiten Wahlgang gelten daher die Vorschläge, die für den ersten Wahlgang eingereicht wurden. Somit können im zweiten Wahlgang gewählt werden die Herren Bundesminister Dr. Heinemann und Dr. Schröder.

Ich stelle zunächst die Frage, ob jeder von Ihnen in der Zwischenzeit im Tagungsbüro den gelben Wahlausweis abgeholt hat.

(Zurufe: Nein!)



— Ich habe mehrfach, vor dem ersten Wahlgang und zum Schluß des ersten Wahlganges, darauf aufmerksam gemacht, daß die Wahlausweise drüben im Tagungsbüro abgeholt werden können. Ich darf Sie bitten, vorsorglich gleich beide Wahlausweise, nämlich den gelben für den zweiten Wahlgang und den grünen für einen etwaigen dritten Wahlgang, abzuholen. Sie erhalten die Wahlausweise in der Postverteilungsstelle. Ich unterbreche für ein paar Minuten. —

Darf ich im Interesse der Beschleunigung des Verfahrens darum bitten, daß sich die Mitglieder der Bundesversammlung, deren Name mit den Buchstaben A und B beginnt, schon hinsetzen, damit feststellbar ist, ob wir mit der Wahl beginnen können. — Die Schriftführer Josten und Folger werden gebeten, ihre Plätze einzunehmen.

Meine Damen und Herren, wir fahren in unserer Wahlhandlung fort. Sie haben inzwischen zwei neue Wahlausweise bekommen. Gegen Vorzeigen des gelben Wahlausweises erhalten Sie eine gelbe Stimmkarte, und zwar wie beim ersten Wahlgang drüben an den Tischen neben den Wahlzellen. Dort wird Ihnen die gelbe Stimmkarte mit den Namen der beiden vorgeschlagenen Kandidaten ausgehändigt.

Auch für diesen Wahlgang gilt Abs. 3 Satz 2 des § 9 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten:

Stimmzettel, die auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten, sind ungültig.

Sie müssen ein Kreuz machen und dürfen nicht einen der Namen durchstreichen.

Außerdem gilt wie im ersten Wahlgang, daß mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln gewählt werden muß. Die Verwendung anderer Stimmzettel macht die Stimmen unweigerlich ungültig. Ein Stimmzettel ist ferner ungültig, wenn er etwas anderes als die Bezeichnung eines der vorgeschlagenen Kandidaten enthält.

Ich weise noch einmal darauf hin, daß nach § 54 a der Geschäftsordnung des Bundestages die Stimmzettel erst vor dem Betreten der Wahlzelle drüben ausgehändigt werden dürfen, daß die Zeichnung in der Wahlzelle vollzogen wird und daß der Stimmzettel in den Umschlag gelegt wird. Die Schriftführer haben mich gebeten, darauf hinzuweisen, daß man den Briefumschlag nicht zukleben solle. Sonst ergibt sich nachher beim Auszählen sehr viel mehr Arbeit. Ich habe den Eindruck, daß die Abgeordneten, die keine Sekretärin haben, gewöhnt sind, Briefumschläge selber zuzukleben.

Ein Wahlmann, meine Damen und Herren, muß zurückgewiesen werden, wenn er seinen Stimmzettel außerhalb der Wahlzelle gekennzeichnet oder außerhalb der Wahlzelle in den Umschlag gelegt hat.

Darf ich jetzt fragen, ob jeder der Wahlmänner in den ersten Reihen seinen gelben Wahlausweis bekommen hat. — Ich darf bitten, daß die Schriftführer die Plätze an der Urne und an der Stimmzettelausgabe einnehmen. — Das ist geschehen.

Ich eröffne hiermit den zweiten Wahlgang und bitte die Schriftführerin zu meiner Rechten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf. — Während des Namensaufrufs übernimmt Vizepräsident Dr. Jaeger vorübergehend den Vorsitz.)

Darf ich bitten, daß jetzt die Damen und Herren Schriftführer und der bis jetzt amtierende Vizepräsident Dr. Jaeger ihre Stimme abgeben.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Jaeger.)

**Vizepräsident Dr. Jaeger:** Meine Damen und Herren! Der Namensaufruf ist beendet. Ich frage, ob noch Mitglieder der Bundesversammlung im Saal sind, die ihre Stimmkarte nicht abgegeben haben. Wenn das der Fall ist, bitte ich Sie, sich nach vorn zu begeben und ihre Stimmkarte abzugeben. Haben sich insbesondere alle Schriftführer gemeldet? — Das ist der Fall.

Ich frage noch einmal, ob Mitglieder der Bundesversammlung im Saal sind, die ihre Stimmkarte noch nicht abgegeben haben. Ich frage zum dritten und letzten Mal, ob Mitglieder der Bundesversammlung anwesend sind, die ihre Stimme nicht abgegeben haben. — Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist. Damit haben alle anwesenden Mitglieder der Bundesversammlung von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht.

Ich schließe die Abstimmung und bitte die eingeteilten Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Die Sitzung wird während der Auszählung nicht unterbrochen. Es steht den Mitgliedern der Bundesversammlung frei, den Sitzungssaal zu verlassen. Ich bitte jedoch, dafür zu sorgen, dass Vertreter jeder Fraktion im Sitzungssaal anwesend sind.

(Vorsitz: Präsident von Hassel.)

**Präsident von Hassel:** Meine Damen und Herren, ich muß zunächst bekanntgeben, daß das vorhin hier vorgetragene Ergebnis des ersten Wahlganges durch Mitarbeiter von mir nachgezählt worden ist. Dabei hat sich ein neues Ergebnis herausgestellt.

(Hört! Hört!)

Von 1023 abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang sind für den Kandidaten Dr. Heinemann 514 Stimmen und für den Kandidaten Dr. Schröder 501 Stimmen abgegeben worden. Enthalten haben sich 5 Mitglieder. 3 Stimmen waren ungültig.

Sie werden Verständnis dafür haben, daß nach diesen Erfahrungen der Präsident das Ergebnis des zweiten Wahlganges durch seine Mitarbeiter noch einmal nachprüfen läßt, da nur eine geringe Differenz vorhanden ist. Es wird aber auf alle Fälle zu einem dritten Wahlgang kommen. Ich darf Sie um Verständnis dafür bitten, daß ich nachzählen lasse.

Unter dem Vorbehalt der Nachprüfung gebe ich das vorläufige Ergebnis des zweiten Wahlganges bekannt, aber ich darf ausdrücklich sagen, vorbehaltlich der Nachzählung. Danach sind abgegeben worden 1023 Stimmen. Auf Herrn Dr. Heinemann entfielen 511 Stimmen, auf Herrn Dr. Schröder 507 Stimmen. Stimmenthaltungen 5, ungültig keine

Stimme. Ich unterbreche die Sitzung bis zur Nachzählung einen Augenblick. Ich darf Sie bitten, Platz zu behalten. —

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Ergebnis ist, wie vorhin vorgetragen, 1023 abgegebene Stimmen, für Herrn Dr. Heinemann 511 Stimmen, für Herrn Dr. Schröder 507 Stimmen, Stimmenthaltungen 5. Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhöht, also mindestens 519 Stimmen. Ich stelle fest, daß auch im zweiten Wahlgang keiner der vorgeschlagenen Kandidaten diese Mehrheit erreicht hat

Daher muß nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ein dritter Wahlgang stattfinden. Im dritten Wahlgang ist der Kandidat gewählt, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

Auch in diesem Wahlgang können nach § 9 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten neue Wahlvorschläge eingebracht werden. Hierfür gelten dann die gleichen Bestimmungen wie für den ersten und den zweiten Wahlgang. Ich stelle die Frage, ob neue Vorschläge eingereicht werden. — Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß für den dritten Wahlgang die Vorschläge des ersten und zweiten Wahlganges gelten. Sonach können im dritten Wahlgang nur die Herren Bundesminister Dr. Heinemann und Bundesminister Dr. Schröder gewählt werden.

Für diesen Wahlgang gilt die gleiche Wahlordnung wie für die vorangegangenen Wahlgänge. Die Mitglieder der Bundesversammlung erhalten nun für den dritten Wahlgang einen neuen, grünen Ausweis, den Sie inzwischen abgeholt haben. Darf ich fragen, ob jemand den grünen Ausweis noch nicht besitzt. — Alle Wahlmänner scheinen im Besitz dieses grünen Wahlausweises zu sein. Der Vorgang ist genauso wie vorher: Sie gehen dort drüben nach rechts, bekommen dort den Stimmschein, gehen durch die Gardine in die Wahlzelle, um dann hier mit dem grünen Wahlausweis die Stimmkarte abzugeben.

Meine Damen und Herren, ich bin von mehreren Seiten gebeten worden, darauf hinzuweisen, daß auch ein dritter Wahlgang möglicherweise keine Entscheidung bringt. Das heißt, dass nachher bei Stimmgleichheit nicht das Los gezogen wird, sondern sich ein vierter Wahlgang anschließt. Ich bitte daher, darauf zu achten, dass niemand vor Bekanntgabe des Ergebnisses diese dritten Wahlganges aus Berlin wegfliegt oder auch nur die Ostpreußenhalle verläßt. Ich darf vielleicht bitten, daß Sie draußen in den Wandelhallen — vor allen Dingen jene Wahlmänner, die jetzt noch nicht aufgerufen werden, weil sie im Alphabet hinten anstehen — diese Mitteilung bekanntgeben. Ich wiederhole, bei Stimmgleichheit im dritten Wahlgang wird sich ein vierter Wahlgang anschließen.

Ich darf fragen, ob die Schriftführer ihre Plätze eingenommen haben. — Ich eröffne nun den dritten Wahlgang und bitte die Schriftführerin zu meiner Rechten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf. — Während des Namensaufrufs übernimmt Vizepräsident Dr. Mommer vorübergehend den Vorsitz.)

Darf ich bitten, daß, bevor die Schriftführer ihre Stimme abgeben, Herr Vizepräsident Dr. Mommer seine Stimme abgibt und mich danach wieder ablöst, damit ich meine Stimme abgeben kann.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Mommer.)

**Vizepräsident Dr. Mommer:** Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob Mitglieder der Bundesversammlung im Saale sind, die ihre Stimmkarte noch nicht abgegeben haben. — Darf ich fragen, ob die Damen und Herren Schriftführer ihre Stimmkarte abgegeben haben. — Das ist jetzt der Fall. Ich frage noch einmal, ob ein Stimmberechtigter seine Stimmkarte noch nicht abgegeben hat. — Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich diesen Wahlgang.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung der Stimmen zu beginnen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

(Vorsitz: Präsident von Hassel.)

**Präsident von Hassel:** Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis des dritten Wahlgangs bekannt. Es sind abgegeben worden 1023 Stimmen. Für den Kandidaten Dr. Heinemann sind 512 Stimmen abgegeben worden, für den Kandidaten Dr. Schröder 506. Es haben sich enthalten 5 Mitglieder; ungültig ist keine Stimme.

Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist im dritten Wahlgang gewählt, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Nach dem soeben bekanntgegebenen Ergebnis hat Herr Bundesminister Dr. Heinemann die meisten Stimmen erhalten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der FDP. — Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

Herr Dr. Heinemann ist somit zum dritten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Nach § 9 Abs. 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten teile ich dem hier im Saal anwesenden Gewählten die Wahl mit und fordere ihn auf, binnen zwei Tagen zu erklären — so sieht es das Gesetz vor —, ob er die Wahl annimmt. Herr Dr. Heinemann, wenn Sie bereit sind, schon heute zu erklären, daß Sie die Wahl annehmen, so bitte ich Sie, sich hierher zu mir zu begeben. — Herr Dr. Heinemann, nehmen Sie die Wahl zum Präsidenten der Bundesrepublik an?

**Dr. Dr. Heinemann,** Bundesminister der Justiz: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der FDP. — Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

**Präsident von Hassel:** Ich darf Ihnen, Herr Bundesminister Dr. Heinemann, zu Ihrer Wahl zum künftigen Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland die aufrichtigen Glückwünsche der Bundesversammlung übermitteln.

(Beifall.)

Ich erteile das Wort Herrn Bundesminister Dr. Heinemann.

**Dr. Dr. Heinemann,** Bundesminister der Justiz: Ich möchte all denen, die mich gewählt haben, für das Vertrauen danken, das sie mir entgegenbringen. Denen, die eine andere

Wahlentscheidung getroffen haben, bekunde ich meinen vollen Respekt. Ich hoffe, daß es auch mit ihnen zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit bei der Gemeinsamkeit der Aufgaben, die uns allen gestellt sind, kommt. Gerne möchte ich zu diesem bewegenden, auch mich persönlich bewegenden Vorgang noch etliches sagen. Aber das ist jetzt nicht angebracht. Das muß auf den Zeitpunkt zurückgestellt werden, da der Amtswechsel stattfindet.

Ich danke Ihnen und grüne alle deutschen Bürger.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

**Präsident von Hassel:** Meine Damen und Herren, es bleibt mir noch ein vierfacher **Dank** zu sagen. Ich danke den Mitgliedern des Bundestages, die als Schriftführer die anstrengende Arbeit leisteten,

(Beifall)

und bitte ein wenig auch um Entschuldigung, daß ich vorhin im Zusammenhang mit der Auszählung nach der ersten Abstimmung ein bißchen grob zu ihnen war.

Ich danke im Namen aller den Dienststellen des Senats in Berlin für die tatkräftige Hilfe.

(Beifall.)

Im besonderen gilt der Dank den Angehörigen der Berliner Polizei.

(Lebhafter Beifall.)

Selbstlos und unermüdlich haben sie den reibungslosen Ablauf der Bundesversammlung sichergestellt.

Ich danke ferner in Ihrem Namen all denen, die für den technischen Ablauf der Bundesversammlung gesorgt haben,

(Beifall)

und sage einen besonderen Dank der Presse, die den heutigen Tag und die Tage vorher begleitet hat. Vor allem danke ich in Ihrer aller Namen den Fernseh- und den Rundfunkanstalten, ihren Redakteuren und Technikern dafür, daß sie vom frühen Morgen bis in diese frühen Abendstunden hinein den gesamten Ablauf der Bundesversammlung übertragen haben.

(Beifall.)

So konnten alle Deutschen die Wahl des neuen Bundespräsidenten verfolgen.

Die Bundesversammlung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 18.30 Uhr.)

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1969  
Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten D. Dr. Dr. Heinemann  
Deutscher Bundestag, 245. Sitzung, zugleich 341. Sitzung des Bundesrates, Bonn, den 1.  
Juli 1969<sup>42)</sup>  
(Auszug)

**Präsident von Hassel:** [...]

Herr Bundespräsident, die Bundesversammlung hat Sie nach den Vorschriften des Grundgesetzes am 5. März des Jahres 1969 in Berlin zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Sie haben vor der Bundesversammlung

die Annahme der Wahl erklärt.

Ich bitte Sie, sich zur **Eidesleistung** neben mich zu stellen.

Herr Bundespräsident, ich übergebe Ihnen die Urschrift des Grundgesetzes zur Eidesleistung.

**D. Dr. Dr. Heinemann**, Bundespräsident: Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

**Präsident von Hassel:** Ich stelle fest, daß Herr Dr. Gustav Heinemann nach Artikel 56 unseres Grundgesetzes den vorgeschriebenen Amtseid geleistet hat. Herr Bundespräsident, Gottes Segen und unser aller Wille begleiten Sie in Ihrem Amte.

(Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Das Wort hat der Herr Bundespräsident.

**D. Dr. Dr. Heinemann**, Bundespräsident: Meine Herren Präsidenten! Exzellenzen! Meine Damen und Herren! Mit dem hier geleisteten Eid trete ich in die Verantwortung des Amtes ein, für das mich die Bundesversammlung am 5. März gewählt hat.

Zunächst danke ich Ihnen, Herr Bundestagspräsident, für die Begrüßung und die guten Wünsche dieser Versammlung zu meinem heutigen Amtsantritt sowie Ihnen, Herr Dr. Lübke, für die überaus freundliche und hilfreiche Art, mit der Sie Ihr Amt auf mich überleiten.

Ich wiederhole, was ich damals in Berlin gesagt habe: ich danke allen, die mich gewählt haben, für das Vertrauen, das sie mir schenken. Ich respektiere, daß etliche eine andere Wahlentscheidung getroffen haben, in vollem Maße. Ich hoffe — so sagte ich am 5. März —, daß es auch mit ihnen zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit über die Gemeinsamkeit der uns gestellten Aufgaben kommt.

---

<sup>42)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlper, Stenogr. Berichte. Bd. 70, S. 13661 ff.

Als Bundespräsident habe ich keine Regierungserklärung abzugeben. Ich bin aus der Bundesregierung und aus dem Deutschen Bundestag ausgeschieden; ich habe alle Funktionen in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands niedergelegt. Nach dem Willen des Grundgesetzes stehe ich fortan denen zur Seite, die die politischen Entscheidungen zu vollziehen und zu verantworten haben. Wohl aber steht dem Bundespräsidenten gerade in dieser Stunde ein **persönliches Wort** zu.

Meine Damen und Herren, ich trete das Amt in einer Zeit an, in der die Welt in höchsten **Widersprüchlichkeiten** lebt. Der Mensch ist im Begriff, den Mond zu betreten, und hat doch immer noch diese Erde aus Krieg und Hunger und Unrecht nicht herausgeführt. Der Mensch will mündiger sein als je zuvor und weiß doch auf eine Fülle von Fragen keine Antwort. Unsicherheit und Resignation mischen sich mit der Hoffnung auf bessere Ordnungen. Wird solche Hoffnung endlich erfüllt werden? Das ist eine Frage an uns alle, zu mal an uns hier, die wir kraft der uns erteilten Mandate Verantwortung für unsere Mitbürger tragen.

Ich sehe als erstes die Verpflichtung, dem **Frieden** zu dienen. Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.

24 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg stehen wir immer noch vor der Aufgabe, uns auch mit den östlichen Nachbarn zu verständigen. Das allseitige Gespräch · er einen gesicherten Frieden in ganz Europa ist fällig und muß kommen. Mit dem deutschen Volk, dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung weiß ich mich einig in dem Willen zum Frieden. Ich appelliere an die Verantwortlichen in den Blöcken und an die Mächte, ihre Zuversicht auf Sicherheit nicht im Wettlauf der Rüstungen, sondern in der Begegnung zu gemeinsamer **Abrüstung** und Rüstungsbegrenzung zu suchen.

(Beifall.)

Abrüstung erfordert Vertrauen. Vertrauen kann nicht befohlen werden: und doch ist auch richtig, daß Vertrauen nur der erwirbt, der Vertrauen zu schenken bereit ist.

Es gehört zu den vornehmsten Aufgaben unserer Politik, **Vertrauen** aufzuschließen. Dieser Aufgabe sind alle Machtmittel unterzuordnen — die zivilen und die militärischen.

Auch die **Bundeswehr** ist nicht Selbstzweck. Wir wissen, daß sie keine politischen Lösungen zu erzwingen vermöchte. Ihr Auftrag ist, zu verhindern, daß uns Gewaltlösungen von fremder Seite aufgezwungen werden. Darum setzen wir unsere Verteidigungsanstrengung fort. Darum gilt unsere Achtung allen denen, die sich dieser Aufgabe unterziehen.

(Beifall.)

Ich möchte alles, was ich tun kann, in den Dienst der Bemühungen um eine **Friedensregelung** stellen, die unser ganzes Volk einschließt. Auf dem weiten Weg bis zu diesem Ziel gilt es, die Lebensverbundenheit der Menschen unseres Volkes zu stärken und zu verbessern.

Hilfreich wäre es, wenn auch wir der **Friedensforschung**, das heißt einer wissenschaftlichen Ermittlung nicht nur der militärischen Zusammenhänge zwischen Rüstung, Abrüstung und Friedenssicherung, sondern zwischen allen Faktoren, also z. B. auch den sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen, die gebührende Aufmerksamkeit zuwenden würden.

Bei alledem geht es nicht nur um den Ost-West-Konflikt, sondern in steigendem Maße auch um den Nord-Süd-Konflikt. **Hunger und Elend in der Welt** rufen nach Hilfe. Die Industrienationen in allen Lagern dürfen sich dieser Hilfe nicht entziehen. Ich bin meinem Amtsvorgänger Herrn Dr. Lübke, dem wir alle und auch ich für vieles Dank schulden, besonders dankbar dafür, daß er uns diese Verpflichtung immer wieder — auch heute — ins Bewußtsein gerückt hat.

(Beifall.)

Unser Volk kann aus seiner Geschichte vieles aufweisen, was uns mit Freude und Selbstbewußtsein zu erfüllen vermag. Es ist nicht wenig, was wir zur Bereicherung der Menschheit beigetragen haben. Aber unter Mißbrauch des Namens unseres Volkes ist auch das Unheil des Zweiten Weltkrieges entfesselt worden. Nur wenn wir uns selber nicht aus der Frage entlassen, wie es zu dem schreckensvollen Kapitel des Nationalsozialismus kommen konnte, werden andere Völker dieses Kapitel nicht länger gegen uns her vorkehren können.

Diese **Vergangenheit** darf auch um derer willen nicht wiederkehren, die neben den Millionen Juden und den weiteren Millionen Kriegstoten in aller Welt aus unserem eigenen Volk zu den Opfern des nationalsozialistischen Terrors, des Krieges und schließlich der Vertreibung von Haus und Hof gehören. Als 1945 der Krieg endlich zu Ende war, als sich nach einem Wort von Theodor Heuss damals die Paradoxie ereignete, daß wir gleichzeitig erlöst und vernichtet waren, sollte das Geschehene zum Anlaß einer Erneuerung werden.

Auch nach allem materiellen Wiederaufbau und über allem fortschreitenden Generationswechsel hinweg bleibt die Aufhellung unserer eigenen Geschichte um unserer Zukunft willen geboten.

Meine Damen und Herren, wir stehen erst im Anfang der ersten wirklich freiheitlichen Periode unserer Geschichte. **Freiheitliche Demokratie** muß endlich das Lebenselement unserer Gesellschaft werden. Nur wenn das gelingt, begegnen wir der Widersprüchlichkeit unserer Zeit, die ich darin sehe, daß der Bereich dessen, was der einzelne gestalten kann, enger wird, zugleich aber die Selbstbestimmung des einzelnen Raum gewinnt. Was ich meine, ist dieses: In einem zuvor nie erlebten Tempo macht sich die Menschheit die Schöpfung bis in den Weltraum hinein Untertan. Der einzelne aber wird immer ohnmächtiger. Die Konzentration der Wirtschaft schreitet fort. Die ohnehin großen Bürokratien wachsen weiter. Was wird — so frage ich — aus dem freien Existenzraum der einzelnen? Ihr Anteil am Getriebe von Erzeugung und Verbrauch wird immer spurenloser, immer unpersönlicher, immer fremdbestimmter.

Ist es aber zugleich nicht auch so, daß wir eine neue Welle von Umbruch einer jahrhundertelangen **Fremdbestimmung des Menschen** in eine **verantwortliche Eigenbestimmung** erleben? Solcher Umbruch hat sich seit dem Ausgang des Mittelalters in verschiedenen



Bereichen längst angebahnt. Er kommt aber jetzt in besonderer Breite und Intensität zu neuem Austrag.

Überall müssen **Autorität und Tradition** sich die Frage nach ihrer Rechtfertigung gefallen lassen. Weder die christlichen Kirchen mit ihren Glaubensaussagen und ihren Ordnungen noch der Staat mit seinen verfassungsmäßigen Organen wie etwa den Parlamenten noch Sitte und Moral als solche oder in ihrem Verhältnis etwa zum Strafrecht oder zum Familienrecht noch die Sozialordnungen — zumal in den Bereichen von Ehe und Familie, des Eigentums oder der Arbeit — sind heute von bohrenden kritischen Fragen ausgenommen.

Generell wird man sagen müssen, daß ein Drang nach Freiheit von alten Bindungen und nach Mitbestimmung in allen Gemeinschaftsverhältnissen unsere Zeit erfüllt. Es geht um den Dialog, es geht um die Durchsichtigkeit der Geschehnisse und der Entscheidungen. Sind wir — so frage ich — bereit, dem Rechnung zu tragen? Ich meine, wir sind in der Lage, die große Wandlung aus obrigkeitlicher Fürsorge in Selbstbestimmung und Selbstverantwortung zu bestehen, ohne daß unser Zusammenleben aus den Fugen gerät.

Es kommt ja hinzu, daß der Mensch sich nicht nur in seiner Arbeit und in seinem Verbrauch einer Fremdbestimmung ausgeliefert sieht, sondern daß er auch als Staatsbürger einen realen Anteil an demokratischer Mitbestimmung fordert. In den Massengesellschaften der Industriestaaten kann es aber nur **repräsentative Demokratie** geben. Diese Bundesrepublik Deutschland ist daher bewußt als repräsentative Demokratie gestaltet. Ich halte ihre auf Menschenwürde und Menschenrecht begründete Ordnung als Grundlage und Rahmen für die beste in unserer bisherigen Geschichte.

(Lebhafter Beifall.)

Diese Ordnung ist aber nicht fertig.

Alle ihre Orientierungsmerkmale, als da sind: freiheitliche Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit, bedürfen im Staat und in der Gesellschaft der fortwährenden Bemühung um täglich bessere Verwirklichung durch den mündig mitbestimmenden Bürger.

Meine Damen und Herren, ich weiß, daß manche das nicht hören wollen. Einige hängen immer noch am Obrigkeitsstaat. Er war lange genug unser Unglück und hat uns zuletzt in das Verhängnis des Dritten Reiches geführt. Andere halten unsere heutige Ordnung für eine besonders raffinierte Ablenkung und Unterdrückung, der mit der „großen Weigerung“ begegnet werden müsse. Sie verhalten sich so, als ob sich das Reich Gottes auf Erden verwirklichen oder das verlorene Paradies wiederherstellen ließe.

Wir bleiben in diesem unseren Leben an die relative Utopie einer verbesserten Welt gewiesen, die vernünftigerweise allein das Leitbild unseres Handelns sein kann.

(Beifall.)

Das Geheimnis auch der großen und unwälzenden Aktionen besteht darin, den kleinen Schritt herauszufinden, der zugleich ein strategischer Schritt ist, indem er weitere Schritte in Richtung einer besseren Wirklichkeit nach sich zieht. Darum hilft es nicht, das Unvollkommene heutiger Wirklichkeit zu höhnen oder das Absolute als Tagesprogramm zu

predigen. Laßt uns statt dessen durch Kritik und Mitarbeit die Verhältnisse Schritt für Schritt ändern!

Ich verstehe den Unwillen über alle Trägheit in der menschlichen Gesellschaft bis in die Kirchen hinein. Zeitlebens bin ich selber ein ungeduldiger Mensch gewesen. Ich bin es immer noch. Das mag übrigens der Grund dafür sein, daß ich zur Unpünktlichkeit neige und zu Verabredungen gerne zu früh komme.

(Heiterkeit.)

In dieser meiner eigenen Ungeduld verstehe ich sogar die radikalen Gruppen der **unruhigen Jugend**. Aber gerade sie kann ich aus meiner eigenen Ungeduld nur zur Verstärkung derer rufen, die den langen Marsch der Reformen bereits vor ihnen angetreten haben und fortzusetzen entschlossen sind.

(Beifall.)

Als ein besonderes Mittel des Umsturzes haben sich z. B. einige Gruppen der Jugend die Verunsicherung der Bundeswehr durch Dienstverweigerungen ausgedacht. Jedermann weiß, daß ich mich in den vergangenen Jahren bis in meine Zeit als Bundesjustizminister im kirchlichen Bereich sowohl als auch hier im Bundestag für eine faire praktische Ausgestaltung des Grundrechtes der **Kriegsdienstverweigerung** aus religiösen oder ethischen Gewissensgründen eingesetzt habe. Deshalb beklage ich es sehr, wenn dieses Recht mißbraucht wird.

(Beifall.)

Jeden leichtfertigen Umgang mit den elementaren Freiheiten unserer Ordnung sollten sich gerade die oppositionellen Gruppen versagen, die ja selber des Schutzes dieser Freiheiten teilhaftig sein wollen und sein sollen.

(Beifall.)

In unserer Gesellschaft verfolgen vielerlei Gruppen unterschiedliche Ziele und Auffassungen, von denen jede Gruppe wünscht, daß alle Bürger sie sich zu eigen machen sollten. Diese Vielfalt kann beschwerlich sein. Im Rahmen der Wertordnung unseres Grundgesetzes darf sie gleichwohl nicht erstickt werden. Sie ist eine Bereicherung menschlicher Existenz.

Unsere **freiheitliche Ordnung eines weltanschaulich neutralen Staates** ist ein großes Angebot. Sie regelt das Abstimmbare der praktischen Gemeinschaftsfragen durch Mehrheitsentscheidungen. Demokratischer Umgang miteinander erfordert dabei die Bereitschaft zum Kompromiß. Die Fragen des Guten, des Schönen, der Wahrheit, des Glaubens aber verweisen unsere Ordnung als nicht abstimmbare auf den Weg des Dialogs und in die Obhut der Toleranz.

(Beifall.)

Ich habe kürzlich an ein Wort von Emerson erinnert:

Gott bietet jedem die Wahl zwischen Wahrheit und Schlaf. Nimm, was Du möchtest. Beides kannst Du nicht haben.

Meine Damen und Herren, anlässlich meiner Wahl sind mir aus allen Schichten und Berufen, zumal aus der jungen Generation, in großer Fülle Briefe zugegangen, die mit meinem Amtsantritt hohe, viel zu hohe Erwartungen verbinden. Ich nehme die Erwartungen ernst. Soweit sie sich auf persönliche Anliegen beziehen, sind es Hilferufe aus vielfältigen Bedrängnissen des täglichen Lebens, aus Not und Krankheit, Wohnungs-sorge, Strafhaf, aus Einsamkeit und Unrechtserleben. Solche Nöte sind offensichtlich größer, als unsere Wohlstandsgesellschaft gemeinhin annimmt. Aus vielen Zuschriften spricht aber auch eine Angst vor der Zukunft, Sorge um den Arbeitsplatz, die Furcht vor dem Altwerden.

In den letzten 24 Jahren ist vieles erreicht und geleistet worden; doch die Leistungen von gestern werden morgen schon nicht mehr zählen. Sie haben auch gestern nicht allem Genüge getan und werden es morgen vollends nicht tun, wenn wir sie nicht steigern. Der soziale Wandel schreitet fort. Deshalb sind wir alle gerufen, die Forderungen des Grundgesetzes nach dem **Ausbau der sozialen Demokratie** in steigender Bemühung zu verwirklichen. Wir werden erkennen müssen, daß die Freiheit des einzelnen nicht nur vor der Gewalt des Staates, sondern ebenso sehr vor ökonomischer und gesellschaftlicher Macht geschätzt werden muß. Der Einfluß der Verbände und ihrer Lobbyisten steht oft genug im Gegensatz zu unserer Ordnung, in der Privilegien von Rechts wegen abgeschafft sind, aber in der sozialen Wirklichkeit noch weiter bestehen.

Wir müssen uns in einer Leistungs-, Aufstiegs- und Bildungsgesellschaft entwickeln, in der die Vision der Freiheit für alle dadurch verwirklicht wird, daß jeder seine konkrete und persönliche Chance erhöht. Nicht weniger, sondern mehr Demokratie — das ist die Forderung, das ist das große Ziel, dem wir uns alle und zumal die Jugend zu verschreiben haben.

Es gibt schwierige Vaterländer. Eines davon ist Deutschland. Aber es ist unser Vaterland. Hier leben und arbeiten wir. Darum wollen wir unseren Beitrag für die eine Menschheit mit diesem und durch dieses unser Land leisten.

In solchem Sinne grüße ich auch von dieser Stelle alle deutschen Bürger.

(Lebhafter Beifall.)

**10. 6. Bundesversammlung**  
15. Mai 1974

<b>Übersicht</b>	
<b>Zusammensetzung nach Parteien</b>	
CDU/CSU	501
SPD	470
FDP	65
insgesamt	1 036
<b>Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder<sup>1)</sup></b>	
Baden- Württemberg	74
Bayern	91
Berlin	17
Bremen	6
Hamburg	15
Hessen	46
Niedersachsen	62
Nordrhein- Westfalen	143
Rheinland-Pfalz	32
Saarland	10
Schleswig- Holstein	22
<sup>1)</sup> Bekanntmachung der Bundesregierung vom 11. Februar 1979 (BGBl. I S. 180, Nr. 14 vom 16. Februar 1974)	
<b>Tagungsort und Tagesstätte:</b> Bonn, Beethovenhalle	
<b>Präsident der Bundesversammlung:</b> Bundestagspräsidentin Annemarie Renger	
<b>Wahlergebnis</b>	
	1. Wahlgang
Walter Scheel (Vorschlag SPD und FDP)	530
Richard von Weizsäcker (Vorschlag CDU/CSU)	498
Enthaltungen	5
abgegebene Stimmen insgesamt	1 033
<b>Gewählt:</b> Walter Scheel im 1. Wahlgang mit 530 Stimmen <sup>2)</sup>	
<sup>2)</sup> erforderliche Mehrheit: mindestens 519 Stimmen	
<b>Amtszeit:</b> 1. Juli 1974 bis 30. Juni 1979	

**Verzeichnis der Mitglieder****A**

Dr. Abelein \*<sup>43</sup>  
 Dr. Achenbach \*  
 Adams \*  
 Dr. van Aerssen  
 Ahlers \*  
 Dr. Ahrens \*  
 Dr. Aigner \*  
 Alber \*  
 Albrecht  
 von Alten-Nordheim \*  
 Dr. Althammer \*  
 Amling \*  
 Amrehn \*  
 Anbuhl \*  
 Dr. Antwerpes  
 Dr. Apel \*  
 Arendt (Wattenscheid) \*  
 Arndt (Frankfurt)  
 Arning  
 Dr. Arnold \*  
 Dr. Artzinger \*  
 Augstein \*  
 Augustin  
 Ausschill  
**B**  
 Baack \*  
 Frau Dr. Bachl  
 Bäuerle \*  
 Bäumer  
 Bahr \*  
 Baier \*  
 Dr. Bangemann \*  
 Barche \*  
 Dr. Bardens \*  
 Dr. Dr. Barschel  
 Barwig  
 Dr. Barzel \*  
 Batz \*  
 Bauer  
 Baum \*  
 Baumann  
 Baumgarten  
 Dr. Bayerl \*  
 Dr. Becher (Pullach) \*

Dr. Becker  
 (Mönchengladbach) \*  
 Becker (Nienberge) \*  
 Frau Beckmann  
 Dr. Beermann \*  
 Beham  
 Behles  
 Behrendt \*  
 Dr. Behrendt (Berlin)  
 Beier (Ganderkesee)  
 Frau Benedix \*  
 Benz \*  
 Frau Berger (Berlin) \*  
 Berger \*  
 Frau Dr. Berghofer-  
 Weichner  
 Dr. Bergmann  
 Bergner  
 Berkhan \*  
 Bernhardt (Kiel)  
 Bernrath  
 (Wevelingshoven)  
 Bessel  
 Bewerunge \*  
 Biechele \*  
 Dr. Biedenkopf  
 Biehle \*  
 Biermann \*  
 Dr. Dr. h. c. Birrenbach \*  
 Dr. von Bismarck \*  
 Blank \*  
 Dr. Blüm \*  
 Blumenfeld \*  
 von Bockelberg \*  
 Böckmann  
 Dr. Böddrich  
 Dr. Böger \*  
 Böhm (Kandel)  
 Böhm (Melsungen) \*  
 Dr. Böhme (Freiburg) \*  
 Börner \*  
 Börner (Hof)  
 Bohl  
 Bopp  
 Bork  
 Frau von Bothmer \*  
 Braick  
 Dr. Brand (Lemgo)  
 Brandt \*

Brandt (Gauting)  
 Brandt (Grolsheim) \*  
 Brandt (Hamburg)  
 Dr. Branner  
 Dr. Brans  
 Braun \*  
 Braun (Ludwigshafen)  
 Bredl \*  
 Breidbach \*  
 Frau Breitenbücher  
 Bremer \*  
 Bremm \*  
 Brommelhaus  
 Brück \*  
 Dr. Brüggemann (Bo-  
 chum)  
 Brüggemann (Castrop-  
 Rauxel)  
 Buchstaller \*  
 Büchler (Hof) \*  
 Büchner (Speyer) \*  
 Bühling \*  
 Bühmann  
 Bühringer  
 Dr. von Bülow \*  
 Frau Bundschuh  
 Dr. Burgbacher \*  
 Burger \*  
 Busch  
 Buschfort \*  
 Buschmann  
 Dr. Bußmann \*  
**C**  
 Carstens (Emstek) \*  
 Dr. Carstens (Fehmarn) \*  
 de Chapeaurouge  
 Christ \*  
 Frau Dr. Christians  
 Clauss  
 Clouth  
 Cohrs  
 Collet \*  
 Conrad (Homburg)  
 Conradi \*  
 Coppik \*  
 Cordes  
 Dr. Corterier \*  
 Dr. Cremer  
 Croll

1) \* = Die mit einem Stern versehenen Mitglie-  
 der der Bundesversammlung sind Mitglieder des  
 Bundestages.

Dr. Czaja \*

**D**

Dach

Frau Däubler-Gmelin \*

Damm \*

Dr. Daniels

Dr. Dannecker

Dr. Danz

Darnstedt

Deike

Deimel

Deininger

van Delden \*

Deneke

Frau Dessecker

Dewitz

Dick

Dr. Diederichs

Diel

Dierk

Distler

Dittmeier

Diwo

Dr. von Dohnanyi \*

Dr. Dollinger \*

Frau Donnepp

Dr. Dregger \*

Drescher

Drexler

Dreyer \*

Dröscher

Dr. Dübber \*

Dürr \*

Dunkel

Durchholz

Dyga

**E**

Echternach

Eckerland \*

Egert \*

Dr. Ehmke \*

Dr. Ehrenberg \*

Ehrke

Eigen \*

Frau Eilers (Bielefeld) \*

Eilers (Wilhelmshaven)  
\*

Eisen

Elfring

Dr. Emmerlich \*

Dr. Enders \*

Endlein

Engelbrecht-Greve

Engelhard \*

Engelsberger \*

Engholm \*

Engler

Entringer

Entrup \*

Dr. Eppler \*

Erberich

Dr. Erhard \*

Erhard (Bad Schwal-  
bach) \*

Erkel (Boppard)

Erlewein

Ernesti \*

Ernst

Erpenbeck

Ertl \*

Esters \*

Dr. Evers \*

Evers (Rinteln)

Evertz (Krefeld)

Ewen \*

Ey \*

Dr. Eyrich \*

**F**

Dr. Farthmann \*

Faust

Dr. Fay

Fellermaier \*

Fellmann

Ferrang \*

Feuerstein

Fiebig \*

Figgen

Dr. Filbinger

Fink

Freiherr von Fircks \*

Dr. Fischer \*

Fischer (Hamburg)

Fischer (Niestetal)

Frau Fitschen

Dr. Flach

Flämig \*

Frau Dr. Focke \*

Frank

Dr. Franke (Bremen)

Franke (Hannover) \*

Franke (Osnabrück) \*

Dr. Franz \*

Frehsee \*

Dr. Freiwald \*

Dr. Frerichs \*

Dr. Friderichs \*

Frau Friebe

Friedrich

Friedrich (Erlangen)

Fritsch

Dr. Früh \*

Dr. Fuchs \*

Frau Funcke \*

**G**

Gabert

Gaertner

Gallus \*

Gansel \*

Geiger \*

Geis

Dr. Geisel

Geisenhofer \*

Geldner \*

Genscher \*

Gentner

Gerlach (Emsland) \*

Gerlach (Obernau) \*

Gerster (Mainz) \*

Gerstl (Passau) \*

Gertzen \*

Dr. Geßner \*

Geuenich \*

Gewandt \*

Gierenstein \*

Giesen

Frau Gimmler

Girgensohn

Glöckner

Glombig \*

Dr. Glotz \*

Dr. Glück

Gnädinger \*

Dr. Gölter \*

Goerdeler

Görlach

Gösel

Dr. Götz \*

Graaff \*

Dr. Gradl \*

Frau Grevecke

Grobecker \*

Groß \*

Großhans

Grüner *	Hellmann	Dr. Jaeger *
Frau Grützmann *	Hellwig (Steinau)	Jäger (Wangen) *
Dr. Gruhl *	Hellwig (Wanne-Eickel)	Jagoda
Grundmann	Henke *	Dr. Jahn (Braunschweig)
Grunenberg *	Herbst	*
Dr. Gurk	Frau Hermans	Jahn (Marburg) *
Gushurst	Hermsdorf *	Dr. Jahn (Münster) *
<b>H</b>	Herold *	Jaschke *
Dr. Haack *	Herold (St. Ingbert)	Jaunich *
Haag (Stuttgart)	Herrmann	Dr. Jenninger *
Dr. Haak (Hagen)	Heß	Dr. Jens *
Haar *	von der Heydt	Dr. Jobst *
Haarmeyer	Heyen *	Jörder
Haase (Fürth) *	Hillebrand	Johnen
Haase (Kassel) *	Himmelsbach	Josten *
Haase (Kellinghusen) *	Hintersberger	Jung *
Häbe	Dr. Hirsch *	Junghans *
Dr. Häfele *	Höcherl *	Junker *
Haehser *	Höhmann *	<b>K</b>
Dr. Haenschke *	Hölscher *	Kähler
Härzschel *	Hösl *	Kaffka *
Hagemann	Hofer	Kahn-Ackermann *
Hahn	Hoffie *	Kalbfleisch
Halfmeier *	Hoffmann (Hannover)	Kalkbrenner
Dr. Halstenberg	Hofmann *	Kanther
Hamel	Hofmann (Knetzgau)	Karry
Dr. Hammans *	Holkenbrink	Kasper
Handlos *	Frau Hollung	Kater *
Hannemann	Holthoff	Katzer *
Hansen *	Dr. Holtz *	Dr. Kempfler *
Hansen (Sindelfingen)	Holzbauer	Kerl
Harlander	Hoppe *	Kern *
Hartmann	Horn *	Dr. Kessler
Hartung	Dr. Horn (Hainstadt)	Kiechle *
von Hassel *	Dr. Hornhues *	Kiep *
Hasselmann	Horstmeier *	Kierdorf
Hauck *	Frau Huber *	Dr. h. c. Kiesinger *
Dr. Hauff *	Hüglin	Kiesl
Dr. Haus (Berlin)	Frau Hürland *	Kindler
Hauser (Bonn-Bad Godesberg) *	Dr. Hüsch	Kirst *
Hauser (Krefeld) *	Huonker *	Kitzlinger
Dr. Hauser (Sasbach) *	Dr. Hupka *	Klein (Bad Windsheim)
Dr. Haußmann	Huppertz	Klein (Dornstadt)
Dr. Heck *	Hussing *	Dr. Klein (Göttingen) *
Dr. Heimes	Huth	Dr. Klein (Stolberg) *
Hein (Höxter)	Dr. Huys	Kleinert *
Heine (Karlsruhe)	<b>I</b>	Dr. Klepsch *
Heinemann	Ibel	Dr. Kliesing *
Heinrich	Ihle	Klöß
von Helden	Immer *	Klose (Hamburg)
	<b>J</b>	

---

Dr. Klose (Korschenbroich)	Lagershausen *	Dr. Lucas
Kluger	Lakomy	Dr. Luda *
Frau Knake	Lambinus *	Dr. Ludwig
Koblitz *	Dr. Graf Lambsdorff *	Lücke (Bensberg)
Koch (Kassel)	Lamers	Lücker *
Koch (Langenfeld)	Lamott	Frau Lüdemann *
Dr. Köhler (Duisburg) *	Lamparter	Lütgert
Dr. Köhler (Wolfsburg) *	Lampersbach *	Lummer
Köppler	Landré	Lutz *
Köster *	Lang (Michelbach)	Lutz (Wremen)
Dr. Kohl	Dr. Lang (Raunheim)	<b>M</b>
Kolb	Dr. Lang (Stuttgart)	Frau Maaß
Konrad *	Lange *	Maatmann
Kopka	Lange (Langwedel)	Mahlein
Kopp	Langguth	Mahne *
Korn	Frau Langner	Dr. Dr. h. c. Maihofer *
Kotschenreuther	Latendorf	Frau Mangelberger
Krall *	Lattmann *	Marczy
Kramer	Dr. Lauritzen *	Marquardt (Essen)
Krampe *	Lautenschlager *	Marquardt *
Dr. Kraske *	Leber *	Marschall *
Kratz *	Lechner	Dr. Marx *
Kraus (München)	Lehlbach	Matthiesen
Krause (Bassum)	Leicht *	Matthöfer *
Krause (Mannheim)	Leicht (Pforzheim)	Mattick *
Krautter	Leinbach	Maucher *
Dr. Kreile *	Leissner	Maurer
Dr. Kreutzmann *	Dr. Lemke	Frau Meermann *
Krey	Lemmrich *	Meier (Raisdorf)
Krockert *	Lemp *	Dr. Meinecke (Hamburg)
Frau Kröger	Lenders *	*
Kroll-Schlüter *	Lengemann	Meinike (Oberhausen) *
Krüger	Dr. Lenz (Bergstraße) *	Meister
Kubel	Dr. Lenz (Köln)	Memmel *
Frau Dr. von Kügelgen	Lenzer *	Dr. Mende *
Freiherr von	Frau Dr. Lepsius *	Mentzel
Kühlmann-Stumm *	Letz	Merkel
Kühlthau	Lex	Mertens (Bönkhausen)
Kühn	Liedtke *	Dr. Mertes (Gerolstein) *
Kühnle	Linde	Mertes (Stuttgart) *
Kuhlmann	Link *	Merz
Kuhn	Link (Lauffen)	Metzger *
Kulawig *	Linkner	Meyer (Freiburg)
Kunz (Berlin) *	Loderer	Meyer (Mardorf)
Dr. Kunz (Weiden) *	Löbberth *	Meyer (Salzburg)
Frau Kuppe	Löffler *	Meyer (Schwelm)
Dr. Kurtz	Löher *	Dr. Meyers
<b>L</b>	Logemann *	Michels
Läpple	Dr. Lohmar *	Mick *
Lafontaine	Lorenz (Berlin)	Mietzsch
	Lorenz (Kiel)	Dr. Mikat *



Milde  
 Dr. Miltner \*  
 Milz \*  
 Mischnick \*  
 Möhring \*  
 Möllemann \*  
 Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h.  
 Möller \*  
 Möller (Lübeck) \*  
 Dr. Möllmann  
 Moersch \*  
 Mohr  
 Molter  
 Moser  
 Mühlbeyer  
 Müller (Aystetten)  
 Müller (Bayreuth) \*  
 Müller (Berlin) \*  
 Müller (Igelsdorf)  
 Müller (Mülheim) \*  
 Dr. Müller (München) \*  
 Müller (Nordenham) \*  
 Müller (Puchheim)  
 Müller (Remscheid) \*  
 Müller (Schweinfurt) \*  
 Dr. Müller-Emmert \*  
 Dr. Müller-Hermann \*  
 Müntefering  
 Müser  
 Muhr  
 Munzinger  
 Mursch (Soltau-Harburg)  
 \*  
**N**  
 Nagel \*  
 Nagel (Borken)  
 Dr. Narjes \*  
 Nau  
 van Nes Ziegler  
 Neubauer  
 Neuber  
 Neuburger  
 Neumann \*  
 Neumann (Bremen)  
 Neumann (Heidelberg)  
 Frau Dr. Neumeister \*  
 Neusel  
 Nickels  
 Niegel \*  
 Nieraad  
 Niermann

Niggemeier  
 Frau Nill  
 Dr. Nölling \*  
 Dr. Noller  
 Nolte  
 Nordlohne \*  
**O**  
 Frau Dr. Obermüller-  
 Kochs  
 Dr.-Ing. Oetting \*  
 Offergeid \*  
 Dr.-Ing. Oldenstädt \*  
 Ollesch \*  
 Opitz \*  
 Orgaß \*  
 Frau Dr. Orth \*  
 Osswald  
 Frau Ostermeier  
 Freiherr Ostman von der  
 Leye \*  
 Ostrop  
 Oxfort  
**P**  
 Pankow  
 Panther  
 Paulig  
 Pauls  
 Pauly  
 Pawelczyk \*  
 Pawelczyk (Leer)  
 Peiter \*  
 Dr. Penner \*  
 Pensky \*  
 Peters  
 Pfeffermann \*  
 Pfeifer \*  
 Picard \*  
 Pieroth \*  
 Frau Pieser \*  
 Dr. Pohl  
 Pohle  
 Pohlmann \*  
 Dr. Pohlmeier  
 Polkehn \*  
 Dr. Pollwein  
 Freifrau von Pölnitz  
 Porzner \*  
 Dr. Posser  
 Dr. Pottebaum  
 Powitz  
 Dr. Prassler \*

Prichta  
 Dr. Probst \*  
 Prosch  
 Frau Prottengeier  
 Pürsten  
 Pütz  
**Q**  
 Quartier  
**R**  
 Rainer \*  
 Rapp (Göppingen) \*  
 Rappe (Hildesheim) \*  
 Rau  
 Ravens \*  
 Rawe \*  
 Reddemann \*  
 Regenspurger  
 Reinhard  
 Frau Reinhardt  
 Reinholz  
 Reinke  
 Reiser \*  
 Frau Reiter  
 Reitmaier  
 Reitz  
 Frau Renger \*  
 Repnik  
 Frau Rettenmaier  
 Reuschenbach \*  
 Reventlow  
 Richter \*  
 Frau Rickers  
 Frau Dr. Riede (Oeffin-  
 gen) \*  
 Frau Dr. Riedel-Martiny  
 \*  
 Dr. Riedl (München) \*  
 Dr. Riemer  
 Dr. Rinsche  
 Dr. Ritgen \*  
 Dr. Ritz \*  
 Dr. Rödding  
 Dr. Röder  
 Röder (Ludwigsburg)  
 Röhl  
 Röhner \*  
 Röhrich  
 Rösing  
 Dr. Rösler (Bingen)  
 Rösler (Herten)  
 Rösler (Stein)

Rohde *	Schluckebier *	Schulte (Unna) *
Rollmann *	Schmalz	Dr. Schulz (Berlin) *
Rommerskirchen *	Schmid (Neumarkt)	Schulz (Eckernförde)
Ronneburger *	Schmid (Straubing)	Schulz (Hamburg)
Rosenthal *	Schmidhuber *	Schulz (Husum)
Roser *	Schmidramsl	Schulze-Stapen
Rosorius	Dr. Schmidt (Gellersen)	Dr. Schulze-Vorberg *
Roth	*	Frau Schuster
Dr. Rothkegel	Schmidt (Hagen)	Schwab
Rühe	Schmidt (Hamburg) *	Schwabe *
Rüssel	Schmidt (Kempten) *	Schwarz (Düsseldorf)
Frau Ruggaber	Schmidt (München) *	Schwarz (Leubsdorf)
Ruhnau	Schmidt (Niederselters)	Schwedler *
Russe *	*	Dr. Schwefer
<b>S</b>	Schmidt (Rohrsen)	Dr. Schweitzer *
Samuels	Schmidt (Wattenscheid)	Schweitzer (Wirges)
Sander *	*	Schweizerhof
van de Sandt	Schmidt (Würgendorf) *	Dr. Schwencke *
Sauer (Salzgitter) *	Schmiedhoff	Frau Schwigon
Sauter (Epfendorf) *	Schmitt (Lockweiler) *	Dr. Schwörer *
Saxowski *	Schmitt (Memmingen)	Seefeld *
Prinz zu Sayn-	Dr. Schmitt-	Seibert *
Wittgenstein-Hohenstein	Vockenhausen *	Seidel (Fürth)
*	Schmitz (Baesweiler) *	Dr. Seidl (München)
Dr. Schachtschabel *	Schmitz (Berlin)	Seiters *
Schadt	Schmitz (Südlohn)	Frau Seitz
Schäfer (Appenweier) *	Schmöle *	Seitz
Schäfer (Nürnberg)	Schmuck	Selle
Dr. Schäfer (Tübingen) *	Dr. Schmude *	Sellmann
Dr. Schäuble *	Dr. Schneider *	Sewald
Schedl *	Schneider (Regensburg)	Sick *
Scheel *	Schneier (Zeil)	Sickert
Scheer	Dr. Schöffberger *	Sieglerschmidt *
Scheffler *	von Schoeler *	Dr. Sieling
Dr. Schellenberg *	Scholz	Sierks
Scherer	Schonhofen *	Simelka
Scheu *	Freiherr von Schorlemer	Simon *
Dr. Scheuer	Dr. Schramm	Simpfendorfer *
Dr. Scheufelen	Schreiber *	Dr. Skopp
Dr. Schieler	Frau Schroeder (Det-	Dr. Slotta *
Schiestl	mold) *	Soénius
Frau Schimschok *	Dr. Schröder (Düssel-	Solke *
Schinzel *	dorf) *	Frau Sommer
Schirmer *	Schröder (Lüneburg) *	Sommer (Greiling)
Schlaga *	Schröder (Wilhelminen-	Sommer (Nürnberg)
Schlatter	hof) *	Dr. Sperling *
Frau Schlee	Frau Schuchardt *	Dr. Freiherr Spies
Dr. Schlegelberger	Dr. Schübeler	v. Büllesheim *
Frau Schlei *	Schütz	Spilker *
Frau Schleicher *	Schulte (Schwäbisch	Spillecke *
Schleußer	Gmünd)	Spitzmüller *

---

Spranger *	Toetemeyer	Dr. Warnke *
Sprenger	Tremmel	Wawrzik *
Springorum *	Trettenbach	Frau Weber
Dr. Sprung *	Troeltsch	Weber (Burghaun)
Staak (Hamburg) *	Truschel	Weber (Heideck)
Stadelmaier	Frau Tübler *	Weber (Heidelberg) *
Stahl (Kempen) *	<b>U</b>	Dr. Weber (Köln) *
Dr. Stark (Nürtingen) *	Ullrich	Weber (Marbach)
Dr. Starke (Franken) *	Dr. Unland *	Weber (Osnabrück)
Graf Stauffenberg *	Urban	Weber (Regen)
Dr. Stavenhagen *	Urbaniak *	Weber (Regensburg)
Stechele	<b>V</b>	Wech
Steen	Vahlberg *	Wehner *
Steffen	Frau Vater	Weick
Stein	Vater	Dr. Weigelt
Steinbach	Vehar *	Weishäupl
Frau Steinhauer	Frau Verhülsdonk *	Dr. Freiherr von Weizsäcker *
Steinkühler	Frau Versteegen	Wende *
Steinmann	Vetter (Düsseldorf)	Dr. Wendig *
Stephan	Frau Viehmeister	Wendt *
Steschulat	Vietheer	Werner *
Stettner	Vit *	Dr. Wernitz *
Dr. Stienen *	Vitt (Hüttental)	Wertz
Stöckl	Voelker	Westphal *
Dr. Stoltenberg	Vogel (Ennepetal) *	Frau Dr. Wex *
Frau Stommel *	Dr. Vogel (München) *	Weyer
Stork	Dr. Vogel (Speyer)	Dr. Wichert *
Straßmeir *	Vogelsang *	Wichtermann
Strauß *	Vogt *	Frau Wicke
Ströbele	Dr. Vohrer *	Wiefel *
Strube	Volmer *	Wienand *
Stücklen *	Volz	Wierschke
Stumpf	Vosen	Wiese
Suck *	<b>W</b>	Wilhelm *
Sund *	Dr. Waffenschmidt *	Frau Will-Feld *
Susset *	Dr. h. c. Wagner (Günzburg) *	Frau Dr. Wilms
<b>T</b>	Dr. Wagner (Heppenheim)	Wimmer
Tandler	Wagner (Nürnberg)	Windelen *
Techtmeier	Wagner (Oberhausen)	Winkels
Tegeler	Wagner (Saarbrücken)	Winkler
Terlinden	Dr. Wagner (Trier) *	Wischnewschi *
de Terra *	Dr. Waigel *	Frau Dr. Wisniewski
Thoma	Walkhoff *	Wissebach *
Thorwirth	Wallbrecht	Wissmann
Thürk *	Dr. Wallmann *	Dr. de With *
Tiedemann	Waltemathe *	Withoit
Tiemann	Walther *	Dr. Wittmann (München) *
Tillmann *	Frau Dr. Walz *	Wittmann (Straubing) *
Frau Dr. Timm *	Frau Warnecke	Dr. Wörner *
Dr. Todenhöfer *		
Tönjes *		

---

Wohlrabe \*  
Frau Dr. Wolf \*  
Wolf \*  
Frau Wolff (Berlin)  
Wolfram \*  
Dr. Worms  
Baron von Wrangel \*  
Wrede \*  
Wrobel  
Würth  
Würtz \*  
Wüster \*  
Dr. Wulff \*  
Wurbs \*  
Wurche \*  
Wuttke \*  
Wuwer \*  
**Z**  
Zander \*  
Zebisch \*  
Dr. Zeitel \*  
Zeitler \*  
Zeitler (Ismaning)  
Zeller  
Zenz  
Zeyer \*  
Ziegler \*  
Dr. Zimmermann \*  
Zink \*  
Zoglmann \*  
von Zworowsky  
Zywietz \*

**Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten**

Länder	CDU/CSU				SPD				FDP				Insgesamt			
	Md B	MdL	Nic ht-MdL	insg.	Md B	MdL	Nic ht-MdL	insg.	Md B	MdL	Nic ht-MdL	insg.	Md B	MdL	Nic ht-MdL	insg.
Baden-Württemberg	36	12	28	76	28	12	16	56	8	2	4	14	72	26	48	146
Bayern	48	17	39	104	33	16	15	64	5	1	3	9	86	34	57	177
Berlin	9	5	2	16	12	8	1	21	1	1	-	2	22	14	3	39
Bremen	1	2	-	3	3	4	-	7	-	-	-	-	4	6	-	10
Hamburg	5	7	-	12	9	4	3	16	2	-	1	3	16	11	4	31
Hessen	19	18	2	39	23	17	5	45	5	4	-	9	47	39	7	93
Niedersachsen	27	13	18	58	30	8	23	61	5	-	-	5	62	21	41	124
Nordrhein-Westfalen	61	38	32	131	75	38	30	143	12	3	2	17	148	79	64	291
Rheinland-Pfalz	15	10	7	32	14	11	2	27	2	1	1	4	31	22	10	63
Saarland	4	5	-	9	4	5	-	9	-	-	-	-	8	10	-	18
Schleswig-Holstein	9	10	2	21	11	5	5	21	2	-	-	2	22	15	7	44
Insgesamt:	234	137	130	501	242	128	100	470	42	12	11	65	518	277	241	1036
		267				228				23				518		

Zusammengestellt nach Unterlagen des Organisationstechnischen Parlamentsdienstes des Deutschen Bundestages

**Stenographischer Bericht**

Bonn, Mittwoch, den 15. Mai 1974<sup>44)</sup>

Beginn: 10 Uhr

**Präsident Frau Renger:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die sechste Bundesversammlung zur Wahl des vierten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und heiße Sie, die Mitglieder der Bundesversammlung, herzlich willkommen.

Ich begrüße die Botschafter und Vertreter der ausländischen Missionen, die Mitglieder des Bundesrates und die Vertreter der Länder der Bundesrepublik Deutschland sowie die zahlreichen Gäste aus dem In- und Ausland. Ich grüße alle, die hier in der Beethovenhalle und draußen in Rundfunk und Fernsehen den Ablauf der Bundesversammlung verfolgen.

Meine Damen und Herren, Artikel 54 unseres Grundgesetzes bestimmt, daß das Amt des Bundespräsidenten fünf Jahre dauert. Bundespräsident Dr. Dr. Heinemann hat sein Amt am 1. Juli 1969 angetreten. Sein Amt endet mit Ablauf des 30. Juni 1974. Aus diesem Grunde habe ich nach § 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten vom 25. April 1959 diese sechste Bundesversammlung zum heutigen Tage nach Bonn einberufen. Meine Damen und Herren, mit der sechsten Wahl eines Bundespräsidenten kehrt die Bundesversammlung wieder an den Ort zurück, an dem vor 25 Jahren der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde. Dazwischen liegen die Jahre, in denen wir alle damit rechneten, daß Berlin nicht nur Symbol bleibt, sondern die lebendige Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands wird, ein Ziel, für das sich alle Parteien immer wieder einsetzen, ein Ziel, zu dem sich der Bundestag in gemeinsamen Erklärungen bekannte.

Ich sage dies deswegen, weil die **Rückkehr nach Bonn** gleichzeitig der **Weggang der Bundesversammlung von Berlin** ist und die Berliner nicht den Eindruck haben sollten, sie und ihre Aufgabe würden vergessen; sie werden nicht vergessen, und wir werden alles daransetzen, daß, wie es ja auch im Viermächteabkommen wörtlich heißt und von der Sowjetunion durch ihre Unterschrift akzeptiert ist, „die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden“.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren, die Berliner und ihre Stadt, unser Berlin, werden uns an unsere Aufgabe erinnern, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollenden“.

(Beifall.)

Nach 25 Jahren sind wir allerdings noch nüchterner geworden, wenn es um die Einschätzung der Möglichkeiten zur Überwindung der Zweistaatlichkeit unserer Nation geht. Wir sollten aber bei aller Bereitschaft zur Normalisierung mit diesem Anspruch unbequem bleiben.

---

<sup>44)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 4. Wahlper., Stenogr. Berichte. Bd. 56, S. 1-8 vor s. 6663.

Dazu gehört, daß wir weiterhin am Ausbau des sozialen Rechtsstaates in der Bundesrepublik arbeiten, seine Erfolge selbstbewußt vertreten und uns zu seinen Einrichtungen, Formen und Möglichkeiten bekennen.

Die Betonung unserer **Verbundenheit mit Berlin** kann nicht die **Bedeutung Bonns** mindern. Schließlich ist Bonn der Sitz des Bundespräsidenten, der von der Bundesversammlung gewählt wird. Bonn ist der Sitz von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung. Wie könnten wir den politischen Gegebenheiten besser gerecht werden, als Bonn zum Tagungsort der Bundesversammlung zu machen?

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Tatsache würdigen, daß sich Bonn unter gewiß nicht leichten Bedingungen im Verlaufe der vergangenen 25 Jahre zu einer Bundeshauptstadt mit internationalem Ansehen entwickelt hat. Dafür gebührt der Stadt und allen, die hieran mitgewirkt haben, Dank und Anerkennung.

Die bevorstehenden Gedenktage unserer Bundesrepublik Deutschland und ihrer Verfassungsorgane werden genügend Gelegenheit geben, sich die gemeinsamen Leistungen und Erfolge in Bund und Ländern vor Augen zu führen.

Ein wichtiges Glied im institutionellen Aufbau unseres Staates ist diese **Bundesversammlung**, zu der heute zum sechsten Male die Mitglieder des Bundestages und die von den Landesparlamenten Gewählten zusammentreten. Meine Damen und Herren, als Konsequenz aus den Erfahrungen von Weimar ist diese Institution 1949 geschaffen worden, um auch den Bundespräsidenten, das Staatsoberhaupt, durch ein repräsentatives parlamentarisches Organ und nicht unmittelbar vom Volk wählen zu lassen. Diese generelle Absage an plebiszitäre Entscheidungen hat, so glaube ich, wesentlich zur Stabilität unserer Demokratie beigetragen.

Wenn es zur politischen Realität gehört, dass sich die Parteien auf ihre Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten einigen, so entspricht dies der Intention unseres Grundgesetzes, daß in Artikel 21 den Parteien ausdrücklich die Aufgabe zuweist, bei der politischen Willensbildung mitzuwirken. Es widerspricht nicht dem Gebot der unabhängigen Amtsführung des zu wählenden Staatsoberhauptes, denn die Verpflichtung hierzu wird dem Bundespräsidenten durch die Verfassung auferlegt, an die er sich durch seinen Eid bindet.

Nicht zuletzt aber verkörpert die Bundesversammlung das föderalistische Prinzip, das Zusammenwirken und die Machtverteilung zwischen Bund und den eigenstaatlichen, eigenverantwortlichen Bundesländern.

So repräsentiert die Bundesversammlung überzeugend Idee und Wirklichkeit unserer Verfassung. Hierauf, also nicht allein auf ihr formales Recht, gründet sich die Legitimität Ihrer Wahl, die Sie hier versammelt sind. Und wenn gesagt werden kann, daß die Bürger unseres Landes zu diesem Staat, zu dieser Verfassung stehen, so hat auch die Bundesversammlung hierzu beigetragen.

Meine Damen und Herren, nach Artikel 54 Abs. 3 unseres Grundgesetzes besteht die Bundesversammlung aus den Mitgliedern des Bundestages — das sind zur Zeit 518 — und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder

gewählt werden. Die Bundesversammlung besteht also insgesamt aus 1036 Mitgliedern; davon entsenden die Länder

Baden-Württemberg	74 Mitglieder,
Bayern	91 Mitglieder,
Berlin	17 Mitglieder,
Bremen	6 Mitglieder,
Hamburg	15 Mitglieder,
Hessen	46 Mitglieder,
Niedersachsen	62 Mitglieder,
Nordrhein-Westfalen	143 Mitglieder,
Rheinland-Pfalz	32 Mitglieder,
Saarland	10 Mitglieder,
Schleswig-Holstein	22 Mitglieder.

Ich stelle fest, daß die Parlamente der Bundesländer ihre in die Bundesversammlung entsandten Mitglieder ordnungsgemäß gewählt und bekanntgemacht haben.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur **Konstituierung der Bundesversammlung**. Der § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten vom 25. April 1959 bestimmt:

Der Präsident des Bundestages leitet die Sitzungen und Geschäfte der Bundesversammlung. Auf ihren Geschäftsgang findet die Geschäftsordnung des Bundestages sinngemäße Anwendung, sofern sich nicht die Bundesversammlung eine eigene Geschäftsordnung gibt.

Ich schlage vor, es bei der Anwendung der **Geschäftsordnung** des Bundestages zu belassen, und nehme an, daß das Haus mit dieser Regelung einverstanden ist. — Ich höre keinen Widerspruch; dann ist das so beschlossen.

§ 49 der Geschäftsordnung des Bundestages bestimmt:

Der Bundestag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder im Sitzungssaal anwesend sind.

Meine Damen und Herren, es kann nicht bezweifelt werden, daß weit mehr als die Hälfte der Mitglieder der Bundesversammlung hier im Sitzungssaal anwesend sind. Ich stelle damit fest: Die Bundesversammlung ist beschlußfähig.



Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen weiter vor, 19 Schriftführer zu wählen, und zwar jene Schriftführer, die auch im Deutschen Bundestag diese Aufgabe wahrnehmen. Das sind die Abgeordneten Anbuhl, Batz, Frau Benedix, Berger, Collet, Fiebig, Gnädinger, Dr. Hammans, Frau Huber, Josten, Kleinen, Marquardt, Müller (Berlin), Niegel, Frau Dr. Riede (Oeffingen), Frau Schlei, Frau Schleicher, Frau Stommel und Würtz. Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall; dann ist es so beschlossen.

Ich bitte nunmehr die Bundestagsabgeordnete Frau Dr. Riede, hier oben zu meiner Linken, und den Bundestagsabgeordneten Herrn Anbuhl, zu meiner Rechten Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren, damit ist die Bundesversammlung konstituiert.

§ 9 Absatz 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten bestimmt:

Wahlvorschläge für die Wahl des Bundespräsidenten kann jedes Mitglied der Bundesversammlung beim Präsidenten des Bundestages schriftlich einreichen. Für den zweiten und dritten Wahlgang können neue Wahlvorschläge eingebracht werden. Die Wahlvorschläge dürfen nur die zur Bezeichnung des Vorgeschlagenen erforderlichen Angaben enthalten; die schriftliche Zustimmungserklärung des Vorgeschlagenen ist beizufügen.

Meine Damen und Herren, mir liegen folgende **Wahlvorschläge** vor: Die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion schlagen Herrn Bundesminister **Walter Scheel** vor, die CDU/CSU-Fraktion schlägt Herrn Bundestagsabgeordneten **Dr. Richard von Weizsäcker** vor.

Beide Vorschläge darf ich hiermit meinen Schriftführern im Sitzungsvorstand zeigen, damit auch sie sich von der ordnungsgemäßen Vorlage der schriftlichen Wahlvorschläge und der beigefügten Zustimmungserklärungen überzeugen können. — Das ist damit geschehen.

Im Namen des Sitzungsvorstands stelle ich hiermit fest, daß die beiden Genannten, Herr Bundesminister Scheel und Herr Abgeordneter Dr. von Weizsäcker, ordnungsgemäß vorgeschlagen wurden. Weitere Wahlvorschläge liegen nicht vor. Ich stelle also fest, daß im ersten Wahlgang nur diese beiden Kandidaten gewählt werden können.

Nach Artikel 54 Absatz 6 Satz 1 des Grundgesetzes ist zum Bundespräsidenten gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, d. h. mindestens 519 Stimmen auf sich vereinigt.

Zum **Abstimmungsverfahren** muß ich Ihnen noch eine Reihe von Formalitäten mitteilen.

Nach § 9 Absatz 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten wird mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln gewählt. § 54 a der Geschäftsordnung bestimmt hierzu, daß in diesem Fall die Wahl geheim stattfindet. Er bestimmt ferner, daß die Stimmzettel erst vor Betreten der Wahlzelle ausgehändigt werden. Die aufgestellten Wahlzellen sind bei der Stimmabgabe zu benutzen. Das heißt, ein Wahlmann — oder eine Wahlfrau — muß zurückgewiesen werden, wenn er seinen Stimmzettel außerhalb der Wahlzelle kennzeichnet oder außerhalb der Wahlzelle in den Wahlumschlag legt. Die gekennzeichneten Stimmzettel sind in einem Wahlumschlag — ich bitte Sie, diesen Wahlumschlag nicht zuzukleben — in die Wahlurne zu legen.

Meine Damen und Herren, zur Erleichterung des Abstimmungs- und des Auszählverfahrens habe ich Stimmzettel mit den Namen der beiden Vorgeschlagenen drucken lassen. Sie erhalten diese Stimmzettel nach Aufruf ihres Namens gegen Vorzeigen Ihres weißen Wahlausweises an dem — von Ihnen aus gesehen — links befindlichen Tisch vor den Wahlkabinen, also zu meiner Rechten. Mit diesem Stimmzettel und dem erhaltenen Wahlumschlag begeben Sie sich bitte in eine der aufgestellten Wahlzellen. Dort kreuzen Sie bitte den Namen des Kandidaten Ihrer Wahl an. Wer sich der Stimme enthalten will, kann dies dadurch zum Ausdruck bringen, daß er keinen der beiden Namen ankreuzt. Die Verwendung anderer als der hier ausgegebenen amtlichen Stimmzettel macht die Stimme unweigerlich ungültig. Das gleiche gilt, wenn ein Stimmzettel den Namen eines nicht vorgeschlagenen Kandidaten oder sonstige Zusätze enthält.

Ich darf nochmals darauf hinweisen, daß Sie den Stimmzettel in der Wahlkabine in den Wahlumschlag legen müssen, und nochmals darum bitten, die Wahlumschläge nicht zuzukleben.

Dann darf ich noch einmal betonen: Wer den Stimmzettel außerhalb der Wahlzelle kennzeichnet oder außerhalb der Wahlzelle in den Wahlumschlag legt, muß zurückgewiesen werden. Er verliert allerdings nicht das Recht, seine Stimmabgabe vorschriftsmäßig zu wiederholen.

Mit dem in den Wahlumschlag gelegten Stimmzettel begeben Sie sich bitte zu der hier vorne aufgestellten gläsernen Urne und werfen nach Nennung Ihres Namens und Abgabe des weißen Wahlausweises Ihren Wahlumschlag in die Urne. Ich darf darauf hinweisen, daß die Abgabe des Wahlausweises an die Stelle der Eintragung in die sonst übliche Anwesenheitsliste tritt. Die Abgabe des Wahlausweises darf also nicht vergessen werden, weil nur dadurch Ihre Anwesenheit aktenkundig wird.

Die Schriftführer zu meiner Rechten und zu meiner Linken werden anschließend die Namen nach dem Alphabet aufrufen. Ich bitte Sie, den Namensaufruf anhand der Ihnen vorliegenden Mitgliederliste zu verfolgen und sich rechtzeitig zur Entgegennahme Ihres Stimmzettels und des Wahlumschlags hierher nach vorne zu begeben. Dabei benutzen Sie bitte die — von Ihnen aus gesehen — linke Treppe. Die im Nachtrag zur Mitgliederliste aufgeführten Mitglieder der Bundesversammlung werden zum Schluß aufgerufen. Die diensttuenden Schriftführer geben Ihre Stimme ab, nachdem alle anderen, auch die nicht gehfähigen Mitglieder, abgestimmt haben. Ich selbst werde als letzte die Stimme abgeben.

Nachdem Sie Ihren Wahlumschlag in die Urne gelegt haben, begeben Sie sich bitte über die — von Ihnen aus gesehen — rechte Treppe wieder in den Saal, damit hier oben kein Gedränge entsteht.

Ich bitte nunmehr die eingeteilten Schriftführer, ihre Plätze an der Wahlurne und an der Stimmzettelausgabe einzunehmen.

Nachdem die Schriftführer Platz genommen haben, muß ich leider, bevor mit dem Namensaufruf begonnen wird, noch auf einiges hinweisen.

Es findet keine Mittagspause statt. Sollte ein zweiter Wahlgang notwendig werden, wird er sich unmittelbar an den ersten anschließen. Das gleiche gilt für einen gegebenenfalls notwendig werdenden dritten Wahlgang. Um für diese Fälle vorbereitet zu sein, bitte ich

Sie, nach Abgabe Ihres Stimmzettels und Ihres weißen Wahlausweises in der Postverteilungsstelle die entsprechenden Unterlagen abzuholen. Das sind ein gelber Wahlausweis für den zweiten Wahlgang und ein grüner Wahlausweis für den dritten Wahlgang.

Meine Damen und Herren, ich eröffne nunmehr die Wahl und bitte, mit dem Aufruf der Namen zu beginnen.

(Namensaufruf.)

**Vizepräsident Dr. Jaeger:** Meine Damen und Herren, der Aufruf ist beendet.

Ich frage: Ist noch ein Mitglied der Bundesversammlung da, das seine Stimme nicht abgegeben hat? Dann bitte ich, sich zu melden.

Ich wiederhole die Frage: Hat ein Mitglied der Bundesversammlung seine Stimme noch nicht abgegeben? Dann bitte ich, sofort nach vorne zu kommen.

Ich frage zum dritten und letzten Male: Gibt es ein Mitglied der Bundesversammlung, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? Dann bitte ich, nach vorne zu kommen — Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich schließe die Wahl.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Die Sitzung der Bundesversammlung wird während der Auszählung nicht unterbrochen. Es steht jedoch ihren Mitgliedern frei, sich außerhalb des Saales zu begeben. Ich bitte nur darum, daß immer Vertreter der einzelnen Fraktionen im Saale sind.

**Präsident Frau Renger:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe das **Ergebnis der Wahl** bekannt. In der Bundesversammlung am 15. Mai 1974 wurden im ersten Wahlgang insgesamt 1033 Stimmen abgegeben, davon für Herrn Walter Scheel 530 Stimmen,

(lebhafter Beifall bei der SPD und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

für Richard von Weizsäcker 498 Stimmen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der SPD und der FDP.)

Es wurden 5 Stimmenthaltungen abgegeben. Meine Damen und Herren, damit hat Herr Bundesminister Walter Scheel die nach Artikel 54 Absatz 6 unseres Grundgesetzes erforderlichen Stimmen auf sich vereinigt und ist somit zum vierten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

(Beifall.)

Nach § 9 Absatz 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten teile ich dem hier im Saal anwesenden Gewählten die Wahl mit und fordere ihn auf, binnen zwei Tagen zu erklären — so sieht es das Gesetz vor —, ob er die Wahl annimmt. Wenn Herr Bundesminister Scheel bereit ist, schon heute diese Erklärung abzugeben,

(Heiterkeit)

so darf ich ihn bitten, an das Mikrofon zu treten.

(Abg. Dr. Freiherr von Weizsäcker gratuliert Bundesminister Scheel. — Beifall.)

**Scheel**, Bundesminister des Auswärtigen: Ja, Frau Präsident, ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall.)

Erlauben Sie mir, daß ich einige Worte an die Mitglieder der Bundesversammlung richte.

Es ist für mich sehr bewegend, daß ich wenige Tage vor der 25. Wiederkehr des Tages der Gründung der Bundesrepublik Deutschland gewählt werde, der Bundesrepublik Deutschland, an deren demokratischer Entwicklung ich von Anfang an als Parlamentarier mitgewirkt habe.

Ich danke aus tiefstem Herzen denjenigen, die mir heute ihre Stimme gegeben haben. Dieses Vertrauen überträgt mir eine hohe Verantwortung.

Meinem Mitbewerber, meinem geschätzten Kollegen Richard von Weizsäcker, möchte ich meinen besonderen Respekt bezeugen. Sinn der Demokratie ist es, daß man zwischen mehreren Möglichkeiten auswählen kann. Dieser Sinn wird auch nicht entwertet, wenn mehr oder weniger feste Blöcke auf die Entscheidungen einwirken.

Diejenigen, die mir aus begreiflichen Gründen heute ihre Stimme nicht gegeben haben, erwarten aber doch, daß ich vom Tage der Amtsübernahme an der Bundespräsident für alle Bürger dieses Staates bin. Ich werde mich mühen, diesen Erwartungen gerecht zu werden.

Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall. — Die Mitglieder der Bundesversammlung erheben sich.)

**Präsident Frau Renger:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich verstehe voll und ganz, daß Sie sehr schnell aus diesem heißen Saal hinaus möchten. Erlauben Sie mir dennoch, auch persönlich von diesem Tisch aus Herrn Scheel noch einmal sehr herzliche Glückwünsche zu sagen.

Ich darf auch noch einen sehr herzlichen Dank an Sie alle dafür richten, daß Sie in der Enge dieses Raumes so lange ausgeharrt und sie ertragen haben. Vielleicht gelingt es uns mit Ihrer Hilfe, zu erreichen, daß in Bonn demnächst eine Kongreßhalle gebaut wird.

(Vereinzelter Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich möchte auch den Schriftführern danken, die hier eine schwere Arbeit geleistet haben. Ich danke im Namen der Bundesversammlung allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung. Es war eine gar nicht einfache Aufgabe. Ich danke auch den Bürgern, die hier in der Umgebung der Beethovenhalle wohnen, dafür, daß sie Verständnis für die Einschränkungen und Behinderungen aufgebracht haben, die mit der heutigen Bundesversammlung verbunden waren. Außerdem danke ich Presse, Fernsehen und Rundfunk, den Redakteuren und Technikern.

Abschließend darf ich diejenigen, die das nicht wissen, noch darauf hinweisen, daß die Eidesleistung des heute Gewählten am 1. Juli 1974 im Plenarsaal des Deutschen Bundestages stattfindet.

Ich darf mit einem Dank an alle die Versammlung schließen.

(Schluß: 13.26 Uhr.)

## Eidesleistung und Ansprache

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1974  
Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Walter Scheel  
Deutscher Bundestag, 112. Sitzung, zugleich 408. Sitzung des Bundesrates, Bonn, den 1.  
Juli 1974<sup>45)</sup>  
(Auszug)

**Präsident Frau Renger:** [...]

Meine Damen und Herren, am 15. Mai dieses Jahres hat die Bundesversammlung Herrn Walter Scheel zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Vor den versammelten Mitgliedern der Bundesversammlung hat er die Wahl angenommen und mit dem heutigen Tage das Amt des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland angetreten.

Nach Artikel 56 unseres Grundgesetzes leistet der Bundespräsident bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates den in unserer Verfassung vorgeschriebenen Eid. Herr Bundespräsident, ich darf Sie bitten, zur

### Eidesleistung

zu mir heranzutreten.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Herr Bundespräsident, ich überreiche Ihnen die Urschrift des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und bitte Sie, den Eid zu sprechen.

**Walter Scheel,** Bundespräsident: Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

**Präsident Frau Renger:** Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß der Herr Bundespräsident Walter Scheel den vorgeschriebenen Amtseid geleistet hat.

Herr Bundespräsident, im Namen der hier versammelten Mitglieder des Bundestages und des Bundesrates spreche ich Ihnen die herzlichsten Glückwünsche für Ihr hohes Amt aus.

Herr Bundespräsident, ich darf Sie nunmehr bitten, das Wort zu ergreifen.

**Walter Scheel,** Bundespräsident: Frau Präsident! Herr Bundesratspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Eid, den ich soeben abgelegt habe, ist mir ernste Verpflichtung. Mit Ehrfurcht vor der Aufgabe und mit Liebe zu unserem Land will ich das Amt des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland ausfüllen.

---

<sup>45)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlper., Stenogr. Berichte, Bd. 88, S. 7619 ff.

Ihr freundliches Willkommen, Frau Präsident, zugleich im Namen meiner Kollegen — ich muß wohl sagen: meiner ehemaligen Kollegen — des Deutschen Bundestages, ermutigt mich.

Ich wäre nicht aufrichtig, wollte ich in dieser Stunde verschweigen, daß mir der Abschied aus diesem Hause schwerfällt. 21 Jahre hatte ich die Ehre, mitten unter Ihnen die Interessen meiner Wähler, die Interessen unseres Volkes zu vertreten. Hier habe ich mein politisches Rüstzeug erhalten. Der Bundespräsident der nächsten fünf Jahre ist ein Parlamentarier mit Leib und Seele.

Aber diese Jahrzehnte der Zusammenarbeit mit Ihnen haben auch viele **menschliche Bindungen über die Parteigrenzen hinweg** wachsen lassen. Die verehrten Kollegen mögen mir verzeihen, wenn ich hier nur einen Namen nenne. Ich meine den Mann, dessen Stellvertreter im Amt des Bundeskanzlers ich in den letzten viereinhalb Jahren gewesen bin; ich meine Willy Brandt.

Fünf Jahre Regierungszusammenarbeit mit der CDU/CSU, viereinhalb Jahre in Koalition mit der SPD und — nicht zu vergessen — fünfeinhalb Jahre Vorsitzender der FDP: das wird die parteipolitische Neutralität des Bundespräsidenten zu dem werden lassen, was sie sein soll: eine Bindung, die nicht Ferne, sondern Nähe zu allen schafft.

Sie, verehrter Herr *Heinemann*, haben uns in den vergangenen fünf Jahren immer wieder aufgefordert, ein natürliches, entspanntes Verhältnis zum Staat und zu seinen Institutionen zu finden. Noch vor wenigen Tagen, am 25. Jahrestag des Grundgesetzes, haben Sie uns bleibende Wertungen und Mahnungen auf den Weg gegeben. Wir alle sind Ihnen dankbar dafür. Der **Dank für Ihr Werk** schließt die bedeutende Leistung Ihrer Gattin mit ein. Auf dem, was Sie, Herr Heinemann, und die ersten beiden Bundespräsidenten, Theodor Heuss und Heinrich Lübke, an ausgewogenem Staatsbewußtsein in diesem Lande geschaffen und gefördert haben, kann ich weiterbauen.

Nichts charakterisiert die Entwicklung der letzten Jahre augenfälliger als das Verhalten der jungen Menschen diesem Staat gegenüber. Am Ende der sechziger Jahre demonstrierten viele — und nicht nur Studenten — gegen den Staat. Heute gehen viele auf die Straße, um den 25. Jahrestag des Grundgesetzes zu feiern.

Wir alle brauchen diesen Staat. Groß sind die Leistungen der letzten 25 Jahre; noch größer sind die Probleme, die vor uns liegen. Eine neue Generation ist herangewachsen. Sie geht in ihren Erwartungen von dem aus, was heute ihre Lebenswirklichkeit ist. Sie hat nicht in die Abgründe der deutschen Geschichte geschaut, und vielen sagen ihre Höhepunkte nichts.

Wir leben in einem Gemeinwesen, das selbst in vielerlei Hinsicht ein solcher Höhepunkt ist. Sozialer Ausgleich und sozialer Friede sind Wirklichkeit. Wissenschaft und Kunst können sich mit den Leistungen anderer Völker messen. Die großen Freiheiten der Meinungsäußerung, der politischen Betätigung, der individuellen Entfaltung sind unbestritten. Die Einsicht in den Zusammenhang von Freiheit, innerem Frieden und wirtschaftlichem Wohlstand ist weit verbreitet. Millionen Deutsche kennen heute Lebenschancen, von denen ihre Eltern nur träumen konnten.

Und dennoch: Wenn wir uns bei uns und in der Welt umsehen, entdecken wir Probleme von neuen, nie gekannten Dimensionen. Die technisch-wirtschaftliche Entwicklung hat uns an die Grenzen des Möglichen geführt und die Grenze des Vernünftigen an manchen Stellen bereits überschritten. Immer schwerwiegender wird die Gefährdung des Ganzen durch einseitige Expansion einzelner Zweige. Wirtschaftlicher Wohlstand kann in Raubbau umschlagen, der die Lebensgrundlage kommender Generationen gefährdet. Wir dürfen an einer solchen Entwicklung nicht mitschuldig werden.

Die **weltwirtschaftliche Lage** hat sich im letzten Jahr in erdbebenartigen Schockwellen nachhaltig verändert. Die abrupten Verschiebungen in den ohnedies gestörten Zahlungsbilanzen und die daraus resultierenden Gefahren für die internationale Handels- und Währungsordnung sind dabei nur die eine Seite der Medaille; die andere Seite ist die mit dieser globalen Umverteilung von Einkommen veränderte weltpolitische Konstellation. Wir sehen, daß es jetzt innerhalb der Entwicklungsländer eine neue Gruppe der plötzlich reichen Erdöl- und Rohstoffländer gibt, und wir müssen erkennen, daß immer mehr Länder — reich geworden oder arm geblieben — einen grundlegenden Wandel der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Ordnung anstreben. Weltwirtschaft und Weltpolitik bleiben nicht ohne Folge für Europa und für die Bundesrepublik in Europa. Einem Land, das der Leistung seiner Bürger, aber auch der Gunst mancher Umstände, eine vergleichsweise starke und widerstandsfähige Volkswirtschaft verdankt, kommt in der neuen Lage in der Welt eine besondere Verantwortung zu.

Wenn es uns bei den wirtschaftlichen Problemen von morgen mit all ihren weltweiten Abhängigkeiten nicht gelingt, die **wirtschaftspolitische Diskussion** über die Anwendung der geeigneten Mittel in diesem Lande zu **versachlichen**, werden wir die schweren Zeiten, denen wir entgegengehen, sicherlich nicht bewältigen.

Im Zentrum der wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen in unserem Lande steht der Ruf nach Stabilität. Das ist gut und richtig so. Innerer Friede und sozialer Fortschritt können auf Dauer nur auf der Grundlage einer stabilen Währung gedeihen. Stabilität ist aber mehr als Preisstabilität. Eine Volkswirtschaft kann auch bei geringen Preissteigerungen unausgeglichen sein. Wir müssen die **Ausgewogenheit aller wirtschaftlichen Daten** im Auge behalten — nicht zuletzt unser Verhältnis zu unseren Partnern auf den Weltmärkten. Maßgebend für die innere und äußere Stärke eines Staates ist letztlich seine wirtschaftliche und politische Stabilität. Beide sind untrennbar miteinander verbunden.

Es gibt neue Aufgaben. Die Menschen suchen ein neues Gleichgewicht. Dabei blicken sie auf den Staat. Er soll all das garantieren, was wir heute besitzen; er soll all das von uns fernhalten, was unser Wohlbefinden beeinträchtigen könnte. Den Staat, der dies zu leisten vermöchte, gibt es nicht. Aber wir haben schon einmal, gleich nach dem Kriege, vor Bergen von Schwierigkeiten gestanden. Auch wenn die neuen Fragen in mancher Hinsicht anders sind, ist es nützlich, sich darauf zu besinnen, wie wir damals damit fertig geworden sind. Den geistigen und moralischen Kräften, die unser Volk aus dem Chaos geführt haben, dürfen wir auch heute vertrauen.

Ich denke vor allem an zwei Dinge: Als der deutsche Arbeiter, statt am schwarzen Markt zu handeln, für wertloses Geld seinen Betrieb wiederaufgebaut hat, als der deutsche Unternehmer jede verdiente Mark in seinen Betrieb steckte und sich selbst mit einem bescheidenen Lebensstandard begnügte, sind sozialer Friede und soziale Partnerschaft bei uns begründet worden. Auch von daher rührt der moralische Anspruch der Arbeitneh-



mer auf ein Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht. Ein Recht, wie es alle im Bundestag vertretenen Parteien in der einen oder anderen Form gesetzlich verankern wollen.

Diese aus der Erfahrung gewachsene **Bereitschaft der Sozialpartner zur Zusammenarbeit** ist unser wichtigstes Kapital, um die Zukunft zu meistern. Ich setze mein volles Vertrauen in die Vernunft der deutschen Arbeiter und Unternehmer und in die Bereitschaft aller Menschen unseres Landes, den neuen Problemen unserer Zeit mit derselben Solidarität zu begegnen, die uns geholfen hat, bei aller Gegensätzlichkeit Gemeinsames zu schaffen.

Es gibt aber noch eine zweite Kraft und Erfahrung. In der Bundesrepublik hat die parlamentarische Demokratie zum erstenmal in der deutschen Geschichte die Probe bestanden. Ich glaube an die Weisheit und Wirksamkeit der freiheitlichen Institutionen und demokratischen Spielregeln. Man muß sie nur beachten. Durch sie werden wir auch in Zukunft den richtigen Weg finden. Das setzt allerdings voraus, daß wir in der Ordnung unserer sozialen und wirtschaftlichen Dinge den Grundsatz beherzigen, der zusammen mit der Solidarität der Menschen uns vorwärts gebracht hat: Wir wollen den **einzelnen Menschen** ermutigen, seine Möglichkeiten selbst zu suchen, seine Möglichkeiten selbst zu entfalten und sie einzubringen in das Ganze des Gemeinsamen. Nur die persönliche Freiheit vermag die schöpferischen Kräfte freizusetzen, die wir in den vor uns liegenden Jahren so sehr benötigen. Es kommt auf den einzelnen an, auf seine Initiative, seine Mitwirkung, seine Entfaltung.

Unsere demokratische Ordnung ist kein totes Organisationsprinzip mechanischer Kräfte. Sie regelt einen lebendigen Organismus, in dem Spannungen und Konflikte entstehen und ausgetragen werden. Der Grad der Menschlichkeit in solchen Auseinandersetzungen wird durch die **Toleranz** bestimmt, mit der wir dem anderen und dem anders Denkenden begegnen.

Die Kirchen haben sich beim Aufbau unserer Gesellschaft nach dem Kriege als wirkende Kraft bewährt. Sie haben durch ihr Verhältnis zueinander das Bewußtsein für den Wert der Toleranz gestärkt.

Einer solchen Ordnung der Toleranz, des Verständnisses und des Ausgleichs haben die Väter des Grundgesetzes den staatlichen Rahmen gegeben. Nur eine solche Ordnung ermöglicht Gerechtigkeit und auch Freiheit unter den Menschen. Denn Freiheit muß auch für den Schwachen gewährleistet sein. Wer eine freiheitliche Demokratie will, muß den Staat wollen, in dem sie sich allein verwirklicht.

Wir verstehen uns zu Recht als ein **pluralistisches Staatswesen**. Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Organisationen und Gruppen bringen dem Staat gegenüber ihre Interessen zur Geltung. Das ist gut so. Darin darf sich der Pluralismus aber nicht erschöpfen. Die Würdigung der allgemeinen Zusammenhänge und die Suche nach übergeordneten Lösungen, die dem **Gesamtinteresse** dienen, müssen die Vertretung der Partikularinteressen bestimmen. Wer diesen Grundsatz mißachtet, richtet den freiheitlichen Staat mit seiner inneren Vielfalt zugrunde. Verzichten wir also in der Wirtschaft wie in der Politik auf demagogische Bekundungen! Gehen wir mit Solidarität und in Freiheit an die Lösung der Probleme!

Aus dem allem ergibt sich für uns die große Lehre: Miteinander, nicht gegeneinander! Und: Der freie Wille des einzelnen ist entscheidend. Also: Solidarität und Freiheit. Ich vertraue auf die Einsicht der Verantwortlichen in diesem Lande. Was ich als Bundesprä-

sident dazu beitragen kann, durch Gespräch und Begegnung mehr staatsbürgerliche Gemeinsamkeit wachsen zu lassen und die Entfaltung des einzelnen zu fördern, das soll geschehen.

Es war immer die Verbindung von Bürgerfleiß und schöpferischer Leistung, die unser Land ausgezeichnet hat. Auch heute leistet die Bundesrepublik Deutschland einen stolzen Beitrag zur kulturellen Entwicklung Europas und der Welt. Die Vertreter der **Wissenschaften** und der **Künste** haben einen Anspruch auf Mitsprache. Lassen wir es nicht zu, daß manche deutsche Leistung im Ausland besser bekannt ist als bei uns!

Die Partnerschaft von Kapital und Arbeit und der Pluralismus im geistigen Leben sind zwei Säulen unserer ausgeglichenen Gesellschaft. Das Zusammenwirken von Bund und Ländern ist die dritte.

Kurzfristige Interessen sollten uns nicht den Blick verbauen für die historische Leistung des **föderalistischen Gedankens** in Deutschland. 1945 haben wir in den Gemeinden nicht gewartet und nicht warten können, bis eine Zentralregierung das Zeichen zum Wiederaufbau gab. Lebensmut und Lebensfähigkeit der kleineren Gebietseinheiten waren zerstört. So haben wir uns da, wo wir standen, an die Arbeit gemacht. Das war angewandter Föderalismus, und nur als Bundesstaat konnte unser Vaterland sich neu erheben.

Aber auch heute, da die angestammte und festgewurzelte Eigenständigkeit der lokalen menschlichen Gemeinschaften immer mehr von den ausgreifenden Organisationsformen und den globalen Interessen von Wirtschaft und Technik verdrängt wird, bleiben Gemeinde, Kreise und Länder unersetzliche Entscheidungszentren und Zwischenglieder, die das Ganze erst lebendig werden lassen. Der demokratische Wille zur Selbstbehauptung in alten, gewachsenen Ordnungen darf im Bestreben nach durchaus erwünschter Rationalisierung nicht durch unnötige Übertreibungen untergraben werden.

Ich bekenne mich zum ausgewogenen Föderalismus. Er läßt sich nicht für eigensüchtige Zwecke mißbrauchen. Eigenständiges und aktives Glied zu sein für das große Ganze, das ist der tiefste Sinn des Föderalismus. Mehr denn je gilt für das Verhältnis von Bund und Ländern: Miteinander, nicht gegeneinander!

Wir Deutschen hatten es immer ein wenig schwer, zur äußeren Umwelt das rechte Verhältnis zu finden. Weltbürgertum und Verbrüderung sind immer wieder von Mißtrauen und Abkapselung abgelöst worden.

Ein ausgewogenes Verhältnis zur Umwelt wird noch schwieriger, wenn staatliche Macht und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auseinanderklaffen. Während wir handelspolitisch in weltweiten Maßstäben denken, gibt es in unserer Politik die **Gefahr provinzieller Genügsamkeit**. Wenn wir nur noch das für wichtig halten, was bei uns geschieht, werden wir bald für niemanden mehr wichtig sein.

Der Patriot dieses Jahrhunderts, in dem Millionen auf der Suche nach neuen Vaterländern zu Weltbürgern wurden, ist nicht der Gegenpart des Weltbürgers. Im Gegenteil, **Patriotismus**, der aus der Toleranz wächst, und **Weltbürgertum** schließen einander nicht aus — sie bedingen sich.

Es gilt, unsere Aufmerksamkeit und unser Gewissen zu schärfen für das, was in der Welt geschieht. Hunger, Krankheit und Armut sind weiter verbreitet denn je. Ich meine, das

gesunde Eigeninteresse müßte uns vor dem Versuch bewahren, eine Insel von Privilegierten zu sein in einem Meer von Armut. Solidarität endet nicht an Staatsgrenzen.

Die **Teilung Deutschlands** hat dies alles nicht einfacher gemacht. Der Bundespräsident ist ein Staatsoberhaupt in Deutschland. Über das „Provisorium“ ist viel Falsches gedacht und gesagt worden. Ein Vierteljahrhundert hat manches geklärt.

Aber eines ist nicht provisorisch: Die politischen Kräfte in diesem Lande werden auch in Zukunft nicht darauf verzichten, einen Zustand des **Friedens in Europa** anzustreben, in dem das deutsche Volk auf der Grundlage des **Selbstbestimmungsrechtes** seine Einheit wiedererlangt.

(Beifall.)

Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, brauchen wir die Bundesrepublik Deutschland als Staat im vollen Sinne des Wortes. Wenn auch die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes in historischen Dimensionen gedacht werden muß, so brauchen wir dafür doch ein auf Dauer angelegtes Instrument. Dies ist unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland.

In wenigen Tagen werde ich **Berlin** besuchen. Ich tue dies nicht im Geiste einer Demonstration. Ich weiß, daß das Viermächte-Berlin-Abkommen eine Lage geschaffen hat, die uns einerseits praktische Erleichterungen bringt, andererseits aber den Zustand der Teilung noch deutlicher macht. Wenn der Bundespräsident Berlin besucht, so tut er es, um jene Bindungen zu entwickeln, von denen das Abkommen spricht.

Alle diese Gedanken und Ziele würden im Winde verwehen, wenn es nicht gelänge, unsere **Jugend** dafür zu gewinnen. Es bleibt eine Schicksalsfrage, ob sich die Jugend die Erfahrung der Älteren zunutze macht. Wenn die Aufbauarbeit eines Vierteljahrhunderts, wenn die Politik dieses Landes einen bleibenden Sinn haben soll, dann kann es nur der sein, unseren Kindern die Irrtümer und Fehler, die wir Älteren gemacht, erlebt und erlitten haben, zu ersparen. Denn wer aus der Geschichte nicht lernen will, muß sie wiederholen.

So laßt uns denn gemeinsam diese entscheidende Aufgabe anpacken. Laßt uns immer und immer wieder fragen, ob wir bei alledem, was wir tun, an die Zukunft unserer Jugend denken. Laßt uns die Mauern des Mißverständnisses und der Vorurteile niederreißen. Wenn es uns nicht gelingt, die Verantwortung rechtzeitig auf die junge Generation zu übertragen, dann war alle Arbeit umsonst.

Aber auch die Jugend hat ihren eigenen und besonderen Beitrag zur Lösung der gemeinsamen Aufgaben zu leisten. Ich sehe diesen vor allem darin, daß die jungen Menschen ihren Sinn für die **moralische Qualität des politischen Handelns** zum **Maßstab des Urteils** machen. In der Tat besteht ja ein Staatswesen nicht um seiner selbst oder um einer abstrakten Leistungsfähigkeit willen, sondern um den Menschen ein reicheres, befriedigendes Leben zu ermöglichen. Das kann der Staat nur tun, wenn seine Träger an sich und ihr Handeln die höchsten Maßstäbe anlegen. Wohl dem Gemeinwesen, dem es gelingt, die Erfahrungen der Älteren zu verbinden mit dem Sinn der Jüngeren für Recht und Unrecht.

---

Die Vereidigung eines neuen Bundespräsidenten ist nur ein Pulsschlag im Leben unseres Volkes. Wir wissen nicht, was die Zukunft für uns bereithält. Aber wir wissen, was uns Kraft gibt: die Lehren aus unserer Geschichte, das Bild unserer Zukunft und die ungebrochene Schaffenskraft unseres Volkes.

Unser Weg führt uns zu einem Deutschland, das seinen Platz in der Welt als Teil Europas einnimmt. Ein **vereintes Europa** wird der Welt ein Beispiel geben: Ein Beispiel des friedlichen Zusammenwirkens der Völker, ein Beispiel der Solidarität und Gerechtigkeit, ein Beispiel der Freiheit, ja auch ein Beispiel der Macht ohne Anmaßung.

So verstehe ich auch die Worte des Amtseides, den ich vor Ihnen geleistet habe. Das Wohl des deutschen Volkes, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm abzuwenden — das ist nicht wenig! Meine Kraft ist gering, wenn nicht die Hilfe der Bürger hinzukommt.

Das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes werden uns den rechten Weg weisen. Laßt uns alle unsere Pflichten erfüllen und gegen jedermann Gerechtigkeit üben.

Damit unser Volk ohne Furcht in die Zukunft blicken kann, möge uns allen Gott helfen.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

**11. 7. Bundesversammlung**  
23. Mai 1979

<b>Übersicht</b>	
<b>Zusammensetzung nach Parteien</b>	
CDU/CSU	531
SPD	438
FDP	66
Sonstige	1
insgesamt	1 036
<b>Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder<sup>1)</sup></b>	
Baden- Württemberg	75
Bayern	92
Berlin	16
Bremen	6
Hamburg	14
Hessen	46
Niedersachsen	63
Nordrhein- Westfalen	143
Rheinland-Pfalz	31
Saarland	9
Schleswig- Holstein	23
<sup>1)</sup> Bekanntmachung der Bundesregierung vom 23. Januar 1979 (BGBl. I S. 121) über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung.	
<b>Tagungsort und Tagesstätte:</b> Bonn, Beethovenhalle	
<b>Präsident der Bundesversammlung:</b> Bundestagsvizepräsident Stücklen, Bundestagsvizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen, Bundestagsvizepräsident Frau Funcke	
<b>Wahlergebnis</b>	
	1. Wahlgang
Karl Carstens (Vorschlag der CDU/CSU)	528
Annemarie Renger (Vorschlag der SPD)	431
Enthaltungen	72
ungültig	1
abgegebene Stimmen insgesamt	1 032
<b>Gewählt:</b> Carl Carstens im 1. Wahlgang mit 528 Stimmen <sup>2)</sup>	
<sup>2)</sup> erforderliche Mehrheit: mindestens 519 Stimmen	

**Amtszeit:** 1. Juli 1979 bis 30. Juni 1984

**Verzeichnis der Mitglieder****A**

Dr. Abelein \*<sup>46)</sup>  
 Adams \*  
 Dr. Dr. Aderhold  
 Dr. van Aerssen \*  
 Ahlers \*  
 Ahrens  
 Dr. Ahrens \*  
 Dr. Aigner \*  
 Alber \*  
 Dr. Albrecht  
 Albrecht  
 Dr. Althammer \*  
 Altmann  
 Amling \*  
 Ammon  
 Amrehn \*  
 Angermeyer \*  
 Dr. Apel \*  
 Arendt \*  
 Arndt (Frankfurt)  
 Dr. Arnold \*  
 Assmann  
 Augstein \*  
**B**  
 Baak \*  
 Badeck  
 Bäumer  
 Bahr \*  
 Baldauf  
 Dr. Bagemann \*  
 Dr. Bardens \*  
 Dr. Dr. Barschel  
 Dr. Barzel \*  
 Batz \*  
 Baum (Biberach)  
 Baum (Köln) \*  
 Baumann (Berlin)  
 Baumann (Schwäbisch  
 Hall) \*  
 Baumgarten  
 Baumhauer  
 Dr. Bayerl \*

Bayha \*  
 Dr. Becher (Pullach) \*  
 Becker (Düsseldorf)  
 Dr. Becker (Frankfurt) \*  
 Dr. Becker (Kiel)  
 Becker (Nienberge) \*  
 Dr. Becker (Saarbrücken)  
 Frau Beckmann  
 Frau Benedix \*  
 Benz \*  
 Frau Berger (Berlin) \*  
 Berger (Herne) \*  
 Berger (Lahnstein)  
 Frau Dr. Berghofer-  
 Weichner  
 Frau Bering  
 Bernrath  
 Biechele \*  
 Dr. Biedenkopf \*  
 Biehle \*  
 Frau Bienlein  
 Biermann \*  
 Bihler  
 Bindig \*  
 Birzele  
 Bischoff  
 Dr. von Bismarck \*  
 Dr. Blanke  
 Blankenburg  
 Blaschke  
 Bleicher  
 Dr. Blinn  
 Dr. Blüm \*  
 Blumenfeld \*  
 Bobzien  
 Dr. Böddrich  
 Böhm (Melsungen) \*  
 Dr. Böhme (Freiburg) \*  
 Börner  
 Dr. Bötsch \*  
 Bohl  
 Bosse  
 Frau von Bothmer \*  
 Brandes  
 Brandt \*  
 Brandt (Grolsheim) \*  
 Brandt (Hamburg)  
 Frau Brauckmann  
 Frau Brauksiepe

Braun (Oberkirch)  
 Braun (Wermelskirchen)  
 \*  
 Breidbach \*  
 Brinkert  
 Brinkmann  
 Brömmelhaus  
 Broll \*  
 Brück \*  
 Dr. Brüggemann  
 Brügner  
 Frau Brunn  
 Buchstaller \*  
 Dr. Budell  
 Büchler (Hof) \*  
 Büchner (Speyer) \*  
 Frau Bühler  
 Bühler (Bruchsal) \*  
 Bühling \*  
 Dr. von Bülow \*  
 Buggle  
 Dr. Bugl  
 Burger \*  
 Buschfort \*  
 Dr. Bußmann \*  
**C**  
 Carstens (Emstek) \*  
 Carstens (Fehmarn) \*  
 Catenhusen  
 Frau Choitz  
 Frau Dr. Christians  
 Collet \*  
 Conrad (Riegelsberg) \*  
 Conradi \*  
 Coppik \*  
 Dr. Corterier \*  
 Cremans  
 Cronenberg \*  
 Curdt \*  
 Dr. Czaja \*  
 Frau Dr. Czempiel \*  
**D**  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin  
 \*  
 Dahlhof  
 Damm (Hamburg) \*  
 Damm (Pinneberg)  
 Dr. Daniels  
 Dr. Dannecker

---

<sup>46)</sup> \* = Die mit einem Stern  
 versehenen Mitglieder der Bun-  
 desversammlung sind Mitglie-  
 der des Bundestages.

---

Daubertshäuser *	Erberich	Ganz
Daweke *	Erhard (Bad Schwal- bach) *	Gattermann *
Demke	Erhard (Holzkirchen)	Gausmann
Dr. h. c. Deneke	Frau Erler	Gebhardt
Denkert	Ermann	Gehweiler
Denzer	Ernesti *	Frau Geier *
Dewitz	Ertl *	Frau Geiger
Dick (München)	Esters *	Geil
Dick (Ulm)	Dr. Evers *	Geipel
Dr. Diederich (Berlin) *	Evertz	Geisenhofer *
Diepgen	Ewen *	Geißinger
Dittrich (Bremen)	Ey *	Dr. Geißler
Döding	Eymer (Lübeck) *	Dr. von Geldern *
Dr. Döhner	<b>F</b>	Genscher *
Doerge	Dr. Farthmann	Dr. George *
Döring	Faust	Gerlach (Oberнау) *
Dr. von Dohnanyi *	Dr. Fay	Gerstein *
Dr. Dollinger *	Feinendegen *	Gerster (Mainz) *
Frau Donnepp	Fellermaier *	Gerstl (Passau) *
Dorn	Frau Fera	Gerstner (Rastatt)
Dr. Dregger *	Fiebig *	Gertzen *
Drescher	Dr. Dr. h. c. Filbinger	Dr. Gefßner *
Dreßler	Fischer	Gierenstein *
Dreyer (Löhne)	Frau Fischer *	Giesen
Dreyer (Stade) *	Dr. Fischer *	Girgensohn
Dr. Dübber *	Flacke	Dr. Glaser
Dürr *	Flämig *	Glock
Duve	Dr. Flath	Glombig *
<b>E</b>	Frau Dr. Fleck	Glos *
Echternach	Frau Dr. Focke *	Dr. Glück
Edelbrock	Folda	Gobrecht *
Egert *	Francke (Hamburg) *	Frau Goede
Dr. Eggert	Franke	Göhner
Dr. Ehmke *	Franke (Berlin)	Göllner
Ehrbar	Franke (Edermünde) *	Dr. Gölter
Dr. Ehrenberg *	Franke (Hannover) *	Goerdeler
Ehrke	Franz	Götz
Eickmeyer *	Fretschner	Goldberg
Frau Eilers (Bielefeld) *	Fricke	Goldhammer
Eimer (Fürth) *	Dr. Friedmann *	Goll
Elfring	Friedrich (Elmshorn)	Dr. h. c. Goppel
Frau Elstner	Friedrich (Würzburg) *	Gorlas
Freifrau von Elverfeldt	Dr. Früh *	Dr. Gradl *
Dr. Emmerlich *	Fuchs	Grätz
Dr. Enders *	Dr. Fuchs *	Greschkowitz
Frau Dr. Engel	Frau Funcke *	Gries
Engelhard *	<b>G</b>	Grobecker *
Engelsberger *	Gärtner *	Grosspeter
Engholm *	Gallus *	Grüner *
Engler	Gansel *	Dr. Gruhl *
Enneking		Grundmann



Grunenberg *	Hellwig	Hüper
Gscheidle *	Helmrich *	Frau Hürland *
Günther	Helmstädter	Dr. Hüsich *
<b>H</b>	Helzer	Huonker *
Dr. Haack (Erlangen) *	Henke *	Dr. Hupka *
Haag (Stuttgart)	Henkel	Huppertz
Dr. Haak (Hagen)	Henkelmann	Graf Huyn *
Haar *	Dr. Hennig *	<b>I</b>
Haas (Solingen)	Frau Herbst	Ibrügger *
Haas (Stuttgart)	Frau Hermans	Ihle
Haase (Fürth) *	Herold	Ilg
Haase (Kassel) *	Hesse	Immel
Haberl *	Dr. Hesselbach	Immer (Altenkirchen) *
Häbe	Dr. Heubl	<b>J</b>
Dr. Häfele *	von der Heydt	Dr. Jaeger *
Haehser *	Freiherr von Massen-	Jaeger (Schliersee)
Hahn	bach *	Jäger (Wangen) *
Haider	Heyenn *	Dr. Jahn (Braunschweig)
Hamer	Hilfenhaus	*
Frau Dr. Hamm-Brücher	Dr. Hinrichs	Jahn (Marburg) *
*	Frau Hinz	Dr. Jahn (Münster) *
Dr. Hammans *	Dr. Hirsch	Jahn (Watzum)
Handlos *	Hisserich	Dr. Janning
Hansen *	Hitzigrath	Jansen (Mönchenglad-
Hanz *	Hochleitner	bach)
Hardt	Höffkes *	Janßen (Wilhelmshaven)
Harlander	Hölscher *	Jaunich *
Frau Dr. Hartenstein *	Höpfinger *	Dr. Jenninger *
Hartmann (Hersbruck) *	Hösl *	Dr. Jens *
Hartmann (Stuttgart)	Dr. Hoffacker *	Dr. Jentsch (Wiesbaden)
Hasinger *	Hoffie *	*
von Hassel *	Hoffmann (Bad Schwar-	Dr. Jobst *
von Hassel (Bremerha-	tau)	Dr. Jochimsen
ven)	Frau Hoffmann (Hoya) *	Josten *
Hasselmann	Hoffmann (Saarbrücken)	Jung *
Hauck *	*	Junghans *
Dr. Hauff *	Hofmaier	Jungmann *
Hauser (Bonn-Bad Go-	Hofmann (Knetzgau)	Junker *
desberg) *	Hofmann (Kronach)	Frau Junker
Hauser (Krefeld) *	Holkenbrink	<b>K</b>
Dr. Haussmann (Reutlin-	Hollweg	Kähler
gen) *	Dr. Holtz *	Kaffka *
Dr. Haußmann (Stutt-	Dr. Hopmeier	Kaiser
gart)	Hoppe *	Kanther
Heckmann	Horn *	Kaps
Heiler	Dr. Hornhues *	Kaptain
Dr. Heimes	Horstmeier *	Karrenberg
Hein (Höxter)	Frau Huber *	Karry
Hein (Saarlouis)	Huber	Frau Karwatzki *
Heinemann	Dr. Hubrig *	Kasper
Heinz (Hennef)	Hülsmann	Katzer *

---

Frau Kerner	Krey *	Dr. Lenz (Köln)
Keßler	Kriegel	Lenzer *
Kiechle *	Krieger	Frau Dr. Lepsius *
Kiep	Krockert *	Lerchenberger
Dr. h. c. Kiesinger *	Frau Kröpke	Frau Lewandowsky
Kiesel	Kroll-Schlüter *	Lex
Kirschner (Oberndorf) *	Frau Krone-Appuhn *	Dr. Lichtenberg
Kirschner (Vechelde)	Frau Kruse	Liebermann
Kittelmann *	Kuckart	Liedtke *
Klapheck	Kühbacher *	Frau Linde
Klein (Andernach)	Kühle	Linde
Klein (Bad Windsheim)	Kürten	Dr. Linde *
Klein (Dieburg) *	Kuhlwein *	Link *
Klein (Dornstadt)	Kunz (Berlin) *	Linkner
Dr. Klein (Göttingen) *	Dr. Kunz (Weiden) *	Lintner *
Klein (München) *	Kupfahl	Löffler *
Kleinert *	Frau Kurz	Löher *
Dr. Klepsch *	<b>L</b>	Lösch
Klinke	Lachenmeyer	Frau Lorenz
Klinker *	Läpple	Lorenz
Dr. Klose	Dr.-Ing. Laermann *	Dr. Luda *
Kluncker	Lagemann	Ludewig *
Knipfer	Lagershausen *	Lück
Knudsen	Lahmann	Lücker *
Koblitz *	Lambinus *	Lütgert
Koch (Eschborn)	Dr. Graf Lambsdorff *	Lummer (Berlin)
Koch (Langenfeld)	Lamers	Lummer (Bielefeld)
Köder	Lampersbach *	Luster *
Dr. Köhler (Duisburg) *	Landré*	Lutz *
Dr. Köhler (Wolfsburg) *	Lang	<b>M</b>
König (Emmerthal)	Lange *	Macho
König (Trier)	Dr. Langguth *	Mader
Köppler	Dr. Langner *	Maedge
Köster *	Latendorf	Magin
Dr. Kohl *	Lattmann *	Männing *
Kolb *	Dr. Laufs *	Mahne *
Konrad *	Dr. Lauritzen *	Dr. Dr. h. c. Maihofer *
Frau Kräft	Lauterbach	Marquardt *
Kräuter	Leber *	Marschall *
Krampe *	Leddin	Martin
Dr. Kraske *	Lehlbach	Frau Dr. Martiny-Glotz *
Kratz *	Leinbach	Dr. Marx *
Kraus *	Dr. Lemke	Frau Matthäus-Maier *
Krause (Bassum)	Frau Lemmermann	Matthiesen
Krause (Bonn)	Lemmrich *	Matthöfer *
Krautter	Lemp *	Mattick *
Dr. Kreile *	Lemper	Maucher
Kremer	Lenders *	Mayer (Dirlewang)
Kretkowski *	Lengemann	Mayer (Eisenberg)
Frau Kretschmar	Lennartz	Frau Mayer-Katz
Dr. Kreutzmann *	Dr. Lenz (Bergstraße) *	Meier (Stadthagen)

Dr. Meinecke (Hamburg) *	Nagel (Eime)	Pieroth *
Meinike (Oberhausen) *	Nagel (Mannheim) *	Frau Pieser *
Meininghaus *	Frau Nagy	Pietsch
Meister	Dr. Narjes *	Dr. Pinger *
Dr. Mende *	Naser	Dr. Pöls
Mendel	Nehm	Dr. Pohl
Menzel *	van Nes Ziegler	Pohlmann *
Merker *	Neu	Dr. Pohlmeier
Mernizka	Neuhaus (Lüdenscheid)	Polkehn *
Dr. Mertes (Gerolstein) *	Neuhaus (Schwetzingen)	Dr. Pollwein
Metz *	*	Porzner *
Meyer (Sankt Augustin)	Dr. Neuman (Eschweiler)	Dr. Posser
Dr. Meyer zu Bentrup *	Neumann (Bramsche) *	Prangenberg *
Dr. Meyers	Neumann (Bremen)	Preu
Michl	Neumann (Stelle) *	Preuss
Mihr	Frau Dr. Neumeister *	Dr. Probst *
Dr. Mikat *	Nickels	Prosch
Milde	Niegel *	Prusko
Dr. Miltner *	Noack (Buxtehude)	Pürsten
Milz *	Dr. Nöbel *	<b>R</b>
Mischnick *	Nordlohne *	Rademaker
Möhring *	Nowack (Essen)	Rainer *
Möllemann *	<b>O</b>	Rapp (Göppingen) *
Möller (Heringsdorf)	Oberle	Rappe (Hildesheim) *
Dr. Möller (Karlsruhe)	Oestmann	Rau
Möller (Lage)	Offergeld *	Ravens
Möller (Quakenbrück)	Oldenburg	Rawe *
Dr. Möller (Sankt Augustin) *	Dr. Olderog	Reddemann *
Möslein	Oostergetelo *	Regenspurger *
Moning	Ortmann	Regler
Moritz	Frau Ostermeier	Rehm
Dr. Morlok	Ostrop	Reichhold
Dr. Müller *	<b>P</b>	Dr. Reimers *
Müller (Bayreuth) *	Frau Pack *	Reinelt
Müller (Berlin) *	Paintner *	Reinhard
Müller (Mülheim) *	Panther	Reitzner
Müller (Nordenham) *	Paterna *	Remmers
Müller (Pirmasens)	Paulig	Remppis
Müller (Puchheim)	Pawelczyk *	Frau Renger *
Müller (Remscheid) *	Peiter *	Reuschenbach *
Müller (Schweinfurt) *	Dr. Penner *	Reuter
Müller (Wadern) *	Pensky *	Reutlinger
Dr. Müller-Emmert *	Perschau	Rheinländer
Dr. Müller-Hermann *	Peter *	Richert
Müntefering *	Petersen *	Frau Rickers
Muhr	Pfeffermann *	Frau Dr. Riede (Oeffingen) *
<b>N</b>	Pfeifer *	Dr. Riedl (München) *
Nämsch	Dr. Pfennig *	Dr. Riege
Nagel (Borken)	Pfrang	Dr. Riemer
	Frau Philippi	Dr. Riesenhuber *
	Picard *	

Dr. Ritz *	Frau Schlenker	Schulze (Unna-Königsborn)
Röhner *	Schlottmann	Schulze-Stapen
Röhrl	Schluckebier *	Frau Schuster
Dr. Rössy	Frau Schmedt	Schuster
Röttger	Schmelter	Schwabe *
Rohde *	Schmidhuber	Schwarz (Leubsdorf) *
Rokitta	Schmidt (Braunschweig)	Schwarz (Reichertshofen)
Frau Rommel	Dr. Schmidt (Gellersen)	Dr. Schwarz-Schilling *
Ronneburger	*	Dr. Schwefer
Dr. Rose	Schmidt (Hamburg) *	Schweizerhof
Rosenthal *	Schmidt (Kempten) *	Dr. Schwencke (Nienburg) *
Roth *	Schmidt (München) *	Dr. Schwenk (Stade) *
Ruder	Schmidt (Niederselters)	Schwenke de Wall
Rückin	Schmidt (Wattenscheid)	Schwier
Frau Dr. Rüdiger	*	Frau Schwigon
Rühe *	Schmidt (Würgendorf) *	Dr. Schwörer *
Rüsenberg	Schmidt (Wuppertal) *	Sedlmeir
Rund	Frau Schmitt	Seefeld *
Russe *	Dr. Schmitt-	Dr. Seidl
<b>S</b>	Vockenhausen *	Seidl
Saalfeld	Schmitz (Baesweiler) *	Seiler
Sack	Schmitz (Berlin)	Seiters *
Sander *	Schmöle *	Frau Seitz
Sauer (Salzgitter) *	Schmude	Selle
Sauter (Epfendorf) *	Dr. Schmude *	Sick *
Saxowski *	Dr. h. c. Schmücker	Sickert
Prinz zu Sayn-	Schnabel	Sieglerschmidt *
Wittgenstein-Hohenstein	Dr. Schneider *	Sieler *
*	Schneider (Bickenbach)	Sierks
Schaa	Schneier (Zeil)	Frau Simonis *
Dr. Schachtschabel *	Dr. Schneller	Simpfendorfer *
Schäfer (Mainz) *	Dr. Schnoor	Sommer
Schäfer (Nürnberg)	Dr. Schöffberger *	Spaeth (Ostenfeld)
Schäfer (Offenburg) *	von Schoeler *	Späth (Stuttgart)
Dr. Schäfer (Tübingen) *	Dr. Scholl	Spengler
Schätzle	Dr. Schosser	Sperner
Dr. Schäuble *	Schreiber *	Dr. Sperling *
Schardt	Dr. Schröder (Düsseldorf) *	Spielbauer
Schartz (Trier) *	Dr. Schroeder (Freiburg)	Dr. Freiherr Spies von
Schedl *	Schröder (Lüneburg) *	Büllesheim *
Scheffler *	Schröder (Wilhelminenhof) *	Spilker *
Scherer	Schrör	Spitzer
Schetter *	Schrot	Spitzmüller *
Dr. Scheufelen	Frau Schuchardt *	Dr. Spöri *
Schiess	Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) *	Spranger *
Schirmer *	Schulte (Unna) *	Dr. Sprung *
Schlaga *	Schultz (Hamburg)	Stahl (Kempen) *
Schlappner	Schulze (Berlin) *	Stahlberg *
Schlatter		
Frau Schlei		
Frau Schleicher *		

Dr. Stark (Nürtingen) *	Trabalski	Dr. Warnke *
Dr. Starke (Franken) *	Frau Traupe *	Dr. von Wartenberg *
Frau Starlinger	Frau Tübler *	Watzke
Dr. Staudt *	<b>U</b>	Wawrzik *
Graf Stauffenberg *	Ueberhorst *	Frau Weber
Dr. Stavenhagen *	Dr. Ueberschär	Weber (Heidelberg) *
Stechele	Uhlenberg	Dr. Weber (Köln) *
Dr. Stecker	Ullrich	Weber (Salzgitter)
Steen	Dr. Unland *	Wehner *
Dr. Steger *	Urbaniak *	Wehrenberg
Steinberger	<b>V</b>	Weich
Frau Steinhauer *	Van Vlodrop	Weigl
Dr. Stercken *	Frau Verhülsdonk *	Weilandt
Stobbe	Frau Verstegen	Weiskirch (Olpe) *
Frau Stocker	Dr. Vetter	Weiss
Stockleben *	Vetter (Berlin)	Weisskirchen (Wiesloch)
Stöckel (Diespeck)	Vetter (Mülheim/Ruhr)	*
Frau Stöckl	Vitt	Dr. von Weizsäcker *
Stöckl (Melsungen)	Völkel	Frau Wendel
Stöckl (Regensburg) *	Voelker (Berlin)	Dr. Wendig
Dr. Stoiber	Völker (Eschweiler)	Wendt *
Dr. Stoltenberg	Vogel (Ennepetal) *	Wendzinski
Stommel *	Dr. Vogel (München) *	Wenning
Straßmeir	Dr. Vogel (Speyer)	Wenzel
Strauß	Vogelsang *	Frau Werner
Streibl	Vogt (Düren) *	Werner (Kirchdorf)
Frau Dr. Streletz	Dr. Vohrer *	Werner (Ulm) *
Ströbele	Voigt (Frankfurt) *	Dr. Wernitz *
Strube	Voigt (Sonthofen) *	Westphal *
Stücklen *	Volmer *	Frau Dr. Wex *
Sturmowski	Volz	Dr. h. c. Weyer
Stutzer *	Dr. Voscherau	Widder
Süss	Dr. Voss *	Wiefel *
Susset *	<b>W</b>	Wilczok
Sybertz *	Wacher	Wilhelm *
Szymczak	Frau Wachter	Frau Will-Feld *
<b>T</b>	Dr. Waffenschmidt *	Dr. Willich
Terlinden	Frau Wagner	Frau Dr. Wilms *
de Terra *	Dr. Wagner (Bensheim)	Wimmer (Mönchenglad-
Teufel	Dr. Wagner (Heppen-	bach) *
Teyssen	heim)	Wimmer (Neuötting) *
Thorwirth	Wagner (Oberhausen)	Windelen *
Thüsing *	Wagner (Saarbrücken)	Wingendorf
Tietjen	Dr. Wagner (Trier)	Winkels
Tietze	Dr. Waigel *	Winterstein
Tillmann *	Walkhoff *	Wirth
Frau Dr. Timm *	Dr. Wallmann	Wirtz
Titzck	Waltemathe *	Wischniewski *
Dr. Todenhöfer *	Walther *	Frau Dr. Wisniewski *
Tönjes *	Frau Dr. Walz *	Wissebach *
Topmann *	Warnecke	Wissmann *

---

Dr. de With \*  
Dr. Wittmann (München) \*  
Wittmann (Straubing) \*  
Dr. Wörner \*  
Wohlrabe  
Frau Wolf  
Wolfgramm (Göttingen)  
\*  
Wolfram (Recklinghausen) \*  
Dr. Worms  
Baron von Wrangel \*  
Wrede \*  
Wünsche  
Würfel  
Würtz \*  
Würzbach \*  
Wüster \*  
Dr. Wulff \*  
Wurbs \*  
Wuttke \*  
Wuwer \*  
**X**  
Xhonneux  
**Z**  
Zander \*  
Zebisch \*  
Dr. Zeitel \*  
Zeitler \*  
Zeller  
Zenz  
Zeyer \*  
Ziegler (Maikammer)  
Ziegler (Würzburg) \*  
Dr. Zimmermann \*  
Zimmermann (Leonberg)  
Zink \*  
Dr. Zöpel  
Dr. Zumpfort \*  
Zwack  
Zywietz \*

**Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten**

Länder	CDU/CSU				SPD				FDP				Sonstige				Insgesamt			
	Md B	MdL	Nicht-MdL	insg.	Md B	MdL	Nicht-MdL	insg.	Md B	MdL	Nicht-MdL	insg.	Md B	MdL	Nicht-MdL	insg.	Md B	MdL	Nicht-MdL	insg.
Baden-Württemberg	38	21	24	83	26	7	18	51	7	3	2	12	-	-	-	-	71	31	44	146
Bayern	53	16	40	112	29	4	25	58	6	3	1	10	-	-	-	-	88	26	66	180
Berlin	11	5	3	19	10	5	2	17	1	1	-	2	-	-	-	-	22	11	5	38
Bremen	2	2	-	4	3	3	-	6	-	1	-	1	-	-	-	-	5	6	-	11
Hamburg	5	6	-	11	8	5	3	16	1	-	-	1	-	-	-	-	14	11	3	28
Hessen	21	19	3	43	22	14	7	43	4	1	2	7	-	-	-	-	47	34	12	93
Niedersachsen	27	15	19	61	29	7	22	58	5	-	-	5	1*)	-	-	1*)	62	22	41	125
Nordrhein-Westfalen	66	38	30	134	70	32	33	135	12	7	3	22	-	-	-	-	148	77	66	291
Rheinland-Pfalz	16	11	6	33	13	12	1	26	2	-	1	3	-	-	-	-	31	23	8	62
Saarland	4	5	-	9	4	4	-	8	-	-	-	-	-	-	-	-	8	9	-	17
Schleswig-Holstein	10	11	1	22	10	6	4	20	2	1	-	3	-	-	-	-	22	18	5	45
Insgesamt:	253	152	126	531	224	99	115	438	40	17	9	66	1	-	-	1	518	268	250	1036
		278				214				26				-				518		

\* fraktionslos

Zusammengestellt vom Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages

**Stenographischer Bericht**

Bonn, Mittwoch, den 23. Mai 1979<sup>47)</sup>

Beginn: 10.02 Uhr

**Vizepräsident Stücklen:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erkläre die 7. Bundesversammlung zur Wahl des fünften Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland für eröffnet und heiße die Mitglieder der Bundesversammlung, die Botschafter und Vertreter der ausländischen Missionen, die Gäste aus dem In- und Ausland sowie die Vertreter des Bundesrates und der Länder der Bundesrepublik recht herzlich willkommen. Ich begrüße auch alle Gäste, die heute hier in der Beethovenhalle an diesem Wahlakt teilnehmen. Ich begrüße vor allen Dingen auch alle diejenigen, die über Rundfunk und Fernsehen durch Hören und Sehen aus der Ferne mit an diesem Wahlakt teilnehmen können.

Wir bedauern, daß die derzeitigen politischen Verhältnisse es nicht ermöglichen, diese Bundesversammlung in **Berlin** abzuhalten.

(Anhaltender Beifall.)

Wir senden von dieser Stelle in aufrichtiger Verbundenheit und Herzlichkeit unsere Grüße nach Berlin und hoffen, daß uns die Geschichte die Gnade schenkt, daß die Stadt Berlin wieder einmal die Hauptstadt eines einigen und freien Deutschlands sein wird.

(Lebhafter Beifall.)

Die Bundesversammlung ist von unserer Verfassung allein und ausschließlich dazu bestimmt, das Staatsoberhaupt, den Bundespräsidenten, zu wählen.

Sie ist diesmal auf den **30. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes**, also auf einen Tag von geschichtlichem Symbolwert, einberufen worden. Heute vor 30 Jahren, am 23. Mai 1949, um 16 Uhr, begann hier in Bonn die letzte Sitzung des Parlamentarischen Rates, auf der seine Präsidenten Adenauer, Schönfelder und Schäfer das von ihm am 8. Mai beschlossene und danach auch von den Volksvertretungen der Länder mit der erforderlichen Mehrheit angenommene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ausfertigten. Unmittelbar anschließend wurde es im Bundesgesetzblatt verkündet.

Die Bedeutung dieses Aktes läßt sich für uns heute aus der Erfahrung dieser 30 Jahre noch weit besser ermessen als aus der unmittelbaren Gegenwart des damaligen Tages. Dieser Tag der Verkündung des Grundgesetzes wurde zum Startzeichen für den Wiederbeginn des eigenstaatlichen Lebens, bei uns von der Öffentlichkeit begrüßt als die konkrete Aussicht auf schrittweise Rückkehr zur politischen Selbstbestimmung, als eine gute Chance, bei uns in Deutschland wieder die Demokratie einzubürgern mit ihren Attributen der politischen und bürgerlichen Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit, der Begrenzung und öffentlichen Kontrolle jeglicher politischer Macht, der Verhinderung staatlicher Willkür und der Erwartungen einer staatlichen Tätigkeit im Dienste einer Idee, der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs.

---

<sup>47)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlper., Stenogr. Berichte. Bd. 110, Sonderdruck



Was damals erst Gegenstand von Hoffnungen und Erwartungen war, ist längst alltägliche und selbstverständliche Praxis geworden. Niemand vermag zu bestreiten, daß unsere Verfassung nicht nur vom Anspruch her, sondern in ihrer lebendigen Wirklichkeit eine **Verfassung der Freiheit** ist,

(Beifall)

eine Verfassung der Freiheit, die keinen Vergleich mit den freiheitlichsten Verfassungsordnungen der Geschichte und der Gegenwart, welche man auch immer nehmen will, zu scheuen braucht.

(Erneuter Beifall.)

Was das **demokratische Leben** anbetrifft, so hat sich hier auf den verschiedenen Ebenen der staatlichen und kommunalen Tätigkeit eine Mannigfaltigkeit an aktiver Teilnahme der Bürger entwickelt, die weit über das Maß hinausgeht, das man aus der bloßen Kenntnis des Textes unserer Verfassung erwarten konnte.

Die vom Grundgesetz geschaffene **institutionelle Ordnung**, ihre Aufteilung von Aufgaben und Kompetenzen auf die verschiedenen Organe der Verfassung hat sich bewährt und als leistungsfähig und stabil erwiesen.

Das bestehende **Spannungsverhältnis zwischen Bund und Ländern**, das sicher manche Reibungen und auch Reibungsverluste erzeugen mag, hat eine fruchtbare und konstruktive Wirkung gezeigt.

Schließlich aber ist auch die Übereinstimmung zu nennen, die die maßgebenden politischen Kräfte im Parlamentarischen Rat herausbildeten, zu denen im übrigen vor allem die **politischen Parteien** gehörten, die auch heute noch in Bund und Ländern die **Träger des politischen Lebens** sind.

Es ist das große Verdienst der Väter unserer Verfassung, die Verbindlichkeit dieser auf einem Grundkonsens beruhenden Wertbindung so deutlich in die Verfassung hineingeschrieben zu haben, daß es unmöglich war und auch in Zukunft nicht möglich sein kann, die von ihr gewährte Freiheit mit der bloßen Ungebundenheit und Bindungslosigkeit zu verwechseln.

Wirtschaft und Gesellschaft haben die Chance der Freiheit zu nutzen gewußt und zugleich die materiellen Grundlagen geschaffen für die Erfüllung des Anspruchs auf Solidarität und soziale Gerechtigkeit.

Mit dieser Verfassung hat sich unser Land wieder der **Tradition und Lebenswelt Europas** zugewandt, zu der es ja eigentlich immer gehört hat und aus der es nur gelegentlich, am radikalsten allerdings unter dem Nationalsozialismus, auszubrechen versuchte.

Kernelemente dieser Lebensordnung sind das Bekenntnis zu den Grund- und Menschenrechten, zu einem freien, vom einzelnen selbst zu bestimmenden und zu verantwortenden Leben, zur Freiheit des Geistes, des Glaubens und des Denkens.

Zu dieser Lebensordnung gehört allerdings auch, daß die Gemeinschaft in den für sie zu erbringenden Leistungen auf ein hohes Maß an Freiwilligkeit ihrer **Bürger** angewiesen

ist. Es gibt aber keine Freiheit ohne die Bereitschaft zum Risiko, und es kann auch kein auf Freiwilligkeit beruhendes Gemeinwesen geben, dessen Bürger sich nicht auch ihrer **persönlichen Verantwortung für die Allgemeinheit**, für das Gemeinwohl bewußt sind.

Auch in unseren Tagen, in denen sich in den Augen mancher die Risiken der Zukunft allzu drohend aufzutürmen scheinen, sollte nicht versäumt werden, an diese einfachen Wahrheiten über die fundamentalen Bedingungen der Freiheit zu erinnern.

Die Aufgaben des Tages stellen sich aus den Problemen der Zeit, und sie erfordern wie in den drei zurückliegenden Jahrzehnten unsere Kraft, unsere Energie und unseren Einsatz. Vor allem aber erfordern sie Vertrauen zu uns selbst. Zu diesem Vertrauen aber berechtigt uns die Gewißheit, daß wir in den vergangenen drei Jahrzehnten den Platz in der Gemeinschaft der freien Völker Europas gemäß unserer geistigen Tradition und unserer Geschichte wiedergefunden haben. Es ist unsere Aufgabe, dieses Erbe zu sichern und zu erhalten — nicht für uns allein, sondern auch für den Teil unseres Volkes, unserer Nation, der, nicht aus eigener Schuld und eigenem Willen, noch heute davon ausgeschlossen ist.

(Lebhafter Beifall.)

Gerade angesichts dieser für uns schmerzhaften Tatsache der ungelösten nationalen Frage sollten wir uns den vor uns liegenden Aufgaben nicht ohne das Bewußtsein zuwenden, dankbar sein zu müssen für die uns geschenkten Jahrzehnte gesicherter Entwicklung in Freiheit und Frieden und in einer Gemeinschaft der freien Völker.

Mit Beharrlichkeit, mit Mut, mit Selbstvertrauen und mit Gottes Hilfe in eine friedvolle Zukunft!

(Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur **Konstituierung der 7. Bundesversammlung**, die aus den 518 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und derselben Zahl von Mitgliedern besteht, die von den Landesparlamenten gewählt worden sind. Nach den Mitteilungen der Präsidenten der Landesparlamente sind die 518 Mitglieder aus den Ländern rechtmäßig gewählt und benannt worden.

An Stelle des nach § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung zur Leitung bestimmten Bundestagspräsidenten habe ich in seiner Vertretung die Sitzungsleitung übernommen. Ich schlage vor, daß die **Geschäftsordnung** des Deutschen Bundestages sinngemäß auch bei der Durchführung dieser Bundesversammlung Anwendung findet. Ist das Haus damit einverstanden? — Ich sehe und höre keinen Widerspruch; es ist so beschlossen.

Zur **Beschlußfähigkeit** der Bundesversammlung ist die Anwesenheit von mindestens 519 Mitgliedern der Bundesversammlung erforderlich. Mein ungetrübtes Auge stellt fest,

(Heiterkeit)

daß diese Zahl auf jeden Fall erreicht ist. Damit ist die Bundesversammlung also beschlußfähig.

Als Schriftführer schlage ich Ihnen die 19 Abgeordneten vor, die auch im Deutschen Bundestag diese Aufgabe wahrnehmen. Es sind die Abgeordneten Amling, Batz, Frau Benedix, Berger (Herne), Biehle, Collet, Dr. Hammans, Frau Dr. Hartenstein, Josten, Marquardt, Merker, Frau Pack, Frau Dr. Riede (Oeffingen), Frau Schleicher, Frau Traupe, Ueberhorst, Dr. Vohrer, Waltemathe und Werner. Sind Sie mit diesem Vorschlag einverstanden? — Ich sehe und höre keinen Widerspruch; auch dies ist so beschlossen. Ich bitte nunmehr die Schriftführer Frau Pack und Herrn Waltemathe, neben mir Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren, die Bundesversammlung ist damit konstituiert.

Nach § 9 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten kann jedes Mitglied der Bundesversammlung Wahlvorschläge beim Präsidenten des Deutschen Bundestages schriftlich einreichen, wobei die schriftliche Zustimmungserklärung des Vorgeschlagenen beizufügen ist.

Es wurden bislang folgende **Wahlvorschläge** eingereicht: Die Fraktion der CDU/CSU schlägt Herrn **Karl Carstens** vor.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU.)

Die Fraktion der SPD schlägt Frau **Annemarie Renger** vor.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Ich bitte die beiden Schriftführer im Sitzungsvorstand, sich von der ordnungsgemäßen Vorlage der beiden Wahlvorschläge und der beigefügten Zustimmungserklärungen zu überzeugen. — Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf im Namen des Sitzungsvorstandes feststellen, daß die Vorschläge ordnungsgemäß vorgelegt worden sind und die Zustimmungserklärungen vorliegen.

Werden weitere Vorschläge aus der Bundesversammlung gemacht? — Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Meine Damen und Herren, nun kommen noch einige Regularien, an denen wir nicht vorbeikommen. Ich darf Ihre Aufmerksamkeit also noch für einige Bemerkungen zum **Wahlverfahren** in Anspruch nehmen, damit die Wahl sowohl vorschriftsmäßig als auch möglichst rationell und — bei aller Sorgfalt — schnell durchgeführt wird.

Nach § 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten wird mit verdeckten amtlichen Stimmkarten gewählt; das heißt, gemäß § 54 a der Geschäftsordnung, daß die Wahl geheim stattfindet. Sie finden die Vorschrift auf Seite 6 des Ihnen übersandten Faltblattes mit den Gesetzestexten.

Meine Damen und Herren, die allein gültige Stimmkarte erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens sowie nach Vorzeigen Ihres weißen Wahlausweises an dem Tisch neben den von mir aus gesehen rechts postierten Wahlzellen.

Sie dürfen — ich bitte, das ganz streng zu handhaben — Ihre Stimmkarte nur in der Wahlzelle ankreuzen und müssen auch in der Wahlzelle die Stimmkarte in den Wahlumschlag stecken. Die Schriftführer müssen deshalb einen Wähler zurückweisen, der seine

Stimmkarte außerhalb der Wahlzelle gekennzeichnet oder sie außerhalb der Wahlzelle in den Wahlumschlag gelegt hat. Der betreffende Wähler kann aber, nachdem er zurückgewiesen worden ist, dann selbstverständlich ordnungsgemäß die Wahl vollziehen.

Noch ein Satz zur Stimmabgabe selbst: Eine Stimmkarte ist ungültig, wenn beide Namen angekreuzt sind oder die Stimmkarte einen anderen Namen oder sonstige Zusätze enthält. Wer sich der Stimme enthalten will, kreuzt eben keinen Namen an. Den weißen Wahlausweis übergeben Sie bitte dem Schriftführer an der Wahlurne. Das ist insofern wichtig, als die Abgabe des Wahlausweises an die Stelle der Eintragung in die sonst übliche Anwesenheitsliste tritt.

Ich bitte nunmehr die eingeteilten Schriftführer, ihre Plätze an der Stimmkartenausgabe und an der Wahlurne einzunehmen. Eine Kontrolle, ob die Wahlurne leer ist, brauche ich nicht durchzuführen; die Wahlurne ist durchsichtig, und Sie alle können sich davon überzeugen, daß sie tatsächlich leer ist. — Darf ich die Schriftführer bitten!

Die Schriftführer werden nun die Namen nach dem Alphabet aufrufen. Die im Nachtrag zur Ihnen vorliegenden Mitgliederliste aufgeführten Mitglieder werden zum Schluß aufgerufen. Verfolgen Sie bitte den Namensaufruf an Hand der Ihnen vorliegenden Mitgliederliste, und kommen Sie bitte rechtzeitig nach vorn zur Stimmabgabe. — Ich darf noch erwähnen, dass die Sitzung nicht für eine Mittagspause unterbrochen wird.

Aus der Bundesversammlung werden keine Bemerkungen gemacht. Dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich den **Wahlgang** eröffnen. Ich bitte die Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf — Während des Namensaufrufs übernehmen um 10.55 Uhr Vizepräsident  
Frau Funcke  
und um 12 Uhr Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen den Vorsitz.)

**Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen:** Meine Damen und Herren, ich frage, ob alle Mitglieder der Bundesversammlung ihre Stimme abgegeben haben. — Das ist offensichtlich der Fall.

Ich schließe die Wahl und bitte die Damen und Herren Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Die Sitzung ist während der Auszählung nicht unterbrochen. Selbstverständlich können Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Saal wie bisher auch verlassen. Ich wäre nur dankbar, wenn je ein Parlamentarischer Geschäftsführer unmittelbar zur Verfügung stünde.

(Während der Auszählung übernehmen um 12.52 Uhr Vizepräsident Frau Funcke  
und um 13.05 Uhr wieder Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen den Vorsitz.)

**Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen:** Meine Damen und Herren, ich gebe das **Ergebnis der Wahl** bekannt.

Die Zahl der Mitglieder der Bundesversammlung beträgt 1036. Es sind 1032 Stimmen abgegeben worden. Die vier fehlenden Stimmen betreffen vier erkrankte Mitglieder des Deutschen Bundestages; Herr Kollege Hofmann (Kronach) erlitt noch heute morgen einen

Herzinfarkt und konnte deswegen an der Wahlhandlung nicht teilnehmen. Ich darf ihm im Namen der Versammlung die besten Grüße und Wünsche zur Genesung übermitteln.

(Beifall.)

Es wurden 1031 gültige Stimmen abgegeben, für Herrn Karl Carstens 528 Stimmen.

(Langanhaltender stürmischer Beifall bei der CDU/CSU — die CDU/CSU-Mitglieder der Bundesversammlung erheben sich — Vizepräsident Frau Renger und zahlreiche weitere Mitglieder der Bundesversammlung beglückwünschen Präsident Carstens zur Wahl.)

Für Frau Kollegin Renger wurden 431 Stimmen abgegeben.

(Anhaltender Beifall bei der SPD.)

72 Mitglieder der Bundesversammlung haben sich der Stimme enthalten. Eine Stimme war ungültig.

Meine Damen und Herren, damit hat Herr Professor Karl Carstens die nach Art. 54 Abs. 6 Satz 1 des Grundgesetzes im ersten Wahlgang erforderliche Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Bundesversammlung erhalten und wird somit der fünfte Präsident der Bundesrepublik Deutschland sein.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU.)

Nach § 9 Abs. 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten teile ich Ihnen, Herr Professor Carstens, die Wahl hierdurch mit. Sie haben zwei Möglichkeiten: Sie können die Wahl innerhalb von zwei Tagen oder sofort annehmen. Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

**Carstens**, Präsident des Deutschen Bundestages: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU.)

**Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen**: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass Herr Professor Carstens die Wahl zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland angenommen hat. Ich beglückwünsche Sie im Namen der Bundesversammlung zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen alles Gute und Gottes Segen für Ihr künftiges Amt.

(Lebhafter Beifall.)

Wollen Sie das Wort ergreifen, Herr Präsident?

**Carstens**, Präsident des Deutschen Bundestages (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke zunächst Ihnen, Herr Präsident, für die Glückwünsche, die Sie mir zu meiner Wahl ausgesprochen haben. Ich danke allen Mitgliedern der Bundesversammlung, die mir ihre Stimme gegeben haben, und ich bekunde meinen Respekt vor den Mitgliedern der Bundesversammlung, die mir ihre Stimme nicht gegeben haben.

Ich bekunde meinen besonderen Respekt vor Frau Annemarie Renger. Ich habe mich — wenn ich das sagen darf, Frau Renger — nach unserer jahrelangen guten Zusammenarbeit im Präsidium des Deutschen Bundestages darüber gefreut, dass Ihre Fraktion Sie als Kandidatin nominiert hat. Ich danke auch Ihnen besonders für Ihre guten Wünsche, und ich danke allen Kolleginnen und Kollegen aus der Bundesversammlung, die mir ihre guten Wünsche ausgesprochen haben.

Für mich beginnt mit diesem Tage ein neuer Lebensabschnitt. Das Grundgesetz weist dem Bundespräsidenten die Rolle, die Aufgabe zu, Präsident aller Bürger dieses Landes zu sein und sein Amt unparteiisch zu führen. Ich werde mir Mühe geben, ich werde alles in meinen Kräften Stehende tun, um diesem hohen Anspruch gerecht zu werden.

(Beifall.)

Ich bitte alle Bürger unseres Landes, ich bitte aber insbesondere auch Sie alle, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen aus der Bundesversammlung, mich bei der Erfüllung dieser Aufgabe zu unterstützen. Denn ich denke, bei allen Meinungsverschiedenheiten, die wir in der Vergangenheit untereinander ausgetragen haben, gibt es doch vieles, was uns alle miteinander verbindet. Wir alle sind der Meinung, dass das Grundgesetz, dessen 30. Geburtstag wir heute feiern, die beste Verfassung ist, die das deutsche Volk in seiner Geschichte jemals gehabt hat, und ich denke daher, daß wir auch darin übereinstimmen, daß es unsere gemeinsame Aufgabe ist, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, damit der soziale Bundesstaat, der freiheitliche Rechtsstaat dieses unseres Grundgesetzes weiter gefestigt und ausgebaut wird.

Ich möchte Sie bitten, mit mir zusammen für die nächsten Jahre diese Aufgabe in Angriff zu nehmen — zum Wohle unseres Landes, zum Wohle des deutschen Volkes und im Dienste des Friedens in Europa und in der Welt. Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU — Beifall bei den übrigen Mitgliedern der Bundesversammlung —  
die Mitglieder der Bundesversammlung erheben sich.)

**Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen:** Meine Damen und Herren, zum Schluß der 7. Bundesversammlung möchte ich vielfach danken — wohl auch in Ihrem Namen — für die außergewöhnlich umsichtigen Arbeiten zur Vorbereitung und Durchführung der Bundesversammlung. Mein Dank gilt besonders den Schriftführern des Deutschen Bundestages, den Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung, der Stadt Bonn und vor allem den Angehörigen der Polizei, die in diesen Tagen besonders gefordert waren.

(Beifall.)

Nicht zuletzt danke ich Ihnen allen, die Sie hier in der Beethovenhalle in räumlicher Enge ausgeharrt haben. Ich danke auch Presse, Rundfunk und Fernsehen für ihre Mitarbeit. Ich danke vor allem den in der Nähe der Beethovenhalle wohnenden Bonner Bürgern für ihr Verständnis, mit dem sie unerläßliche Behinderungen im Zusammenhang mit der Bundesversammlung hingenommen haben.

Der Tag der Eidesleistung des künftigen Bundespräsidenten vor Bundestag und Bundesrat wird später bekanntgegeben.

Ich würde mich freuen, wenn möglichst viele Mitglieder der Bundesversammlung an dem anschließenden Empfang des Bundestagspräsidenten teilnehmen, der ab 14.30 Uhr im Bundeshaus stattfindet.

Meine Damen und Herren, die Bundesversammlung ist beendet.

(Schluß: 13.21 Uhr.)

**Liste der entschuldigten Wahlmänner**

Frau Erler  
Hofmann (Kronach)  
Reichold  
Frau Schlei

## Eidesleistung und Ansprache

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1979  
Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Prof. Dr. Karl Carstens  
Deutscher Bundestag, 165. Sitzung, zugleich 475. Sitzung des Bundesrates, Bonn, den 1.  
Juli 1979<sup>48)</sup>  
(Auszug)

### Präsident Stücklen: [...]

Meine Damen und Herren, am 23. Mai dieses Jahres hat die Bundesversammlung Herrn Karl Carstens zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Herr Carstens hat die Wahl vor der Bundesversammlung angenommen und mit dem heutigen Tage das Amt des Bundespräsidenten angetreten.

Nach Artikel 56 des Grundgesetzes leistet der Bundespräsident bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates den vorgeschriebenen Eid. Herr Bundespräsident, ich darf Sie bitten, zur

### Eidesleistung

zu mir zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Herr Bundespräsident, ich übergebe Ihnen die Urschrift des Grundgesetzes, verkündet am 23. Mai 1949, und bitte Sie, die Eidesformel zu sprechen.

**Karl Carstens**, Bundespräsident: Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

**Präsident Stücklen**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Bundespräsident Carstens hat den vorgeschriebenen Amtseid geleistet. Ich beglückwünsche ihn und wünsche ihm zu einer Amtsführung nochmals Gottes Segen.

(Anhaltender Beifall.)

Herr Bundespräsident, Sie haben das Wort.

**Karl Carstens**, Bundespräsident: Herr Präsident des Deutschen Bundestages! Herr Präsident des Bundesrates! Herr Bundespräsident Scheel! Verehrte Frau Dr. Scheel! Herr Bundeskanzler! Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst bei Ihnen, Herr Präsident des Deutschen Bundestages, und bei Ihnen, Herr Bundespräsident Scheel, sehr herzlich für die Glückwünsche und die guten Wünsche bedanken, die Sie mir heute bei Antritt meines neuen Amtes ausgesprochen haben.

---

<sup>48)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlper., Stenogr. Berichte, Bd. 111, S. 13219 ff.



Die Vereidigung des Bundespräsidenten findet, so will es das Grundgesetz, bei einer gemeinsamen Sitzung des Bundestages und des Bundesrates statt. Darin kommt die große Bedeutung zum Ausdruck, die unser Grundgesetz dem **föderativen Aufbau unseres Staates** beimißt. In der Tat erkennen wir immer deutlicher, daß diese bundesstaatliche Gliederung ungeachtet mancher Schwierigkeiten, die sie gewiß auch mit sich bringt, letzten Endes ein Vorzug unseres Gemeinwesens ist. Sie schafft ein Gegengewicht gegen eine ihrer Natur nach zu mehr Kompetenzen tendierenden Zentralgewalt, und sie ist zugleich die Quelle einer kulturellen, wirtschaftlichen, landsmannschaftlichen und politischen Vielfalt und damit die Quelle eines geistigen Reichtums, um den uns viele unserer europäischen Nachbarstaaten beneiden.

Bevor ich meinen Blick auf die Gegenwart und die Zukunft lenke, drängt es mich, einige Worte des Dankes an die vier Bundespräsidenten zu richten, die mir im Amte vorausgegangen sind.

**Theodor Heuss** hat in seiner zehnjährigen Amtszeit während der Gründungsjahre unser Verständnis von unserem Staat entscheidend mitgeformt. Zu den Schrecken der Vernichtungslager, zum Verhältnis zwischen Deutschen und Juden, über die Rolle der Bundeswehr, über die Freiheit der Bürger hat Heuss grundlegende, bis heute weiter wirkende Aussagen getan. Er knüpfte durch seine Auslandsreisen viele internationale Beziehungen nach dem Kriege wieder an, er hatte einen wichtigen Anteil an der erfolgreichen Entwicklung, die unser Staatswesen genommen hat.

**Heinrich Lübke** war der treue und redliche Sachwalter der Nation in den folgenden zehn Jahren. Er hat in vorbildlicher Weise unser Bewusstsein für die Not der Menschen in der Dritten Welt geschärft. Seine Reisen in zahlreiche Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sind dort unvergessen. Zugleich hat er durch die häufigen Besuche, die er Berlin abstattete, einen wichtigen Beitrag zur Festigung der Bindungen zwischen Berlin und dem Bund geleistet.

**Gustav Heinemann**, an Lebensjahren der älteste aller bisherigen Bundespräsidenten, war von der Notwendigkeit der Reform unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens durchdrungen und hat dazu zahlreiche, wichtige Anstöße gegeben. Als ein aufrechter, integrierter Demokrat, als ein unerbittlicher Mahner, den Freiheitsraum zu nutzen, den unser Grundgesetz garantiert, steht er uns bleibend vor Augen.

Sie, Herr Bundespräsident **Scheel**, haben durch Form und Inhalt Ihrer Amtsführung eine ständig wachsende Zustimmung der Bürger unseres Landes gefunden. Weltoffen und den Menschen lebenswürdig zugewandt, waren Sie ein vorbildlicher Repräsentant unseres Staates. In zahlreichen Reden haben Sie über Grundfragen unseres Zusammenlebens gesprochen, besonders über die Notwendigkeit der Bewahrung der Freiheit in einer immer mehr technisierten Welt. Sie sind auch heute noch einmal auf diese Frage eingegangen. In den Tagen, als die Nation, erschüttert über die Untaten einer kleinen Gruppe fanatischer Terroristen, den Atem anhielt, haben Sie tiefbewegende Worte der Trauer, des Trostes und der Zuversicht gefunden. Ich sehe es als meine gern übernommene Pflicht an, als meine erste Amtshandlung, Ihnen, Herr Scheel, den aufrichtigen und herzlichen Dank für all das auszusprechen, was Sie im Dienste unseres Landes geleistet haben.

(Lebhafter Beifall.)

Der Dank schließt ihre verehrte Gattin ein, die, anknüpfend — das darf ich wohl sagen — an die soziale und karitative Tätigkeit ihrer drei Vorgängerinnen, Frau Elly Heuss-Knapp, Frau Wilhelmine Lübke, Frau Hilda Heinemann, mit der **Deutschen Krebshilfe** eine höchst bedeutende Aktion zum besseren Erkennen und zur Verhütung dieser die Menschen bedrohenden Krankheit ins Leben gerufen hat. Herzlichen Dank dafür, Frau Dr. Mildred Scheel, und zugleich herzlichen Dank für die Erfüllung der vielen anderen Aufgaben, denen Sie sich an der Seite Ihres Gatten zum Wohle unseres Landes unterzogen haben!

(Beifall.)

Wir feiern in diesem Jahr den **30. Geburtstag unserer Bundesrepublik Deutschland**. In diesen 30 Jahren haben die in diesem Staat lebenden Deutschen ein Maß an Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand genossen wie niemals zuvor in einer gleich langen Epoche der jüngeren deutschen Geschichte. Wenn wir das sagen, verkennen wir nicht, daß auch in unserer Gesellschaft Not herrscht, daß es vom Schicksal benachteiligte Gruppen gibt, die unserer Fürsorge bedürfen. Der Appell an die Bereitschaft, denen zu helfen, die in Not sind, darf daher auch bei den Feiern der 30. Wiederkehr des Jahrestages der Gründung unseres Staates nicht fehlen.

(Beifall.)

Die wichtigste Folgerung, die wir aus dem historischen Rückblick ziehen sollten, ist unsere **Entschlossenheit und Bereitschaft**, die **freiheitliche Ordnung**, auf der diese Entwicklung beruht hat, **zu erhalten**. Dazu zählt das verfassungsgemäße Funktionieren der obersten Organe ebenso wie die Verwirklichung der Prinzipien der Menschenrechte und der Menschenwürde, wie sie in unserem Grundgesetz garantiert werden. Auch das Ordnungsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft, das Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre bei uns eingeführt wurde, hat sich trotz sicherlich auch ihm anhaftender Mängel als ein Instrument zur Verwirklichung von Freiheit, Wohlstand und sozialer Sicherheit bewährt.

(Beifall.)

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist inzwischen gesicherter Bestandteil dieser Wirtschaftsordnung geworden.

Wenn wir diese durchaus positive Bilanz ziehen, dürfen und wollen wir doch unsere Augen nicht vor den Problemen verschließen, mit denen wir konfrontiert sind. Ich nenne drei.

Einmal müssen wir uns mit Zweifeln und Einwendungen befassen, die gegenüber der auf jährliche Zuwachsraten gerichteten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erhoben werden. Viele unserer Mitbürger sehen mit Sorge einen **Konflikt zwischen dem ökonomischen Ziel des Wachstums** einerseits **und dem Bedürfnis nach Erhaltung einer gesunden Umwelt** und nach einer sparsamen Verwendung der Rohstoffreserven andererseits. Die aktuelle weltweite Verknappung des Erdöls verschärft diese Problematik.

In besonderer Weise entzündet sich die Auseinandersetzung an der Frage des Baus von Kernkraftwerken und Autobahnen. Es kann nicht die Aufgabe des Bundespräsidenten sein, diese Fragen entscheiden zu wollen, aber ich meine, daß alle Beteiligten in der Diskussion stärker als bisher auf die Argumente der jeweils anderen Seite hören sollten, wie

ich es denn überhaupt als ein entscheidendes Merkmal unserer Demokratie ansehe, daß wir einerseits in einer, wie man zu sagen pflegt, pluralistischen Gesellschaft unsere jeweiligen Standpunkte und Interessen nach Kräften zu vertreten suchen, wobei die politischen Parteien in ihrem Wettbewerb miteinander bestrebt sind, die Konturen ihrer Unterschiede so klar wie möglich herauszuarbeiten, aber andererseits für das Funktionieren eines freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesens auch die Bereitschaft zum Gespräch — und das heißt: zum Anhören der Argumente des anderen — sowie schließlich die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in den Lebensfragen der Nation unverzichtbar gehören.

(Beifall.)

Ich meine aber, daß wir trotz aller Sorge um die Erhaltung der Umwelt und die Bewahrung der natürlichen Lebensbedingungen doch nicht übersehen sollten, welche **Fülle landschaftlicher und kultureller Schönheiten** diese Bundesrepublik Deutschland uns immer noch bietet. Wie ich mit Freude feststelle, nimmt die Wanderbewegung bei uns wieder zu. Mehr und mehr Bürger, auch junge Bürger, entschließen sich, die Schönheiten der deutschen Landschaft ebenso wie die Schönheiten der großen Zeugnisse deutscher Kunst und Architektur sich als Wanderer zu erschließen. Ich möchte diese Bewegung auf das wärmste unterstützen. Meine Frau und ich haben uns vorgenommen, wenn unsere Kräfte dazu reichen, Deutschland vom Norden bis zum Süden, von der Ostsee bis an den Alpenrand zu Fuß zu durchwandern.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

— In Etappen, versteht sich!

(Erneute Heiterkeit.)

Das zweite Problem, das uns in dieser Zeit beschäftigt und über das wir miteinander diskutieren, betrifft wichtige Fragen der **Schul- und der Bildungspolitik**. Es beginnt mit dem Streit um die Frage „Gesamtschule oder herkömmliches, in Hauptschule, Realschule, Oberschule gegliedertes Schulsystem?“, setzt sich in der Diskussion über den an den Schulen zu vermittelnden Lehrstoff fort und endet bei der Frage, ob die Schule die jungen Bürger erziehen soll und, wenn ja, welches die Ziele dieser Erziehung sein sollen. Ich möchte dazu nur ganz wenige Anmerkungen machen.

Meines Erachtens sollte stärker als bisher an den Schulen die **deutsche Kultur** und namentlich die **deutsche Geschichte** behandelt werden,

(Lebhafter Beifall)

die deutsche Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen und mit dem Ziel, zu zeigen, wie die deutsche Geschichte seit 30 Jahren mehr und mehr in eine gemeinsame europäische Geschichte einzumünden beginnt.

Ich plädiere dafür, daß an den Schulen unsere Verfassung, das **Grundgesetz**, eingehender behandelt wird und die Chancen aufgezeigt werden, die es den jungen Menschen für ihre Selbstentfaltung in Freiheit gibt. Zugleich sollten die freiheitlichen Ursprünge unseres Grundgesetzes: die Weimarer Verfassung und die Frankfurter Verfassung von 1849, aufgezeigt werden. Die großen Namen der wichtigsten Mitgestalter dieser Verfassungen soll-

ten der jungen Generation vorgestellt werden, ebenso wie jedem jungen Amerikaner die Gründungsväter seines Landes bekanntgemacht werden.

(Beifall.)

Ziel der Erziehung sollte die Heranbildung von Staatsbürgern sein, die in eigener Verantwortung demnächst die Geschicke dieses Landes bestimmen werden. Dazu gehört auch die **Vermittlung bestimmter Wertüberzeugungen** wie Achtung vor der Menschenwürde, Toleranz, Hilfsbereitschaft, Gerechtigkeit und Frieden, ohne die kein freies Gemeinwesen gedeihen kann. Und dazu gehört, so meine ich, unabweisbar die Vermittlung der Einsicht, daß Freiheit ihr Gegenstück in der Verantwortung finden muß, in der Verantwortung jedes einzelnen für sich selbst und die Gestaltung seines eigenen Lebens, in der Verantwortung für die nächsten Mitmenschen in Familie, Nachbarschaft und Beruf, in der Verantwortung jedes Bürgers für das Ganze, für den Staat, die Nation, das Gemeinwesen und für die notleidenden Menschen in aller Welt.

Unser Grundgesetz spricht darüber hinaus von unserer Verantwortung vor Gott. Sie ist für viele unserer Mitbürger die höchste und letztlich entscheidende. Theodor Heuss hat in seiner Ansprache nach seiner Vereidigung vor 30 Jahren von dieser Stelle aus darauf verwiesen und seine Rede mit Worten geschlossen, die ich wiederholen möchte und die ich mir zu eigen mache. Er sagte:

Im Bewußtsein meiner Verantwortung vor Gott trete ich dieses Amt an. Indem ich es übernehme, stelle ich dieses Amt und unsere gemeinsame Arbeit unter das Wort des Psalmisten: „Gerechtigkeit erhöht ein Volk.“

Das dritte Problem, auf das ich eingehen möchte und das mit dem zweiten in engem Zusammenhang steht, betrifft die **Entwicklung der Familie**, die uns Sorge bereitet. Wir müssen feststellen, daß vor allem Familien mit mehreren Kindern große wirtschaftliche und finanzielle Lasten auf sich nehmen müssen. Immer wieder wird gesagt, daß die Umwelt in der Bundesrepublik Deutschland nicht kinderfreundlich, ja daß sie kinderfeindlich sei. Es kann sein, daß dies eine der Ursachen für das starke Zurückgehen der Geburtenrate ist, die derzeit die niedrigste auf der Welt ist und die nicht ausreicht, um die Bevölkerungszahl unseres Landes auf die Dauer zu erhalten. Das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer Lösung dieses Problems ist in den letzten Jahren zweifellos gewachsen. Immer mehr politisch verantwortliche Kräfte unternehmen ernsthafte Anstrengungen, um die Familie materiell und ideell zu stärken.

Lassen Sie uns noch einen Blick über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus tun. Es ist klar, daß dieser Blick sich zunächst unseren deutschen Landsleuten zuwendet. Ich grüße die **Deutschen in aller Welt**, auch und besonders die Deutschen im anderen Teil Deutschlands.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Dieser Gruß ist der Ausdruck brüderlicher Verbundenheit, die viele Millionen Menschen in den getrennten Teilen unseres Landes und ungeachtet der schmerzhaften Trennung füreinander empfinden und gewiß auch weiterhin füreinander empfinden werden.

Uns hier in der Bundesrepublik verpflichtet unser Grundgesetz, das uns Mögliche zu tun, um **in Frieden die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden**. Darauf habe ich soe-

ben den Eid geleistet. Wir sind uns einig, daß dieses Ziel untrennbar mit einer Friedenslösung für Europa verbunden ist — und jeder weiß, daß es bis dahin noch ein weiter Weg sein wird. In der Zwischenzeit gilt es, die Folgen der Teilung, soweit wir können, zu erleichtern.

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik war unter den ersten, die mir ihre Glückwünsche zu meiner Wahl zum Bundespräsidenten ausgesprochen haben. Ich habe ihm meinen besten Dank dafür gesagt. Möge darin, trotz aller noch bestehenden Schwierigkeiten, ein ermutigendes Zeichen für die weitere Entwicklung der Beziehungen im Interesse des Friedens und zum Wohle der Menschen liegen.

(Beifall.)

Die letzten zehn Jahre haben nicht nur eine Veränderung in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten mit sich gebracht, sondern haben im Zuge der Entspannungspolitik auch ein vielfältiges Netz **bilateraler und multilateraler Vereinbarungen** zwischen der **Bundesrepublik Deutschland und den osteuropäischen Staaten** entstehen lassen. Auch diese Entwicklung ist zu begrüßen. Sie hat ihre Wurzeln in der Zeit vor 1969, aber sie ist seitdem bedeutend verstärkt worden. Die Besuche und Kontakte, die dadurch mit den Regierungen, mit den Parlamenten, mit einzelnen Menschen in der Sowjetunion, in Polen, in Ungarn, in Bulgarien, in Rumänien und in der Tschechoslowakei möglich geworden sind, ebenso wie der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen, stellen einen begrüßenswerten Fortschritt dar.

Diese Feststellung mindert allerdings nicht unsere Sorge um die **Spannungen**, die besonders als Folge der **Rüstungsentwicklung** fortbestehen, eine Sorge, die durch die Unterzeichnung des **SALT-II-Abkommens** in Wien hoffentlich gemindert, aber sicher nicht beseitigt wird.

Die freiheitliche Entwicklung und die ökonomische Stabilität in unserem Lande beruhen zu einem wesentlichen Teil auf den festen Bindungen, die wir mit unseren Partnern innerhalb der **Europäischen Gemeinschaft** eingegangen sind, mit Frankreich, Großbritannien, Italien, mit Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, mit Dänemark und Irland. Trotz erheblicher Schwierigkeiten, die sich der Lösung einzelner Fragen entgegenstellen, wachsen diese Staaten mehr und mehr zusammen. Ihre Politik ist schon jetzt in wichtigen Bereichen gleichgerichtet.

Mir liegt daran, an dieser Stelle ein besonders herzliches Wort des Grußes an unsere große westliche Nachbarnation, an **Frankreich**, zu richten, mit der wir vor 29 Jahren den Prozeß der europäischen Einigung begonnen haben und zu der heute vielfältige enge wirtschaftliche, politische und persönliche Verbindungen bestehen.

(Beifall.)

Unsere militärische Sicherheit beruht nach wie vor auf dem **Atlantischen Bündnis**, das die europäischen Staaten mit den USA und Kanada verbindet. Die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika war von Anfang an ein wesentliches Merkmal der Politik unseres Landes. Die Vereinigten Staaten tragen auch heute noch die schwerste Bürde bei der Abwehr von Gefahren für Frieden und Sicherheit. Ich möchte ihnen dafür auch ein herzliches Wort des Dankes sagen.

(Beifall.)

Ihnen, den **Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien** danke ich zugleich für ihr beständiges **Eintreten für Berlin**.

(Beifall.)

Wenn wir den Blick über die Grenzen unseres Landes in die Welt richten, so erschrecken wir über das Ausmaß an Leid, das in vielen Ländern herrscht. Nicht nur leiden Hunderte Millionen von Menschen Hunger und bitterste Not, viele werden verfolgt, gepeinigt und ihrer Menschenwürde und ihrer Menschenrechte beraubt. Massenvertreibungen ganzer Bevölkerungsgruppen — wir erleben das gerade wieder in diesen Tagen — sind ebenso an der Tagesordnung wie das willkürliche Töten von Menschen. Wir lesen von summarischen Gerichtsverfahren und Exekutionen, ohne daß die Mindestanforderungen des Rechts beachtet werden. Diskriminierung aus rassistischen Gründen wird weiter praktiziert. In vielen Staaten werden Selbstbestimmungsrecht und Meinungsfreiheit unterdrückt. Die Menschheit ist von der Verwirklichung der hohen Ziele, die sie sich selbst in der UNO-Charta und in den Menschenrechtskonventionen gesetzt hat, weit entfernt.

Wir dürfen gegenüber diesem Unrecht und Leid nicht resignieren. Wo wir helfen können, müssen wir es nach besten Kräften tun; wo wir dazu keine Möglichkeit haben, sollten wir unsere Stimme erheben, die Leidenden unseres Mitgefühls versichern und die Verantwortlichen an ihre feierlich in internationalen Pakten übernommenen Verpflichtungen erinnern.

(Beifall.)

Unser **Engagement für Freiheit und Menschenrechte** sollte universell sein und um so stärker, je schwerer die Beeinträchtigung ist.

Mir sind in den letzten Wochen viele Tausende von Briefen zugegangen, einige kritische, die ich ebenfalls sorgfältig gelesen habe, aber in ihrer großen Mehrheit ermutigende Briefe, für die ich herzlich danke. Auch diese Briefe haben mir gezeigt, wieviel menschliche und materielle Not noch immer bei uns herrscht. Zugleich aber habe ich einen starken Eindruck von der Intensität des moralischen und staatsbürgerlichen Engagements vieler unserer Mitbürger gewonnen. Sicher gibt es hemmungsloses Streben nach materiellem Genuß, gibt es Alkohol- und Drogenmißbrauch, gibt es Gewalttätigkeit, Haß und Ablehnung, die wir oft in den Medien sehen, auch in der Wirklichkeit. Die Frage ist, ob diese Szenen repräsentativ sind. Ich bezweifle das. Ich bin überzeugt, daß in unserem Volk starke Kräfte der Zuversicht, der positiven Hinwendung zum Leben, der Hilfsbereitschaft, auch der redlichen Bereitschaft — wenn es nötig ist —, Opfer zu bringen, vorhanden sind.

Auch die **Jugend unseres Landes** hat ebenso Ideale und ist ebenso bereit, Schwierigkeiten auf sich zu nehmen, Nachteile zu tragen, Opfer zu bringen, um anderen Menschen zu helfen, wie die Jugend früherer Generationen. Man könnte denken, daß ihre Lage heute leichter sei. Die meisten von ihnen leiden keine materielle Not, anders als die Jugend vor 35 Jahren, die nach Krieg und Zusammenbruch mit nichts anfang. Aber für die heutige Jugend stellen sich neue Probleme. Mehr noch als die Erwachsenen fragt sich die junge Generation, wie es weitergehen soll. Sie sucht nach einem Ausweg aus der Zwangslage, die sich als Folge einer weltweiten rapiden Bevölkerungszunahme, eines schnellen und

weithin unkontrollierten technischen Fortschritts, abnehmender Ressourcen und politischer Spannungen zu entwickeln scheint.

Mit diesen Fragen müssen wir uns alle auseinandersetzen. Die Älteren möchte ich bitten, auf die Jüngeren zuzugehen. Den Jungen möchte ich sagen: Haltet an euren Idealen fest! Mit Klugheit, Verantwortungsgefühl, Mut, Solidarität und Geduld wird es möglich sein, gemeinsam die Lage zu meistern.

(Beifall.)

Zum Schluß grüße ich **Berlin**, diese tapfere und lebendige Stadt, für die unser Herz schlägt.

(Lebhafter Beifall.)

Ich werde alles tun, um die Bindungen zwischen Berlin und dem Bund im Rahmen der geltenden Vereinbarungen zu stärken und der Stadt jede nur mögliche Unterstützung zu geben.

In diesem Sinne bitte ich Sie, mir zu helfen, die Aufgaben, die mir für die nächsten fünf Jahre übertragen worden sind, so gut wie möglich zu erfüllen. Im Maße meiner Kräfte will ich allen Bürgern dienen: zum Wohle unseres Landes, unseres — trotz der schweren Bürden, die es trägt — geliebten Vaterlandes.

(Anhaltender lebhafter Beifall — die Anwesenden erheben sich.)

**Präsident Stücklen:** Herr Bundespräsident, die Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Bundesrates haben sich durch Erheben und durch den Beifall für Ihre Ausführungen herzlich bedankt. Herzlichen Dank! [...]

**12. 8. Bundesversammlung**

<b>Übersicht</b>	
<b>Zusammensetzung nach Parteien</b>	
CDU/CSU	525
(SPD)	426
(FDP)	47
Die Grünen <sup>1)</sup>	39
Sonstige <sup>2)</sup>	3
Insgesamt	1 040
<sup>1)</sup> einschließlich Alternative Liste (AL) und Grün-Alternative Liste (GAL)	
<sup>2)</sup> Fraktionslose	
<b>Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder <sup>3)</sup></b>	
Baden-	77
Württemberg	
Bayern	94
Berlin	15
Bremen	6
Hamburg	13
Hessen	46
Niedersachsen	64
Nordrhein-	141
Westfalen	
Rheinland-Pfalz	32
Saarland	9
Schleswig-	23
Holstein	
<sup>3)</sup> Bekanntmachung der Bundesregierung vom 16. Januar 1984 (BGBl. I S. 96) über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung.	
<b>Tagungsort und Tagesstätte:</b> Bonn, Beethovenhalle	
<b>Präsident der Bundesversammlung:</b> Bundestagspräsident Dr. Rainer Barzel	
<b>Wahlergebnis</b>	
	1. Wahlgang
Richard von Weizsäcker (Vorschlag CDU/CSU)	832
Luise Rinser (Vorschlag Die Grünen)	68
Enthaltungen	117
ungültige Stimmen	11
abgegebene Stimmen insgesamt	1 028



**Gewählt:** Richard von Weizsäcker im 1. Wahlgang mit 832 Stimmen

<sup>4)</sup> erforderliche Mehrheit: 521 Stimmen

**Amtszeit:** 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1989

23. Mai 1984

### Verzeichnis der Mitglieder

#### A

Dr. Abelein \* <sup>49)</sup>  
Frau Dr. Adam-Schwaetzer \*  
Dr. Dr. Aderhold  
Frau Adler  
Dr. Ahrens \*  
Aigner  
Albers  
Albert  
Frau Albrecht  
Dr. Albrecht  
Alef  
Frau Alfken  
Dr. Althammer \*  
Amling\*  
Antretter \*  
Dr. Apel \*  
Arndt  
Frau Augustin \*  
Austermann \*

#### B

Bachmaier \*  
Bahr\*  
Bamberg \*  
Bantle  
Frau Dr. Bard \*  
Dr. Barschel  
Dr. Bartelt  
Dr. Barzel \*  
Bastian \*  
Bauer  
Baum \*  
Baumgärtel  
Bayer (Sigmaringendorf)  
Bayha \*  
Frau Beck-Oberdorf \*

Dr. Beckel  
Frau Becker  
Dr. Becker (Frankfurt) \*  
Becker (Nienberge) \*  
Beckmann \*  
Beckmeyer  
Frau Behnke  
Frau Benedix-Engler  
Benner  
Berger \*  
Frau Berger (Berlin)\*  
Frau Berkmann  
Berndt  
Berninger  
Bernrath \*  
Berschkeit \*  
Dr. Biedenkopf  
Biehle \*  
Bindig \*  
Dr. Blank \*  
Dr. Blanke  
Blaschke  
Dr. Blens \*  
Dr. Blüm \*  
Dr. Blümmel  
Frau Blunck \*  
Bobzien  
Bodewig  
Dr. Böddrich  
Böhm (Melsungen) \*  
Böhme  
Böhmken  
Boehr  
Börner (Hof)  
Börner (Kassel)  
Dr. Bötsch \*  
Bohl\*  
Bohlsen \*  
Bojak  
Borchert \*  
Boroffka \*  
Bräuer (Lohmar)  
Brandes

Brandt \*  
Brandt (Grolsheim)  
Brandt (Hamburg)  
Frau Brauckmann  
Frau Braun  
Braun (Donauwörth)  
Braun (Wermelskirchen)  
\*  
Brechtken  
Bredehorn \*  
Breit  
Breitrainer  
Breuer (Siegen) \*  
Broll \*  
Brück \*  
Dr. Brugger  
Brunner \*  
Brunnhuber  
Buckpesch \*  
Büchler (Hof) \*  
Büchner (Speyer) \*  
Frau Bühler  
Bühler (Bruchsal) \*  
Bühler (Lindau)  
Dr. von Bülow \*  
Büssow  
Frau Büttner  
Buggle  
Dr. Bugl \*  
Burger  
Burgmann \*  
Buschbom \*  
Buschfort \*  
Buwitt  
**C**  
Carstens (Emstek) \*  
Carstensen (Nordstrand)  
\*  
Catenhusen \*  
Clemens \*  
Collet \*  
Conrad (Riegelsberg) \*  
Conradi \*

<sup>49)</sup> \* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

---

Cronenberg (Arnsberg) *	Dr. Ehmke (Bonn) *	Dr. Franzmann
Curdt *	Dr. Ehmke (Ettlingen) *	Fraschka
Dr. Czaja *	Ehrbar *	Freller
Frau Dr. Czempiel *	Dr. Ehrenberg *	Frau Friebe
<b>D</b>	Eigen *	Dr. Friedmann *
Frau Dr. Däubler-Gmelin *	Eimer (Fürth) *	Frau Fritzen
Dr. Dall'Asta	Einert	Fuchs (Bad Reichenhall)
Dr. Dammeyer	Elfring	Frau Fuchs (Köln) *
Dr. Daniels *	Dr. Erinnerlich *	Fuchs (Mainz)
Dr. Dannecker	Dr. Enders *	Frau Fuchs (Verl) *
Daubertshäuser *	Engel	<b>G</b>
David	Engelhard *	Gaerte
Daweke *	Frau Engelhardt	Galinski
Deininger	Engelsberger *	Gallus *
Delorme *	Engholm	Gansäuer
Demke	Enneking	Gansel *
Frau Dempwolf *	Erhard (Bad Schwal- bach) *	Ganz (St. Wendel) *
Denzer	Ernst	Gastinger
Deres *	Ertl *	Gattermann *
Dieckhoff	Esters *	Gatzmaga
Dr. Diederich (Berlin) *	Evertz	Gebhardt
Diel	Ewen *	Frau Geiger *
Diepgen	Eylmann *	Geiger
Döding	<b>F</b>	Geil
Dörflinger *	Falter	Dr. Geißler *
Döring (Dortmund)	Dr. Faltlhauser *	Dr. von Geldern *
Döring (Gieboldehausen)	Dr. Farthmann	Genscher *
Dr. von Dohnanyi	Faust	Dr. George *
Dolata *	Feilcke *	Dr. Gerhardt
Dr. Dollinger *	Dr. Feldmann *	Gerke
Dollny	Fellner *	Gerlach (Obernaeu) *
Doppmeier	Ferlemann	Dr. Gerritz
Doss *	Feuerstein	Gerstein *
Drabiniok *	Fiebig *	Gerster (Mainz) *
Dreesmann	Frau Fischer *	Gerstl (Passau) *
Dr. Dregger *	Dr. Fischer	Geuenich
Dreier (Wangen)	Fischer (Dortmund)	Geys
Drescher	Fischer (Frankfurt) *	Gilges *
Dreßler *	Fischer (Hamburg) *	Ginnuttis
Dreyer (Löhne)	Fischer (Homburg) *	Dr. Glaser
Droste	Fischer (Osthofen) *	Glombig *
Frau Düchting	Frau Dr. Fleck	Glos *
Frau Düppe	Fleischer	Dr. Glotz *
Duve *	Flessner	Dr. Glück
Dyga	Frau Flinner	Glup
<b>E</b>	Flügel	Gobrecht *
Eberle	Fraas	Dr. Göhner *
Echternach *	Francke (Hamburg) *	Dr. Gölter
Egert *	Franke (Hannover) *	Goerdeler
Ehlers	Franzke	Dr. Götz *
		Götz (Pfullingen)

---

Dr. h.c. Goppel	Herterich *	Hurrle
Frau Gottwald *	Frau Heß	Graf Huyn *
Graef	Hesselbach	<b>I</b>
Grätz	Hettling *	Ibel
Frau Gravert	Heyenn *	Ibrügger *
Grawe	Frau Heyer	Ihle
Grünbeck *	Frau Dr. Hickel *	Immer (Altenkirchen) *
Grüner *	Hiersemann	<b>J</b>
Grundmann	Hilfenhaus	Jaeger (Gelsenkirchen)
Grunenberg *	Hiller (Lübeck) *	Jäger (Wangen) *
Grunert	Hinrichs *	Jagoda *
Günther *	Hinsken *	Jahn (Bayreuth)
Gürteler	Hirche	Jahn (Marburg) *
Guhl	Dr. Hirsch *	Dr. Jahn (Münster) *
<b>H</b>	Hisserich	Jahn (Watzum)
Dr. Haack (Erlangen) *	Hodapp	Dr. Janning
Dr. Haak (Hagen)	Höffkes *	Dr. Jannsen *
Haar *	Höhne	Jansen *
Haas	Hölscher	Jaunich *
Haase (Fürth) *	Hölzl	Dr. Jenninger *
Dr. Hackel *	Höpfinger *	Dr. Jens *
Dr. Häfele *	Dr. Hoffacker *	Dr. Jobst *
Haehser *	Hoffie *	Jochem
Hämmerle	Hoffmann (Bad Schwar-	Dr. Jochimsen
Haerlin	tau)	Jürgens
Hahn	Hoffmann (Saarbrücken)	Frau Jung
Hamer	*	Jung (Düsseldorf) *
Frau Dr. Hamm-Brücher	Frau Hoffmann (Soltau)	Jung (Lörrach) *
*	*	Frau Jungfer
von Hammerstein *	Holkenbrink	Junghans *
Handlos *	Hollwich	Jungmann *
Hanz (Dahlen) *	Dr. Holtz *	Frau Junker
Harbich	Holzapfel	<b>K</b>
Hardt	Hoppe *	Kalisch *
Frau Harloff	Horacek *	Dr.-Ing. Kansy *
Hartmann (Hersbruck) *	Horn *	Kanther
Heimann *	Dr. Horn	Kaps
Dr. Heimes	Dr. Hornhues *	Kaptain
Heinemann	Hornung *	Frau Karwatzki *
Heinzel	Hoss *	Kaspar
Heißler	Dr. Hostert	Kastning *
Heistermann *	Frau Huber *	Katzer
Frau Dr. Hellwig *	Huber (Ichenhausen)	Kelber
Helmrich *	Huber (Stuttgart)	Keller (Pirmasens)
Henkelmann	Hülsmann	Keller (Zellingen) *
Dr. Hennig *	Frau Hürland *	Frau Kelly *
Henning	Dr. Hüscher *	Kiechle *
Henze	Hüther	Kiehm *
Herbst	Huonker *	Kiesel
Herkenrath *	Dr. Hupka *	Kimmel
Herold	Huppertz	Kirschner *

---

Kirstein	Kühbacher *	Löher *
Kischio	Kühn	Lohmann (Lüdenscheid)
Kißlinger *	Kuhlmann (Gelsenkirchen)	*
Kittelmann *	Kuhlmann (Gifhorn)	Lohmann (Witten) *
Kitzlinger	Kuhlmann (Gifhorn)	Loos
Klein (Andernach)	Kuhlwein *	Dr. h. c. Lorenz *
Klein (Bremen)	Dr. Kunz (Weiden)	Lorenz (Ulm)
Klein (Dieburg) *	Kutscheid	Louven *
Klein (M · chen) *	<b>L</b>	Lowack *
Kleinert (Hannover) *	Läpple	Lütgert
Kleinert (Marburg) *	Dr.-Ing. Laermann	Lummer
Dr. Klejdzinski *	Lambinus *	Lunte
Dr. Klepsch	Dr. Graf Lambsdorff *	Lutz (Nürnberg) *
Dr. Klink	Lamers *	Lutz (Wremen)
Klose *	Dr. Lammert *	Frau Luuk *
Dr. Klose	Dr. Lampl	<b>M</b>
Koch (Coburg)	Landowsky	Maaß *
Koch (Eschborn)	Landré*	Maatmann
Koch (Osterode)	Dr. Lang	Frau Männle *
Dr. Köhler (Duisburg) *	Lang	Magin *
Dr. Köhler (Wolfsburg) *	Dr. Langner *	Marczy
Kölmel	Latendorf	Marschewski *
Dr. Kohl *	Lattmann *	Marschner
Kohn*	Frau Lauer	Martin
Kolb*	Dr. Laufs *	Frau Dr. Martiny-Glotz *
Kolbow *	Frau Dr. Laurien	Dr. Marx *
Kopka	Lauterwein	Frau Matthäus-Maier *
Korbach	Lechner	Matthiesen
Korn	Lechtenberg	Matthöfer *
Koschnick	Leeb	Mayer (Dirlewang)
Krahmer	Lehners	Mayr (Dreieich)
Kraus *	Leinbach	Meier (Celle)
Dr. Krause	Leinen	Meininghaus *
Krause (Bonn)	Dr. Lemke	Meinolf
Krause (Mannheim)	Lemmrich *	Meister
Dr. Kreile *	Lengemann	Mengelkamp
Kretkowski *	Lennartz *	Menrad
Krey *	Lenz	Menzel *
Kribben	Lenzer *	Dr. Mertens (Bottrop) *
Krings (Duisburg)	Leonhart *	Dr. Mertes (Gerolstein) *
Krings (Solingen)	Frau Dr. Lepsius *	Messinger
Frau Krinner	Lex	Metz *
Krizsan *	Lichtenfeld	Meuffels
Krömer	Liedtke *	Meyer (Hamm)
Kroll-Schlüter *	Link (Diepholz) *	Meyer (Herold)
Frau Krone-Appuhn *	Link (Frankfurt) *	Dr. Meyer zu Bentrup *
Dr. Kronenberg *	Link (Hamburg)	Michels *
Dr. Krumsiek	Linsmeier *	Mihr
Frau Kruse	Lintner *	Dr. Mikat *
Kruse	Dr. Lippold *	Milde
Dr. Kübler *	Löffler *	Dr. Miltner *

---

Milz *	Ostrop	Rawe *
Mischnick *	Otte	Rebhan
Dr. Mitzscherling *	<b>P</b>	Rebsch
Möllemann *	Paintner *	Reddemann *
Dr. Möller (Karlsruhe)	Paterna *	Reents *
Dr. Möller (Sankt Augustin) *	Pauli *	Frau Reetz *
Möslein	Dr. Peiner	Regenspurger *
Dr. Moesta	Dr. Penner *	Rehkopf
Mötsch	Perschau	Reimann *
Dr. Morlok	Pesch *	Reitzel
Moser	Peter (Kassel) *	Frau Renger *
Dr. Müller *	Frau Peters	Repnik *
Müller (Düsseldorf) *	Petersen *	Reschke *
Müller (Pirmasens)	Peuten	Reuschenbach *
Müller (Remscheid) *	Pfaus	Reuter *
Müller (Schweinfurt) *	Pfeffermann *	Reutlinger
Müller (Wadern) *	Pfeifer *	Richert
Müller (Wesseling) *	Pfeifle	Frau Rickers
Dr. Müller-Emmert *	Pfister	Frau Ridder-Melchers
Müntefering *	Pfuhl *	Riedel
<b>N</b>	Pietsch	Dr. Riedl (München) *
Nagel (Borken)	Dr. Pinger *	Riehemann
Nagel (Lindlar)	Frau Pistorius	Frau Ries-Augustin
Nagel (Mannheim) *	Pohlmann (Hameln) *	Frau Riesenbeck
Nassauer	Pohlmann (Herne)	Dr. Riesenhuber *
Nawarra	Dr. Pohlmeier *	Ristock
Neese	Polkehn *	Ritter
Nehm *	Dr. Poller	Dr. Ritzer
Neiderhell	Pommerenke	Rode (Wietzen) *
Nelle *	Porzner *	Dr. Rödding
van Nes Ziegler	Poß *	Röhner
Netzer	Dr. Posser	Frau Rönsch *
Neuburger	Frau Potthast *	Dr. Rössy
Neuhausen *	Praml	Röttger
Neumann (Bramsche) *	Dr. Probst *	Rohde (Hannover) *
Neumann (Bremen)	Proske	Frau Roitzsch (Quickborn) *
Frau Dr. Neumeister *	Purps *	Ronneburger *
Frau Nickels *	<b>Q</b>	Dr. Rose *
Nickels	Quartier	Rosorius
Niegel *	<b>R</b>	Rossmannith *
Dr. Noöbel *	Raasch	Roth *
Nolte	Radunski	Roth (Gießen) *
Nolzen	Raff	Dr. Rothemund
<b>O</b>	Ramler	Rübesamen (Rutesheim)
Frau Odendahl *	Rapp (Göppingen) *	Rübsamen (Schliengen)
Oestmann	Rappe (Hildesheim) *	Rücker
Offergeld *	Rasch	Frau Dr. Rüdiger
Dr.-Ing. Oldenstädt *	Rasp	Rühe *
Dr. Olderog *	Dr. Raß	Rüsenberg
Oostergetelo *	Rau	Rüssel
	Ravens	

Dr. Rüttgers	Schmidramsl	Schultz (Köln)
Ruf *	Dr. Schmidt (Gellersen)	Schultz (Mainz)
Frau Ruggaber	*	Schulz (Hamburg)
Dr. Rumpf *	Schmidt (Hamburg) *	Schulze (Berlin) *
Runde	Schmidt (München) *	Dr. Schwarz (Hoisdorf)
<b>S</b>	Frau Schmidt (Nürnberg)	Schwarz (Leubsdorf) *
Saalfeld	*	Dr. Schwarz (Nürtingen)
Sackmann	Schmidt (Wattenscheid)	Dr. Schwarz-Schilling *
Sahner	*	Dr. Schwefer
Sander *	Schmidt (Wetter)	Schweitzer
Sandkämper	Schmitt (Wiesbaden) *	Dr. Schwenk (Stade) *
Sanktjohanser	Schmitz (Baesweiler) *	Schwenninger *
Sauer (Salzgitter) *	Dr. Schmude *	Schwier
Sauer (Stuttgart) *	von Schmude *	Dr. Schwörer *
Sauermilch *	Schnabel	Seehofer *
Saurin *	Frau Schneider	Seesing *
Sauter (Epfendorf) *	Schneider (Berlin) *	Dr. Seibold
Sauter (Ichenhausen) *	Schneider (Bickenbach)	Frau van Seil
Schaaf	Schneider (Idar-	Frau Seiler-Albring *
Schadt	Oberstein) *	Seimetz
Schäfer (Mainz) *	Dr. Schneider (Nürn-	Seiters *
Schäfer (Offenburg) *	berg) *	Frau Seitz
Dr. Schäuble *	Schneider (Regensburg)	Seitz
Dr. Schaible (Feuerbach)	Schnepel	Sielaff *
Schalk	Dr. Schnoor	Sieler *
Frau Schaller	Dr. Schöfberger *	Sierks
Schalwig	Schöttle	Silvanus
Schanz *	Schongen	Frau Simonis *
Schartz (Trier) *	Frau Schoppe *	Simson
Dr. Scheer *	Freiherr von Schorlemer	Frau Dr. Skarpelis-Sperk
Schemken *	*	*
Schenk	Frau Schrader	Dr. Soell *
Scherer	Schreiber (Saarbrücken)	Soénius
Scheu *	*	Dr. Solms *
Dr. Scheufelen	Schreiber (Schwerte)	Frau Sommer
Schily *	Schreiner *	Sommerfeld
Schimpl	Dr. Schröder	von Soosten
Schläga *	Dr. Schroeder (Freiburg)	Frau Späth
Schlappner	*	Späth
Schlatter *	Schröder (Hannover) *	Dr. Sperling *
Schleußer	Schröder (Mülheim) *	Dr. Freiherr Spies von
Dr. Schlittmeier	Schröpf	Büllesheim *
Schlottmann *	Dr. Schübeler	Spilker *
Schluckebier *	Schütte	Dr. Spöri *
Schmalstieg	Schuh	Spranger *
Frau Schmedt (Lenge-	Schulhoff *	Dr. Sprung *
rich) *	Frau Schult	Stahl (Kempen) *
Schmid (Heilsbronn)	Dr. Schulte (Schwäbisch	Frau Stamm
Schmid (Straubing)	Gmünd) *	Stapfer
Schmidbauer *	Schulte (Unna) *	Dr. Stark (Nürtingen) *
Schmidhuber	Schultert	Graf Stauffenberg *

Dr. Stavenhagen *	Uldall *	Wehnhörner
Dr. Steger *	Ullrich (Gladbeck)	Weilandt
Steiner *	Ulrich (Berlin)	Weinhofer *
Frau Steinhauer *	von Unger	Weirich *
Steinmann	Dr. Unland *	Frau Weise
Dr. Stercken *	Urbanik *	Weiskirch (Olpe) *
Dr. Steuer	<b>V</b>	Weiß (Hannover)
Stichweh	Vahlberg *	Weiss (Monschau)
Stief	Verheugen *	Weiß (Otterbach) *
Stiegler *	Verheyen (Bielefeld) *	Weisskirchen (Wiesloch)
Stobbe *	Frau Verhülsdonk *	*
Stockhausen *	Frau Verstegen	Dr. von Weizsäcker
Stockleben *	Dr. Vetter (Ettlingen)	Wellein
Dr. Stoltenberg *	Vetter (Mülheim)	Wendzinski
Frau Stommel	Dr. Vogel (Berlin) *	Dr. Weng *
Straßmeir *	Vogel (Ennepetal) *	Frau Wenzel
Stratmann *	Dr. Vogel (Speyer)	Werner *
Dr. h. c. Strauß	Vogelsang *	Dr. Wernitz *
Frau Dr. Streletz	Vogt (Düren) *	Westermann
Stroetmann	Vogt (Kaiserslautern) *	Westernacher
Strube *	Voigt (Frankfurt) *	Westphal *
Dr. Struck *	Dr. Voigt (Northeim) *	Dr. Wetter (Stuttgart)
Stücklen *	Voigt (Sonthofen) *	Frau Dr. Wex *
Sturmowski	Dr. Volker	Frau Weyel *
Stutzer *	Vollhardt	Dr. Weyer
Susset *	Frau Dr. Vollmer *	Widmann
<b>T</b>	Vollmer	Wieczorek (Duisburg) *
Tandler	Vomhof	Wiefel *
Frau Terborg *	Dr. Voscherau	von der Wiesche *
Terlinden	Vosen *	Wilhelm (Hülsweler)
Teufel	Dr. Voss *	Wilhelm (Mainz)
Thiede	<b>W</b>	Wilke (Diemelsee)
Frau Thoben	Frau Wächter	Wilke (Ochtrup)
Thole	Dr. Waffenschmidt *	Frau Will-Feld *
Thywissen	Frau Wagner	Frau Dr. Wilms *
Tietjen *	Dr. Wagner	Wilz *
Tietze	Wagner (Oberhausen)	Wimmer (Neuötting) *
Tillmann *	Dr. Waigel *	Wimmer (Neuss) *
Frau Dr. Timm *	Graf von Waldburg-Zeil	Windelen *
Titzck	*	Winkels
Dr. Todenhöfer *	Dr. Wallmann	Winterstein
Tölg	Waltemathe *	Wischnewschi *
Toetemeyer *	Walther *	Frau Dr. Wisniewski *
Trabalski	Freiherr von Wangen-	Wissmann *
Frau Traupe *	heim	Dr. de With *
Treber	Dr. Warnke *	Dr. Wittmann *
Troeltsch	Dr. Warrikoff *	Dr. Wörner *
von Trotha	Dr. von Wartenberg *	Wolf (Essen)
<b>U</b>	Wartenberg (Berlin) *	Wolf (Kempten)
Uhlenberg	Watzke	Wolfgramm (Göttingen)
Uhrig	Weber	*

Wolfram (Recklinghausen) \*

Dr. Worms

Wübbena-Mecima

Frau Wühl

Frau Wülfig

Würtz \*

Würzbach \*

Frau Dr. Wulf-Mathies

Dr. Wulff \*

Wullenkord

Wurbs \*

**Z**

Zabel

Frau Zakrzewski

Zander \*

Zehetmair

Dr. Zehetmeier

Dr. Zeitler

Zeitler \*

Zenz

Zeyer

Ziegler

Zierer \*

Dr. Zimmermann \*

Zingen

Zink\*

Dr. Zöpel

Zuber

Frau Zutt \*



### Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten

Länder	CDU/CSU				SPD				FDP				Die Grünen/AL				Insgesamt			
	Md B	MdL	Kein MdL	insg.	Md B	MdL	Kein MdL	insg.	Md B	MdL	Kein MdL	insg.	Md B	MdL	Kein MdL	insg.	Md B	MdL	Kein MdL	insg.
Baden- Württemberg	39	15	28	82	23	7	18	48	7	3	3	13	5 3	-	3	8 3	74	25	52	151
Bayern	50	18	43	111	26	17	16	59	6	-	-	6	3 <sup>1)</sup>	-	-	3	88	35	59	182
Berlin	12	6	3	21	9	2	3	14	1	-	-	1	1	-	1	2	23	8	7	38
Bremen	2	2	-	4	3	3	1	7	-	-	-	-	-	-	-	-	5	5	1	11
Hamburg	5	4	1	10	7	3	4	14	-	-	-	-	1	-	1	2	13	7	6	26
Hessen	21	-	18	39	20	16	6	42	4	3	-	7	3	1	2	6	48	20	26	94
Niedersachsen	29	19	14	62	26	7	17	50	4	3	-	7	4	-	4	8	63	29	35	127
Nordrhein- Westfalen	65	36	31	132	63	36	38	137	10	-	-	10	8	-	-	8	146	72	69	287
Rheinland-Pfalz	16	13	5	34	12	11	3	26	2	-	-	2	1	-	-	1	31	24	8	63
Saarland	4	4	-	8	4	5	-	9	-	-	-	-	-	-	-	-	8	9	-	17
Schleswig- Holstein	10	10	2	22	9	4	7	20	1	-	-	1	1	-	-	1	21	14	9	44
Insgesamt:	253	127	145	525	202	111	113	426	35	9	3	47	30	1	11	42	520	248	272	1040
		272				224				12				12				520		

<sup>1)</sup> fraktionslos

Zusammengestellt vom Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages

**Stenographischer Bericht**

Bonn, Mittwoch, den 23. Mai 1984<sup>50)</sup>

Beginn: 10.00 Uhr

**Präsident Dr. Barzel:** Die Sitzung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren, ich heiÙe Sie alle sehr herzlich willkommen.

Mein besonderer GruÙ gilt Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen, den Mitgliedern der 8. Bundesversammlung. Wir sind zusammengekommen, um den künftigen Bundespräsidenten zu wählen. Ich bin aber sicher, in Ihrer aller Sinne zu handeln, wenn ich einen GruÙ in die Villa Hammerschmidt sende und den Bundespräsidenten Carstens und seine Frau Veronica grüÙe.

(Lebhafter Beifall)

Gerne, meine Damen und Herren, begrüÙe ich die Botschafter und Vertreter der ausländischen Missionen sowie alle Gäste aus dem In- und Ausland, die zu unserer Freude bei dieser Bundesversammlung zugegen sind.

(Beifall)

Ich grüÙe **Berlin**, die — wenn es nach uns geht — deutsche Hauptstadt.

(Lebhafter Beifall)

Mein GruÙ gilt allen Deutschen — wo immer sie in Deutschland und in aller Welt leben.

(Beifall)

Ich grüÙe für die Bundesversammlung mit herzlichen Wünschen alle, die Not umgibt; die krank, gebrechlich oder einsam sind; die Sorgen haben; denen Arbeit oder Chancen fehlen. Ich bitte alle, die politisch zum Verzagen neigen, der immer wieder erneuernden Kraft unserer freien Gesellschaft und unserer parlamentarischen Demokratie zu vertrauen.

(Beifall)

Es gibt nichts Besseres als den **demokratischen, freiheitlichen, sozialen, parlamentarischen und föderalen Rechtsstaat**, der Kritik nicht nur erlaubt, sondern erbittet.

Herzlich grüÙe ich die Deutschen — ich sage das mit den Worten des Grundgesetzes —, denen hier „mitzuwirken versagt“ ist.

(Beifall)

---

<sup>50)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 10. Wahlperiode, Band 128, Sonderdruck

Ich versichere Ihnen und aller Welt, daß wir uns unseres Rechtes wie unserer Pflicht bewusst sind, aufgefordert zu sein, „in **freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands** zu vollenden“,

(Beifall)

und verpflichtet zu sein, „als gleichberechtigtes Glied in einem **vereinten Europa** dem Frieden der Welt zu dienen“. Beides gilt.

Meine Damen und Herren, auch diese beiden Sätze, die nach dem Kriege alle als verbindlich anerkannten, bleiben für uns wichtig, gültig und verbindlich: **Von deutschem Boden darf nie mehr ein Krieg** ausgehen!

(Lebhafter Beifall)

Und das andere: **Auf deutschem Boden darf nie mehr** aus deutschem Willen **eine Diktatur** entstehen!

(Lebhafter Beifall)

Wir haben uns, meine Damen und Herren — wie schon die 7. Bundesversammlung — an unserem Verfassungstag versammelt. Heute vor 35 Jahren, am 23. Mai 1949, wurde das **Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland** ausgefertigt und verkündet. Es hat sich bewährt. Unser Volk hat es angenommen, in sich aufgenommen. So erweise ich unseren dankbaren Respekt den Schöpfern unserer Verfassung wie denen, die unsere Demokratie zuerst und erfolgreich durch politische Arbeit zur lebendigen Wirklichkeit haben werden lassen. Unser Grundgesetz verteilt nicht nur Zuständigkeiten, regelt nicht nur Verfahren. Es setzt verbindliche Ziele für die deutsche Politik. Diese Politik ist immer an der **Wertordnung des Grundgesetzes** zu messen. Diese Werte fordern die Politik heraus, sind ihr Maßstab — wie der Anspruch der Kultur an die Politik.

Unser Grundgesetz begründet, ordnet und teilt die staatliche Macht. Auch dabei läßt unsere Verfassung sich leiten von einer grundlegenden, verpflichtenden, dem Staat vorgegebenen geistigen Erkenntnis, die der Art. 1 unserer Verfassung so ausdrückt:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Dieser zentrale Gedanke bestimmte schon hundert Jahre zuvor die **Frankfurter Nationalversammlung**, die am 27. März 1849 eine Verfassung für Deutschland verabschiedete. Wie wäre es — so frage ich mit Bedacht — um unser Vaterland, um Europa, wie um unsere Familien und Freunde bestellt, wenn schon seit damals von deutschem Boden, beharrlich und verlässlich, nichts anderes ausgegangen wäre als Recht und Gerechtigkeit, garantiert durch ein kraftvolles Parlament?

(Beifall)

Schon diese Frage und dieser Gedanke verpflichten, alles zu tun, damit der hohe und geschichtliche **Rang unserer freiheitlichen Ordnung** erhalten bleibt und sich zum Wohle der Deutschen wie der Nachbarn entfalten kann.

Mit dem Grundgesetz haben wir uns eindeutig für die **parlamentarische Demokratie** entschieden. Das wird heute durch die 8. Bundesversammlung deutlich, die zusätzlich den **föderativen Charakter unseres Staates** ausdrückt — wie es auch hier dank der Länderfahnen sichtbar ist.

Mehrheit und Minderheit, Meinungsstreit und Widerspruch, Demonstration und Kritik, Ringen um politische Richtung und Mitarbeit im Parlament, das alles kennzeichnet unsere politische Wirklichkeit — wie auch die Unantastbarkeit der Menschenrechte, die Unabhängigkeit der Gerichte und, ich füge dies hinzu, die Kompetenz der Rechnungshöfe. Alle sind an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden, alle. Hier ist Platz für Neues und Besseres. Hier ist kein **Platz für Gewalt** als Mittel der Politik.

(Beifall)

Wir alle stehen in der Pflicht, **Freiheit durch soziale Gerechtigkeit**, spürbar im Alltag, immer mehr für jeden zur erfahrbaren Wirklichkeit zu machen.

Wir alle haben die Chance, meine Damen, meine Herren, unsere Pflicht zu tun auf fröhliche Weise.

(Heiterkeit)

Nach einem beherzigenwerten Wort aus den USA gehören zur Demokratie Höflichkeit, Kompromissbereitschaft und Vertrauen.

In diesem Geist, den Sie zu meiner Freude aufnehmen, wollen wir uns an die Arbeit begeben und die Arbeit leisten, die wir heute zu leisten haben: Unseren Bundespräsidenten wählen, das Staatsoberhaupt unserer — ich sage das in dieser Lage und auch wegen der Lage, aber mit Blick auf unsere Geschichte und die Lage anderswo mit Bedacht, ich spreche es aus — bewährten und, wie ich sage, liebenswerten Republik, die stets zum Besseren offen ist.

(Lebhafter Beifall)

Für diese konkrete Arbeit werden wir nun ein wenig Geduld aufbringen müssen und vor allem auch um rechtliche Genauigkeit und Gründlichkeit bemüht sein. —

Wir kommen damit zur **Konstituierung** der 8. Bundesversammlung, die aus 520 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und derselben Zahl von Mitgliedern besteht, die von den Landesparlamenten gewählt worden sind.

Nach den Mitteilungen der Präsidenten der Landesparlamente sind die 520 Mitglieder aus den Ländern rechtmäßig gewählt und benannt worden.

Nach § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung findet die **Geschäftsordnung** des Bundestages auf den Geschäftsgang der Bundesversammlung sinngemäß Anwendung, sofern sich die Bundesversammlung nicht eine eigene Geschäftsordnung gibt.

Vorschläge für eine eigene Geschäftsordnung liegen nicht vor.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich gehe deshalb davon aus, daß die Geschäftsordnung des Bundestages —

(Erneuter Widerspruch bei den GRÜNEN)

— Eine Sekunde! Wir haben noch keine Geschäftsordnung. Ich fasse die Wortmeldungen der Frau Kollegin auf als eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung und erteile ihr nach parlamentarischem Brauch für fünf Minuten das Wort.

**Frau Dr. Hickel** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gemäß § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung beantrage ich für meine Fraktion, für diese Versammlung nicht die **Geschäftsordnung** des Deutschen Bundestages zu übernehmen. Die Versammlung möge sich statt dessen eine eigene Geschäftsordnung geben. Es soll gelten:

Erstens. Jedem Mitglied der Bundesversammlung ist es gestattet, eine persönliche Erklärung von höchstens fünf Minuten abzugeben.

(Beifall bei den GRÜNEN — Lachen bei der CDU/CSU, der SPD und FDP — Glocke des Präsidenten)

— Ich nehme nicht an, daß sehr viele von Ihnen davon Gebrauch machen wollen.

Den Kandidaten wird zweitens gestattet, sich selber vorzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Soweit diese Geschäftsordnung nichts anderes vorsieht, gilt die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages.

Ich begründe diesen Antrag wie folgt. Es muß für die Wahlmänner und die Wahlfrauen möglich gemacht werden, sich ein Bild von den Kandidaten nicht nur aus der Presse zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Begründung stelle ich ferner fest: Wir alle wissen, in welcher Vertrauenskrise sich im Augenblick das Verhältnis zwischen den Bürgern und ihren Repräsentanten in unserem Staate befindet. Deshalb muß es die Möglichkeit geben, den Kandidaten der Regierungsparteien zu befragen, ob er in die Spendenaffäre verwickelt war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stellen unseren Antrag, um den Kandidaten Gelegenheit zu geben, sich zu erklären, um dann, wie Art. 54 des Grundgesetzes es vorsieht, ohne Aussprache zur Wahl zu schreiten. Die Bürger, meine Damen und Herren, haben ein Recht darauf, eine über jeden politischen Zweifel erhabene und integre Persönlichkeit nach eigener Anschauung und eigenem Urteil zu wählen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Barzel:** Meine Damen und Herren, Sie haben diesen Antrag zur Geschäftsordnung gehört.

Ich bin kraft Amtes verpflichtet, auf den Art. 54 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes, das uns alle bindet, hinzuweisen. Danach findet die Wahl des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland ohne Aussprache statt. Insofern sind die Ziffern 1 und 2 Ihres Antrags unzulässig.

Da ich eine andere Wortmeldung zur Geschäftsordnung nicht habe, frage ich die Bundesversammlung, ob sie bereit ist, zuzustimmen, daß wir die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sinngemäß anwenden. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. —

Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen.

Meine Damen! Meine Herren! Damit haben wir die Geschäftsordnung in Kraft gesetzt. Zur **Beschlußfähigkeit** — das muß ich zunächst noch feststellen — ist die Anwesenheit von 521 Mitgliedern der Bundesversammlung erforderlich. Das ist offensichtlich der Fall. Die Bundesversammlung ist also beschlußfähig. Als Schriftführer schlage ich Ihnen die Abgeordneten vor, die auch im Bundestag diese Aufgabe wahrnehmen. Es sind dies die Abgeordneten Amling, Frau Fischer, Frau Geiger, Heyenn, Frau Hoffmann (Soltau), Krey, Krizsan, Lambinus, Michels, Paintner, Frau Schmidt (Nürnberg), Schulze (Berlin), Dr. Struck, Waltemathe, Werner, Frau Weyel, Frau Will-Feld und Zierer.

Wird diesen Vorschlägen widersprochen? — Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführerin Frau Geiger und den Schriftführer Herrn Amling, neben mir Platz zu nehmen. Wenn sie Platz genommen haben werden, ist die **Bundesversammlung konstituiert**, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, nach § 9 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten kann jedes Mitglied der Bundesversammlung **Wahlvorschläge** beim Präsidenten des Deutschen Bundestages schriftlich einreichen, wobei die Zustimmungserklärung des Vorgeschlagenen ebenfalls schriftlich beizufügen ist.

Es wurden bislang folgende Wahlvorschläge eingereicht: Die Fraktion DIE GRÜNEN schlägt Frau **Luise Rinser** vor. Die Fraktion der CDU/CSU schlägt Herrn **Richard von Weizsäcker** vor. Ich heiße beide Bewerber hier herzlich willkommen.

(Beifall)

Ich bitte der guten gesetzlichen Ordnung wegen die beiden Schriftführer, sich nun von der korrekten Vorlage beider Kandidaturen und der Zustimmungserklärungen zu überzeugen. — Im Namen des Sitzungsvorstandes stelle ich hiermit fest, daß Frau Luise Rinser und Herr Richard von Weizsäcker ordnungsgemäß vorgeschlagen worden sind.

Gibt es weitere Vorschläge? — Das ist nicht der Fall.

Ich muß nun leider, meine Damen, meine Herren, Ihre Aufmerksamkeit noch für einige wenige Bemerkungen zum **Wahlverfahren** in Anspruch nehmen.

Nach § 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten wird mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln gewählt; das heißt, daß gemäß § 49 unserer Geschäftsordnung die Wahl geheim stattfindet. Den Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens sowie nach Vorzeigen Ihres weißen Wahlausweises an dem Tisch neben den — von mir aus rechts stehenden — Wahlzellen.

Sie dürfen — ich muß darauf hinweisen — Ihren Stimmzettel nur in der Wahlzelle ankreuzen und müssen in der Wahlzelle auch den Stimmzettel in den Wahlumschlag legen. Die Schriftführer müssen deshalb einen Wähler zurückweisen, der seinen Stimmzettel außerhalb der Wahlzelle gekennzeichnet oder in den Wahlumschlag gelegt hat. Sollte sich jemand insoweit versehen, ist der Mangel heilbar durch spätere korrekte Stimmabgabe.

Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn mehr als ein Name angekreuzt ist oder wenn der Stimmzettel auf andere als die in den zugelassenen Wahlvorschlägen genannten Personen lautet oder wenn der Stimmzettel sonstige Zusätze enthält.

Den weißen Wahlausweis übergeben Sie bitte dem Schriftführer an der Wahlurne. Dadurch wird zugleich die Teilnahme am Wahlakt nachgewiesen.

Ich bitte nunmehr die eingeteilten Schriftführer, ihre Plätze an der Stimmzettelausgabe und an der Wahlurne einzunehmen. Es werden dann die Schriftführer abwechselnd zu meiner Rechten und zu meiner Linken den alphabetischen Namensaufruf durchführen.

Ich weise noch darauf hin, daß nachgerückte Mitglieder der Bundesversammlung, die nicht in dem Ihnen ausgehändigten Namensverzeichnis alphabetisch aufgeführt werden konnten, am Schluß aufgerufen werden.

Verfolgen Sie nun bitte den Namensaufruf an Hand der Ihnen vorliegenden Mitgliederliste, und erleichtern Sie durch rechtzeitiges Nachvorkommen den zeitlichen Ablauf dieser Bundesversammlung.

Wir möchten noch darauf hinweisen, daß wir eine Mittagspause nicht vorgesehen haben.

Meine Damen und Herren, ich eröffne nunmehr die geheime Wahl und bitte die Schriftführerin Frau Geiger, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf — Während des Namensaufrufs übernehmen um 10.25 Uhr Vizepräsident Frau Renger, um 11 Uhr Vizepräsident Wurbs, um 11.20 Uhr Vizepräsident Westphal und um 12.05 Uhr Vizepräsident Stücklen den Vorsitz)

**Vizepräsident Stücklen:** Meine Damen und Herren, ist noch ein Mitglied der Bundesversammlung anwesend, das nicht abgestimmt hat und die Absicht hat, abzustimmen? — Meine Damen und Herren, letzter Aufruf: Ist noch ein Mitglied der Bundesversammlung zugegen, das seine Stimme nicht abgegeben hat, jedoch die Absicht hat, an der Abstimmung teilzunehmen? — Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung. —

Während der Auszählung wird die Sitzung nicht unterbrochen. —



(Auszählung — Während der Auszählung übernehmen um 12.35 Uhr Vizepräsident Frau Renger,  
um 12.48 Uhr Vizepräsident Stücklen und um 13.04 Uhr Präsident Dr. Barzel den Vorsitz)

**Präsident Dr. Barzel:** Meine Damen und Herren, ich gebe das **Ergebnis der Wahl** bekannt:

Mitgliederzahl der Bundesversammlung: 1040. Abgegebene Stimmen: 1028, abgegebene gültige Stimmen: 1017. Für Frau Luise Rinser wurden 68 Stimmen abgegeben,

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

für Herrn Richard von Weizsäcker 832 Stimmen.

(Anhaltender lebhafter Beifall — Frau Rinser gratuliert Dr. von Weizsäcker zu seiner Wahl)

Meine Damen und Herren, ich muß das Protokoll weiter verlesen. Es gab Enthaltungen: 117; ungültige Stimmen: 11.

Damit hat Herr Richard von Weizsäcker die nach Art. 54 Abs. 6 Satz 1 des Grundgesetzes im ersten Wahlgang erforderliche Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Bundesversammlung erhalten.

Nach § 9 Abs. 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten teile ich Ihnen, Herr von Weizsäcker, die Wahl mit und fordere Sie auf, jetzt oder — was Sie nach dem Gesetz können — binnen zwei Tagen zu erklären, ob Sie die Wahl annehmen. Wenn Sie gleich bereit sind, die Wahl anzunehmen, bitte ich Sie um Ihre Erklärung hier oben am Mikrofon.

**Dr. von Weizsäcker** (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall)

**Präsident Dr. Barzel:** Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß Herr von Weizsäcker die Wahl zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland angenommen hat. Herr von Weizsäcker, ich spreche Ihnen namens der Bundesversammlung die besten Wünsche aus, wünsche Ihnen Gottes Segen, Glück und Erfolg für unser Vaterland.

(Lebhafter Beifall)

Wenn Sie ein paar Worte sagen wollen, steht Ihnen das Mikrofon zur Verfügung.

**Dr. von Weizsäcker** (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Herr Präsident, für Ihre Wünsche möchte ich Ihnen herzlich danken und, wenn Sie erlauben, ein paar Worte hinzufügen.

Das Amt, in das mich die Bundesversammlung heute gewählt hat, geht zunächst aus demokratischer Auseinandersetzung hervor. Aber das Ergebnis der Wahl führt zu einer Aufgabe, die in der Verantwortung für alle wahrzunehmen ist.

Den Mitgliedern der Bundesversammlung, die sich an der Wahl beteiligt haben und die durch ihre Abstimmung die Aufgabe der Verantwortung für alle unterstrichen, die Verpflichtung bekräftigt, aber die Amtsführung dadurch auch erleichtert haben, möchte ich meinen aufrichtigen Dank sagen.

Ich möchte Ihnen, Frau Luise Rinser, aus Überzeugung und — wenn ich das hinzufügen darf — auch aus eigener Erfahrung mit dieser Aufgabe meinen Respekt für Ihre Kandidatur aussprechen.

(Beifall)

Für meine Amtsführung fühle ich mich verpflichtet, die Verantwortung auch im Interesse derer zu tragen und auszuführen, die mir ihre Stimme heute nicht gegeben haben.

In diesem Sinne möchte ich von hier aus alle unsere deutschen Landsleute grüßen und alle unsere Nachbarn auch.

(Anhaltender lebhafter Beifall — Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhebt sich)

**Präsident Dr. Barzel:** Herr von Weizsäcker, ich danke für Ihre Worte. Meine Damen und Herren, wir singen nun gemeinsam die Nationalhymne.

(Die Nationalhymne wird gesungen)

Meine Damen und Herren, nur noch wenige Worte. Ich möchte Ihnen allen danken, die Sie als Mitglieder der Bundesversammlung zu einem zügigen und erfolgreichen Ablauf dieser Versammlung beigetragen haben.

Ich fühle mich von Ihnen allen ermächtigt, unserer Kollegin Frau Antje Huber zu ihrem heutigen 60. Geburtstag die herzlichsten Glück- und Segenswünsche auszusprechen.

(Beifall)

Mein Dank gilt den Vizepräsidenten und den Schriftführern des Deutschen Bundestages sowie vor allen Dingen der Botenmeisterei und den Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung.

(Beifall)

Der Stadt Bonn danke ich, daß wir hier tagen konnten. Der Stadtverwaltung, den Polizeidienststellen und allen, die sich um uns bemüht haben, danke ich für die umsichtigen Arbeiten zur Vorbereitung und zur Durchführung der Bundesversammlung. Ich danke der Presse, dem Rundfunk und dem Fernsehen für ihre Mitarbeit. Ich danke herzlich den Kirchen beider Konfessionen, daß wir Gelegenheit hatten, an einer gemeinsamen christlichen Morgenfeier teilzunehmen. Die Bürger der Stadt Bonn, die hier in der Nähe der Beethovenhalle wohnen, haben heute und in den vergangenen Tagen mancherlei Behinderungen im Zusammenhang mit der Bundesversammlung hinnehmen müssen. Ich danke den Bürgern für das Verständnis für unsere Arbeit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Eidesleistung des künftigen Bundespräsidenten vor dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat wird am 1. Juli 1984 stattfinden.

Ich würde mich freuen, wenn Sie anschließend zusammen mit dem Bundespräsidenten, dem gewählten künftigen Bundespräsidenten und auch dem früheren Bundespräsidenten Walter Scheel, dem Bundeskanzler und dem Bundesratspräsidenten uns die Freude machen würden, Sie im Bundestag begrüßen zu dürfen. Wir haben uns angestrengt, meine Damen und Herren. Ich freue mich, Sie wiederzusehen.

Die Bundesversammlung ist beendet.

(Schluß: 13.18 Uhr)

**Liste der entschuldigten Mitglieder der Bundesversammlung**

Bastian  
Collet  
Engelsberger  
Hauck  
Frau Kelly  
Kiehm  
Nagel  
Polkehn  
Porzner

## Eidesleistung und Ansprache

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1984  
Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Dr. Richard von Weizsäcker,  
Deutscher Bundestag, 79. Sitzung, zugleich 538. Sitzung des Bundesrates, Bonn, Sonntag,  
den 1. Juli 1984<sup>51)</sup>)

**Präsident Dr. Barzel:** [...]

Meine Damen und Herren, am 23. Mai dieses Jahres hat die Bundesversammlung Herrn Richard von Weizsäcker zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Herr von Weizsäcker hat vor der Bundesversammlung diese Wahl angenommen und mit dem heutigen Tage das Amt des Bundespräsidenten angetreten.

Nach Art. 56 des Grundgesetzes leistet der Bundespräsident bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates den vorgeschriebenen Eid. Ich bitte Sie Herr Bundespräsident — und ich bitte den Herrn Präsidenten des Bundesrates —, zu mir hinzutreten und diese Eidesleistung vorzunehmen.

(Die Anwesenden erheben sich)

Herr Bundespräsident, ich gebe Ihnen das Original des Grundgesetzes und bitte Sie, den Eid zu sprechen.

**Dr. von Weizsäcker,** Bundespräsident: Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

**Präsident Dr. Barzel:** Herr Bundespräsident, damit haben Sie den Eid geleistet. Ich spreche Ihnen die Glückwünsche des Deutschen Bundestages aus. Ich wünsche Ihnen Segen, eine glückliche Hand und Erfolg für unser Vaterland.

Das Wort hat der Herr Bundespräsident.

**Dr. Richard von Weizsäcker,** Bundespräsident: Meine Herren Präsidenten! Mitglieder des Bundestages und des Bundesrates! Herr Bundeskanzler! Exzellenzen! Liebe Mitbürger und Gäste! Mein erster Gedanke gilt heute dem Mann, aus dessen Hand ich mein Amt übernehme: **Karl Carstens.** Ich danke Ihnen für Ihren klugen und uneigennütigen Rat bei der Überleitung des Amtes. Sie sind Ihren Aufgaben stets und unbeirrbar überparteilich, aber nie mit neutraler Standpunktlosigkeit nachgegangen. Sie haben die Pluralität der Auffassungen in unserem Gemeinwesen stets geachtet. Dennoch haben Sie positiv hineingewirkt in eine Sphäre der Meinungs- und Bindungslosigkeit, die der Pluralismus gelegentlich erzeugt. Ihre Amtsführung war geprägt von der Geradlinigkeit Ihres Denkens und Handelns. Sie haben unser Land mit sicherem Stil und mit Würde vertreten. Dafür möchte auch ich Ihnen und Ihrer von uns allen verehrten Frau von Herzen danken.

(Beifall)

---

<sup>51)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 10. Wahlperiode. Stenographischer Bericht. Bd. 128, S. 5791

Unsere Verfassung spricht ausführlich von unseren Rechten als Bürger. Pflichten dagegen werden kaum erwähnt. In umgekehrter Weise behandelt das Grundgesetz das **Amt des Bundespräsidenten**, und zwar aus wohlerwogenen Gründen. Von seinen Befugnissen ist nur spärlich die Rede. Dagegen werden seine **Pflichten** hervorgehoben, und sie werden an die höchsten Ziele gebunden. Denn was könnte es Größeres, aber auch Schwereres im Staat geben, als dem Wohl des Volkes zu dienen, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm zu wenden und Gerechtigkeit gegenüber jedermann zu üben? Das sind die Ziele — wörtlich in der Verfassung vorgeschrieben —, auf die ich soeben meinen Eid geleistet habe. An ihnen orientieren sich meine Pflichten. Sie sind es, die mich auch heute legitimieren, Ihnen aus Anlaß meiner Amtseinführung einige persönliche Gedanken vorzutragen.

Meine Kraft dem **deutschen Volk** zu widmen ist meine Aufgabe. Dem deutschen Volk? Wer ist gemeint? Stocken wir hier schon? Ich glaube nicht. In beiden deutschen Staaten lebt das deutsche Volk. Von ihm, von dem ganzen deutschen Volk, geht die Präambel unseres Grundgesetzes aus.

(Beifall)

Unmittelbar verpflichtet mich unsere Verfassung auf die Bundesrepublik Deutschland. In ihr und von ihr aus wollen wir unsere Beiträge für die Zukunft leisten, um nach innen und außen in Frieden zu leben, die Teilung zu überwinden, die Vereinigung Europas zu fördern und unserer Verantwortung in der Welt gerecht zu werden. Dazu müssen wir unsere heutige staatliche Gegenwart ernst nehmen. Die Bundesrepublik Deutschland muß eine handlungsfähige Einheit sein. Dies ist es, was auch die Deutschen in der DDR von uns erwarten. Europa wächst nicht aus verunsicherten Völkern, die auf der Flucht vor ihrer Gegenwart leben, sondern nur aus lebensfähigen, von ihren Bürgern getragenen Einheiten.

(Beifall)

Gewiß, wir haben unsere besonderen Schwierigkeiten mit unserem **Nationalgefühl**. Unsere eigene Geschichte mit ihrem Licht und ihrem Schatten und unsere geographische Lage im Zentrum Europas haben dazu beigetragen. Aber wir sind nicht die einzigen auf der Welt, die ein schwieriges Vaterland haben. Das sollten wir nicht vergessen. Nirgends sind zwei Nationen einander gleich. Jedes Nationalgefühl hat seine besonderen Wurzeln, seine unverwechselbaren Probleme und seine eigene Wärme. Unsere Lage, die sich von der der meisten anderen Nationen unterscheidet, ist kein Anlaß, uns ein Nationalgefühl zu versagen. Das wäre ungesund für uns selbst, und es wäre nur unheimlich für unsere Nachbarn. Wir müssen und wir dürfen uns in der Bundesrepublik Deutschland zu unserem nationalen Empfinden bekennen, zu unserer Geschichte, zur offenen deutschen Frage, zur Tatsache, daß wir überzeugte Bündnis- und Gemeinschaftspartner sein können und doch mit dem Herzen auch jenseits der Mauer leben.

(Beifall)

Wir sind kein Volk verwirrter Gefühle oder romantischer Grübeleien. Wir sind auch keine wandernden Missionare zwischen den Welten. Wir sind Menschen wie andere auch. Unsere Nachbarn dürfen davon ausgehen, daß auch sie in unserer Lage ganz ähnlich empfinden würden.

Zwei Grunddaten sind es, die diese Lage kennzeichnen. Das eine ist die **Zugehörigkeit zum Westen**. Sie beruht auf unserer Entscheidung für die Grundwerte des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates. Sie ist endgültig und unwiderruflich. Es ist dieser geistige und humane Boden, auf dem unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und im Atlantischen Bündnis beruht. Nur weil die Partnerschaft auf gemeinsamen Überzeugungen von Menschenrecht und freier Gesellschaft gründet, kann sie Interessen ihrer Mitglieder schützen. Unser Wille zu dieser Partnerschaft ist keine opportunistische Episode von vorübergehender Dauer und schon gar kein Gegensatz zu unserer deutschen Identität, sondern vielmehr ihr unentbehrlicher Bestandteil. Wir haben länger als andere gebraucht und es nur unter größeren Schmerzen erreicht, zu dieser Lebensform zu kommen. Um so weniger werden wir sie je wieder preisgeben wollen.

Eine besondere Gemeinschaft verknüpft uns mit den **Deutschen im anderen deutschen Staat**. Das ist das andere Grunddatum unserer Lage. Die Geschichte hat ihnen am Ende des Zeiten Weltkrieges den schwereren Teil als uns auferlegt. Um so mehr sollten wir sie spüren lassen, daß wir die Verantwortung für diese Geschichte mit ihnen ebenso teilen wie die Wurzeln unseres geistigen und sozialen Lebens, allen Systemunterschieden zum Trotz. Dies gilt nicht nur für die großen Zeugnisse aus der Vergangenheit, für die Dome in Naumburg, Erfurt und Güstrow, für den Geist aus Wittenberg und Weimar, für die Musik aus Leipzig und Dresden. Es kennzeichnet auch die heutige lebendige Wechselwirkung. Bewegend war etwa die Aufnahme, die die Berliner Philharmoniker im neuen Gewandhaus zu Leipzig gefunden haben. Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen: Die Aussagen von Christa Wolf haben auch für uns im Westen eine bestimmende geistige Bedeutung. Man denke nur etwa an ihre Frankfurter Cassandra-Vorlesungen. So schön Teneriffa ist und so wichtig das Silicon Valley für unsere Entwicklung auch sein mag, der Neuaufbau der Semperoper in Dresden und das Leben der christlichen Gemeinden in der DDR berühren auch uns zutiefst.

(Beifall)

Uns Deutsche in Ost und West verknüpft eine elementare menschliche Zusammengehörigkeit. Erzwungene Abgrenzung und Zeitablauf haben sie nicht absterben lassen. Man denke nur an die Mauer. Die Absicht ihrer Erbauer war nur allzu klar und folgerichtig. Es galt, das eigene politische System zu konsolidieren. Die Bevölkerung der DDR sollte sich abfinden mit **Teilung und Trennung**. Aber fast noch deutlicher als vor 23 Jahren sehen wir heute, daß die Mauer dieses Ziel verfehlt. Wider Willen ist sie der überzeugende täglich frische Beweis, daß die Frage offen ist, die sie abschließend zu beantworten versuchte. Sie macht die Zusammengehörigkeit nur augenfälliger, die sie vergessen machen wollte.

Sorgen im Ausland über die Beständigkeit der deutschen Politik können wir um so glaubwürdiger begegnen, wenn wir unbequeme Realitäten der deutschen Lage nicht verschweigen, denn sie gehören zur menschlichen Natur. Wiederum ist die **Mauer in Berlin** dafür Beispiel. Ich habe dort noch keinen Polen oder Franzosen, keinen Afrikaner oder Amerikaner erlebt, der in ihrem Angesicht nicht so empfunden hätte wie wir. Übrigens hat auch Chruschtschow sie eine „häßliche Sache“ genannt, die wieder weichen müsse, wenn die Gründe für ihren Bau entfielen. Und welche Gründe? Auf einer Synode in der DDR war davon unlängst eindrucksvoll die Rede: Die Menschen in der DDR fühlen sich ihrer Heimat verbunden. Sie wollen nicht weg. Heimat ist aber, so hieß es, nicht nur dort, wo man geboren ist. Heimat ist der Ort, wo man in Verantwortung genommen wird und

wo man verantwortlich sein kann. Mehr Mitsprache und Mitverantwortung einräumen — das nimmt das Gefühl von Heimatlosigkeit und macht Ausreiseanträge und Abgrenzungen überflüssig.

(Beifall)

Was die Menschen in zwei deutschen Staaten miteinander verbindet, kann nur im Frieden gedeihen. Die Deutschen haben nicht mehr Angst oder mehr Friedensliebe als andere Völker auch. Aber ihre Zusammengehörigkeit über Paktgrenzen hinweg gibt ihnen besondere Impulse in Richtung auf den Frieden. Lebten wir ohne inneres Band gleichgültig nebeneinander in zwei Lagern, so wäre vielleicht unser **Engagement für den Frieden** weniger intensiv. Die Teilung ist ein großes Leid. Die Trennung von Menschen, die zusammengehören, erzeugt aber auch eine friedensstiftende Kraft, die uns besonders nachdrücklich nach Beiträgen zur Verständigung in der internationalen Lage suchen läßt.

Wir sind in beiden deutschen Staaten einig im Begriff der Verantwortungsgemeinschaft. Die Führungen auf beiden Seiten bekennen sich dazu, daß nie wieder Krieg vom deutschen Boden ausgehen soll. Das ist gut. Aber damit ist, wie jeder weiß, der Frieden noch nicht gesichert. Unser Frieden hängt von der Lage zwischen Ost und West im ganzen ab. Auf sie, auf das Ganze einen friedlichen Einfluß zu suchen, darauf kommt es an. Nur so dienen wir unseren deutschen Interessen, nicht aber mit dem **Gaukelbild einer Neutralisierung**. Es gibt nur einen Ausstieg, nämlich den mit dem Kopf in den Sand.

Das Atlantische Bündnis, zu dem wir fest stehen, hat schon in den späten sechziger Jahren mit dem Harmel-Bericht die Richtung gewiesen, die auch heute gilt: **Verteidigung und Entspannung** als untrennbare Bestandteile unserer Politik gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten. Wir müssen und wir werden unsere Freiheit schützen. Daher lassen wir mit uns über unseren Platz im Bündnis und über seine Fähigkeit zur Verteidigung nicht verhandeln. Sicherheit ist erforderlich. Sie verlangt die Fähigkeit zum Selbstschutz auf möglichst niedrigem Niveau.

Wir wollen unseren vollen Anteil an der Verteidigung tragen. Wir tun es im Bewußtsein, daß die Verantwortung für den Frieden im atomaren Zeitalter fast übermenschlich groß ist. Allzuoft schon in der Geschichte sind die Völker in Kriege gegeneinander geraten, zumeist gegen ihren Willen, oft durch Pannen und Irrtümer. Die **Wirkung der heutigen Waffen** aber hat den Charakter eines Krieges verändert. Wenn die Menschheit überleben will, dürfen die Waffen nicht eingesetzt werden. Damit wird von uns eine ganz neue Kraft, eine ganz andere Qualität im Umgang mit Konflikten verlangt. Es gibt keinen unentrinnbaren Weg in die Katastrophe. Aber es gibt beileibe auch keinen zwingenden Grund zu Optimismus. Im Zeichen der Kernwaffen erlebt Europa heute eine seiner längsten Friedenszeiten, und wir sind dankbar dafür. Es wäre aber leichtfertig, zu glauben, daß uns nur deshalb auch eine friedliche Zukunft für immer sicher sei. Zahl und Perfektion der Waffen steigen von Jahr zu Jahr. Viele Menschen haben das Gefühl, daß dennoch oder vielleicht gerade darum die Sicherheit abnimmt. Jede Provokation, jedes Imponiergehabe, jedes waffentechnische Überholmanöver und auch jedes unbeabsichtigte Missverständnis können gefährlich sein.

Es ist mit den Waffen wie mit anderen Bereichen der wissenschaftlichen und technischen Revolution auch. Der Mensch hat sich im Umgang mit der Natur schier grenzenlose Möglichkeiten eröffnet. Nun stößt er an eine neue Grenze, nämlich die seiner eigenen herkömmlichen Einsicht und Verantwortung. Da liegt die gewaltige Gefahr, aber auch die

große und neue Chance. Weil die Kernwaffen die Menschheit auslöschen können, können sie keine Konflikte mehr lösen. Wir müssen um des Lebens willen zu einer neuen Einsicht und Verantwortung im Umgang mit Konflikten vorstoßen. Das ist die große Herausforderung vor uns.

(Beifall)

Werden wir diese Herausforderung bestehen? Werden wir denen, die die Hauptverantwortung tragen, helfen können, anstatt es ihnen zu erschweren? Werden wir zur Vertrauensbildung beitragen? Keinen Tag dürfen wir uns dem Druck dieser Fragen entziehen — keinen Tag inmitten des Friedens, in dem wir dankbar leben.

Wir Deutschen wollen in Frieden auch mit unseren **Nachbarvölkern des Warschauer Paktes** leben. Sie gehören einem fundamental anderen System zu, aber mit uns sind sie durch gemeinsame Geschichte, Kultur und Friedenswillen verbunden. Sie sind Europäer wie wir, und das sollten wir nie vergessen.

(Beifall)

Friedliche Beziehungen zur Sowjetunion haben für uns ein besonderes Gewicht. Dazu müssen wir die Realitäten ernst nehmen, wie sie sind. Kein Bündnis wird das andere mit einem Rüstungswettlauf in die Knie zwingen. An den Verhandlungstisch wird die Sowjetunion kommen, wenn es gelingt, ihre eigenen Interessen dafür zu mobilisieren. Zu einem inneren Reformkurs wird sie sich durch Druck von außen nicht nötigen lassen. Es gilt, bei der Sowjetunion, aber auch bei uns selbst, einem gegenseitigen allzu vereinfachten Weltbild entgegenzuwirken.

(Beifall)

Unzureichende Informationen und Vorurteile erzeugen wechselseitig unbegründete Angst, die nicht weniger gefährlich sein kann als Rüstung. Auch fördert es den Frieden nicht, die Welt in gut und böse einzuteilen.

(Beifall)

Wir verlieren unser Unterscheidungsvermögen zwischen Freiheit und Tyrannei keineswegs, wenn wir die Menschen in der Sowjetunion für so gut oder so böse halten wie uns selbst.

(Beifall)

Auch wenn wir alle Kraft auf eine besonnene und verantwortliche Sicherheitspolitik verwenden, so sollten sich doch die Ost-West-Beziehungen nicht in Sicherheitsfragen erschöpfen. Rüstung, Abrüstung, Rüstungskontrolle, kurz: der ganze Bereich der Sicherheitspolitik ist von großer Bedeutung, aber er ist die Rahmenbedingung der **Ost-West-Beziehungen**, dagegen nicht ihr eigentlicher Inhalt. Er darf, was die friedensstiftende Wirkung betrifft, nicht ein Monopol über unser Denken und Handeln annehmen. Denn diese friedensstiftende Wirkung, so lehrt historische Erfahrung, zeigt, daß in der Regel nicht Abrüstung den Weg zum Frieden ebnet, sondern friedliche Zusammenarbeit den Weg zur Abrüstung.



(Beifall)

In diesem Zusammenhang kann es auch **deutsche Friedensbeiträge** geben. Wir sind keine Führungsmächte, wir verfügen nicht über Kernwaffen, aber wir haben eine Klimaverantwortung für das Ost-West-Verhältnis. Die Kontakte zwischen verantwortlichen Politikern beider deutscher Staaten sind zahlreicher geworden. Man spricht unbefangener miteinander als früher. Man verliert weniger Zeit mit propagandistischen Einleitungen. Nun gilt es, die Substanz anzureichern. Wir wollen die anderen nicht gesundbeten, uns aber auch nicht ineinander verkrampfen.

Entscheidend ist die **Entspannung**, die sich nicht in Begegnungen der Politiker erschöpft, sondern von der Bevölkerung selbst am eigenen Leib erlebt werden kann. So können Klima und **Beziehungen der beiden deutschen Staaten** eine verklammernde Wirkung mit sich bringen, die sich gegen niemanden richtet, aber die dem Frieden in Europa nützen kann.

In diesem Sinne wäre ein Besuch des Generalsekretärs der SED und Staatsratsvorsitzenden der DDR bei uns zu begrüßen.

(Beifall)

Für mich hoffe ich auf eine Entwicklung der Verhältnisse für eine spätere Gelegenheit, in die DDR reisen zu können, mit deren Menschen ich mich tief verbunden fühle und die ich herzlich grüße.

(Lebhafter Beifall)

Ich komme aus **Berlin** in mein neues Amt. Die Geschichte dieser Stadt war immer geprägt von Weltoffenheit, Toleranz und Liberalität. Berlin wurde zum Zentrum des Deutschen Reichs. Es war nicht die Geburtsstätte, aber Machtmittelpunkt der nationalsozialistischen Herrschaft. So wurde Berlin auch Ausgangspunkt für Weltkrieg und schließlich für den Holocaust. Wir alle haften für unsägliches Leid, das im deutschen Namen geschehen ist.

Aber nicht nur Schrecken und Verbrechen verbreiteten sich von Berlin, sondern auch immer wieder und bis zuletzt tapfere und selbstlose Taten der Menschenhilfe und des Widerstandes. Wir werden ihrer am 20. Juli in Berlin gedenken.

Trotz Zerstörung, Teilung und isolierter Lage ist Berlin der Platz geblieben, der uns — wie kein anderer — Maßstäbe für unser Denken und Handeln gibt. Bald nach dem Krieg wurde die Stadt unter notvollem Druck von außen zum Symbol der Freiheitsliebe der Menschen. Unter gegenseitigem Respekt wurden dort aus ehemaligen Kriegsgegnern Freunde. Dafür gilt heute unser Dank den Franzosen, den Briten und nicht zuletzt den Amerikanern, denen wir überall in Frieden herzlich verbunden sind.

(Beifall)

Und erlauben Sie mir bei diesem Anlaß als Vertreter des Kongresses der Vereinigten Staaten einen alten Freund der Deutschen, den Senator Mathias, herzlich zu grüßen.

(Beifall)

Von Berlin aus sind wir einander berechenbare und zuverlässige Partner geworden, und wir werden es bleiben.

In **Berlin** leben die wichtigsten Impulse der **Zusammengehörigkeit aller Deutschen**. Nirgends erklärt sich der notwendige Zusammenhang vom Schutz der Freiheit im Bündnis und von friedlicher Entspannung nach Osten so selbstverständlich wie in Berlin. In Berlin hat sich auch gezeigt, daß Ost und West sich auch dort über praktische Regelungen verständigen können, wo prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zur Zeit nicht überbrückbar sind.

In **Berlin** hat sich im vollen Bewußtsein der furchtbaren Vergangenheit wieder eine **jüdische Gemeinde** zusammengefunden, um einen neuen Anfang mit uns zu machen. Nicht verdrängen, sich erinnern hilft weiter. Daran hat sie sich gehalten. Inzwischen ist weit über Berlin hinaus im Judentum wieder Vertrauen gewachsen. Eine neue menschliche Brücke ist entstanden. Sie ist noch zart und anfällig. Aber sie trägt wieder, und sie darf nie wieder einstürzen.

(Beifall)

So erfüllt Berlin entscheidende nationale Aufgaben für alle Deutschen. Ich bin froh, auch im neuen Amt mit Herz und Verstand Berliner bleiben zu können.

(Beifall)

Die wichtigste Aufgabe für uns, die wir heute Verantwortung tragen, ist die **lebenswerte Zukunft für nachfolgende Generationen**.

Unsere Nachfahren werden nicht fragen, welche Zukunftsvisionen wir für sie bereithielten; sie werden wissen wollen, nach welchen Maßstäben wir unsere eigene Welt eingerichtet haben, die wir ihnen hinterlassen. Woraufhin also leben wir heute, in unserer Zeit?

Die Maßstäbe dafür kann niemand vorschreiben. Auf der Suche nach ihnen gibt es ständig Konflikte und Veränderungen. Jahrelang herrschte ein neuer, ein aufbruchartiger sozialer und kultureller **Fortschrittsglaube** vor. Das Zutrauen, daß wir die guten Dinge machen können, bestimmte die Diskussionen. Utopien folgten die Ernüchterung und Enttäuschung. Heute sind die Stimmungen von einem Zeitgeist geprägt, der zwischen Zukunftsangst und Optimismus hin- und herschwankt. Seine heftigen Ausschläge sind kein sehr stabiles Zeichen.

Nutzen mehren, Schaden abwenden — beides gilt dem uns allen anvertrauten Wohl. Worin sehen wir dieses Wohl?

Nach wie vor beschäftigen wir uns stark mit unserer **wirtschaftlichen Lebensgrundlage**, mit unserem materiellen Wohlergehen. Wir leben im Bestreben, weit vorn in der Welt-rangliste von Wirtschaft und Technik zu stehen. In unserer Lage kann das auch gar nicht anders sein. Aber damit erfüllen wir den politisch humanen Begriff des Wohls nur sehr mager. Das Wohl, das uns anvertraut ist, weist auf das Dauernde im unaufhaltsamen Wandel hin, auf das, was es in der Natur der Welt und des Menschen zu bewahren gilt. Es zielt auf eine Sittlichkeit, die für sich in Anspruch nimmt, über den Tag und die Generation hinaus zu bestehen. Sie fragt nach einem humanen Maßstab für die Anwendung

wissenschaftlicher und technischer Fähigkeiten. Sie betrifft die Kultur im Umgang von Menschen mit Menschen, mit Dingen und mit der Zukunft. Dafür kann ich nur Beispiele nennen. Es kommt meinem Amt zu, Fragen zu stellen und die Arbeit für Antworten auf sie zu ermutigen, nicht aber Rezepte anzubieten.

Von den Gefahren immer neuer, wirkungsgenauerer Waffen war schon die Rede.

Den **Ertrag des Bodens** kurzfristig zu steigern, haben wir gelernt. Können wir aber auch verhindern, daß der Boden auf diese Weise langfristig abstirbt? Werden wir angesichts unserer angewachsenen Macht, die Zukunft schon heute zu verbrauchen, auch in unseren Enkeln unseren Nächsten erkennen lernen?

(Beifall)

Fragen wir uns unerbittlich genug, ob aus dem, was wir heute tun, keinem Nachgeborenen ein Schaden entsteht? Können wir uns aus der menschlichen Überheblichkeit befreien und **Rücksicht auf die Natur** um ihrer selbst willen lernen?

Die Produktionstechnologie macht sprunghafte Fortschritte. Sie macht schwere Arbeit leichter, und das ist human. Sie macht vielfach Arbeit überhaupt überflüssig, und mit den Folgen werden wir bislang nicht fertig. **Technischer Wandel** schafft zwar auch neue Arbeit, er verändert und verlagert sie. Die Übergänge aber sind es, die uns zu schaffen machen. Viel zu viele alte und junge Menschen suchen zur Zeit vergeblich Arbeit. Wir brauchen die Tarifautonomie; wir dürfen Arbeitskämpfen nicht ausweichen.

(Vereinzelt Beifall)

Auch ich möchte den Vermittlern im jetzigen Konflikt meinen herzlichen Dank sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Aber werden wir nach diesen schweren Monaten eine Neubesinnung auf eine **Sozialpartnerschaft** erleben, die wir dringender als je brauchen? Die Verbände haben große wirtschaftliche und soziale Macht, weit über ihre Mitglieder hinaus. Werden sie sich und werden wir alle uns mit ihnen im wirklich uneigennütigen Kampf zugunsten Dritter, nämlich derer bewähren, die Arbeit suchen?

**Europa** ist für uns und für die Zukunft von entscheidender Bedeutung. Die Stimme der Europäer und ihre Verantwortung in der Welt sind dringend gefragt. Die Notstände verlangen es gebieterisch: die Überbevölkerung, der Hunger, die sozialen Spannungen, die Zahlungsunfähigkeit. Wir kommen auf unserem steinigen Weg langsam vorwärts. Gerade jetzt sind wir für Fortschritte dankbar, die in Fontainebleau erzielt wurden. Aber Großes und Schweres bleibt zu tun. Junge Menschen z.B. werden wir für Europa erst gewinnen, wenn wir ein System überwinden, mit dem wir hier bei uns Ernährungsüberschüsse finanzieren, die dort nicht einsetzbar sind, wo Menschen Hungers sterben.

(Beifall)

In Australien haben Ärzte aus einem monatelang tiefgekühlten Embryo ein Kind entwickelt. Eine amerikanische Zeitschrift meinte dazu, die Embryos würden hier „mit ebensoviel Respekt wie gefrorene Erbsen“ behandelt. Verständlicherweise werden die besorg-

ten und heftigen Fragen zunehmen. Was für wissenschaftlich entwickelte Wickelkinder wird es noch geben?

Was uns not tut, ist aber nicht die Emotionalisierung, sondern die gemeinsame sachliche und strenge Suche nach einer angemessenen Ethik. Auch die **Forschung am Menschen** ist Teil der freien Wissenschaft. Aber die Freiheit ist nicht schrankenlos.

(Lebhafter Beifall)

In vielen Bereichen haben wir genaue Vorschriften für den Umgang mit dieser Freiheit, z. B. beim Eigentum. Reicht für die **Forschung am Menschen** und ihre Anwendung die verantwortliche Selbstkontrolle der Wissenschaft aus? Oder müssen wir ihr nicht doch mit klareren Rahmenregeln helfen? Will sie es nicht in Wirklichkeit selbst?

Maßstäbe für den Umgang untereinander ergeben sich aus den Erfahrungen während der Kindheit. Maßgeblich dafür ist das Beispiel der Älteren in den Familien, sind die Schulen, ist aber auch das Fernsehen.

Besonders viele Fragen richten sich an die **Entwicklung der elektronischen Medien**. Werden uns die Gründerjahre der neuen Medien, wie manche meinen, das neue Heil bringen? Werden wir mit ihnen beweisen können, daß wir dem technischen Fortschritt menschlich gewachsen sind? Oder werden sie eine Industrialisierung des Bewußtseins bringen, eine neue, tiefgehende Entfremdung? Werden sie uns die eigenen Erlebnisse rauben und sie durch vorgefertigte, standardisierte Erfahrungen ersetzen? Werden wir uns, wenn die Videofilme immer perfekter und zahlreicher Gewalttaten und Katastrophen elektronisch verbreiten, auch hier damit zufriedengeben, der Gebrauch der Freiheit kenne nun einmal keine Grenzen? Werden uns diese Medien also ungehemmt nahebringen, wie man gegeneinander lebt? Oder werden sie uns helfen, zu lernen, was viel schwieriger, aber auch viel wichtiger zu lernen ist, nämlich wie wir miteinander auskommen?

(Beifall)

Die Sehnsucht des menschlichen Herzens geht gewiß über eine Denver-Clan-Koexistenz hinaus.

(Lebhafter Beifall)

Aber wir dürfen uns nicht allein auf die Stärke der menschlichen Natur zur Selbstbehauptung verlassen. Es genügt auch nicht, auf die beruhigende Statistik zu bauen, wonach bisher nur 26 % aller Zuschauer beim Fernsehen noch nie eingeschlafen sind.

(Heiterkeit)

Ich gestehe, meine Damen und Herren, auch ich gehöre nicht zu dieser standhaft wachen Minderheit.

(Heiterkeit und Beifall)

Müssen wir nicht vielmehr die gewaltige, langfristige Problematik einfach noch viel ernster nehmen als bisher? Ich meine nicht nur die Programmacher, sondern auch uns Zus-

chauer. Denn wir sind ja dieselben Menschen — hüben und drüben. Es ist erstaunlich, wie viele Forschungsgebiete der Staat seit Jahr und Tag fördert, wie stiefmütterlich er aber bisher die **Medienwirkungsforschung** behandelt hat.

(Beifall)

Es gab viel ideologischen Streit, Konflikte um vermeintliche parteipolitische Vorteile, aber wenig empirische Sozialforschung. Muß das so bleiben? Sollten wir uns nicht auch hier der Frage nach Regeln für den rechten Gebrauch dieser Freiheit stellen?

Den **Schulen** gilt die Frage, ob sie nicht nur Lehranstalt sind, sondern Lebensraum. Lernen die Kinder neben der notwendigen kritischen Fähigkeit, Konflikte zu führen, auch, Konflikte zu beenden? Das Beispiel der Erwachsenen ist da mitunter recht trübe. Lernen sie, etwas von sich zu verlangen und dadurch Selbstbewusstsein und Lebensmut zu gewinnen? Der Sport — Sie haben ihn schon erwähnt — ist dafür wertvoll; man kann dies vor allem beim Versehrten Sport sehen. Freilich, die Erfahrung mit dem Sport gilt natürlich auch für Erwachsene, auch für Ältere. Die 680 000 Mitbürger, die im letzten Jahr das Sportabzeichen erworben haben, werden auch mir als gutes Beispiel dienen.

Welche Rolle spielt neben dem erlernbaren Wissen die Phantasie? Sie ist kein musischer Winkel für ein paar künstlerisch Begabte, sondern sie ist eine Lebenshilfe für jeden von uns in der technischen Welt. Ich bin kein sachverständiger Liebhaber aller Schöpfungen von Joseph Beuys. Aber ich bin beeindruckt von seinem pädagogischen Kunstbegriff und seinen Forderungen, daß wir uns nicht in Künstler und Nichtkünstler einteilen lassen dürften. Vielmehr sollten wir in jedem Menschen einen Mitgestalter von Leben und Zukunft und damit einen auf seine Weise künstlerisch tätigen Mitmenschen sehen.

(Beifall)

Kinder, die musisch erzogen werden und schon früh das Gefühl für Reim und Rhythmus bekommen, lernen später besser lesen. Wer gut lesen kann, versteht und verarbeitet überdies erwiesenermaßen das Fernsehen besser. Ich hoffe, mit Schülern aller Schulen möglichst oft zusammenzutreffen und sprechen zu können.

Jahrzehnte hindurch haben wir die **Lebensbedingungen der Familie** materiell und moralisch geschwächt. Das uns anvertraute Wohl nimmt dadurch schweren Schaden. Wie können wir ihn wenden? Wie begegnen wir dem Zusammenwirken von familienfeindlicher ökonomischer Struktur und menschlicher Bequemlichkeit? Wird uns die lebensnotwendige Korrektur eines Systems gelingen, welches den Gegenwartskonsum fördert, die Zukunftsvorsorge bestraft und damit den Wunsch nach Kindern entmutigt? Werden wir der viel zu weit gehenden, der unmenschlichen Isolierung alter Menschen wehren? Wird es gelingen, die Kinder während ihrer ersten Lebensjahre unter besseren Bedingungen im eigenen Elternhaus zu erziehen und damit frühkindliche Gesundheitsschäden zu vermeiden?

Was **Frauen** in unserer Zeit vor allem bewegt und was sie fragen, ist berechtigt und ist Ausdruck einer historischen Veränderung. Es ist in erster Linie an uns, an den Männern, zwar nicht immer die Antworten zu geben, aber sie möglich zu machen. Wenn Männer die Fragen der Frauen ernst nehmen, ohne sie auf dem Rücken der Familie zu beantworten, dann müssen sie zunächst sich selbst stärker den Familien zuwenden.

(Beifall)

Je mehr bloße Zweckbündnisse, vorübergehende Beziehungen unter Menschen entstanden sind, desto mehr wächst zugleich ein tiefes Verlangen nach Entschiedenheit, nach Verbindlichkeit und Dauer, nach etwas anderem als dem Management von Beziehungskrisen, nach Bindung, Wärme und Liebe. Es geht nicht um Partnerschaft als Eheersatz, sondern es geht um partnerschaftliche Ehe.

(Beifall)

Es gibt bei uns besondere Minderheiten. Ich denke an die bei uns lebenden **Ausländer**. Auch hier muß sich die Kultur im Umgang vom Menschen mit dem Menschen bewähren. Das erfordert große Anstrengungen auf beiden Seiten. Gelingen kann es nur, wenn die Zahl der Ausländer nicht weiter wächst. Die allermeisten von ihnen haben wir eingeladen, zu uns zu kommen. Das ist unsere Verantwortung. Sie erbringen ihre Leistungen, aber viele von ihnen leben in Spannungen und Zukunftssorgen. Soweit sie auf die Dauer bei uns bleiben wollen, müssen sie die Fähigkeit und den Willen entwickeln, mit uns allmählich zusammenzuwachsen. Unsere Aufgabe ist es, Lebensbrücken zu bauen und der kulturellen Eigenständigkeit der Ausländer Raum zu lassen.

Die beste Friedenserziehung für Kinder wird es, so glaube ich, sein, Ausländerkinder in deren Familien zu besuchen und ihnen dort zu helfen. Dann erwerben sie ganz von selbst ein Empfinden dafür, daß sich Deutsche und Ausländer gegenseitig achten und bereichern können.

(Beifall)

Dringend unserer Zuwendung bedarf der **Strafvollzug**. Das ist kein Problem der Ideologie, sondern der praktischen Verhältnisse, unter denen Insassen und Mitarbeiter im Vollzug leiden. Vor allem bei Jugendlichen und Erststraftätern sollte an ihre Zukunft gedacht werden.

Für das **Gnadenwesen** frage ich, wie wir verhindern können, daß es immer weiter verrechtlicht und abstrahiert wird. Seine Handhabung sollte daran erinnern, wo es herkommt. Das Recht ist ein wichtiger Maßstab für Gnade. Aber es darf nicht der einzige sein. Recht ist auf Gnade angewiesen: Gnade vor Recht.

Zehn Beispiele für Fragen nach einer lebenswerten Zukunft, die uns heute bewegen, habe ich genannt. Bei den Konflikten, die sie mit sich bringen, haben wir es mit einer Polarisierung quer durch Parteien, Schichten und Altersgruppen hindurch zu tun. Die einen wollen die Gesellschaft mit radikalen Protestaktionen aufrütteln und auf Gefahren für die Zukunft aufmerksam machen. Andere sehen in der Radikalität von Protesten eine Gefahr für die freiheitliche Demokratie und damit einen Grund zur Sorge um die Zukunft. Ich glaube, wir müssen beide Ansätze ernst nehmen. Die Demokratie kann nur bestehen, wenn die langfristigen Überlebensfragen der Menschheit schonungslos erörtert und glaubwürdig beantwortet werden. Angesichts des gewaltigen Ausmaßes der Probleme kann dies nicht ohne Härte und Ungeduld abgehen.

Es ist fatal, wenn beim Bürger der Eindruck entsteht, auf ihn käme es gar nicht an, denn „die da oben“ machten ja doch, was sie wollten. In Wirklichkeit wissen doch wir Politiker oft selbst noch keine Lösung und sind dringend auf Mitberatung angewiesen. Ich

meine, es ist ehrlicher und überzeugender, dies offen einzugestehen, statt zu glauben, wir Politiker — egal welcher Richtung — schuldeten dem Publikum nur einen ermutigenden Optimismus und dem Gegner die scharfe Konfrontation.

(Beifall)

Andererseits können wir die Überlebensfragen der Menschheit nirgendwo mit einer größeren Chance auf Erfolg behandeln als in der **Demokratie**. Sie ist offener und lernfähiger als jede andere Regierungsform. Auch wenn es oft nicht schnell genug geht und nicht immer auf Anhieb der richtige Weg gefunden wird, so ist doch die Demokratie am besten in der Lage, Fehler zur Sprache zu bringen, sich zu korrigieren, Einsichten und Vernunft im Widerstreit der Meinungen zu entwickeln.

Entscheidend ist die **Freiheit**. Sie allein macht es möglich, gemeinsam die Wahrheit, das richtige Ziel und die richtigen Mittel und Wege zu suchen.

Die Demokratie ist die einzige Staatsform, die den stets notwendigen Weg zum Wandel in Frieden finden läßt. Damit dies möglich bleibt, darf die Radikalität des Streits niemals die Regeln des Rechts verletzen, denn diese sind die Bedingungen für die Freiheit und die Kraft zur Reform.

(Beifall)

Damit wir in dieser Freiheit zu Entscheidungen kommen können, muß es nach dem **Mehrheitsprinzip** gehen. Dabei wissen wir alle, dass die Mehrheit genauso wenig über die Wahrheit verfügt wie die Minderheit. Keiner darf für sich den Besitz der Wahrheit beanspruchen, sonst wäre er unfähig zum Kompromiß und überhaupt zum Zusammenleben; er würde kein Mitbürger, sondern ein Tyrann. Wer das Mehrheitsprinzip auflösen und durch die Herrschaft der absoluten Wahrheit ersetzen will, der löst die freiheitliche Demokratie auf.

(Beifall)

Deshalb können wir die Stimmen nur zählen, wir können sie nicht wägen.

Aber das genügt nicht. Von Mehrheiten und Minderheiten wird mehr verlangt, als zählen zu können. Die Minderheit muß der Mehrheit das Recht zur Entscheidung zugestehen. Die Mehrheit hat beim Umgang mit diesem Recht die Pflicht, sich in der offenen Suche nach Wahrheit besonders zu engagieren. Sie muß ihre Entscheidung auf Grundsätze stützen, die von allen eingesehen und als legitim empfunden werden können. Die Entscheidungen müssen zumutbar sein. Keiner soll sich durch sie in seiner Existenz bedroht oder ausgebürgert fühlen. Nur so ist ein **demokratischer Grundkonsens** möglich, den die Verfassung zwar nicht vorschreibt, ohne den aber die Demokratie auf die Dauer nicht leben kann. Nur so ist auch die Zustimmung der freien Bürger zu ihrem freien Staat zu gewinnen. Nur so wachsen ihre Mitarbeit und ihr Gemeinsinn.

Es gibt bei uns eine große **Aktivität der Bürger**. Man kann ein gestärktes Bürgerbewußtsein, verbunden mit einem geschwächten Staatsbewußtsein, beobachten. Aber heißt dies, daß sich die Bürger damit ganz grundsätzlich gegen den Staat wenden? Das glaube ich durchaus nicht.

Gewiß, die einzelnen und die Gruppen nehmen in erster Linie ihre eigenen Interessen wahr. Aber sie empfinden doch sehr deutlich, dass nicht jeder frei ist, durchzusetzen, was er will, sondern daß zur Vielfalt der Einzelinteressen die Einheit der **Gemeinwohlentscheidung** treten muß. Das ist es, was die Bürger vom Staat erwarten. Wenn er sie darin enttäuscht, wenn er nur eine Dienstleistungsmaschine ist, wenn er seine ganz eigenständige Gemeinwohlaufgabe in der Gesellschaft nicht überzeugend durchzusetzen weiß, wenn er also am Ende bestenfalls ein bald beklatschter, bald ausgepiffener Schiedsrichter ist, wie will er dann seine Bürger binden und gewinnen? Wie kann er damit etwas anderes erzeugen als Verdrossenheit gegen sich selbst?

Und gibt es bei den Bürgern wirklich so wenig Gemeinsinn, wie man oft hören kann? Ist es wahr, was in Magazinen zu lesen ist, **Gemeinsinn und Selbstlosigkeit** lösten hierzulande nur hämische Mitbürgerglossen aus? Ich deute die Zeichen ganz anders. Es gibt viele — zumeist im stillen erbrachte — soziale Dienste aller Art in der Nachbarschaft. Junge und Alte sind daran beteiligt.

Und wenn junge Menschen eine Alternativkultur aufbauen, dann folgen sie damit zunächst einmal dem Wunsch jeder neuen Generation, nämlich dem, daß sie ihre Welt selbst in die Hand nehmen wollen und nicht einfach Museumswärter einer Welt ihrer Vorfahren sein wollen. Darüber hinaus aber suchen sie Aufgaben, die ihnen das Leben lohnend machen, die ihnen Gemeinschaft bringen, die sie spüren lassen, daß sie menschlich gebraucht werden. Mit unserem Staat werden sie sich um so eher identifizieren, je mehr er ihnen nicht nur das notwendige und willkommene soziale Netz bietet, sondern auch ein soziales Band, das sie vermissen.

Der Bürger — so sagte mir einer von ihnen — wird versorgt, er wird entsorgt, er kann unbesorgt sein. Aber kann er auch genügend mitsorgen, miterleben, mitarbeiten? Solche Fragen ernst nehmen, das halte ich für unsere Aufgabe. Sie mögen kritisch gesagt und gefragt sein, aber sie sind positiv zu verstehen. Manche Bürgerbewegung nimmt — vielleicht unbewußt — für einen Staat Stellung, der persönliche Verantwortung und mitmenschliche Verbindung nicht überflüssig macht, sondern ermutigt. Auch das gehört zur Gemeinwohlaufgabe des Staates.

Herr Bundespräsident Carstens und ich haben uns über unsere Ansprachen nicht verständigt, aber es ist doch kein Zufall, daß wir beide mit einem ganz ähnlichen Gedanken abschließen. Und so lassen Sie auch mich an den Anfang unserer Verfassung anknüpfen. Diese Verfassung beginnt, wie wir wissen, für das deutsche Volk mit den Worten: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ...“

Für die Berufung auf Gott gab es in der deutschen Verfassungsgeschichte keine feste Tradition. Der Parlamentarische Rat fand den Mut zu diesen Worten im Hinblick auf das Unheil des Nationalsozialismus und auf den Wahn, daß ein Volk oder der Mensch selbstmächtig, selbstherrlich, Herrenvolk, Herrenmensch sei.

Die Verantwortung vor Gott ist nicht dazu da, nachgeprüft zu werden. Vielen mag sie vielleicht nichts bedeuten. Wer weiß, ob sie heute Eingang fände, falls wir eine neue Verfassung zu schreiben hätten.

Die Verweltlichung aller Lebensverhältnisse ist fortgeschritten. Eindeutig klar bleibt nur das Bekenntnis des Grundgesetzes zur Pluralität weltanschaulicher Auffassungen, zur Neutralität gegenüber der Vielfalt religiöser oder areligiöser Leitlinien.



Dennoch ist es nicht müßig, an das **Verfassungsbekenntnis zur Verantwortung vor Gott** zu erinnern. Der Verweltlichung und Säkularisierung stehen neue, teilweise heftige religiöse Zuwendungen und Ausschläge gegenüber. Aufklärung, Rationalität, naturwissenschaftliche Forschung — sie alle schaffen nicht nur tiefere Einsicht in die Komplexität, sie bringen auch von neuem die Erkenntnis hervor, daß nicht alles erklärbar ist.

Wir begegnen der Erfahrung, daß der Mensch nicht das Maß aller Dinge ist, daß er nicht alles deuten, nicht allem und nicht sich selbst den letzten Sinn geben kann. Wenn er aber in einer Welt leben soll, die ihm diese Erfahrung bestreiten und alles weltlich erklären will, dann reagiert er darauf oft mit einer Flucht; zuletzt flieht er in Sekten und in den Fanatismus. Dies ist nicht auf den christlich geprägten Teil der Welt beschränkt; wir finden es im Abendland und im Morgenland.

Was folgt für uns daraus? Ganz gewiß kein politischer Auftrag zu religiöser Verkündigung. Aber es geht uns alle etwas an, was die Wirklichkeit der Religion in der Gesellschaft bedeutet.

Jacob Burckhardt hat darauf hingewiesen, daß die Religion im neutralen Staat den Unterschied zwischen heilig und profan verdeutliche: Das Heilige, so sagt er, ist die Ehrfurcht vor Gott, die in die Welt vordringt, in die Ehrfurcht vor dem Menschen, vor seiner Einmaligkeit, seiner Würde, seiner unsterblichen Seele.

Dazu mag jeder seine eigenen Auffassungen haben. Schaden aber bringt es niemanden, sich immer wieder von neuem den Unterschied zwischen dem Letzten und dem Vorletzten klarzumachen, zwischen unserer Verantwortung und unseren Grenzen. Weder Naturwissenschaftler noch Geistes- und Sozialwissenschaftler können alles erklären, erst recht nicht wir Politiker.

Die **Verfassung** erinnert an die Verantwortung vor Gott. Sie überläßt jedem sein Gottesbild und sein Weltbild. Aber uns allen legt sie ein **Menschenbild** ans Herz, das uns entscheidend helfen kann. Gerade dort, wo uns unter den oft ausweglos erscheinenden Spannungen im Leben und in der Welt die Verzweiflung anfällt, gerade dort kann sie uns tiefe Zuversicht geben.

Es geht nicht um große Taten, die wir uns vornehmen, es geht um die Pflichten und Freuden eines jeden Tages. Der weise alte Berliner Moses Mendelssohn schrieb:

Auf dem dunklen Pfad, auf dem der Mensch  
hier auf Erden gehen muß, gibt es gerade  
soviel Licht, wie er braucht, um den  
nächsten Schritt zu tun.

Dieses Licht sucht der Mensch, und ich meine, er kann es finden.

Davon wollen wir uns leiten lassen im täglichen Leben und in unserer Arbeit. Was ich mit meinen Kräften dazu beitragen kann, soll geschehen. Jeder, der mithilft, ist willkommen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

**Präsident Dr. Barzel:** Ich danke Ihnen, Herr Bundespräsident, und spreche Ihnen noch einmal die besten Wünsche aus. [...]

**13. 9. Bundesversammlung**

<b>Übersicht</b>	
<b>Zusammensetzung nach Parteien</b>	
CDU/CSU	479
SPD	419
FDP	71
Die Grünen <sup>1)</sup>	67
Sonstige <sup>2)</sup>	2
Insgesamt	1 038
<sup>1)</sup> einschließlich Alternative Liste (AL) und Grün-Alternative Liste (GAL)	
<sup>2)</sup> 1 Fraktionslose und 1 Republikaner	
<b>Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder<sup>3)</sup></b>	
Baden-	77
Württemberg	
Bayern	94
Berlin	16
Bremen	5
Hamburg	13
Hessen	46
Niedersachsen	63
Nordrhein-	141
Westfalen	
Rheinland-Pfalz	32
Saarland	9
Schleswig-	23
Holstein	
<sup>3)</sup> Bekanntmachung der Bundesregierung vom 17. Januar 1989 (BGBl. I S. 90) über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung.	
<b>Tagungsort und Tagesstätte:</b> Bonn, Beethovenhalle	
<b>Präsident der Bundesversammlung:</b> Bundestagspräsidentin Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth	
<b>Wahlergebnis</b>	
	1. Wahlgang
Richard von Weizsäcker (Vorschlag der CDU/CSU, FDP und SPD)	
Ja-Stimmen	881
Nein-Stimmen	108
Enthaltungen	30
ungültige Stimmen	3
abgegebene Stimmen insgesamt	1 022
23. Mai 1989	

---

**Gewählt:** Richard von Weizsäcker im 1. Wahlgang mit 881 Stimmen <sup>4)</sup>

– **Wiederwahl** –

<sup>4)</sup> erforderliche Mehrheit: 520 Stimmen

**Amtszeit:** 1. Juli 1989 bis 30. Juni 1994

**Verzeichnis der Mitglieder****A**

Dr. Abelein \*<sup>52)</sup>  
 Abraham  
 Frau Dr. Adam-Schwaetzer \*  
 Frau Adler \*  
 Dr. Ahrens \*  
 Aigner  
 Dr. Albrecht  
 Amling \*  
 Andres (Berlin)  
 Andres (Hannover) \*  
 Frau Angele  
 Aniol  
 Antretter \*  
 Dr. Apel \*  
 Arentz  
 Arnegger  
 Frau Augustin  
 Austermann \*

**B**

Bachmaier \*  
 Badeck  
 Bahr \*  
 Bamberg \*  
 Frau Baro  
 Dr. Barzel  
 Frau Bauer  
 Bauer \*  
 Baum \*  
 Baumgärtel  
 Baumgarten  
 Bayha \*  
 Beck  
 Frau Beck-Oberdorf \*  
 Becker (Düsseldorf)  
 Dr. Becker (Frankfurt) \*  
 Becker (Langen)  
 Becker (Nienberge) \*  
 Frau Becker-Inglau \*  
 Frau Beckers

Beckmann \*  
 Frau Beer \*  
 Beer-Bercher  
 Dr. Begemann  
 Frau Berger (Berlin) \*  
 Frau Dr. Berghofer-Weichner  
 Bernrath \*  
 Frau Bickel  
 Frau Dr. Biebl  
 Dr. Biedenkopf \*  
 Biehle \*  
 Frau Bill  
 Bindig \*  
 Bischoff  
 Frau Bischoff  
 Dr. Blank  
 Dr. Blanke  
 Blaschke  
 Frau Blask  
 Frau Blaul  
 Bleeker  
 Dr. Blens \*  
 Bloemecke  
 Dr. Blüm \*  
 Blumenberg  
 Frau Blunck \*  
 Böhm (Melsungen) \*  
 Dr. Böhme (Unna) \*  
 Frau Böhmken  
 Börnsen (Bönstrup) \*  
 Börnsen (Kiel)  
 Börnsen (Ritterhude) \*  
 Dr. Bötsch \*  
 Bogusch  
 Bohl \*  
 Bohlsen \*  
 Bojak  
 Borchert \*  
 Dr. Born  
 Bräuer  
 Frau Bräunling  
 Brandt \*  
 Brauer \*  
 Frau Brauksiepe  
 Braun  
 Frau Braun  
 Bredehorn \*  
 Breit

Breuer \*  
 Dr. Briefs \*  
 Frau Brinckmeier  
 Broschell  
 Brück (Frankfurt)  
 Brück (Holz) \*  
 Brüderle  
 Brüseke  
 Frau Brunn  
 Bruns  
 Bub  
 Frau Bucher  
 Büchler (Hof) \*  
 Büchner (Speyer) \*  
 Frau Bühler  
 Bühler (Bruchsal) \*  
 Dr. von Bülow \*  
 Büssow  
 Frau Büttner  
 Buhmann  
 Frau Bulmahn \*  
 Burger  
 Frau Burkei  
 Frau Busch  
 Buschbom \*  
 Buschfort \*  
**C**  
 Frau Caim  
 Carstens (Emstek) \*  
 Carstensen (Nordstrand) \*  
 Catenhusen \*  
 Frau Christians  
 Clauss  
 Claußen  
 Clemens \*  
 Frau Conrad \*  
 Conradi \*  
 Cronenberg (Arnsberg) \*  
 Dr. Czaja \*  
**D**  
 Frau Dr. Däubler-Gmelin \*  
 Dahmen  
 Dr. Dammeyer  
 Dr. Daniels (Bonn) \*  
 Dr. Daniels (Regensburg) \*  
 Daubertshäuser \*

<sup>52)</sup> \* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

Frau Daun  
 Daweke \*  
 Frau Decking-Schwill  
 Deger  
 Frau Dempwolf \*  
 Denzer  
 Deres \*  
 Dieckvoß  
 Dr. Diederich (Berlin) \*  
 Frau Diederichs  
 Diepgen  
 Diller \*  
 Dörflinger \*  
 Dr. Döring  
 Dr. Dollinger \*  
 Doppmeier  
 Dorfner  
 Doss \*  
 Dr. Dregger \*  
 Drescher  
 Dreßler \*  
 Dreyer  
 Frau Düchting  
 Dr. Dürr  
 Dunst  
 Duve \*  
**E**  
 Echternach \*  
 Egert \*  
 Ehlers  
 Ehlert  
 Dr. Ehmke (Bonn) \*  
 Ehrbar \*  
 Dr. Ehrenberg \*  
 Ehrmann  
 Eich \*  
 Frau Eichler  
 Frau Eid \*  
 Eigen \*  
 Eimer (Fürth) \*  
 Einert  
 Frau Elstner  
 Dr. Emmerlich \*  
 Engelhard \*  
 Engelsberger \*  
 Engholm  
 Frau Erdsiek-Rave  
 Erler \*  
 Esters \*  
 Ewen \*  
 Eylmann \*

**F**  
 Frau Faber  
 Dr. Faltlhauser \*  
 Dr. Farthmann  
 Frau Faße \*  
 Frau Fedder  
 Feilcke \*  
 Dr. Feldmann \*  
 Dr. Fell \*  
 Fellner \*  
 Frau Fiedler  
 Fiege  
 Frau Fischer (Bayreuth)  
 Fischer (Dortmund)  
 Fischer (Frankfurt)  
 Fischer (Hamburg) \*  
 Fischer (Homburg) \*  
 Fischer (München)  
 Fischer (Neuenkirchen)  
 \*  
 Fischer (Peine)  
 Frau Flinner \*  
 Frau Fojut  
 Frau Folz-Steinacker \*  
 Forster  
 Francke (Hamburg) \*  
 Frey  
 Frau Fricke  
 Frau Friebe  
 Dr. Friedmann \*  
 Dr. Friedrich \*  
 Frau Friß \*  
 Fritz  
 Frau Fritzen  
 Dr. Fuchs  
 Frau Fuchs (Köln) \*  
 Fuchs (Mainz)  
 Frau Fuchs (Verl) \*  
 Fuchtel \*  
 Frau Funcke  
 Fundis  
 Funk (Gutenzell) \*  
 Funke \*  
**G**  
 Frau Gärtner  
 Dr. Galinski  
 Gallus \*  
 Frau Ganseforth \*  
 Gansel \*  
 Ganz (St. Wendel) \*

Frau Garbe (Lauenförde)  
 \*  
 Frau Garbe (Münster)  
 Gattermann \*  
 Dr. Gautier \*  
 Frau Geese  
 Frau Geiger \*  
 Geil  
 Geis \*  
 Dr. Geisel  
 Dr. Geißler \*  
 Dr. von Geldern \*  
 Gellersen  
 Genscher \*  
 Dr. Gerhardt  
 Gerspacher  
 Gerstein \*  
 Gerster (Mainz) \*  
 Gerster (Worms) \*  
 Frau Geschka  
 Giere  
 Gilges \*  
 Girisch  
 Glos \*  
 Dr. Glotz \*  
 Glück  
 Glup  
 Göbel  
 Dr. Göhner \*  
 Dr. Gölter  
 Görlach  
 Görlitz  
 Frau Dr. Götte \*  
 Dr. Götz \*  
 Götz  
 Golibrzuch  
 Goll  
 Frau Grabmair  
 Grätz  
 Graf \*  
 Graßl  
 Frau Gravert  
 Greulich  
 Gries \*  
 Frau Grimm  
 Gröbl \*  
 Großmann \*  
 Grünbeck \*  
 Grüner \*  
 Dr. Grünwald \*  
 Grunenberg \*

---

Dr. Günther	Dr. Hennig *	<b>I</b>
Günther (Duisburg) *	Henning	Ibel
<b>H</b>	Frau Hensel *	Ibrügger *
Dr. Haack *	Herkenrath *	Ihle
Haack (Extertal) *	Herold (Kirchheim)	Imhof
Haag (Stuttgart)	Herold (St. Ingbert)	Irmer *
Haar *	Hertle	Issen
Haas	Heyenn *	<b>J</b>
Frau Haas	Frau Hieke	Jacoby
Hackler	Hiersemann	Jäger (Bremen)
Dr. Häfele *	Hildebrandt	Jäger (Wangen) *
Häfner *	Hiller (Lübeck) *	Jahn (Bayreuth)
Frau Hämmerle *	Hiller (Wolfsburg)	Jahn (Marburg) *
Dr. Hänsch	Frau Hillerich *	Dr. Jahn (Münster) *
Frau Hamer	Dr. Hillermeier	Jahn (Watzum)
Frau Dr. Hamm-Brücher	Hinrichs *	Dr. Janning
*	Hinsken *	Jaunich *
Hammerbacher	Hintze	Frau Jeltsch
Hardt	Dr. Hirsch *	Dr. Jenninger *
Harries *	Dr. Hitschler *	Dr. Jens *
Frau Dr. Hartenstein *	Frau Hochgrebe	Jetz
Hartmannsberger	Hodapp	Dr. Jobst *
Hasenfratz *	Höffkes *	Dr. Jochimsen
Frau Hasse	Hölzl	Dr. Jung
Frau Hasselfeldt *	Frau Dr. Hönes	Jung (Düsseldorf) *
Hasselmann	Höpfinger *	Jung (Limburg) *
Dr. Hauchler *	Hörster *	Jung (Lörrach) *
Hauck	Dr. Hoffacker *	Jungmann (Frankfurt)
Dr. Hauff *	Hoffmann (Bad Schwar-	Jungmann (Wittmoldt) *
Haungs *	tau)	Frau Junker
Hauser (Esslingen) *	Frau Hoffmann (Soltau)	<b>K</b>
Hauser (Krefeld) *	*	Kaiser
Dr. Haussmann *	Hofmann (Knetzgau)	Kalb *
Frau Hecht	Dr. Holtz *	Kalisch *
Hedrich	Holzapfel	Dr.-Ing. Kansy *
Frh. Heereman von Zu-	Hoppe *	Kanther
ydtwyck *	Horn *	Dr. Kappes *
Hegemann	Dr. Hornhues *	Karow
Heiler	Hoss *	Frau Karwatzki *
Heimann *	Dr. Hoyer *	Frau Kasimier
Heinemann	Frau Huber	Frau Kastner *
Heinrich (Augsburg)	Huber	Kastning *
Heinrich (Neuenstein)	Frau Hüls	Katzer
Heinzel	Frau Hürland-Büning *	Katzy
Heistermann	Dr. Hüsch *	Keitel
Frau Held-Ingenbrand	Hüser *	Kelber
Frau Hellbach	Frau Hummel	Keller
Hellberg	Hungerbühler	Kellner
Frau Heller	Huonker *	Frau Kelly *
Frau Dr. Hellwig *	Dr. Hupka	Kiechle *
Helmrich *	Graf Huyn *	Kiehm *

Kiel	Frau Kreuzer	Lipinski
Kielburger	Krey *	Dr. Lippelt (Hannover) *
Kiesecker	Kribben	Dr. Lippold (Offenbach)
Kiesl	Kroll-Schlüter *	*
Dr.-Ing. Kirchhoff	Krollmann	Littbarski
Kirschner *	Kronawitter	Lohmann (Berlin)
Kißlinger *	Dr. Kronenberg *	Lohmann (Witten) *
Kittelmann *	Krug	Lorenz
Klein (Dieburg) *	Dr. Krumsiek	Lorenzen
Klein (München) *	Kruse	Louven *
Kleinert (Hannover) *	Kuckart	Lowack *
Kleinert (Marburg) *	Kuckelkorn	Lüder *
Frau Kleinke	Küchler	Lummer *
Kleist	Kühbacher *	Lutz (Gau-Algesheim)
Dr. Klejdzinski *	Kuhlwein *	Lutz (Nürnberg) *
Klemm	Dr. Kunz (Weiden) *	Frau Luuk *
Dr. Klimke	Kusz	<b>M</b>
Dr. Klink	Kwiaton	Maaß *
Dr. Klippstein	<b>L</b>	Frau Männle *
Dr. Klose	Dr.-Ing. Laermann *	Magin *
Klose (Hamburg) *	Lafontaine	Mahlberg
Dr. Klunzinger	Lambinus *	Dr. Mahlo *
Dr. Knabe *	Dr. Graf Lambsdorff *	Frau Maibaum
Frau Knäpple	Lamers *	Mairose
Knauer	Dr. Lammert *	Marschewski *
Frau Knerr	Frau Landgraf	Martin
Frau Knoblich	Lanfermann	Frau Martini
Dr. Köhler (Wolfsburg) *	Frau Lange-Bauer	Frau Matthäus
Kölmel	Langenberger	Frau Matthäus-Maier *
Frau König	Dr. Langner *	Maurer
Dr. König	Lattmann *	Mauz
Dr. Kohl *	Frau Lauer	Mayer (Dirlewang)
Frau Kohlmeyer	Dr. Laufs *	Dr. Mechtersheimer *
Kohn *	Frau Lazarus	Frau Mehl
Kolb *	Leeb	Mehrlich
Kolbow *	Frau Dr. Lehr	Meister
Koltzsch *	Leidinger *	Meneses Vogl *
Kompe	Frau Leinemann	Menzel *
Kopka	Frau Leithäuser	Dr. Merbold
Korn	Lellek	Mernizka
Koschnick *	Lengemann	Dr. Mertens (Bottrop) *
Kossendey *	Lennartz *	Metz
Kozlowski	Lenz	Meuffels
Kränzle	Lenzer *	Meyenborg
Kraus *	Leonhart *	Frau Meyer
Frau Kraus	Frau Limbach *	Meyer (Dortmund) *
Dr. Krause	Link (Diepholz) *	Meyer (Hamm)
Dr. Kreile *	Link (Frankfurt) *	Meyer (Schafflund)
Kretkowski *	Linsmeier *	Dr. Meyer zu Bentrup *
Kretschmer	Dr. Linssen	Michels *
Kreuzeder *	Lintner *	Michl



Mihr	Niggemeier *	Dr. Pohl
Milde	Frau Nill	Pohlmann
Mischnick *	Dr. Nobel *	Dr. Pohlmeier *
Mock (Bierden)	Nolting *	Pommerenke
Mölder	Frau Nosthoff	Frau Portner
Möllemann *	<b>O</b>	Porzner *
Dr. Möller *	Frau Odendahl *	Poß *
Möller (Gießen)	Frau Oel	Dr. Posser
Möller (Marburg)	Frau Oerke	Dr. Probst *
Möslein	Oesinghaus *	Prochnow
Mogg (Bad Urach)	Frau Oesterle-Schwerin	Frau Protoschill
Mohr	*	Pung
Momper	Oestmann	Purps *
Frau Morawietz	Oettinger	<b>R</b>
Morich	Offergeid	Radunski
Dr. Müller *	Dr. Olderog *	Rappe (Hildesheim) *
Müller (Aystetten)	Oostergetelo *	Dr. Rau
Müller (Düsseldorf) *	Opel *	Rau
Müller (Kirchheim)	Dr. Osswald *	Rauen *
Dr. Müller (München)	Frau Osterloh	Frau Rauschning
Müller (Nürnberg)	Oswald *	Frau Rauterkus
Müller (Pleisweiler) *	<b>P</b>	Ravens
Müller (Schweinfurt) *	Frau Pack *	Rawe *
Müller (Tostedt)	Pagels	Rebhan
Müller (Wadern) *	Paintner *	Reddemann (Hagen) *
Müller (Wesseling) *	Pakendorf	Reddemann (Kirchzarten)
Dr. Münch	Paterna *	Reding
Müntefering *	Pauli *	Frh. von Redwitz
Muscheid	Frau Paulina-Mürl	Regenspurger *
<b>N</b>	Paus	Dr. Rehberger
Nagel (Borken)	Frau Pausch-Gruber	Reichel
Nagel (Mannheim) *	Dr. Penner *	Reimann *
Nannen	Perschau	Reitzel
Nassauer	Pesch *	Frau Renger *
Nawarra	Frau Dr. Peter	Renner
Nehm *	Peter (Kassel) *	Repnik *
Nelle *	Peters	Reschke *
Nentwig	Petersen *	Reul
Frau Dr. Netzer	Pfeffermann *	Reuschenbach *
Neuhaus	Pfeifer *	Reuter (Bad Mergentheim)
Neuhausen *	Pfeil	Reuter (Nidderau) *
Dr. Neuling *	Dr. Pfennig *	Richter *
Neumann (Bremen) *	Pflug	von Richthofen
Neumann (Obernkirchen)	Pfähler	Frau Ridder-Melchers
Neumayr	Pfuhl *	Dr. Riedl (München) *
Frau Nickels *	Frau Philipp	Riehemann
Nicola	Dr. Pichlmayr	Riehm
Niegel *	Dr. Pick *	Frau Ries
Frau Dr. Niehuis *	Dr. Pinger *	Frau Riesenbeck
Dr. Niese *	Plötz	
	Pofalla	

Dr. Riesenhuber *	Schartz (Trier) *	Frau Schulte (Hameln) *
Riester	Schauerte	Dr. Schulte (Schwab. Gmünd) *
Rind *	Schaufuß	Schultz (Köln)
Dr. Rinsche	Dr. Scheer *	Schulze (Berlin) *
Rippert	Schemken *	Schumacher
Rist	Scherrer *	Schwarm
Rixe *	Scheu *	Schwarz (Leubsdorf) *
Frau Rock *	Scheuermann	Schwarz (St. Ingbert)
Röhner	Frau Schilling *	Dr. Schwarz-Schilling *
Frau Römer	Schily *	Schwegler
Frau Rönsch (Wiesbaden) *	Schinzeln	Frau Schweiger
Dr. Rohde	Frau Schleicher	Schwichtenberg
Rohde (Hannover)	Schleußer	Schwickert
Rohe (Minden)	Schlick	Schwier
Frau Roitzsch (Quickborn) *	Schlotmann	Dr. Schwörer *
Romstöck	Schluckebier *	Seehofer *
Ronneburger *	Frau Schlumberger	Seesing *
Dr. Rose *	Frau Schmidbauer	Frau Dr. Segall *
Dr. Rosenbauer	Schmidbauer *	Seichter
Frau Rosh	Schmidt (Hamburg)	Seidenthal *
Rossmannith *	Schmidt (Hamburg) *	Frau Seiler-Albring *
Dr. Rost	Schmidt (Hemmingen)	Seiters *
Roth *	Schmidt (München) *	Seitz
Roth (Gießen) *	Frau Schmidt (Nürnberg)	Frau Seitz-Weinzierl
Dr. Rothemund	*	Frau Seuster *
Rudolph	Schmidt (Salzgitter) *	Sieber
Rühe *	Schmitz (Baesweiler) *	Sielaff *
Rüsenberg	Dr. Schmude *	Sieler (Amberg) *
Rüssel	von Schmude *	Frau Sienknecht
Dr. Rüttgers *	Frau Schneider	Singer *
Ruf *	Schneider (Dortmund)	Frau Dr. Skarpelis-Sperk *
Rumpf	Dr. Schneider (Nürnberg)	Schwester Slaby
Ruppert	Schneier (Zeil)	Dr. Soell *
Frau Rust *	Dr. Schnoor	Dr. Solms
<b>S</b>	Schockemöhle	Soltau
Frau Saibold *	Dr. Schöfberger *	Sondermann
Samland	Schöffler	Frau Dr. Sonntag-
Sauer (Salzgitter) *	Schön	Wolgast *
Sauer (Stuttgart) *	Schoppe	Späth
Sauter (Epfendorf) *	Frau Schoppe *	Dr. Sperling
Schaebler	Frh. von Schorlemer *	Frau Speth
Schäfer (Mainz) *	Frau Dr. Schraps	Spilker *
Schäfer (Offenburg) *	Schreiber *	Dr. Spöri
Dr. Schäuble *	Schreiner *	Spranger *
Frau Schaller	Dr. Schroeder (Freiburg)	Dr. Sprung *
Schanz *	*	Stächele
Schaper	Schröder (Immensen)	Stahl (Kempen) *
Scharping	Schröer (Mülheim) *	Frau Stahmer
Scharrenbroich *	Schütz *	Dr. Stark (Nürtingen) *
	Schulhoff *	

Starzacher	Troeltsch	Frau Walz *
Dr. Stavenhagen *	Trojan	Dr. Warnke *
Steffen	Frau TÜns	Dr. Warrikoff *
Steiner *	Dr. Twenhöven	Dr. von Wartenberg *
Frau Steinhauer *	<b>U</b>	Wartenberg (Berlin) *
Steinkühler	Dr. Uelhoff *	Frau Waschbüsch
Dr. Stercken *	Uhlenberg	Weber (Burghaun)
Stich	Uhrig	Weber (Regensburg)
Stiegler *	Uldall *	Frau Dr. Wegner *
Stobbe *	von Unger	Weiermann *
Stockmeir	Dr. Unland *	Weilandt
Dr. Stölzl	Frau Unruh *	Frau Weiler *
Frau Stoll	Unterseher	Weirich *
Dr. Stoltenberg *	Urbanik *	Weiß (Kaiserslautern) *
Frau Stolterfoth	<b>V</b>	Weiss (Monschau)
Frau Stommel	Vahlberg *	Weiss (München) *
Straßmeir *	Frau Varenkamp	Weisskirchen (Wiesloch)
Stratmann-Mertens *	Frau Vennegerts *	*
Straub	Verheugen *	Wellmann
Frau Strebl	Frau Verhülsdonk *	Welteke
Frau Strobel	Frau Versteegen	Wendzinski
Strobl	Frau Vetter	Dr. Weng (Gerlingen) *
Ströbele	Viehbacher	Wente
Strube *	Dr. Vogel *	Werner (Ulm) *
Dr. Struck *	Vogel (Ennepetal) *	Dr. Wernitz *
Stüber	Vogel (Hamburg)	Westermann *
Stücklen *	Vogt (Düren) *	Westphal *
Stump	Voigt (Frankfurt) *	Wettstein
Frau Sturm	Dr. Voigt (Northeim) *	Wetzel *
Sturmowski	Dr. Volkert	Frau Weyel *
Such *	Frau Dr. Vollmer *	Dr. Weyrich
Frau Dr. Süßmuth *	Vollmer (Schwaikheim)	Dr. Wiczorek *
Susset *	Volmer (Gelsenkirchen)	Wiczorek (Duisburg) *
<b>T</b>	*	Frau Wiczorek-Zeul *
Frau Talhorst	Dr. Vondran *	Wiefelspütz *
Frau Terborg *	Dr. Voscherau	von der Wiesche *
Terlinden	Vosen *	Wilhelm
Frau Teubner	Dr. Voss *	Dr. Wilhelm
Teufel	<b>W</b>	Wilke
Frau Thoben	Dr. Waffenschmidt *	Frau Will-Feld *
Dr. Thomae *	Dr. Wagner	Dr. Willich
Tiedemann	Frau Wagner	Frau Dr. Wilms *
Tietjen *	Wagner (Dortmund)	Frau Wilms-Kegel *
Tietze	Wagner (Saarbrücken)	Wilz *
Tillmann *	Frau Wagner-Pätzhold	Frau Wimmer
Frau Dr. Timm *	Dr. Waigel *	Wimmer (Neuötting) *
Timm *	Graf von Waldburg-Zeil	Wimmer (Neuss) *
Dr. Todenhöfer *	*	Windelen *
Toetemeyer *	Waldenberger	Wischnewski *
Trapp	Waltemathe *	Frau Dr. Wisniewski *
Frau Trenz *	Walther *	Wissmann *

---

Dr. de With \*  
Wittich \*  
Dr. Wittmann \*  
Wohlrabe \*  
Frau Woldering  
Wolfgramm (Göttingen)  
\*  
Frau Wollny \*  
Wollscheid  
Dr. Worms  
Wübbena-Mecima  
Frau Wülfig  
Wüppesahl \*  
Frau Würfel \*  
Würtz \*  
Würzbach \*  
Frau Dr. Wulf-Mathies  
Dr. Wulff \*  
**Z**  
Zander \*  
Frau Zech  
Zeitler \*  
Zeitmann \*  
Zeller  
Zenz  
Zierer \*  
Dr. Zimmermann \*  
Zimmermann (Bad Rap-  
penau)  
Zimmermann (Rosen-  
heim)  
Zink \*  
Dr. Zöpel  
Zumkley \*  
Zywietz \*

**Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten**

	CDU/CSU				SPD				FDP				Die Grünen/AL				Sonstige				Insgesamt			
	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	Md B	Md L	Kei n Md L	ins g.	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	Md B	Md L	Kei nM dL	insg.
Baden- Württemberg	36	23	18	77	22	11	15	48	9	4	-	13	7	-	6	13	-	-	-	-	74	38	39	151
Bayern	49	22	37	108	24	13	15	52	7	-	-	7	7	1	6	14	-	-	-	-	87	36	58	181
Berlin	11	1	6	18	7	3	3	13	2	-	-	2	2	-	2	4	-	-	1**)	1	22	4	12	38
Bremen	2	1	-	3	3	3	-	6	1	1	-	2	1	-	-	1	-	-	-	-	7	5	-	12
Hamburg	5	6	-	11	6	3	3	12	1	1	-	2	2	-	-	2	-	-	-	-	14	10	3	27
Hessen	19	18	2	39	18	9	10	37	4	2	1	7	4	4	-	8	-	-	-	-	45	33	13	91
Niedersachsen	26	11	18	55	26	6	21	53	6	2	1	9	5	1	3	9	-	-	-	-	63	20	43	126
Nordrhein- Westfalen	58	30	25	113	62	41	37	140	12	3	5	20	11	-	-	11	-	-	-	-	143	74	67	284
Rheinland-Pfalz	15	12	4	31	12	9	4	25	3	2	-	5	2	1	-	3	-	-	-	-	32	24	8	64
Saarland	4	3	-	7	4	3	2	9	1	1	-	2	1	-	-	1	-	-	-	-	10	7	2	19
Schleswig- Holstein	9	8	-	17	9	7	8	24	2	-	-	2	1	-	-	1	1*)	-	-	1	22	15	8	45
	234	135	110	479	193	108	118	419	48	16	7	71	43	7	17	67	1	-	1	2	519	266	253	1038
		245				226				23				24			1					519		

\*) fraktionslos

\*\*\*) Republikaner

Zusammengestellt vom Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages

**Stenographischer Bericht**

Bonn, Dienstag, den 23. Mai 1989<sup>53)</sup>

Beginn: 11.00 Uhr

**Präsidentin Dr. Süßmuth:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich eröffne die 9. Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und heiße Sie alle herzlich willkommen. Ich begrüße die Mitglieder der Bundesversammlung, unter ihnen den Bundeskanzler und die Mitglieder der Bundesregierung, die Ministerpräsidenten, die Minister und Senatoren der Bundesländer. Stellvertretend für alle Bürger und Bürgerinnen unseres Landes grüße ich die Mitglieder des Bundestages und die von den Länderparlamenten gewählten Mitglieder der Bundesversammlung aus den verschiedenen Bereichen des politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens.

Auch an dieser 9. Bundesversammlung nehmen wieder zahlreiche Botschafter und Angehörige ausländischer Missionen teil. Ich danke Ihnen für Ihre Anwesenheit, beweist sie doch Ihre Verbundenheit mit uns an diesem für uns wichtigen Tag.

Schließlich gilt mein herzliches Willkommen den zahlreichen Gästen. Viele von Ihnen haben maßgeblich am Aufbau unserer Bundesrepublik Deutschland mitgewirkt. Ein herzlicher Willkommensgruß gilt der Gattin des Bundespräsidenten und seiner Familie.

(Lebhafter Beifall)

Wir bedauern, daß diese Bundesversammlung nicht in **Berlin** stattfinden kann.

(Beifall)

Um so herzlicher begrüßen wir die Mitglieder der Bundesversammlung aus Berlin.

(Beifall)

Ich grüße alle Bürgerinnen und Bürger in beiden Teilen Deutschlands, die am Bildschirm oder über den Hörfunk die freie Wahl des zukünftigen Bundespräsidenten mitverfolgen.

(Beifall)

Der heutige Tag, an dem vor 40 Jahren hier in Bonn das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verkündet wurde, erinnert uns auch daran, daß wir noch immer ein geteiltes Land und ein geteiltes Volk sind. Aber wir wissen auch, dass das Freiheitsstreben der Menschen nicht zu brechen ist

(Beifall)

und sich unaufhaltsam seinen Weg bahnen wird, bis der Auftrag unseres Grundgesetzes erfüllt ist, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“.

---

<sup>53)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 11. Wahlperiode, Band 149, Sonderdruck

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, der Staatsaufbau unserer Verfassung nimmt seinen Ausgang bei der Gewaltenteilung, bei der Trennung der staatlichen Gewalten. Der **Bundespräsident**, der das höchste Amt in unserem Staat bekleidet, ist nach dem Grundgesetz und der Verfassungswirklichkeit keiner der drei staatlichen Gewalten zugeordnet, er nimmt vielmehr eine Sonderstellung ein.

**Aufgabe des Präsidenten** ist es, durch sein Wort und kraft seiner Persönlichkeit zu verdeutlichen, daß neben den geteilten Gewalten und unabhängig von den widerstreitenden Kräften in Regierung und Opposition in der Demokratie eine Basis der Gemeinsamkeit besteht, die alle verbindet. Deshalb kann und soll der Präsident klärend, versöhnend und friedensstiftend wirken. Er kann so Mittler im System der Gewaltenteilung sein.

Mit Amt und Person des Bundespräsidenten verbinden sich hohe Erwartungen. Das Amt lebt nicht allein von seinem Verfassungsauftrag, es wird geprüft durch die Person, die es wahrnimmt und ausfüllt. Das gilt für Theodor Heuss, Heinrich Lübke und Gustav Heinemann ebenso wie für Walter Scheel, Karl Carstens und Richard von Weizsäcker.

An den Bundespräsidenten richten sich jeweils auch **Erwartungen**, die auf den ersten Blick gegensätzlich, fast unvereinbar erscheinen. Er soll unseren Staat repräsentieren und volknahe sein, eine Persönlichkeit, die herausgehoben und zugleich „zum Anfassen“ ist, dabei überparteilich und nicht verwickelt in den politischen Tagesstreit, aber klar erkennbar in seinen ethischen und politischen Grundpositionen. Oder, auf eine Kurzformel gebracht: Er soll ganz oben stehen und zugleich mittendrin, ganz nah bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Es ist nicht primär die von der Verfassung zugeschriebene Macht, die das Amt des Bundespräsidenten machtvoll erscheinen läßt. Es ist die jeweils eingesetzte und ausgeübte persönliche Autorität, die moralische Integrität, es ist die gelebte politische Kultur, es ist die politische Persönlichkeit.

Der Bundespräsident repräsentiert unseren Staat, und er vertritt uns gegenüber den Völkern der Welt. Vor allem aber ermöglicht er die **Identifikation der Bürger und Bürgerinnen mit unserem Staat**.

Wir brauchen mehr als Symbole in Form von Ämtern, Hymnen und Flaggen. Solche Symbole wirken nur in Verbindung mit Persönlichkeiten, die Demokratie vorleben. In unserer Zeit muß Politik mehr als je zuvor für Wahrheiten auch Worte finden und auf Herausforderungen mit Taten antworten.

Mit der bloßen Errichtung und Fortentwicklung formaler demokratischer Strukturen ist es nicht getan. Bereits 1946 hat der spätere erste Bundespräsident Theodor Heuss in seinem Aufsatz „Um Deutschlands Zukunft“ gesagt – ich zitiere–:

Auch Demokratie ist keine Zauberformel für die Nöte der Welt; die gibt es auch in der Demokratie. Demokratie heißt auch nicht nur Wählerstatistik und ist nicht nur ein Rechenverfahren, sondern im Elementaren die Anerkennung eines freien Menschentums, das auch im Gegner den Partner sieht, den Mitspieler.



Alle bisherigen Bundespräsidenten haben in diesem Sinne gewirkt und so demokratisches Verhalten erfahrbar gemacht. Uns daran in Dankbarkeit zu erinnern, haben wir heute, am 23. Mai 1989, allen Anlaß.

(Beifall)

In diesen Dank sollen auch die **Ehefrauen unserer Bundespräsidenten** eingeschlossen sein. Ihre Aufgaben sind nicht im Grundgesetz festgehalten, ihr Wirken und Mitgestalten sind jedoch im Bewußtsein unseres Volkes fest verankert.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur **Konstituierung** der Bundesversammlung. Die 9. Bundesversammlung besteht aus den 519 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und derselben Zahl von Mitgliedern, die von den Länderparlamenten gewählt worden sind.

Nach den Mitteilungen der Präsidenten der Länderparlamente sind die 519 Mitglieder aus den Ländern rechtmäßig gewählt und benannt worden.

Nach § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung findet die **Geschäftsordnung** des Bundestages auf den Geschäftsgang der Bundesversammlung sinngemäße Anwendung, sofern sich die Bundesversammlung nicht eine eigene Geschäftsordnung gibt.

Können wir entsprechend verfahren? Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, zur **Beschlussfähigkeit** der Bundesversammlung ist die Anwesenheit von mindestens 520 Mitgliedern der Bundesversammlung erforderlich. – Das ist offensichtlich der Fall, wie ich sehe. Die Bundesversammlung ist also beschlußfähig.

Als **Schriftführer und Schriftführerinnen** schlage ich Ihnen die 25 Abgeordneten vor, die auch im Bundestag diese Aufgabe wahrnehmen. Da sie selten erwähnt werden, sollten sie wenigstens heute benannt werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Es sind die Abgeordneten Herr Max Amling, Herr Peter Harry Carstensen, Frau Gertrud Dempwolf, Herr Hans-Joachim Fuchtel, Frau Charlotte Garbe, Herr Dr. Walter Hitschler, Herr Ernst Kastning, Herr Franz Heinrich Krey, Herr Uwe Lambinus, Frau Doris Oden Dahl, Herr Eduard Oswald, Frau Doris Pack, Herr Bernd Reuter, Frau Hannelore Rönsch, Frau Hannelore Saibold, Herr Heinz Schemken, Herr Wolfgang Schulhoff, Herr Gerhard Schulze (Berlin), Herr Heinrich Seesing, Frau Lisa Seuster, Frau Waltraud Steinhauer, Frau Margitta Terborg, Herr Eugen von der Wiesche, Frau Uta Würfel und Herr Benno Zierer. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann ist auch dieses so beschlossen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer Frau Abgeordnete Steinhauer und Herrn Abgeordneten Krey, neben mir Platz zu nehmen. –

Meine Damen und Herren, die Bundesversammlung ist damit konstituiert.

Für die Wahl zum Bundespräsidenten ist von den Vorsitzenden der Koalitionsparteien CDU/ CSU und FDP sowie vom Vorsitzenden der SPD Herr **Dr. Richard von Weizsäcker** vorgeschlagen worden. Er hat seine Bereitschaft zu einer erneuten **Kandidatur** erklärt. Ich stelle im Namen des Sitzungsvorstandes fest, daß der Wahlvorschlag den gesetzlichen Voraussetzungen entspricht.

Meine Damen und Herren, ich bitte nunmehr um Ihre Aufmerksamkeit für einige Hinweise zum **Wahlverfahren**.

Nach § 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten wird mit verdeckten amtlichen Stimmkarten gewählt. Das heißt, daß gemäß § 49 unserer Geschäftsordnung die Wahl geheim stattfindet. Die Stimmkarte erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens an den hier vorne aufgestellten zwei Ausgabebüchsen. Für die Ausgabe der Stimmkarte halten Sie bitte Ihren weißen Wahlausweis bereit.

Ich weise darauf hin, daß Sie Ihre Stimmkarte in den Wahlkabinen ankreuzen müssen und daß Sie dort auch die Stimmkarte in den Wahlumschlag zu legen haben. Die Schriftführer müssen ein Mitglied der Bundesversammlung zurückweisen, das seine Stimmkarte außerhalb der Wahlkabine kennzeichnet oder in den Wahlumschlag legt. In diesem Fall kann die Wahl aber vorschriftsmäßig wiederholt werden.

Stimmkarten mit mehr als einem Kreuz oder sonstigen Zusätzen sind ungültig. Das gleiche gilt für Stimmkarten, die gar nicht gekennzeichnet sind.

Den weißen Wahlausweis übergeben Sie bitte den Schriftführern an der Wahlurne. Dadurch wird die Teilnahme an der Wahl nachgewiesen.

Ich bitte nunmehr die eingeteilten Schriftführer und Schriftführerinnen, ihre Plätze an den Stimmkartenausgaben und an den Wahlurnen einzunehmen. Die Schriftführer zu meiner Rechten und zu meiner Linken werden nun die Namen nach dem Alphabet aufrufen, für die Enttäuschten: leider noch einmal bei A beginnend.

Nachgerückte Mitglieder, die im Namensverzeichnis nicht mehr alphabetisch aufgeführt werden konnten, werden zum Schluß aufgerufen.

Verfolgen Sie bitte den Namensaufruf an Hand der Ihnen vorliegenden Mitgliederliste, und kommen Sie bitte rechtzeitig zur Stimmabgabe.

Meine Damen und Herren, ich eröffne nunmehr die **Wahl** und bitte die Schriftführer und Schriftführerinnen, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf – Während des Namensaufrufs übernehmen um 11.30 Uhr Vizepräsidentin Renger,  
um 11.50 Uhr Vizepräsident Stücklen, um 12.10 Uhr Vizepräsident Westphal und  
um 12.30 Uhr Vizepräsident Cronenberg den Vorsitz)

**Vizepräsident Cronenberg:** Meine Damen und Herren, darf ich Ihre Aufmerksamkeit kurz in Anspruch nehmen. Ich habe zunächst zu fragen: Haben alle Mitglieder der Bundesversammlung ihre Stimme abgegeben? - Das ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich die Wahl und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Meine Damen und Herren, die Sitzung wird nicht unterbrochen. Wir hoffen, in 15 bis 20 Minuten das Ergebnis der Wahl bekanntgeben zu können.

(Auszählung)

**Präsidentin Dr. Süßmuth:** Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Die Mitgliederzahl lag bei 1038, die Zahl der abgegebenen Stimmen bei 1022. 1019 gültige Stimmen wurden abgegeben. Es wurden abgegeben für Herrn Dr. Richard von Weizsäcker 881 Stimmen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Nein-Stimmen 108, Enthaltungen 30, ungültige Stimmen 3.

Meine Damen und Herren, damit hat Herr Dr. Richard von Weizsäcker die nach Art. 54 Abs. 6 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Bundesversammlung erhalten.

(Anhaltender lebhafter Beifall - Die Mitglieder der Bundesversammlung erheben sich)

Herr Bundespräsident, die 9. Bundesversammlung hat Sie mit 881 Stimmen erneut zum Bundespräsidenten gewählt.

Das Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten verlangt von mir, Sie zu fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

**Bundespräsident Dr. von Weizsäcker:** Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall)

**Präsidentin Dr. Süßmuth:** Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß Herr Dr. von Weizsäcker die Wahl zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland angenommen hat.

Herr Bundespräsident, ich beglückwünsche Sie im Namen der Bundesversammlung zu Ihrer so eindrucksvollen Wiederwahl. Stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben die Mitglieder der Bundesversammlung mit ihrem Votum zugleich auch den Dank für Ihre so überzeugende bisherige Amtsführung zum Ausdruck gebracht.

(Lebhafter Beifall)

In diesen Dank, Herr Bundespräsident, möchten wir ausdrücklich Ihre Frau Marianne einschließen.

(Beifall)

Für die vor Ihnen liegende Amtszeit wünsche ich Ihnen Glück und Segen.

Herr Bundespräsident, Sie haben das Wort.

**Bundespräsident Dr. von Weizsäcker:** Frau Präsidentin, für Ihre guten Wünsche möchte ich Ihnen von Herzen danken. Ich möchte den Mitgliedern der Bundesversammlung, die sich an der Wahl beteiligt haben, danken, und ich möchte denen, die ihre Stimme für mich abgegeben haben, für ihr Vertrauen danken.

Mein **Amt** ist für alle da. Ich bin wie bisher so in Zukunft dankbar und offen für Wünsche, Zuspruch und Kritik. Es allen recht zu machen ist nicht möglich. Das würde auch dem Sinn des Amtes widersprechen. Es ist ein Amt, das überparteilich, aber nicht neutral und nicht meinungslos zu führen ist.

Wir sind heute und morgen hier versammelt, um der Geburtsstunde unseres Grundgesetzes und unseres Staates zu gedenken. 40 Jahre ist er alt geworden. Im Schwabenland würde man sagen: Er ist erwachsen geworden.

Wir sollten aber nicht über unsere eigene Reife spekulieren, sondern denen danken, die diesen Staat bis heute geführt haben, und uns der Aufgaben verantwortlich annehmen, die auf uns warten. Es sind schwierige **Aufgaben**, und ich wünsche uns die Kraft, sie zu erkennen und zu meistern. Ich wünsche uns die Kraft, uns nicht von kleineren Fragen ablenken zu lassen von unserer Zuwendung zu dem wirklich Lebenswichtigen. Ich wünsche uns die Kraft, daß wir die vorhandenen wirklichen Chancen für große Entwicklungen zur rechten Zeit erkennen und unseren Beitrag zu ihnen leisten.

(Beifall)

Die engagierte Auseinandersetzung unter Demokraten über den besten Weg hierzu ist notwendig und immer lohnend – auf der Grundlage des Bewußtseins dessen, was wir gemeinsam zu schützen haben.

Dazu will ich von meinem Amt aus, so gut ich es kann, beitragen.

Ich grüße von hier aus alle unsere Landesleute in der Nähe und in der Ferne.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

**Präsidentin Dr. Süssmuth:** Herr Bundespräsident, wir danken für Ihre Worte.

Bevor ich die Bundesversammlung schließe, möchte ich allen Mitgliedern der Bundesversammlung dafür danken, daß sie zu einem so zügigen und erfolgreichen Ablauf dieser Versammlung beigetragen haben. Mein Dank gilt auch den Vizepräsidenten sowie den Schriftführern und Schriftführerinnen des Deutschen Bundestages.

Den Kirchen beider Konfessionen danke ich dafür, daß wir Gelegenheit hatten, an einer gemeinsamen christlichen Morgenfeier teilzunehmen.

Die Stadt Bonn hat es uns ermöglicht, hier in der Beethovenhalle zu tragen. Ich danke allen, die an der Vorbereitung und Durchführung der Bundesversammlung beteiligt waren. Ich begrüße die ausführliche Berichterstattung von Presse, Rundfunk und Fernsehen über die heutige Bundesversammlung.

Meine Damen und Herren, zum Abschluß der Bundesversammlung singen wir unsere Nationalhymne. Ich bitte Sie, danach wieder kurz Platz zu nehmen, da unserem wieder-

gewählten Bundespräsidenten von Kindern gratuliert werden soll. Die Achtung der Menschenwürde fängt ja bei den Kleinen an; machen Sie ihnen nachher also noch Platz.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir singen nun gemeinsam, begleitet vom Buccina-Ensemble, unsere Nationalhymne.

(Die Nationalhymne wird gesungen – anschließend überbringt eine Gruppe von Kindern, mit Beifall begrüßt und vom Gesang eines Jugendchors begleitet, dem wiedergewählten Bundespräsidenten Glückwünsche)

Den Kindern und dem Jugendchor ganz herzlichen Dank!

(Beifall)

Dadurch, daß während des Gesangsvortrags ein Luftballon geplatzt ist, hatten wir einen zwar unfreiwilligen, aber um so pfiffigeren Salutschuß. Er galt dem Bundespräsidenten!

(Erneuter Beifall und Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, während die Kinder noch gratulieren, beenden wir unsere Versammlung. Wir treffen uns jetzt draußen auf den Fahrgastschiffen, wozu alle Ehefrauen herzlich eingeladen sind.

(Heiterkeit, Beifall und Zurufe)

– Dieser Nachtrag war notwendig, weil viele nicht sicher waren, ob die Ehefrauen mit eingeladen sind.

(Erneute Heiterkeit)

– Entschuldigung, ich habe vor lauter Frauen die Männer vergessen! Jedenfalls sehen wir uns bei dem Empfang gleich wieder.

Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme!

Die Bundesversammlung ist damit geschlossen.

(Schluß: 13.16 Uhr)

**14. 10. Bundesversammlung**  
23. Mai 1994

<b>Übersicht</b>			
<b>Zusammensetzung nach Parteien</b>			
CDU/CSU		620	
SPD		502	
FDP		112	
Bündnis 90/Die Grü-		43	
PDS		34	
Sonstige <sup>1)</sup>		13	
Insgesamt		1 324	
<sup>1)</sup> Fraktionslose, REP, Fraktion Unabhängiger Abgeordnete (FUA), Deutsche Liga für Volk			
<b>Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder<sup>2)</sup></b>			
Baden-Württemberg		79	
Bayern		96	
Berlin		28	
Brandenburg		22	
Bremen		5	
Hamburg		13	
Hessen		46	
Mecklenburg-		16	
Niedersachsen		63	
Nordrhein-Westfalen		141	
Rheinland-Pfalz		32	
Saarland		9	
Sachsen		41	
Sachsen-Anhalt		25	
Schleswig-Holstein		23	
Thüringen		23	
<sup>2)</sup> Bekanntmachung der Bundesregierung vom 29. Dezember 1993 (BGBl. 1994 I S. 71) über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung.			
<b>Tagungsort und Tagesstätte:</b> Berlin, Reichstagsgebäude			
<b>Präsident der Bundesversammlung:</b> Bundestagspräsidentin Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth			
<b>Wahlergebnis</b>			
	1. Wahlgang	2. Wahlgang	
	3. Wahlgang		
Roman Herzog (Vorschlag CDU/CSU)	604	622	696
Johannes Rau (Vorschlag SPD)	505	559	605
Hildegard Hamm-Brücher (Vorschlag FDP)	132	126	-
Jens Reich (Vorschlag Bündnis 90/Die Grünen)	62	-	-
Hans Hirzel (Vorschlag REP)	12	11	11
Enthaltungen	2	-	7
ungültige Stimmen	2	1	1

---

abgegebene Stimmen	1 319	1 319	1 320
<b>Gewählt:</b> Roman Herzog im 3. Wahlgang mit 696 Stimmen <sup>3)</sup>			
<sup>3)</sup> erforderliche Mehrheit für den 1. und 2. Wahlgang: 663 Stimmen			
<b>Amtszeit:</b> 1. Juli 1994 bis 30. Juni 1999			



**Verzeichnis der Mitglieder****A**

Dr. Karl Abshagen  
 Dr. Else Ackermann \*<sup>54)</sup>  
 Ulrich Adam \*  
 Brigitte Adler \*  
 Ina Albowitz \*  
 Hans Albrecht  
 Frank M. Allies  
 Dr. Walter Altherr \*  
 Gisela Altmann  
 Gerd Andres \*  
 Jürgen Angelbeck  
 Robert Antretter \*  
 Roland Appel  
 Hermann-Josef Arentz  
 Christine Arlt-Palmer  
 Michael Auditor  
 Anneliese Augustin \*  
 Heinrich Augustin (Buxtehude)  
 Jürgen Augustinowitz \*  
 Dietrich Austermann \*

**B**

Dr. Gisela Babel \*  
 Hermann Bachmaier \*  
 Rolf-Dieter Backhauf  
 Georg Badeck  
 Bärbel Ballhorn  
 Angelika Barbe \*  
 Hermann Bardenhagen  
 Heinz-Günter Bargfrede \*  
 Klaus Bartl  
 Holger Bartsch \*  
 Dr. Birgit Bauer (Arnstadt)  
 Dr. Wolf Bauer \*  
 Gerhart Rudolf Baum \*  
 Brigitte Baumeister \*  
 Kurt Beck  
 Helmuth Becker (Nienberge) \*  
 Ingrid Becker-Inglau \*

Gabriele Behler  
 Doris Behrendt  
 Prof. Dr. Berthold Beitz  
 Meinrad Belle \*  
 Birgitt Bender (Stuttgart)  
 Christoph Bender (Erfurt)  
 Dr. Wilhelm Bender (Frankfurt)  
 Dr. Peter Bendixen  
 Hans Berger \*  
 Heidi Berger (Essen)  
 Dr. Christine Bergmann  
 Dr. Sabine Bergmann-Pohl  
 Dr. Christoph Bergner  
 Hans Gottfried Bernrath \*  
 Friedhelm Julius Beucher \*  
 Ole von Beust  
 Prof. Dr. Kurt Biedenkopf  
 Hans-Dirk Bierling \*  
 Rudolf Bindig \*  
 Walburga Binniwersi  
 Sonja Bintig  
 Karl-Heinz Binus  
 Wolfgang Birthler  
 Frieder Birzele  
 Sabine Bischoff  
 Prof. Dr. Lothar Bisky  
 Dr. Xaver Bittl  
 Hans-Dieter Blaese  
 Petra Bläss \*  
 Prof. Dr. Joseph-Theodor Blank \*  
 Renate Blank \*  
 Iris Blaul  
 Beate Blechinger  
 Dr. Heribert Blens \*  
 Peter Bleser \*  
 Gerhard Bletschacher  
 Paul Bloem  
 Dr. Norbert Blüm \*  
 Lieselott Blunck (Uetersen) \*  
 Dr. Michaela Blunk (Lübeck) \*

Prof. Dr. Teresa Bock (Viersen)  
 Thea Bock \*  
 Manfred Böcker  
 Brigitte Bödeker  
 Wilfried Böhm (Melsungen) \*  
 Dr. Ulrich Böhme (Unna) \*  
 Dr. Maria Böhmer \*  
 Dr. Wolfgang Böhmer (Wittenberg)  
 Christoph Böhr  
 Annemarie Böll  
 Jacqueline Börner  
 Arne Börnsen (Ritterhude) \*  
 Gert Börnsen  
 Wolfgang Börnsen (Bönstrup) \*  
 Dietrich H. Boesken  
 Dr. Wolfgang Bötsch \*  
 Friedrich Bohl \*  
 Wilfried Bohlsen \*  
 Ursula Bolte  
 Alexander Bonde  
 Peter Bonitz  
 Jochen Borchert \*  
 Prof. Dr. Gernot Born  
 Volker Bouffier  
 Klaus Brähmig \*  
 Anni Brandt-Elsweier \*  
 Dr. Eberhard Brecht \*  
 Günther Bredehorn \*  
 Prof. Anita Breithaupt  
 Christiane Bretz  
 Paul Breuer \*  
 Martin Brick  
 Prof. Dr. Ulrich Briefs \*  
 Reinhard Briese  
 Karl Peter Bruch  
 Monika Brudlewsky \*  
 Rainer Brüderle  
 Wilhelm Brunkhorst  
 Anke Brunn  
 Georg Brunnhuber \*  
 Ilse Brusis  
 Ignatz Bubis  
 Hans Büchler (Hof) \*

<sup>54)</sup> \* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

Peter Büchner (Speyer) \*  
Klaus Bühler (Bruchsal)  
\*

Dr. Andreas von Bülow  
\*

Hans-Jürgen Büsow  
Hans Büttner (Ingolstadt)  
\*

Hartmut Büttner (Schönebeck) \*

Heinrich Buhmann  
Edelgard Bulmahn \*

Bettina Bundszus  
Ursula Burchardt \*

Norbert Burger  
Hans Martin Bury \*

Dankward Buwitt \*

## C

Manfred Carstens (Ems-  
tek) \*

Peter H. Carstensen  
(Nordstrand) \*

Marion Caspers-Merk \*  
Wolf-Michael Caten-  
husen \*

Armin Clauss  
Joachim Clemens \*

Wolfgang Clement \*  
Peter Conradi \*

Edda Contentius  
Wilhelm Cordes

Dieter-J. Cronenberg  
(Arnsberg) \*

## D

Dr. Karl-Heinz Daehre  
Dr. Herta Däubler-

Gmelin \*

Wolfgang Daffinger  
Keyvan Dahesch

Prof. Dr. Eberhard  
Dall'Asta

Prof. Dr. Manfred Dam-  
meyer

Dr. Hans Daniels  
Klaus Daubertshäuser \*

Leo Dautzenberg  
Wolfgang Dehnel \*

Friedrich Deike  
Gertrud Dempwolf \*

Gerhard Denef  
Dr. Diether Deneke

Karl-Josef Denzer

Karl Deres \*  
Albert Deß \*

Ulrich Deuschle  
Hans Hermann Dieckvoß

Prof. Dr. Nils Diederich  
(Berlin) \*

Helmut Diegel  
Dr. Stefan Diekwisch

Renate Diemers \*  
Eberhard Diepgen

Paul Diethel  
Karl Diller \*

Regina van Dinther  
Dr. Marliese Dobberthien  
\*

Prof. Dr. Jürgen Doeblin  
Werner Dörflinger \*

Axel Doering  
Martin Döscher

Dr. Werner Dollinger  
Inge Donnepp

Wolfram Dorn  
Hansjürgen Doss \*

Dr. Alfred Dregger \*  
Rudolf Dreßler \*

Dr. Thea Dücker  
Freimut Duve \*

## E

Sigrid Ebeling-Jeske  
Eike Ebert \*

Jürgen Echternach \*  
Dr. Peter Eckardt \*

Wolfgang Ehlers \*  
Prof. Dr. Horst Ehmke  
(Bonn) \*

Udo Ehrbar \*

Dr. Herbert Ehrenberg  
Ludwig Eich \*

Hans Eichel  
Maria Eichhorn \*

Norbert Eimer (Fürth) \*  
Günther Einert

Ernst Eisenmann  
Dr. Konrad Elmer \*

Günter Elste  
Hans A. Engelhard \*

Walter Engelhardt  
Wolfgang Engelmann \*

Havva Engin  
Dr. Horst Engstler

Dr. Dagmar Enkelmann \*  
Rainer Eppelmann \*

Dr. Erhard Eppler  
Mahmut Erdem

Ute Erdsiek-Rave  
Gernot Erler

Wolfgang Erler (Wald-  
brunn) \*

Dieter Ernst  
Jörg van Essen \*

Helmut Esters \*  
Herbert Ettengruber

Carl Ewen \*  
Dr. Walter Eykmann

Horst Eylmann \*  
Anke Eymer \*

## F

Petra Faderl  
Dr. Heino Falcke

Ilse Falk \*  
Dr. Kurt Falthäuser \*

Prof. Dr. Friedhelm  
Farthmann

Dr. Klaus-Dieter Feige \*  
Jochen Feilcke \*

Josef Felder  
Dr. Olaf Feldmann \*

Dr. Karl H. Fell \*  
Josef Feneberg

Elke Ferner \*  
Dr. Rüdiger Fikentscher

Dr. Hans Filbinger  
Prof. Dr. Klaus Finkeln-

burg  
Anneliese Fischer (Bay-

reuth)  
Birgit Fischer (Bochum)

Dirk Fischer (Hamburg)  
\*

Evelin Fischer (Gräfen-  
hainichen) \*

Helmut Fischer (Mün-  
chen)

Joseph Fischer (Wiesba-  
den)

Dr. Klaus-Diedrich Fi-  
scher (Drispeth)

Leni Fischer (Unna) \*  
Lothar Fischer (Hom-

burg) \*  
Dr. Ursula Fischer \*

Steffen Flath  
 Winfried Fockenberg \*  
 Heidrun Förster  
 Hannelore Fojut  
 Dr. Gottfried Forck  
 Norbert Formanski \*  
 Klaus Francke (Hamburg) \*  
 Winfried Frank  
 Klaus Franke  
 Dora Frankemöller  
 Herbert Frankenhauser \*  
 Manfred Freiheit  
 Hans Frey  
 Ingeborg Friebe  
 Paul Friedhoff \*  
 Dr. Gerhard Friedrich \*  
 Horst Friedrich \*  
 Rudolf Friedrich (Frankfurt)  
 Erich G. Fritz \*  
 Anke Fuchs (Köln) \*  
 Gunda Fuchs (Nürnberg)  
 Jockel Fuchs (Mainz)  
 Katrin Fuchs (Verl) \*  
 Dr. Ruth Fuchs \*  
 Hans-Joachim Fuchtel \*  
 Meinhard Füllner  
 Dr. Annette Fugmann-Heesing  
 Arne Fuhrmann \*  
 Rainer Funke \*  
 Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink \*  
 Prof. Dr. Reinhard Furrer  
**G**  
 Prof. Kurt Alexander  
 Gaede  
 Georg Gallus \*  
 Jürgen Gansäuer  
 Jörg Ganschow \*  
 Prof. Monika Ganseforth \*  
 Norbert Gansel \*  
 Johannes Ganz (St. Wendel) \*  
 Anne Garbe  
 Dr. Fritz Gautier \*  
 Dr. Peter Gauweiler  
 Claudia Gehlfuß  
 Michaela Geiger \*

Dr. Sissy Geiger (Darmstadt) \*  
 Jutta Geikler  
 Karl August Geimer  
 Norbert Geis \*  
 Dr. Alfred Geisel  
 Dr. Hans Geisler  
 Dr. Heiner Geißler \*  
 Dr. Wolfgang von Geldern \*  
 Hans-Dietrich Genscher \*  
 Florian Gerster  
 Johannes Gerster (Mainz) \*  
 Otti Geschka  
 Erich Josef Geßner  
 Asghedet Ghirmazion  
 Horst Gibtner \*  
 Konrad Gilges \*  
 Iris Gleicke \*  
 Gerhard Glogowski  
 Michael Glos \*  
 Dr. Peter Glotz \*  
 Alois Glück  
 Dr. Reinhard Göhner \*  
 Dr. Georg Gölter  
 Dr. Regina Görner  
 Dr. Rose Götte  
 Martin Göttsching \*  
 Peter Götz \*  
 Dr. Wolfgang Götzer \*  
 Gaby Gorcitza  
 Verena Gotzes  
 Reinhard Grätz  
 Barbara Graf (Stuttgart)  
 Günter Graf \*  
 Dr. Dietrich Graichen  
 Franz Gratwohl  
 Prof. Dr. Norbert Greina-cher  
 Joachim Gres \*  
 Ekkehard Gries \*  
 Annemarie Griesinger  
 Kurt-Dieter Grill  
 Margret Grimm  
 Elisabeth Grochtmann \*  
 Hermann Gröhe  
 Wolfgang Gröbl \*  
 Wolf-Dietrich Großer  
 Achim Großmann \*

Claus-Peter Grotz \*  
 Josef Grünbeck \*  
 Martin Grüner \*  
 Dr. Joachim Grünewald \*  
 Friedel Grützmacher  
 Traute Grundmann  
 Horst Günther (Duisburg) \*  
 Joachim Günther (Plauen) \*  
 Klaus Günther  
 Dr. Karlheinz Guttmacher \*  
 Dr. Gregor Gysi \*  
**H**  
 Karl-Hermann Haack (Extertal) \*  
 Dr. Dieter Haak  
 Gerda-Maria Haas  
 Prof. Dr. Hans-Herbert Haase  
 Heinrich Haasis  
 Martin Habermann (Lübbenau)  
 Michael Habermann \*  
 Prof. Jürgen Habermas  
 Heinz-Dieter Hackel \*  
 Hans-Joachim Hacker \*  
 Sandra Hackethal  
 Georg Hackl  
 Erhard Hackler  
 Dr. Hans-Peter Häfner  
 Dr. Fritz Hähle  
 Gerlinde Hämmerle \*  
 Prof. Dr. Klaus Hänsch  
 Klaus Häßler  
 Ingrid Häußler  
 Karin Hagemann  
 Horst Hager  
 Jörg-Uwe Hahn  
 Dr. Roland Hahnemann  
 Prof. Dr. Fritz Halstenberg  
 Georg Hamburger  
 Hildegard Hamm-Brücher  
 Carl-Detlev Freiherr v. Hammerstein \*  
 Marina Hammes

Manfred Eugen Hampel  
\*  
Dr. Winfried Hampel  
(Berlin)  
Christel Hanewinckel \*  
Cornelia Hanisch  
Dirk Hansen \*  
Heinz Hardt  
Christa Harrer  
Klaus Harries \*  
Dr. Liesel Hartenstein \*  
Carola Hartfelder  
Klaus Hartmann  
Gottfried Haschke  
(Großhennersdorf) \*  
Udo Haschke (Jena) \*  
Klaus Hasenfratz \*  
Gerda Hasselfeldt \*  
Wilfried Hasselmann  
Dr. Ingomar Hauchler \*  
Rainer Haungs \*  
Hansgeorg Hauser (Red-  
nitzhembach) \*  
Hansheinz Hauser  
Otto Hauser (Esslingen)  
\*  
Dr. Helmut Haussmann  
\*  
Annedore Havemann  
Klaus-Jürgen Hedrich \*  
Lothar Hegemann  
Hermann Heinemann  
Ulrich Heinrich \*  
Manfred Heise \*  
Dieter Heistermann \*  
Dr. Renate Hellwig \*  
Dieter Helm  
Rita Henke  
Bernd Henn \*  
Dr. Otfried Hennig  
Dr. h.c. Adolf Herken-  
rath \*  
Thomas Hermsdorfer  
Albrecht Herold  
Dr. Norbert Herr \*  
Klaus Herrmann  
Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer  
\*  
Günther Heyenn \*  
Edda Heymel  
Maria Anna Hiebing \*

Dr. Günter Hielscher  
Karl-Heinz Hiersemann  
Dr. Regine Hildebrandt  
Reinhold Hiller (Lübeck)  
\*  
Stephan Hilsberg \*  
Ernst Hinsken \*  
Peter Hintze \*  
Dr. Burkhard Hirsch \*  
Hans Hirzel  
Dr. Walter Hitschler \*  
Bärbel Höhn  
Dr. Barbara Höll \*  
Dr. Reinhard Höppner  
Heinz-Adolf Hörsken \*  
Joachim Hörster \*  
Magdalene Hoff  
Dr. Paul Hoffacker \*  
Barbara Hoffmann  
Monika Hohlmeier  
Josef Hollerith \*  
Werner Hollwich  
Helmut Holter  
Prof. Dr. Uwe Holtz \*  
Hartmut Holzapfel  
Renate Holznagel  
Birgit Homburger \*  
Dr. Fritz Hopmeier  
Claus Hopp  
Erwin Horn \*  
Prof. Dr. Karl-Heinz  
Hornhues \*  
Siegfried Hornung \*  
Dr. Axel Horstmann  
Dr. Sigrid Hoth \*  
Dr. Werner Hoyer \*  
Dr. Friedrich-Theodor  
Hruska  
Erwin Huber  
Hubert Hüppe \*  
Gunter Huonker \*  
Prof. Dr. Klaus Huse-  
mann  
**I**  
Lothar Ibrügger \*  
Erich Iltgen  
Eike Immel  
Ulrich Irmer \*  
Roland Issen  
Gabriele Iwersen \*  
**J**

Hans Jaax  
Peter Jacoby  
Claus Jäger \*  
Renate Jäger \*  
Susanne Jaffke \*  
Dr. Friedrich-Adolf Jahn  
(Münster) \*  
Dr. Heinz Janning  
Georg Janovsky \*  
Fasia Jansen (Oberhau-  
sen)  
Heinz Jansen (Meppen)  
Ilse Janz \*  
Dr. Ulrich Janzen \*  
Prof. Dr. Gotthard Jasper  
Horst Jaunich \*  
Ulla Jelpke \*  
Karin Jeltsch \*  
Prof. Dr. Uwe Jens \*  
Prof. Dr. Walter Jens  
(Tübingen)  
Dr. Dionys Jobst \*  
Prof. Dr. Dr. h.c. Reimut  
Jochimsen  
Dr.-Ing. Rainer Jork \*  
Prof. Dr. Egon Jüttner \*  
Dr. Franz Josef Jung (Elt-  
ville)  
Michael Jung (Limburg)  
\*  
Volker Jung (Düsseldorf)  
\*  
Hedda Jungfer  
Ulrich Junghanns \*  
Horst Jungmann (Witt-  
moldt) \*  
Karin Junker  
**K**  
Christian Käs  
Dr. Harald Kahl \*  
Reinhard Kahl (Allen-  
dorf)  
Bartholomäus Kalb \*  
Steffen Kampeter \*  
Jerzy Kanal  
Dr.-Ing. Dietmar Kansy \*  
Manfred Kanther  
Dr. Georg Karl  
Irmgard Karwatzki \*  
Karl Kast  
Susanne Kastner \*

- Ernst Kastning \*  
Hans Katzer  
Volker Kauder \*  
Dr. Klaus Keitel  
Andrea Keller (Bautzen)  
Dr. Dietmar Keller \*  
Ilka Keller (Swisttal)  
Peter Keller \*  
Claudia Kemmerich  
Hans-Peter Kemper \*  
Hedwig Keppelhoff-  
Wiechert  
Wolfgang Kern  
Mahmoud Khalil  
Ignaz Kiechle \*  
Veronika Kiekheben-  
Schmidt-Winterstein  
Friedrich-Wilhelm Kiel  
Helga Killinger  
Dr. Klaus Kinkel  
Birgit Kipfer  
Klaus Kirschner \*  
Werner Kirschner (Ilse-  
de)  
Werner Kirstein  
Peter Kittelmann \*  
Marianne Klappert \*  
Günter Klein (Bremen) \*  
Hans Klein (München) \*  
Detlef Kleinert (Hanno-  
ver) \*  
Alfons Kleinhenz  
Dr. Karl-Heinz Klejdz-  
zinski \*  
Siegrun Klemmer \*  
Sabine Klenke  
Reinhard Klimmt  
Ilse Klingner  
Dr. Dieter Klink  
Ulrich Klinkert \*  
Gerda Klocke  
Hans-Ulrich Klose \*  
Dr. Hans-Ulrich Klose  
(Korschenbroich)  
Dr. Ekkehard Klug  
Dr. Hans-Hinrich Knaa-  
pe \*  
Gerhard Kneib  
Franz-Josef Kniola  
Dr. Herbert Knoblich  
Roland Koch
- Hans-Ulrich Köhler  
(Hainspitz) \*  
Johanna Köhler  
Dr. Volkmar Köhler  
(Wolfsburg) \*  
Udo Köneke  
Carmen König (Mün-  
chen)  
Lothar König (Dobel)  
Ingrid Köppe \*  
Fritz Rudolf Körper \*  
Gyde Köster (Braderup)  
Dr. Helmut Kohl \*  
Eugen Kohlenbach  
Bettina Kohlrausch  
Roland Kohn \*  
Prof. Gabriele Kokott-  
Weidenfeld  
Dr. Heinrich L. Kolb \*  
Manfred Kolbe \*  
Regina Kolbe \*  
Walter Kolbow \*  
Rolf Koltzsch \*  
Jürgen Koppelin \*  
Walter Korn  
Eva-Maria Kors \*  
Hans Koschnick \*  
Hartmut Koschyk \*  
Thomas Kossendey \*  
Bernd Kränzle  
Clemens-August Krapp  
Rudolf Kraus \*  
Ursula Kraus (Wupper-  
tal)  
Prof. Dr. Günther Krause  
(Börgerende) \*  
Joachim Krause  
Dr. Rudolf Karl Krause  
(Bonese) \*  
Wolfgang Krause (Des-  
sau) \*  
Volkmar Kretkowski \*  
Dieter Kretschmer  
Franz Heinrich Krey \*  
Arnulf Kriedner \*  
Heinz-Jürgen Kronberg \*  
Dr.-Ing. Paul Krüger \*  
Dr. Rolf Krumsiek  
Heinrich Kruse (Bocholt)  
Rolf Kruse (Hamburg)  
Dr. Dr. Werner Krusche
- Reiner Krziskewitz \*  
Horst Kubatschka \*  
Leonhard Kuckart  
Peter Kudella  
Dr. Klaus Kübler \*  
Wilhelm Kückler  
Lilly Künzel  
Josef Kürten  
Hinrich Kuessner \*  
Dr. Uwe Küster \*  
Eckart Kuhlwein \*  
Ursula Kulscher  
Dr. Karl-Heinz Kunckel  
Peter Kunert  
Dr. h.c. Reiner Kunze  
Wolfgang Kupke  
Dr. Gerlinde Kuppe  
Rolf Kurz  
Rolf Kutzmutz  
**L**  
Dr.-Ing. Karl-Hans Laer-  
mann \*  
Oskar Lafontaine  
Uwe Lambinus \*  
Dr. Otto Graf Lambsdorff  
\*  
Karl Lamers \*  
Dr. Norbert Lammert \*  
Helmut Johannes Lamp  
\*  
Katharina Landgraf  
Klaus Landowsky  
Heinz Lanfermann  
Brigitte Lange \*  
Dr. Werner Langen  
Detlev von Larcher \*  
Harald Lastovka  
Herbert Lattmann \*  
Dr. Paul Laufs \*  
Karl Josef Laumann \*  
Dr. Hanna-Renate Lau-  
rien  
Bernhard Lechner  
Andrea Lederer \*  
Dr. Hinrich Lehmann-  
Grube  
Klaus-Heiner Lehne \*  
Prof. Dr. Ursula Maria  
Lehr \*  
Dr. Berthold Leibinger  
Robert Leidinger \*

Albert Leifert  
 Inge Lemmermann  
 Stefan Lennardt  
 Klaus Lennartz \*  
 Christian Lenzer \*  
 Dr. Elke Leonhard-  
 Schmid \*  
 Dr. Albrecht Leonhardt  
 Dr. Michael Lersow  
 Sabine Leutheusser-  
 Schnarrenberger \*  
 Prof. Dr. Immo Lieberoth  
 \*  
 Ursula Lietz  
 Wilhelm Lieven  
 Editha Limbach \*  
 Elisabeth Lingner  
 Walter Link (Diepholz) \*  
 Dr. Helmut Linssen  
 Eduard Lintner \*  
 Dr. Klaus W. Lippold  
 (Offenbach) \*  
 Dr. Manfred Heinz Li-  
 schewski \*  
 Margaretha Lochner  
 Ludwig Löffler  
 Christa Lörcher \*  
 Sigrun Löwisch \*  
 Klaus Lohmann (Witten)  
 \*  
 Wolfgang Lohmann (Lü-  
 denscheid) \*  
 Elisabeth Losert  
 Erwin Loßmann  
 Julius Louven \*  
 Ortwin Lowack \*  
 Dr. Christine Lucyga \*  
 Wolfgang Lüder \*  
 Helga Lüdtke  
 Uwe Lühr \*  
 Hedwig Lülldorf  
 Heinrich Lummer \*  
 Dr. Michael Luther \*  
**M**  
 Dieter Maaß (Herne) \*  
 Erich Maaß (Wilhelm-  
 shaven) \*  
 Patricia Alejandra Maass  
 Cruzat  
 Prof. Ursula Männle \*  
 Theo Magin \*

Heinz Dieter Mahlberg  
 Dr. Dietrich Mahlo \*  
 Lothar de Maiziere  
 Jasna Malkoc  
 Irmhild Mannsfeld  
 Claire Marienfeld \*  
 Erwin Marschewski \*  
 Günter Marten \*  
 Dr. Wilhelm Martens  
 Hans Martin  
 Dorle Marx \*  
 Ulrike Mascher \*  
 Katja Mast  
 Christoph Matschie \*  
 Dietmar Matteredne \*  
 Ingrid Matthäus-Maier \*  
 Klaus Matthiesen  
 Heide Mattischeck \*  
 Ulrich Maurer  
 Dr. Robert Maus  
 Conny Mayer  
 Dr. Martin Mayer (Sie-  
 gertsbrunn) \*  
 Markus Meckel \*  
 Wolfgang Meckelburg \*  
 Ulrike Mehl \*  
 Klaus Meier  
 Rudolf Horst Meinl \*  
 Herbert Meißner \*  
 Susanne Melior  
 Ural Memet  
 Dr. Bruno Menzel \*  
 Dr. Angela Merkel \*  
 Loke Mernizka  
 Dr. Franz-Josef Mertens  
 (Bottrop) \*  
 Dr. Horst Metz  
 Uwe-Jens Mey  
 Friedrich Meyer (Wes-  
 terkappeln)  
 Prof. Dr. Jürgen Meyer  
 (Ulm) \*  
 Karl Otto Meyer (Schaff-  
 lund)  
 Laurenz Meyer (Hamm)  
 Wolfram Meyer (Karl-  
 sruhe)  
 Dr. Reinhard Meyer zu  
 Bentrup \*  
 Gabi Michael  
 Maria Michalk \*

Hans Michelbach  
 Meinolf Michels \*  
 Ernst Michl  
 Gottfried Milde (Gries-  
 heim)  
 Horst Milde (Oldenburg)  
 Dr. Klaus Gerhard Mild-  
 ner \*  
 Wolfgang Mischnick \*  
 Dr. Hans Modrow \*  
 Prof. Dr. Renate Möhr-  
 mann  
 Jürgen W. Möllemann \*  
 Franz-Josef Möllenberg  
 Klaus Peter Möller (Gie-  
 ßen)  
 Dr. Franz Möller \*  
 Siegfried Möslein  
 Thomas Molnar \*  
 Hans-Dieter Moritz  
 Siegmars Mosdorf \*  
 Albrecht Müller (Pleis-  
 weiler) \*  
 Alfons Müller (Wesse-  
 ling) \*  
 Christian Müller (Zittau)  
 \*  
 Elmar Müller (Kirch-  
 heim) \*  
 Dr. Gottfried Müller (Je-  
 na)  
 Dr. Günther Müller \*  
 Hans Werner Müller  
 (Wadern) \*  
 Herbert Müller (Mem-  
 mingen)  
 Jutta Müller (Völklingen)  
 \*  
 Michael Müller (Düssel-  
 dorf) \*  
 Rudolf Müller (Schwein-  
 furt) \*  
 Dr. Wolfgang Müller  
 (München)  
 Franz Müntefering  
 Nazih Musharbash  
**N**  
 Manfred Nagler  
 Hartmut Nassauer  
 Engelbert Nelle \*  
 Franz Neubauer

Friedel Neuber  
Dr. Christian Neuling \*  
Adolf Neumann (Gräfen-  
roda)  
Bernd Neumann (Bre-  
men) \*  
Gerhard Neumann (Go-  
tha) \*  
Volker Neumann (Bram-  
sche) \*  
Max Neumayr  
Erhard Niedenthal \*  
Dr. Edith Niehuis \*  
Dr. Rolf Niese \*  
Horst Niggemeier \*  
Johannes Nitsch \*  
Ulrich Nölle  
Claudia Nolte \*  
Günther Friedrich Nol-  
ting \*  
Günter Nooke

**O**

Doris Odendahl \*  
Günter Oesinghaus \*  
Günther H. Oettinger  
Cem Özdemir  
Taifun Oezen  
Paul Oldenburg  
Dr. Rolf Olderog \*  
Wolfgang Ontijd  
Jan Oostergetelo \*  
Manfred Opel \*  
Maria Theresia Opladen  
Dr. Rainer Ortleb \*  
Alois Ortner  
Friedhelm Ost \*  
Adolf Ostertag \*  
Heinrich Ostrop  
Eduard Oswald \*  
Hinnerk Ottens  
Hans-Joachim Otto  
(Frankfurt) \*  
Dr. Helga Otto \*  
Norbert Otto (Erfurt) \*

**P**

Detlef Paepke  
Dr. Gerhard Päselt \*  
Johann Paintner \*  
Kurt Palis \*  
Gabriele Palme  
Ute Pape

Detlef Parr \*  
Peter Paterna \*  
Jochen Patzschke  
Gerda-Beatrix Paul  
Ruth Paulig  
Heinz Paus (Detmold)  
Marianne Paus (Biele-  
feld)  
Rita Pawelski  
Dr. Peter Paziorek \*  
Charlotte Pelka  
Dr. Willfried Penner \*  
Hartmut Perschau  
Hans-Wilhelm Pesch \*  
Horst Peter (Kassel) \*  
Eva Peters (St. Michael-  
lisdonn)  
Lisa Peters \*  
Ulrich Petzold \*  
Prof. Dr. Martin Pfaff \*  
Anton Pfeifer \*  
Angelika Pfeiffer \*  
Dr. Gero Pfennig \*  
Dr. Friedbert Pflüger \*  
Johannes Pflug  
Wolfgang Pföhler  
Albert Pfuhl \*  
Beatrix Philipp  
Ingeborg Philipp \*  
Prof. Dr. Eckhart Pick \*  
Wilhelm Piecyk  
Prof. Dr. Winfried Pinger  
\*  
Rupert von Plotnitz  
Ronald Pofalla \*  
Dr. Eva Pohl  
Dr. Hermann Pohler \*  
Siegfried Pommerenke  
Gerd Poppe \*  
Prof. Dr. Peter Porsch  
Joachim Poß \*  
Dr. Diether Posser  
Bernd Poulheim  
Rainer Prachtl  
Dirk Praetorius  
Prof. Dr. Fritz Preuss  
Claudia Preuß-Boehart  
Rosemarie Priebus \*  
Dr. Albert Probst \*  
Dr. Bernd Protzner \*  
Dieter Pützhofen \*

Rudolf Purps \*  
Heinz Putzrath  
**R**  
Thomas Rachel  
Ludwig-Martin Rade  
Karin Radermacher  
Dr. Manfred Ragati  
Susanne Rahardt-  
Vahldieck \*  
Hans Raidel \*  
Dr. Peter Ramsauer \*  
Klaus Rapp  
Hermann Rappe (Hil-  
desheim) \*  
Brigitte Rasinski  
Dr. h.c. Johannes Rau  
Rolf Rau \*  
Hans-Joachim Rauch  
Peter Harald Rauen \*  
Willi Rausch  
Marita Rauterkus  
Wilhelm Rawe \*  
Hans-Joachim Reck  
Gerhard Reddemann \*  
Otto Regenspurger \*  
Eckhardt Rehberg  
Steffen Reiche  
Andreas Reichel  
Klaus Reichenbach \*  
Manfred Reimann \*  
Dr. Bertold Reinartz \*  
Egbert Reinhard  
Erika Reinhardt \*  
Gudrun Reinhardt (Sie-  
gen)  
Dr. Werner Remmers  
Dieter Remppe  
Margot von Renesse \*  
Dr. h.c. Annemarie Ren-  
ger  
Renate Rennebach \*  
Dr. Friedhelm Repnik  
(Rottenburg)  
Hans-Peter Repnik \*  
Otto Reschke \*  
Herbert Reul  
Peter W. Reuschenbach  
\*  
Bernd Reuter \*  
Hilde Ribbe

Manfred Richter (Bremerhaven) \*  
 Manfred Frhr. von Richthofen  
 Ilse Ridder-Melchers  
 Prof. Dr. Norbert Rieder \*  
 Dr. Erich Riedl (München) \*  
 Klaus Riegert \*  
 Dr. Heinz Riesenhuber \*  
 Hermann Rind \*  
 Werner Ringkamp \*  
 Dr. Harald Ringstorff  
 Dr. Berthold Rink  
 Barbara Rincke  
 Winfried Rippert  
 Karl Hermann Ritter  
 Dr. Burkhard Ritz  
 Günter Rixe \*  
 Helmut Rode (Wietzen) \*  
 Dr. Klaus Röhl \*  
 Rita Röhl  
 Helmut Röhrs  
 Hannelore Rönsch (Wiesbaden) \*  
 Dr. Achim Rohde  
 Ingrid Roitzsch (Quickborn) \*  
 Prof. Eleonore Romberg  
 Franz-Xaver Romer \*  
 Heinrich-Wilhelm Ronsöhr  
 Dr. Klaus Rose \*  
 Hans Rosner  
 Kurt Rossmann \*  
 Dr. Sieghard Rost  
 Adolf Roth (Gießen) \*  
 Dr. Helmut Rothemund  
 Heinz Rother \*  
 Dr. Helmut Rotsch  
 Jeanette Rott  
 Dr. Christian Ruck \*  
 Robert Ruder  
 Hans Rückert  
 Volker Rühle \*  
 Antonius Rösenberg  
 Elsbeth Rütten  
 Dr. Jürgen Rüttgers \*  
**S**

Markus Sackmann  
 Krista Sager  
 Detlev Samland  
 Helmut Sauer (Salzgitter) \*  
 Roland Sauer (Stuttgart) \*  
 Helmut Sauter  
 Dr. Aloys Schaefer  
 Harald B. Schäfer (Stuttgart) \*  
 Helmut Schäfer (Mainz) \*  
 Liesel Schäfer (Ludwigshafen)  
 Ortrun Schätzle \*  
 Dr. Wolfgang Schäuble \*  
 Gudrun Schaich-Walch \*  
 Dieter Schanz \*  
 Jürgen Scharf  
 Wilfried Scharnagel  
 Rudolf Scharping  
 Günther Schartz (Trier) \*  
 Hartmut Schauerte  
 Jürgen Schaufuß  
 Walter Scheel  
 Dr. Hermann Scheer \*  
 Beate Scheffler (Bochum)  
 Siegfried Willy Scheffler \*  
 Manfred Schell \*  
 Heinz Schemken \*  
 Christina Schenk \*  
 Jürgen Schenk (Asendorf)  
 Anja Scherer  
 Gerhard Scheu \*  
 Monika Scheufler  
 Marko Schiemann  
 Otto Schily \*  
 Georg Schirmbeck  
 Rezzo Schlauch  
 Dietmar Schlee  
 Irene Schlempp  
 Heinz Schleusser  
 Edda Schliepack  
 Dr. Rolf Schlierer  
 Dieter Schloten \*  
 Günter Schluckebier \*

Ulrich Schmalz \*  
 Cornelia Schmalz-Jacobsen \*  
 Dr. Albert Schmid (Laaber)  
 Erich Schmid (München)  
 Rupert Schmid (Nittendorf)  
 Bernd Schmidbauer \*  
 Horst Schmidbauer (Nürnberg) \*  
 Andreas Schmidt (Mülheim) \*  
 Arno Schmidt (Dresden) \*  
 Dr. Christa Schmidt \*  
 Christian Schmidt (Fürth) \*  
 Helmut Schmidt  
 Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke) \*  
 Renate Schmidt (Nürnberg) \*  
 Trudi Schmidt (Spiesen) \*  
 Ulla Schmidt (Aachen) \*  
 Ulrich Schmidt (Wetter)  
 Wilhelm Schmidt (Salzgitter) \*  
 Willi Schmidt  
 Regina Schmidt-Zadel \*  
 Dr. Jürgen Schmieder \*  
 Helma Schmitt  
 Lilli Schmitt-Fichtner  
 Hans Peter Schmitz (Baesweiler) \*  
 Dr. Jürgen Schmude \*  
 Michael von Schmude \*  
 Karl Schnabel  
 Dr. Werner Schnappauf  
 Georg Adolf Schnarr  
 Alfred Schneid  
 Angela Schneider (Chemnitz)  
 Hellmut Schneider (Sibbesee)  
 Ingrid Schneider  
 Norbert Schneider  
 Dr. Oscar Schneider (Nürnberg) \*



Heinrich Schneier	Gerhard Schulz (Leipzig)	Johannes Singer *
Dr. Emil Schnell *	*	Dr. Sigrid Skarpelis-
Gerlinde Schnell	Werner Schulz (Berlin) *	Sperk *
Birgit Schnieber-Jastram	Werner Schulz (Hir-	Werner Skowron *
Prof. Dr. Christoph	schau)	Dr. Hartmut Soell *
Schnittler *	Dr. Fritz Schumann	Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Herbert Schnoor	(Kroppenstedt) *	*
Dr. Andreas Schocken-	Friedhelm Schuricht	Hans-Klaus Solterbeck
hoff *	Hans Schuster *	Horst Sommerfeld
Dr. Rudolf Schöpfberger	Dr. R. Werner Schuster	Dr. Cornelia Sonntag-
Walter Schöler *	(Idstein) *	Wolgast *
Joachim Graf von	Jörg Schwäblein	Ines Lucia Sono Muriel
Schönburg-Glauchau *	Albert Schwägerl	Wieland Sorge *
Gerhard Schöne	Dr. Irmgard Schwaetzer	Bärbel Sothmann *
Renate Schönebeck	*	Dr. h.c. Lothar Späth
Franz Schönhuber	Clemens Schwalbe *	Dr. Dietrich Sperling *
Ventur Schöttle	Ernst Schwanhold *	Brigitte Speth
Prof. Dr. Rupert Scholz *	Rolf Schwanitz *	Helga Spielberger
Hermann Schoppe	Dr. Gisela Schwarz	Karl-Heinz Spilker *
Reinhard Freiherr	(Warmbad)	Dr. Dieter Spöri
von Schorlemer *	Stefan Schwarz *	Carl-Dieter Spranger *
Dr. Erich Schosser	Renate Schwarze	Paul Sprotte
Peter Schowtka	Dr. Christian Schwarz-	Dr. Rudolf Sprung *
Dr. Annemarie Schraps	Schilling *	Angela Stachowa *
Ottmar Schreiner *	Alexander Graf von	Dr. Ditmar Staffelt
Günter Schrempp	Schwerin	Barbara Stamm
Prof. Dr. Dieter Schröder	Hans Schwier	Prof. Dr. Jürgen Starnick
(Rostock)	Dr. Hermann Schwörer *	*
Gerhard Schröder	Max Sedlmeir	Karl Starzacher
Fritz Schröter (Alten-	Horst Seehofer *	Ingo Stawitz
burg)	Heinrich Seesing *	Werner Steck
Gisela Schröter *	Kurt Segner	Antje-Marie Steen *
Karl-Heinz Schröter *	Marita Sehn *	Ute Steiger
Martina Schubert	Wilfried Seibel *	Erwin Stein
Gerhard Schüßler *	Bodo Seidenthal *	Erika Steinbach-
Dietmar Schütz *	Josef Seidl	Hermann *
Elfriede Schütz (Lever-	Dr. Ilja Seifert *	Heinz-Alfred Steiner *
kusen)	Dr. Peter Seifert (Chem-	Horst Steinmann
Otto Schuhmann	nitz)	Dr. Hans Stercken *
Peter Schuler	Prof. Dr. Gerhard Seiler	Carola Stern
Wolfgang Schulhoff *	Ursula Seiler-Albring *	Prof. Dr. Wolfgang Frei-
Brigitte Schulte (Ha-	Dr. Berndt Seite	herr
meln) *	Rudolf Seiters *	von Stetten *
Dr. Dieter Schulte	Erwin Seitz	Ludwig Stiegler *
(Schwäbisch Gmünd) *	Katja Seizinger	Josef Stock
Walter Schultheiß	Dr. Sigrid Semper *	Karl Stockhausen *
Volkmar Schultz	Lisa Seuster *	Dr. Edmund Stoiber
Annekatriin Schulz (Il-	Horst Sielaff *	Erhard Stollberg
menau)	Jürgen Sikora *	Dr. Manfred Stolpe
Ingrid Schulze	Erika Simm *	Dr. Gerhard Stoltenberg
	Heide Simonis	*

Klaus Strehl  
Dr. Haidi Streletz  
Karl-Ernst Strothmann  
Hans-Gerd Strube \*  
Dr. Peter Struck \*  
Dr. h.c. Richard Stücklen  
Michael Stübgen \*  
Prof. Dr. Rita Süßmuth  
\*

Egon Susset \*  
Dorothea Szwed \*

**T**

Joachim Tappe \*  
Dr. Cornelia von Teich-  
man \*  
Margitta Terborg \*  
Gerd Teßmer  
Gottfried Teubner  
Erwin Teufel  
Bärbel Tewes-Heiseke  
Dr. Gerald Thalheim \*  
Ernst Theilen  
Melanie Theisen  
Carl-Ludwig Thiele \*  
Wolfgang Thierse \*  
Christa Thoben  
Dr. Dieter Thomae \*  
Marianne Thomann-  
Stahl  
Antje Tietz  
Ferdinand Tillmann \*  
Jürgen Timm \*  
Uta Titze-Stecher \*  
Beate Tönsing  
Prof. Dr. Klaus Töpfer \*  
Hans Günther Toete-  
meyer \*  
Hans Tränkle  
Horst Trageiser  
Reinhold Trinius  
Gottfried Tröger  
Dr. Ingrid Tschirch  
Jürgen Türk \*  
Dr. Jörg Twenhöven

**U**

Dr. Klaus-Dieter Uelhoff  
\*  
Horst Uhlemann  
Eckhard Uhlenberg  
Gunnar Uldall \*  
Günter Ullmann (Greiz)

Dr. Wolfgang Ullmann \*  
Brigitte Unger-Soyka  
Hans-Eberhard Urbaniak  
\*

**V**

Inge Veite  
Siegfried Vergin \*  
Günter Verheugen \*  
Rainer Verhoeven  
Roswitha Verhülsdonk \*  
Dr. Michael Vesper  
Astrid Vockert  
Wolfgang Völz  
Dr. Bernhard Vogel  
Friedrich Vogel (Ennepe-  
tal) \*  
Dr. Hans-Jochen Vogel \*  
Irmgard Vogelsang  
Wolfgang Vogt (Düren) \*  
Dr. Hans-Peter Voigt  
(Northheim) \*  
Karsten D. Voigt (Frank-  
furt) \*  
Dr. Heinz Peter Volkert  
Lisa Vollmer  
Angelika Volquartz  
Dr. Ruprecht Vondran \*  
Dr. Wilhelm Vorndran  
Hans Vorpeil  
Kläre Vorreiter  
Dr. Henning Voscherau  
Josef Vosen \*  
Christa Vosschulte

**W**

Dr. Horst Waffenschmidt  
\*  
Dr. Christean Wagner  
(Lahntal)  
Erika Wagner (Eschwe-  
ge)  
Hans-Georg Wagner \*  
Ruth Wagner (Dar-  
mstadt)  
Dr. Theodor Waigel \*  
Alois Graf von Wald-  
burg-Zeil \*  
Dr. Georg Frhr. von  
Waldenfels  
Dr. Wolfgang Waldner  
Dr. Walter Wallmann  
Hans Wallow \*

Hans-Martin Walsken  
Ernst Waltemathe \*  
Ralf Walter (Cochem) \*  
Rudi Walther (Zieren-  
berg) \*  
Ingrid Walz \*  
Dr. Jürgen Warnke \*  
Dr. Alexander Warrikoff  
\*  
Gerd Wartenberg (Berlin)  
\*  
Rita Waschbüsch  
Ignaz Wasserle  
Beate Weber (Heidel-  
berg)  
Christine Weber (Zscho-  
pau)  
Josef Weber (Burghaun)  
Wolfgang Weber (Berlin)  
Ruth Weckenmann  
Klaus Wedemeier  
Dr. Konstanze Wegner \*  
Wolfgang Weiermann \*  
Anton Weilandt  
Barbara Weiler \*  
Gerd Weimer  
Reinhard Weis (Stendal)  
\*  
Matthias Weisheit \*  
Prof. Dr. Armin Weiß  
(München)  
Gerald Weiss (Rüssels-  
heim)  
Konrad Weiß (Berlin) \*  
Dr. Manfred Weiß (Roth)  
Gunter Weißgerber \*  
Gert Weisskirchen  
(Wiesloch) \*  
Prof. Dr. Ernst Ulrich  
von Weizsäcker  
Jochen Welt \*  
Gerd Wendzinski  
Dr. Wolfgang Weng (Ge-  
rlingen) \*  
Franz Xaver Werkstetter  
Dietmar Werner  
Herbert Werner (Ulm) \*  
Petra Wernicke  
Dr. Axel Wernitz \*  
Hildegard Wester \*  
Heinz Westphal

Lydia Westrich \*  
Inge Wettig-Danielmeier  
\*  
Kersten Wetzel \*  
Dr. Margrit Wetzel \*  
Gudrun Weyel \*  
Kurt Weyh  
Gabriele Wiechatzek \*  
Helmut Wieczorek  
(Duisburg) \*  
Dr. Norbert Wieczorek \*  
Heidemarie Wieczorek-  
Zeul \*  
Dieter Wiefelspütz \*  
Franz Wieser  
Petra Wiesner-  
Holtzmann  
Hans-Otto Wilhelm  
Christian Will  
Dr. Martin Willich  
Dr. Dorothee Wilms \*  
Bernd Wilz \*  
Brigitte Wimmer  
Hermann Wimmer  
(Neuötting) \*  
Willy Wimmer (Neuss) \*  
Heinrich Windelen  
Richard Winkels  
Hermann Winkler  
Dr. Gabriele Wirth  
Bärbel Wischermann  
Hans-Jürgen Wi-  
schnewski  
Prof. Dr. Roswitha Wis-  
niewski \*  
Matthias Wissmann \*  
Dr. Hans de With \*  
Heinz-Hermann Witte  
Berthold Wittich  
Wolfgang Wittkowsky  
Dr. Fritz Wittmann  
Simon Georg Wittmann  
(Tännesberg) \*  
Verena Wohlleben \*  
Jürgen Wohlrabe \*  
Marie-Luise Woldering  
Hanna Wolf \*  
Torsten Wolfgramm  
(Göttingen) \*  
Agnes Wolf-Hofmann  
Vera Wollenberger \*

Marianne Wonnyay  
Michael Wonneberger \*  
Dr. Bernhard Worms  
Elke Wülfig \*  
Marianne Würdinger  
Uta Würfel \*  
Peter Kurt Würzbach \*  
Christian Wulff  
Monika Wulf-Mathies  
**Y**  
Cornelia Yzer \*  
**Z**  
Anneliese Zachow  
Uta Zapf \*  
Hans Zehetmair  
Wolfgang Zeitlmann \*  
Alfons Zeller  
Hermann Zenz  
Fritz Ziegler  
Benno Zierer \*  
Dr. Friedrich Zimmer-  
mann  
Dr. Ingo Zimmermann  
Wolfgang Zöllner \*  
Dr. Christoph Zöpel \*  
Brigitte Zschoche  
Burkhard Zurheide \*  
Dr. Theo Zwanziger  
Klaus Zwickel  
Werner Zywietz \*

**Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten**

Länder	CDU/CSU				SPD				FDP				Bündnis 90/Die Grünen				PDS				Sonstige				Insgesamt			
	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	Md B	Md L	Kei n Md L	ins g.	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	M dB	Md L	Ke in M dL	ins g.	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	Md B	M dL	Kei nM dL	ins g.
Baden- Württemberg	39	15	21	75	24	12	14	50	10	2	1	13	-	2	4	6	-	-	-	-	-	5	3	8 <sup>1)</sup>	73	36	43	152
Bayern	50	25	36	111	26	11	16	53	9	2	1	12	-	1	4	5	-	-	-	-	1	-	-	1	86	39	57	182
Berlin	12	10	3	25	9	5	4	18	3	2	-	5	1	-	2	3	3	-	2	5	-	-	-	-	28	17	11	56
Brandenburg	8	5	1	14	7	6	4	17	2	-	1	3	2	-	-	2	3	1	3	7	-	-	-	1	22	13	9	44
Bremen	2	2	-	4	3	3	-	6	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6	5	-	11
Hamburg	6	4	-	10	6	3	4	13	2	-	-	2	-	1	1	2	-	-	-	-	-	-	-	-	14	8	5	27
Hessen	22	15	4	41	20	13	7	40	6	2	1	9	-	2	2	4	-	-	-	-	-	-	-	-	48	32	14	94
Mecklen- burg- Vorpommern	8	4	4	16	4	2	3	9	1	-	1	2	1	-	-	1	2	1	1	4	-	-	-	-	16	7	9	32
Niedersach- sen	31	25	3	59	27	13	16	56	7	1	2	10	-	1	2	3	-	-	-	-	-	-	-	-	65	40	23	128
Nordrhein- Westfalen	63	29	24	116	65	41	32	138	17	6	2	25	-	4	3	7	1	-	-	1	-	-	-	-	146	80	61	287
Rheinland- Pfalz	17	12	1	30	13	7	8	28	4	2	-	6	-	1	1	2	-	-	-	-	-	-	-	-	34	22	10	66
Saarland	4	3	-	7	6	3	3	12	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11	6	3	20

Sachsen	21	15	10	46	8	4	4	16	5	2	-	7	2	-	2	4	4	4	-	8	-	-	-	-	40	25	16	81
Sachsen-Anhalt	12	8	2	22	6	3	4	13	5	1	1	7	1	-	1	2	2	2	1	5	-	2 <sup>2)</sup>	-	2	26	15	10	51
Schleswig-Holstein	11	9	-	20	10	7 <sup>3)</sup>	5	22	3	1	-	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1 <sup>4)</sup>	-	1	24	18	5	47
Thüringen	12	8	4	24	5	2	4	11	3	-	2	5	1	-	1	2	2	1	1	4	-	-	-	-	23	11	12	46
Insgesamt	31 8	18	113	62 0	23 9	13	128	50 2	79	21	12	11 2	8	12	23	43	17	8	9	34	1	9	3	13	662	37	28	132 4
		9				5																				2	4	
		302				263				33				35				17				12				662		

1) REP

2) 1 Fraktion-unabhängiger Abgeordneter (FUA) und 1 Fraktionsloser

3) Davon 1 SSW

4) Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

---

**Stenographischer Bericht**

Bonn, Dienstag, den 23. Mai 1994<sup>55)</sup>

Beginn: 11.00 Uhr

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 10. Bundesversammlung zur Wahl des siebten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland und heiße Sie alle herzlich willkommen.

Ich begrüße die Mitglieder der Bundesversammlung, unter ihnen Bundeskanzler Helmut Kohl,

(Beifall)

die Mitglieder der Bundesregierung, die Ministerpräsidenten, Minister und Senatoren der Bundesländer.

Lassen Sie mich aus den Reihen der Parlamentarier zwei Mitglieder besonders ansprechen: Josef Felder, den einzigen ehemaligen Reichstagsabgeordneten,

(Beifall)

und Richard Stücklen, als einziger seit 1949 bei allen Bundesversammlungen dabei.

(Beifall)

Ein herzliches Willkommen gilt auch den Mitgliedern des Bundestages und der 16 Landtage sowie den Einzelpersonlichkeiten aus dem politischen, kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Leben.

Mit ganz besonderer Freude begrüße ich alle Mitglieder aus den neuen Bundesländern, unter ihnen viele, die aktiv dazu beigetragen haben, daß wir heute den Präsidenten im vereinten Deutschland wählen können.

(Beifall)

Den Botschaftern und Angehörigen ausländischer Missionen danke ich für ihr Kommen. Wir freuen uns, daß Sie an diesem Ereignis hohes Interesse haben.

Mein Willkommen gilt den zahlreichen Gästen, die unserer Einladung gefolgt sind, und ich schließe all jene ein, die diese Wahl an den Rundfunk- und Fernsehgeräten verfolgen.

Von dieser Stelle aus möchte ich unserem Bundespräsidenten, Richard von Weizsäcker, und seiner Frau Marianne von Weizsäcker unsere herzlichsten Grüße in den Berliner Amtssitz übermitteln

(Beifall)

---

<sup>55)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 12. Wahlperiode. Stenographischer Bericht. Bd. 175, S. 3-16.

---

und ihnen danken für ihren hohen Einsatz, für die von uns allen hochgeachtete Arbeit für unser Land.

(Beifall)

Heute sind wir hier zusammengekommen, um zum ersten Mal nach der Vereinigung Deutschlands den Bundespräsidenten aller Deutschen zu wählen. Das ist ein Ereignis, das uns besonders bewegt.

Pfingsten und Verfassungstag – Welch geeigneteren Tag könnte es für die Wahl unseres Bundespräsidenten geben? Das ist ein Tag der Demokratie. In diesem **Reichstagsgebäude**, das in diesem Jahr 100 Jahre alt wird, wird zum ersten Mal in unserer parlamentarischen Geschichte der Bundespräsident aller Deutschen im ungeteilten Berlin und geeinten Deutschland gewählt.

(Beifall)

Die Feinde und Gegner der Weimarer Republik wollten, daß dieses Haus nie wieder ein Haus der Demokratie sein sollte. Sie haben alles Parlamentarische verhöhnt, geschmäht und vernichtet. Und genau an diesem Ort nehmen wir Parlamentarier aus Bund und Ländern gemeinsam mit weiteren Bürgerinnen und Bürgern aus der Mitte unseres Volkes diese Wahl vor. Der Parlamentarische Rat hatte sich nach intensiver Debatte für eine betont parlamentarische Ausrichtung des Wahlverfahrens, für die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung, entschieden.

Nach 1949 haben Parlament und Regierung die Wahl des Bundespräsidenten viermal in Berlin durchgesetzt, um sich zu dieser Stadt und zur Einheit Deutschlands zu bekennen, zuletzt 1969. Danach war es politisch nicht mehr durchsetzbar. Die Bundesversammlung durfte nach dem Viermächteabkommen nicht mehr in Berlin zusammentreten. Inzwischen hat sich viel verändert. Heute sind die Gegner von damals längst auf dem Weg zur Partnerschaft. Wir sind vereint, friedlich, mit der Zustimmung aller unserer Nachbarn.

Wäre uns am 23. Mai 1989 bei der damaligen Wahl des Bundespräsidenten in Bonn gesagt worden, den nächsten Bundespräsidenten wählen wir im Reichstagsgebäude im freien und geeinten Berlin, wer von uns hätte das geglaubt?

Aber noch im selben Jahr, unweit von diesem Ort, fiel am Abend des 9. November 1989 die Mauer, Jahrzehnte Inbegriff von Trennung und Leid. An dieser Stelle, vor und in diesem Haus durften wir in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 die **deutsche Einheit** feiern. Ein Traum hat sich erfüllt.

Und heute, am 23. Mai 1994, erleben wir hier die erste gesamtdeutsche Wahl des Bundespräsidenten, an der unsere Bürgerinnen und Bürger engagiert Anteil nehmen. Das Amt des Bundespräsidenten bedeutet ihnen sehr viel. Sie verbinden mit ihm hohe Erwartungen, weil es – wie unser Bundespräsident in diesen Tagen selbst noch einmal gesagt hat – ein unabhängiges, ein überparteiliches, aber keineswegs ein unpolitisches Amt ist.

Im heutigen Wahlvorgang drückt sich auch unser Staats- und Demokratieverständnis aus. Wir sind jetzt wieder ein Volk, das gemeinsam seinen Präsidenten und ersten Bürger

---

---

bzw. erste Bürgerin des Staates wählt.

Keiner kann sich in unserem Land für dieses Amt selbst vorschlagen. Stellvertretend für das ganze Volk vergibt die Bundesversammlung dieses Amt an eine Frau oder einen Mann. Darin liegt die demokratische Legitimation.

Alle Bundespräsidenten haben dieses Amt auf ihre ganz persönliche, unverwechselbare Art nach innen und nach außen wahrgenommen. Wir wollten uns stets mit unseren Präsidenten identifizieren, wünschten uns gleichzeitig, dass sie Maßstäbe setzen und Orientierung geben.

Der Präsident oder die Präsidentin soll einer von uns sein und doch zugleich herausgehoben, ein wachsamer und kritischer Präsident, der dazu beiträgt, unsere Vision vom einigen und glücklichen Deutschland in einem größer gewordenen und geeinten Europa mehr und mehr zu verwirklichen. Diese Aufgabe ist in den letzten Jahren nicht einfacher geworden, aber auch nicht weniger lohnend.

Wir haben gegenwärtig häufig ein zu großes Auge für das noch nicht Erreichte und oftmals einen zu kleinen Blick für das Außergewöhnliche, das bereits im Einigungsprozeß geleistet wurde. In diesem schwierigen Prozeß des Zusammenwachsens schwanken wir bisweilen heftig zwischen Selbstvertrauen und Selbstzweifeln, zwischen Zuversicht und Kleinmut.

Sind wir uns eigentlich bewußt, was seit 1989 in Deutschland erreicht und geschaffen wurde? Empfinden wir noch die menschliche Nähe und Dankbarkeit, wie wir sie in Berlin und überall in Deutschland im November und Dezember 1989 erlebt haben? Machen wir uns doch gerade an einem Tag wie heute wieder bewußt, was die Menschen in der ehemaligen DDR errungen, was uns gemeinsam geschenkt und als Auftrag verpflichtend in unsere Hände gelegt wurde!

Es sind nicht anonyme Mächte, sondern Menschen, die Geschichte machen, festgefahrene Zustände verändern, neue Realitäten formen. Nichts geschieht von selbst, nach vorgegebenen Eigengesetzlichkeiten, sondern durch bewusstes oder spontanes Tun, durch Mut und Tatkraft, Vertrauen zur Zukunft, durch Entschlossenheit, den Geist der Erneuerung durchzuhalten, auch in schwierigen Tagen.

Die Wiedervereinigung haben wir vielen zu verdanken. Dazu bedurfte es neuen Denkens, ungewöhnlich mutiger und zukunftsbezogener Entscheidungen. Ohne Politiker wie Michail Gorbatschow, George Bush, Helmut Kohl und ihre politischen Mitstreiter könnten wir uns heute hier nicht versammeln.

(Beifall)

Politische Einheit ist noch nicht Einigkeit im Innern. Das erfordert weitere Anstrengungen und viel Geduld. Leider sind wir modernen Menschen großen Aufgaben gegenüber oftmals viel zu hastig. Wir bilden uns ein, morgens einen Apfelbaum zu pflanzen lohne sich nur, wenn wir abends bereits die ersten Äpfel ernten können. Diese Ungeduld müssen wir in uns bekämpfen. Sonst werden wir nach und nach unfähig für die zeitaufwendigen notwendigen großen Projekte und müssen unsere Hast mit Rückschritt bezahlen.

---



---

Wir sollten auch bedenken, daß die **innere Einheit Deutschlands** zuallererst etwas Menschliches ist, dann erst etwas Nationales. Sie muß sich zuerst im einzelnen, im Persönlichen ereignen, von ihm ausgehen, muß sich in Offenheit und Zuwendung, in Achtung und Beachtung des anderen, in menschlicher Wärme ausdrücken.

Wir wissen aber auch, daß nur der menschlich und somit auch frei leben kann, der sich vor Gewalttätigkeit anderer nicht fürchten muß und der selbst jede Neigung zur Gewalt aus sich verbannt und nicht wegschaut, wenn andere Gewalt anwenden.

(Beifall)

Polizei und Justiz allein reichen für die wehrhafte Demokratie nicht aus. Unverzichtbar sind wache und aktive Demokraten. Mit Intoleranz und Gewalttätigkeit, mit Menschenverachtung kann nur zerstört, nichts aufgebaut werden.

Innere Einheit kann nicht wachsen, wo Menschlichkeit verletzt wird, wo sich Gewalttätigkeit ausbreitet, gleich gegen wen: Ausländer, Behinderte, Alte oder Obdachlose. Dort, wo Brutalität und Unmenschlichkeit wüten, kann unser Deutschland nicht sein.

(Beifall)

In dieser Demokratie ist kein Platz für Gewalt und Gewalttäter. Es ist Platz für konstruktive Kritik und Kreativität. Es ist Platz für Mitarbeit und Zivilcourage.

Wir brauchen freie und verantwortungsbewusste Menschen, selbständig denkend, mutig und Mut machend, wache und aufmerksame Bürger und Bürgerinnen, sensibel für Probleme und Schicksale, die Menschenwürde achtend und so unsere Verfassung lebend.

Nicht Verfassungsorgane, sondern nur Menschen können die Grundwerte der Demokratie lebendig erhalten – Menschen, die in unserer Zeit stehen, die Zugang haben zu Hoffnungen und Ängsten, Stärken und Schwächen, Freude und Verdruß.

Nichts braucht soviel Anstrengung und harte Arbeit wie die gelebte Demokratie. Sie muß unbeugsam sein und verlangt tägliche Einübung in unseren Familien, in der Erziehung, in Schulen und Universitäten, in den Betrieben – an jedem Ort, in dem wir miteinander leben.

Die Präsidentin oder der Präsident, den wir heute wählen, soll uns dabei unterstützen, unsere Kräfte für dieses Ziel einzusetzen, soll unseren Glauben an eine menschlich lebenswerte Zukunft stärken, ja beflügeln, ohne dabei über das hinwegzusehen, was uns schadet und schwächt: Selbstüberschätzung und Egoismus. Beide sind noch längst nicht besiegt.

Wenn wir uns selbst genug abverlangen, fest an uns glauben, einander wechselseitig bestärken, wenn wir aus der bisher begonnenen und geleisteten Erneuerung und Verwandlung unseres Landes Zuversicht schöpfen, dann ist das das Beste, womit wir den von uns Gewählten in seinem hohen Amt begleiten und unterstützen können.

---

---

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur **Konstituierung** der 10. Bundesversammlung. Die Bundesversammlung besteht aus 662 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und einer gleichen Zahl von Mitgliedern, die von den Länderparlamenten gewählt worden sind. Die Präsidentinnen und Präsidenten der Länderparlamente haben mir mitgeteilt, daß die 662 Mitglieder aus den Ländern rechtmäßig gewählt wurden.

Nach § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung findet die Geschäftsordnung des Bundestages auf den Geschäftsgang der Bundesversammlung sinngemäß Anwendung, sofern sich die Bundesversammlung nicht eine eigene Geschäftsordnung gibt. Das Mitglied der Bundesversammlung Dr. Rolf Schlierer hat sich zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet.

Ich erteile das Wort für fünf Minuten. Bitte sprechen Sie vom Saalmikrophon.

**Dr. Rolf Schlierer** (Republikaner): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens meiner Gruppe beantrage ich gemäß § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten, dieser 10. Bundesversammlung folgende Geschäftsordnung zu geben:

§ 1

Den zur Wahl vorgeschlagenen Kandidaten wird gestattet, sich der Bundesversammlung vorzustellen.

§ 2

Im Übrigen finden die Bestimmungen der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages Anwendung.

Ich will dies kurz begründen.

Erstens glaube ich, daß man den Wahlfrauen und Wahlmännern dieser Bundesversammlung die Gelegenheit geben sollte, sich aus eigener Erfahrung und Ansicht ein Bild von den Kandidaten zu machen und sich nicht nur über die Medien informieren zu müssen.

Zum zweiten, meine Damen und Herren, glaube ich, daß es der Chancengerechtigkeit aller Kandidaten entspricht, wenn sie sich hier vorstellen können. Ich möchte dem von uns vorgeschlagenen Kandidaten Hans Hirzel, dem vom Volksgerichtshof unter Freisler verurteilten Mitglied der Weißen Rose, die Möglichkeit geben, sich Ihnen hier heute vorzustellen. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu diesem Vorschlag.

(Vereinzelt Beifall)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag gehört. Sie wissen, daß ich kraft Amtes verpflichtet bin, auf Art. 54 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes hinzuweisen, das uns alle bindet. Danach findet die Wahl des Bundespräsidenten ohne Aussprache statt. Deswegen komme ich unmittelbar zur Abstimmung.

---

---

Wenn jemand der Meinung ist, daß diesem Antrag stattgegeben werden soll, möge er das Handzeichen geben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Deshalb findet, wie das Gesetz es vorsieht, die Geschäftsordnung des Bundestages sinngemäß Anwendung. – Ich stelle fest: Die Bundesversammlung ist damit einverstanden.

Zur Beschlußfähigkeit der Bundesversammlung ist die Anwesenheit von mindestens 663 Mitgliedern erforderlich. Das ist offensichtlich der Fall. Die Bundesversammlung ist also beschlußfähig.

Als Schriftführer und Schriftführerinnen schlage ich Ihnen die 35 Abgeordneten vor, die auch im Deutschen Bundestag diese Aufgabe wahrnehmen. Es sind dies die Abgeordneten Brigitte Adler, Monika Brudlewsky, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Gertrud Dempwolf, Maria Eichhorn, Anke Eymer, Hans-Joachim Fuchtel, Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink, Horst Friedrich (Bayreuth), Elisabeth Grochtmann, Dr. Sigrid Hoth, Karin Jeltsch, Franz Heinrich Krey, Uwe Lambinus, Dr. Dietrich Mahlo, Alfons Müller (Wesseling), Dr. Rolf Niese, Doris Odendahl, Dr. Hermann Pohler, Rosemarie Priebus, Hans Raidel, Bernd Reuter, Ortrun Schätzle, Heinz Schemken, Trudi Schmidt (Spiesen), Regina Schmidt-Zadel, Bodo Seidenthal, Lisa Seuster, Wieland Sorge, Antje-Marie Steen, Joachim Tappe, Dr. Cornelia von Teichman, Hans-Günther Toetemeyer, Verena Wohlleben und Benno Zierer. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann ist das so beschlossen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer Franz Heinrich Krey und Uwe Lambinus, neben mir Platz zu nehmen.

Die 10. Bundesversammlung ist damit konstituiert.

Meine Damen und Herren, bis gestern lagen folgende **Vorschläge** für die Wahl zum Bundespräsidenten vor, die ich in alphabetischer Reihenfolge bekanntgebe. Frau Staatsministerin a. D. **Dr. Hildegard Hamm-Brücher**.

(Beifall)

Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts Professor **Dr. Roman Herzog**.

(Beifall)

Herr Ministerpräsident **Dr. Johannes Rau**.

(Beifall)

Herr Professor **Dr. Jens Reich**.

(Beifall)

Gestern abend spät: Herr **Hans Hirzel**.

(Vereinzelt Beifall)

---

---

Das sind die Namen der Kandidaten.

Die Vorgeschlagenen haben gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten schriftlich ihre Bereitschaft zur Kandidatur erklärt. Im Namen des Sitzungsvorstandes stelle ich fest, daß die Wahlvorschläge den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.

Meine Damen und Herren, ich bitte nunmehr um Ihre Aufmerksamkeit für einige Hinweise zum **Wahlverfahren**. Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist zum Bundespräsidenten gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, d. h. wer mindestens 663 Stimmen auf sich vereinigt.

§ 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten sieht vor, daß mit verdeckten amtlichen Stimmkarten gewählt wird. Die Wahl ist deshalb gemäß § 49 unserer Geschäftsordnung geheim.

Ich weise darauf hin, daß Sie Ihre Stimmkarte in einer der Wahlkabinen hinter mir in der Westhalle ankreuzen und in der Wahlkabine auch in den Wahlumschlag legen müssen. Die Schriftführer sind verpflichtet, Mitglieder der Bundesversammlung zurückzuweisen, die ihre Stimmkarte außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder außerhalb der Wahlkabine in den Wahlumschlag gelegt haben. In diesem Fall kann die Wahl jedoch vorschriftsmäßig wiederholt werden.

Stimmkarten mit mehr als einem Kreuz oder sonstigen Zusätzen sind ungültig. Das gleiche gilt für Stimmkarten, die überhaupt nicht angekreuzt sind oder auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten.

Die Schriftführer zu meiner Rechten und zu meiner Linken werden gleich die Namen nach dem Alphabet aufrufen. Nachgerückte Mitglieder, die nicht mehr im Namensverzeichnis alphabetisch aufgeführt werden konnten, werden zum Schluß aufgerufen.

Verfolgen Sie bitte den Namensaufruf und begeben Sie sich erst in die Westhalle, wenn der Aufruf Ihres Namens unmittelbar bevorsteht. Die Schriftführer händigen Ihnen an den Ausgabestischen in der Westhalle Ihre Stimmkarte nur in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Aufruf Ihres Namens aus. Für die Ausgabe der Stimmkarte halten Sie bitte Ihren weißen Wahlausweis bereit.

Nachdem Sie die Stimmkarte ausgefüllt haben, kommen Sie bitte in den Plenarsaal zurück und werfen dann Ihre Stimmkarte im Umschlag in eine der hier rechts und links von mir aufgestellten Wahlurnen.

Den weißen Wahlausweis übergeben Sie bitte den Schriftführern an den Wahlurnen. Dadurch wird Ihre Teilnahme an der Wahl nachgewiesen.

Ich eröffne nunmehr die Wahl und bitte die Schriftführer, die Plätze an den Tischen zur Ausgabe der Stimmkarten und an den Wahlurnen einzunehmen und mit dem Namensaufruf zu beginnen.

---

---

(V o r s i t z : Vizepräsident Helmuth Becker)

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, haben alle Mitglieder der Bundesversammlung ihre Stimme abgegeben? – Nein. Dann bitte ich Sie, das zu tun.

Meine Damen und Herren, ich frage noch einmal: Haben alle Mitglieder der Bundesversammlung ihre Stimme abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich die Wahl und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Die Sitzung wird während der Auszählung nicht unterbrochen.

Ich will Sie noch auf folgendes aufmerksam machen: Die Auszählung wird etwa 30 bis 40 Minuten dauern. Wenn das Ergebnis bekanntgegeben ist, werden wir uns überlegen müssen, ob die Sitzung möglicherweise unterbrochen wird. Ich bitte deswegen alle, im Saal zu bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Damen und Herren Schriftführer haben außerordentlich schnell und korrekt gearbeitet.

(Beifall)

Das Ergebnis liegt vor. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

(V o r s i t z : Präsidentin Dr. Rita Süßmuth)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Meine Damen und Herren! Ich weiß, Sie sind bis aufs äußerste gespannt. Trotzdem habe ich noch etwas nachzuholen. Nichts läuft fehlerfrei. Ich möchte ganz herzlich in unserer Mitte den Alt-Bundespräsidenten Walter Scheel

(Beifall)

und den Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt begrüßen.

(Beifall)

Nun komme ich zu dem Ergebnis des ersten Wahlgangs: Abgegebene Stimmen 1319, ungültige Stimmen 2, gültige Stimmen 1317, Enthaltungen 2.

Es entfallen auf Frau Dr. Hildegard Hamm- Brücher 132 Stimmen,

(Beifall)

Herrn Roman Herzog 604 Stimmen,

(Beifall)

Herrn Hans Hirzel 12 Stimmen,

(Vereinzelt Beifall)

---

Herrn Johannes Rau 505 Stimmen

(Beifall)

und Herrn Jens Reich 62 Stimmen.

(Beifall)

Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, d. h. wer mindestens 663 Stimmen auf sich vereinigt. Das ist bisher nicht erreicht.

Mir liegt vor ein Wunsch, daß nach diesem Ergebnis bis 14.00 Uhr eine Unterbrechung stattfindet. Bitte begeben Sie sich in Ihre Fraktionssäle.

(Unterbrechung: 13.01 bis 14.00 Uhr)

**Vizepräsident Hans Klein:** Die unterbrochene Sitzung ist wiedereröffnet.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in den zweiten Wahlgang ein. Auch im zweiten Wahlgang sind für die Wahl des Bundespräsidenten die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erforderlich, also 663 Stimmen.

Mir ist mitgeteilt worden, daß Herr Professor **Reich** für den zweiten Wahlgang nicht mehr zur Verfügung steht.

Es stehen demnach folgende Kandidaten zur Wahl: Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher,

(Beifall)

Herr Professor Dr. Roman Herzog,

(Beifall)

Herr Hans Hirzel,

(Vereinzelt Beifall)

Herr Ministerpräsident Johannes Rau.

(Beifall)

Die moderne Technik hat es uns erlaubt, sofort neue Stimmkarten mit den Namen der jetzt zur Wahl stehenden Kandidaten herzustellen.

Das Wahlverfahren ist bekannt. Auch der zweite Wahlgang erfolgt per Namensaufruf. Für die Ausgabe der Stimmkarten und an den Wahlurnen halten Sie dieses Mal bitte Ihren blauen Wahlausweis bereit. Verfolgen Sie bitte wieder den Namensaufruf und begeben

---

---

Sie sich erst in die Westhalle, wenn der Aufruf Ihres Namens unmittelbar bevorsteht. Die Schriftführer händigen Ihnen an den Ausgabatischen in der Westhalle Ihre Stimmkarte nur in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Aufruf Ihres Namens aus.

Meine Damen und Herren, mein Hinweis auf die moderne Technik war eine Spur zu optimistisch. Es wird noch wenige Minuten dauern, bis die neugedruckten Stimmkarten vorliegen. Sobald ich diese Meldung erhalte, beginnen wir dann mit dem Namensaufruf.

(Namensaufruf)

Haben alle Mitglieder des Hauses ihre Stimme abgegeben? – Offenbar haben alle ihre Stimme abgegeben. Dann schließe ich die Wahl und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Wir werden die Sitzung während der Auszählung nicht unterbrechen.

(V o r s i t z : Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Meine Damen und Herren! Ich möchte das Ergebnis des zweiten Wahlgangs zur Wahl des Bundespräsidenten bekanntgeben. Abgegebene Stimmen: 1319, ungültige Stimmen: 1, gültige Stimmen: 1318.

Es entfielen auf Frau Hildegard Hamm-Brücher 126 Stimmen und auf Herrn Roman Herzog 622 Stimmen,

(Beifall)

Herr Hans Hirzel erhielt 11 Stimmen

(Vereinzelt Beifall)

und Herr Johannes Rau 559 Stimmen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit ist die erforderliche Mehrheit nicht erreicht. Die Fraktionen haben mir mitgeteilt, daß sie nunmehr eine Unterbrechung der Sitzung wünschen. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, daß in 90 Minuten

(Zurufe)

die Bundesversammlung wieder zusammentritt.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung von 15.22 Uhr bis 17.01 Uhr)

**Vizepräsidentin Renate Schmidt:** Meine sehr geehrten Herren und Damen, die unterbrochene Sitzung ist wiedereröffnet.

---

---

Wir werden jetzt den dritten Wahlgang durchführen. Im dritten Wahlgang ist nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes zum Bundespräsidenten gewählt, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

Mir ist mitgeteilt worden, daß Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher für den dritten Wahlgang nicht mehr zur Verfügung steht. Deshalb stellen sich jetzt zur Wahl: Herr Professor Dr. Roman Herzog, Herr Hans Hirzel und Herr Ministerpräsident Johannes Rau.

Die Stimmkarten sind bereits gedruckt. Wir können also beginnen.

Ich habe noch eine ganz herzliche Bitte: Sie erleichtern die Arbeit derer, die die Stimmen auszuzählen haben, deutlich, wenn Sie den Umschlag mit Ihrer Stimmkarte nicht zukleben.

(Heiterkeit)

Es tut mir leid, Ihnen das sagen zu müssen. Es ist aber so, daß die jetzt in zwei Wahlgängen in erheblicher Zahl zugeklebt worden sind.

Das Verfahren zur Wahl ist in der Zwischenzeit bekannt. Auch der dritte Wahlgang findet mit Namensaufruf statt. Für die Ausgabe der Stimmkarte und an den Wahlurnen halten Sie dieses Mal bitte Ihren gelben Wahlausweis bereit.

Ich eröffne nunmehr die Wahl und bitte die Schriftführer, die Plätze an den Tischen zur Ausgabe der Stimmkarten und an den Wahlurnen einzunehmen und mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf)

Darf ich fragen, ob alle Mitglieder der Bundesversammlung ihre Stimme abgegeben haben. – Das ist offensichtlich der Fall. Ich schließe die Wahl und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Die Sitzung wird während der Auszählung nicht unterbrochen. Wir können davon ausgehen, dass spätestens in 30 Minuten die Auszählung abgeschlossen sein wird.

(V o r s i t z : Präsidentin Dr. Rita Süßmuth)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Meine Damen und Herren! Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Abgegebene Stimmen: 1320, ungültige Stimmen: 1, gültige Stimmen: 1319, Enthaltungen: 7. Es entfallen auf Herrn Roman Herzog 696 Stimmen,

(Anhaltender Beifall)

auf Herrn Hans Hirzel 11 Stimmen und auf Herrn Johannes Rau 605 Stimmen.

(Anhaltender Beifall)

Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist im dritten Wahlgang zum Bundespräsidenten gewählt, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Herr Roman Herzog ist somit zum

---



---

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Nach dem Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten habe ich die Aufgabe und Pflicht, den Gewählten mitzuteilen und ihn zu fragen, ob er die Wahl annimmt.

Ich bitte Sie, Herr Professor Herzog, sich zu mir zu begeben und mir darauf zu antworten.  
– Herr Professor Dr. Roman Herzog, nehmen Sie die Wahl an?

**Dr. Roman Herzog:** Ja, Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an.

(Anhaltender Beifall)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist eine bewegende Stunde für mich. Es ist in den letzten Tagen immer wieder daran erinnert worden, wie sich die letzte Bundespräsidentenwahl, die hier in Berlin im Reichstag stattgefunden hat, im März 1969 abgespielt hat.

Vielleicht wissen es viele von Ihnen nicht: In dieser Zeit waren meine Frau und ich Bürger von West-Berlin. Wir haben miterlebt, wie damals die Regierung der DDR – für einige Stunden wenigstens, aber niemand wußte, wie lange es dauern würde – die Zufahrtswege zu Lande abgesperrt hat. Wir haben es nie für möglich gehalten, daß eine solche Stunde wie diese noch zu unseren Lebzeiten möglich sein würde. Es ist ein Wunder, das wir erleben, und wir sind Ihnen allen – vor allem ich –, Ihnen allen, denen, die mich jetzt gewählt haben, und denen, die mich nicht wählen konnten, herzlich dafür dankbar, daß das möglich geworden ist. Ich sage es bewusst auch an diejenigen, die mir ihre Stimme aus guten Gründen nicht geben konnten. Ich werde mich bemühen, das Amt so zu führen, daß sie es am Ende bereuen, mich nicht gewählt zu haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Lassen Sie mich ein Wort an meine Mitbewerber richten. Wir sind über viele Monate viel in unserem Kreis gewesen; wir haben immer wieder untereinander Kontakte gehabt; Es war ein gutes Verhältnis. Ich will nicht behaupten, daß ich die Mehrheit nicht hätte bekommen wollen, aber ich hätte sie jedem von den drei anderen gegönnt. Das ist jetzt keine Attitüde; das meine ich wirklich so. Ich bedanke mich auch für die Art, wie wir in den letzten Monaten miteinander umgehen konnten. Ich glaube schon, das war ein gutes Stück Demokratie, wie wir es vorgemacht haben. Es ist nie verkehrt, wenn das in einem Staat wie unserem so läuft.

Meinen herzlichen Dank, meinen Respekt für Sie alle.

Ich werde alles daransetzen – obwohl das nur eine Formel ist, wie Sie wissen – , der Bundespräsident aller Deutschen zu sein.

(Beifall)

Es gibt in unserem Staat, es gibt in unserer Gesellschaft viele Grenzen, die zwischen uns hindurchgehen, Grenzen der Überzeugung, Grenzen der Landsmannschaft, Grenzen der

---

---

historischen Erfahrung, Grenzen auch des ökonomischen Interesses. Aber, meine Damen und Herren, es gibt unendlich viel, was uns allen gemeinsam ist, was in dem Streit der Parteien, in dem Streit der großen Verbände so nicht immer deutlich wird, was aber deutlich sein muß, damit dieser Staat und diese freiheitliche Gesellschaft fortexistieren und handlungsfähig sein können. Ich werde alles daransetzen, dieses Einende, das, was uns alle in diesem Saale hier und die von uns Vertretenen einig macht, zu betonen.

Unser Weg in die Zukunft ist unsicherer, als er es noch vor fünf oder zehn Jahren war. Die Zukunft, in die wir hineingehen, ist schwierig; sie ist nicht ohne weiteres mehr kalkulierbar, so wie das einige Jahrzehnte in der Vergangenheit war. Aber, meine Damen und Herren, wir Deutschen haben die Kraft, wir Europäer haben die Kraft, diesen Weg zu finden und diesen Weg dann auch zu gehen. Daran sollten wir nie zweifeln, und das sollten wir auch nie verschweigen. Es gehört zu unserem Leben dazu. Hätten wir diese Hoffnung nicht mehr, dann könnten wir den Weg, der vor uns liegt, auch nicht gehen.

Das sage ich insbesondere in die Irritationen hinein, die sich heute aus den Schwierigkeiten im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung ergeben. Ich sage es den Bürgern der früheren Bundesrepublik, die jetzt viele Opfer bringen müssen. Meine Damen und Herren, ich kann es Ihnen nicht ersparen, immer wieder zu sagen: Das ist der Ausgleich für eine Ungerechtigkeit der Weltgeschichte, die durch Zufall an der Elbgrenze gelegt worden ist.

(Beifall)

Diesseits und jenseits der alten Mauer haben Deutsche gelebt. Diesseits und jenseits der alten Mauer haben fleißige, phantasievolle, kreative Menschen gelebt. Die einen sind schneller vorangekommen, die anderen nicht. Die einen sind deswegen vorangekommen, weil ihnen die Amerikaner geholfen haben, die wir in dieser Stunde nicht vergessen wollen,

(Beifall)

und weil sie ein politisches System hatten, das die Früchte ihres Fleißes gefördert, nicht immer wieder zunichte gemacht und gehindert hat. Das ist eine Ungerechtigkeit der Geschichte gewesen. Diejenigen, die im Rahmen dieser Ungerechtigkeit bevorzugt waren, haben die moralische Pflicht, jetzt den Ausgleich zu schaffen. Ich sage den Menschen in den neuen Bundesländern: Sie müssen begreifen, daß Sie für uns keine Last, sondern daß Sie für uns ein Gewinn sind.

(Beifall)

Sie bringen unendlich viel an Erfahrungen ein, die wir im Westen nicht hatten, in einer ganz anderen Welt, in der vieles auch humaner als bei uns gewesen ist, in der vieles ganz anders war. Sie bringen Erfahrungen aus Ihrem beruflichen Bereich ein. Da liegen Schätze brach, die wieder gehoben werden müssen und auf die sich diese Menschen stützen und verlassen können. Wir müssen froh sein – ich bin froh –, daß sie wieder bei uns sind.

(Beifall)

---

---

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich will Deutschland in den nächsten fünf Jahren so repräsentieren, wie dieses Deutschland wirklich ist: friedliebend, freiheitsliebend, leistungsstark, um Gerechtigkeit zumindest bemüht, zur Solidarität bereit, tolerant, weltoffen und – was mir fast das Wichtigste erscheint – unverkrampft.

(Beifall)

Wir Deutschen waren nicht immer unverkrampft; das wird man nicht behaupten können. Wir haben es einigermaßen geschafft, die Verkrampfung der späten Nation abzulegen. Meine größte Sorge ist heute, daß das wieder eintreten könnte. Dem müssen wir – vielleicht auch durch manche Eleganz in der Formulierung, durch manches lockere Wort – entgegenwirken. Dieses Deutschland muß in der Welt seine Rolle spielen, aber unverkrampft und ohne gefletschte Zähne. Das ist das Allerwichtigste, was wir in diese nächsten Jahrzehnte hineinbringen müssen.

So wie ich mit einer persönlichen Remineszenz begonnen habe, will ich auch mit einer persönlichen Remineszenz zum Ende kommen: Ich habe vor fast 30 Jahren in dieser Stadt, in West-Berlin, wie es damals hieß, meine berufliche Laufbahn begonnen. Ich bin dann 25 Jahre unterwegs gewesen. Jetzt hat mich Ihr Votum wieder in diese Stadt, die zu lieben ich nie aufgehört habe, zurückgeholt.

Ich bedanke mich bei Ihnen. – Berlin, ich bin wieder hier!

(Anhaltender Beifall)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Meine Damen und Herren, die Eidesleistung des neuen Bundespräsidenten wird nach der Vorschrift des Grundgesetzes vor den versammelten Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates erfolgen, und zwar am 1. Juli 1994 hier in Berlin, im Reichstagsgebäude.

Bevor ich die Bundesversammlung schließe, möchte ich allen Kandidaten, die sich zur Verfügung gestellt, die hier mitgewirkt haben, ganz herzlich im Namen der Bundesversammlung danken. Ich danke darüber hinaus allen Schriftführern, daß sie zu einem zügigen und so erfolgreichen Ablauf beigetragen haben.

(Beifall)

In diesen Dank möchte ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung sowie der Berliner Polizei einbeziehen.

(Beifall)

Herzlich möchte ich auch der Familie Professor Kleinschroth danken, die hier im Saale auf der Bundesratsbank gleich das Deutschlandlied intonieren wird. Ich danke den jungen Musikern des Canisius-Kollegs in Berlin-Tiergarten und der Erich-Höppner-Oberschule in Berlin-Charlottenburg, die im Anschluß an die Bundesversammlung in der Osthalle spielen werden. In ihrer aller Namen gilt mein Dank schließlich dem Thomanerchor aus Leipzig, der unter Leitung seines Kantors, Professor Georg Christoph Biller, in

---

der Osthalle gleich den neugewählten Bundespräsidenten und Sie alle musikalisch begrüßen möchte.

Wir singen nun unser Nationallied, „Einigkeit und Recht und Freiheit“.

(Nationalhymne)

Meine Damen und Herren, ich erkläre die Bundesversammlung für beendet und wünsche uns jetzt noch ein gutes Beisammensein beim Empfang.

(Beifall)

---

---

## Eidesleistung und Ansprache

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1994  
Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Prof. Dr. Roman Herzog  
Deutscher Bundestag, 239. Sitzung, zugleich 671. Sitzung des Bundesrates, Berlin, den 1.  
Juli 1994<sup>56)</sup>  
(Auszug)

**Präsidentin Dr. Rita Süsmuth:** [...]

Meine Damen und Herren, am 23. Mai dieses Jahres hat die Bundesversammlung Herrn Professor Dr. Roman Herzog zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Herr Roman Herzog hat vor der Bundesversammlung diese Wahl angenommen und mit dem heutigen Tag das Amt des Bundespräsidenten angetreten.

Nach Art. 56 des Grundgesetzes leistet der Bundespräsident bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates den vorgeschriebenen Eid. Ich bitte Sie, Herr Bundespräsident – und ich bitte den Herrn Präsidenten des Bundesrates –, zu mir zu kommen, um den Eid zu leisten.

(Die Anwesenden erheben sich)

Herr Bundespräsident, ich übergebe Ihnen das Original des Grundgesetzes und bitte Sie, den Eid zu sprechen.

**Bundespräsident Dr. Roman Herzog:** Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe!

**Präsidentin Dr. Rita Süsmuth:** Herr Bundespräsident, Sie haben den Eid geleistet. Ich möchte Ihnen im Namen aller hier Versammelten Glück wünschen. Alles Gute, Gottes Segen und eine erfolgreiche Hand in diesem Amt für unser Land!

**Bundespräsident Dr. Roman Herzog:** Danke schön.

(Beifall)

**Präsidentin Dr. Rita Süsmuth:** Das Wort hat der Herr Bundespräsident.

**Bundespräsident Dr. Roman Herzog:** Frau Präsidentin des Deutschen Bundestages! Herr Präsident des Bundesrates! Herr Bundespräsident von Weizsäcker! Verehrte Frau von Weizsäcker! Herr Bundeskanzler! Frau Vizepräsidentin des Bundesverfassungsgerichts! Meine Damen und Herren! Vor allem möchte ich mich bei ihnen, Frau Präsidentin des Deutschen Bundestages, und bei Ihnen, Herr Bundespräsident von Weizsäcker, aufs herzlichste für die guten Wünsche bedanken, die Sie mir soeben ausgesprochen haben.

---

<sup>56)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 12. Wahlperiode. Stenographischer Bericht. Bd. 175, S. 21147-21161.

---

In Stunden wie dieser wendet sich der Blick fast automatisch zurück, vor allem natürlich auf die Gestalten der bisherigen Bundespräsidenten, die alle, jeder auf seine Weise, unserem Staat in eindrucksvoller Weise gedient und dem Amt des **Bundespräsidenten** ihren jeweils ganz besonderen Charakter aufgeprägt haben: **Theodor Heuss, Heinrich Lübke, Gustav Heinemann, Walter Scheel, Karl Carstens, Richard von Weizsäcker.**

Ich will nicht alle diese Männer vor dieser hohen Versammlung zu würdigen versuchen. Ihnen aber, verehrter Herr von Weizsäcker, gilt mein ganz besonderer Dank und mein Respekt, und man kann es in diesen Tagen ja mit Händen greifen: Es ist der Dank und der Respekt aller Deutschen, der sich mit dem meinen verbindet und den ich – gewissermaßen erstmals in meiner neuen Funktion – nur brennglasartig zusammenzufassen und auszudrücken brauche.

Zehn Jahre lang haben Sie das Amt des Bundespräsidenten – zusammen mit Ihrer Frau, die ich in diese Danksagung gleich mit einbeziehen möchte – in bewundernswürdiger und unnachahmlicher Weise geführt. Sie haben zuerst die alte Bundesrepublik und sodann das wiedervereinigte Deutschland in der Welt so repräsentiert, wie es heute ist und wie es repräsentiert zu werden verdient. Sie haben den Deutschen in Ost und West Weg und Richtung gewiesen, Sie sind Vorbild für viele gewesen, und Sie sind nicht müde geworden, dort, wo es Ihnen nötig erschien, auch deutliche Kritik zu üben und zu mahnen. Das ist Aufgabe und Recht jedes guten Bundespräsidenten, und Sie sind beidem in wahrhaft glanzvoller Weise gerecht geworden. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Bundespräsident hat keine Regierungserklärungen abzugeben, am allerwenigsten am Tage seines Amtsantritts. Er braucht nicht alle Probleme zu erwähnen, die im Augenblick seines Amtsantritts vorhanden sind,

(Beifall)

und er braucht sie auch nicht gleich noch einer Lösung zuzuführen. Aus der Tatsache, daß er das eine oder andere Problem, die eine oder andere Institution nicht erwähnt, darf noch weniger als bei einer Regierungserklärung geschlossen werden, daß er damit nicht vertraut sei oder dazu vielleicht nicht einmal etwas zu sagen habe.

(Beifall)

Ich sage das gleich zu Anfang meiner Rede, um Mißverständnissen vorzubeugen.

(Heiterkeit)

Und ich meine es auch nicht böse, meine Damen und Herren, es geht eben nicht alles in einer guten halben Stunde.

Aber unser Volk und Sie vor allem, meine Damen und Herren des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie ich in den entscheidenden Fragen unserer Zeit denke und welche Grundsätze ich daher meiner Arbeit zu-

---

---

grunde zu legen beabsichtige.

Ich will mit der Außenpolitik beginnen, mit der Stellung des **wiedervereinigten Deutschland** in der Welt.

Es ist ja kein Geheimnis, daß diesem wiedervereinigten Deutschland, wenn es seine inneren Schwierigkeiten erst einmal überwunden haben wird, in Europa nach Bevölkerungszahl und Sozialprodukt besondere Bedeutung zukommen wird und daß auch seine Verantwortung in der Weltpolitik zunehmen wird. Deshalb ist in den jüngstvergangenen Jahren da und dort der Argwohn aufgekommen, es könnte sich nunmehr allmählich aus der Westbindung der vergangenen 40 Jahre lösen und auf die alten wilhelminischen Pfade zurückkehren. Ich spreche das so offen aus, weil ich der felsenfesten Überzeugung bin, daß es meist schon die halbe Antwort auf eine Frage ist, wenn man die Frage nicht vornehm umschreibt, sondern eben ganz offen, frontal anspricht.

(Beifall)

Wenn es nach mir geht, meine Damen und Herren, darf sich diese Befürchtung mancher unserer Nachbarn nicht einen Augenblick und nicht einen Zentimeter realisieren.

(Beifall)

Deshalb ist es meines Erachtens unerläßlich, daß dieses neue und zunächst nur vermeintlich stärker gewordene Deutschland zusammen mit den anderen westeuropäischen Partnern unermüdlich an der Erweiterung und an der Vertiefung der **Europäischen Union** mitarbeitet.

(Beifall)

Deshalb ist die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika im Rahmen der **Nordatlantischen Allianz**, aber auch außerhalb dieses Rahmens so wichtig. Deshalb brauchen wir die Intensivierung der **deutsch-französischen Freundschaft** weit über den Kreis der Amts- und Funktionsträger hinaus in allen gesellschaftlichen Bereichen. Und deshalb brauchen wir die Stärkung der Vereinten Nationen, auch durch verstärkte deutsche Mitarbeit – wobei ich die Zuständigkeiten des Bundesverfassungsgerichts auch nicht thematisch gestreift haben möchte.

(Heiterkeit und Beifall)

Sowohl die innere Sicherheit als auch die Überlebensfähigkeit der Menschheit hängen davon ab, ob es uns in unserer Lebensspanne gelingt, in Bereichen wie Friedenssicherung, wie Umweltschutz, Artenschutz, Rohstoffverbrauch und Ernährung zu Lösungen zu kommen, die den Namen einer **Weltinnenpolitik** wenigstens in Ansätzen verdienen.

Besondere Verantwortung haben wir Deutschen für die Zukunft der frei gewordenen Völker östlich von uns.

(Beifall)

---

---

Dazu drängt uns nicht nur unser eigenes politisches Interesse, meine Damen und Herren, sondern auch die Vergangenheit, die unser Verhältnis zu vielen dieser Völker immer noch belastet. Was an mir liegt, soll geschehen, daß diese Last Stück für Stück abgetragen oder doch wenigstens gemildert wird und daß die Deutschen dort als das erscheinen, was sie schon immer hätten sein sollen: als friedliche, hilfsbereite und – vor allem im Politischen – auch der Uneigennützigkeit fähige Nachbarn.

(Beifall)

Aus der Hilfe, die wir diesen Völkern anbieten, darf auch nicht der Hauch einer politischen Präponderanz entstehen; schon deshalb brauchen wir übrigens die Vertiefung der Europäischen Union.

(Beifall)

Und es darf auch durch diese Hilfe nicht der Schein eines deutschen Sonderweges entstehen. Ich bin im übrigen sicher, daß er gar nicht entstehen kann, meine Damen und Herren. In der 40jährigen Geschichte der europäischen Einigung ist bisher noch jede Erweiterung mit einer Vertiefung einhergegangen.

(Beifall)

Aber wenn wir uns das alles vornehmen, dann müssen wir auch unserer selbst etwas sicherer werden, als wir das im Augenblick sind. Sie ahnen, was jetzt kommt: die Frage der **deutschen Nation**, die wir aus guten Gründen lange Jahre ganz tief gehängt haben, die wir jetzt aber nicht irgendwelchen Rattenfängern überlassen dürfen.

(Beifall)

Ich habe zu dieser Frage schon in meiner Rede zum 17. Juni 1988 im Bonner Wasserwerk Stellung bezogen. Was ich damals gesagt habe, gilt unverändert fort und kann nachgelesen werden. Aber ein paar wesentliche Punkte will ich hier doch wenigstens wiederholen.

Ich habe mich damals zur deutschen Nation bekannt und will das auch in dieser Stunde wieder tun. Der **Nationalstaat** aber als alleinige Form politischer Gestaltung, der hat sich überlebt; das erfahren wir an allen Ecken und Enden.

(Beifall)

Aber ob wir es wollen oder nicht, ob wir Deutsche, Franzosen, Amerikaner oder Türken sind, wir alle sind nun einmal – so wie die Dinge heute liegen – in eine Nation hineingeboren oder hineinversetzt. Jede Nation hat ihr eigenes historisches Erbe. Dazu gehört auch, daß die deutsche eine lange, reiche und vergleichsweise friedliche Geschichte hatte, ehe sie – später als andere – zum Nationalstaat wurde. Wir können auch diesen Teil unseres Erbes nicht ausschlagen.

Aber wir Deutschen haben allen Grund, uns in dieser Frage sehr, sehr vorsichtig zu bewegen. Dazu sollten uns schon die Schandtaten veranlassen, die in deutschem Namen

---



---

begangen worden sind, genauso aber auch die Erfahrung, daß unser Volk, vielleicht mehr als andere, sowohl in der Niedergeschlagenheit als auch im Jubel zur Übertreibung neigt und daraus wieder neues Unheil und neues Unrecht entstehen könnte.

(Beifall)

Ich rate uns aus allen diesen Gründen, meine Damen und Herren, die Liebe zu unserem Land nicht einen Augenblick zu verschweigen, uns dabei aber, wie ich vor sechs Jahren schon sagte, ausgesprochen leiser Töne zu befleißigen. Nationales Trara, Fanfaren und Tschinellen sind das letzte, was wir dabei brauchen können.

(Beifall)

Ich pflege in diesem Zusammenhang meist einen Satz des politisch gewiß unverdächtigen **Kurt Tucholsky** zu zitieren, der genau zum Ausdruck bringt, was ich jetzt meine. 1929 hat er geschrieben:

In allen Gegensätzen steht – unerschütterlich, ohne Fahne, ohne Leierkasten, ohne Sentimentalität und ohne gezücktes Schwert – die stille Liebe zu unserer Heimat.

In diesem Zusammenhang sind dann natürlich auch einige Worte zum Umgang mit unserer Geschichte nötig. Das Thema ist aus Gründen, die ich hier weder analysieren noch beurteilen möchte, immer noch schwierig, und es ist in letzter Zeit sogar wieder schwieriger geworden, weil es zu viele zwar geistvolle, aber eben auch irreführende neue Formeln dazu gegeben hat. Mit Formeln wie „Die Nachkriegszeit geht zu Ende“ oder „Nach Auschwitz gibt es keine Geschichte mehr“ ist der Sache, die uns alle umtreibt, meine Damen und Herren, nicht gedient.

(Vereinzelter Beifall)

Wichtig ist etwas ganz anderes: der ungeschminkte, offene Blick auf die historische Wahrheit und die Bereitschaft, diese historische Wahrheit weder umzuschminken noch wegzudeckeln. Nichts weglassen und nichts hinzufügen!

Es ist historische Wahrheit, daß in den unseligen zwölf Jahren vom deutschen Boden ein Angriffskrieg ausgegangen ist, der die ganze Welt in Brand gesteckt hat, daß Millionen von Juden und Hunderttausende aus anderen Minderheiten ermordet worden sind, daß es KZs und Vernichtungslager gegeben hat, so wie es historische Wahrheit ist, daß unter den Folgen dieses verbrecherischen Systems auch ungezählte Deutsche gelitten haben, und wie es Wahrheit ist, daß auf den selbstverschuldeten Ruinen nachher ein freiheitlicher und demokratischer Staat aufgebaut worden ist und daß sich der Teil unseres Volkes, der dieses Glück und diese Chance zunächst nicht hatte, in einer unblutigen Revolution selbst befreit hat.

(Beifall)

Nur, meine Damen und Herren, auch wenn wir das alles nicht verschweigen können und nicht verschweigen wollen: Aufrechnungen sind hier genausowenig möglich. Man kann nicht Hitler gegen Beethoven aufrechnen oder Himmler gegen Robert Koch oder Hilde

---

---

Benjamin gegen Grundgesetz und Rechtsstaat. So können wir und so dürfen wir unsere Geschichte nicht betreiben; das würde wieder einmal alles schraffieren und alles verwischen, was wir aus ihr zu lernen haben.

Ebensowenig kann man historische Lasten der eigenen Nation gegen Lasten anderer Nationen, Verbrechen des einen Unrechtsregimes gegen die des anderen, Hitler gegen Stalin, Dresden gegen Coventry, Bautzen gegen Dachau aufrechnen. Der Gleichheitsgrundsatz gilt nicht im Unrecht.

(Beifall)

An der historischen Einmaligkeit des Grauens von Auschwitz ist nun einmal nicht zu deuteln. Daß es eine historische Einmaligkeit bleibt, ist nicht ein Thema für streitende Historiker, meine Damen und Herren, sondern es ist Verantwortung und Pflicht für uns alle.

(Beifall)

Denn natürlich haben wir aus den schlimmen Teilen unserer Geschichte am meisten zu lernen; das ist immer so im menschlichen Leben.

Nur hat sich durch den **Zeitablauf** – auch das will ich in aller Deutlichkeit sagen, weil ich es als eine Grundaufgabe meiner Amtszeit betrachte – auch die Struktur dieser Aufgabe zu verändern begonnen. Je mehr Zeit ins Land geht, desto weniger Sinn macht es, nach persönlicher Schuld einzelner Personen zu suchen, so sehr ich dafür bin, auch noch den letzten KZ-Schinder bis an sein Lebensende zu verfolgen.

Lassen Sie mich aber persönlich sagen: Als der Krieg zu Ende war, war ich elf Jahre alt, und schon da kann man zwar von Scham und Verantwortung für die Zukunft, schlecht aber von persönlicher Schuld reden. Von meinen Söhnen kann ich noch weniger verlangen, daß sie solche individuelle Schuld empfinden. Aber das kann man von uns verlangen: daß wir aus der Geschichte des Volkes, in das wir hineingeboren sind, lernen, daß wir uns engagiert damit auseinandersetzen und daß wir mit vollem Einsatz dagegen antreten, wenn sich in diesem Land wieder totalitäre und menschenverachtende Tendenzen zeigen.

(Beifall)

**Totalitarismus**, meine Damen und Herren, den bekämpft man nicht, wenn er schon die Macht an sich gerissen hat; denn dann ist es für den einzelnen, für den kleinen Mann zu spät. Man bekämpft Totalitarismus, wenn er zum erstenmal sein Haupt erhebt, und schon dann mit aller Entschiedenheit.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang will ich gleich ein paar Worte zu den kriminellen Taten sagen, unter denen gegenwärtig die in Deutschland lebenden **Ausländer** zu leiden haben. Meine Damen und Herren, ich bin gern bereit, mich an Diskussionen darüber zu beteiligen, ob es nicht in der Ausländerpolitik Fehler und Versäumnisse gegeben hat und ob es nicht

---

---

eine Perspektivlosigkeit gibt, unter der wenigstens die Jugendlichen unter den Tätern leiden, auch darüber, ob es mehr die Schulen und die Medien sind, die hier zuwenig entgegengewirkt haben, oder vielleicht nicht doch auch die Elternhäuser.

Aber das will ich auch hier mit aller Klarheit sagen – das werden Sie vielleicht einem früheren Innenminister nachsehen –: Hier sind auch Polizei und Strafgerichte gefordert. Wer es selbst nicht weiß, daß man lebendige Menschen nicht in Brand steckt, daß man sie nicht zusammenschlägt und daß man sie nicht durch Städte jagt, meine Damen und Herren, dem muß das eben auch mit den Machtmitteln des Rechtsstaates klargemacht werden.

(Beifall)

Es ist üblich geworden, in diesem Zusammenhang unsere Mitbürger zur **Zivilcourage** aufzurufen, zur beherzten Nothilfe. Das will ich auch von dieser Stelle aus und in allem Ernst tun. Meine Damen und Herren, wir müssen alle wissen, daß es hier auch um unser Ansehen im Ausland geht, daß es aber vor allem darum geht, ob in Deutschland eine politische **Atmosphäre** erhalten bleibt, in der man gern und frei lebt, in der jeder von uns gern und frei lebt, und daß schließlich auch unser eigenes Schicksal, das Schicksal jedes deutschen Bürgers, zur Debatte steht. Denn die Verbrecher, von denen ich hier rede, werden, wenn erst einmal eine Atmosphäre der Gewalt entstanden ist, bei den Ausländern eben nicht haltmachen.

(Vereinzelter Beifall)

Heute sind die Ausländer dran, morgen dann wieder einmal die Juden, dann die Behinderten, die Katholiken und die Protestanten, die Gläubigen und die Ungläubigen – um nur einige Beispiele zu nennen. Ich will das nicht im einzelnen ausführen. Aber in diesen Fragen werden nicht nur unser Ansehen und die Atmosphäre, in der wir leben, es wird auch unser Lebensrecht gefährdet.

(Beifall)

Das deutsche Volk lebt – bei allen Problemen und allen Ungerechtigkeiten, die ich keinen Augenblick übersehe – in Verhältnissen, wie sie im Weltmaßstab exzeptionell sind, und das gilt sowohl von der inneren Verfassung unseres demokratischen **Rechtsstaates** her als auch von dem Wohlstand dessen wir uns erfreuen.

Man braucht sich das nur vorzustellen: 200 Jahre – wenn überhaupt – von 6 000 Jahren Menschheitsgeschichte gibt es demokratische Rechtsstaaten. Schauen Sie sich den Globus an, schauen Sie sich an, wie groß der Anteil der demokratischen Rechtsstaaten im Verhältnis zur bewohnten Erdoberfläche ist! Viele von uns nehmen das als selbstverständlich. Aber, meine Damen und Herren, es ist nicht selbstverständlich. Ein Blick auf den Globus und auf die Geschichte zeigt, daß wir uns seit je in einer Ausnahmesituation befinden, die sich immer wieder aufs neue bewähren und vor allem verdient werden muß, und zwar nicht nur auf dem Feld der Wirtschaft und der Technik, sondern – damit auch das gleich gesagt wird – auch auf den Feldern der **Humanität** und der **sozialen Solidarität**.

---

---

(Beifall)

Ich kann in der Kürze der Zeit nicht im einzelnen darstellen, was das alles bedeuten könnte. Wieder müssen einige Hinweise genügen, und der wichtigste davon scheint mir zu sein, daß wir in sehr, sehr vielen Fragen einfach werden umdenken müssen, auch wenn unsere bisherigen Lösungen noch so erfolgreich gewesen sein mögen.

Das beginnt schon in unserem **Verhältnis zu Wirtschaft und Technik**. Wir werden es uns auf die Dauer nicht leisten können, mit beidem so umzugehen, wie wir es bisher getan haben. Weder haben wir Anlaß, die beiden Bereiche so absolut zu setzen, wie es im Überschwang vergangener Wohlstandsepochen mitunter der Fall war, noch können wir es uns auf die Dauer leisten, auf jene Kuh einzuprügeln, von deren Milch wir leben. Wir werden einfach ein realistischeres Verhältnis zu Wirtschaft und Technik entwickeln müssen, als es sich bisher im Hin und Her zwischen Technologiebegeisterung und Zivilisationskritik gezeigt hat.

Dann werden wir auch unsere jungen Leute wieder zu Leistung und zu Lust an der Leistung bringen. Denn diese jungen Menschen spüren zutiefst, daß hier Fragen bestehen, auf die es bisher nur widersprüchliche und vor allem auf allen Seiten festgefärbte Antworten gibt. Diese junge Generation ist zu Realismus und Leistung bereit, wenn man ihr einerseits die Chance des Erfolgs nicht wegdiskutiert und wenn man ihr andererseits die Möglichkeit läßt, die fortschreitende und fast unvermeidliche Technisierung mit ihren selbstverständlichen Humanitätsbedürfnissen halbwegs in Einklang zu bringen. Ich wiederhole: Das verlangt Umdenken in vielen Bereichen. Aber die Jungen, so wie ich sie kenne, sind dazu bereit. Und – ich sage das mit allem Ernst, nicht um eines Gags willen – sie werden uns Ältere vor der Zeit ablösen, wenn wir uns weiterhin in **Situationsanalysen** erschöpfen.

(Beifall)

Eine so hochentwickelte technische Zivilisation behält ihr Lebensrecht aber auf die Dauer nur, wenn sie Raum für Humanität läßt, ja wenn sie diesen Raum recht eigentlich schafft. **Technischer Fortschritt** darf, um nur einige Beispiele zu nennen, nicht dazu führen, daß andere, weniger entwickelte Wirtschaften dadurch völlig aus der Bahn geworfen werden. Sie müssen umgekehrt in einem System vernünftiger **internationaler Arbeitsteilung** weiter leben können. Technischer Fortschritt darf nicht zur weiteren Vernichtung der Umwelt führen, sondern er muß Schritt für Schritt – und zwar in kräftigen Schritten – zum pfleglichen Umgang mit der Natur, zu ihrer Wiederherstellung verwendet werden. Technischer Fortschritt muß uns gewiß im Weltmaßstab konkurrenzfähig erhalten, aber er darf nicht zugleich im eigenen Land zur Verdrängung des Menschen aus dem Produktionsprozeß führen.

Ich halte das für eines der bedrängendsten Probleme der nächsten Zukunft, und da ich oft genug darüber öffentlich gesprochen habe, will ich mich auch hier auf das Nötigste beschränken.

Es ist eine Tatsache, daß sich der Arbeitsmarkt in letzter Zeit zumindest teilweise von der konjunkturellen Entwicklung abzukoppeln beginnt. Die Prognosen sagen es ja auch deutlich, daß im Augenblick zwar die Konjunktur wieder anspringt, daß das aber nicht ohne

---

---

weiteres zu einem Schwinden der Arbeitslosigkeit führen wird. Man kann das nicht einfach als Sachverhalt abtun,

(Beifall)

selbst wenn das soziale Netz Arbeitslose nach wie vor auffängt. Aber **Arbeit** ist mehr als eine Geldquelle. Sie ist zugleich eine Quelle von Selbstwertgefühl, von Sozialprestige, von innerer Zufriedenheit. Wenn das einer relevanten Anzahl von Menschen auf längere Dauer oder gar für immer vorenthalten wird, wird eine solche Gesellschaft ganz einfach inhuman.

(Beifall)

Aus der Lektüre Hunderter von Verfassungsbeschwerden in den letzten Jahren weiß ich, daß auch das noch nicht alles ist. Je komplizierter unser Leben, unsere Wirtschaft, aber auch unsere Rechtsordnung und unser soziales System geworden sind, desto mehr Menschen gibt es auch, die damit ganz einfach nicht mehr fertig werden, die sich darin nicht mehr zurechtfinden. Ich habe heute kein Patentrezept dafür anzubieten. Aber auch diese Form der **Unbehaustheit** kann kein Dauerzustand in unserer Gesellschaft sein. Damit möchte ich mich nicht abfinden, gleichgültig wie sie sich äußert: als Obdachlosigkeit, als Stadtstreichertum, als Drogenabhängigkeit, als allgemeine Antriebslosigkeit oder was sonst.

Damit keine Mißverständnisse auftreten, will ich hinzufügen: Ich bin natürlich weit davon entfernt, diese Unbehaustheit als den alleinigen oder auch nur als den Hauptgrund von Obdachlosigkeit und Drogenkonsum anzusehen. Einen Zugang zu diesen Problemen gibt es aber auch von hier aus.

Diese selbstverständliche **soziale Verpflichtung** gilt auch im Verhältnis zwischen den Volkswirtschaften. Sowenig ein Rechtsstaat eine rein machiavellistische Außenpolitik treiben kann, sowenig kann sich eine soziale Marktwirtschaft nach außen benehmen, als ob wir noch im Zeitalter des Manchester-Liberalismus lebten.

Es ist gewiß eine Utopie, wenn ich hier das Bild einer sozialen Weltwirtschaft an die Wand male. Aber ich glaube, solche Idealvorstellungen braucht der Mensch, gerade wenn er weiß, daß sie zu seinen Lebzeiten nicht zu erreichen sind. Deshalb habe ich vorher an die Notwendigkeit einer humaneren internationalen Arbeitsteilung erinnert, und deshalb will ich hier – kurz, aber doch in aller Eindringlichkeit – auf die Notwendigkeit einer entschiedenen Entwicklungshilfepolitik hinweisen.

(Beifall)

Die internationale **Solidarität**, an die ich erinnere, beginnt übrigens auch hier im Inneren unseres Landes: bei den Ausländern, die mit uns und unter uns leben. Das Amt, das ich heute angetreten habe, verbietet es mir, hier in die Details zu gehen, zumal ich aus eigener jüngster Erfahrung weiß, daß jede Silbe, die man nicht nach allen Seiten absichert, zu den größten publizistischen Katastrophen führen kann.

(Heiterkeit und Beifall)

---

Deshalb will ich hier auch nur an das Grundsätzliche erinnern, und das beginnt schon bei der Klarheit der Vorstellungen und Begriffe. Wie sollen wir eigentlich über Deutschland als Einwanderungsland und wie über eine **multikulturelle Gesellschaft** reden und entscheiden, wenn sich jeder etwas anderes darunter vorstellt?

(Beifall)

Wie sollen wir über eine geregelte Einwanderung diskutieren, wenn nicht klar ist, ob wir sie jetzt eigentlich aus humanitären Gründen wollen oder nur zur Korrektur unserer eigenen demographischen Kalamitäten?

(Beifall)

Ich sage es so ungeniert: Hier bringt uns nur eine faire, offene Diskussion weiter, und um die sollten wir uns nicht länger mit Schlagworten herumdrücken.

(Beifall)

Über zwei Eckpunkte müßte aber in jedem Falle Einigkeit bestehen: Die ausländischen Arbeiter, die wir selbst geholt und die unsere Wirtschaft mit vorangebracht haben, müssen ihr **Gastrecht** behalten können; das gehört in die ganz primitive Kategorie der menschlichen Dankbarkeit, um nicht zu sagen der Kollegialität. Und die Angehörigen der zweiten und dritten Ausländergeneration, die in Deutschland zu Hause sind, müssen hier **Heimatrecht** haben, wie immer das dann rechtlich ausgestaltet werden mag.

(Beifall)

Dazu werden Sie von mir keine weitere Silbe mehr hören. Meine Damen und Herren, wir haben als Deutsche gerade das Heimatrecht zu beharrlich betont, als daß wir es ihnen gegenüber in Abrede stellen dürften.

(Beifall)

Lassen Sie mich nun noch ein paar Worte zur **inneren Einheit** zwischen den Deutschen sagen. Die staatliche Einheit ist erreicht; unter uns aber ist seit einiger Zeit weniger vom Glück dieser Einheit die Rede als von den Problemen und den Kosten des Zusammenwachsens.

Ich kann es gut verstehen, wenn die Stimmung in den sogenannten neuen Bundesländern mitunter gedrückt ist. Die meisten Menschen dort erleben Erfolg und Scheitern in einem. Sie erfahren nie gehante Möglichkeiten und zugleich den Verlust bisheriger Berechenbarkeiten.

Wenn man es nicht am eigenen Leibe erlebt, kann man wahrscheinlich gar nicht ermes- sen, was es heißt, wenn von heute auf morgen ein ganzes Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtssystem ausgewechselt wird, was es heißt, sich auf ganz neue Methoden der sozialen Sicherung einstellen zu müssen, und was es heißt, über Nacht eine völlige Veränderung der Lebensperspektiven, den Verlust eines sicher geglaubten Arbeitsplatzes, den

---

---

Verlust erworbener Qualifikationen und Ansprüche, das Wertloswerden von Erfahrungs- und Orientierungswissen verkraften zu müssen.

Ich kann das alles, wie gesagt, nur ahnen. Aber gerade deshalb bewundere ich die Umstellungsleistungen, die dort immer noch erbracht werden, Tag für Tag.

(Beifall)

Deshalb sage ich den Menschen in den alten Ländern: Machen Sie sich klar, wie privilegiert Sie 40 Jahre lang waren und wie privilegiert Sie heute noch sind, trotz aller Kosten und Opfer des Wiederaufbaus in den neuen Bundesländern!

(Beifall)

Und dann das ganz andere, was ich überhaupt nicht verstehe: Unter uns Deutschen macht sich Erstaunen breit, daß wir auch geistige und mentalitätsmäßige Unterschiede feststellen. Dieses Erstaunen zeigt, wie wenig wir in den letzten Jahrzehnten wirklich voneinander gewußt haben und wie weit wir uns voneinander entfernt haben. Das böse Wort von der „Mauer in den Köpfen“ geht um.

Aber haben wir denn im Ernst annehmen können, wir wären nach 40 Jahren der Trennung, der unterbundenen oder zumindest sehr erschwerten Information, der unterschiedlichen Lebenserfahrungen und dazu noch nach zweimaligem Generationenwechsel sowohl westlich als auch östlich der Mauer wirklich noch dieselben – wohlgermerkt, dieselben, von denen uns unsere Großeltern erzählt haben? Das kann doch nicht sein, und es ist auch nicht so. Aber, meine Damen und Herren, damit muß sich doch fertig werden lassen, zumindest dann, wenn man nichts Unmögliches verlangt. Hinter dem Wort von der „Mauer in den Köpfen“ steckt die Idee des **Einheitsdeutschen**, und das ist etwas in jedem Sinne des Wortes Unmögliches.

(Beifall)

Es trifft zu: Deutschland ist am 3. Oktober 1990 nicht nur größer und bevölkerungsreicher geworden, es ist auch bunter, widersprüchlicher und sogar konfliktreicher geworden. Aber ist das eigentlich ein Schaden?

(Vereinzelter Beifall)

Uniformität ist noch nie das Wesensmerkmal unseres Landes gewesen, so gern das manche Stromlinienförmigen unter uns gehabt hätten. Unser Reichtum waren immer Vielfalt und Vielgestaltigkeit. Daraus ist unsere Kultur und wahrscheinlich auch unsere Kreativität entstanden. Da kann es doch nur von Nutzen sein, daß beide Teile unseres Volkes jetzt mit ganz neuen, ihnen bisher fremden Ideen und Erfahrungen konfrontiert werden. Was neu hinzugekommen ist – im Westen wie im Osten –, ist zwar vielleicht mühsam, aber es regt an, es muß anspornen, und es kann uns ohne weiteres zum Segen werden, wenn wir es nur zu nutzen verstehen.

(Beifall)

---

---

Ich spreche jetzt nicht nur von den beruflichen Fähigkeiten der Ostdeutschen, von ihren Sprachkenntnissen und ihren Beziehungen zu Osteuropa, die wir eines Tages noch bitter nötig haben werden,

(Vereinzelter Beifall)

sondern ich spreche vor allem von ihrer politischen Leistung, die heute hinter einer Wolke von Irritationen zu verschwinden droht: von der Wiedererlangung der deutschen **Einheit in Freiheit**. Denn diese Freiheit, die Freiheit von 1989, ist durch das Volk selbst erkämpft worden. Die Westdeutschen haben beim Aufbau ihrer Demokratie bestimmt viel geleistet, aber viele haben es zunächst auf Grund einer totalen Niederlage und unter dem Drängen der Siegermächte getan. Die Ostdeutschen dagegen haben ihre Demokratie selbst erkämpft.

Ich finde – und ich sage dies auch auf die Gefahr hin, daß ich Protestschreiben aus Frankfurt und Neustadt an der Weinstraße bekomme: – Das ist mehr als Hambacher Fest und Paulskirche zusammen; denn sie sind, so bedauerlich das ist, letzten Endes gescheitert. 1989 ist gelungen.

(Beifall)

Darauf kann man doch stolz sein. „Stolz“ ist ein Wort, das ich ganz ungern in den Mund nehme, das hier aber wirklich einmal berechtigt ist.

(Beifall)

Und das wird, wenn ich recht sehe, weder im Westen noch im Osten bisher ausreichend gewürdigt. Deshalb sage ich den Mitbürgern in den neuen Ländern: Bringen Sie Ihre Freiheitserfahrungen in den politischen Prozeß mit ein! Gestalten Sie Ihre Länder, Ihre Gemeinden nach diesen Erfahrungen, und geben Sie damit auch ein Beispiel für den Westen! Sie wissen doch am besten, wie schwer es ist, ohne Freiheit zu leben. Vergessen Sie das nicht, auch nicht unter den Belastungen, die diese Freiheit jetzt mitunter mit sich bringt! Vielleicht springt davon sogar etwas auf die kleinmütigen Westdeutschen über.

(Beifall)

Die Westdeutschen aber frage ich noch einmal, ob sie sich wirklich darüber klar sind, wie privilegiert sie 40 Jahre lang waren, und ich frage sie weiter, wie willkommen ihnen die Menschen in den neuen Ländern nun eigentlich wirklich sind. Können sie ins Haupthaus ziehen, oder sollen sie in einem Anbau Ost wohnen bleiben? Wird akzeptiert, daß sie nach ihren eigenen Erfahrungen und Überzeugungen leben und mitbestimmen wollen, oder dürfen sie vielleicht nur mitspielen, wenn sie sich an die Spielregeln des Westens halten? Meine Damen und Herren, die Antwort auf diese künstlich gestellten Fragen kann doch nicht eigentlich problematisch sein. Aber dann ziehen wir doch auch die Konsequenzen daraus, so unbequem sie mitunter sein mögen!

Die Deutschen haben es mit ihrer Einheit nie leicht gehabt. Oft wurde diese Einheit nicht erreicht, weil die Opfer dafür zu groß waren oder doch wenigstens als zu groß empfunden wurden. Oft war es genau umgekehrt: Der äußere Nutzen der Einheit war groß und

---



begann die Geister zu blenden. Zwischen Scylla und Charybdis hat sich folglich das deutsche Schicksal vollzogen.

Heute stehen wir wieder einmal an einer solchen Wegmarke. Wir haben keinen Grund, die Schwierigkeiten, die noch vor uns liegen, gering einzuschätzen. Aber wir haben auch keinen Grund, uns von ihnen überwältigen zu lassen. Unsere Großeltern und Eltern haben ganz andere Probleme bewältigt, meine Damen und Herren. Sorgen wir dafür, daß auch wir das zustande bringen! Wir haben alle Möglichkeiten. Es liegt an uns, was wir aus dem Geschenk des Jahres 1989 machen.

(Anhaltender Beifall)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Ich danke Ihnen, Herr Bundespräsident, und spreche Ihnen noch einmal die besten Wünsche für Ihr Amt aus.

---

**15.**     **11. Bundesversammlung**  
23. Mai 1999

---

<b>Übersicht</b>		
<b>Zusammensetzung nach Parteien</b>		
SPD		565
CDU/CSU		547
Bündnis 90/Die Grü-		96
FDP		56
PDS		65
Sonstige		9
insgesamt		1 338
<b>Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder <sup>1)</sup></b>		
Baden-Württemberg		82
Bayern		98
Berlin		27
Brandenburg		23
Bremen		5
Hamburg		13
Hessen		47
Mecklenburg-		16
Niedersachsen		65
Nordrhein-Westfalen		143
Rheinland-Pfalz		33
Saarland		9
Sachsen		39
Sachsen-Anhalt		24
Schleswig-Holstein		23
Thüringen		22
<sup>1)</sup> Bekanntmachung der Bundesregierung vom 10. Februar 1999 (BGBL. I S. 141, Nr. 6 vom 18. Februar 1999) über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung		
<b>Tagungsort und Tagesstätte:</b> Berlin, Reichstagsgebäude		
<b>Präsident der Bundesversammlung:</b> Bundestagspräsident Wolfgang Thierse		
<b>Wahlergebnis</b>		
	1. Wahlgang	2. Wahlgang
Johannes Rau (Vorschlag SPD)	657	690
Dagmar Schipanski (Vorschlag CDU/CSU)	588	572
Uta Ranke-Heinemann (Vorschlag PDS)	69	62
Enthaltungen	17	8
ungültige Stimmen	2	1
abgegebene Stimmen	1 333	1 333
<b>Gewählt:</b> Johannes Rau im 2. Wahlgang mit 690 Stimmen <sup>2)</sup>		
<sup>2)</sup> erforderliche Mehrheit für den 1. und 2. Wahlgang: 670 Stimmen		
<b>Amtszeit:</b> 1. Juli 1999 bis 30. Juni 2004		

**Verzeichnis der Mitglieder****A**

Ulrich Adam <sup>\*57)</sup>  
 Marie-Theres Aden  
 Brigitte Adler\*  
 Hannelore Adler  
 Hilde Adolf  
 Ilse Aigner \*  
 Ahmet Akkaya  
 Bernd Althusmann  
 Peter Altmaier \*  
 Gila Altmann (Aurich) \*  
 Karsten Amann  
 Gerd Andres \*  
 Roland Appel  
 Jutta Appelt  
 Johanna Arenhövel  
 Hermann-Josef Arentz  
 Rainer Arnold \*  
 Bülent Arslan  
 Dr. Klaus Asche  
 Holger Astrup  
 Helmut Aurenz  
 Dietrich Austermann \*

**B**

Hans-Hermann Baas  
 Evrim Baba  
 Hermann Bachmaier \*  
 Ernst Bahr \*  
 Christiane Bainski  
 Monika Balt \*  
 Doris Barnett \*  
 Dr. Hans-Peter Bartels \*  
 Eckhardt Barthel (Berlin)  
 \*  
 Klaus Barthel (Starnberg)  
 \*  
 Norbert Barthle \*  
 Dr. Dietmar Bartsch \*  
 Holger Bartsch  
 Monika Bartsch  
 Hans-Artur Bauckhage  
 Dr. Wolf Bauer\*  
 Günter Baumann \*  
 Brigitte Baumeister \*  
 Margarete Bause

Kurt Beck  
 Marieluise Beck (Bremen) \*  
 Volker Beck (Köln) \*  
 Gerhard Becker  
 Karl Eugen Becker  
 Ingrid Becker-Inglaue \*  
 Angelika Beer \*  
 Gabriele Behler  
 Wolfgang Behrendt \*  
 Dr. Fritz Behrens  
 Prof. Dr. h.c. Berthold Beitz  
 Meinrad Belle \*  
 Birgitt Bender  
 Dr. Axel Berg \*  
 Heidi Berger  
 Dr. Christine Bergmann  
 Dr. Sabine Bergmann-Pohl \*  
 Manfred Bergner  
 Christa Bernbacher  
 Dr. Otmar Bernhard  
 Otto Bernhardt \*  
 Matthias Berninger \*  
 Hans-Werner Bertl \*  
 Dr. Alfred Beth  
 Friedhelm Julius Beucher \*  
 Ole von Beust  
 Walter Bieber  
 Susann Biedefeld  
 Prof. Dr. Kurt Biedenkopf  
 Erika Biehn  
 Hans-Dirk Bierling \*  
 Josef Bierschneider  
 Petra Bierwirth \*  
 Anselm Bilgri  
 Rudolf Bindig \*  
 Lothar Binding (Heidelberg) \*  
 Frieder Birzele  
 Franz Josef Bischel  
 Prof. Dr. Lothar Bisky  
 Petra Bläss \*  
 Prof. Dr. Joseph-Theodor

Blank \*  
 Renate Blank \*  
 Dr. Heribert Blens \*  
 Peter Bleser \*  
 Dr. Norbert Blüm\*  
 Antje Blumenthal \*  
 Arno Bock  
 Kurt Bodewig \*  
 Manfred Böcker  
 Dr. Jürgen Böddrich  
 Klaus Böger  
 Johann Böhm  
 Dr. Maria Böhmer \*  
 Prof. Dr. Wolfgang Böhmer  
 Christoph Böhr  
 Gerhard Bökel  
 Holger Börner  
 Wolfgang Börnsen  
 (Börnstrup) \*  
 Dr. Wolfgang Bötsch \*  
 Maritta Böttcher \*  
 Friedrich Bohl \*  
 Ursula Bolte  
 Sylvia Bonitz \*  
 Hans Bookmeyer  
 Jochen Borchert \*  
 Wolfgang Bosbach \*  
 Dr. Gerhard Botz  
 Volker Bouffier  
 Klaus Brähmig \*  
 Tanja Brakensiek  
 Klaus Brandner \*  
 Anni Brandt-Elsweier \*  
 Willi Brase \*  
 Dr. Ralf Brauksiepe \*  
 Elmar Braun  
 Hildebrecht Braun  
 (Augsburg) \*  
 Dr. Eberhard Brecht \*  
 Rainer Brechtken  
 Paul Breuer \*  
 Bernhard Brinkmann  
 (Hildesheim) \*  
 Rainer Brinkmann (Detmold) \*  
 Ulrich Brinkmann

<sup>57)</sup> \* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

---

Elmar Brok	Bodo Champignon	Erika Dollensky
Karl Peter Bruch	Dr. Holger Christier	Dr. Werner Dollinger
Hans-Günter Bruckmann	Hansjörg Christmann	Ursula Doppmeier
*	Safer Cinar	Hansjürgen Doss *
Manfred Bruckschen	Roland Claus *	Richard Drautz
Monika Brudlewsky *	Armin Clauss	Dr. Alfred Dregger
Bettina Brück	Christine Clauß	Burkhard Drescher
Rainer Brüderle *	Wolfgang Clement	Peter Dreßen *
Hannelore Brüning	<b>D</b>	Rudolf Dreßler *
Monika Brunert-Jetter	Dr. Herta Däubler-	Herbert Droste
Anke Brunn	Gmelin *	Dr. Thea Dückert *
Thomas Brunner	Alfred Dagenbach	Detlef Dzembitzki *
Georg Brunnhuber *	Prof. Dr. Eberhard	Dieter Dzewas *
Anne Bruns	Dall'Asta	<b>E</b>
Renate Brunswicker	Prof. Dr. Manfred Dam-	Dr. Peter Eckardt *
Ilse Brusis	meyer	Sebastian Edathy *
Waltraud Buchholz	Dr. Peter Wilhelm Danc-	Alfred Eggers
Katrin Budde	kert *	Beate Eggert
Klaus Bühler (Bruchsal)	Dorothee Danner	Claus Ehlers
*	Leo Dautzenberg *	Heidemarie Ehlert *
Dr. Michael Bürsch *	Eberhard David	Jürgen Ehret
Jürgen Büssow	Dr. Michael Daxner	Ludwig Eich *
Hans Büttner (Ingolstadt)	Vera Dedanwala	Hans Eichel
*	Heide Degen	Maria Eichhorn *
Hartmut Büttner (Schönebeck) *	Manfred Degen	Franziska Eichstädt-
Eva-Maria Bulling-	Wolfgang Dehnel *	Bohlig *
Schröter *	Christel Deichmann *	Dr. Uschi Eid *
Edelgard Bulmahn *	Hubert Deittert *	Egon Einfeldt
Annelie Buntenbach *	Ekin Deligöz *	Irene Ellenberger
Ursula Burchardt *	Alfred Dellheim	Marga Elser *
Ernst Burgbacher *	Gerhard Denef	Gunther Emmerlich
Dr. h.c. Norbert Burger	Albert Deß *	Peter Enders *
Hans Martin Bury *	Bernhard Deubig	Wolfgang Engel
Jan Busch	Ulrich Deuschle	Imtraut Engeldinger
Bernd Busemann	Margrit Deuter	Lothar Englert
Werner Buß	Peter Deutschland	Rainer Eppelmann *
Dankward Buwitt *	Bärbel Dieckmann	Hermann Eppers
<b>C</b>	Renate Diemers *	Gernot Erler *
Cajus Caesar *	Eberhard Diepgen	Dr. Cornelia Ernst
Peter Caesar	Karl Diller *	Petra Ernstberger *
Dr. Walter Caroli	Adolf Dinkel	Catharina Erps
Manfred Carstens (Em-	Hermann Dinkla	Jörg van Essen *
stek) *	Regina van Dinther	Mechthild Esser
Peter H. Carstensen	Joachim Dirschka	Natalie Etzien
(Nordstrand) *	Uschi Disl	Hans Eveslage
Marion Caspers-Merk *	Jörg Döpfer	Dr. Walter Eykmann
Wolf-Michael Caten-	Thomas Dörflinger *	Anke Eymer *
husen *	Dr. Walter Döring	<b>F</b>
	Marie-Luise Dött *	Georg Fahrenschon

---

---

Ilse Falk *	Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) *	Gerhard Glogowski
Prof. Dr. Kurt Faltlhauser	Horst Friedrich (Bayreuth) *	Michael Glos *
Annette Faße *	Dr. Ingo Friedrich	Günter Gloser *
Marie-Luise Fasse	Lilo Friedrich (Mettmann) *	Alois Glück
Dr. Hans Georg Faust *	Peter Friedrich (Altenburg) *	Dr. Horst Glück
Hans-Josef Fell *	Rudolf Friedrich	Diana Gnorski
Dr. Rüdiger Fickentscher	Harald Friese *	Dr. Reinhard Göhner *
Dr. Ingrid Fickler	Erich G. Fritz *	Uwe Göllner *
Prof. Dr. Hans Filbinger	Jenny Fröchtenicht	Dr. Georg Gölter
Franz Fink	Irene Fröhlich	Katrin Göring-Eckardt *
Prof. Dr. Heinrich Fink *	Jochen-Konrad Fromme *	Peter Götz *
Ulf Fink *	Andreas Fuchs	Dr. Wolfgang Götzer *
Ingrid Fischbach *	Anke Fuchs (Köln) *	Hans-Michael Goldmann *
Andrea Fischer (Berlin) *	Dr. Ruth Fuchs *	Udo Goldmann
Anneliese Fischer	Hans-Joachim Fuchtel *	Heinz Goll
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land) *	Dr. Annette Fugmann-Heesing	Dr. Thomas Goppel
Birgit Fischer	Arne Fuhrmann *	Gaby Gorcitza
Dieter Fischer	Rainer Funke *	Ulrike Gote
Dirk Fischer (Hamburg) *	<b>G</b>	Renate Gradistanac *
Joseph Fischer (Frankfurt) *	Karl-Heinz Gärtner	Reinhard Grätz
Kurt Fischer	Matthias Gärtner	Angelika Graf (Rosenheim) *
Lothar Fischer (Homburg) *	Prof. Monika Ganseforth *	Günter Graf (Friesoythe) *
Ute Fischer	Norbert Gansel	Angelika Gramkow
Ulrike Flach *	Anne Garbe	Alice Graschat
Steffen Flath	Wolfgang Gartzke	Dieter Grasedieck *
Erika Fleuren	Gisela Gebauer-Nehring	Dr. Klaus Grehn *
Heidrun Förster	Fred Gebhardt *	Matthias Griebel
Gabriele Fograscher *	Torsten Geerds	Monika Griefahn *
Wolfgang Folger	Dr. Volker Geers	Gudrun Grieser
Iris Follak *	Dr. Jürgen Gehb *	Rita Griebhaber *
Norbert Formanski *	Wolfgang Gehrcke-Reymann *	Kurt-Dieter Grill *
Rainer Fornahl *	Norbert Geis *	Hermann Gröhe *
Hans Forster *	Dr. Hans Geisler	Lissy Gröner
Klaus Francke *	Dr. Heiner Geißler *	Brigitte Große
Christine Frank	Angelika Gemkow	Gerrit Große
Herbert Frankenhauser *	Dr. Wolfgang Gerhardt *	Achim Großmann *
Ingrid Franzen	Alfons Gerling	Wolfgang Grotthaus *
Dietmar Franzke	Eberhard Gienger	Dr. Katrin Grüber
Dagmar Freitag *	Konrad Gilges *	Manfred Grund *
Hans Frey	Georg Girisch *	Edith Grupp
Prof. Gisela Frick *	Iris Gleicke *	Joachim Günther (Plauen) *
Paul K. Friedhoff *		Ravindra Gujjula
Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen) *		Hans-Günter Gutberlet
		Dr. Karlheinz Guttma- cher *

---

---

Dr. Gregor Gysi *	Lothar Hegemann	Joachim Hörster *
<b>H</b>	Hubertus Heil *	Klaus Hofbauer *
Karl-Hermann Haack	Dr. Rosemarie Hein	Christel Hoffmann
(Extertal)*	Willi Heineking	Hans-Hermann Hoff-
Walter Haas	Ursula Heinen *	mann
Prof. Dr. Herwig E. Haa-	Ulrich Heinrich *	Iris Hoffmann (Wismar)
se	Hans Heinz	*
Barbara Hackebeil	Manfred Heise *	Jelena Hoffmann (Chem-
Dr. Wolfgang Hackel	Siegfried Helias *	nitz) *
Hans-Joachim Hacker *	Reinhold Hemker *	Walter Hoffmann (Dar-
Dr.-Ing. Fritz Hähle	Frank Hempel *	mstadt) *
Margret Härtel	Rolf Hempelmann *	Frank Hofmann (Vol-
Klaus Hagemann *	Dr. Barbara Hendricks *	kach) *
Dr. André Hahn	Hans Jochen Henke *	Friedrich Hofmann
Jörg-Uwe Hahn	Rita B. Henke	Wilhelm Hogrefe
Hako Haken	Rudolf Henke	Monika Hohlmeier
Georg Hamburger	Meta Hensen	Martin Hohmann *
Prof. Dr. Bernd Hamer	Frieda Hensmann	Klaus Holetschek *
Helga Hammer	Winfried Hermann *	Josef Hollerith *
Klaus Hammer	Rüdiger Hermanns	Helmut Holter
Carl- Detlev Freiherr von	Antje Hermenau *	Ingrid Holzhüter *
Hammerstein *	Michael Herrmann	Renate Holznagel
Marina Hammes	Prof. Dr. Dr. Wolfgang	Birgit Homburger *
Manfred Hampel *	Herrmann	Dieter Hooge
Christel Hanewinckel *	Marc Herter	Dr. Hans Horn
Ilse Hansen	Gustav Herzog *	Prof. Dr. Karl-Heinz
Heinz Hardt	Petra Heß	Hornhues *
Rebecca Harms	Dr. Otmar Hesse	Siegfried Hornung *
Alfred Hartenbach *	Monika Heubaum *	Dr. Axel Horstmann
Anke Hartnagel *	Gerd Heuß	Eva Hosemann
Kurt Hartz Gottfried	Kristin Heyne *	Eike Hovermann *
Hasch-	Melanie Hiddemann	Dr. Werner Hoyer *
ke(Großhennersdorf) *	Uwe Hixsch *	Erwin Huber
Klaus Hasenfratz *	Henrike Hilbert	Andrea Hubrig
Gerda Hasselfeldt *	Dr. Regine Hildebrandt	Carsten Hübner *
Nina Hauer *	Silvia Hillenbrand	Otti Hüls
Jutta Haug	Reinhold Hiller (Lübeck)	Hubert Hüppe *
Klaus Haupt *	*	Christel Humme *
Hansgeorg Hauser (Red-	Stephan Hilsberg *	Heinz Hunger
nitzhembach)*	Ernst Hinsken *	Dr. Rainer Hungershöfer
Hansheinz Hauser	Peter Hintze *	Thomas Hunsteger-
Norbert Hauser (Bonn) *	Priska Hinz	Petermann
Dieter Hausold	Walter Hirche *	Prof. Dr. Klaus Huse-
Dr. Helmut Haussmann	Wolfgang Hoderlein	mann
*	Gerd Höfer *	Michaelae Hustedt *
Ursula Haußmann	Ulrike Höfken *	<b>I</b>
Lothar Hay	Bärbel Höhn	Lothar Ibrügger *
Ursula Hecht	Dr. Barbara Höll *	Erich Iltgen
Klaus-Jürgen Hedrich *	Dr. Reinhard Höppner	Barbara Imhof *

---

---

Cosima Ingenschay	Hans Kasper	Dr. Helmut Kohl*
Brunhilde Irber *	Sabine Kaspereit *	Dilek Kolat
Eberhard Irlinger	Susanne Kastner *	Dr. Heinrich L. Kolb*
Ulrich Irmer *	Volker Kauder *	Manfred Kolbe *
Roland Issen	Frank-Peter Kaufmann	Walter Kolbow *
Gabriele Iwersen *	Henning Kaul	Fritz Kollorz
<b>J</b>	Martin Kayenburg	Heidemarie Konzack
Peter Jacoby *	Prof. Birgit Keil	Gudrun Kopp *
Renate Jäger *	Dr. Klaus Keitel	Jürgen Koppelin *
Prof. Dr. Wolfgang Jäger	Josef Keller	Eva-Maria Kors *
Susanne Jaffke *	Emma Kellner	Karin Kortmann *
Ernst-Henning Jahn	Claudia Kemmerich	Hartmut Koschyk *
Angelika Jahns	Hans-Peter Kemper *	Thomas Kossendey *
Eda Jahns	Dr. Herbert Kempfler	Jochen Kowalski
Dr. Peter Jahr	Josefa Kendzia	Gregor Krabbe
Georg Janovsky *	Dr. Evelyn Kenzler *	Bernd Kränzle
Jann-Peter Janssen *	Kai Kerkhof	Hedi Kraft
Ilse Janz *	Gerd Kettler	Anette Kramme *
Ulla Jelpke *	Annelie Kever-Henseler	Emmi Kraus
Prof. Dr. Uwe Jens *	Ekkehard Kiesswetter	Rudolf Kraus *
Jürgen Jentsch	Dr. Klaus Kinkel *	Richard Krebs
Kirsten Jöhnck	Birgit Kipfer	Joseph Krekeler
Henrike John	Dr. Jochen F. Kirchhoff	Nicolette Kressl *
Dr.-Ing. Rainer Jork *	Prof. Dr. Bärbel Kirsch	Winfried Kretschmann
Sabine Jünger *	Klaus Kirschner *	Uwe Kretschmar
Gerhard Jüttemann *	Eckart von Klaeden *	Wolfram Krisch
Dr. Franz Josef Jung	Marianne Klappert *	Volker Kröning *
Dr. Thomas Jung	Dr. Birgit Klaubert	Dr. Martina Krogmann *
Volker Jung (Düsseldorf)	Dr. Christine Klaus	Dr. Paul Krüger *
*	Anneliese Klein	Angelika Krüger-Leißner
Thomas Jurk	Wolfgang Klein	*
<b>K</b>	Siegrun Klemmer *	Robert Krumbain
Ursula Köhler	Reinhard Klimmt	Horst Kubatschka *
Dr. Harald Kahl *	Ulrich Klinkert *	Wolfgang Kubicki
Johannes Kahrs *	Dr. Hans-Ulrich Klose	Werner Kubitz
Dr. Heinz Kaiser	Hans-Ulrich Klose *	Ernst Kuchler *
Bartholomäus Kalb *	Dr. Heidi Knake-Werner	Helga Kühn-Mengel *
Witold Kaminski	*	Dr. Hermann Kues *
Steffen Kampeter *	Monika Knoche *	Dr. Uwe Küster *
Dieter Kannegießer	Roland Koch	Jörg Kuhbier
Martin Kannegießer	Christian Köckert	Manfred Kuhmichel
Dr.-Ing. Dietmar Kansy *	Elisabeth Köhler	Werner Kuhn *
Manfred Kanther *	Ekkehard Kölbel	Ute Kumpf *
Jamal Karsli	Lothar König	Dr. Karl-Heinz Kunckel
Filiz Karsligil	Norbert Königshofen *	Konrad Kunick *
Norbert Kartmann	Fritz Rudolf Körper*	Fritz-Dieter Kupfernagel
Irmgard Karwatzki *	Dr. Angelika Köster-	Dr. Gerlinde Kuppe
Helmut Kasimier	Loßback *	Rolf Kutzmutz *
Ulrich Kasparick *	Hannelore Kohl	<b>L</b>

---



---

Werner Labsch *	Dr. Helmut Linssen	Christoph Matschie *
Klaus-Jürgen Lais	Eduard Lintner *	Ingrid Mattern
Christine Lambrecht *	Dr. Helmut Lippelt *	Ingrid Matthäus-Maier *
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) *	Frieder Lippmann	Detlef Matthiessen
Karl Lamers *	Heidi Lippmann *	Dr. Marcus Mattis
Dr. Norbert Lammert *	Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach) *	Heide Mattischeck *
Klaus Landowsky	Dr. Manfred Lischewski *	Hermann Maucher
Ernst-Maria Lang	Manfred List	Ulrich Maurer
Ulrich Lang	Monica Lochner-Fischer	Dr. Martin Mayer (Siegersbrunn) *
Brigitte Lange *	Sylvia Löhrmann	Gerhard Mayer-Vorfelder
Christian Lange (Backnang) *	Christa Lörcher *	Markus Meckel *
Karl-Wilhelm Lange	Monika Löschner	Wolfgang Meckelburg *
Günter Langen	Ursula Lötzer *	Ulrike Mehl *
Detlev von Larcher *	Götz-Peter Lohmann (Neubrandenburg) *	Dr. Michael Meister *
Dr. Paul Laufs *	Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid) *	Dr. Beate Merk
Karl-Josef Laumann *	Frank Lortz	Dr. Angela Merkel *
Dr. Hanna-Renate Laurien	Prof. Dr. Wolfgang Loschelder	Loke Mernizka
Dr. Karl Lautenschläger	Dr. Reinhard Loske *	Ulrike Merten *
Hermann Leeb	Erika Lotz *	Angelika Mertens *
Christine Lehder *	Julius Louven *	Joachim Mertes
Dr. Uwe Lehmann-Brauns	Dr. Christine Lucyga *	Friedrich Merz *
Waltraud Lehn *	Christa Ludewig	Dr.-Ing. Horst Metz
Wilhelm Leichtle	Barbara Ludwig	Reinhard Metz
Robert Leidinger *	Anton Lücht	Oswald Metzger *
Albert Leifert	Wilhelm Lücke	Franz Meyer
Steffi Lemke *	Heidemarie Lüth *	Prof. Dr. Jürgen Meyer (Ulm) *
Wilfried Lemke	Prof. Dr. Christa Luft *	Laurenz Meyer
Vera Lengsfeld *	Dr. Michael Luther *	Maria Michalk
Ina Lenke *	Helga Lutz	Hans Michelbach *
Dr. Hans-Albert Lennartz *	<b>M</b>	Meinolf Michels *
Klaus Lennartz	Dieter Maaß (Herne) *	Ernst Michl
Werner Lensing *	Erich Maaß (Wilhelmshaven) *	Renate Mölbitz
Aloys Lenz	Roland Mack	Jürgen W. Möllemann *
Friedhelm Lenz	Prof. Ursula Männle	Antje Möller
Dr. Elke Leonhard *	Winfried Mante *	Klaus Peter Möller
Peter Letzgus *	Dirk Manzewski *	Ursula Mogg *
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger *	Manuela Marheineke	Walter Momper
Eckhart Lewering *	Tobias Marhold *	Ursula Monheim
Peggy Liebscher	Lothar Mark *	Christoph Moosbauer *
Ursula Lietz *	Angela Marquardt *	Natalie Morawietz
Dr. Jürgen Linde	Erwin Marschewski *	Edgar Moron
Jürgen Linden	Siegfried Martsch	Siegmar Mosdorf *
Walter Link (Diepholz) *	Ulrike Mascher *	Herbert Moser
		Hermann Mühlbeyer
		Bernward Müller (Jena) *
		Christian Müller (Zittau)

---

---

*	Franz Obermeier *	Johannes Pflug *
Christine Müller	Thomas Oelmayer	Beatrix Philipp *
Elmar Müller (Kirchheim) *	Günter Oesinghaus *	Prof. Dr. Eckhart Pick *
Dr. Gerd Müller *	Karl-Dieter Oestmann	Cornelia Pieper *
Herbert Müller	Günther H. Oettinger	Dr. Frank-Michael Pietzsch
Hildegard Müller	Cem Özdemir *	Ronald Pofalla *
Jutta Müller (Völklingen)	Eckhard Ohl *	Ruprecht Polenz *
*	Dr. Wolfgang Ohler	Ramona Pop
Kerstin Müller (Köln) *	Prof. Dr. Jan Hendrik Olbertz	Ulrike Poppe
Klaus Wolfgang Müller (Kiel) *	Brigitte Oltmanns	Prof. Dr. Peter Porsch
Manfred Müller (Berlin)	Helga Oltrogge	Jennifer Portwig
*	Leyla Onur *	Joachim Poß *
Michael Müller (Düsseldorf) *	Manfred Opel *	Dr. Diether Posser
Peter Müller	Holger Ortel *	Christos Prassas
Dr. Rolf Müller	Gerhart Orth	Marlies Pretzlaff *
Willi Müller	Siegbert Ortmann	Annette Preuß
Franz Müntefering *	Friedhelm Ost *	Reiner Priggen
Peter Muschalla	Hans-Jürgen Ostermann	Simone Probst *
<b>N</b>	Adolf Ostertag *	Herbert Prochazka
Winfried Nachtwei *	Christine Ostrowski *	Kirsten Pröving
Gisela Nacken	Eduard Oswald *	Dr. Bernd Protzner *
Ilse Nagel	Hans-Joachim Otto (Frankfurt) *	Prof. Dr. Dieter Puchta
Andrea Nahles *	Norbert Otto (Erfurt) *	Dieter Pützhofer *
Kersten Naumann *	<b>P</b>	<b>R</b>
Dr. h.c. Friedel Neuber	Kurt Palis *	Rosemarie Raab
Anne Neuendorf	Ute Pape	Jürgen Raber
Rosel Neuhäuser *	Albrecht Papenroth *	Thomas Rachel *
Bernd Neumann (Bremen) *	Detlef Parr *	Karin Radermacher
Gerhard Neumann (Gotha) *	Petra Pau *	Hans Raidel *
Volker Neumann (Bramsche) *	Hartmut Paul	Franz Rampelmann
Christa Nickels*	Judith Pauly-Bender	Dr. Peter Ramsauer *
Dirk Niebel*	Heinz Paus	Klaus Rapp
Dr. Edith Niehuis *	Rita Pawelski	Helmut Rau
Margot Nienkämper	Sieghard Pawlik	Dr. h.c. Johannes Rau
Dr. Rolf Niese *	Dr. Peter Paziorek *	Helmut Rauber *
Dietmar Nietan *	Dr. Wolfgang Peiner	Peter Rauen *
Henry Nitzsche	Dr. Willfried Penner *	Karl Ravens
Claudia Nolte *	Renate Pepper	Heribert Rech
Günther Friedrich Nolting *	Hartmut Perschau	Bernhard Recker
Günter Nooke *	Eva Peters	Eckhardt Rehberg
Dr. Dirk Notheis	Ulrich Petzold	Karin Rehbock-Zureich *
<b>O</b>	Hildegard Pfaff	Klaus Rehder
	Prof. Dr. Martin Pfaff *	Otto Rehhagel
	Georg Pfannenstern *	Christa Reichard (Dresden) *
	Anton Pfeifer *	Katherina Reiche *
	Ernst Pfister	Steffen Reiche
	Dr. Friedbert Pflüger *	Clemens Reif

---

---

Erika Reinhardt *	Dr. Ernst Dieter Rossmann *	Christina Schenk *
Prof. Dr. Wolfgang Reinhardt	Adolf Roth (Gießen) *	Karl-Heinz Scherhag *
Thomas Reiter	Birgit Roth (Speyer) *	Gerhard Scheu *
Rudolf Reith	Claudia Roth (Augsburg) *	Irmgard Schewe-Gerigk *
Margot von Renesse *	Michael Roth (Heringen) *	Marko Schiemann
Renate Rennebach *		Dr. Dieter Schiffmann
Hans-Peter Repnik *	Petra Roth	Horst Schild *
Adolf Retz	Dr. Helmut Rothemund	Dr. Etta Schiller
Herbert Reul	Sibylle Rothkegel	Otto Schily *
Bernd Reuter *	Erika Rothstein	Franz Schindler
Dr. Günter Rexrodt*	Dr. Christian Ruck *	Norbert Schindler *
Dr. Edelbert Richter*	Gerhard Rübenkönig *	Silke Schindler
Hermann-Josef Richter	Helmut Rueck	Prof. Dr. Dagmar Schipanski
Manfred Freiherr von Richthofen	Volker Rühle *	Winfried Schittges
Ilse Ridder-Melchers	Brunhilde Rühl	Erika Schlatter
Theresia Riedmaier	Antonius Rösenberg	Rezzo Schlauch *
Klaus Riegert *	Dr. Jürgen Rüttgers *	Dietmar Schlee *
Prof. Dr. Heinz Riesenhuber *	Dr. Martin Runge	Heinz Schleusser
Roswitha Riess	Marlene Rupprecht *	Dr. Rolf Schlierer
Walter Riester	Brigitte Russ-Scherer	Dieter Schloten *
Dr. Harald Ringstorff	<b>S</b>	Volker Schlotmann
Dr. Berthold Rink	Jannis Sakellariou	Cornelia Schmalz-Jacobsen
Barbara Rinke	Detlev Samland	Georg Schmid
Franz Riscop	Thomas Sauer *	Irmgard Schmid
Ludwig Ritter	Alfred Sauter	Bernd Schmidbauer *
Dr. Helmut Ritzer	Peter Schaar	Horst Schmidbauer
Reinhold Robbe *	Anita Schäfer *	(Nürnberg) *
Christa Röder	Dr. Hansjörg Schäfer *	Albert Schmidt (Hitzhofen) *
Katharina Röhl	Wolfgang Schaefer	Andreas Schmidt (Mülheim) *
Paul Röhner	Petra Schäuble	Christian Schmidt (Fürth) *
Norbert Römer	Dr. Wolfgang Schäuble *	Dagmar Schmidt (Messedede) *
Hannelore Rönsch (Wiesbaden) *	Ingrid Schafranski	Hans-Peter Schmidt
Ursula Röper	Gudrun Schaich-Walch *	Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke) *
René Röspel *	Hans Schaidinger	Karin Schmidt
Dr. Uwe-Jens Rössel *	Rudolf Scharping *	Renate Schmidt
Norbert Röttgen *	Harald Schartau	Silvia Schmidt (Eisleben) *
Edeltraud Rogée	Hartmut Schauerte *	Ulla Schmidt (Aachen) *
Jürgen Rohde	Herrmann Schaufler	Ulrich Schmidt
Arthur Rohlfing	Dr. Annette Schavan	Wilhelm Schmidt (Salzgitter) *
Franz Romer *	Christine Scheel *	
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr *	Bernd Scheelen *	
Gudrun Roos *	Dr. Hermann Scheer *	
Dr. Klaus Rose *	Siegfried Scheffler *	
Kurt J. Rossmannith *	Gerd Scheffold	
	Doris Scheibe	
	Heinz Schemken *	

---

---

Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig *	Prof. Wolfgang Schulhoff *	Johannes Singhammer *
Regina Schmidt-Zadel *	Brigitte Schulte (Harmeln) *	Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk *
Angelika Schmitt	Reinhard Schultz (Everswinkel) *	Dr. Markus Söder
Dieter Schmitt	Volkmar Schultz (Köln) *	Dr. Hermann Otto Solms *
Heinz Schmitt (Berg) *	Werner Schulz (Leipzig) *	Brigitte Somfleth
Ingo Schmitt	Klaus Schumacher	Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast *
Hans-Peter Schmitz (Baesweiler) *	Ilse Schumann *	Wieland Sorge *
Michael von Schmude *	Gustav-Adolf Schur*	Bärbel Sothmann *
Brigitte Schmück	Ewald Schurer *	Margarete Späte *
Wolfgang Schmülling	Dr. R. Werner Schuster *	Dr. Lothar Späth
Monika Schnaitmann	Dr. Irmgard Schwaetzer *	Wolfgang Spanier *
Angela Schneider	Clemens Schwalbe *	Brigitte Speth
Carsten Schneider *	Dr. Angelica Schwall-Düren *	Paul Spiegel
Dr. Oscar Schneider	Ernst Schwanhold *	Dr. Margrit Spielmann *
Dr. Emil Schnell *	Rolf Schwanitz *	Jörg-Otto Spiller *
Birgit Schnieber-Jastram *	Andreas Schwarz	Hans Spitzner
Steffie Schnoor	Dr. Gisela Schwarz	Anke Spoorendonk
Dr. Andreas Schockenhoff *	Dr. Christian Schwarz-Schilling *	Carl-Dieter Spranger *
Walter Schöler *	Michael Schwarzkopf	W. Ludger Staby
Jörg Schönbohm	Rita Schweiger	Dr. Max Stadler *
Karl Schönewolf	Rosely Schweizer	Prof. Klaus Staeck
Karsten Schönfeld *	Wilhelm-Josef Sebastian *	Dr. Ditmar Staffelt *
Fritz Schösser *	Horst Seehofer *	Gustav Starzmann
Gabriele Schöttler	Rolf Seel	Christine Stavenhagen
Olaf Scholz*	Marita Sehn *	Antje-Marie Steen *
Prof. Dr. Rupert Scholz *	Bodo Seidenthal *	Barbara Steffens
Alexander Schonath	Josef Seidl	Wolfgang Steiger *
Reinhard Freiherr von Schorlemer *	Dr. Ilja Seifert *	Erika Steinbach *
Ottmar Schreiner *	Heinz Seiffert *	Peer Steinbrück
Gerhard Schröder *	Rudolf Seitzers*	Horst Steinkühler
Gisela Schröter *	Bernd Sibler	Christel Steitz
Dr. Klaus Schubert	Dr. Walter Sieber	Christian Sterzing *
Dr. Mathias Schubert *	Bernd Siebert *	Prof. Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten *
Prof. Dr. Erika Schuchardt *	Bernd Siegel	Ludwig Stiegler *
Dr. Gerd Schuchardt	Hannelore Siegel	Rolf Stöckel*
Gerhard Schüßler *	Werner Siemann *	Dorothea Störr-Ritter *
Dietmar Schütz (Oldenburg) *	Erika Simm *	Dr. Edmund Stoiber
Diethard Schütze (Berlin) *	Christian Simmert *	Dr. Manfred Stolpe
Richard Schuhmann (Delitzsch) *	Camilla Simon	Dr. Gerhard Stoltenberg
Peter Schuler	Heide Simonis	Barbara Stolterfolth
		Andreas Storm *
		Evelin Stotz
		Johannes Straßer
		Dagmar Strastil von Strassenheim

---

---

Peter Straub	Dr. Hans-Peter Uhl *	Dr. Konstanze Wegner *
Max Straubinger *	Eckhard Uhlenberg	Greta Wehner
Rita Streb-Hesse *	Gunnar Uldall *	Kurt Weidmann
Matthäus Strebl *	Hans-Eberhard Urbaniak	Wolfgang Weiermann *
Klaus Strehl	*	Brigitte Weigert
Peter Strieder	<b>V</b>	Dr. Adolf Weiland
Thomas Stritzl	Arnold Vaatz *	Gerd Weimer
Thomas Strobl *	Franziska Veit	Viola Weinert
Hans-Christian Ströbele	Rüdiger Veit *	Reinhard Weis (Stendal)
*	Inge Velte	*
Dr. Peter Struck *	Günter Verheugen *	Dr. Gerhard Weiser
Michael Stübgen *	Dr. Michael Vesper	Matthias Weisheit *
Dr. h.c. Richard Stücklen	Dr. Erwin Vetter	Gerald Weiß (Groß-
Joachim Stünker *	Jörg Vierkant	Gerau) *
Prof. Dr. Rita Süßmuth	Hans Vilsmeier	Dr. Manfred Weiß
*	Simone Viola *	Peter Weiß (Emmendingen) *
<b>T</b>	Astrid Vockert	Dr. Jürgen Weißbach
Anita Tack	Horst Vöge	Gunter Weißgerber *
Elke Talhorst	Dr. Bernhard Vogel	Prof. Gert Weisskirchen
Joachim Tappe *	Dr. Hans-Jochen Vogel	(Wiesloch) *
Jörg Tauss *	Ute Vogt (Pforzheim) *	Barbara Weitzel
Eva-Maria Tempelhahn	Wolfgang Vogt	Dr. Ernst Ulrich von
Jella Teuchner *	Dr. Antje Vollmer *	Weizsäcker *
Erwin Teufel	Dr. Ludger Volmer *	Jochen Welt *
Dr. Gerald Thalheim *	Angelika Volquartz *	Dr. Rainer Wend *
Dietrich Thiele	Bärbel Vopel	Johanna Werner-
Carl-Ludwig Thiele *	Hans Vorpeil	Muggendorfer
Wolfgang Thierse *	Kläre Vorreiter	Rolf Wernstedt
Christa Thoben	Sylvia Ingeborg Voß *	Ellen Werthmann
Franz Thönnies *	Andrea Voßhoff*	Hildegard Wester *
Dr. Dieter Thomae *	<b>W</b>	Dr. Guido Westerwelle *
Hanns Thomä Venske	Gustav Wabro	Lydia Westrich *
Ise Thomas	Dr. Christean Wagner	Inge Wettig-Danielmeier
Renate Thon	Hans Georg Wagner *	*
Prof. Dr. Susanne Tie-	Ruth Wagner	Karl-Peter Wettstein
mann *	Joachim Wahnschaffe	Dr. Margrit Wetzel*
Dr. Berthold Tillmann	Dr. Theodor Waigel *	Annette Widmann-Mauz
Uta Titze-Stecher *	Dr. Georg Freiherr von	*
Edeltraut Töpfer *	Waldenfels	Helmut Wiczorek
Reinhold Trinius	Dr. Walter Wallmann	(Duisburg) *
Jürgen Trittin *	Ernst-Martin Walsken	Jürgen Wiczorek (Böh-
Gottfried Tröger	Birgit Walter	len) *
Adelheid Tröscher *	Marlies Wanjura	Dr. Norbert Wiczorek *
Jürgen Türk *	Prof. Dr. Johanna Wanka	Heidemarie Wiczorek-
Mariano Turano	Rita Waschbüsch	Zeul *
Dr. Jörg Twenhöven	Gerhard Wattenberg	Dieter Wiefelspütz *
<b>U</b>	Christine Weber	Heino Wiese (Hannover)
Christian Ude	Andreas Wecker	*
Filiz Üstbas	Hedi Wegener *	

---

---

Heinz Wiese (Ehingen) \*  
Klaus Wiesehügel \*  
Joachim Wiesensee  
Karl-Heinz Wildmoser  
Hans-Otto Wilhelm  
(Mainz) \*  
Helmut Wilhelm (Am-  
berg) \*  
Gert Willner\*  
Klaus-Peter Willsch\*  
Anna-Maria Wilms  
Dr. Dorothee Wilms  
Brigitte Wimmer (Karl-  
sruhe) \*  
Willy Wimmer (Neuss) \*  
Richard Winkels  
Hermann Winkler  
Veronika Winterstein  
Claus Wisser  
Matthias Wissmann \*  
Engelbert Wistuba \*  
Heinz-Hermann Witte  
Barbara Wittig \*  
Werner Wittlich\*  
Simon Wittmann  
Dr. Wolfgang Wodarg \*  
Dagmar Wöhrl \*  
Verena Wohlleben \*  
Aribert Wolf\*  
Hanna Wolf (München)  
\*  
Helmut Wolf  
Margareta Wolf (Frank-  
furt) \*  
Dr. Winfried Wolf \*  
Waltraud Wolff (Zielitz)  
\*  
Dr. Bernhard Worms  
Heidmarie Wright \*  
Brigitte Wucherpennig  
Edeltraud Wucherpfen-  
nig  
Elke Wülfig \*  
Peter Kurt Würzbach \*  
Christian Wulff  
Prof. Dr. Otto Wulff  
Gert Wunderlich  
**Z**  
Undine Zachlot

Gerhard Zambelli  
Uta Zapf\*  
Irmgard Zecher  
Hans Zehetmair  
Wolfgang Zeitlmann \*  
Norbert Zeller  
Benno Zierer \*  
Wolfgang Zöllner \*  
Dr. Christoph Zöpel \*  
Walter Zuber  
Peter Zumkley \*  
Helge Zychlinski

---

**Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern der Landesparlamente**

Länder	SPD				CDU/CSU				Bündnis 90/Die Grünen				FDP				PDS				Sonstige				Insgesamt			
	Md B	Md L	Kei nMdL	ins g.	Md B	Md L	Kei nMdL	ins g.	Md B	Md L	Kei nMdL	ins g.	Md B	Md L	Kei nMdL	ins g.	MdB	MdL	Kei in MdL	ins g.	Md B	Md L	Kei nMdL	ins g.	Md B	MdL	Kei nMdL	ins g.
Baden-Württemberg	30	13	8	51	32	19	18	69	8	4	6	18	7	5	2	14	1	-	-	1	-	7 <sup>1)</sup>	-	7	78	48	34	160
Bayern	34	18	14	66	47	26	34	107	6	5	1	12	5	-	-	5	1	-	-	1	-	-	-	-	93	49	49	191
Berlin	10	-	7	17	7	-	12	19	3	-	4	7	1	-	--	1	4	-	4	8	-	-	-	-	25	-	27	52
Brandenburg	12	-	14	26	5	-	4	9	1	-	-	1	1	-	-	1	4	-	5	9	-	-	-	-	23	-	23	46
Bremen	3	-	2	5	1	-	2	3	1	-	1	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-	5	10
Hamburg	7	2	4	13	4	3	2	9	1	1 <sup>2)</sup>	1	3	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	13	6	7	26
Hessen	21	1	19	41	17	16	6	39	4	3	-	7	4	2	-	6	1	-	-	1	-	-	-	-	47	22	25	94
Mecklenburg-Vorpommern	7	2	4	13	4	4	2	10	-	-	-	-	-	-	-	-	4	2	2	8	-	-	-	-	15	8	8	31
Niedersachsen	35	3	32	70	24	-	26	50	4	-	4	8	4	-	-	4	1	-	-	1	-	-	-	-	68	3	62	133
Nordrhein-Westfalen	72	46	24	142	52	32	26	110	11	6	9	26	11	-	-	11	2	-	-	2	-	-	-	-	148	84	59	291
Rheinland-Pfalz	15	9	5	29	14	9	5	28	2	1	1	4	3	3	-	6	-	-	-	-	-	-	-	-	34	22	11	67

Saarland	5	4	1	10	3	2	2	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	6	3	17	
Sachsen	12	-	7	19	13	12	14	39	2	-	-	2	2	-	-	8	5	1	14	-	-	-	-	37	17	22	76	-
Sachsen- Anhalt	13	6	4	23	6	3	3	12	1	-	-	1	1	-	-	1	5	3	3	11	-	2 <sup>3)</sup>	-	2	26	14	10	50
Schleswig- Holstein	11	6	5	22	9	8	1	18	2	2	-	4	2	1	-	3	-	-	-	-	-	-	-	24	17	6	47	
Thüringen	11	4	3	18	7	7	4	18	1	-	-	1	1	-	-	1	5	-	4	9	-	-	-	25	11	11	47	
Insgesamt	29 8	114	153	56 5	24 5	141	161	54 7	47	22	27	96	43	11	2	56	36	10	19	65	-	9	-	46	669	30 7	36 2	133 8

1) REP

2) GAL

3) DVU



---

**Stenographischer Bericht**

Bonn, Sonntag, den 23. Mai 1999

Beginn: 12.00 Uhr

**Präsident Wolfgang Thierse:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 11. Bundesversammlung zur Wahl des achten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und heiße Sie herzlich willkommen. Ich wünsche uns allen ein frohes Pfingstfest.

Ich begrüße die Mitglieder der Bundesversammlung, unter ihnen Bundeskanzler Gerhard Schröder und die Mitglieder der Bundesregierung, die Ministerpräsidenten, Minister und Senatoren der Bundesländer.

Ich begrüße die Mitglieder des Bundestages und der Landtage sowie alle Persönlichkeiten aus dem politischen, kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Leben. Seien Sie herzlich willkommen!

Unser Dank gilt den Botschaftern und Angehörigen ausländischer Missionen für ihr Kommen. Wir wissen es zu schätzen, daß Sie an diesem großen Ereignis Interesse zeigen.

Schließlich grüße ich neben den zahlreichen Gästen, die unserer Einladung gefolgt sind, auch jene sehr herzlich, die diese Wahl an den Rundfunk- und Fernsehgeräten verfolgen – in unserem Land, aber ebenso in anderen Teilen Europas und der Welt.

Von dieser Stelle aus und in Ihrer aller Namen möchte ich unserem Bundespräsidenten Roman Herzog und seiner Frau Christiane unsere besten Wünsche und herzlichen Grüße in den Berliner Amtssitz, Schloß Bellevue, übermitteln.

(Beifall)

Beiden gilt unser Dank für ihren langjährigen und unermüdlichen Einsatz, den sie gemeinsam für unser Land geleistet haben. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Gemeinwesens wissen, auf welcher vorbildlichen Weise Roman Herzog das höchste Amt in unserem Staat in den vergangenen fünf Jahren ausgefüllt hat und wie sehr das Ansehen unserer parlamentarischen Demokratie im In- und Ausland durch seine Arbeit gemehrt worden ist. Dafür sagen wir Ihnen, Herr Bundespräsident, unseren nachdrücklichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Morgen wird unser Land, **die Bundesrepublik Deutschland**, 50 Jahre alt. Dieses **Jubiläum** können wir Deutschen in Ost und West gemeinsam feiern. Vier Jahrzehnte geteilt, leben wir nun seit fast zehn Jahren wieder gemeinsam in einer parlamentarischen Demokratie. Vergessen wir nicht: In diesen Wochen und Monaten begannen vor zehn Jahren, im Frühjahr 1989, mit dem Einspruch gegen die gefälschten Kommunalwahlen in der DDR, mit den Botschaftsflüchtlingen in Ungarn und der damaligen Tschechoslowakei jene Veränderungen, die erst ermöglichten, daß wir Deutschen gemeinsam das 50jährige Bestehen unseres demokratischen Rechtsstaates feiern können.

---

---

Heute sind wir hier im Berliner Reichstagsgebäude zusammengekommen, um im Namen aller Deutschen den achten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu wählen. Diese Stadt und dieses Gebäude waren bereits in der Vergangenheit mehrfach Gastgeber der Bundesversammlung. Viermal konnten Parlament und Regierung nach 1949 die Wahl des Bundespräsidenten in Berlin durchsetzen. Auf Grund des Viermächteabkommens war das später nicht mehr möglich. Dieser Blick zurück verdeutlicht, wieviel sich seitdem in Deutschland und Europa verändert hat: Aus den Gegnern von einst sind Nachbarn, Partner, Freunde geworden, die die Wahl unseres nächsten Staatsoberhauptes in Sympathie und Verbundenheit verfolgen.

Bereits zum zweitenmal nach der Vereinigung Deutschlands kommt die Bundesversammlung hier im Reichstagsgebäude zusammen. Dennoch ist mit der heutigen Bundesversammlung eine Besonderheit verbunden: Der von uns zu wählende Bundespräsident wird der erste sein, der vom Amtsantritt an seinen Sitz in Berlin einnehmen wird. Und noch wichtiger: Dieser Umstand ist für uns alle fast schon eine Selbstverständlichkeit geworden. Das ist gut so, denn es drückt Wichtiges darüber aus, wie wir in unserer Bürgergesellschaft mit dem Verhältnis von Veränderungen und Kontinuität umgehen.

Diese Bundesversammlung findet statt inmitten des **Umzugs von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin**, den der Deutsche Bundestag im Jahr 1991 beschlossen hat. Vor gut einem Monat haben wir den Einzug des Deutschen Bundestages in dieses Gebäude begangen. Nach der Sommerpause wird unser Parlament hier seine alltägliche Tätigkeit aufnehmen. Das Bundeskanzleramt und die nach Berlin wechselnden Ministerien werden ebenfalls so bald wie möglich ihre Arbeit in der Bundeshauptstadt beginnen.

Dies alles sind Veränderungen, die im Ausland, aber auch bei unseren Bürgerinnen und Bürgern aufmerksam beobachtet werden. Die einen wie die anderen fragen, welche Auswirkungen der Wechsel vom Rhein an die Spree mit sich bringen wird, in welche Richtung – mit Thomas Mann gesprochen – „Deutschland und die Deutschen“ künftig steuern werden. In einer solchen Situation ist es wichtig und richtig, nach innen wie nach außen die Konstanten unserer parlamentarischen Demokratie ins Gedächtnis zu rufen. Deshalb sei noch einmal betont: Der Umzug von Bonn nach Berlin bedeutet für die deutsche Politik keinen Bruch. Im Gegenteil: Die politischen Grundkoordinaten aus fünf Jahrzehnten bleiben gültig. Unsere parlamentarische Demokratie wird sich in einem Europa der Völker auch künftig für Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.

(Beifall)

Über diese Grundwerte gab es in 50 Jahren Bundesrepublik Deutschland stets Konsens, und hieran soll sich auch künftig nichts ändern. Im Gegenteil: Wir sind aufgerufen, uns weiter nachdrücklich für diese Ziele zu engagieren. In der immer enger zusammenwachsenden Welt werden sie uns künftig mehr denn je fordern.

(Beifall)

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an Worte von Thomas Mann. Angesichts der Nazidiktatur hat er aus dem Exil bereits 1938 vom „kommenden Sieg der Demokratie“ ge-

---

---

sprochen und diese Auffassung damit begründet, daß die Demokratie mehr als jede andere Staatsform „von dem Gefühl und Bewußtsein der Würde des Menschen“ inspiriert wird.

Welches Amt in unserem Gemeinwesen wäre geeigneter, diesen Grundkonsens aller Demokraten zum Ausdruck zu bringen, als das des Staatsoberhauptes? An das höchste Amt in unserer parlamentarischen Demokratie richten sich besondere Erwartungen. Der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin, den bzw. die wir heute wählen, repräsentiert in besonderer Weise das, was uns Deutsche verbindet, und wie wir in der Welt wahrgenommen werden. Er bzw. sie drückt aus, was uns als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jenseits aller Unterschiede gemeinsam ist.

Dennoch ist das **Amt des Bundespräsidenten** keinesfalls ein rein repräsentatives oder gar unpolitisches. Im Gegenteil: Alle unsere Bundespräsidenten haben in ihrer Amtsführung deutlich gemacht, wie man auch und gerade als Staatsoberhaupt politische Akzente setzt und politisches wie gesellschaftliches Handeln einfordert.

Theodor Heuss, Heinrich Lübke, Gustav Heinemann, Walter Scheel, Karl Carstens, Richard von Weizsäcker und Roman Herzog wußten – jeder auf seine eigene, unverwechselbare Weise – immer wieder Probleme in unserem Gemeinwesen beim Namen zu nennen und konstruktive Impulse in den politischen Meinungsbildungsprozeß einzubringen. Ebenso nachdrücklich sind sie stets für eine aktive, zivile Bürgergesellschaft eingetreten, haben sie soziales Engagement, Gemeinwohlorientierung und politische Beteiligung eingefordert. Nicht zuletzt wurde von ihnen stets an die globalen Aufgaben erinnert, die wir haben: an den Kampf gegen Hunger, Leid, Krankheit und Umweltzerstörung. Dies sind keinesfalls nur Aufgaben der Politik. Zu ihnen kann und soll jeder einzelne Bürger und jede einzelne Bürgerin Beiträge leisten.

Kurz vor der Jahrtausendwende stehen wir in Deutschland und Europa vor großen politischen Aufgaben und Herausforderungen. Um sie zu bewältigen, sind in der Bürgergesellschaft die Beiträge jedes einzelnen unverzichtbar. Die parlamentarische Demokratie stellt die Würde des Menschen in den Mittelpunkt allen staatlichen Handelns. Gerade deshalb braucht sie den aktiven Einsatz, setzt sie das kritische Engagement des mündigen Individuums in der Bürgergesellschaft voraus. An der Spitze eines so verstandenen Gemeinwesens steht unser Staatsoberhaupt – eine Persönlichkeit aus unserer Mitte, die für uns spricht, unsere gemeinsamen Überzeugungen zum Ausdruck bringt, zugleich verbindend und kritisch unter uns wirkt und unsere parlamentarische Demokratie nach innen wie nach außen vertritt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Liebe Mitglieder der Bundesversammlung, wir sind heute im Reichstagsgebäude zusammengekommen, um unseren nächsten Bundespräsidenten zu wählen. Lassen Sie uns nun gemeinsam unseres Verfassungsauftrages walten! Ich bitte Sie in diesem Zusammenhang um ein wenig Geduld und Aufmerksamkeit für die nun folgenden Formalitäten und Erläuterungen zum Wahlverfahren.

---

---

Wir kommen zur **Konstituierung der 11. Bundesversammlung**. Die Bundesversammlung besteht aus 669 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und einer gleichen Zahl von Mitgliedern, die von den Länderparlamenten gewählt worden sind. Die Präsidenten der Länderparlamente haben mir mitgeteilt, daß die 669 Mitglieder aus den Ländern rechtmäßig gewählt wurden.

Nach § 8 des Gesetzes Über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung findet die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages auf den Geschäftsgang der Bundesversammlung sinngemäß Anwendung, sofern sich die Bundesversammlung nicht eine eigene Geschäftsordnung gibt.

Es liegt ein **Antrag** des Mitglieds der Bundesversammlung Helmut Wolf **zur Geschäftsordnung** vor. Der Antrag ist darauf gerichtet, die Bewerberinnen und Bewerber für das Amt des Bundespräsidenten durch eine Ergänzung der Geschäftsordnung zu verpflichten, gegenüber der Bundesversammlung zu erklären, daß sie frei von Belastungen mittelbarer oder unmittelbarer Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR sind. Nach Art. 54 Abs. 1 des Grundgesetzes wird der Bundespräsident ohne Aussprache gewählt. Es können deshalb auch keine Erklärungen zur Person der Kandidaten abgegeben werden. Damit ist der Antrag offensichtlich unzulässig. Folglich kann nicht über ihn abgestimmt werden. Daher entfällt auch eine Begründung des Antrags.

Weitere Anträge zur Geschäftsordnung liegen nicht vor. Deshalb findet – wie im Gesetz vorgesehen – die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sinngemäß Anwendung.

Zur Beschlußfähigkeit der Bundesversammlung ist die Anwesenheit von mindestens 670 Mitgliedern erforderlich. – Das ist offensichtlich der Fall. Die Bundesversammlung ist also beschlußfähig.

Als Schriftführer schlage ich Ihnen die 42 Abgeordneten vor, die diese Aufgabe auch im Deutschen Bundestag wahrnehmen. Es sind dies die Abgeordneten: Brigitte Adler, Ilse Aigner, Wolfgang Bosbach, Dr. Michael Bürsch, Wolfgang Dehnel, Christel Deichmann, Ekin Deligöz, Hubert Deittert, Peter Dreßen, Hans- Josef Fell, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Hanst, Joachim Fuchtel, Jelena Hoffmann, Frank Hofmann (Volkach), Klaus Holetschek, Ingrid Holzhüter, Christel Humme, Barbara Imhof, Jann-Peter Janssen, Ina Lenke, Werner Lensing, Christa Lörcher, Rosel Neuhäuser, Dr. Rolf Niese, Marlies Pretzlaff, Erika Reinhardt, Bernd Reuter, Dr. Uwe-Jens Rössel, Marlene Rupprecht, Heinz Schemken, Irmgard Schewe-Gerigk, Regina Schmidt-Zadel, Marita Sehn, Bodo Seidenthal, Heinz Seiffert, Bärbel Sothmann, Joachim Tappe, Jürgen Türk, Angelika Volquartz, Gert Willner, Lydia Westrich und Heidemarie Wright. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann ist so beschlossen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer Bernd Reuter und Marlies Pretzlaff, neben mir Platz zu nehmen. – Die 11. Bundesversammlung ist damit konstituiert.

Meine Damen und Herren, es liegen folgende **Vorschläge** für die Wahl zum Bundespräsidenten vor, die ich in alphabetischer Reihenfolge bekanntgebe:

Frau Professor

---

---

**Dr. Uta Ranke-Heinemann.**

(Vereinzelt Beifall)

Herr Ministerpräsident a. D.

**Dr. h.c. Johannes Rau.**

(Beifall)

Frau Professor

**Dr. Dagmar Schipanski.**

(Beifall)

Die Vorgeschlagenen haben gemäß § 9 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes Über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung schriftlich ihre Bereitschaft zur Kandidatur erklärt. Ich stelle fest, daß die Wahlvorschläge den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.

Sehr geehrte Mitglieder der Bundesversammlung, ich bitte nunmehr um Ihre Aufmerksamkeit für einige Hinweise zum **Wahlverfahren**. Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ist zum Bundespräsidenten gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, das heißt, wer mindestens 670 Stimmen auf sich vereinigt.

§ 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung sieht vor, daß mit verdeckten amtlichen Stimmkarten gewählt wird. Die Wahl ist deshalb gemäß § 49 unserer Geschäftsordnung geheim.

Sie müssen Ihre Stimmkarten in einer der Wahlkabinen hinter dem Adler in der Osthalle ankreuzen. Sie müssen also links oder rechts durch die Glastüren zu den Wahlkabinen hinausgehen, vor denen Sie die Stimmzettel erhalten. Die Stimmzettel müssen in der Wahlkabine in den Wahlumschlag gegeben werden. Die Schriftführer sind verpflichtet, Mitglieder der Bundesversammlung zurückzuweisen, die ihre Stimmkarte außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder in den Wahlumschlag gelegt haben. Die Wahl kann jedoch vorschriftsmäßig wiederholt werden.

Stimmkarten mit mehr als einem Kreuz oder sonstigen Zusätzen sind ungültig. Das gleiche gilt für Stimmkarten, die überhaupt nicht angekreuzt sind oder auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten. Die Schriftführer zu meiner Rechten und Linken werden nachher die Namen nach dem Alphabet aufrufen.

Nachgerückte Mitglieder, die nicht mehr im Namensverzeichnis alphabetisch aufgeführt werden konnten, werden zum Schluß aufgerufen.

Verfolgen Sie bitte den Namensaufruf, und begeben Sie sich erst dann in die Osthalle, wenn der Aufruf Ihres Namens unmittelbar bevorsteht. Die Schriftführer händigen Ihnen

---

---

an den Ausgabestischen in der Osthalle Ihre Stimmkarte und den amtlichen Wahlumschlag erst nach dem Aufruf Ihres Namens aus. Für den Empfang der Stimmkarte halten Sie bitte Ihren weißen Wahlausweis bereit.

Nachdem Sie Ihre Stimmkarte in der Wahlkabine ausgefüllt und in den Wahlumschlag gesteckt haben, kommen Sie bitte durch die Mitteltür – unter dem Adler – zurück in den Plenarsaal, und werfen Sie Ihre Stimmkarte im Wahlumschlag in eine der hier vorne aufgestellten Wahlurnen. Den weißen Wahlausweis übergeben Sie bitte den Schriftführern an den Wahlurnen. Dadurch wird Ihre Teilnahme an der Wahl nachgewiesen.

Ich bitte nun die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze an den Tischen zur Ausgabe der Stimmkarten und an den Wahlurnen einzunehmen. Meine Damen und Herren, ich eröffne die Wahl und bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, haben alle Mitglieder der Bundesversammlung ihre Stimme abgegeben, auch die Schriftführer? – Das ist offensichtlich der Fall.

Ich schließe die Wahl und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Die Auszählung wird etwa 30 Minuten dauern. Die Sitzung wird während dieser Zeit nicht unterbrochen. –

Meine Damen und Herren, ich gebe das **Ergebnis des ersten Wahlgangs** bekannt: Abgebene Stimmen 1333, ungültige Stimmen 2, Enthaltungen 17, gültige Stimmen 1331. Es entfallen auf Frau Uta Ranke-Heinemann 69 Stimmen,

(Beifall)

auf Johannes Rau 657 Stimmen,

(Beifall)

auf Dagmar Schipanski 588 Stimmen.

(Anhaltender Beifall)

Nach § 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, das heißt, wer mindestens 670 Stimmen auf sich vereinigt. Ich stelle fest, daß keiner der vorgeschlagenen Kandidaten die für den ersten Wahlgang vorgeschriebene absolute Mehrheit erreicht hat. Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes muß deshalb ein zweiter Wahlgang stattfinden.

Die Fraktionen der F.D.P. und der PDS haben eine Unterbrechung der Sitzung beantragt. Ich unterbreche damit die Sitzung für etwa 20 bis 30 Minuten. Der Wiederbeginn der Sitzung wird rechtzeitig durch Klingelzeichen bekanntgegeben.

(Unterbrechung von 14.16 bis 14.49 Uhr)

---

---

**Präsident Wolfgang Thierse:** Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in den **zweiten Wahlgang** ein. Auch im zweiten Wahlgang ist für die Wahl des Bundespräsidenten die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Bundesversammlung erforderlich, das heißt also mindestens 670 Stimmen. Für den zweiten Wahlgang kandidieren erneut Frau Professor **Dr. Uta Ranke-Heinemann**,

(Vereinzelt Beifall)

Herr Ministerpräsident a. D. Dr. h. c. Johannes Rau

(Beifall)

und Frau Professor Dr. Dagmar Schipanski.

(Beifall)

Das Wahlverfahren ist bekannt. Auch der zweite Wahlgang erfolgt per Namensaufruf. Für die Ausgabe der Stimmkarten und an den Wahlurnen halten Sie dieses Mal bitte Ihren blauen Wahlausweis bereit. Verfolgen Sie bitte wieder den Namensaufruf, und begeben Sie sich erst dann zu den Ausgabetischen in der Osthalle, wenn der Aufruf Ihres Namens unmittelbar bevorsteht. Die Schriftführer händigen Ihnen Ihre Stimmkarte erst nach dem Aufruf Ihres Namens aus.

Ich bitte nun die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze an den Tischen zur Ausgabe der Stimmkarten und an den Wahlurnen einzunehmen. – Ich eröffne die Wahl und bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf – Während des Namensaufrufs übernehmen um 15.04 Uhr Vizepräsidentin Anke Fuchs und um 15.17 Uhr Präsident Wolfgang Thierse den Vorsitz)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Meine Damen und Herren, haben alle Mitglieder der Bundesversammlung ihre Stimme abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Ich schließe diesen Wahlgang und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Die Auszählung wird etwa 30 Minuten dauern. Die Sitzung wird während dieser Zeit nicht unterbrochen.

Meine Damen und Herren, ich gebe das **Ergebnis der Wahl** bekannt: Abgegebene Stimmen 1333, ungültige Stimmen 1, also gültige Stimmen 1332, Enthaltungen 8. Es entfallen auf Frau Uta Ranke-Heinemann 62 Stimmen.

(Beifall)

Auf Herrn Johannes Rau entfallen 690 Stimmen.

(Sehr lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der PDS)

Ich möchte mit der Bekanntgabe des Wahlergebnisses fortfahren. Auf Frau Dagmar Schipanski entfallen 572 Stimmen.

---

---

(Beifall – Dr. h. c. Johannes Rau nimmt Glückwünsche von Mitgliedern der Bundesversammlung entgegen)

Meine Damen und Herren, nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung, das heißt, wer mindestens 670 Stimmen auf sich vereinigt. Ich stelle fest, daß Herr Johannes Rau die erforderliche Mehrheit der Stimmen erhalten hat und somit zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt ist.

(Beifall)

Herr Rau, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland an?

**Dr. h. c. Johannes Rau:** Ich nehme die Wahl an, Herr Präsident.

(Beifall)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß Herr Johannes Rau die Wahl zum Bundespräsidenten angenommen hat. Ich spreche dem künftigen Präsidenten der Bundesrepublik die Glückwünsche der Bundesversammlung aus. Alles Gute, Herr Rau!

(Beifall)

**Dr. h. c. Johannes Rau:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke ganz herzlich allen, die mich gewählt haben und bekunde auch denen meinen Respekt, die sich für die Mitbewerberinnen entschieden haben, denen ich meinen Respekt nicht versage. In diesen Tagen habe ich gelegentlich gesagt: An dem Wort Familienbande ist viel Wahres dran.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber ich sage jetzt: Es ist für mich nicht nur eine selbstverständliche Pflicht, sondern auch eine persönliche Verpflichtung, von dem Tag an, an dem ich das Amt des Bundespräsidenten wahrnehme, Über alle Grenzen und über alle Unterschiede hinweg der **Bundespräsident aller Deutschen** zu sein und der Ansprechpartner für alle Menschen, die ohne einen deutschen Paß bei uns leben und arbeiten.

(Beifall)

Am 9. November – der Herr Bundestagspräsident hat heute morgen daran erinnert – denken wir an den Tag vor zehn Jahren, an dem die Mauer gefallen ist. Wir werden uns, wir müssen uns daran erinnern, daß wir das denen zu verdanken haben, die sich mit Kerzen, Demonstrationen, Liedern und Gebeten von einem System freigemacht haben, in dem sie nicht mehr leben wollten. Aber wir dürfen nicht vergessen: Daß ihnen das gelungen ist, das haben wir Menschen in Warschau, in Prag, in Budapest und in vielen anderen Ländern zu verdanken, ohne die die deutsche Bürgerrechtsbewegung ihren Erfolg nicht hätte

---



---

haben können.

(Beifall)

Wir wollen daran erinnern und wir wollen daraus lernen, daß die **deutsche Einheit und der europäische Einigungsprozeß** zwei Seiten einer Medaille sind. Es ist in unserem eigenen und im europäischen Interesse, daß wir unsere Anstrengungen fortsetzen, damit die Menschen in allen 16 Ländern der Bundesrepublik gleiche Lebenschancen haben.

Heute vor 50 Jahren – morgen werden wir in einer besonderen Veranstaltung daran denken – ist das Grundgesetz in Kraft getreten. Ich wünsche mir, daß wir uns, bei allen Kontroversen über einzelne Sachfragen und bei allem politischen Streit, den es gibt und geben muß und immer geben wird, immer wieder neu darauf besinnen, dass wir in unserer Verfassung etliches unaufgebar festgeschrieben haben: daß die Würde des Menschen unantastbar ist – da steht nicht: die Würde der Deutschen, sondern da steht: die Würde des Menschen –,

(Beifall)

daß Frauen und Männer gleiche Chancen und gleiche Rechte haben sollen,

(Beifall)

daß das private Eigentum zugleich dem Allgemeinwohl dienen soll.

(Beifall)

Es hat – auch unter uns – eine lange Diskussion gegeben: Über das Grundgesetz und seine Chancen, über das Verhältnis von Vaterlandsliebe, **Patriotismus** und Nationalismus. Ich glaube, daß Nationalismus und Separatismus Geschwister sind. Ich will nie ein Nationalist sein, aber ein Patriot wohl. Ein Patriot ist jemand, der sein Vaterland liebt; ein Nationalist ist jemand, der die Vaterländer der anderen verachtet. Wir aber wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, in Europa und in der Welt.

(Beifall)

Wir leben in einem Zustand des Krieges, der durch **Menschenrechtsverletzungen** und durch schreckliche Verfolgung hervorgerufen worden ist. Ich hoffe und wünsche, daß dieser Krieg nicht lange dauern muß, und ich hoffe, daß dann, wenn ich mein Amt antrete, die diplomatischen Bemühungen – denen ich, Herr Bundeskanzler, mit ganzem Herzen zustimme – Erfolg gehabt haben, damit möglichst schnell Friede ist und Friede sein kann in Deutschland und in Europa.

(Beifall)

Ich danke allen herzlich, die mir ihr Vertrauen gegeben haben, und ich bitte alle, ob sie mich gewählt haben oder nicht: Nehmen Sie mich so an, wie ich bin. Haben Sie Geduld mit meinen Schwächen, und suchen Sie ein bißchen mit nach meinen Stärken.

---

So sage ich: Ich grüße alle Deutschen, ich grüße unsere Nachbarn, und ich grüße unsere Freunde überall in der Welt.

(Anhaltender Beifall)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Meine Damen und Herren, die Eidesleistung des neuen Bundespräsidenten wird nach der Vorschrift des Grundgesetzes vor den versammelten Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates erfolgen, und zwar am 1. Juli 1999 in Bonn.

Bevor ich die Bundesversammlung schließe, möchte ich allen Mitgliedern der Bundesversammlung – vor allem auch den Schriftführerinnen und Schriftführern – dafür danken, dass sie zu einem reibungslosen Ablauf beigetragen haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns nun gemeinsam unsere Nationalhymne singen.

(Nationalhymne)

Meine Damen und Herren, ich erkläre die 11. Bundesversammlung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 16.32 Uhr)

---

---

## Eidesleistung und Ansprache

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1999  
Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Dr. h. c. Johannes Rau  
Deutscher Bundestag, 51. Sitzung, zugleich 740. Sitzung des Bundesrates, Bonn, den 1.  
Juli 1999  
(Auszug)<sup>58)</sup>

### **Präsident Wolfgang Thierse:** [...]

Meine Damen und Herren, am 23. Mai dieses Jahres hat die Bundesversammlung Herrn Johannes Rau zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Herr Johannes Rau hat vor der Bundesversammlung diese Wahl angenommen und mit dem heutigen Tag das Amt des Bundespräsidenten angetreten.

Nach Art. 56 des Grundgesetzes leistet der Bundespräsident bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates den vorgeschriebenen Eid. Ich bitte Sie, Herr Bundespräsident, zu mir zu kommen, um den Eid zu leisten. Dazu bitte ich auch den Herrn Präsidenten des Bundesrates.

(Die Anwesenden erheben sich)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Ich reiche Ihnen die Originalausgabe des Grundgesetzes und bitte Sie, den vorgeschriebenen Amtseid zu leisten.

**Bundespräsident Dr. h. c. Johannes Rau:** Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

**Präsident Wolfgang Thierse:** Ich stelle fest: Der Herr Bundespräsident hat den vorgeschriebenen Amtseid geleistet. Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem Amt und wünsche Ihnen alles Gute und Gottes Segen für Sie und für unser Vaterland.

(Beifall)

Das Wort hat nun der Herr Bundespräsident.

**Bundespräsident Dr. h. c. Johannes Rau:** Herr Bundestagspräsident! Meine Damen und Herren! Ich danke für die guten Wünsche, die ich heute von dieser Stelle aus mit auf den Weg bekommen habe. Ich empfinde sie ebenso als Ansporn und Ermutigung wie die große Mehrheit der vielen Briefe, die mich seit dem 23. Mai erreicht haben. Ich freue mich über das große Vertrauen, das viele in mich setzen. Das ist mir genauso ernsthafte Verpflichtung, wie ich für die kommenden Jahre kritische Wegbegleitung erbitte.

---

<sup>58)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 14. Wahlperiode. Stenographische Berichte. Bd. 196, S. 4363-4368.

---

Mein besonderer Dank gilt heute dem Mann, dessen Mitbewerber ich vor fünf Jahren war und dem ich heute nachfolge: Professor Dr. Roman Herzog. Lieber Herr Herzog, fünf Jahre lang haben Sie unser Land in aller Welt repräsentiert. Sie haben das auf Ihre unverwechselbare Art und Weise und mit Ihrem Temperament getan: mit klarer Sprache, direkt, ohne Schnörkel und unverblümt. Jeder konnte spüren, was Ihnen wichtig war, und auch, daß Sie sich selber nicht für am wichtigsten hielten. Dazu haben Sie mit Ihrem Witz und Ihrer Selbstironie beigetragen, auch heute wieder – Eigenschaften, die deutschen Hochschullehrern, zumal der Jurisprudenz, durchaus nicht allgemein nachgesagt werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Das, was Sie zur jüngeren deutschen und europäischen Geschichte gesagt haben, und auch, daß Sie zur richtigen Zeit und am richtigen Ort geschwiegen haben, hat das Vertrauen in unser Land gestärkt. Dafür danke ich Ihnen. Vor Ihnen liegen jetzt Jahre, in denen Sie sich wieder der Wissenschaft widmen wollen. Da darf man gespannt sein: Welche Konsequenzen werden die praktischen Erfahrungen des Bundespräsidenten Roman Herzog für den Grundgesetz-Kommentar des Staatsrechtlers Roman Herzog haben? Zuletzt haben Sie 1986 den Art. 54 unseres Grundgesetzes kommentiert, der die Aufgaben des Bundespräsidenten beschreibt. Ob wir mit einer baldigen Neukommentierung im Lichte eigener Erfahrungen rechnen dürfen?

Herzlichen Dank sage ich auch Ihnen, liebe Frau Herzog. Ihnen ist es neben all den Aufgaben als Frau des Bundespräsidenten gelungen, mit großem Einsatz öffentliche Aufmerksamkeit für eine Krankheit zu wecken, die viele vorher nicht gekannt hatten, und dadurch vielen kranken Menschen zu helfen.

Ganz besonders grüße ich von dieser Stelle aus auch zwei meiner Vorgänger im Amt des Bundespräsidenten: Richard von Weizsäcker, dem ich seit Jahrzehnten freundschaftlich verbunden bin, und meinen bergischen Landsmann Walter Scheel, der in der kommenden Woche seinen 80. Geburtstag feiern kann.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, heute in sechs Monaten schreiben wir den 1. Januar 2000. Das Jahr 2000 gewinnt in manchen öffentlichen Diskussionen einen Stellenwert, der ans Unwirkliche grenzt. Das gilt in anderer Weise auch für den Gebrauch des Begriffs Globalisierung. Wenn von Globalisierung die Rede ist, dann klingt das manchmal wie die Verheißung eines neuen Goldenen Zeitalters, manchmal aber auch, als würden alle Übel der Welt auf einen Begriff gebracht.

Beides scheint mir falsch zu sein. Die Globalisierung bietet uns Deutschen und aller Welt große Chancen – wenn wir sie recht verstehen und richtig gestalten. Tatsächlich ist Globalisierung ja nichts anderes als die Einsicht, daß wir in unserer einen Welt stärker denn je voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind. Kein Land kann heute mehr sicher sein, daß eigene Fehler oder Fehler anderer nur deshalb ohne Folgen bleiben, weil es weit genug entfernt liegt, weil es wirtschaftlich leistungsfähiger, politisch einflussreicher oder militärisch stärker als andere ist. Weil uns das, was andere tun, selber mittelbar oder unmittelbar betrifft, kann es uns heute weniger denn je gleichgültig lassen, was in der Welt geschieht.

---

---

Freilich: Nicht jedes Land hat politisch und auch nicht jedes Unternehmen hat wirtschaftlich das gleiche Gewicht. Einige können stärker dazu beitragen, daß alle Vorteile oder Nachteile haben. Man braucht kein Kenner und kein Liebhaber der Chaostheorie zu sein, um zu wissen, daß kleinste Veränderungen an einer Stelle ganz unvermutete und oft große Folgen an anderer Stelle haben.

Die Globalisierung der Wirtschaft hat besondere Bedeutung. Sie stellt an uns alle die Frage neu nach dem richtigen Verhältnis zwischen privat bestimmtem wirtschaftlichen Handeln und demokratisch bestimmtem öffentlichen Handeln. Verantwortliche Politik muß dieses Verhältnis neu ordnen und muß die Frage beantworten, welche öffentlichen Aufgaben regional, welche national und welche nur international erfolgreich gelöst werden können.

Dabei will, soweit ich sehe, niemand alte Schlachten schlagen. Daß der Markt als Mechanismus des Wirtschaftslebens allen anderen Prinzipien überlegen ist, wird nirgendwo und von niemandem mehr ernsthaft bestritten. Ganz unterschiedliche Auffassungen gibt es aber darüber, was der Markt kann, welchen Rahmen er braucht und welche Grenzen ihm politisch gesetzt werden müssen. Genau darum – um nicht weniger und um nicht mehr – geht der wesentliche gesellschaftspolitische Streit nicht nur bei uns in der Bundesrepublik Deutschland. Darüber streiten Wissenschaftler und Politiker, Gewerkschafter, Unternehmer und Intellektuelle in Frankreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika genauso wie in Japan und Großbritannien.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von den politischen Parteien Antworten darauf, wie privates Wirtschaften und öffentliche Verantwortung in Zeiten der Globalisierung im Interesse aller in ein neues Gleichgewicht gebracht werden können. Die Frage, wie das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bei uns zu Hause und im Weltmaßstab gelöst werden soll, muß in ungezählten praktischen Fällen immer wieder neu beantwortet werden. Maßstäbe dafür bieten weder die Betriebswirtschafts- noch die Volkswirtschaftslehre. Es kommt darauf an, welches Bild vom Menschen und welches Bild vom Zusammenleben der Menschen wir haben. Das ist eine Frage, die jeden einzelnen angeht und die – bewußt oder unbewußt – unser Handeln prägt. Die Politik darf dieser Frage nicht ausweichen, weder durch Flucht in weltfremde Ideologien noch durch das Verstecken hinter angeblichen Sachzwängen.

(Beifall)

In der Politik geht es nicht um letzte Wahrheiten, sondern um richtige Lösungen. Der politische Streit sollte jeweils um die Frage gehen, welcher Vorschlag der beste im Interesse aller oder im Interesse der vielen ist. Nur dann kann etwas von dem aufscheinen, was Hannah Arendt in die Worte gefaßt hat: „Politik ist angewandte Liebe zur Welt.“

(Beifall)

Wir politisch Verantwortlichen müssen die Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Wir dürfen sie weder in Angst und Schrecken versetzen noch in falscher Sicherheit wiegen. Sie wollen wissen, woran Sie sind. Sie haben Anspruch darauf zu erfahren, was die Politik will und worin sich die politischen Parteien unterscheiden. In der Demokratie ist es

---

---

unerlässlich, dass die politischen Parteien deutlich machen: Es gibt Wege in die Zukunft, auch ganz unterschiedliche Wege, jenseits von Beliebigkeit und Prinzipienreiterei. In der Demokratie geht es nur in extremen Ausnahmefällen um „alles oder nichts“. Darum ist es bei aller Grundsatztreue besser, kleine Schritte wirklich zu gehen, als darüber zu klagen, daß sich die Menschen für den großen Wurf nicht begeistern können.

Das bedeutet nicht, auf weitgesteckte Ziele zu verzichten. Im Gegenteil: Weil der Weg zu einem politischen Ziel oft um viele Ecken und über viele Umwege führt, sind Weitsicht und Vorausdenken besonders wichtig. Stärker denn je müssen wir daran denken, welche Folgen politische Entscheidungen von heute für das Leben künftiger Generationen haben. Es gibt einen Egoismus des Gegenwärtigen zu Lasten der Zukunft, den ich für nicht erlaubt halte,

(Beifall)

für den wir alle aber Beispiele kennen.

Wenn wir die Chancen der Globalisierung nutzen wollen, dann muß die Politik sie aktiv gestalten. Das gilt für die soziale und für die ökologische Dimension wirtschaftlichen Handelns genauso wie für die Gestaltung des technischen Fortschritts. Diesen Rahmen kann am besten eine demokratische und soziale Rechtsordnung setzen, die über den Nationalstaat hinausreicht. Wir müssen die politischen Konsequenzen aus der wirtschaftlichen Globalisierung ziehen.

Die wichtigste gesellschaftliche Aufgabe bleibt nach meiner Überzeugung, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist in erster Linie Aufgabe der Unternehmen. Die Politik muß für Angebot und Nachfrage den richtigen Rahmen setzen und die richtigen Impulse geben. Neue Arbeitsplätze entstehen nicht auf Knopfdruck, und es gibt für sie kein Patentrezept. Wir brauchen ein Bündel von Initiativen, damit alle, die arbeiten können, ihren Lebensunterhalt auch tatsächlich selber erarbeiten können. Wir brauchen mehr Gründungen, mehr Spitzentechnik und mehr Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Wir brauchen intelligente Arbeitszeitregelungen, die auch längere Betriebszeiten mit kürzeren Arbeitszeiten verbinden. Wir brauchen geringere Lohnnebenkosten und weniger Überstunden. Keine Diskussion um das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ kann und darf verdecken, daß es für die allermeisten Menschen – aus finanziellen, aber auch aus sozialen Gründen – keine Alternative zur Erwerbsarbeit gibt.

(Beifall)

Für unsere Zukunft wird entscheidend sein, dass wir die Arbeit so organisieren und fortentwickeln, daß die Bedürfnisse der Menschen mit den Erfordernissen des Wirtschaftens in Übereinstimmung gebracht werden. Die Arbeit dient dem Lebensunterhalt. Das gibt ihr unmittelbar einen Wert. In ihr – das gibt ihr einen weiteren Wert – entfalten sich aber auch menschliche Fähigkeiten. Darum hat Hans Küng recht, wenn er sagt: „Ohne sinnvolle Arbeit geht ein Stück Menschenwürde verloren.“

(Beifall)

Darum ist es alles andere als eine akademische Betrachtung, auf den Wert der Arbeit für

---

---

das Selbstwertgefühl von Menschen und für den Zusammenhalt von Staat und Gesellschaft hinzuweisen. Wer in der Arbeit nur einen reinen Kostenfaktor sieht, dessen Preis soweit wie möglich gedrückt werden muß – so wichtig der Anteil der Löhne am wirtschaftlichen Prozeß auch ist –, der hantiert mit sozialem Sprengstoff und rüttelt an den Grundfesten unserer westlichen Zivilisation – ob ihm das bewußt ist oder nicht.

(Beifall)

Es mag sein, daß wir auf lange Sicht eine neue Einstellung zur Arbeit bekommen. Bei tendenziell sinkender Arbeitszeit könnten mehr Menschen mehr Zeit finden für aktive Nachbarschaftshilfe, für ehrenamtliches Wirken in Vereinen, aber auch für die Pflege der Städte und die Bewahrung und Förderung von Kultur und Kunst, mehr Zeit auch für Eigenarbeit. Das wäre eine Gesellschaft, die einen stärkeren inneren Zusammenhalt haben könnte, als sie ihn zur Zeit hat, eine Gesellschaft, in der Gemeinsinn und Solidarität wieder einen höheren Stellenwert hätten. Wer mich kennt, weiß, daß ich dabei auch an die sinnstiftende Arbeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften denke.

Zehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und nach dem Fall der Mauer sind wir immer noch auf der Suche nach einer neuen Ordnung in Europa und weltweit. Es gibt die beiden Militärblöcke nicht mehr, die sich feindlich gegenüberstanden. Wir haben aber noch nicht die gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung schaffen können, die notwendig wäre, damit Krieg jedenfalls in Europa kein Mittel der Politik mehr ist. Von einer neuen Weltfriedensordnung, die das Leitbild der globalen nachhaltigen Entwicklung aufnehme, sind wir noch weit entfernt.

Vor 14 Wochen begann in Jugoslawien, was kaum jemand am Ende dieses Jahrhunderts noch für möglich und nötig gehalten hatte. Die NATO setzte zum erstenmal seit ihrer Gründung vor 50 Jahren militärische Mittel in Europa ein, die Bundeswehr nahm an den Kampfeinsätzen teil. Seit zwei Wochen schweigen die Waffen. Deutsche Soldaten wurden im Kosovo als Befreier begrüßt.

Ich bin froh darüber, daß die Hoffnung auf ein Ende des Krieges, die ich am 23. Mai dieses Jahres geäußert hatte, in Erfüllung gegangen ist und daß es jetzt um dauerhafte Stabilität in Südosteuropa geht. Jetzt wird sich zeigen, daß der Friede der Ernstfall ist.

(Beifall)

Über die rechtlichen, politischen, militärischen und moralischen Maßstäbe für die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland am Militäreinsatz gegen Serbien gab es eine ungewöhnlich ernsthafte Diskussion, in der dem jeweils Andersdenkenden weder Moral noch Vernunft bestritten worden sind. Ich gehöre zu denen, die mit zerrissenem Herzen gesagt haben: Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn mitten in Europa Terror und Vertreibung Platz greifen. In einem solchen extremen Ausnahmefall ist auch der Einsatz militärischer Gewalt gerechtfertigt. Das ist eine außergewöhnliche Belastung für die betroffenen Soldaten und für die politische und militärische Führung. Wie diese Verantwortung wahrgenommen wurde und wird, das hat das Ansehen unseres Landes in der Welt gemehrt.

(Beifall)

---

Ich grüße die deutschen Soldaten, und ich grüße die Angehörigen der Hilfsorganisationen, die jetzt im Kosovo dafür arbeiten, daß Menschenwürde und Menschenrechte überall und für alle gelten, für Kosovaren und Serben, für Christen und Muslime.

(Beifall)

Was können und was müssen wir aus der heutigen Situation im ehemaligen Jugoslawien für die künftige Politik lernen? Für mich lautet die wichtigste Lehre: Wir müssen durch vorbeugende Politik die falsche Alternative, daß wir Schuld auf uns laden durch Wegschauen oder daß wir Schuld auf uns laden durch den Einsatz militärischer Mittel, der auch völlig Unschuldige trifft, zu vermeiden suchen.

(Vereinzelt Beifall)

Eine solche Politik für das friedliche Zusammenleben der Menschen in ganz Europa muß mit Nachdruck für die Menschenrechte eintreten, bevor sie durch Vertreibung, Terror oder Mord mißachtet werden.

(Beifall)

Wir brauchen eine Politik, die heute nicht Waffenlieferungen zuläßt, gegen deren Einsatz morgen interveniert werden muß.

(Beifall)

Wir brauchen eine unmißverständliche Absage an alle Spielarten des Nationalismus. Nationalismus und Separatismus sind Zwillinge. Nationalismus hat nichts mit Vaterlandsliebe zu tun, sondern ist der Haß auf die Vaterländer anderer. Wozu dieser Haß führt, das erleben wir nicht erst in den vergangenen Monaten und nicht nur im ehemaligen Jugoslawien.

Ich habe am 23. Mai an die Worte von Willy Brandt erinnert, daß wir ein Volk guter Nachbarn sein wollen. Wer hätte 1969 gedacht, daß wir uns heute darüber freuen können, mit allen unseren Nachbarn in einem Zustand zu leben, wie er meinen Vorstellungen von wirklicher Nachbarschaft entspricht? Diese Entwicklung ist wahrlich nicht allein deutsches Verdienst. Wir haben Grund, vielen dafür zu danken. Wir tun das am besten dadurch, daß wir weiter eine treibende Kraft im europäischen Einigungsprozeß sind.

Gute Nachbarschaft – das ist heute europäische Innenpolitik. Gute Nachbarschaft brauchen wir aber auch im eigenen Land: zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher kultureller Traditionen und Glaubensüberzeugungen. Toleranz, meine Damen und Herren, ist kein Schwächeanfall der Demokratie, sondern ihr Lebensinhalt.

(Beifall)

Mein Vorgänger, Herr Professor Herzog, hat dazu beigetragen, daß die Bildungspolitik wieder zu einem Thema geworden ist. Ich will das aufnehmen und kann dabei an vieles anknüpfen aus den Erfahrungen meiner früheren Arbeit. In der bildungspolitischen Dis-

---



---

kussion geht es um ganz unterschiedliche Themen: um Klassenstärken und Lehrerversorgung, um Flexibilität und mehr Handlungsmöglichkeiten für die einzelnen Schulen, um Studentafeln und die technische Ausstattung. All das ist wichtig, und ich verstehe gut, mit welchem Engagement darüber diskutiert und gestritten wird. Über all diese wichtigen Fragen, von der Organisation bis zu den materiellen Ressourcen, sollten wir aber das Wesentliche nicht aus dem Blick verlieren: Was sollen unsere Kinder lernen? Wie können wir die jungen Menschen heute am besten darauf vorbereiten und dazu befähigen, die Welt von morgen mitzugestalten und sich in ihr zurechtzufinden? Welches Wissen brauchen sie? Welche Fertigkeiten müssen sie beherrschen? Welche Einsichten und welche Orientierungsmaßstäbe brauchen sie für ein erfülltes Leben?

Das sind Fragen, die noch zu selten gestellt werden, vielleicht auch deshalb, weil sie schwer zu beantworten sind. Keiner von uns weiß, wie die Welt von morgen aussehen wird. Wir wissen nur, daß vieles ganz anders sein wird als heute. Wir wissen aber nicht, was die Welt von morgen den Menschen abverlangen wird. Manche glauben, das seien vor allem technische und naturwissenschaftliche Kenntnisse; dafür gibt es gute Argumente. Andere fordern statt dessen eine Renaissance der Geistes- und der Sozialwissenschaften. Sie weisen darauf hin – ich glaube, daß sie recht haben –, daß Bildung etwas anderes ist als Fachwissen allein und daß Informationen allein noch nicht Einsicht vermitteln. Wenn das richtig ist, dann sollten wir mehr über die Ziele sprechen, die wir in unseren Schulen erreicht sehen wollen, und erst danach über die Instrumente, die dafür am besten geeignet sind.

(Beifall)

Wir sollten an dem Konsens festhalten – oder ihn neu begründen –, daß ein rohstoffarmes Land wie die Bundesrepublik Deutschland nur dann im Interesse aller erfolgreich sein kann, wenn wir in die Bildung, in die Ausbildung und in die Qualifikation der Menschen investieren. Investitionen in die Köpfe bringen dann die höchsten Erträge, wenn nicht auf kurze Sicht gerechnet und nicht nur auf bestimmte Segmente gesetzt wird.

So wie vor 20 Jahren niemand in der Lage war, den genauen Bedarf an Ingenieuren oder Softwareentwicklern vorauszusagen, so wenig ist es heute möglich, vergleichbare Prognosen für die nächsten zwei Jahrzehnte zu machen. Wir wissen nur eines: Die intellektuellen Anforderungen, die fachlichen und die überfachlichen, werden nicht geringer werden, sondern weiter zunehmen. Auf diese absehbaren Veränderungen müssen wir die jungen Menschen von heute in unseren Schulen vorbereiten.

Bildung und Wissen sind aber mehr als eine Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg. Wissen läßt sich büffeln, aber Begreifen braucht Zeit. Hubert Markl, der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, den viele von uns kennen und schätzen, hat einmal zu Recht gefragt, was uns denn Wissensriesen hülften, wenn sie die Gemüter von Zwergen hätten.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, je schneller die Zeiten, um so wichtiger werden Orientierung und die Fähigkeit, zu unterscheiden zwischen dem, was früher war und heute überholt ist, und dem, was heute wie gestern gilt, weil es zeitlos ist. Wenn wir Werte und Tugenden einklagen oder den Mangel an Werten und Tugenden beklagen, dann leiden solche Diskussionen nach meiner Erfahrung häufig an zu hoher Abstraktion. Wo es um

---

---

Prinzipien oder um noch Höheres geht, neigen wir dazu zu vergessen, wie wir leben, was uns prägt, was uns ermutigt oder entmutigt. Eine Gesellschaft, in der es schick ist, von allem den Preis zu kennen und von nichts den Wert, macht in Wirklichkeit Verluste.

(Beifall)

Erhobene Zeigefinger und Moralpredigten können fehlende Vorbilder nicht ersetzen. Wenn wir unser Zusammenleben so gestalten, daß die Ehrlichen den Eindruck bekommen, sie seien die Dummen, dann ist es müßig, den Werteverlust auf Akademieveranstaltungen zu beklagen.

(Beifall)

Wir sollten auch nicht von Werteverlust sprechen, wenn nicht Werte verlorengehen, sondern wenn sich nur die für uns gewohnte Form ändert, wie sie gelebt werden. Wir sollten das, was gesellschaftlich zu ordnen und zu regeln ist, so ordnen und regeln, daß wir Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität fördern. Eine Gesellschaft, in der alle nur ihre eigenen egoistischen Interessen verfolgen, mag auf Sicht erfolgreich sein; überlebensfähig ist sie nicht.

(Beifall)

Eine Gesellschaft ist ja etwas anderes als die zufällige Ansammlung von Individuen, die ihrer Wege gehen. Mitmenschlichkeit, Nächstenliebe, Solidarität – das sind Haltungen und Verhaltensweisen, die das Fundament jeder Gesellschaft sind und kein schmückendes Beiwerk. Mitmenschlichkeit, Nächstenliebe und Solidarität sind nicht käuflich, aber sie sind unbezahlbar und weder durch Gesetz noch durch Verordnung zu erzwingen. Sie müssen praktisch gelebt werden.

(Beifall)

Das soll niemanden an Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung hindern. In den vergangenen Jahrzehnten ist der Lebensweg einer wachsenden Zahl von Menschen in unserem Land nicht mehr vom stummen Zwang der Verhältnisse bestimmt worden. Sie konnten die Chance nutzen, ihren eigenen Weg zu gehen. Das ist ein großer Fortschritt. Freie Entfaltung der Persönlichkeit ist aber etwas ganz anderes als eine Ego-Gesellschaft, die in die Selbstisolierung führt.

Die Menschen wollen etwas leisten, und die Gesellschaft sollte Leistungen fordern und fördern. Aber man darf Menschen nicht überfordern. Das gilt in besonderer Weise für alle, die aus unterschiedlichen Gründen nichts, noch nichts, nur wenig oder nichts mehr leisten können. Kinder und Alte gehören ebenso dazu wie geistig und körperlich behinderte Menschen.

Wenn wir von Leistung sprechen, sollten wir auch die nicht vergessen, die oft ganz viel leisten, deren Leistung aber in keiner Bilanz erscheint und nicht in den Grünen des Bruttoinlandsprodukts ausgedrückt werden kann. Jede Gesellschaft braucht möglichst viele, die leistungsfähig und leistungswillig sind. Jede Gesellschaft braucht auch besondere Leistungsträger. Wenn wir der Vielfalt der tatsächlichen Leistungen gerecht werden wol-

---

---

len, brauchen wir einen breit angelegten Leistungsbegriff.

Dann wird deutlich: Erfolgreiche Existenzgründer sind genauso gesellschaftliche Leistungsträger wie ehrenamtliche Jugendtrainer. Chefärzte sind genauso gesellschaftliche Leistungsträger wie Krankenschwestern. Innovative Forscher sind genauso gesellschaftliche Leistungsträger wie engagierte Betriebsräte. Künstler und Schriftsteller, die unseren Blick schärfen und unseren Horizont erweitern, sind genauso gesellschaftliche Leistungsträger wie Wissenschaftler, die unseren medizinischen und technischen Blick erweitern.

Meine Damen und Herren, manche von Ihnen werden wissen, daß ich als junger Mensch Anfang der 50er Jahren in die Politik gegangen bin, weil ich mich mit der deutschen Teilung nicht abfinden wollte. Gemeinsam mit Gustav Heinemann und Helene Wessel, mit Diether Posser, Erhard Eppler und vielen anderen war ich damals in der – nicht gerade erfolgreichen – Gesamtdeutschen Volkspartei. Dies Thema hat mich mein ganzes Leben lang nicht losgelassen; es hat mich weit über die politischen Aufgaben hinaus begleitet.

Ich habe es darum als besonderes Glück empfunden, daß ich an dem Tag, als die Mauer fiel, am 9. November 1989, in Berlin und in Leipzig war. Ich habe am Abend des 9. November und in den beiden Tagen danach ganz unmittelbar das ungläubige Staunen, die unbeschreibliche Freude der Menschen über die neu gewonnene Freiheit, für die viele von ihnen Woche für Woche auf die Straße gegangen waren, miterleben können. Nach meiner Erfahrung tut es auch der Politik gut, wenn wir Verantwortliche das Staunen nicht verlernen.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich ungeheuer viel verändert. Die Menschen in Brandenburg und in Sachsen, in Sachsen-Anhalt, in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern haben Grund, stolz zu sein auf große Erfolge beim Aufbau. Nicht jedes ofenkundige Defizit und nicht jeder Mangel, nicht jedes große Problem, vor dem wir immer noch stehen, kann man als fehlende innere Einheit im vereinten Deutschland bezeichnen. Das ist ein Begriff, der zu Missverständnissen verleiten kann. Unsere Aufgabe ist es nicht, daß sich die 16 Länder der Bundesrepublik Deutschland möglichst schnell möglichst ähnlich werden. Sie sollen sich nicht nach einer zentral vorgegebenen Norm entwickeln. Wir sollten vielmehr den Föderalismus lebendig erhalten und weiter stärken, weil aus der Vielfalt eine Stärke erwächst, von der alle Länder profitieren können.

Worum es geht, das sind gleiche Lebenschancen für alle Frauen und Männer – unabhängig davon, ob sie im Norden oder Süden, im Westen oder Osten Deutschlands aufwachsen und leben. In unserer modernen Gesellschaft sind gleiche Lebenschancen für alle der Kern der Freiheitsfrage. Die kulturellen, die landsmannschaftlichen Unterschiede sollen bleiben, weil die Vielfalt uns reicher macht; aber die in 40 Jahren gewachsenen Nachteile der neuen Länder müssen ausgeglichen und überwunden werden. Wir brauchen im vereinten Deutschland genauso wie im europäischen Einigungsprozeß die Vielfalt in der Einheit. Dabei sollten wir auch zehn Jahre nach dem Fall der Mauer nicht vergessen, dass die Deutschen in der DDR ohne eigenes Verschulden die weitaus schwereren Lasten aus der deutschen Geschichte zu tragen hatten. Sie waren nicht dümmer und nicht fauler als die Deutschen im Westen, aber unter den gegebenen Bedingungen konnte ihre Leistungsfähigkeit und ihre Leistungsbereitschaft nicht die gleichen Früchte tragen.

Vor wenigen Wochen haben wir an den 50. Jahrestag unseres Grundgesetzes erinnert. Wir

---

---

sagen zu Recht, daß es die beste Verfassung ist, die sich die Deutschen je gegeben haben. Das gilt aber nur, wenn wir das Grundgesetz jeden Tag neu mit Leben erfüllen. Es ist Wegweiser und Maßstab für das politische Handeln aller. In den vergangenen Jahren sind wichtige Teile des Grundgesetzes verändert worden, weil sich die gesellschaftliche Wirklichkeit geändert hatte. Vielen sind diese Veränderungen schmerzlich gefallen, manchen sind sie zu weit gegangen.

Um so weniger dürfen wir vergessen, daß es viele Felder gibt, in denen wir die Wirklichkeit noch entschlossener verändern müssen, damit sie sich dem annähert, was wir im Grundgesetz als unsere Ziele festgeschrieben haben: Die tatsächliche gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern gehört genauso dazu wie der nachhaltige Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Auftrag, unsere Gesellschaft als soziale Demokratie zu gestalten. Gustav Heinemann hat immer noch recht, daß das Grundgesetz ein großes Angebot und keine Fessel ist.

Jeder meiner Vorgänger hat in seiner Zeit dem Amt des Bundespräsidenten eine eigene Prüfung gegeben. Das war so bei Theodor Heuss und bei Heinrich Lübke, bei Gustav Heinemann und Walter Scheel, bei Karl Carstens und Richard von Weizsäcker und bei Ihnen, lieber Herr Bundespräsident Herzog. Jeder hat seine besonderen Fähigkeiten und Gaben in das Amt einzubringen versucht, und doch waren sie alle Repräsentanten des ganzen Deutschlands.

Ich sehe heute für das Amt des Bundespräsidenten eine doppelte Aufgabe: Er muß für die Deutschen sprechen, und er muß Minderheiten zur Sprache verhelfen. Ich will das mit meinen Gaben und auf meine Weise tun. Jeder soll wissen, daß ich Zuversicht und Kraft aus dem christlichen Glauben schöpfe und daß ich Respekt vor allen habe, die ihr Leben auf andere Fundamente gründen. Ich will zuhören, damit niemand ungehört bleibt. Ich will Gesprächsfäden neu knüpfen, wo sie abgerissen sind, zwischen Ost und West, zwischen Jung und Alt. Ich will zur Öffentlichkeit verhelfen, was in die gesellschaftliche Debatte gehört. Ich will alle – in Betrieben und Verwaltungen, in Hochschulen und Parteien, in Akademien und Bürgerinitiativen, in den Medien und Verbänden –, die an der Zukunft unseres Landes arbeiten, ermutigen.

Ich wünsche mir, daß wir Deutsche unsere Zukunft in Europa und in der einen Welt gemeinsam mit unseren Nachbarn und Partnern zuversichtlich und mutig gestalten – nicht kleinmütig und nicht übermütig. Das wird gelingen, wenn wir Selbstvertrauen und Verantwortung zusammenbringen und wenn alle die eigenen Chancen so nutzen, daß auch das allgemeine Wohl gemehrt wird. Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Ich danke Ihnen, Herr Bundespräsident. Wir singen nun gemeinsam unsere Nationalhymne.

(Die Anwesenden erheben sich und stimmen die Nationalhymne an)

Mit den besten Wünschen für Sie und für Deutschland schließe ich die gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat. Wir sehen uns wieder in Berlin.

---

Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall)

---

**16.**     **12. Bundesversammlung**  
          23. Mai 2004

---

<b>Übersicht</b>	
<b>Zusammensetzung nach Parteien</b>	
CDU/CSU	539
SPD	459
FDP	83
Bündnis 90/Die Grü-	90
PDS	31
Sonstige	3
insgesamt	1 205
<b>Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder <sup>1)</sup></b>	
Baden-Württemberg	75
Bayern	90
Berlin	24
Brandenburg	20
Bremen	5
Hamburg	12
Hessen	43
Mecklenburg-	13
Niedersachsen	60
Nordrhein-Westfalen	129
Rheinland-Pfalz	30
Saarland	8
Sachsen	34
Sachsen-Anhalt	20
Schleswig-Holstein	21
Thüringen	19
<sup>1)</sup> Bekanntmachung der Bundesregierung vom 16. Januar 2004 (BGBl. I S. 79, Nr. 3 vom 21. Januar 2004) über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung	
<b>Tagungsort und Tagesstätte:</b> Berlin, Reichstagsgebäude	
<b>Präsident der Bundesversammlung:</b> Bundestagspräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse	
<b>Wahlergebnis</b>	
	1. Wahlgang
Horst Köhler (Vorschlag CDU/CSU; FDP)	604
Gesine Schwan (Vorschlag SPD)	589
Enthaltungen	9
ungültige Stimmen	2
abgegebene Stimmen	1 204
<b>Gewählt:</b> Horst Köhler im 1. Wahlgang mit 604 Stimmen <sup>2)</sup>	
<sup>2)</sup> erforderliche Mehrheit: 603 Stimmen	
<b>Amtszeit:</b> 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2009	





**Verzeichnis der Mitglieder****A**

Ulrich Adam \*<sup>59)</sup>  
Doris Ahnen  
Ilse Aigner \*  
Dr. Lale Akgün \*  
Dieter Althaus  
Bernd Althusmann  
Peter Altmaier \*  
Tarek Al-Wazir  
Kerstin Andreae \*  
Gerd Andres \*  
Michael Ankermann  
Hermann-Josef Arentz  
Ingrid Arndt-Brauer \*  
Rainer Arnold \*  
Holger Astrup  
Dietrich Austermann \*

**B**

Hermann Bachmaier \*  
Dr. Wieland Backes  
Sabine Bätzing \*  
Daniel Bahr (Münster) \*  
Ernst Bahr (Neuruppin)  
\*  
Thomas Bareiß  
Doris Barnett \*  
Dr. Hans-Peter Bartels \*  
Eckhardt Barthel (Berlin)  
\*  
Klaus Barthel (Starnberg)  
\*  
Norbert Barthle \*  
Sören Bartol \*  
Hans-Artur Bauckhage  
Prof. Thomas Bauer  
Dr. Wolf Bauer \*  
Prof. Dr. Walter Bauer-  
Wabnegg  
Günter Baumann \*  
Rosemarie Bechthum  
Ernst- Reinhard Beck  
(Reutlingen) \*  
Kurt Beck  
Marieluise Beck (Bre-  
men) \*

Melanie Beck  
Volker Beck (Köln) \*  
Uwe Beckmeyer \*  
Dr. Günther Beckstein  
Nicola Beer  
Cornelia Behm \*  
Karsten Behr  
Dr. Fritz Behrens  
Ernst Behringer  
Veronika Bellmann \*  
Birgitt Bender \*  
Klaus Uwe Benneter \*  
Dr. Axel Berg \*  
Ute Berg \*  
Dr. Christoph Bergner \*  
Dr. Otmar Bernhard  
Otto Bernhardt \*  
Matthias Berninger \*  
Christian Bernreiter  
Heiderose Berroth  
Hans-Werner Bertl \*  
Grietje Bettin \*  
Ole von Beust  
Dr. Thomas Beyer  
Udo Beyer  
Cedric Bickel  
Prof. Dr. Kurt Bieden-  
kopf  
Petra Bierwirth \*  
Peter Biesenbach  
Dr. Uwe Biester  
Friedhelm Biestmann  
Prof. Dr. Rolf Bietmann \*  
Rudolf Bindig \*  
Lothar Binding (Heidel-  
berg) \*  
Clemens Binninger \*  
Dr. Dietrich Birk  
Frieder Birzele  
Werner Bischoff  
Prof. Dr. Lothar Bisky  
Renate Blank \*  
Beate Blechinger  
Peter Bleser \*  
Karl-Heinz Bley  
Rainer Bliesener  
Antje Blumenthal \*

Reinhold Bocklet  
Heike Bockmann  
Kurt Bodewig \*  
Manfred Böcker  
Johann Böhm  
Prof. Dr. Maria Böhmer \*  
Prof. Dr. Wolfgang Böh-  
mer  
Dr. Christoph Böhr  
Gerhard Bökel  
Wolfgang Börnsen  
(Bönstrup) \*  
Dr. Wolfgang Bötsch \*  
Gerd Friedrich Bollmann  
\*  
Ursula Bolte  
Alexander Bonde \*  
Jochen Borchert \*  
Wolfgang Bosbach \*  
Volker Bouffier  
Klaus Brähmig \*  
Klaus Brandner \*  
Willi Brase \*  
Dr. Ralf Brauksiepe \*  
Andreas Braun  
Helge Braun \*  
Martin Braxenthaler  
Rainer Brechtken  
Carla Bregenzer  
Susanne Breit-Kessler  
Andreas Breitner  
Dr. Carmina Brenner  
Michael Breuer  
Bernhard Brinkmann  
(Hildesheim) \*  
Tina Brinkmann  
Franz-Josef Britz  
Dr. Ulrich Brocker  
Elmar Brok  
Hans-Günter Bruckmann  
\*  
Rainer Brüderle \*  
Hannelore Brüning  
Monika Brüning \*  
Angelika Brunkhorst \*  
Anke Brunn  
Helmut Brunner

<sup>59)</sup> \* = Die mit einem Stern verse-  
henen Mitglieder der Bundesver-  
sammlung sind Mitglieder des Bun-  
destages.

---

Georg Brunnhuber *	Alexander Dobrindt *	mann
Marco Bülow *	Renate Dodell	Anke Eymer (Lübeck) *
Dr. Michael Bürsch *	Thomas Dörflinger *	<b>F</b>
Reinhard Bütikofer	Dr. Walter Döring	Nancy Faeser
Hans Büttner (Ingolstadt)	Martin Dörmann *	Georg Fahrenschohn *
*	Marie-Luise Dött *	Ilse Falk *
Hartmut Büttner (Schönebeck) *	Marianne Dohmen	Cornelia Falken
Jens Bullerjahn	Sabine Doht	Prof. Dr. Kurt Falthausser
Edelgard Bulmahn *	Bernd Doll	Annette Faße *
Ulla Burchardt *	Prof. Dr. Gudrun Dolltepper	Dr. Hans Georg Faust *
Ernst Burgbacher *	Andrea Dombois	Jürgen Feddersen
Hans Martin Bury *	Vera Dominke *	Albrecht Feibel *
Bernd Busemann	Dr. Ute Dreckmann	Dr. Hans-Uwe Feige
Verena Butalikakis *	Peter Dreßen *	Hans-Josef Fell *
<b>C</b>	Wolfgang Drexler	Markus Ferber
Cajus Julius Caesar *	Elvira Drobinski-Weiß *	Enak Ferlemann *
Manfred Carstens (Emstek) *	Dr. Thea Dückert *	Elke Ferner *
Peter H. Carstensen (Nordstrand) *	Jutta Dümpe-Krüger *	Thomas Fettback
Marion Caspers-Merk *	Dr. Sepp Dürr	Eva Feußner
Hansjörg Christmann	Garrelt Duin	Dr. Ingrid Fickler
Roland Claus	Hans Jörg Duppré	Prof. Dr. Hans Filbinger
Christine Clauß	Detlef Dzembritzki *	Bodo Finger
Gitta Connemann *	<b>E</b>	Monika Fink
<b>D</b>	Ingrid Eckel	Ingrid Fischbach *
Dr. Karl-Heinz Daehre	Sebastian Edathy *	Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land) *
Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin *	Hans-Heinrich Ehlen	Birgit Fischer
Prof. Dr. Manfred Dammeier	Siegmund Ehrmann *	Dirk Fischer (Hamburg) *
Dr. Peter Danckert *	Hans Eichel *	Ernst Fischer
Helga Daub *	Maria Eichhorn *	Günter Fischer
Leo Dautzenberg *	Peter Eichstädt	Hartwig Fischer (Göttingen) *
Walter Dech	Franziska Eichstädt-Bohlig *	Joseph Fischer (Frankfurt) *
Hubert Deitert *	Dr. Uschi Eid *	Klaus Fischer
Ekin Deligöz *	Holger Ellerbrock	Krimhild Fischer
Renan Demirkan	Marga Elser *	Ottfried Fischer
Gerhard Deneff	Petra Enders	Michael Fischer-Art
Albert Deß *	Horst Engel	Ulrike Flach *
Bärbel Dieckmann	Dr. Dagmar Enkelmann	Dr. Maria Flachsbarth *
Jochen Dieckmann	Rainer Eppelmann *	Steffen Flath
Helmut Diegel	Rolf Erb	Dr. Thomas Flierl
Karl Diller *	Gernot Erler *	Klaus-Peter Flosbach *
Adolf Dinglreiter	Dr. Cornelia Ernst	Dr. Linus Förster
Hermann Dinkla	Petra Ernstberger *	Gabriele Fograscher *
Regina van Dinther	Jörg van Essen *	Rainer Fornahl *
	Marc Jan Eumann	
	Karin Evers-Meyer *	
	Prof. Dr. Walter Eyk-	

---

---

Horst Frank	Günter Gloser *	Dr. Karlheinz Guttma- cher *
Herbert Frankenhauser *	Alois Glück	Dr. Gregor Gysi
Gabriele Frechen *	Ralf Göbel *	<b>H</b>
Ulrich Freese	Dr. Reinhard Göhner *	Karl-Hermann Haack
Angela Freimuth	Uwe Göllner *	(Extertal) *
Dr. Frank Freimuth	Tanja Gönner *	Dr. Thomas Haack
Dagmar Freitag *	Josef Göppel *	Walter Haas
Dr. Michael Freytag	Katrin Göring-Eckardt *	Hans-Dieter Haase
Otto Fricke *	Helmut Göschel	Heinrich Haasis
Dr. Hans-Peter Friedrich	Peter Götz *	Heike Habermann
(Hof) *	Dr. Wolfgang Götzer *	Martin Habermann
Horst Friedrich (Bay- reuth) *	Hans-Michael Goldmann *	Hans-Joachim Hacker *
Dr. Ingo Friedrich	Dr. Thomas Goppel	Dr. Fritz Hähle
Lilo Friedrich (Mett- mann) *	Frank Gotthardt	Bettina Hagedorn *
Uwe Friedrichsen	Renate Gradistanac *	Klaus Hagemann *
Erich G. Fritz *	Dr. Inge Gräßle	Dr. André Hahn
Jochen-Konrad Fromme *	Angelika Graf (Rosen- heim) *	Jörg-Uwe Hahn
Dr. Michael Fuchs *	Ingrid Graf	Holger Haibach *
Hans-Joachim Fuchtel *	Ute Granold *	Anja Hajduk *
Rainer Funke *	Dieter Grasedieck *	Rita Haller-Haid
<b>G</b>	Uwe Greve	Helga Hammer
Reinhold Gall	Monika Griefahn *	Dieter Hanitzsch
Maria Gangloff	Kerstin Griese *	Peter Hans
Jürgen Gansäuer	Kurt-Dieter Grill *	Dr. Christel Happach- Kasan *
Peter Gasse	Reinhard Grindel *	Heinz Hardt
Stephan Gatter	Hermann Gröhe *	Rebecca Harms
Hartwig Gauder	Gabriele Groneberg *	Alfred Hartenbach *
Dr. Peter Gauweiler *	Michael Groschek	Christoph Hartmann
Oda-Gerlind Gawlik	Evelin Groß	(Homburg) *
Torsten Geerds	Michael Grosse-Brömer *	Michael Hartmann (Wa- ckernheim) *
Dr. Jürgen Gehb *	Wolfgang Große Brömer	Dr. Peter Hartz
Norbert Geis *	Achim Großmann *	Gerda Hasselfeldt *
Dr. Hans Geisler	Wolfgang Grotthaus *	Britta Haßelmann
Katalin Gennburg	Markus Grübel *	Nina Hauer *
Hans-Dietrich Genscher	Dr. Stefan Grüll	Peter Hauk
Dr. Wolfgang Gerhardt *	Bernhard von Grünberg	Klaus Haupt *
Alfons Gerling	Rosa Grünstein	Hansheinz Hauser
Roland Gewalt *	Stefan Grüttner	Rudolf Hausmann
Shanta Ghosh	Manfred Grund *	Dieter Hausold
Eberhard Gienger *	Brigitte Grunert	Ursula Haußmann
Helga Gießelmann	Joachim Günther (Plau- en) *	Dr. Pia Heckes
Georg Girisch *	Karl-Theodor Freiherr	Klaus-Jürgen Hedrich *
Franz Glaser	von und zu Guttenberg *	Peter Heesen
Iris Gleicke *	Olav Gutting *	Lothar Hegemann
Michael Glos *		Helmut Heiderich *

---

Jürgen W. Heike  
 Hubertus Heil \*  
 Dr. Rosemarie Hein  
 Karsten Heineking  
 Ursula Heinen \*  
 Monika Heinold  
 Ulrich Heinrich \*  
 Gunter Heise  
 Elisabeth Heister-  
 Neumann  
 Siegfried Helias \*  
 Uda Carmen Freia Heller  
 \*  
 Reinhold Hemker \*  
 Rolf Hempelmann \*  
 Dr. Barbara Hendricks \*  
 Frank Hengstenberg  
 Rudolf Henke  
 Ulrich Henke  
 Michael Hennrich \*  
 Dorothea Henzler  
 Birgit Herdejürgen  
 Winfried Hermann \*  
 Rüdiger Hermanns  
 Antje Hermenau \*  
 Joachim Herrmann  
 Jürgen Herrmann \*  
 Anja Hertel  
 Gustav Herzog \*  
 Petra Heß \*  
 Liane Hesselbarth  
 Peter Hettlich \*  
 Monika Heubaum \*  
 Bernd Heynemann \*  
 Ruth Hieronymi  
 Gisela Hilbrecht \*  
 Dr. Karl Hillermeier  
 Gabriele Hiller-Ohm \*  
 Jörg Hillmer  
 Stephan Hilsberg \*  
 Werner Hilse  
 Ernst Hinsken \*  
 Peter Hintze \*  
 Priska Hinz  
 Walter Hirche  
 Robert Hochbaum \*  
 Grudrun Hock  
 Wolfgang Hoderlein

Gerd Höfer \*  
 Klaus Hofbauer \*  
 Volker Hoff  
 Iris Hoffmann (Wismar)  
 \*  
 Jelena Hoffmann (Chem-  
 nitz) \*  
 Walter Hoffmann (Dar-  
 mstadt) \*  
 Ulrike Höfken \*  
 Bärbel Höhn  
 Manfred Hölzlein  
 Dr. Henning Höppner  
 Joachim Hörster \*  
 Frank Hofmann (Vol-  
 kach) \*  
 Peter Hofmann  
 Monika Hohlmeier  
 Martin Hohmann \*  
 Birgit Homburger \*  
 Dierk Homeyer  
 Thilo Hoppe \*  
 Ernst-August Hoppenb-  
 rock  
 Dr. Axel Horstmann  
 Nina Hoss  
 Eike Hovermann \*  
 Dr. Werner Hoyer \*  
 Erwin Huber  
 Klaas Hübner \*  
 Hubert Hüppe \*  
 Christel Humme \*  
 Dr. Dieter Hundt  
 Michaele Hustedt \*  
 Claus Peter Hutter  
**I**  
 Lothar Ibrügger \*  
 Alexander Iljinskij  
 Erich Iltgen  
 Brunhilde Irber \*  
 Gerd Itzek  
**J**  
 Ralf Jäger  
 Renate Jäger \*  
 Susanne Jaffke \*  
 Jost de Jager  
 Dr. Peter Jahr \*  
 Jann-Peter Janssen \*

Jürgen Jentsch  
 Klaus-Werner Jonas \*  
 Jette Joop  
 Heinrich Jürgens  
 Prof. Dr. Egon Jüttner \*  
 Werner Jostmeier  
 Herbert Jullien  
 Dr. Franz Josef Jung  
 Margit Jung  
 Peter Jung  
 Karl Jungbeck  
 Hans Georg Junginger  
 Thomas Jurk  
**K**  
 Reinhard Kahl  
 Johannes Kahrs \*  
 Dr. Heinz Kaiser  
 Bartholomäus Kalb \*  
 Steffen Kampeter \*  
 Martin Kannegießer  
 Norbert Kartmann  
 Irmgard Karwatzki \*  
 Ulrich Kasparick \*  
 Dr. Bernhard Kasperek  
 Kerstin Kassner  
 Jörg Kastendiek  
 Bernhard Kaster \*  
 Dr. Susanne Kastner \*  
 Gregor Kathstede  
 Michael Kauch \*  
 Siegfried Kauder (Bad  
 Dürnheim) \*  
 Volker Kauder \*  
 Frank-Peter Kaufmann  
 Dr. Sylvia-Yvonne  
 Kaufmann  
 Gerlinde Kaupa \*  
 Martin Kayenburg  
 Ulrich Kelber \*  
 Ilka Keller  
 Hans-Peter Kemper \*  
 Kevin Kerney  
 Helmut Kiefl  
 Gerda Kieninger  
 Katja Kipping  
 Dr. Jochen Kirchhoff  
 Alptekin Kirci  
 Klaus Kirschner \*

Anne Kibling  
Eckart von Klaeden \*  
Karl-Heinz Klare  
Johann Klarman  
Horst Klee  
Wolfgang Klein  
Heidi Kleinau  
Dieter Kleinmann  
Jürgen Klimke \*  
Julia Klöckner \*  
Hans-Ulrich Klose \*  
Dr. Hans-Ulrich Klose  
Astrid Klug \*  
Dr. Heidi Knake-Werner  
Dr. Herbert Knoblich  
Roland Koch  
Dr. Heinz Köhler (Co-  
burg) \*  
Prof. Dr. Horst Köhler  
Kristina Köhler (Wies-  
baden) \*  
Brigitte Kölsch  
Norbert Königshofen \*  
Petra Köpping  
Fritz Rudolf Körper \*  
Stefan Körzell  
Marlies Kohnle-Gros  
Dr. Heinrich L. Kolb \*  
Manfred Kolbe \*  
Walter Kolbow \*  
Gudrun Kopp \*  
Jürgen Koppelin \*  
Dr. Angelika Kordfelder  
Karin Kortmann \*  
Hartmut Koschyk \*  
Thomas Kossendey \*  
Bernd Kränzle  
Hannelore Kraft  
Rolf Kramer \*  
Anette Kramme \*  
Wilfried Kramps  
Ernst Kranz \*  
Rudolf Kraus \*  
Constanze Krehl  
Nicolette Kressl \*  
Winfried Kretschmann  
Michael Kretschmer \*  
Thomas Kreuzer

Gunther Krichbaum \*  
Dr. Günter Krings \*  
Volker Kröning \*  
Dr. Martina Krogmann \*  
Andrea Krueger  
Dr. Hans-Ulrich Krüger \*  
Angelika Krüger-Leißner  
\*  
Heinrich Kruse  
Theo Kruse  
Horst Kubatschka \*  
Wolfgang Kubicki  
Ernst Kuchler \*  
Eva Kühne-Hörmann  
Helga Kühn-Mengel \*  
Joachim Kümmeritz  
Renate Künast \*  
Dr. Hermann Kues \*  
Thomas Kufen  
Manfred Kuhmichel  
Fritz Kuhn \*  
Werner Kuhn  
Werner Kuhn (Zingst) \*  
Ute Kumpf \*  
Frank Kupfer  
Markus Kurth \*  
Undine Kurth (Quedlin-  
burg) \*  
Markus Kurze  
Wolfram Kuschke  
Dr. Uwe Küster \*  
**L**  
Irene Laepple  
Christine Lambrecht \*  
Dr. Karl A. Lamers (Hei-  
delberg) \*  
Dr. Norbert Lammert \*  
Helmut Lamp \*  
Bernd Lange  
Christian Lange (Back-  
nang) \*  
Barbara Lanzinger \*  
Karl-Josef Laumann \*  
Sibylle Laurischk \*  
Prof. Dr. Hans Lauter  
Gerhard Lawrentz  
Christine Lehder \*  
Waltraud Lehn \*

Harald Leibrecht \*  
Willi Leichtle  
Thomas Leimbach  
Erhard Lelle  
Vera Lengsfeld \*  
Ina Lenke \*  
Werner Lensing \*  
Aloys Lenz  
Friedhelm Lenz  
Dr. Elke Leonhard \*  
Martina Leßnig  
Peter Letzgus \*  
Sabine Leutheusser-  
Schnarrenberger \*  
Roger Lewentz  
Eckhart Lewering \*  
Hans Ley  
Christine Lieberknecht  
Stefan Liebich  
Ursula Lietz \*  
Hans-Peter Lindlar  
Christian Lindner  
Dr. Martin Lindner  
Walter Link (Diepholz) \*  
Dr. Helmut Linsen  
Eduard Lintner \*  
Dr. Klaus W. Lippold  
(Offenbach) \*  
Patricia Lips \*  
Götz-Peter Lohmann \*  
Sylvia Löhrmann  
Markus Löning \*  
Gabriele Lösekrug-  
Möller \*  
Dr. Gesine Löttsch \*  
Frank Lortz  
Dr. Reinhard Loske \*  
Erika Lotz \*  
Dr. Christine Lucyga \*  
Heidi Lück  
Anna Lührmann \*  
Rainhard Lukowitz  
Thomas Lunacek  
Dr. Michael Luther \*  
**M**  
Heiko Maas  
Prof. Ursula Männle  
Franz Maget

---

Thomas Mahlberg	Klaus Minkel *	Daniela Neumayer
Dr. Ernst G. Mahrenholz	Philipp Mißfelder	Christa Nickels *
Dr. Klaus Mangold	Rosi Mittermaier-	Dirk Niebel *
Erika Mann	Neureuther	Dr. Angelika Niebler
Dorothee Mantel *	Gernot Mittler	Christian Nienhaus
Dirk Manzewski *	Claus Möller	Dietmar Nietan *
Tobias Marhold *	Franz-Josef Möllers	Henry Nitzsche *
Lothar Mark *	Hartmut Möllring	Michaela Noll *
Dr. Helmuth Markov	Ursula Mogg *	Claudia Nolte *
Caren Marks *	Katrin Molquentin	Günther Friedrich Nol-
Erwin Marschewski	Wolfhard Molquentin	ting *
(Recklinghausen) *	Jerzy Montag *	Günter Nooke *
Christoph Matschie *	Hans-Dieter Moritz	Dr. Georg Nüßlein *
Angelika Matt-Heidecker	Edgar Moron	<b>O</b>
Hilde Mattheis *	Marlene Mortler *	Dr. Erika Ober *
Prof. Dr. Klaus-Jürgen	Manuela Mucke	Franz Obermeier *
Matthes	Bernward Müller (Gera)	Bilkay Öney
Heinz Maurus	*	Günther H. Oettinger
Dr. Conny Mayer	Christian Müller (Zittau)	Aydan Özoguz
(Baiersbronn) *	*	Heinz Onnertz
Dr. Martin Mayer (Sie-	Edith Müller	Wolfgang Ontijd
gertsbrunn) *	Dr. Gerd Müller *	Helma Orosz
Stephan Mayer (Altöt-	Herbert Müller	Holger Ortel *
ting) *	Hildegard Müller *	Dr. Robert Orth
David McAllister	Kerstin Müller (Köln) *	Melanie Obwald *
Markus Meckel *	Michael Müller	Friedrich Ostendorff *
Wolfgang Meckelburg *	Michael Müller (Düssel-	Eduard Oswald *
Ulrike Mehl *	dorf) *	Eberhard Otto (Godern)
Walter Meinhold	Peter Müller	*
Dr. Michael Meister *	Dr. Rolf Müller	Hans-Joachim Otto
Hermann Memmel	Stefan Müller (Erlangen)	(Frankfurt) *
Dr. Beate Merk	*	<b>P</b>
Dr. Angela Merkel *	Dr. Werner Müller	Manfred Palmen
Petra-Eveline Merkel *	Dr. Wolfgang G. Müller	Markus Pannermayr
Ulrike Merten *	Franz Müntefering *	Detlef Parr *
Angelika Mertens *	Dr. Rolf Mützenich *	Petra Pau *
Friedrich Merz *	Gesine Mulhaupt *	Hartmut Paul
Prof. Dr. Wolfgang Meth-	Heidemarie Mundlos	Heinz Paula *
ling	Dietmar Muscheid	Rainer Paulenz
Albert Meyer	<b>N</b>	Rita Pawelski *
Doris Meyer (Tapfheim)	Christa Naab	Jarka Pazdziora-Merk
*	Winfried Nachtwei *	Dr. Peter Paziorek *
Laurenz Meyer (Hamm)	Jens Nacke	Claudia Pechstein
*	Veronika Netzhammer	Renate Pepper
Maria Michalk *	Bernd Neumann (Bre-	Hartmut Perschau
Hans Michelbach *	men) *	Ingrid Petzold
Prof. Dr. Georg Milbradt	Volker Neumann (Bram-	Ulrich Petzold *
Hans-Peter Milles	sche) *	Hildegard Pfaff

---

Daniela Pfeiffer  
 Dr. Joachim Pfeiffer \*  
 Sibylle Pfeiffer \*  
 Ernst Pfister  
 Werner Pfisterer  
 Dr. Friedbert Pflüger \*  
 Johannes Pflug \*  
 Beatrix Philipp \*  
 Cornelia Pieper\*  
 Dr. Frank-Michael  
 Pietzsch  
 Gisela Piltz \*  
 Prof. Dr. Andreas Pink-  
 wart \*  
 Matthias Platzeck  
 Dr. Hans-Gert Pöttering  
 Ronald Pofalla \*  
 Filiz Polat  
 Ruprecht Polenz \*  
 Ingeborg Pongratz  
 Prof. Dr. Peter Porsch  
 Joachim Poß \*  
 Dr. Wilhelm Priesmeier  
 \*  
 Reiner Priggen  
 Simone Probst \*  
 Dr. Clemens Prokop  
 Florian Pronold \*  
 Dr. Manfred Püchel  
 Wiebke Puls  
**Q**  
 Henriette Quade  
 Lothar Quanz  
**R**  
 Daniela Raab \*  
 Dr. Sascha Raabe \*  
 Peter Rabe  
 Thomas Rachel \*  
 Hans Raidel \*  
 Bodo Ramelow  
 Dr. Peter Ramsauer \*  
 Christof Rasche  
 Helmut Rauber \*  
 Prof. Peter Raue  
 Peter Rauen \*  
 Norbert Raulin  
 Mechthild Rawert  
 Hans-Joachim Reck

Bernhard Recker  
 Klaus Rehberger  
 Karin Rehbock-Zureich \*  
 Beate Reich  
 Christa Reichard (Dres-  
 den) \*  
 Prof. Dr. Bruno Reichart  
 Katherina Reiche \*  
 Steffen Reiche  
 Gerold Reichenbach \*  
 Clemens Reif  
 Dr. Carola Reimann \*  
 Corinna Reinecke  
 Bernd Reinert  
 Johannes Rimmel  
 Silke Renk  
 Hans-Peter Repnik \*  
 Hans Hermann Reschke  
 Herbert Reul  
 Dr. Günter Rexrodt \*  
 Michael Riedel  
 Theresia Riedmaier  
 Bernd Riege  
 Klaus Riegert \*  
 Wolfgang Riemann  
 Christel Riemann-  
 Hanewinkel \*  
 Prof. Dr. Heinz Riesen-  
 huber \*  
 Walter Riester \*  
 Dr. Harald Ringstorff  
 Dr. Berthold Rink  
 Friedrich-Otto Ripke  
 Reinhold Robbe \*  
 Berndt Röder  
 Hannelore Roedel \*  
 Sabine Röhl  
 Norbert Römer  
 Günther Rösch  
 Marietta Rösler  
 Dr. Philipp Rösler  
 René Röspel \*  
 Tabea Rößner  
 Dr. Norbert Röttgen \*  
 Wolfgang Röttger  
 Georg Rohleder  
 Heinz Rolfes  
 Dr. Stefan Romberg

Franz Romer \*  
 Heinrich-Wilhelm Ron-  
 söhr \*  
 Dr. Klaus Rose \*  
 Dr. Josef Rosenbauer  
 Kurt J. Rossmanith \*  
 Dr. Ernst Dieter Ross-  
 mann \*  
 Claudia Roth (Augsburg)  
 \*  
 Karin Roth (Esslingen) \*  
 Michael Roth (Heringen)  
 \*  
 Petra Roth  
 Gerhard Rübenkönig \*  
 Dr. Christian Ruck \*  
 Dr. Karsten Rudolph  
 Volker Rühle \*  
 Kathrin Rühl  
 Antonius Rösenberg  
 Berthold Rütth  
 Dr. Jürgen Rüttgers  
 Barbara Rütting  
 Manfred Ruge  
 Karl-Heinz Rummenigge  
 Reinhard Rumprecht  
 Ortwin Runde \*  
 Dr. Martin Runge  
 Adelheid Rupp  
 Albert Rupprecht (Wei-  
 den) \*  
 Marlene Rupprecht (Tu-  
 chenbach) \*  
 Peter Rzepka \*  
**S**  
 Markus Sackmann  
 Krista Sager \*  
 Hans-Heinrich Sander  
 Rainer Sass  
 Thomas Sauer \*  
 Alfred Sauter  
 Anton Schaaf \*  
 Anita Schäfer (Saalstadt)  
 \*  
 Axel Schäfer (Bochum) \*  
 Ute Schäfer  
 Maria-Elisabeth Schaeff-  
 ler

---

Dr. Wolfgang Schäuble *	gitter) *	Dr. Martin Schwanholz *
Gudrun Schaich-Walch *	Regina Schmidt-Kühner	Rolf Schwanitz *
Jürgen Scharf	Dieter Schmitt	Gisela Schwarz
Maria Scharfenberg	Heinz Schmitt (Landau) *	Peter Schweickard
Rudolf Scharping *	Heinz-Hermann Schnabel	Harald Schweitzer
Harald Schartau	Dr. Werner Schnappauf	Prof. Bernhard Schwichtenberg
Manfred Schaub	Carsten Schneider *	Wilhelm Josef Sebastian *
Hartmut Schauerte *	Dr. Oscar Schneider	Horst Seehofer *
Dr. Annette Schavan	Siegfried Schneider	Silva Seeler
Christine Scheel *	Dr. Andreas Schockenhoff *	Kurt Segner *
Bernd Scheelen *	Walter Schöler *	Matthias Sehling *
Dr. Hermann Scheer *	Jörg Schönbohm	Marion Seib *
Siegfried Scheffler *	Christiane Schönefeld	Heinz Seiffert *
Karl-Heinz Scherhag	Karsten Schönfeld *	Petra Selg *
Andreas Scheuer *	Evelin Schönhut-Keil	Frank Sichau
Irmingard Schewe-Gerigk *	Fritz Schösser *	Bernd Siebert *
Marianne Schieder	Olaf Scholz *	Britta Siebert
Marko Schiemann	Theresa Schopper	Gunther Sieg
Horst Schild *	Christian Schramm	Anne-Hanne Siepenkothen
Otto Schily *	Daniel Schranz	Gabriele Sikora
Norbert Schindler *	Dr. Annemarie Schrapf	Thomas Silberhorn *
Prof. Dr. Dagmar Schipanski	Wilfried Schreck *	Erika Simm *
Georg Schirmbeck *	Ottmar Schreiner *	Heide Simonis
Rezzo Schlauch *	Dr. Esther Schröder	Johannes Singhammer *
Klaus Schlie	Gerhard Schröder *	Dr. Sigrid Skarpelissperk *
Volker Schlotmann	Dr. Ole Schröder *	Dr. Markus Söder
Horst Schmidbauer (Nürnberg) *	Franz Schuhmacher	Jan Söffing
Bernd Schmidbauer *	Bernd Schulte	Dr. Hermann Otto Solms *
Albert Schmidt (Ingolstadt) *	Brigitte Schulte (Hammel) *	Michael Sommer
Andreas Schmidt (Mülheim) *	Bernhard Schulte-Drüggelte *	Kathrin Sonnenholzner
Christian Schmidt (Fürth) *	Karl Schultheis	Gerd Sonnleitner
Dagmar Schmidt (Metschede) *	Reinhard Schultz (Everswinkel) *	Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast *
Frithjof Schmidt	Martin Schulz	Ursula Sowa *
Dr. Martin Schmidt	Swen Schulz (Spandau) *	Jens Spahn *
Silvia Schmidt (Eisleben) *	Werner Schulz (Berlin) *	Wolfgang Spanier *
Ulla Schmidt	Jutta Schümann	Prof. Dr. Lothar Späth
Ulla Schmidt (Aachen) *	Uwe Schummer *	Brigitte Speth
Ulrich Schmidt	Uwe Schünemann	Viviane Spethmann
Wilhelm Schmidt (Salz-	Stefan Schuster	Paul Spiegel
	Dr. Angelica Schwall-Düren *	Dr. Margrit Spielmann *
		Jörg-Otto Spiller *
		Hans Spitzner

---



Anke Spoorendonk  
 Prof. Dr. Adolf Spotka  
 Friede Springer  
 Dr. Max Stadler \*  
 Dr. Ditmar Staffelt \*  
 Barbara Stamm  
 Dr. Dorothee Stapelfeldt  
 Erwin Staudt  
 Rainer Steenblock \*  
 Barbara Steffens  
 Dr. Hans-Jochem Steim  
 Erika Steinbach \*  
 Peer Steinbrück  
 Christian Freiherr von  
 Stetten \*  
 Ingo Steuer  
 Michael Stich  
 Rainer Stickelberger  
 Ludwig Stiegler \*  
 Dr. Rainer Stinner \*  
 Andreas Stockmeier  
 Rolf Stöckel \*  
 Dr. Edmund Stoiber  
 Silke Stokar von Neu-  
 forn \*  
 Gero Storjohann \*  
 Andreas Storm \*  
 Christoph Strässer \*  
 Max Straubinger \*  
 Rita Streb-Hesse \*  
 Matthäus Strebl \*  
 Klaus Strehl  
 Franka Strehse  
 Thomas Stritzl  
 Hans-Christian Ströbele  
 \*  
 Thomas Strobl (Heilb-  
 ronn) \*  
 Lena Strothmann \*  
 Dr. Peter Struck \*  
 Michael Stübgen \*  
 Joachim Stünker \*  
**T**  
 Cornelia Tausch  
 Jörg Tauss \*  
 Silke Tesch  
 Jella Teuchner \*  
 Erwin Teufel

Blasius Thätter  
 Dr. Gerald Thalheim \*  
 Diemut Theato  
 Carl-Ludwig Thiele \*  
 Monika Thiemen  
 Wolfgang Thierse \*  
 Christa Thoben  
 Dr. Dieter Thomae \*  
 Marianne Thomann-  
 Stahl  
 Franz Thönnies \*  
 Ursula Thümmler  
 Gloria Fürstin von  
 Thurn und Taxis  
 Barbara Tillemann  
 Antje Tillmann \*  
 Rosemarie Tinius  
 Edeltraut Töpfer \*  
 Simone Tolle  
 Karl Traub  
 Jürgen Trittin \*  
 Marianne Tritz \*  
 Gottfried Tröger  
 Jürgen Türk \*  
**U**  
 Hans-Jürgen Uhl \*  
 Dr. Hans-Peter Uhl \*  
 Eckhard Uhlenberg  
 Michael Uhrmann  
 Hubert Ulrich \*  
**V**  
 Arnold Vaatz \*  
 Rahima Valena  
 Rüdiger Veit \*  
 Sabine Verheyen  
 Dr. Michael Vesper  
 Simone Viola \*  
 Horst Vöge  
 Dr. Bernhard Vogel  
 Volkmar Uwe Vogel \*  
 Jörg Vogelsänger \*  
 Dr. Antje Vogel-Sperl \*  
 Ute Vogt (Pforzheim) \*  
 Rainer Volkmann  
 Dr. Marlies Volkmer \*  
 Dr. Antje Vollmer \*  
 Dr. Ludger Volmer \*  
 Andrea Astrid Voßhoff \*

**W**  
 Siegfried Wack  
 Georg Wacker  
 Gerhard Wächter \*  
 Dr. Christean Wagner  
 Hans Georg Wagner \*  
 Ruth Wagner  
 Sabine Wagner  
 Dr. Theodor Waigel  
 Gisela Walsken  
 Jürgen Walter  
 Marco Wanderwitz \*  
 Frank Warnecke  
 Marion von Wartenberg  
 Thomas Webel  
 Beate Weber  
 Herbert Weber  
 Ruth Weckenmann  
 Klaus Wedemeier  
 Hedi Wegener \*  
 Andreas Weigel \*  
 Dr. Adolf Weiland  
 Karlheinz Weimar  
 Hubert Weinzierl  
 Petra Weis \*  
 Reinhard Weis (Stendal)  
 \*  
 Christian Weisbrich  
 Gerald Weiß (Groß-  
 Gerau) \*  
 Dr. Manfred Weiß  
 Peter Weiß (Emmendingen) \*  
 Jens Weißflog  
 Gunter Weißgerber \*  
 Prof. Gert Weisskirchen  
 (Wiesloch) \*  
 Prof. Dr. Ernst Ulrich  
 von Weizsäcker \*  
 Ingo Wellenreuther \*  
 Jochen Welt \*  
 Dr. Rainer Wend \*  
 Dr. Wolfgang Weng  
 Jörg Wenghöfer  
 Hans Joachim Werner  
 Wolfgang Werner  
 Johanna Werner-  
 Muggendorfer

---

Dr. Guido Westerwelle \*  
Lydia Westrich \*  
Inge Wettig-Danielmeier  
\*  
Dr. Margrit Wetzel \*  
Andrea Wicklein \*  
Annette Widmann-Mauz  
\*  
Jürgen Wieczorek (Böh-  
len) \*  
Heidemarie Wieczorek-  
Zeul \*  
Dr.-Ing. Wendelin Wie-  
deking  
Dr. Dieter Wiefelspütz \*  
Kati Wilhelm  
André Willms  
Klaus-Peter Willsch \*  
Brigitte Wimmer (Karl-  
ruhe) \*  
Willy Wimmer (Neuss) \*  
Clemens Winckler  
Hermann Winkler  
Josef Philip Winkler \*  
Georg Winter  
Dr. Claudia Winterstein  
\*  
Peter Wintruff  
Dr. Volker Wissing \*  
Matthias Wissmann \*  
Engelbert Wistuba \*  
Barbara Wittig \*  
Oliver Wittke  
Werner Wittlich \*  
Simon Wittmann  
Dr. Wolfgang Wodarg \*  
Dagmar Wöhrl \*  
Monika Wörmer-  
Zimmermann  
Verena Wohlleben \*  
Harald Wolf  
Dr. Ingo Wolf  
Margareta Wolf (Frank-  
furt) \*  
Karin Wolff  
Waltraud Wolff (Wol-  
mirstedt) \*  
Marianne Wonnay

Dr. Bernhard Worms  
Klaus Wowereit  
Heidi Wright \*  
Carl Herzog von Würt-  
temberg  
Christian Wulff  
Prof. Dr. Otto Wulff  
Elke Wülfing \*  
**Y**  
Emine Yilmaz  
Andrea Ypsilanti  
**Z**  
Manfred Zapatka  
Uta Zapf \*  
Hans Zehetmair  
Birgit Zeimetz-Lorz  
Wolfgang Zeitlmann \*  
Alfons Zeller  
Joachim Zeller  
Theodor Zellner  
Richard Zieglmeier  
Nicolas Zimmer  
Traudel Zimmermann  
Wolfgang Zöllner \*  
Manfred Zöllmer \*  
Dr. Christoph Zöpel \*  
Walter Zuckerer  
Julia Zwehl  
Willi Zylajew \*

---

**Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern der Landesparlamente**

	SPD				CDU/CSU				Bündnis 90/Die Grünen				FDP				PDS				Sonstige				Insgesamt				
	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	M dB	Md L	Kei nM dL	ins g.	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	
Baden-Württemberg	27	14	13	54	34	14	23	71	9	-	5	14	6	3	3	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	76	31	44	151
Bayern	26	-	20	46	58	32	30	120	7	-	8	15	4	-	-	4	-	-	-	-	-	-	-	-	95	32	58	185	
Berlin	9	-	8	17	6	-	6	12	3	-	2	5	2	-	2	4	2 <sup>1)</sup>	-	6	8	-	-	-	-	22	-	24	46	
Brandenburg	10	-	8	18	4	-	6	10	1	-	-	1	1	-	-	1	-	-	5	5	-	-	1 <sup>2)</sup>	1	16	-	20	36	
Bremen	2	-	3	5	1	-	2	3	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	5	9	
Hamburg	5	-	5	10	4	-	6	10	2	-	1	3	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	12	-	12	24	
Hessen	18	-	13	31	16	-	22	38	5	-	4	9	4	-	4	8	-	-	-	-	1 <sup>3)</sup>	-	-	1	44	-	43	87	
Mecklenburg-Vorpommern	5	2	4	11	4	2	3	9	-	-	-	-	1	-	-	1	-	-	2	2	-	-	-	-	10	4	9	23	
Niedersachsen	31	7	14	52	22	-	30	52	5	-	4	9	5	-	5	10	-	-	-	-	-	-	-	-	63	7	53	123	
Nordrhein-Westfalen	60	36	21	117	49	30	20	99	12	5	4	21	13	12	1	26	-	-	-	-	-	-	-	-	134	82	47	263	

Rheinland-Pfalz	12	9	6	27	13	10	2	25	2	-	1	3	3	2	-	5	-	-	-	-	-	-	-	30	21	9	60	
Saarland	4	-	4	8	3	-	4	7	1	-	-	1	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	9	-	8	17	
Sachsen	12	1	3	16	13	12	10	35	3	-	-	3	2	-	-	2	-	4	4	8	-	-	-	30	17	17	64	
Sachsen-Anhalt	10	3	1	14	6	2	7	15	1	-	-	1	1	1	2	4	-	1	3	4	-	-	-	18	7	13	38	
Schleswig-Holstein	10	5	5	20	8	8	-	16	2	1	-	3	2	1	-	3	-	-	-	-	1 <sup>4)</sup>	-	1	22	16	5	43	
Thüringen	9	2	2	13	6	3	8	17	1	-	-	1	1	-	-	1	-	1	3	4	-	-	-	17	6	13	36	
Insgesamt	250	79	130	459	247	113	179	539	55	6	29	90	47	19	17	83	2	6	23	31	1	1	1	3	602	224	379	1205

1) Fraktionslos

2) DVU

3) CDU-Parteimitglied, jedoch nicht Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

4) SSW

**Stenographischer Bericht**

Berlin, Sonntag, den 23. Mai 2004

Beginn: 12.00 Uhr

**Präsident Wolfgang Thierse:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 12. Bundesversammlung zur Wahl des neunten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und heiße Sie alle dazu sehr herzlich willkommen.

Ich begrüße die Mitglieder der Bundesversammlung, unter ihnen den Bundeskanzler und die Mitglieder der Bundesregierung, die Ministerpräsidenten, Minister und Senatoren der Bundesländer. Ich begrüße die Mitglieder des Bundestages und der Landtage sowie alle Persönlichkeiten aus dem politischen, kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Leben. Seien Sie herzlich willkommen!

Ich danke den Botschaftern und den Angehörigen ausländischer Missionen für ihr Kommen.

(Beifall)

Auf der Ehrentribüne haben die früheren Bundespräsidenten Walter Scheel und Richard von Weizsäcker Platz genommen. Auch Ihnen gilt unser herzlicher Gruß.

(Beifall)

Ich begrüße neben den Gästen, die unserer Einladung gefolgt sind, auch alle Bürgerinnen und Bürger sehr herzlich, die diese Wahl über die Medien verfolgen.

(Beifall)

Nicht zuletzt möchte ich in unser aller Namen herzliche Grüße, verbunden mit den besten Wünschen, unserem **scheidenden Bundespräsidenten Johannes Rau** und seiner Frau Christina übermitteln.

(Beifall)

Angesichts aller Herausforderungen und Anstrengungen, die der Prozess der deutschen Einheit und der europäischen Einigung für die Menschen in unserem Lande mit sich brachte und bringt, ist es dem Bundespräsidenten und seiner Frau gelungen, unseren Blick immer wieder neu dafür zu schaffen, welche Bereicherung die Einheit unseres Landes und das Zusammenwachsen Europas für uns bedeutet. Dafür danken wir Ihnen, Herr Bundespräsident Rau, besonders nachdrücklich.

(Beifall)

Die Mitglieder der Bundesversammlung, die Mitglieder des Deutschen Bundestages und die Delegierten der Länderparlamente, sind heute zusammengetreten, um gemäß unserer Verfassung den Bundespräsidenten bzw. die Bundespräsidentin zu wählen. Im Vorfeld dieser Bundesversammlung ist darüber diskutiert worden, ob es nicht besser sei, die Wahl

---

durch die Bundesversammlung durch eine **direkte Wahl des Staatsoberhauptes durch das deutsche Volk** zu ersetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Dem nur mit dem Vorwurf des Populismus zu begegnen greift zu kurz,

(Vereinzelt Beifall)

bringen die Befürworter einer Direktwahl doch durchaus ernst zu nehmende Argumente vor. So weisen sie darauf hin, dass die politischen Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger hierdurch gestärkt würden und das Amt des Bundespräsidenten ein zusätzliches Maß an demokratischer Legitimation erführe. Im Verständnis vieler Bürger verschaffte eine Direktwahl des Bundespräsidenten dem Staatsoberhaupt eine Zuschreibung von Machtbefugnissen, die das Amt aber nach unserem Grundgesetz gar nicht hat und aus historischen Gründen nicht haben soll. Ein Verfahren aber, das derartige Missverständnisse provoziert, kann man nach meiner Überzeugung nicht ohne weiteres befürworten.

(Vereinzelt Beifall)

An dieser Stelle mag eine Beobachtung nützlich sein: Die Bundesversammlung ist das wohl einzige Verfassungsorgan, dessen Entscheidungen bisher immer spontan oder binnen aller kürzester Zeit einhellige Zustimmung in der Bevölkerung gefunden haben. Die Bundesversammlung hat eben bisher immer eine gute Wahl getroffen.

(Vereinzelt Beifall)

Kein Amt unseres Gemeinwesens kann die Rolle des Interpreten und des Mittlers so verkörpern wie das des Bundespräsidenten. Verständigung braucht einen Grundkonsens. Respekt und Vertrauen in die demokratischen Institutionen und das Interesse für die öffentlichen Angelegenheiten sind grundlegende Elemente unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und sie müssen es bleiben. Dem neu vereinigten Europa eine Seele zu geben ist nicht nur eine außenpolitische Aufgabe, sondern auch eine Herausforderung für die Innenpolitik. Die gewaltigen Zukunftsaufgaben, vor denen Deutschland steht, verlangen jedem Einzelnen viel ab. Uns dabei zu ermutigen und immer wieder zusammenzuführen wird zu den Aufgaben des Bundespräsidenten bzw. der Bundespräsidentin gehören.

Sie, verehrte Mitglieder der Bundesversammlung, haben die verantwortungsvolle Aufgabe, unsere Gesellschaft zu repräsentieren, sie gewissermaßen abzubilden in der Wahl unseres neuen Staatsoberhauptes. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Wir kommen nun zur **Konstituierung der 12. Bundesversammlung**. Die 12. Bundesversammlung besteht aus den 602 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und 603 Mitgliedern, die von den Länderparlamenten gewählt worden sind. Die Präsidenten der Landesparlamente haben mir mitgeteilt, dass die 603 Mitglieder aus den Ländern rechtsgültig gewählt wurden.

---

Nach § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten findet die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages auf den Geschäftsgang der Bundesversammlung sinngemäß Anwendung, sofern sich die Bundesversammlung nicht eine eigene Geschäftsordnung gibt.

Anträge für eine eigene Geschäftsordnung bei der Bundesversammlung liegen nicht vor. Deshalb findet – wie im Gesetz vorgesehen – die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sinngemäß Anwendung. – Ich stelle fest, die Bundesversammlung ist damit einverstanden.

Zur Beschlussfähigkeit der Bundesversammlung ist die Anwesenheit von mindestens 603 Mitgliedern erforderlich. – Das ist offensichtlich der Fall. Die Bundesversammlung ist also beschlussfähig.

Als Schriftführer schlage ich Ihnen die 42 Abgeordneten vor, die diese Aufgabe auch im Deutschen Bundestag wahrnehmen. Es sind dies die Abgeordneten Peter Altmaier, Sabine Bätzing, Cornelia Behm, Ute Berg, Antje Blumenthal, Klaus Brähmig, Monika Brüning, Alexander Dobrindt, Marie-Luise Dött, Peter Dreßen, Karin Evers-Meyer, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Hans-Joachim Fuchtel, Wolfgang Grotthaus, Klaus Hagemann, Michael Hartmann (Wackernheim), Uda Carmen Freia Heller, Jürgen Herrmann, Petra Heß, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Jann-Peter Janssen, Ulrich Kasparick, Michael Kauch, Julia Klöckner, Ernst Kuchler, Undine Kurth (Quedlinburg), Sibylle Laurischk, Gabriele Lösekrug-Möller, Maria Michalk, Melanie Oßwald, Sibylle Pfeiffer, Hannelore Roedel, Marlene Rupprecht (Tuchenbach), Andreas Scheuer, Dr. Ole Schröder, Petra Selg, Dr. Margrit Spielmann, Rita Streb-Hesse, Simone Violka, Lydia Westrich, Josef Philip Winkler und Dr. Claudia Winterstein. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann ist so beschlossen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer Lydia Westrich und Hans-Joachim Fuchtel, neben mir Platz zu nehmen. – Die 12. Bundesversammlung ist damit konstituiert.

Meine Damen und Herren, es liegen folgende **Vorschläge** für die Wahl zum Bundespräsidenten vor, die ich in alphabetischer Reihenfolge bekannt gebe:

Herr **Professor Dr. Horst Köhler**,

(Beifall)

Frau **Professor Dr. Gesine Schwan**.

(Beifall)

Die Vorgeschlagenen, also Herr Professor Dr. Horst Köhler und Frau Professor Dr. Gesine Schwan, haben gemäß § 9 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung schriftlich ihre Bereitschaft zur Kandidatur erklärt. Ich stelle fest, dass die Wahlvorschläge den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.

Sehr geehrte Mitglieder der Bundesversammlung, ich bitte nunmehr um Ihre Aufmerk-

samkeit für einige Hinweise zum **Wahlverfahren**. Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ist zum Bundespräsidenten gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhöht, das heißt, wer mindestens 603 Stimmen auf sich vereinigt.

§ 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung sieht vor, dass mit verdeckten amtlichen Stimmkarten gewählt wird. Die Wahl ist deshalb gemäß § 49 unserer Geschäftsordnung geheim.

Sie müssen Ihre Stimmkarte in einer der Wahlkabinen hinter dem Adler in der Osthalle ankreuzen. Ich bitte Sie, dazu hier oben links oder rechts durch eine der Glastüren hinauszugehen. Vor den Wahlkabinen erhalten Sie dann Stimmkarte und Wahlumschlag. Die Stimmkarten müssen in einer Wahlkabine angekreuzt und in den Wahlumschlag gelegt werden. Die Schriftführer sind verpflichtet, Mitglieder der Bundesversammlung zurückzuweisen, die ihre Stimmkarte außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder in den Wahlumschlag gelegt haben. Die Wahl kann jedoch vorschriftsgemäß wiederholt werden.

Stimmkarten mit mehr als einem Kreuz oder sonstigen Zusätzen sind ungültig. Das Gleiche gilt für Stimmkarten, die überhaupt nicht angekreuzt sind oder die auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten. Die Schriftführer zu meiner Rechten und Linken werden nachher die Namen der Mitglieder der Bundesversammlung in alphabetischer Reihenfolge aufrufen.

Nachgerückte Mitglieder, die nicht mehr im Namensverzeichnis alphabetisch aufgeführt werden konnten, werden zum Schluss aufgerufen.

Verfolgen Sie bitte den Namensaufruf und begeben Sie sich erst dann in die Osthalle, wenn Sie aufgerufen sind oder der Aufruf Ihres Namens unmittelbar bevorsteht. Die Schriftführer händigen Ihnen an den Ausgabetischen in der Osthalle Ihre Stimmkarte und den amtlichen Wahlumschlag erst nach dem Aufruf Ihres Namens aus. Für den Empfang der Stimmkarte zeigen Sie bitte dem Schriftführer am Ausgabetisch Ihren blauen Wahlausweis.

Nachdem Sie Ihre Stimmkarte in der Wahlkabine ausgefüllt und in den Wahlumschlag gelegt haben, kommen Sie bitte durch die Mitteltür – unter dem Adler – zurück in den Plenarsaal und werfen Sie Ihre Stimmkarte im Wahlumschlag in eine der drei hier vorne aufgestellten Wahlurnen. Den blauen Wahlausweis übergeben Sie bitte einem der Schriftführer an den Wahlurnen. Dadurch wird Ihre Teilnahme an der Wahl nachgewiesen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze an den Tischen zur Ausgabe der Stimmkarten und an den Wahlurnen einzunehmen.

Ich eröffne die Wahl und bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss die Frage stellen, ob alle Mitglieder der Bundesversammlung ihre Stimme abgegeben haben. Bitte versichern Sie sich auch,



dass Sie Ihren blauen Wahlausweis einem Schriftführer übergeben haben. Er dient zum Nachweis Ihrer Teilnahme an der Wahl. Dies ist wichtig für das Auszählen, damit die Zahlen übereinstimmen.

Ich habe den Eindruck, dass alle ihre Stimme abgegeben haben. Gilt das auch für die Schriftführer? – Ich schließe die Wahl und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Die Auszählung kann circa 20 bis 30 Minuten dauern. Ich bitte Sie deshalb, im Saal oder in der näheren Umgebung zu bleiben.

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Abgegebene Stimmen 1 204, ungültige Stimmen 2, gültige Stimmen 1 202, Enthaltungen 9. Es entfallen auf Herrn Horst Köhler 604 Stimmen.

(Sehr lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Prof. Dr. Horst Köhler nimmt Glückwünsche von Mitgliedern der Bundesversammlung entgegen)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, noch einmal Platz zu nehmen, damit ich das vollständige Ergebnis mitteilen kann. Es entfallen auf Herrn Horst Köhler 604 Stimmen, auf Frau Gesine Schwan 589 Stimmen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhöht, das heißt, wer mindestens 603 Stimmen auf sich vereinigt. Ich stelle fest, dass Herr Professor Horst Köhler die erforderliche Mehrheit der Stimmen erhalten hat und somit zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt ist.

(Anhaltender Beifall)

Herr Köhler, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland an?

**Prof. Dr. Horst Köhler:** Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

(Beifall)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Ich stelle fest, meine Damen und Herren, dass Herr Professor Horst Köhler die Wahl zum Bundespräsidenten angenommen hat. Ich spreche dem künftigen Bundespräsidenten die Glückwünsche der ganzen Bundesversammlung aus.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Eidesleistung des neuen Bundespräsidenten wird nach der Vorschrift des Grundgesetzes vor den versammelten Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates erfolgen, und zwar am 1. Juli 2004.

---

Ich möchte allen Mitgliedern der Bundesversammlung, vor allem auch den Schriftführerinnen und Schriftführern, dafür danken, dass sie zum reibungslosen Ablauf beigetragen haben.

Meine Damen und Herren, bevor wir die Nationalhymne singen, will ich dem neu gewählten Bundespräsidenten die Gelegenheit geben, das Wort zu ergreifen.

(Beifall)

**Prof. Dr. Horst Köhler:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Allen Mitgliedern der Bundesversammlung, die mich gewählt haben, danke ich für ihr Vertrauen. Und diejenigen, die mir ihre Stimme nicht gegeben haben, will ich durch meine Arbeit überzeugen.

(Beifall)

Ich möchte **Bundespräsident aller Deutschen** sein und ein Präsident für alle Menschen, die hier leben.

(Beifall)

Aus gutem Grund ist das höchste Amt in einem demokratischen Staat niemandem in die Wiege gelegt. Für mich persönlich ist die Entscheidung der Bundesversammlung ein wirklich sehr bewegender Augenblick.

Nach sechs Jahren im Ausland kehre ich mit einem Gefühl von Freude und Dankbarkeit in meine Heimat zurück. Deutschland hat mir viel gegeben. Davon möchte ich etwas zurückgeben. Ich liebe unser Land.

(Beifall)

Wahrscheinlich erwarten jetzt alle von mir, dass ich von Reformen spreche. Tatsächlich halte ich eine grundlegende **Erneuerung unseres Landes** für notwendig und überfällig.

(Beifall)

Als gelernter Ökonom – das werde ich auch weiterhin nicht verstecken – kann ich Ihnen die Feststellung nicht ersparen, dass ich mir Sorgen um den Zustand der deutschen Wirtschaft, die Arbeitsplätze und die soziale Sicherheit in unserem Lande mache. Ich sehe neue, inakzeptable Spaltungstendenzen in unserer Gesellschaft.

(Beifall)

Viele von Ihnen erwarten vermutlich auch, dass ich etwas zur **Globalisierung** sage. Globalisierung bestimmt mehr und mehr unser Leben. Sie bedarf – das ist meine feste Überzeugung, hierin stimme ich mit Johannes Rau überein – der politischen Gestaltung. Wenn wir es richtig anpacken, kann Deutschland aus der Globalisierung weiterhin großen Nutzen

---

ziehen.

Aber wir müssen auch besonders dafür arbeiten, dass die Globalisierung den Armen dieser Welt zugute kommt.

(Beifall)

Dies wird nur gelingen, wenn sich die Industrieländer, also auch Deutschland, in ihrem Verhalten ändern und vor allem ihre Märkte für die Entwicklungsländer öffnen.

(Beifall)

Doch das heißt dann eben auch, dass wir Wettbewerb und Strukturwandel annehmen müssen. Herr Präsident, meine Damen und Herren, tatsächlich befindet sich die Welt in einem tiefen Umbruch. Wir müssen uns der Wirklichkeit stellen. Deutschland muss um seinen Platz in der Welt des 21. Jahrhunderts kämpfen.

Ich denke, wir alle werden deshalb auch mit meiner Mitbewerberin, Frau Professor Gesine Schwan, darin übereinstimmen, dass es gerade in Umbruchphasen auf **Vertrauen als Sozialkapital** ankommt. Und der Begriff Sozialkapital wird sowohl in der Politikwissenschaft als auch in der Wirtschaftswissenschaft benützt. Sehr zu Recht hat Bundespräsident Johannes Rau das Thema Vertrauen und Verantwortung in den Mittelpunkt seiner letzten Berliner Rede gestellt. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen, sehr verehrte Frau Schwan, für Ihr Engagement um das höchste Amt im Staate danken. Der Wettbewerb von uns beiden Seiteneinsteigern hat dem Land insgesamt sicher nicht geschadet.

(Anhaltender Beifall)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ja, ich werde in meinem Amt zu mehr Entschlossenheit, Tatkraft und auch Stetigkeit bei wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen drängen. Doch ich hoffe, ich enttäusche heute niemanden, wenn ich eine ganz andere Frage voranstelle, nämlich: Was will Deutschland im 21. Jahrhundert sein, was kann es sein und wo will dieses Land hin?

Mit Recht betonen viele in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, vor allem Bildung und Innovation zu stärken. Deutschland ist mir zu langsam auf seinem Weg in die Wissensgesellschaft. Mein Traum geht aber noch weiter. Deutschland soll ein **Land der Ideen** werden. Im 21. Jahrhundert bedeutet das mehr als das Land der Dichter und Denker, mehr als Made in Germany, mehr als typisch deutsche Tugenden. Das ist ganz sicher etwas anderes als Großmannssucht und Selbstüberschätzung.

Deutschland – ein Land der Ideen: Das ist nach meiner Vorstellung Neugier und Experimentieren. Das ist in allen Lebensbereichen Mut, Kreativität und Lust auf Neues, ohne Altes und Alte auszugrenzen. Das sind neue Gründerjahre. Das ist die Kraft, auch mit Rückschlägen umzugehen und wieder neu anzufangen. Das sind Ideen auch für Europa.

Deutschland – ein Land der Ideen: Das ist für mich zuerst und vor allem ein **Land für Kinder**.

---

(Beifall)

Wie kommt es, dass wir in Deutschland immer weniger Kinder haben? Glauben wir nicht mehr an unsere Zukunft? Kinder bedeuten Neugier, Kreativität und Zuversicht. Kinder sind Brücken in die Welt von morgen. Wir müssen uns alle anstrengen, eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft zu werden.

(Beifall)

Dazu brauchen wir konkrete Antworten auf bestimmte Fragen, zum Beispiel: Wie schaffen wir es, Elternarbeit anzuerkennen? Wie kann es gelingen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren? Was sind uns Kinder wert? Wir müssen auf diese Fragen konkrete Antworten finden.

Aber genauso müssen wir auch eine konkrete Antwort auf die Frage finden, was uns ältere Menschen wert sind. Um die Zukunft zu gewinnen, brauchen wir auch deren Erfahrung und Weisheit. Wir müssen an der **Freundschaft zwischen den Generationen** schon jetzt arbeiten.

(Beifall)

Deutschland muss sich verändern, das ist wahr. Aber wir sollten uns dabei auch unserer kulturellen und religiösen Wurzeln bewusst sein. Wie schaffen wir es, das abstrakte Wort „Werte“ aus Politikerreden in Alltagsgespräche und Alltagsverhalten zu bringen und so lebendig zu machen? Wie schaffen wir es, uns im größer werdenden Europa unserer nationalen Identität zu vergewissern – und zugleich eine europäische Identität zu gewinnen? Ich habe, meine Damen und Herren, übrigens die Erfahrung gemacht: **Patriotismus und Weltoffenheit** sind keine Gegensätze.

(Beifall)

Sie bedingen einander. Nur wer sich selbst achtet, achtet auch andere.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der heutige 55. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes ist ein guter Tag, uns wieder auf unsere Stärken zu besinnen. Deutschland hat die Kraft, sich zu verändern. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Diese Kraft liegt in den Menschen. Ihre Ideen sind der Reichtum unseres Landes. Damit sich diese Kraft entfalten kann, müssen wir Angst überwinden und **Selbstvertrauen** zurückgewinnen.

Wir können in Deutschland vieles möglich machen. Aber dazu müssen erst einmal wir uns selbst mehr zutrauen. Und: Wir müssen wieder mehr auf die **Kraft der Freiheit** vertrauen.

(Beifall)

Es war diese Kraft, mit der vor 15 Jahren die Menschen im Osten unseres Vaterlandes die scheinbar unüberwindliche Mauer zum Einsturz gebracht haben – einer der großartigsten

---

Momente unserer Geschichte und auch eine stetige Verpflichtung für uns, die innere Einheit zu verwirklichen.

(Beifall)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Kraft der Freiheit stärken, darauf achten, dass es gerecht zugeht in Deutschland, und dazu beitragen, dass wir ein Land der Ideen werden – dafür will ich eintreten und dazu bitte ich um das Mitmachen aller.

Ich grüße alle Landsleute nah und fern, unsere Nachbarn in Europa und unsere Freunde in der Welt. Gott segne unser Land!

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Herr Professor Köhler, ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Worte.

Meine Damen und Herren, wir singen nun die Nationalhymne.

(Nationalhymne)

Meine Damen und Herren, ich erkläre die 12. Bundesversammlung für geschlossen.

(Schluss: 14.12 Uhr)

#### **Liste der entschuldigten Mitglieder der Bundesversammlung**

Hagemann

---

## Eidesleistung und Ansprache

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 2004

Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler

Deutscher Bundestag, 117. Sitzung, zugleich 801. Sitzung des Bundesrates, Berlin, den 1. Juli 2004

(Auszug)<sup>60)</sup>

**Präsident Wolfgang Thierse:** [...]

Meine Damen und Herren, am 23. Mai dieses Jahres hat die Bundesversammlung Herrn Professor Dr. Horst Köhler zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Herr Professor Dr. Horst Köhler hat vor der Bundesversammlung die Wahl angenommen und mit dem heutigen Tage das Amt des Bundespräsidenten angetreten.

Nach Art. 56 des Grundgesetzes leistet der Bundespräsident bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates den vorgeschriebenen Eid. Ich bitte Sie, Herr Bundespräsident, zu mir zu kommen, um den Eid zu leisten. Dazu bitte ich auch den Herrn Präsidenten des Bundesrates.

(Die Anwesenden erheben sich)

Herr Bundespräsident, ich halte die Urschrift des Grundgesetzes und bitte Sie, den nach Art. 56 vorgeschriebenen Eid zu leisten.

**Bundespräsident Professor Dr. Horst Köhler:** Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

**Präsident Wolfgang Thierse:** Herr Bundespräsident, Sie haben den vorgeschriebenen Eid geleistet. Ich gratuliere Ihnen und wünsche Ihnen alles Gute und Gottes Segen für Sie und unser Vaterland.

(Anhaltender Beifall)

Das Wort hat der Herr Bundespräsident.

**Bundespräsident Professor Dr. Horst Köhler:** Herr Präsident des Deutschen Bundestages! Herr Präsident des Bundesrates! Herr Bundespräsident Rau! Sehr verehrte Frau Rau! Herr Bundeskanzler! Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts! Meine Damen und Herren! Ich danke ganz herzlich für die freundlichen Worte und guten Wünsche. Darüber freue ich mich. Sie sind mir Ansporn und Ermutigung für mein Amt.

---

<sup>60)</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 15. Wahlperiode. Stenographische Berichte. Bd. 222, S. 10695-10701

---

Ihnen, sehr verehrter Herr Bundespräsident Rau, ist gedankt und Sie sind gewürdigt worden. Ich erinnere mich gern an unsere Diskussion über die Globalisierung. Wir waren uns einig, dass die Globalisierung Chancen bietet, dass sie aber auch der politischen Gestaltung bedarf. Für Sie, lieber Herr Rau, ist es immer der einzelne Mensch in seiner unverwechselbaren Würde, der im Zentrum Ihres Denkens und Handelns steht. Und es ist Ihr christlicher Glaube, der Ihr Menschenbild prägt. So haben Sie das Vertrauen der Menschen gewonnen. So waren Sie im besten Sinne ein Bürgerpräsident. So bleiben Sie uns Vorbild. Lieber Herr Rau, wir danken Ihnen heute dafür. Wir danken Ihnen für Ihren großen Dienst an unserem Land.

(Beifall)

Sie sagten einmal: „Ohne meine Frau hätte ich dieses Amt nicht ausfüllen können.“ Ich bin überzeugt: Auch mir wird es nicht anders gehen.

(Beifall)

Umso mehr, liebe Frau Rau, gebühren auch Ihnen heute Respekt und Anerkennung. Mit Ihrem zupackenden Einsatz vor allem für Kinder in Not und dabei besonders für Straßenkinder haben Sie Herzen geöffnet und gewonnen. Sie haben gezeigt: Not und Bedürftigkeit sind nicht anonym. Dahinter stehen Namen, Namen von Menschen, mit deren Schicksal man sich nicht abfinden darf. Sie haben viel Gutes getan, liebe Frau Rau. Danke dafür!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen zunächst von etwas berichten, was mich in dieser Form schon etwas verwundert hat. Seit dem 23. Mai, dem Tag der Bundesversammlung, werde ich immer wieder gefragt: „Was genau lieben Sie an Deutschland?“ oder „Warum lieben Sie denn Deutschland?“ Wenn ich dann auf die Landschaften, die Dialekte, die Literatur, die Musik verweise, sagen die Leute: „Na ja, das ist sicher richtig.“ Aber sie sagen auch: „Das allein kann es ja wohl nicht sein.“

Und tatsächlich: Landschaft, Sprache, Musik – ist das wirklich alles? Zumal in einer Zeit, in der nicht wenige Menschen in Deutschland große Sorgen haben, in der unser Land unübersehbar in wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist, in der sich neue Spaltungstendenzen in unserer Gesellschaft bemerkbar machen. Spaltungen, wie sie es in dieser Form vor zwei oder drei Jahrzehnten noch nicht gab.

Damit meine ich nicht allein Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Ich meine die Unterschiede, die mitten durch unsere Gemeinschaft gehen: Menschen, die Arbeit haben, und diejenigen, die ohne Aussicht auf Arbeit leben; Gutverdienende ohne Kinder und Familien mit Kindern oder Alleinerziehende ohne geregeltes Einkommen und Perspektive. Ich meine die dramatische Alterung der Bevölkerung mit drohenden Konflikten zwischen Alt und Jung. Und ich meine auch die Gefahr der Entwicklung von Parallelgesellschaften in unseren Städten, ausgelöst dadurch, dass die Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion nicht klappt.

Meine Damen und Herren, wahr ist aber auch: Die Schönheit unseres Landes, die Ge-

---

---

schichte unseres Landes, die Probleme unseres Landes – das alles ist und bleibt Deutschland. Das ist unser Land – wir haben kein anderes Land –, das ist unsere Heimat. Und wahr bleibt auch: Trotz aller Schwierigkeiten, Probleme und Krisen, die unser Land zurzeit durchläuft, geht es uns Deutschen weit besser als drei Vierteln der Menschheit.

(Beifall)

Wissen wir eigentlich, was es heißt, von weniger als 2 Euro am Tag leben zu müssen – wie über 3 Milliarden Menschen auf diesem Planeten?

Doch ich will diesem Argument auch keinen falschen Zungenschlag geben. Dass es anderen in der Welt schlechter geht, ist sicherlich kein Trost für diejenigen bei uns, die ihren Cent dreimal umdrehen müssen.

Dennoch: Unser Land sollte uns etwas wert sein. Trotz aller aktuellen Schwierigkeiten stehen das Grundgesetz und die soziale Marktwirtschaft für eine besonders glückliche und friedliche Phase unseres Landes; Bundespräsident Rau hat darauf hingewiesen. Ich selber bin Teil einer Generation, die die Geschichte der Bundesrepublik als einzigartige Erfolgsgeschichte miterlebt hat, von der Aussöhnung mit unseren Nachbarn über das Wirtschaftswunder bis zur Wiedervereinigung. All dies sind große historische Leistungen und gute Gründe, uns selbst zu vertrauen, uns etwas zuzutrauen. Es sind für mich gute Gründe, unser Land, unsere Heimat, zu lieben. Und deshalb frage ich: Kann es uns egal sein, ob unser Land wächst und gedeiht oder im globalen Wettbewerb weiter zurückfällt? Kann es uns egal sein, ob einer der Motoren Europas immer mehr ins Stottern gerät, wie manche sagen? Ich denke, nicht. Warum? Erstens, weil unsere Partner in Europa und in der Welt auf uns schauen und zu Recht viel von uns erwarten. Wir sind 80 Millionen Menschen im Herzen Europas und wir haben gar keine andere Wahl, als Verantwortung zu übernehmen. Deutschland muss ein Land sein, das Ideen zur politischen Gestaltung hat und zum Ausgleich fähig ist, das souverän ist und gleichzeitig weiß, dass es seine Partner dies- und jenseits des Atlantik braucht.

Vor wenigen Wochen wurden wir daran erinnert, dass andere Völker – im Besonderen die Vereinigten Staaten von Amerika – dafür gekämpft haben, dass wir Deutsche in Freiheit leben können. Das sollten wir nie vergessen.

(Beifall)

Für mich ist Freiheit der wichtigste Wert, der Europa und Amerika dauerhaft verbindet, und ich sehe Amerika weiterhin als Hort der Freiheit. Es ist wahr: Die Amerikaner haben ihre Fehler gemacht, wir Europäer die unsrigen. Klar ist für mich aber auch: Niemandem kann an einem Zerrbild Amerikas in der Welt gelegen sein. Das schadet allen, die auf dieser Welt für Freiheit und Demokratie eintreten. Wir Deutsche sollten uns um eine gute Partnerschaft und einen neuen Dialog mit Amerika bemühen – selbstbewusst und auch fähig zur Kritik unter Freunden, mit denen uns gemeinsame Werte und Interessen verbinden.

(Beifall)

---



Gemeinsame Werte und gemeinsame Interessen – das trägt mehr und weiter als nur Dankbarkeit.

Viele Menschen unseres Landes leisten bereits jeden Tag in vorbildlicher Weise ihren Beitrag für Freiheit und internationale Stabilität. Ich möchte unseren Soldaten, der Polizei, dem Bundesgrenzschutz, dem Technischen Hilfswerk, den karitativen Organisationen und den vielen Nichtregierungsorganisationen danken. Sie leisten in aller Welt einen großartigen Dienst und sind exzellente Botschafter für Deutschland.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Deutschlands Schicksal entscheidet sich vor allem in Europa. Versöhnung und Zusammenarbeit in Europa haben uns Freiheit, Frieden und Wohlstand gesichert. Wer hätte vor 50 Jahren all dies zu glauben gewagt? Die Erweiterung der Europäischen Union und die Einigung der Staats- und Regierungschefs auf den Verfassungsvertrag sind weitere Meilensteine auf dem Weg zu einem vereinten Europa, einer Wertegemeinschaft. Deutschland sollte diesen Weg weiter mit Festigkeit und auch Geduld gehen.

Aber es muss uns nachdenklich stimmen, dass kaum mehr als vier von zehn Deutschen bei der diesjährigen Europawahl wählen gingen. Zu viele Bürger verstehen Europa offensichtlich nicht. Lassen Sie uns gemeinsam Europa besser erklären. Ich möchte als Bundespräsident dazu beitragen, das Gefühl der europäischen Identität zu stärken. Sie verdrängt die nationale Identität ja nicht. Transparenz, demokratische Entscheidungsprozesse und eine klare Zuordnung der Kompetenzen – das wird den Menschen das Gefühl nehmen, einer anonymen Bürokratie in Europa ausgeliefert zu sein, und daran wird die neue Verfassungswirklichkeit gemessen werden.

Die deutsch-französische Freundschaft ist in über vier Jahrzehnten von einer Vision zu gelebter Wirklichkeit geworden. Sie war entscheidend für die Einigung Europas. Eine neue historische Phase für Europa hat mit der Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 begonnen. Ich empfinde diese Phase gerade angesichts meiner eigenen Biografie als Auftrag und Verpflichtung.

(Beifall)

Deshalb werde ich mich für persönliche Begegnungen Deutscher mit den Menschen in den neuen Mitgliedsländern einsetzen, insbesondere für Begegnungen zwischen jungen Menschen. Und deshalb wird mich meine erste Auslandsreise nach Polen und nach Frankreich führen.

(Beifall)

Ich wünsche mir allerdings auch ein Europa, das die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten vorbildlich unterstützt, konkret durch weitere Öffnung der Märkte für die armen Länder und auch durch mehr öffentliche Entwicklungshilfe.

(Beifall)

---

Bei meiner Arbeit für den Weltwährungsfonds habe ich Hunger und unermessliche Not gesehen, vor allem bei Frauen und Kindern. Doch ich habe auch gesehen, dass gezielte Entwicklungszusammenarbeit viel Gutes tun kann.

Für mich entscheidet sich die Menschlichkeit unserer Welt am Schicksal Afrikas.

(Beifall)

Ist es nicht eine Frage der Selbstachtung Europas, sich mit Blick auf unsere eigenen Fundamente, unsere Werte und Geschichte in Afrika ehrlich und großzügig zu engagieren?

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es gibt einen zweiten, noch wichtigeren Grund, warum wir uns nicht einfach mit dem derzeitigen Zustand unseres Landes abfinden sollten: Wir haben die Verantwortung, die schöpferischen Kräfte der Menschen zu wecken und zur Entfaltung kommen zu lassen. Aus ureigenem Interesse braucht Deutschland einen neuen Aufbruch. Wir müssen die Spaltungen in unserer Gesellschaft · erwinden. Das werden wir aber nur schaffen, wenn wir ihre Ursachen bekämpfen und nicht nur Symptome beschreiben und wenn wir unser Land so sehen, wie es ist. Wir haben Stärken, aber wir haben auch Schwächen. Es kommt darauf an, die Stärken zu bewahren und auszubauen. Aus den Schwächen gilt es zu lernen. Ich bin sicher, wir haben alle notwendigen Talente. Was uns fehlt, sind die richtigen Rahmenbedingungen, das richtige Klima, damit sich diese Talente entfalten können. Wir sollten uns nicht selber einreden, wir könnten das nicht packen.

(Beifall)

Bundespräsident Roman Herzog hat schon 1997 gesagt: „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen.“ Er hatte Recht. Nur haben wir seitdem viel Zeit verloren. Warum bekommen wir den Ruck noch immer nicht hin? Weil wir alle immer noch zu sehr darauf warten, dass er passiert.

(Heiterkeit und Beifall)

Was braucht man für einen Ruck? Nun, man braucht vor allen Dingen Ideen, die verwirklicht werden. Jeder Einzelne hat Ideen, Sie und ich. Aber wir knüpfen nicht genug um ihre Verwirklichung. Wir alle warten.

(Beifall)

Das gilt auch für die Parteien. Die Agenda 2010 weist in die richtige Richtung.

(Beifall)

Was wir jetzt brauchen, ist Konsequenz und Stetigkeit bei der Fortsetzung dieses Weges.

(Beifall)

---

Deshalb sage ich der Mehrheit im Bundestag und der Mehrheit im Bundesrat: Wir können uns trotz aller Wahlen kein einziges verlorenes Jahr für die Erneuerung Deutschlands mehr leisten.

(Beifall)

Wir brauchen den Mut der Bundesregierung zu Initiativen, die den Weg der Erneuerung konsequent fortschreiben, und wir brauchen den Mut der Opposition, ihre Alternativen umfassend und vollständig klar zu machen.

(Beifall)

Wir brauchen noch etwas: die Fähigkeit zu konstruktiven Kompromissen. Die Einigung über das Zuwanderungsgesetz und das Ergebnis des Vermittlungsausschusses zur Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zeigen, dass Deutschland in Bewegung kommt. Ich begrüße das.

(Beifall)

Auch die überparteiliche Diskussion zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung – Herr Bundesratspräsident Althaus hat darauf hingewiesen – macht mich zuversichtlich. Derzeit erfordern zu viele Gesetze des Bundestages die Zustimmung des Bundesrates.

(Beifall)

Das Ergebnis sind Kompromisse, hinter denen die Menschen nicht mehr erkennen können, wer wofür verantwortlich ist.

(Beifall)

Ich wünsche mir, dass die Politik die Kraft findet, ihre Zuständigkeiten in Bund, Ländern und Gemeinden klar zu trennen und zu ordnen und Wettbewerb für die bessere Politik zu ermöglichen.

(Beifall)

Nicht zuletzt wünsche ich mir mehr politischen Spielraum für die Verwirklichung von Ideen auf kommunaler Ebene; denn dort droht uns einiges wegzubrechen.

(Beifall)

Wenn wir in diesen Fragen weiterkommen, ist für die Reformfähigkeit unseres Landes viel gewonnen.

Meine Damen und Herren, wenn wir wissen, wo wir hinwollen, ist auch ein mühsamer Weg erträglich. überall wird gesagt, dass wir Reformen brauchen. Ich selbst habe das auch gesagt. Viele Menschen können das Wort Reform aber schon nicht mehr hören. Es ist uns

---

offensichtlich nicht gelungen, das Ziel der Reformen zu erklären. Dieses Ziel zu erklären ist unsere Verpflichtung.

(Vereinzelt Beifall)

Was ist denn unser Ziel? Nun, ich sage es ganz einfach: Wir wollen aus Deutschland wieder ein erfolgreiches Land machen, ein Land, in dem Menschen gerne leben, vor allen Dingen ein Land, in dem Menschen Arbeit finden und ihre Ideen entfalten können, ein zuversichtliches Land, ein zupackendes Land, ein Land der Ideen. Das sollten wir erreichen und das können wir erreichen.

(Beifall)

Unsere deutsche Geschichte ist gespickt mit ideenreichen Köpfen. Genau heute, am 1. Juli, vor 358 Jahren wurde Gottfried Wilhelm Leibniz geboren. Dieser Universalgelehrte dachte nicht nur über die mittlerweile sprichwörtliche „beste aller Welten“ nach, sondern hatte dafür auch ganz praktische Ideen, zum Beispiel die Nutzung des Windes zur Grubenentwässerung im Harzbergbau.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist Ihnen nicht zukunftsträchtig genug?

(Heiterkeit und Beifall)

Leibniz hat auch, unabhängig von Newton, die Differenzialrechnung erfunden und das binäre Zahlensystem mit den Ziffern 1 und 0 eingeführt, auf dem die moderne Computertechnik fußt – vor über 300 Jahren.

Ideen müssen aber zu Taten werden. Sie müssen es werden können. Warum sind wir dennoch in den letzten Jahrzehnten bei Ideen und Innovationen zurückgefallen? Es gibt unzählige Beispiele dafür, wo Ideen in Deutschland entstanden sind, die Arbeitsplätze aber anderswo, zum Beispiel die braunsche Röhre, Konrad Zuses erster Computer oder – ganz aktuell – die MP3-Technik. Ich erkläre jedem nach der Sitzung, was MP3-Technik ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Das ist etwas ganz Modernes. – Diese Dinge wurden bei uns erfunden. Aber weiterentwickelt und wirtschaftlich ausgewertet wurden sie vor allen Dingen anderswo. Ähnliches droht derzeit bei der Nano- und Biotechnologie zu passieren. Hier müssen wir etwas ändern, damit wir nicht zum Brachland der Ideen werden.

(Beifall)

Von der Globalisierung hat Deutschland als Exportnation gerade in den letzten 50 Jahren profitiert wie kaum ein anderes Land der Welt. Wahr ist aber auch, dass uns aktuell immer mehr Länder überholen. Heute heißt es eben in der ganzen Welt mit Respekt zunehmend „Made in China“ oder „Made in Malaysia“. Unsere Antwort kann nicht Abschottung sein,

---

sondern nur die kreativeren Ideen „Made in Germany“.

(Beifall)

An diesem Punkt gibt es für uns Deutsche sogar eine gute Nachricht von der Fußball-Europameisterschaft.

(Heiterkeit)

Der offizielle Ball der EM wird zwar in Asien produziert. Sein aufwendiges Know-how, also der darin enthaltene Wissensanteil, stammt aber aus Deutschland und sichert bei uns Arbeitsplätze. Anders als sein bleischweres, vom Regen voll gesogenes Vorgängermodell beim „Wunder von Bern“ 1954 hat der EM-Ball 2004 eine nahtlose Oberfläche; das ist eine Spitzenleistung deutscher Materialforschung.

(Heiterkeit und Beifall)

Das zeigt: Vor allem mit Innovationen und Wissensvorsprung können wir einen Weg finden, auch in der Globalisierung Arbeitsplätze bei uns zu sichern. Dazu gehört noch mehr, aber das ist ein wichtiger Teil. Es gibt heute noch unternehmerische Erfolgsgeschichten in Deutschland, zum Beispiel bei der Softwareentwicklung oder im Maschinenbau. Hier gibt es auch deutsche Technologie- und Weltmarktführer. Aber wir haben zu wenige solcher Unternehmen. Wir brauchen mehr davon.

Auch im sozialen Bereich brauchen wir noch mehr Ideen, Ideen wie die der Berliner Stadtmission. Diese hat vor fünf Jahren gemeinsam mit privaten Spendern und Firmen das „Zentrum Lehrter Straße“ gegründet. Eine Anlaufstation für Wohnungslose und Strafgefangene ist dort entstanden, ein Jugendgästehaus und gesellschaftliches Forum zugleich. Ohne auf den Staat zu warten, haben sich hier Bürger zusammengeschlossen, um anderen Bürgern in Not tatkräftig zu helfen. Sie waren mutig, kreativ, risikobereit. Sie haben nicht gewartet. Solche Beispiele gibt es noch mehr in Deutschland und wir brauchen auch noch mehr. Auch das sind Ideen „Made in Germany“; auch das lässt mich hoffen und macht mich zuversichtlich.

(Beifall)

Warum tun wir uns aber momentan noch so schwer mit der Erneuerung? Von all den vielen möglichen Antworten möchte ich zwei herausgreifen: Zum einen klammern wir uns schlicht zu sehr an dem fest, was wir haben. Zum anderen leben wir zu sehr in der Angst zu scheitern.

Der Sozialstaat ist für mich eine zivilisatorische Errungenschaft, auf die wir stolz sein können.

(Beifall)

Aber der Sozialstaat heutiger Prüfung in Deutschland hat sich übernommen. Das ist bitter, aber wahr.

---

(Beifall)

Wir haben es vor allen Dingen nicht geschafft, den Sozialstaat rechtzeitig auf die Bedingungen einer alternden Gesellschaft und einer veränderten Arbeitswelt einzustellen. Weitere Staatsverschuldung ist auch kein Ausweg, weil die hohen Schulden schon jetzt die Zukunft unserer Kinder belasten.

(Beifall)

Wir brauchen einen Mentalitätswandel in unserem Land, eine neue Balance von Eigenverantwortung und kollektiver Absicherung. Wir müssen auch die Sozialpolitik nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit gestalten, also bei allen Entscheidungen, allen Gesetzesvorhaben immer auch die Auswirkungen auf zukünftige Generationen, unsere Kinder, berücksichtigen. Das haben wir zu lange vernachlässigt.

(Beifall)

Uns allen muss dabei bewusst sein: Der Umbau des Sozialstaates verlangt schon jetzt vielen Menschen in Deutschland vieles ab. Es gibt soziale Härten, weil Einschnitte Menschen treffen, die ohnehin nicht viel haben. Ich weiß das und wir alle sollten das wissen. Niemand kann seriös bereits nach kurzer Zeit neue Verteilungsspielräume versprechen. Umso mehr müssen wir darauf achten, dass alle Verantwortung tragen und Opfer bringen, und zwar entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit.

(Beifall)

Wir brauchen eine „Entwicklungspolitik für ein entwickeltes Land“, wie es die deutschen katholischen Bischöfe formuliert haben. Wohlweislich: Entwicklung, nicht Abriss oder Abbau; Entwicklung als Umbau.

Dazu brauchen wir auch die Kraft, Lager denken in unserer Gesellschaft zu überwinden. Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft – wir sitzen alle in einem Boot. Jeder kann Verantwortung für das Wohl des Landes übernehmen. Jeder kann Vorbild sein, zum Beispiel der Krankenpfleger, die Lehrerin, der Jugendtrainer im Sportverein, die Journalistin, der Unternehmer. Die meisten Unternehmer in Deutschland leisten Vorbildliches in schwieriger Zeit. Diesen Unternehmern ist klar, dass gerade in der Wissensgesellschaft motivierte und leistungsbereite Mitarbeiter das größte Kapital eines Unternehmens sind. Ich wünsche mir, dass Führungspersönlichkeiten der Wirtschaft gerade in dieser schwierigen Zeit in Deutschland eine Kultur der Verantwortung und der Mäßigung vorleben.

(Beifall)

Ein zweiter Grund, warum wir uns in Deutschland mit der Erneuerung so schwer tun, ist – ich habe das bereits erwähnt – die Angst zu scheitern. Rückschläge und Irrtümer sind aber Teil des menschlichen Tuns. Wichtig ist, sich nicht aufzugeben, immer wieder Neues anzufangen und sich nicht hängen zu lassen. Denken Sie an die Leipziger Olympiabewer-

---

bung! Ich möchte die Probleme und Fehler Einzelner dabei nicht herunterspielen. Dennoch: In Leipzig wurde Neues, Großartiges angepackt. Leipzig wagte es, mit Städten wie New York, London oder Paris in Wettbewerb zu treten. Es hat am Ende nicht gereicht. Aber ich bin mir ganz sicher: Die Erfahrung wird die Leipziger und übrigens auch die Rostocker stärker machen.

(Beifall)

Menschen mit Mut, Ideen und Verantwortungsbewusstsein fallen nicht vom Himmel. Sie werden geprägt: in der Familie, in der Schule, im Wohnviertel. Deshalb sind Bildung und Erziehung der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Bildung und Erziehung – das bedeutet, Kreativität zu fördern, Ideen zu wecken und Werte zu vermitteln. Das gelingt nur denen, die Vorbilder schaffen und Ideale selbst vorleben und an denen sich junge Menschen orientieren oder auch reiben können. Hier haben wir aus meiner Sicht möglicherweise den größten Handlungsbedarf. Bildung heißt, in Herzen, aber auch in Köpfe zu investieren. Wir brauchen ein Bildungswesen, das Leistung fördert, Freude am Lernen vermittelt und selbst als lernendes System kreativ und entwicklungsfähig ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe das Gefühl, in unserer Gesellschaft entwickelt sich eine Renaissance der Familie. Das spüre ich und das gibt mir Zuversicht. Diese Entwicklung muss gestärkt und gefördert werden. Über Familie und Kinder habe ich vor kurzem einen bemerkenswerten Satz gelesen: Kinder sind die einzig unkündbare Beziehung.

(Beifall)

Deshalb kommt es darauf an, dass sich die Eltern wieder ihres Erziehungsauftrags bewusst werden. Das heißt vor allem: Sie müssen Vorbild sein. Wir wissen: Vater und Mutter zu sein ist einer der schwierigsten Berufe, zumal heute, in einer Zeit, in der junge Menschen um Arbeitsplätze und soziale Anerkennung ganz anders kämpfen müssen als meine Generation: Sie haben es heute schwerer.

Bildung und Familie müssen auch deshalb zusammen und neu gedacht werden, weil uns die rapide Alterung unserer Gesellschaft vor gewaltige Probleme stellt. Ohne Kinder hat unser Land keine Zukunft. Daher ist es so wichtig, dass Deutschland als Land der Ideen vor allem ein Land für Kinder wird.

(Beifall)

Deutschland muss zu einem Land werden, in dem wir es nicht zulassen, dass Kinder verwahrlosten können, in dem es kein Schild mit der Aufschrift „Spielen verboten“ mehr gibt

(Beifall)

und in dem Kinderlärm kein Grund für Gerichtsurteile ist.

(Beifall)

---

Dabei sollte klar sein: Kinder sind nicht allein Frauensache, sondern Elternsache.

(Beifall)

Die Mehrheit der jungen Menschen wünscht sich die Vereinbarkeit von Kind und Beruf. Aber da ist noch ein weiterer, sehr wichtiger Punkt: Wir müssen zu einem Land werden, in dem die Gleichberechtigung von Frau und Mann selbstverständlich ist.

(Beifall)

Und das gilt nicht zuletzt für Führungspositionen von Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft. Deutschland gehört hier zu den Entwicklungsländern. Das kann ich Ihnen aufgrund meiner internationalen Erfahrung berichten.

(Beifall)

Wir Männer müssen uns klar machen: Es geht dabei nicht einmal so sehr um das Thema Kinder und Familien. Es geht vielmehr um die Kreativität und die Kompetenz der Frauen. Wir brauchen sie dringend.

(Beifall)

Wir müssen die Kraft haben, Familiengründungen auch parallel zu Ausbildung, Berufstätigkeit und Aufbau einer Existenz möglich zu machen. Ich appelliere an Politik und Wirtschaft, an Verbände und Verwaltung, vor allen Dingen an die Selbstverwaltungseinrichtungen: Schaffen Sie schneller bessere Bedingungen! Helfen Sie mit, dass Frauen und Männer die Entscheidung für eine berufliche Karriere frei treffen können, ohne sich deshalb gegen Kinder entscheiden zu müssen!

(Beifall)

Wir brauchen mehr Kindertagesstätten und bessere Arbeitszeitmodelle, die es möglich machen, Beruf und Zuhause zu verbinden.

(Beifall)

Gleichzeitig ist es mir ganz wichtig, zu sagen: Auch die Mütter, die sich zu Hause für ihre Familien engagieren wollen, sollten in unserer Gesellschaft stärker Anerkennung finden, sichtbar und handfest.

(Beifall)

Einen besonderen Appell möchte ich an die jungen Menschen in Deutschland richten. Das 21. Jahrhundert ist euer, ist Ihr Jahrhundert! Bei der Erneuerung Deutschlands geht es vor allem um Ihre Zukunft, um die der jungen Menschen. Es geht um Ihre Ideen, Ihren Einsatz. Sie haben so viel Freiheit, so viele Chancen! Nehmen Sie das 21. Jahrhundert in die Hand! Und – auch das ist ganz wichtig – verwerfen Sie nicht die Erfahrung der Alten. Sie

---



ist wertvoll und hilfreich. Natürlich, meine Damen und Herren: Unsere Gesellschaft wird immer älter. Aber auch hier gibt es eine gute Nachricht: Für Ideen und Engagement ist man nie zu alt.

(Beifall)

Das ist mein Appell an die Älteren: Gehen Sie auf die Jungen zu! Sie werden gebraucht! Die neue Gemeinschaft zwischen Alt und Jung ist eine große Chance für uns und unser Land der Ideen im 21. Jahrhundert.

(Beifall)

Ja, meine Damen und Herren, wir müssen diesen Umbruch bei uns und in der Welt als Chance begreifen und nutzen. Wir haben in der Vergangenheit in Deutschland erfahren, dass die Kraft der streitigen Debatte, die Kraft zur Überwindung von Gegensätzen und die Kraft der Freiheit zu Gutem geführt haben: Westbindung, Wirtschaftswunder, auch die 68er mit ihren Impulsen und Auswüchsen,

(Heiterkeit)

die deutsche Einheit, die europäische Einigung.

Trotz vieler, oftmals bitterer Auseinandersetzungen haben wir Brücken gebaut, Gegensätze überwunden, Lösungen gefunden. Mut zur Zukunft sollte uns nicht zuletzt die Erinnerung daran machen, was vor 15 Jahren in Deutschland geschah: Den Menschen in Ostdeutschland gelang eine friedliche Revolution. Ihr Mut und ihre Veränderungserfahrung sind wertvoll für uns alle.

(Beifall)

Wir sind jetzt als *ein* Volk gefordert.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass ich hier und heute nicht alles und alle Gruppen in unserem Land angesprochen habe. Ich mache mir keine Illusionen, dass einige, die sich nicht wiederfinden, enttäuscht sein werden. Besonders denen möchte ich sagen, aber nicht drohen: Mit der heutigen Rede ist ja nicht das letzte Wort gesprochen.

(Heiterkeit und Beifall)

Dabei will ich zugleich einräumen: Niemand hat auf die vielen offenen Fragen in dieser Zeit bereits alle Antworten. Wir müssen mit Offenheit leben. Wichtig ist, dass wir als Individuen und als Gesellschaft dialog- und lernfähig bleiben.

Meinen Amtseid verstehe ich als Verpflichtung, zur Erneuerung Deutschlands beizutragen. Als Bundespräsident werde ich hinschauen, nachfragen, auch hinterfragen. Persönlicher Kompass ist mir dabei mein christliches Menschenbild und das Bewusstsein, dass menschliches Tun am Ende immer vorläufiges Tun ist. Ich bin Optimist.

---

Von Goethe stammt der Satz:

Niemand weiß, wie weit seine Kräfte gehen, bis er sie versucht hat.

Lassen Sie uns unsere Ideen und unsere Kräfte versuchen! Wir können in Deutschland vieles möglich machen. Dazu brauchen wir zugleich mehr Freiheit und mehr Gemeinschaft. Ich bin sicher: Wir werden es schaffen. Ich glaube an dieses Land, weil ich an seine Menschen glaube.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall – Die Anwesenden erheben sich)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Herr Bundespräsident, ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Rede.

Nun singen wir gemeinsam unsere Nationalhymne.

(Die Anwesenden erheben sich und stimmen die Nationalhymne an)

Mit den besten Wünschen für Sie schließe ich die gemeinsame Sitzung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates.

[...] Die Sitzung ist geschlossen.

---

**17. 13. Bundesversammlung**  
23. Mai 2009

<b>Übersicht</b>	
<b>Zusammensetzung nach Parteien</b>	
CDU/CSU	497
SPD	418
FDP	107
Bündnis 90/Die Grü-	95
PDS	89
Sonstige <sup>1)</sup>	17
insgesamt	1223
1) FW, DVU, NPD, Fraktionslose, SSW	
<b>Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder <sup>2)</sup></b>	
Baden-Württemberg	78
Bayern	93
Berlin	24
Brandenburg	20
Bremen	5
Hamburg	12
Hessen	44
Mecklenburg-	13
Niedersachsen	61
Nordrhein-Westfalen	131
Rheinland-Pfalz	31
Saarland	8
Sachsen	33
Sachsen-Anhalt	19
Schleswig-Holstein	22
Thüringen	18
<sup>2)</sup> Bekanntmachung der Bundesregierung vom 27. Januar 2009 (BGBl. I S. 135, Nr.5 vom 30. Januar 2009) über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung	
<b>Tagungsort und Tagesstätte:</b> Berlin, Reichstagsgebäude	
<b>Präsident der Bundesversammlung:</b> Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert	
<b>Wahlergebnis</b>	
	1. Wahlgang
Horst Köhler (Vorschlag CDU/CSU, FDP)	613
Gesine Schwan (Vorschlag SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	503
Peter Sodann (Vorschlag DIE LINKE.)	91
Frank Renniecke (Vorschlag DVU, NPD)	4
Enthaltungen	10
ungültige Stimmen	2

abgegebene Stimmen insgesamt	1 223
<b>Gewählt:</b> Horst Köhler im 1. Wahlgang mit 613 Stimmen <sup>3)</sup>	
<b>- Wiederwahl -</b>	
<sup>3)</sup> erforderliche Mehrheit: 613 Stimmen	
<b>Amtszeit:</b> 1. Juli 2009 bis 31. Mai 2010	

**Verzeichnis der Mitglieder****A**

Inga-Karina Ackermann  
 Jens Ackermann <sup>\*61</sup>  
 Ulrich Adam \*  
 Dr. Karl Addicks \*  
 Doris Ahnen  
 Christian Ahrendt \*  
 Barbara Ahrons  
 Ilse Aigner \*  
 Hubert Aiwanger  
 Dr. Lale Akgün \*  
 Peter Albach \*  
 Heinrich Aller  
 Prof. Jutta Allmendinger  
 Dieter Althaus  
 Dr. Bernd Althusmann  
 Peter Altmaier \*  
 Katrin Altpeter  
 Tarek Al-Wazir  
 Gregor Amann \*  
 Kerstin Andreae \*  
 Dr. h. c. Gerd Andres \*  
 Dr. Gabriele Andretta  
 Niels Annen \*  
 Holger Apfel  
 Ingrid Arndt-Brauer \*  
 Rainer Arnold \*  
 Holger Astrup  
 Inge Aures  
 Hüseyin-Kenan Aydin \*

**B**

Günter Baaske  
 Daniel Bahr (Münster) \*  
 Ernst Bahr (Neuruppin) \*  
 Christian Baldauf

Dorothee Bär \*  
 Thomas Bareiß \*  
 Prof. Dr. Georg Barfuß  
 Doris Barnett \*  
 Dr. Hans-Peter Bartels \*  
 Uwe Barth \*  
 Klaus Barthel \*  
 Norbert Barthle \*  
 Sören Bartol \*  
 Dr. Dietmar Bartsch \*  
 Sabine Bätzing \*  
 Hans-Artur Bauckhage  
 Prof. Thomas Bauer  
 Dr. Wolf Bauer \*  
 Günter Baumann \*  
 Margarete Bause  
 Paul Bauwens-Adenauer  
 Christoph Bayer  
 Marieluise Beck (Bremen) \*  
 Volker Beck (Köln) \*  
 Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) \*  
 Hilda Beck  
 Kurt Beck  
 Ralf-Uwe Beck  
 Andreas Becker  
 Dirk Becker \*  
 Thomas Beckmann  
 Uwe Beckmeyer \*  
 Dr. Günther Beckstein \*  
 Nicola Beer  
 Cornelia Behm \*  
 Dr. Fritz Behrens  
 Veronika Bellmann \*  
 Birgitt Bender \*  
 Klaus Uwe Benneter \*  
 Dr. Axel Berg \*  
 Ute Berg \*

Almuth Berger  
 Dr. Christoph Bergner \*  
 Dr. Otmar Bernhard  
 Otto Bernhardt \*  
 Ole von Beust  
 Dr. Thomas Beyer  
 Susann Biedefeld  
 Prof. Dr. Kurt Biedenkopf  
 Petra Bierwirth \*  
 Peter Biesenbach  
 Michael Billen  
 Karin Binder \*  
 Lothar Binding (Heidelberg)  
 \*  
 Clemens Binninger \*  
 Marianne Birthler  
 Prof. Dr. Lothar Bisky \*  
 Renate Blank \*  
 Thomas Blenke  
 Peter Bleser \*  
 Heidrun Bluhm \*  
 Kornelie Blumenschein  
 Antje Blumenthal \*  
 Volker Blumentritt \*  
 Reinhold Bocklet  
 Jörg Bode  
 Brigitte Bödeker  
 Kurt Bodewig \*  
 Reimer Böge  
 Heike Böhm  
 Prof. Dr. Maria Böhmer \*  
 Prof. Dr. Wolfgang Böhmer  
 Clemens Bollen \*  
 Gerd Bollmann \*  
 Alexander Bonde \*  
 Jochen Borchert \*  
 Wolfgang Börnsen (Bönstrup) \*

<sup>61</sup> \* = Die mit einem Stern versehene Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

Martin Börschel  
 Wolfgang Bosbach \*  
 Maria Bösch  
 Dr. Wolfgang Bötsch  
 Dr. Martin Böttger  
 Dr. Gerhard Botz \*  
 Volker Bouffier  
 Prof. Dr. Rainer Bovermann  
 Hans-Josef Bracht  
 Klaus Brähmig \*  
 Heiner Brand  
 Michael Brand  
 Giesela Brandes-  
 Steggewentz  
 Klaus Brandner \*  
 Helmut Brandt \*  
 Willi Brase \*  
 Dr. Ralf Brauksiepe \*  
 Prof. Dr. h. c. Ludwig Georg  
 Braun  
 Ulla Brede-Hoffmann  
 Andreas Breitner  
 Gudrun Brendel-Fischer  
 Michael Thomas Breuer  
 Leni Breymaier  
 Bernhard Brinkmann (Hil-  
 desheim) \*  
 Franz-Josef Britz  
 Dietmar Brockes  
 Prof. Dr. Emil Brockstedt  
 Elmar Brok  
 Rainer Brüderle \*  
 Hannelore Brüning  
 Monika Brüning \*  
 Angelika Brunkhorst \*  
 Anke Brunn  
 Elke Brunnemer  
 Georg Brunnhuber \*  
 Bärbel Bruns  
 Katrin Budde  
 Norbert Bude  
 Jens Bullerjahn  
 Dr. Friedrich Bullinger  
 Eva Bulling-Schröter \*  
 Edelgard Bulmahn \*  
 Marco Bülow \*  
 Dr. Martina Bunge \*

Ulla Burchardt \*  
 Ernst Burgbacher \*  
 Martin Burkert \*  
 Dr. Michael Bürsch \*  
 Fritz Buschle  
 Bernd Busemann  
 Dirk Buttler  
**C**  
 Cajus Caesar \*  
 Lorenz Caffier  
 Christian Carstensen \*  
 Peter Harry Carstensen  
 Marion Caspers-Merk \*  
 Bodo Champignon  
 Monika Chef  
 Roland Claus \*  
 Peter Clausen  
 Christine Clauß  
 Helmut Collmann  
 Gitta Connemann \*  
**D**  
 Sevim Dağdelen \*  
 Inka Damerau  
 Dr. Peter Danckert \*  
 Dr. Herta Däubler-Gmelin \*  
 Leo Dautzenberg \*  
 Friedhelm Decker  
 Dr. Diether Dehm \*  
 Hubert Deittert \*  
 Ekin Deligöz \*  
 Dr. Hans-Joachim Deneke-  
 Jöhrens  
 Inge Deutschkron  
 Bärbel Dieckmann  
 Birgit Diezel  
 Karl Diller \*  
 Hermann Dinkla  
 Regina van Dinther  
 Alexander Dobrindt \*  
 Renate Dodell  
 Dieter Dombrowski  
 Ursula Doppmeier  
 Thomas Dörflinger \*  
 Patrick Döring \*  
 Martin Dörmann \*  
 Marie-Luise Dött \*  
 Erwin Dotzel

Werner Dreibus \*  
 Dr. Carl-Christian Dressel \*  
 Wolfgang Drexler  
 Elvira Drobinski-Weiß \*  
 Franziska Drohsel  
 Dr. Wilhelm Droste  
 Dr. Thea Dückert \*  
 Garrelt Duin \*  
 Martin Dulig  
 Christian Dürig  
 Dr. Sepp Dürr  
 Mechthild Dyckmans \*  
 Detlef Dzembitzki \*  
**E**  
 Jutta Ebeling  
 Prof. Dr. Georg Ebert  
 Sebastian Edathy \*  
 Hans-Heinrich Ehlen  
 Siegmund Ehrmann \*  
 Hans Eichel \*  
 Maria Eichhorn \*  
 Christian Eichner  
 Dr. Uschi Eid \*  
 Franz Einhaus  
 Dr. Stephan Eisel \*  
 Prof. Dr. Axel Ekkernkamp  
 Prof. Dr. Havva Engin  
 Dr. Dagmar Enkelmann \*  
 Ute Erdsiek-Rave  
 Ingrid Ehrhardt  
 Dr. h. c. Gernot Erler \*  
 Dr. Cornelia Ernst  
 Klaus Ernst\*  
 Ursula Ernst  
 Petra Ernstberger \*  
 Jörg van Essen \*  
 Marc Jan Eumann  
 Karin Evers-Meyer \*  
 Günter Eymael  
 Anke Eymer (Lübeck) \*  
**F**  
 Nancy Faeser  
 Georg Fahrenschon \*  
 Prof. Dr. Armin Falk  
 Ilse Falk \*  
 Annette Faße \*  
 Marie-Luise Fasse

Dr. Hans Georg Faust \*  
 Günther Felbinger  
 Hans-Josef Fell \*  
 Prof. Dr. Claudia Felser  
 Markus Ferber  
 Enak Ferlemann \*  
 Elke Ferner \*  
 Eva Feußner  
 Ingrid Fischbach \*  
 Hartwig Fischer (Göttingen)  
 \*  
 Dirk Fischer (Hamburg) \*  
 Axel E. Fischer (Karlsruhe-  
 Land) \*  
 Birgit Fischer  
 Otfried Fischer  
 Richard Fischer  
 Sven Fischer  
 Ute Fischer  
 Ulrike Flach \*  
 Dr. Maria Flachsbarth \*  
 Steffen Flath  
 Kreszentia Flauger  
 Johann Fleschhut  
 Klaus-Peter Flosbach \*  
 Gabriele Fograscher \*  
 Sabine Fohler  
 Rainer Fornahl \*  
 Herbert Frankenhauser \*  
 Gabriele Frechen \*  
 Ulrich Freese  
 Angela Freimuth  
 Dagmar Freitag \*  
 Karl Freller  
 Dr. Christian Frenzel  
 Dr. Michael Freytag  
 Otto Fricke \*  
 Paul K. Friedhoff \*  
 Dr. Ingo Friedrich  
 Horst Friedrich (Bayreuth)  
 Dr. Hans-Peter Friedrich  
 (Hof)  
 Peter Friedrich \*  
 Erich G. Fritz \*  
 Jan Frodeno  
 Regina Frömert  
 Jochen-Konrad Fromme \*

Dr. Michael Fuchs \*  
 Dr. Ruth Fuchs  
 Hans-Joachim Fuchtel \*  
 Michael Fuder  
**G**  
 Sigmar Gabriel \*  
 Reinhold Gall  
 Prof. Dr. Peter Paul Gantzer  
 Stephan Gatter  
 Dr. Peter Gauweiler \*  
 Torsten Geerdts  
 Dr. Jürgen Gehb \*  
 Wolfgang Gehrcke \*  
 Kai Gehring \*  
 Norbert Geis \*  
 Dr. Edmund Peter Geisen \*  
 Thomas Gemke  
 Dr. Wolfgang Gerhardt \*  
 Alfons Gerling  
 Martin Gerster \*  
 Klara Geywitz  
 Eberhard Gienger \*  
 Iris Gleicke \*  
 Michael Glos \*  
 Günter Gloser \*  
 Alois Glück  
 Carina Gödecke  
 Hans-Michael Goldmann \*  
 Diana Golze \*  
 Ivo Gönner  
 Josef Göppel \*  
 Katrin Göring-Eckardt \*  
 Margret Gottschlich  
 Peter Götz \*  
 Rudolf Götz  
 Dr. Wolfgang Götzer \*  
 Renate Gradistanac \*  
 Angelika Graf (Rosenheim) \*  
 Angelika Gramkow  
 Ute Granold \*  
 Dieter Grasedieck \*  
 Armin Grein  
 Monika Griefahn \*  
 Kerstin Griese \*  
 Lucia Griebhaber  
 Reinhard Grindel \*  
 Hermann Gröhe \*

Gabriele Groneberg \*  
 Michael Groschek  
 Evelin Groß  
 Michael Grosse-Brömer \*  
 Achim Großmann \*  
 Wolfgang Grotthaus \*  
 Markus Grübel \*  
 Manfred Grund \*  
 Miriam Gruß  
 Prof. Monika Grütters \*  
 Stefan Grüttner  
 Saliou Gueye  
 Ortwin Guhl  
 Ravindra Gujjula  
 Harald Güller  
 Wolfgang Gunkel \*  
 Joachim Günther (Plauen) \*  
 Dr. Karl-Theodor Frhr. zu  
 Guttenberg \*  
 Olav Gutting \*  
 Dr. Gregor Gysi \*  
**H**  
 Friederike de Haas  
 Hans-Joachim Hacker \*  
 Thomas Hacker  
 Christine Haderthauer  
 Bettina Hagedorn \*  
 Klaus Hagemann \*  
 Dr. André Hahn  
 Jörg-Uwe Hahn  
 Dr. Jochen Hahne  
 Holger Haibach \*  
 Heiner Halberstadt  
 Regina Halmich  
 Ursula Hammann  
 Helene Hammelrath  
 Joachim Hanisch  
 Heike Hänsel \*  
 Dr. Christel Happach-Kasan  
 \*  
 Alfred Hartenbach \*  
 Jochen Hartloff  
 Michael Hartmann (Wa-  
 ckernheim) \*  
 Ludwig Hartmann  
 Dr. Reiner Haseloff  
 Gerda Hasselfeldt \*

Britta Habelmann \*  
 Nina Hauer \*  
 Ute Haupt  
 Dieter Hausold  
 Ursula Haubmann  
 Heinz-Peter Haustein \*  
 Peter Heesen  
 Lothar Hegemann  
 Heinrich Heidel  
 Hubertus Heil \*  
 Walter Heiler  
 Lutz Heilmann \*  
 Ursula Heinen \*  
 Elisabeth Heister-Neumann  
 Uda Carmen Freia Heller \*  
 Dr. Reinhold Hemker \*  
 Rolf Hempelmann \*  
 Dr. Barbara Hendricks \*  
 Rudolf Henke  
 Frank Henkel  
 Michael Hennrich \*  
 Dorothea Henzler  
 Torsten Herbst  
 Hendrik Hering  
 Martin Herkommer  
 Bettina Herlitzius \*  
 Winfried Hermann \*  
 Dr. Martin Herrenknecht  
 Joachim Herrmann  
 Jürgen Herrmann \*  
 Gustav Herzog \*  
 Petra Heß \*  
 Birgit Hesse  
 Katja Hessel  
 Liane Hesselbarth  
 Peter Hettlich \*  
 Wolfgang Heubach  
 Dr. Wolfgang Heubisch  
 Bernd Heynemann \*  
 Hans-Kurt Hill \*  
 Gabriele Hiller-Ohm \*  
 Stephan Hilsberg \*  
 Ernst Hinsken \*  
 Peter Hintze \*  
 Petra Hinz (Essen) \*  
 Priska Hinz (Herborn) \*  
 Cornelia Hirsch \*

Christian Hirte \*  
 Bernd Hitzler  
 Robert Hochbaum \*  
 Klaus Hofbauer \*  
 Gerd Höfer \*  
 Elke Hoff \*  
 Volker Hoff  
 Andreas Hoffmann  
 Iris Hoffmann (Wismar) \*  
 Ulrike Höfken \*  
 Frank Hofmann (Volkach) \*  
 Jörg Hofmann  
 Brigitte Hofmeyer  
 Dr. Anton Hofreiter \*  
 Inge Höger \*  
 Dr. Eva Högl \*  
 Bärbel Höhn \*  
 Matthias Höhn  
 Dr. Barbara Höll \*  
 Franz-Josef Holzenkamp \*  
 Birgit Homburger \*  
 Thilo Hoppe \*  
 Joachim Hörster \*  
 Petra Hort  
 Holger Hövelmann  
 Josef Hovenjürgen  
 Eike Hovermann \*  
 Dr. Werner Hoyer \*  
 Berthold Huber  
 Erwin Huber  
 Anette Hübinger \*  
 Klaas Hübner \*  
 Melanie Huml  
 Christel Humme \*  
 Dr. Dieter Hundt  
 Thomas Hunsteger-  
 Petermann  
 Hubert Hüppe \*  
**I**  
 Lothar Ibrügger \*  
 Erich Iltgen  
 Brunhilde Irber \*  
**J**  
 Susanne Jaffke-Witt \*  
 Dr. Armin Jäger  
 Ralf Jäger  
 Angelika Jahns

Dr. Peter Jahr \*  
 Ulla Jelpke \*  
 Dr. Lukrezia Jochimsen \*  
 Dr. Hans-Heinrich Jordan \*  
 Dr. Franz Josef Jung \*  
 Johannes Jung (Karlsruhe) \*  
 Andreas Jung (Konstanz) \*  
 Peter Jung  
 Josip Juratovic \*  
 Dr. Andreas Jürgens  
 Dr. Eberhard Jüttner  
 Wolfgang Jüttner  
**K**  
 Johannes Kahrs \*  
 Kerstin Kaiser  
 Bartholomäus Kalb \*  
 Christine Kamm  
 Hans-Werner Kammer \*  
 Steffen Kampeter \*  
 Kader Karabulut  
 Alois Karl \*  
 Norbert Kartmann  
 Ulrich Kasparick \*  
 Bernhard Kaster \*  
 Dr. h. c. Susanne Kastner \*  
 Gregor Kathstede  
 Michael Kauch \*  
 Siegfried Kauder (Villingen-  
 Schwenningen)  
 Volker Kauder \*  
 Martin Kayenburg  
 Dr. Hans-Peter Keitel  
 Ulrich Kelber \*  
 Josef Keller  
 Tayfun Keltok  
 Jens Kerstan  
 Prof. Dr. Hakki Keskin \*  
 Nadine Kessler  
 Dilek Kilinc  
 Katja Kipping \*  
 Dr. Franz Xaver Kirschner  
 Dietrich Kittner  
 Eckart von Klaeden \*  
 Karl-Heinz Klare  
 Dr. Birgit Klaubert  
 Horst Klee  
 Christian Kleiminger \*

---

Karsten Klein	Ernst Kranz *	Christian Lange (Backnang)
Volkmar Klein	Bernd Kränzle	*
Dieter Kleinmann	Andreas Krautscheid	Dr. Gerhard Langemeyer
Wilfried Klenk	Dr. Jakob Kreidl	Dr. Werner Langen
Jürgen Klimke *	Nicolette Kressl *	Anette Langner
Julia Klöckner *	Winfried Kretschmann	Karl-Heinrich Langspecht
Hans-Ulrich Klose *	Michael Kretschmer *	Leonard Lansink
Hagen Kluck	Klaus Kreuzeder	Armin Laschet
Astrid Klug *	Thomas Kreuzer	Dr. Bernhard Lasotta
Dr. Heidi Knake-Werner	Gunther Krichbaum *	Karl-Josef Laumann
Nikolaus Knauf	Dr. Günter Krings *	Sibylle Laurischk *
Ralf Kneflowski	Dr. Martina Krogmann *	Prof. Dr. Karl Lauterbach *
Charlotte Knobloch	Volker Kröning *	Caren Lay
Monika Knoche *	Dr. Hans-Ulrich Krüger *	Hermann Layher
Dr. Rainer Koch	Angelika Krüger-Leißner *	Monika Lazar *
Roland Koch	Sebastian Krumbiegel	Kurt Lechner
Petra Kockert	Thomas Kubendorff	Dr. Max Lehmer *
Ute Koczy *	Wolfgang Kubicki	Waltraud Lehn *
Jens Koeppen *	Jochen K. Kübler	Peter Lehnert
Dr. Bärbel Kofler *	Jürgen Kucharczyk *	Paul Lehrieder *
Dr. Kristina Köhler (Wiesbaden) *	Leonard Kuckart	Dr. Nicola Leibinger-
Natascha Kohnen	Dr. Hermann Kues *	Kammüller
Marlies Kohnle-Gros	Manfred Kuhmichel	Harald Leibrecht *
Dr. Heinrich L. Kolb *	Fritz Kuhn *	Sabine Leidig
Manfred Kolbe *	Eva Kühne-Hörmann	Steffi Lemke
Walter Kolbow *	Helga Kühn-Mengel *	Dr. Tassilo Lenk
Alexander König	Ute Kumpf *	Ina Lenke *
Hellmut Königshaus *	Renate Künast *	Aloys Lenz (Hanau)
Norbert Königshofen *	Katrin Kunert *	Peter Lepper
Gudrun Kopp *	Undine Kurth (Quedlinburg)	Michael Leutert *
Norbert Kopp	*	Sabine Leutheusser-
Dr. h. c. Jürgen Koppelin *	Markus Kurth *	Schnarrenberger *
Fritz Rudolf Körper *	Dr. Peter Kurz	Markus Lewe
Knut Korschewsky	Markus Kurze	Hans Ley
Jan Korte *	Wolfram Kuschke	Dr. Ursula von der Leyen
Karin Kortmann *	Dr. Uwe Küster *	Alexander Licht
Ursula Körtner	<b>L</b>	Johanna Lichy
Stefan Körzell	Oskar Lafontaine *	Ingbert Liebing *
Dr. Rolf Koschorrek *	Christine Lambrecht *	Dr. Martin Lindner
Hartmut Koschyk *	Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) *	Christian Lindner
Guido Kosmehl	Andreas G. Lämmel *	Michael Link (Heilbronn) *
Thomas Kossendey *	Prof. Dr. Norbert Lammert *	Dr. Helmut Linsen
Sylvia Kotting-Uhl *	Helmut Lamp *	Eduard Lintner *
Hannelore Kraft	Bernd Landgraf	Dr. Klaus W. Lippold *
Rolf Kramer *	Katharina Landgraf *	Patricia Lips *
Anette Kramme *	Heinz Lanfermann *	Barbara Lochbihler
		Sylvia Löhrmann

---



Katrin Lompscher  
 Markus Löning \*  
 Helga Lopez \*  
 Editha Lorberg  
 Frank Lortz  
 Gabriele Lösekrug-Möller \*  
 Dr. Erwin Lotter \*  
 Ulla Lötzer \*  
 Dr. Gesine Löttsch \*  
 Dr. Johannes Ludewig  
 Anna Lührmann \*  
 Dr. Michael Luther \*  
**M**  
 Heiko Maas  
 Winfried Mack  
 Franz Maget  
 Thomas Mahlberg \*  
 Horst-Werner Maier-Hunke  
 Nicole Maisch \*  
 Michael Makiolla  
 Dirk Manzewski \*  
 Stefan Mappus  
 Lothar Mark \*  
 Caren Marks \*  
 Dr. Silvia Martin  
 Katja Mast \*  
 Christoph Matschie  
 Christa Matschl  
 Angelika Matt-Heidecker  
 Hilde Mattheis \*  
 Dr. Max Matthiesen  
 Detlef Matthiessen  
 Ulrich Maurer \*  
 Stephan Mayer (Altötting) \*  
 Dr. Thomas de Mazière  
 David McAllister  
 Markus Meckel \*  
 Wolfgang Meckelburg \*  
 Horst Meierhofer \*  
 Patrick Meinhardt \*  
 Dr. Michael Meister \*  
 Dorothee Menzner \*  
 Dr. Beate Merk  
 Dr. Angela Merkel \*  
 Petra Merkel (Berlin) \*  
 Ulrike Merten \*  
 Joachim Mertens

Herbert Martin  
 Friedrich Merz \*  
 Prof. Dr. Wolfgang Methling  
 Christoph Meyer  
 Helga Meyer  
 Laurenz Meyer (Hamm) \*  
 Maria Michalk \*  
 Dr. h. c. Hans Michelbach \*  
 Dr. Matthias Miersch \*  
 Prof. Dr. Georg Milbradt  
 Philipp Mißfelder \*  
 Ursula Mogg \*  
 Mike Mohring  
 Dieter Möhrmann  
 Franz Josef Möllenberg  
 Claus Möller  
 Kornelia Möller \*  
 Dr. Eva Möllring \*  
 Jerzy Montag \*  
 Edgar Moron  
 Norbert Mörs  
 Marlene Mortler \*  
 Jan Mücke \*  
 Dagmar Mühlenfeld  
 Marko Mühlstein \*  
 Dr. Ansgar Müller  
 Dr. Gerd Müller \*  
 Dr. Johannes Müller  
 Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)  
 Dr. Werner Müller  
 Carsten Müller (Braunschweig) \*  
 Detlef Müller (Chemnitz) \*  
 Michael Müller (Düsseldorf) \*  
 Stefan Müller (Erlangen) \*  
 Kerstin Müller (Köln) \*  
 Emilia Müller  
 Martina Müller  
 Michael Müller  
 Peter Müller \*  
 Ulrich Müller  
 Ulrike Müller  
 Roswitha Müller-Piepenkötter  
 Burkhardt Müller-Sönksen \*

Gesine Multhaupt \*  
 Dr. Martina Münch  
 Heidemarie Mundlos  
 Franz Müntefering \*  
 Dietmar Muscheid  
 Dr. Rolf Mützenich \*  
**N**  
 Christa Naaß  
 Winfried Nachtwei \*  
 Jens Nacke  
 Andrea Nahles \*  
 Kersten Naumann \*  
 Wolfgang Nešković \*  
 Bernd Neumann (Bremen) \*  
 Michael Neumann  
 Dirk Niebel \*  
 Karl-Peter Niebel  
 Silvia Nieber  
 Dr. Angelika Niebler  
 Dr. Norbert Nieszery  
 Dietmar Nietan  
 Henry Nitzsche \*  
 Michaela Noll \*  
 Thomas Nord  
 Omid Nouripour \*  
 Dr. Georg Nüßlein \*  
**O**  
 Franz Obermeier \*  
 Dr. Jens Odewald  
 Jan Oerding  
 Günther H. Oettinger  
 Thomas Oppermann \*  
 Helma Orosz  
 Holger Ortel \*  
 Hartmut Ostrowski  
 Eduard Oswald \*  
 Jochen Ott  
 Henning Otte \*  
 Hans-Joachim Otto (Frankfurt) \*  
 Derya Ovali  
 Cem Özdemir  
 Aygül Özkan  
**P**  
 Prof. Dr. Norman Paech \*  
 Manfred Palmen  
 Dr. Christoph E. Palmer

Dr. Gerhard Papke  
Detlef Parr \*  
Udo Pastörs  
Frank Patta  
Petra Pau \*  
Heinz Paula \*  
Günther-Martin Pauli  
Dr. Judith Pauly-Bender  
Rita Pawelski \*  
Dr. jur. Peter Paziorek \*  
Lutz H. Peper  
Reinhold Perlak  
Victor Perli  
Hans Theo Peschkes  
Nina Petri  
Ulrich Petzold \*  
Helmut Peuser  
Dr. Joachim Pfeiffer \*  
Sibylle Pfeiffer \*  
Ernst Pfister  
Johannes Pflug \*  
Beatrix Philipp \*  
Marcel Philipp  
Maria Pichottka  
Cornelia Pieper \*  
Gudrun Pieper  
Gisela Piltz \*  
Prof. Dr. Andreas Pinkwart  
Matthias Platzeck  
Axel Plaue  
Günter Ploß  
Ronald Pofalla \*  
Joachim Pohlmann  
Manfred Pointner  
Ruprecht Polenz \*  
Iris Pöpel  
Ulrike Poppe  
Carsten Pörksen  
Dieter Posch  
Joachim Poß \*  
Norbert Post  
Brigitte Pothmer \*  
Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering  
Rainer Prachtl  
Christoph Pries \*  
Dr. Wilhelm Priesmeier \*  
Reiner Priggen

Florian Pronold \*  
**Q**  
Paul Quirin  
**R**  
Daniela Raab \*  
Heike Raab  
Dr. Sascha Raabe \*  
Thomas Rachel \*  
Hans Raidel \*  
Bodo Ramelow \*  
Dr. Peter Ramsauer \*  
Günther Ramsauer  
Bernhard Rapkay  
Christof Rasche  
Renate Rastätter  
Volker Ratzmann  
Peter Rauen \*  
Norbert Raulin  
Mechthild Rawert \*  
Bernhard Recker  
Eckhardt Rehberg \*  
Steffen Reiche (Cottbus) \*  
Katherina Reiche (Potsdam)  
\*  
Maik Reichel \*  
Gerold Reichenbach \*  
Hans Reichenecker  
Clemens Reif  
Dr. Carola Reimann \*  
Elke Reinke \*  
Alfred Reisinger  
Johannes Rempel  
Florian Rentsch  
Hans Hermann Reschke  
Herbert Reul  
Dr. Michael Reuter  
Barbara Richstein  
Theresia Riedmeier  
Klaus Riegert \*  
Christel Riemann-  
Hanewinckel \*  
Prof. Dr. Dr. h. c. Heinz Rie-  
senhuber \*  
Walter Riester \*  
Markus Rinderspacher  
Albert Ritter  
Sönke Rix \*

Berndt Röder  
Dr. Jan Stefan Roell  
Georg Rohleder  
Karl-Wilhelm Röhm  
Heinz Rolfes  
Franz Romer \*  
Norbert Römer  
Michael Roof  
Johannes Röring \*  
Dr. Josef Rosenbauer  
Dr. Philipp Rösler  
René Rösper \*  
Dr. Matthias Rößler  
Mechthild Ross-Luttmann  
Kurt J. Rossmanith \*  
Dr. Ernst Dieter Rossmann \*  
Jürgen Roters  
Dr. h. c. Petra Roth  
Claudia Roth (Augsburg) \*  
Karin Roth (Esslingen) \*  
Michael Roth (Heringen) \*  
Andrea Roth  
Dr. Norbert Röttgen \*  
Thomas Röwekamp  
Dr. Christian Ruck \*  
Christine Rudolf  
Günter Rudolph  
Cornelia Ruhkemper  
Dr. Hans-Ulrich Rülke  
Ortwin Runde \*  
Dr. Martin Runge  
Adelheid Rupp  
Marlene Rupperecht (Tu-  
chenbach) \*  
Albert Rupperecht (Weiden)  
\*  
Ingo Rust  
Dr. Dr. h. c. Jürgen Rüttgers  
Peter Rzepka \*  
**S**  
Markus Sackmann  
Krista Sager \*  
Hans-Heinrich Sander  
Manuel Sarrazin \*  
Adolf Sauerland  
Alfred Sauter  
Frank Sauter

Anton Schaaf \*  
Axel Schäfer (Bochum) \*  
Paul Schäfer (Köln) \*  
Anita Schäfer (Saalstadt) \*  
Ute Schäfer  
Thorsten Schäfer-Gümbel  
Frank Schäffler \*  
Hermann-Josef Scharf \*  
Jürgen Scharf  
Elisabeth Scharfenberg \*  
Günther Schartz  
Manfred Schaub  
Dr. Wolfgang Schäuble \*  
Hartmut Schauerte \*  
Dr. Annette Schavan \*  
Christine Scheel \*  
Bernd Scheelen \*  
Dr. Hermann Scheer \*  
Dr. Stefan Scheffold  
Dr. Andreas Scheuer \*  
Irmingard Schewe-Gerigk \*  
Dr. Gerhard Schick \*  
Marianne Schieder \*  
Karl Schiewerling \*  
Dr. Konrad Schily \*  
Otto Schily \*  
Hannelore Schimpf  
Norbert Schindler \*  
Prof. Dr. Dagmar Schipanski  
Frank Schira  
Georg Schirmbeck \*  
Barbara Schleicher-  
Rothmund  
Rainer Schmeltzer  
Dr. Nils Schmid  
Georg Schmid  
Bernd Schmidbauer \*  
Dr. Frank Schmidt \*  
Ulla Schmidt (Aachen) \*  
Silvia Schmidt (Eisleben) \*  
Christian Schmidt (Fürth) \*  
Andreas Schmidt (Mühl-  
heim) \*  
Renate Schmidt (Nürnberg)  
\*  
Ulrich Schmidt  
Claus Schmiedel

Ingo Schmitt (Berlin) \*  
Heinz Schmitt (Landau) \*  
Astrid Schmitt  
Heinz-Hermann Schnabel  
Renate Schnack  
Dr. Werner Schnappauf  
Daniela Schneckenburger  
Carsten Schneider (Erfurt) \*  
Volker Schneider (Saarbrü-  
cken) \*  
Guntram Schneider  
Peter Schneider  
Siegfried Schneider  
Wittich Schobert  
Dr. Andreas Schockenhoff \*  
Dr. Ottilie Scholz  
Olaf Scholz \*  
Jörg Schönbohm  
Prof. Dr. Karl-Heinz Schö-  
neburg  
Theresa Schopper  
Christian Schramm  
Michael Schramm  
Fritz Schramma  
Jürgen Schreier  
Ottmar Schreiner \*  
Dr. Ole Schröder \*  
Doris Schröder-Köpf  
Prof. Dr. Herbert Schui \*  
Dr. Klaus Schüle  
Prof. Wolfgang Schulhoff  
Bernd Schulte  
Bernhard Schulte-Drüggelte  
\*  
Reinhard Schultz (Evers-  
winkel) \*  
Bernd Schultz  
Swen Schulz (Spandau) \*  
Martin Schulz  
Regina Schulz  
Kordula Schulz-Asche  
Svenja Schulze  
Jutta Schümann  
Uwe Schummer \*  
Uwe Schünemann  
Ewald Schurer \*  
Marina Schuster \*

Stefan Schuster  
Frank Schwabe \*  
Dr. Angelica Schwall-Düren  
\*  
Dr. Martin Schwanholz \*  
Rolf Schwanitz \*  
Dr. Harald Schwartz  
Rita Schwarzelühr-Sutter \*  
Harald Schweitzer  
Wilhelm Josef Sebastian \*  
Horst Seehofer \*  
Kurt Segner \*  
Marion Seib \*  
Jürgen Seidel  
Karin Seidel-Kalmutzki  
Dr. Ilja Seifert \*  
Erwin SELLERING  
Frank Sichau  
Michael Siebel  
Bernd Siebert \*  
Thomas Silberhorn \*  
Johannes Singhammer \*  
Dr. Petra Sitte \*  
Walter Sittler  
Dr. Markus Söder  
Dr. Hermann Otto Solms \*  
Barbara Sommer  
Michael Sommer  
Justin Sonder  
Dr. Ludwig Spaenle  
Jens Spahn \*  
Wolfgang Spanier \*  
Prof. Dr. h. c. Lothar Späth  
Manfred Speck  
Dr. Margrit Spielmann \*  
Frank Spieth \*  
Jörg-Otto Spiller \*  
Anke Spoorendonk  
Friede Springer  
Dr. Max Stadler \*  
Grietje Staffelt \*  
Helmut Stahl  
Holger Stahlknecht  
Barbara Stamm  
Eva-Maria Stange  
Erwin Staudt  
Rainer Steenblock \*

Dr. Frank Steffel  
Barbara Steffens  
Dr. Ralf Stegner  
Henrik Stehlik  
Gerhard Steidl  
Uwe Steimle  
Erika Steinbach \*  
Nico Steinbach  
Peer Steinbrück  
Dieter Steinecke (Magdeburg) \*  
Dieter Steinecke (Uelsen)  
Dr. Frank-Walter Steinmeier  
Otto Stender  
Andrej Stephan  
Andreas Steppuhn \*  
Christian Frhr. von Stetten \*  
Ludwig Stiegler \*  
Dr. Rainer Stinner \*  
Rolf Stöckel \*  
Dr. Edmund Stoiber \*  
Silke Stokar von Neuforn \*  
Gero Storjohann \*  
Andreas Storm \*  
Hans-Rainer Strang  
Christoph Strässer \*  
Gerhard Stratthaus  
Max Straubinger \*  
Matthäus Strebl \*  
Florian Streibl  
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn \*  
Hans-Christian Ströbele \*  
Thomas Strobl (Heilbronn) \*  
Lena Strothmann \*  
Dr. Peter Struck \*  
Michael Stübgen \*  
Christian Stückl  
Joachim Stünker \*  
**T**  
Jasmin Tabatabai  
Dr. Rainer Tabillion \*  
Anita Tack  
Dr. Kirsten Tackmann \*  
Heike Taubert  
Jörg Tauss \*  
Frauke Tengler

Dr. Harald Terpe \*  
Jella Teuchner \*  
Dr. h. c. Erwin Teufel  
Michael Theurer  
Ronja-Tabea Thiede  
Carl-Ludwig Thiele \*  
Dr. h. c. Wolfgang Thierse \*  
Jörn Thießen \*  
Christa Thoben  
Franz Thönnies \*  
Hans Peter Thu \*  
Björn Thümler  
Wolfgang Tiefensee  
Stanislaw Tillich  
Antje Tillmann \*  
Florian Toncar \*  
Markus Töns  
Antje Treptow  
Jürgen Trittin \*  
Dr. Axel Troost \*  
Dr. Helga Trüpel  
Josef Tumbrinck  
**U**  
Dr. Hans-Peter Uhl \*  
Eckhard Uhlenberg  
Alexander Ulrich \*  
Maria Unger  
Bülent Uzuner  
**V**  
Arnold Vaatz \*  
Rüdiger Veit \*  
Elisabeth Veldhues  
Dr. Michael Vesper  
Dr. Karl Vetter  
Heinz-Peter Vietze  
Simone Violka \*  
Astrid Vockert  
Dr. Bernhard Vogel  
Hans-Josef Vogel  
Volkmar Uwe Vogel \*  
Stefanie Vogelsang  
Jörg Vogelsänger \*  
Ute Vogt  
Dr. Daniel Volk \*  
Dr. Marlies Volkmer \*  
Sven Volmering  
Angelika Volquartz

Andrea Astrid Voßhoff \*  
**W**  
Gerhard Wächter \*  
Dr. Johann Wadepuhl  
Dr. Christean Wagner (Lahn-tal)  
Dr. Theodor Waigel  
Christoph Waitz \*  
Dr. Georg von Waldenfels  
Gisela Walsken  
Jürgen Walter  
Marco Wanderwitz \*  
Irmgard Wandt  
Hildegard Wanner  
Annette Watermann-Krass  
Esther Weber  
Jürgen Weber  
Manfred Weber  
Hedi Wegener \*  
Kai Wegner \*  
Horst Wehner  
Andreas Weigel \*  
Angelika Weikert  
Dr. Adolf Weiland  
Karlheinz Weimar  
Marcus Weinberg \*  
Petra Weis \*  
Christian Weisbrich  
Dr. Manfred Weiß  
Peter Weiß (Emmendingen)  
\*  
Gerald Weiß (Groß-Gerau) \*  
Dr. Anja Weißgerber  
Gunter Weißgerber \*  
Prof. Gert Weisskirchen (Wiesloch) \*  
Ingo Wellenreuther \*  
Karl-Georg Wellmann \*  
Stefan Wenzel  
Frank Werner  
Hans Joachim Werner  
Johanna Werner-Muggendorfer  
Hildegard Wester  
Dr. Guido Westerwelle \*  
Lydia Westrich \*  
Dr. Hans-Peter Wetzell

Dr. Margrit Wetzel \*  
Andrea Wicklein \*  
Annette Widmann-Mauz \*  
Heidemarie Wieczorek-Zeul  
\*  
Dr. Dieter Wiefelspütz \*  
Stefanie Wiegand  
Rainer Wiegand  
Wolfgang Wieland \*  
Renate Will  
Klaus-Peter Willsch \*  
Willy Wimmer (Neuss) \*  
Gert Winkelmeier \*  
Elisabeth Winkelmeier-  
Becker \*  
Hermann Winkler  
Josef Philip Winkler \*  
Dr. Claudia Winterstein \*  
Dr. Volker Wissing \*  
Engelbert Wistuba \*

Bernhard Witthaut  
Oliver Wittke  
Werner Wittlich  
Ralf Witzel  
Dr. Wolfgang Wodarg \*  
Harald Wohlfahrt  
Dagmar Wöhrl \*  
Dr. Ingo Wolf  
Harald Wolf  
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)  
\*  
Waltraud Wolff (Wolmirs-  
tedt) \*  
Karin Wolff  
Wilfried Woller  
Dr. Bernhard Worms  
Klaus Wowereit  
Heidi Wright \*  
Prof. Dr. Otto Wulff  
Christian Wulff

Jörn Wunderlich \*  
Hendrik Wüst  
**Y**  
Andrea Ypsilanti  
**Z**  
Matthias Zach  
Isabell Zacharias  
Feridun Zaimoglu  
Uta Zapf \*  
Holger Zastrow  
Julia Barbara Zeh  
Martin Zeil \*  
Lena Zimmermann  
Karl Zimmermann  
Sabine Zimmermann \*  
Wolfgang Zöllner \* Manfred  
Helmut Zöllmer \*  
Willi Zylajew \*  
Brigitte Zypries \*

**Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern der Landesparlamente**

	SPD				CDU/CSU				Bündnis 90/Die Grünen				FDP				PDS				Sonstige				Insgesamt			
	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	Md B	Md L	Kei n Md L	ins g.	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	M dB	Md L	Kei nM dL	ins g.	Md B	Md L	Kei nM dL	ins g.	Md B	M dL	Kei nM dL	ins g.
Baden- Württemberg	23	13	9	45	31	19	20	70	8	3	6	17	9	8	-	17	3	-	-	3	-	-	-	-	74	43	35	152
Bayern	24	16	4	44	46	23	23	92	7	6	3	16	9	8	-	17	3	-	-	3	-	7 <sup>1</sup>	3 <sup>1</sup>	10 <sup>1</sup>	89	60	33	182
Berlin	8	2	7	17	5	2	4	11	3	1	3	7	2	2	-	4	4	-	3	7	-	-	-	-	22	7	17	46
Brandenburg	10	5	3	18	4	4	-	8	1	-	-	1	1	-	-	1	5	3	4	12	-	1 <sup>2</sup>	-	1 <sup>2</sup>	21	13	7	41
Bremen	2	-	2	4	1	-	2	3	1	-	1	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	5	9
Hamburg	6	1	4	11	4	4	2	10	2	1	-	3	1	-	-	1	1	-	-	1	-	-	-	-	14	6	6	26
Hessen	16	9	2	27	15	16	2	33	4	4	2	10	5	5	2	12	1	-	2	3	-	-	-	-	41	34	10	85
Mecklen- burg- Vorpommern	4	2	3	9	4	3	1	8	1	-	-	1	1	1	-	2	3	1	1	5	-	1 <sup>3</sup>	-	1 <sup>3</sup>	13	8	5	26
Niedersach- sen	27	4	16	47	21	25	3	49	5	1	3	9	6	3	2	11	3	2	2	7	-	-	-	-	62	35	26	123
Nordrhein- Westfalen	54	27	26	107	46	23	40	109	10	4	3	17	13	8	-	21	7	-	-	7	-	-	-	-	130	62	69	261
Rheinland- Pfalz	11	12	4	27	12	9	3	24	2	-	-	2	4	3	-	7	1	-	-	1	1 <sup>4</sup>	-	-	1 <sup>4</sup>	31	24	7	62
Saarland	4	1	2	7	3	3	2	8	-	-	-	-	1	-	-	1	2	-	-	2	-	-	-	-	10	4	4	18
Sachsen	8	1	4	13	13	8	6	27	2	-	2	4	4	2	-	6	8	6	2	16	1 <sup>4</sup>	2 <sup>3</sup>	-	3	36	19	14	69

Sachsen- Anhalt	10	2	3	15	5	6	2	13	1	-	-	1	2	1	-	3	5	1	4	10	-	-	-	-	23	10	9	42
Schleswig- Holstein	9	6	3	18	8	8	2	18	3	1	-	4	2	1	-	3	1	-	-	1	-	1 <sup>5</sup>	-	1 <sup>5</sup>	23	17	5	45
Thüringen	6	2	1	9	5	5	4	14	1	-	-	1	1	-	-	1	5	3	3	11	-	-	-	-	18	10	8	36
Insgesamt	22 2	10 3	93	41 8	22 3	15 8	116	49 7	51	21	23	95	61	42	4	10 7	52	16	21	89	2	12	3	17	611	35 2	26 0	122 3

<sup>1</sup>FW <sup>2</sup>DVU <sup>3</sup>NPD<sup>4</sup>Fraktionslos <sup>5</sup>SSW

---

**Stenographischer Bericht**

Berlin, Samstag, den 23. Mai 2009

Beginn: 12.00 Uhr

**Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert:**

Meine Damen und Herren! Verehrte Gäste! Ich eröffne die 13. Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und heiße Sie, die Mitglieder der Bundesversammlung, herzlich willkommen.

Ich begrüße die Repräsentanten unserer Verfassungsorgane: den Bundespräsidenten, die Bundeskanzlerin, den Präsidenten des Bundesrates, den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, die Mitglieder der Bundesregierung wie der Landesregierungen, die Mitglieder des Bundestages und die von den Landtagen gewählten Vertreter sowie die Botschafter und Vertreter der ausländischen Missionen.

Mein besonderer Gruß gilt den Ehrengästen hier im Saal. Stellvertretend für sie alle begrüße ich die Bundespräsidenten Walter Scheel, Richard von Weizsäcker und Roman Herzog.

(Beifall)

Der heutige Tag ist eine gute Gelegenheit, Ihnen für den Dienst zu danken, den Sie unserem Land auch nach Ende Ihrer Dienstzeit noch immer leisten.

Schließlich begrüße ich alle, die diese Bundesversammlung im Rundfunk, im Fernsehen oder im Internetangebot des Deutschen Bundestages verfolgen.

Meine Damen und Herren, vor 30 Jahren fand die Bundesversammlung erstmals an einem 23. Mai statt, und es ist inzwischen längst eine gute Tradition geworden, dass das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland seitdem immer am Verfassungstag gewählt wird. Dies macht die Verbindung zwischen der Substanz unseres Staatsverständnisses und der politischen Repräsentanz dieses Staates besonders deutlich.

Am heutigen Verfassungstag können wir mit dem **60. Geburtstag unseres Grundgesetzes** ein besonderes Jubiläum feiern. Unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, darf heute auf 60 außergewöhnlich gute, erfolgreiche Jahre in Frieden und Freiheit zurückschauen und kann auch in schwierigen Zeiten mit begründeter Zuversicht in die Zukunft blicken.

Es verdankt dieses Glück keinem anderen Dokument mehr als der vorläufigen Verfassung eines damals geteilten Landes: dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“ ist diese Verfassung entstanden. Aus dem ungewöhnlich bescheidenen Anspruch, den „Bauriss für einen Notbau“ zu entwickeln, wie Carlo Schmid die Arbeit des Parlamentarischen Rates einmal charakterisiert hat, ist ein stabiles und eindrucksvolles Gebäude geworden. Ob die zahlreichen Umbauten und Anbauten, die dieses Verfassungsgebäude in 60 Jahren inzwischen erfahren hat, alle notwendig und alle gut gelungen sind, das war vorgestern Gegenstand eines durchaus selbstkritischen Verfassungsgesprächs unter Beteiligung der Spitzen unserer Verfassungsorgane.

---



---

Konrad Adenauer, der damalige Präsident des Parlamentarischen Rates, hat am Tag der Verkündung des Grundgesetzes und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland prognostiziert:

Heute, am 23. Mai 1949, beginnt ein neuer Abschnitt in der wechselvollen Geschichte unseres Volkes.

60 Jahre später dürfen wir feststellen: Mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes begann für die Deutschen – zunächst allerdings nur im Westen des geteilten Landes – die beste Zeit ihrer Geschichte, eine beispiellose Epoche des Friedens und der Freiheit, des wirtschaftlichen Aufschwungs und der sozialen Sicherheit. Selbstverständlich war dies nicht, und allgemein erwartet wurde es schon gar nicht.

Das Scheitern der Weimarer Republik stand vielen noch deutlich vor Augen. Immerhin 40 Prozent der Deutschen erklärten im März 1949, also kurz vor Abschluss der Beratungen des Parlamentarischen Rates, ihnen sei die zukünftige westdeutsche Verfassung schlicht gleichgültig. Und noch fünf Jahre nach seiner Verkündung kannte mehr als die Hälfte der Deutschen das Grundgesetz nicht; nur 30 Prozent, weniger als ein Drittel, fanden es im Großen und Ganzen gut.

Meine Damen und Herren, das Vertrauen in die beste und freiheitlichste Verfassung, die Deutschland je hatte, ist nicht vom Himmel gefallen. Es ist dem Grundgesetz über die Jahre erst zugewachsen.

Heute ist Deutschland ganz gewiss keine „Demokratie ohne Demokraten“ mehr. Die Deutschen in Ost und West sind bei aller Kritik an einzelnen Entscheidungen, Personen und Institutionen in ihrer großen Mehrheit überzeugt von der politischen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, dem Grundgesetz und der von ihm begründeten parlamentarischen Demokratie. In jüngeren repräsentativen Umfragen erklären neun von zehn Befragten, Befürworter der demokratischen Idee zu sein. Zwei Drittel aller Befragten geben im Februar dieses Jahres an, stolz auf das Grundgesetz zu sein. Über 80 Prozent stimmen der Aussage zu: „Ich bin stolz auf die Freiheit und Rechtsstaatlichkeit Deutschlands.“ Und sie dürfen es sein. Das Grundgesetz gilt längst als eine der großen, exemplarischen Verfassungen der Welt.

Wir haben viele gute Gründe, den 60. Geburtstag unserer Bundesrepublik Deutschland für einen dankbaren Rückblick zu nutzen. Unser Dank und Respekt gilt nicht nur den Müttern und Vätern unserer Verfassung, sondern allen Frauen und Männern – den bekannten und vor allem den in der Regel nicht genannten Frauen und Männern –, die dieses Land unter schwierigen Bedingungen wieder aufgebaut und zu einem der angesehenen Mitglieder der Völkergemeinschaft gemacht haben.

(Beifall)

60 Jahre nach der Gründung zweier deutscher Staaten und 20 Jahre nach dem Fall der Mauer und der Überwindung der Teilung würdigen wir mit besonderer Hochachtung den Einsatz der vielen Tausend Menschen in der damaligen DDR, die in einer beispiellosen unblutigen Revolution politische Bevormundung und Entmündigung überwunden und mit der souveränen Entscheidung der ersten frei gewählten Volkskammer, dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beizutreten, erstmals in der Geschichte der Deutschen Einigkeit und Recht und Freiheit zusammen möglich gemacht haben.

---

---

(Beifall)

Auf dieser unangefochtenen Grundlage und im Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung aller Demokraten wählen wir heute unser Staatsoberhaupt.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit zu diesem Teil der heutigen Veranstaltung, und ich bitte Sie um ein ähnliches Maß an Aufmerksamkeit für die geschäftsleitenden Bemerkungen, die ich nun zur **Konstituierung der Bundesversammlung** vorzutragen habe.

Die 13. Bundesversammlung besteht aus 612 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und 612 Mitgliedern, die von den Länderparlamenten gewählt worden sind. Die Präsidentinnen und Präsidenten der Länderparlamente haben mir mitgeteilt, welche 612 Mitglieder in den Ländern rechtsgültig gewählt worden sind.

Zur **Beschlussfähigkeit** der Bundesversammlung ist die Anwesenheit von mindestens 613 Mitgliedern erforderlich. Mir scheint es offensichtlich zu sein, dass dies der Fall ist. Gibt es jemanden, der daran Zweifel hat? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann stelle ich hiermit die Beschlussfähigkeit der Bundesversammlung fest.

Nach § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten findet die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages auf den Geschäftsgang der Bundesversammlung sinngemäße Anwendung, sofern sich die Bundesversammlung nicht eine eigene Geschäftsordnung gibt. Mir liegen mehrere **Anträge zur Geschäftsordnung** der Bundesversammlung vor, die in der Ostlobby ausliegen. Da wir bisher noch keine Geschäftsordnung haben, fehlt es für Wortmeldungen oder Aussprachen an der Grundlage. Deswegen stimmen wir zunächst über diese Anträge ab.

Ich rufe zunächst einen Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken sowie der Gruppe der Freien Wähler auf. In diesem Antrag wird folgende Beschlussfassung beantragt:

Die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages findet sinngemäß auf die 13. Bundesversammlung mit der folgenden Maßgabe Anwendung: Geschäftsordnungsanträge und andere Anträge können nur schriftlich gestellt werden. Eine mündliche Begründung und eine Aussprache finden nicht statt.

Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das ist ziemlich übersichtlich. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist dieser Antrag mit überragender Mehrheit angenommen.

(Beifall)

Weiterhin haben die Mitglieder der Bundesversammlung Apfel, Hesselbarth, Dr. Müller und Pas-törs einen Vorschlag für eine eigene Geschäftsordnung vorgelegt. Ich lasse auch über diesen Antrag abstimmen. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dieser Antrag ist mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

(Beifall)

---

---

Mir liegt ein weiterer Antrag der genannten vier Delegierten vor, den ich allerdings nicht zulassen kann. Nach diesem Antrag soll eine Vorstellung der Kandidaten vor der Bundesversammlung mit bis zu 30 Minuten ermöglicht werden. Dies verstößt ganz offenkundig gegen das Ausspracheverbot des Art. 54 des Grundgesetzes und ist deshalb unzulässig. Ich stelle fest, dass nunmehr laut Gesetz die **Geschäftsordnung** des Bundestages sinngemäß auch für die Bundesversammlung mit der vorhin von der Versammlung beschlossenen Maßgabe gilt. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass in der parlamentarischen Praxis und nach Auffassung aller Fraktionen des Bundestages Störungen der Sitzung, insbesondere gröbliche Verletzungen der parlamentarischen Ordnung, nicht hinzunehmen sind und die Geschäftsordnung ausdrücklich Möglichkeiten bereitstellt, gegen derartige Störungen mit Ordnungsmaßnahmen vorzugehen. Ich hoffe und erwarte, dass dies ein rein theoretischer Hinweis ist, auf den wir nicht zurückkommen müssen.

Wir kommen jetzt zur **Bestellung der Schriftführerinnen und Schriftführer**. Ich schlage Ihnen zur Bestellung der Schriftführerinnen und Schriftführer dieser Bundesversammlung die 60 Abgeordneten vor, die auch im Deutschen Bundestag diese Aufgabe wahrnehmen. Eine Namensliste liegt sowohl hier beim Sitzungsvorstand wie auch an den Meldetischen aus. Wenn Sie es wünschen, lese ich Ihnen alle 60 Namen einzeln vor.

(Vereinzelt Heiterkeit – Dr. Peter Struck [SPD]: Wir verzichten!)

– Das habe ich mir gedacht. – Der guten Ordnung halber frage ich, ob Sie mit der Bestellung dieser 60 Kolleginnen und Kollegen als Schriftführer einverstanden sind. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mit wenigen Enthaltungen ist das so beschlossen.

Ich darf nunmehr den Obmann der Schriftführerinnen und Schriftführer, den Abgeordneten Hans-Joachim Fuchtel, und seine Stellvertreterin, die Abgeordnete Dr. Claudia Winterstein, bitten, neben mir Platz zu nehmen. – Die 13. Bundesversammlung ist damit konstituiert.

(Beifall)

Bevor wir zur Wahl kommen, ist noch über einen weiteren **Antrag** der Delegierten Pastörs, Apfel, Hesselbarth und Dr. Müller abzustimmen. In diesem Antrag wird beantragt, die Entscheidung des Bundestagspräsidenten zur Darstellung des Kandidaten Frank Renniecke auf der Internetseite des Bundestages als Diskriminierung zu rügen. Auch diesen Antrag könnte man mit Blick auf die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages und die ständige parlamentarische Praxis für unzulässig erklären. Ich empfehle Ihnen gleichwohl – darum bitte ich auch persönlich –, über diesen Antrag abzustimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch dieser Antrag mit den gleichen Mehrheiten abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum eigentlichen Wahlvorgang. Es liegen folgende **Vorschläge** für die Wahl zum Bundespräsidenten vor, die ich in alphabetischer Reihenfolge bekannt gebe:

Herr **Professor Dr. Horst Köhler**,

Herr **Frank Renniecke**,

---

Frau **Professor Dr. Gesine Schwan**,

Herr **Peter Sodann**.

Die Vorgeschlagenen haben gemäß § 9 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten schriftlich ihre Bereitschaft zur Kandidatur erklärt. Ich stelle fest, dass die Wahlvorschläge den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.

Ich bitte Sie nun noch um einige Augenblicke Aufmerksamkeit für notwendige Hinweise zum **Ablauf dieser Wahl**. Wir werden jetzt mit dem Aufruf der Namen der Mitglieder der Bundesversammlung in alphabetischer Reihenfolge beginnen. Nachgerückte Mitglieder, die nicht mehr im Namensverzeichnis alphabetisch aufgeführt werden konnten, werden am Schluss aufgerufen.

Verfolgen Sie bitte diesen Namensaufruf und begeben sich erst dann, wenn Ihr Name aufgerufen wird, zum Empfang der Wahlunterlagen in die Osthalle. Um in die Osthalle hinter mir zu gelangen, verlassen Sie bitte den Plenarsaal durch die seitlichen Glastüren. In der Osthalle werden Ihnen dann die Schriftführerinnen und Schriftführer an den Ausgabestischen Ihre Stimmkarte und den amtlichen Wahlumschlag aushändigen. Für den Empfang dieser Wahlunterlagen benötigen Sie den blauen Wahlausweis, den Sie hoffentlich alle dabei haben.

(Unruhe)

– Ich glaube, die durchaus angeregte individuelle Überprüfung muss jetzt nicht gleich zu einer Sitzungsunterbrechung führen. Falls im Einzelfall Probleme auftreten, bitte ich um einen Hinweis, gegebenenfalls über die Parlamentarischen Geschäftsführer. Dann werden wir uns um Abhilfe bemühen.

Wichtig ist noch Folgendes: Diesen blauen Wahlausweis zeigen Sie zwar bitte den Schriftführern am Ausgabestisch, geben ihn aber dort nicht ab. Nach Empfang der Wahlunterlagen gehen Sie in eine Wahlkabine. Dort kreuzen Sie bitte den Stimmzettel an und stecken ihn noch in der Wahlkabine in den Wahlumschlag; denn die Wahl ist geheim und muss auch geheim erfolgen. Das hat zur Folge, dass die Schriftführer verpflichtet sind, diejenigen zurückzuweisen, die ihre Stimmkarte außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder erst außerhalb in den Umschlag gelegt haben. Bei einem versehentlichen falschen Vorgehen kann der Wahlvorgang natürlich vorschriftsmäßig wiederholt werden.

Noch ein letzter Hinweis: Stimmkarten mit mehr als einem Kreuz oder sonstigen Zusätzen sind ungültig. Das Gleiche gilt für Stimmkarten, die überhaupt nicht angekreuzt sind oder andere Namen aufweisen.

Zur Stimmabgabe selbst betreten Sie den Plenarsaal bitte durch den mittleren Eingang unter dem Adler, also unmittelbar hinter dem Präsidium, und begeben sich zu einer der drei hier vorne aufgestellten Wahlurnen. Dort übergeben Sie bitte den Schriftführern Ihren blauen Wahlausweis. Anschließend werfen Sie dann den von Ihnen ausgefüllten Stimmzettel in dem von Ihnen eingetüteten Wahlumschlag in eine dieser drei Wahlurnen.

(Beifall)

---

Wer dann gewählt ist, verkünden wir später, wenn die Stimmen des Wahlganges ausgezählt sind und das Ergebnis vorliegt. Der guten Ordnung halber weise ich schon jetzt darauf hin, dass nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, wer also mindestens 613 Stimmen auf sich vereinigt.

Ich bitte nun die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze an den Tischen zur Ausgabe der Stimmkarten und an den Wahlurnen einzunehmen.

Ich eröffne die Wahl und bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, gibt es noch ein Mitglied der Bundesversammlung, das seinen Stimmzettel nicht abgegeben hat? Wenn überhaupt, sollte es sich im Saal befinden. Wir haben uns verwissert, dass alle Stimmzettel ausgegeben worden sind und auch die Wahlkabinen leer sind. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Ich bitte Sie, folgenden Hinweis zu beachten: Bis zum Vorliegen des Wahlergebnisses unterbreche ich die Sitzung. Erfahrungsgemäß wird es bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses etwa 40 Minuten dauern, sodass Sie sich bitte darauf einrichten, dass gegen 14 Uhr die unterbrochene Sitzung wieder eröffnet wird. Nach meiner Kenntnis der Örtlichkeiten empfiehlt es sich, jetzt nicht allzu tief in den Tiergarten auszuschwärmen, um rechtzeitig für die wiederbeginnende Sitzung im Plenarsaal zurück zu sein, zumal noch offen ist, ob dann die heutige Veranstaltung auch schon beendet werden kann oder nicht.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 13.24 bis 14.28 Uhr)

**Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert:**

Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Sie haben sich selbst überzeugen können: Früher konnte ich die Sitzung nicht wieder eröffnen, als bis das Ergebnis tatsächlich amtlich und mit der notwendigen Sorgfalt ermittelt worden ist.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis des Wahlgangs bekannt: abgegebene Stimmen 1 223, ungültige Stimmen 2, gültige Stimmen folglich 1 221, Enthaltungen 10. Es entfallen auf Herrn Professor Dr. Horst Köhler 613 Stimmen.

(Sehr lang anhaltender lebhafter Beifall – Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler betritt den Saal  
– Die Mitglieder der Bundesversammlung erheben sich)

Es sind entfallen auf Frank Rennicke 4 Stimmen, auf Frau Professor Gesine Schwan 503 Stimmen.

(Anhaltender Beifall)

---

Auf Peter Sodann sind 91 Stimmen entfallen.

(Lebhafter Beifall bei Mitgliedern der Bundesversammlung)

Verehrte Mitglieder der Bundesversammlung, ich stelle fest, dass Herr Professor Köhler die erforderliche Mehrheit der Stimmen erhalten hat und somit zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt ist.

(Anhaltender Beifall)

Ich muss Sie nun, Herr Professor Köhler, der guten Ordnung halber gleichwohl fragen, ob Sie auch bereit sind, die Wahl zum Bundespräsidenten anzunehmen.

**Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler:**

Herr Präsident, ja, ich nehme die Wahl an.

(Beifall)

**Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert:** Dann gratuliere ich Ihnen, Herr Bundespräsident, im Namen des ganzen Hauses. Ich wünsche Ihnen auch für Ihre zweite Amtszeit die Autorität dieses Amtes, das Vertrauen der Menschen und vor allem Gottes Segen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall – Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler nimmt die Glückwünsche von Prof. Dr. Gesine Schwan entgegen)

Herr Professor Köhler, Sie haben nun das Wort.

**Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Landsleute! Die Bundesversammlung hat heute die Wahl gehabt, und sie hat entschieden. Ich danke herzlich allen, die mich gewählt haben, und ich bekunde meinen Respekt den demokratischen Mitbewerbern und deren Wählern.

Unser Land steht mitten in einer Krise, die die ganze Welt erfasst hat. Wir haben viel Arbeit vor uns; aber wir werden es schaffen. Überall in Deutschland gibt es Ideen und Tatkraft, und in der Tat werden wir eines Tages sagen: Wir haben viel gelernt in dieser Zeit.

Meine Damen und Herren, dieses Land ist stark. Das haben mir die Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen fünf Jahren gezeigt. Ich bin sehr dankbar für diese Erfahrung. Sie kann uns allen Mut machen.

Wir wollen uns dieser Stärke bewusst sein und sie für die Kraft unserer Gemeinschaft nutzen. In unserer Demokratie zählt jede Stimme. Doch zur Erfüllung gehört auch das Gefühl: Jeder wird gebraucht; Demokratie, das sind wir alle. Jeder soll erfahren, dass es auf ihn ankommt. Dafür zu arbeiten, das soll unsere Aufgabe sein. Dem fühle ich mich besonders verpflichtet.

---

---

Arbeit, Bildung, Integration, das sind die Felder, auf denen wir vorankommen müssen. In unserer Gesellschaft gibt es immer weniger junge Menschen und immer mehr ältere. Wir wollen Erfahrung und Neugier zusammenbringen. Es stecken viele Chancen in einem kreativen Miteinander von Alt und Jung. Ich finde, wir sind auch wacher geworden für die Welt, für unsere Möglichkeiten und für unsere Verantwortung in dieser Welt. Wir wollen uns für eine menschliche Globalisierung mit verlässlichen Regeln und für eine umweltgerechte Weltwirtschaft einsetzen. Damit werden wir uns Arbeit, Wohlstand und Lebensqualität schaffen und bewahren. Helfen wir auch mit, Antworten auf die globale soziale Frage zu finden. Wir werden sehen: Wir können dazu beitragen, dass mehr Gerechtigkeit in die Welt kommt. Das wird auch uns dienen.

Bewahren, was wertvoll ist, verändern, was notwendig ist – dabei möchte ich helfen. Wissen Sie: Je älter ich werde, desto neugieriger werde ich. Ich freue mich auf die kommenden fünf Jahre, und ich verspreche Ihnen, liebe Landsleute: Ich werde weiter mein Bestes geben.

Dir, Eva, möchte ich Danke sagen. Jede Stunde mit dir ist ein Geschenk.

(Beifall)

Gott halte seine Hand schützend über uns alle und unsere gemeinsame Welt. Gott segne unser Deutschland.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall – Die Mitglieder der Bundesversammlung erheben sich)

**Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert:**

Meine Damen und Herren, bevor ich die Bundesversammlung schließe, möchte ich Ihnen allen danken, dass Sie zu einem reibungslosen Ablauf beigetragen haben. Mein ganz besonderer Dank gilt den Schriftführerinnen und Schriftführern. Dass die Auszählung etwas länger gedauert hat, als wir gemeinsam vermutet hatten, hängt mit Ihrem Abstimmungsverhalten zusammen. Jedenfalls wird Ihnen einleuchten, dass hier besonderer Anlass zur Sorgfalt bestand, um sicherzustellen, dass das ermittelte Ergebnis über jeden Zweifel erhaben ist.

Ich möchte aber auch, sicher in Ihrer aller Namen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung für die wochenlange Vorbereitung der heutigen Bundesversammlung danken.

(Beifall)

Zum Schluss singen wir, wie immer, gemeinsam die Nationalhymne.

(Nationalhymne)

Die Bundesversammlung ist geschlossen.

(Schluss: 14.42 Uhr)

---

### **Liste der entschuldigten Mitglieder der Bundesversammlung**

Gehrcke, Wolfgang

---



**18. Tabellarische Übersichten,**  
Literatur- und Abkürzungsverzeichnis

---

## Zusammensetzung nach Parteien

### 1.-13. Bundesversammlung (1949-2009)

Partei	Mitglieder	Bundesversammlung												
		1949	1954	1959	1964	1969	1974	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009
CDU/CSU	Bundestag	140 (+2) <sup>62)</sup>	250	279	250	252	234	253	253	234	318	245	247	223
	Länder	140 (+2)	181	238	235	230	267	278	272	245	302	302	292	274
	insgesamt	280 (+4)	431	517	485	482	501	531	525	479	620	547	539	497
SPD	Bundestag	131 (+5)	162	181	204	217	242	224	202	193	239	298	250	222
	Länder	148 (+4)	185	205	241	232	228	214	224	226	263	267	209	196
	insgesamt	279 (+9)	347	386	445	449	470	438	426	419	502	565	459	418
Die Grünen <sup>63)</sup>	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	27	43	8	47	55	51
	Länder	-	-	-	-	-	-	-	12	24	35	49	35	44
	insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	39	67	43	96	90	95
FDP <sup>64)</sup>	Bundestag	52 (+1)	52	44	66	49	42	40	35	48	79	43	47	61
	Länder	35 (+2)	60	38	38	34	23	26	12	23	33	13	36	46
	insgesamt	87 (+3)	112	82	104	83	65	66	47	71	112	56	83	107
DIE LINKE. <sup>65)</sup>	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	36	2	52
	Länder	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	29	29	37
	insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	34	65	31	89
DP	Bundestag	17	15	15	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	11	-	9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	28	15	24	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BP	Bundestag	17	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	17	15	6	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	34	15	6	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zentrum	Bundestag	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	11	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	21	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
KPD	Bundestag	15	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	25	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	40	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
WAV	Bundestag	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	24	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
DRP	Bundestag	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	6	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
SSW	Bundestag	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1
	insgesamt	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1

<sup>62)</sup> Die Zahlen in runden Klammern geben die Anzahl der Mitglieder der Bundesversammlung aus Berlin wieder.

<sup>63)</sup> Kurzform für die am 17. Januar 1993 aus dem Zusammenschluss der Partei "Die Grünen" in der alten Bundesrepublik und der Bürgerrechtsbewegung Bündnis 90 in der DDR hervorgegangen ist. Auf Länderebene sind für diese Partei zum Teil andere Bezeichnungen gebräuchlich, so in Berlin (AL - Alternative Liste) und Hamburg (GAL).

<sup>64)</sup> In Baden-Württemberg FDP/DVP; im Saarland FDP (DPS).

<sup>65)</sup> PDS (1994-2005); Die Linkspartei. PDS (2005-2007); seit 2007 DIE LINKE..

GB/BHE	Bundestag	-	28	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	-	33	20	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	-	61	20	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-
HB	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	-	9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	-	9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
DPS	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	-	-	3	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	-	-	3	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
SVP	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
NPD	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	-	-	-	-	22	-	-	-	-	-	-	-	3
	insgesamt	-	-	-	-	22	-	-	-	-	-	-	-	3
DVU	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	1
	insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	1
BDV	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
REP	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	-	-	-	-	-	-	-	-	1	8	7	-	-
	insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	-	1	8	7	-	-
Sonstige	Bundestag	1	2	-	1	-	-	1	3	1	1	-	1	2 <sup>66</sup>
	Länder	-	2	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	10 <sup>67</sup>
	insgesamt	1	4	-	1	-	-	1	3	1	5	-	1	12
Mitglieder insgesamt	Bundestag	402 (+8)	509	519	521	518	518	518	520	519	662	669	602	611
	Länder	402 (+8)	509	519	521	518	518	518	520	519	662	669	603	612
	insgesamt	804 (+16)	1018	1038	1042	1036	1036	1036	1040	1038	1324	1338	1205	1223

<sup>66</sup>) Fraktionslos.<sup>67</sup>) Freie Wähler Bayern.

**Ergebnisse der Bundespräsidentenwahlen 1.-13. Bundesversammlung (1949-2009)**

Bundesversammlung	Kandidaten	1. Wahlg.	2. Wahlg.	3. Wahlg.	gewählt	Amtszeit
<b>1. Bundesversammlung</b> Bonn, Bundeshaus 12. September 1949 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 804 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsident Dr. <i>Erich Köhler</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Theodor Heuss</i> (FDP) <i>Kurt Schumacher</i> (SPD) <i>Sonstige</i> Enthaltungen ungültige Stimmen	803	800		<b>Prof. Dr. Theodor Heuss</b> im 2. Wahlgang mit 416 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 403 Stimmen)	13. September 1949 bis 12. September 1954
<b>2. Bundesversammlung</b> Berlin, Ostpreußenhalle 17. Juli 1954 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1018 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsident D. Dr. <i>Hermann Ehlers</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Theodor Heuss</i> (FDP) Sonstige Enthaltungen ungültige Stimmen	987			<b>Prof. Dr. Theodor Heuss</b> (Wiederwahl) im 1. Wahlgang mit 871 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 510 Stimmen)	13. September 1954 bis 12. September 1959
<b>3. Bundesversammlung</b> Berlin, Ostpreußenhalle 1. Juli 1959 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1038 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsident D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Heinrich Lübke</i> (CDU/CSU) <i>Carlo Schmid</i> (SPD) <i>Max Becker</i> (FDP) Enthaltungen	1031	1033		<b>Dr. h.c. Heinrich Lübke</b> im 2. Wahlgang mit 526 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 520 Stimmen)	13. September 1959 bis 12. September 1964
<b>4. Bundesversammlung</b> Berlin, Ostpreußenhalle 1. Juli 1964 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1042 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsident D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Heinrich Lübke</i> (CDU/CSU) <i>Ewald Bucher</i> (FDP) Enthaltungen ungültige Stimmen	1024			<b>Dr. h.c. Heinrich Lübke</b> (Wiederwahl) im 1. Wahlgang mit 710 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 522 Stimmen)	13. September 1964 bis 30. Juni 1969

<b>5. Bundesversammlung</b> Berlin, Ostpreußenhalle 5. März 1969 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1036 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsident <i>Kai-Uwe von Hassel</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Gustav W. Heinemann</i> (SPD) <i>Gerhard Schröder</i> (CDU/CSU) Enthaltungen ungültige Stimmen	1023 1023 514 501 5 3	1023 511 507 5 -	1023 512 506 5 -	<b>Dr. Dr. Gustav W. Heinemann</b> im 3. Wahlgang mit einfacher Mehrheit mit 512 Stimmen (erforderliche Mehrheit für den 1. und 2. Wahlgang: 519 Stimmen)	1. Juli 1969 bis 30. Juni 1974
<b>6. Bundesversammlung</b> Bonn, Beethovenhalle 15. Mai 1974 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1036 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsidentin <i>Annemarie Renger</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Walter Scheel</i> (FDP) <i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU/CSU) Enthaltungen	1033 530 498 5			<b>Walter Scheel</b> im 1. Wahlgang mit 530 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 519 Stimmen)	1. Juli 1974 bis 30. Juni 1979
<b>7. Bundesversammlung</b> Bonn, Beethovenhalle 23. Mai 1979 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1036 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagsvizepräsidenten <i>Richard Stücklen,</i> <i>Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen,</i> <i>Liselotte Funke</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Carl Carstens</i> (CDU/CSU) <i>Annemarie Renger</i> (SPD) Enthaltungen ungültige Stimmen	1032 528 431 72 1			<b>Prof. Dr. Karl Carstens</b> im 1. Wahlgang mit 528 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 519 Stimmen)	1. Juli 1979 bis 30. Juni 1984
<b>8. Bundesversammlung</b> Bonn, Beethovenhalle 23. Mai 1984 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1040 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsident <i>Dr. Rainer Barzel</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU/CSU) <i>Luise Rinser</i> (parteilos) Enthaltungen ungültige Stimmen	1028 832 68 117 11			<b>Dr. Richard von Weizsäcker</b> im 1. Wahlgang mit 832 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 521 Stimmen)	1. Juli 1984 bis 30. Juni 1989

<b>9. Bundesversammlung</b> Bonn, Beethovenhalle 23. Mai 1989 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1038 Präsidentin d. Bundesvers.: Bundestagspräsidentin <i>Prof. Dr. Rita Süßmuth</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU/CSU) Nein-Stimmen Enthaltungen ungültige Stimmen	1022  881 108 30 3			<b>Dr. Richard von Weizsäcker</b> (Wiederwahl) im 1. Wahlgang mit 881 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 520 Stimmen)	1. Juli 1989 bis 30. Juni 1994
<b>10. Bundesversammlung</b> Berlin, Reichstagsgebäude 23. Mai 1994 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1324 Präsidentin d. Bundesvers.: Bundestagspräsidentin <i>Prof. Dr. Rita Süßmuth</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Roman Herzog</i> (CDU/CSU) <i>Johannes Rau</i> (SPD) <i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP) <i>Jens Reich</i> (parteilos) <i>Hans Hirzel</i> (REP) Enthaltungen ungültige Stimmen	1319  604 505 132 62 12 2 2	1319  622 559 126 - 11 - 1	1320  696 605 - - 11 7 1	<b>Prof. Dr. Roman Herzog</b> im 3. Wahlgang mit 696 Stimmen (erforderliche Mehrheit für den 1. und 2. Wahlgang: 663 Stimmen)	1. Juli 1994 bis 30. Juni 1999
<b>11. Bundesversammlung</b> Berlin, Reichstagsgebäude 23. Mai 1999 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1338 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsident <i>Wolfgang Thierse</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Uta Ranke-Heinemann</i> (parteilos) <i>Johannes Rau</i> (SPD) <i>Dagmar Schipanski</i> (CDU/CSU) Enthaltungen ungültige Stimmen	1333  69 657 588 17 2	1333  62 690 572 8 1		<b>Dr. h. c. Johannes Rau</b> im 2. Wahlgang mit 690 Stimmen (erforderliche Mehrheit für den 1. und 2. Wahlgang: 670 Stimmen)	1. Juli 1999 bis 30. Juni 2004
<b>12. Bundesversammlung</b> Berlin, Reichstagsgebäude 23. Mai 2004 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1204 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsident <i>Dr. h. c. Wolfgang Thierse</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für <i>Horst Köhler</i> (CDU/CSU) <i>Gesine Schwan</i> (SPD) Enthaltungen ungültige Stimmen	1204  604 589 9 2			<b>Prof. Dr. Horst Köhler</b> im 1. Wahlgang mit 604 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 603 Stimmen)	1. Juli 2004 bis 30. Juni 2009

<b>13. Bundesversammlung</b>	abgegebene Stimmen	1223	<b>Prof. Dr. Horst Köhler</b> im 1. Wahlgang mit 613 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 613 Stimmen)	1. Juli 2009 bis 31. Mai 2010
Berlin, Reichstagsgebäude	insgesamt			
23. Mai 2009	davon für	613		
Zahl d. Mitgl. d. Bundes-	<i>Horst Köhler</i>	503		
vers.: 1223	(CDU/CSU)	91		
Präsident d. Bundesvers.:	<i>Gesine Schwan</i> (SPD)	4		
Bundestagspräsident	<i>Peter Sodann</i> (DIE	10		
<i>Prof. Dr. Norbert Lammert</i>	LINKE.)	2		
	<i>Frank Renneke</i> (NPD)			
	Enthaltungen			
	ungültige Stimmen			

---

## Literaturverzeichnis

Braun, Beate: Die Bundesversammlung, Frankfurt/Main 1993.

Burkiczak, Christian: Die Aufhebung der Immunität von Mitgliedern der Bundesversammlung, in: Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg. Zeitschrift für öffentliches Recht u. öffentliche Verwaltung 27 (2006), S. 90-94.

Burkiczak, Christian: Die Bundesversammlung und die Wahl des Bundespräsidenten: rechtliche Grundlagen und Staatspraxis, in: Juristische Schulung: Zeitschrift für Studium und Referendariat 44 (2004), S. 278-282.

Decker, Frank: Hände weg vom Präsidenten!, in: Berliner Republik 6 (2004), S. 12-16.

Diemert, Dörte: Direktwahl des Bundespräsidenten? Anmerkungen zur Funktion von Wahlverfahren, in: Recht und Politik: Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik 41 (2005), S. 108-113. Fischer, Markus: Die verfassungswidrige Wahl des Bundespräsidenten, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht; vereinigt mit Verwaltungsrechtsprechung 24 (2005), S. 416-418.

Fromme, Friedrich Karl: Die Volkswahl des Bundespräsidenten ist kein Risiko, in: Recht und Politik: Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik 40 (2004), S. 18-22.

Henkel, Joachim/Kunz, Gerhard: Der Bundespräsident – „Macht und Ohnmacht“ der Staatsoberhäupter, in: Politik – kurz und aktuell. Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, Berlin 1974, S 1-35.

Ipsen, Jörn: Volkswahl des Bundespräsidenten? in: Hufen, Friedhelm (Hrsg.): Verfassungen – zwischen Recht und Politik, Baden-Baden 2008, S. 197-209.

Jäckel, Eberhard (Hrsg.): Von Heuss bis Herzog. Die Bundestagspräsidenten im politischen System der Bundesrepublik, Stuttgart 1999.

Jesse, Eckhard: Soll der Bundespräsident direkt gewählt werden? in: Liberal: Vierteljahreshefte der Friedrich-Naumann-Stiftung für Politik und Kultur 46 (2004), S. 16-18.

Jesse, Eckhard: Die Wahlen zum Bundespräsidenten 1949 bis 2004, in: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik: Sozialwissenschaften für politische Bildung 53 (2004), S. 143-154.

Kessel, Wolfgang: Die Bundesversammlung, in: Schneider, Hans-Peter/Zeh, Wolfgang (Hrsg.): Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Berlin 1989, S. 1599-1618.

Köhne, Michael: Direktwahl des Bundespräsidenten?, in: Recht und Politik: Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik 44 (2008), S. 95-99.

Landgraf, Henning: Reichspräsident – Bundespräsident. Aus den Debatten 1919 und 1948/49 über den Wahlmodus, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 26 (1978), S. 601-651.

---



Lange, Erhard H. M.: Die Diskussion um die Stellung des Staatsoberhauptes 1945-1949 mit besonderer Berücksichtigung der Erörterung im Parlamentarischen Rat, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 26 (1978), S. 601-651.

Oppelland, Torsten: (Über-)Parteilich?: Parteipolitische Konstellationen bei der Wahl des Bundespräsidenten und ihr Einfluss auf die Amtsführung, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 11 (2001), S. 551-572.

Pflüger, Friedbert: Der Bundespräsident ist mehr als ein Staatsnotar, in: Die neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte 41 (1994), S. 312-323.

Rausch, Heinz: Der Bundespräsident. Zugleich eine Darstellung des Staatsoberhauptes in Deutschland seit 1919. 2. Aufl. München 1984.

Schlaich, Klaus: Die Bundesversammlung und die Wahl des Bundespräsidenten, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2: Demokratische Willensbildung – Die Staatsorgane des Bundes, Heidelberg 1987, S. 523-528.

Scholz, Günther/Süskind, Martin E.: Die Bundespräsidenten. Biographien eines Amtes, 4. neu durchgesehene, überarbeitete und ergänzte Ausgabe, Stuttgart 2003.

Wagner, Wolfgang: Die Bundespräsidentenwahl 1959, Mainz 1972.

Wellkamp, Ludger: Die Volkswahl des Bundespräsidenten, in: Bayerische Verwaltungsblätter. Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung. NF. 48 (2002), S. 267-270.

Winkelmann, Helmut: Die Immunität der Mitglieder der Bundesversammlung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 39 (2008), S. 61-69

---

---

## Abkürzungsverzeichnis der Parteien bzw. Wählergemeinschaften

AL = Alternative Liste

BDV = Bremer Demokratische Volkspartei

BHE = Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten

BP = Bayernpartei

CDP = Christlich Demokratische Partei, Rheinland

CDU = Christlich Demokratische Union

CSU = Christlich-Soziale Union

DKP = Deutsche Kommunistische Partei

DP = Deutsche Partei

DPS = Demokratische Partei Saar

DRP = Deutsche Reichspartei

DVP = Deutsche Volkspartei

DVU = Deutsche Volksunion

FDP = Freie Demokratische Partei

FW = Freie Wähler Bayern e. V.

GAL = Grün-Alternative Liste

GB/BHE = Gesamtdeutscher Block/BHE

GDP = Gesamtdeutsche Partei Deutschlands

GRÜNE = Die Grünen bzw. Bündnis 90/Die Grünen

HB = Hamburg Block

KPD = Kommunistische Partei Deutschlands

NPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands

NSU = Niedersächsische Union

PDS = Partei des Demokratischen Sozialismus

REP = Die Republikaner

SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SSW = Südschleswigscher Wählerverband

SVP = Saarländische Volkspartei

WAV = Wirtschaftliche Aufbauvereinigung

Z = Zentrum (Deutsche Zentrumspartei)

---